
Mitteilungen

des

Oberhessischen
Geschichtsvereins
Gießen



2007

92. Band

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschlauer
und Dagmar Klein

92. Band

Gießen 2007

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der
Universitätsstadt Gießen gedruckt.

Impressum

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Titelbild:

Medaille zum 400-jährigen Jubiläum der Justus-Liebig-Universität
Gießen im Jahr 2007, Vorder- und Rückseite, Silber, 30 mm Ø.

ISSN: 0342-1189

Druck und Bindearbeiten:

VDS-Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt a. d. Aisch

Inhalt

I. Beiträge

| | |
|---|-----|
| Michael Breitbach: Zum Geleit | 1 |
| Michael Breitbach Zeitgeschichte aus der Sicht eines historischen Vereins: Die Beiträge des Oberhessischen Geschichtsvereins | 3 |
| Erwin Knauß Widerstand in Gießen und Umgebung 1933 -1945 | 19 |
| Erwin Knauß Zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs | 35 |
| Erwin Knauß Gründung eines Heimatvereins in Londorf | 47 |
| Johannes Koenig Verwaltungsreform in Hessen (1945 - 1981) | 59 |
| Thomas Kailer/Christian Schwöbel Unterwerfung mit Schriftenverbrennung: Die „Große nationale Kundgebung“ der Ludwigs-Universität Gießen am 8. Mai 1933 | 81 |
| Utz Thimm Die vergessene Seuche - Die „Spanische“ Grippe von 1918/19 | 117 |
| Dagmar Kuhle Der Gießener Neue Friedhof auf dem Rodtberg - ein Friedhof mit ‚landschaftlicher‘ Gestaltung | 137 |
| Helmut Berding Bürgerkultur in Gießen. 100 Jahre Stadttheater | 151 |
| Ludwig Brake 100 Jahre Gießener Gasversorgung | 169 |
| Holger Th. Gräf Das „hessische Skizzenbuch“ des Südamerika-Forschers Theodor Koch-Grünberg | 201 |

| | |
|---|-----|
| Hanno Müller Viehhandelsprotokolle aus dem Landkreis Gießen | 239 |
| Hanno Müller Juden in den Landämtern Gießen und Hüttenberg 1809 bis 1822 | 271 |
| G. Heinrich Melchior Über die Errichtung der Laubacher Märkte nach gräflich-solmsischen Akten | 285 |
| Hans Reeh Ein spätlatènezeitliches Siedlungsareal im Umfeld des „Dünsberg-Oppidum“ | 317 |
| Matthias Recke Kasseler Apoll und Dresdener Schauspielerrelief. Margarete Bieber und die Gießener Antikensammlung | 351 |
| Herbert Keller Die Jubiläumsmedaillen der Universität Gießen 1707 - 2007 | 369 |
| Hans-Dietrich Kahl Die Hirschmedaillen Landgraf Ludwigs VIII. von Hessen-Darmstadt | 403 |

II. Miscellen

| | |
|---|-----|
| Kornelia Claes Neue Quellen zur örtlichen Frauenvereinsgeschichte im Stadtarchiv Gießen: Auf den Spuren Gießener Frauenaktivitäten | 411 |
| Ludwig Brake Neue Quellen im Stadtarchiv Gießen: Stadtverordnete digital | 413 |
| Sabine Raßner Gemeinschaftsausstellung der Kommunalarchive im Landkreis Gießen: „Wohl bekomm’s - Vom Gerstensaft als Wirtschaftskraft. Brau- und Biergeschichte im Gießener Land“ | 414 |
| Matthias Recke Berichte aus der Antikensammlung | 416 |
| Matthias Recke Skythen beim Symposion. Ein neues Fragment des Pithos-Malers | 423 |

| | |
|---|-----|
| Jürgen Leib Aus der Arbeit des Gleiberg-Vereins 2006/07 | 431 |
| Hans-Joachim Weimann Neues vom Freundeskreis Gail'scher Park in Rodheim: Hugo von Ritgen - Architekt des Schweizerhauses im Gail'schen Park | 432 |
| Dagmar Klein Entdeckungen auf Gießener Friedhöfen. Alter Friedhof: Mosaikengel auf der Grabstätte Noll | 433 |
| Friedrich Karl Azzola Die inschriftlose, frühgotische Kreuzplatte außen im Westen der Marien-Stiftskirche in Lich, nahe 1250 - Die Grabplatte eines der letzten Hagen-Münzenberger? | 436 |
| Jürgen Schroeter „Salzburger Frühstück“ auf dem Kirchberg | 440 |

III. Rezensionen

| | |
|--|-----|
| Bernd Bader: Mäzene - Künstler - Büchersammler. Exlibris der Universitätsbibliothek Gießen, Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek und dem Universitätsarchiv Gießen, Band 57, Gießen 2007 <i>Dagmar Klein</i> | 443 |
| Eva-Marie Felschow, Carsten Lind. Ein hochnutz, nötig und christlich Werck. Die Anfänge der Universität Gießen vor 400 Jahren. Ausstellungsband der Justus-Liebig-Universität zum 400jährigen Jubiläum, hg. vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2007 <i>Steffen Arndt</i> | 444 |
| Dagmar Klein: Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement. Die Gießener Frauenvereine 1850-1933; „Es ist der Rede wert.“ Lebenswege Gießener Frauen im 20. Jahrhundert, Einführung von Dagmar Klein; Dagmar Hinterlang: „Was könnt' man schreiben ..., Buch und Bibel!“ Auf den Spuren der Kleinlindener Frauengeschichte; Alle herausgegeben vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Frauenbeauftragte Ursula Passarge, Gießen 2006 <i>Elke Schüller</i> | 445 |
| Hanno Müller: Familienbuch Butzbach, Band V, Judenfamilien in Butzbach und seinen Stadtteilen, Butzbach 2007 <i>Bodo Heil</i> | 448 |

| | |
|---|-----|
| Michael Losse: Die Lahn - Burgen und Schlösser. Von Biedenkopf und Marburg über Gießen, Wetzlar und Weilburg bis Limburg Nassau und Lahnstein, Petersberg 2007 <i>Dagmar Klein</i> | 450 |
| Gabriele Reber: „Lasst meine Bilder nicht sterben ...“ Amalie Seckbach. Bruchstücke einer Biografie, Memento 3, Schriftenreihe der Ernst-Ludwig Chambré-Stiftung Lich und der Arbeitsstelle für Holocaustliteratur, herausgegeben von Klaus Konrad-Leder und Sascha Feuchert, Frankfurt am Main 2006 <i>Dagmar Klein</i> | 453 |
| Mutgard Kuschke: Vom Landkind zur Lehrerin. Lina Flörke, geb. Bindewald 1889 - 1976. Beiträge zur Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung in Hessen vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Schriftenreihe „Damals und Heute“, Bd. IX., Bad Nauheim 2006 <i>Kurt Heyne</i> | 455 |
| IV. Aus dem Vereinsleben (Dagmar Klein) | 457 |
| V. Presseberichterstattung | 465 |
| VI. Autorinnen und Autoren | 485 |

I. Beiträge

Zum Geleit

Prof. Dr. Erwin Knauß, Ehrenvorsitzender des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, wurde am 20. April 2007 85 Jahre alt. Das ist ein Anlass zur Ehrung des Jubilars und Dank zu sagen. Erwin Knauß hat viele Ehrungen erfahren, nicht nur durch „seinen“ Oberhessischen Geschichtsverein, dem er seit mehr als fünfzig Jahren angehört, seit mehreren Dezennien im Vorstand tätig war und noch ist, und der dem Vorstand von 1977 bis 1991 vorsah. Welche Verdienste Erwin Knauß zukommen, ist immer wieder ausgeführt und zum Teil auch schriftlich niedergelegt: 1987 brachte der Vorstand des Vereins die gesammelten Aufsätze und Reden von Erwin Knauß, Zur Geschichte Gießens und seines Umlandes, heraus und tat dies nicht zuletzt aus tief empfundenem Dank für seine umfangreichen heimat- und regionalgeschichtlichen Arbeiten. Hans Szczech war es vorbehalten, in seinem Vorwort den rechten Ton zu finden und die Fähigkeiten und Verdienste von Erwin Knauß, einem enthusiastischen Geschichtspädagogen und Didaktiker, herauszustellen. Aus Anlass des 70. Geburtstages im Jahr 1992 gab der Vorstand den 77. Band seiner Mitteilungen als Festschrift für Erwin Knauß heraus - ein umfangreicher Band, mit dem viele Weggefährten Erwin Knauß Anerkennung und Dank abstatteten. Der Festschrift ist wiederum zum Geleit von Hans Szczech eine Laudatio auf unseren Jubilar vorangestellt, die in dem Satz gipfelt, dass Erwin Knauß sich um Gießen und darüber hinaus um Gießens Umland verdient gemacht hat.

Was kann man angesichts dieses hier nur bruchstückhaften wiedergegebenen Ehrens und Dankes aus Anlass des 85. Geburtstages noch leisten? Es ist zweierlei: Recherchen haben ergeben, dass noch nicht alle Beiträge von Erwin Knauß, insbesondere öffentliche Vorträge, zum Abdruck gekommen sind. Der Vorstand hat sich deshalb dazu entschlossen, drei bisher nicht publizierte Vorträge der Öffentlichkeit zum Nachlesen zu präsentieren. Sie verdienen, der Vergessenheit entrissen zu werden. Spiegeln sich in den Vorträgen doch einerseits wesentliche Charakteristika von Erwin Knauß - dem engagierten, in die Auseinandersetzung um das angemessene Gedenken des Holocaust und der NS-Diktatur Streitenden, dem passionierten Heimatforscher und Ermunterer von Aktivitäten durch kleinere Heimatvereinigungen. Zum

andern ergibt eine hier abgedruckte kritische Bilanz der zeitgeschichtlichen Arbeit des Oberhessischen Geschichtsvereins nach dem Zweiten Weltkrieg, dass Erwin Knauß hierzu Herausragendes nicht nur durch eigene Beiträge, sondern auch gerade durch seine vereinspolitische Arbeit geschaffen hat. Was im Rückblick auffällt, ist die Beharrlichkeit und zugleich Behutsamkeit, einen Honoratiorenverein mit dem Unrechtsgeschehen des NS-Regimes zu konfrontieren und als ein wichtiges Themenfeld der Vereinsarbeit durchzusetzen. Dafür gebührt ihm ganz besonderer Dank. Der Vorstand kann für sich in Anspruch nehmen, diese Erbschaft übernommen und nach Kräften vermehrt zu haben.

Mit dem nachfolgenden Abdruck von drei Vorträgen aus der Feder von Erwin Knauß, die aus den achtziger und neunziger Jahre stammen, komplettiert der Vorstand gewissermaßen den bereits genannten Band „Zur Geschichte Gießens und seines Umlandes“ aus dem Jahr 1987 und wünscht sich hierfür aufmerksame Leser.

Für den Vorstand:

Dr. Michael Breitbach

Zeitgeschichte aus der Sicht eines historischen Vereins: Die Beiträge des Oberhessischen Geschichtsvereins*

Michael Breitbach

Einleitung

Zur Zeitgeschichte rechnet man die Epoche der Mitlebenden,¹ also die Periode seit Ende des Ersten Weltkrieges. Das schließt insbesondere die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus sowie seinen Folgen für das Nachkriegsdeutschland ein. Hierauf beziehen sich auch die Beiträge des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Dass es über lange Zeit keineswegs selbstverständlich war, sich intensiv und detailgenau mit der Vorgeschichte, der Periode der Nazidiktatur selbst und seiner Bewältigung im Nachkriegsdeutschland auseinanderzusetzen, darf als bekannt gelten. Dass die Geschichtsvereine wegen ihrer Orientierung aufs Konkrete vor Ort und damit auf die handelnden Personen im kleinräumlichen Nahfeld besondere Probleme haben mussten, liegt auch auf der Hand.² Die Geschichtsvereine sind oder waren, soweit sie sich die Zurückhaltung selbst auferlegt hatten und haben, zugleich in einer Tradition befangen, die sie seit ihren Gründungen im 19. Jahrhundert auszeichnete.³ Sie haben sich deshalb

* Der Beitrag ist Prof. Dr. Erwin Knauß aus Anlass seines 85. Geburtstages am 20. April 2007 gewidmet. Er basiert auf einem Vortrag, gehalten auf dem 5. Forum Geschichtliche Landeskunde in Hessen am 08. Oktober 2005 in Wiesbaden, Schloss Biebrich: „Zeitgeschichte in Hessen 1945-2005“, der Text wurde überarbeitet und erweitert sowie um Anmerkungen ergänzt.

1 Zum Begriff Zeitgeschichte s. Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1 (1953), S. 1 ff.; siehe ferner Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005, S. 45 ff. mit weiteren Nachweisen.

2 S. hierzu Klaus Pabst, *Thesen zur Entwicklung der historischen Vereine in Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches*, in: *Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit*, Bensberger-Protokolle 62, 1990, S. 33 ff., hrsg. von der Thomas-Morus-Akademie Bensberg; Winfried Speitkamp, *Nationalsozialismus und Landesgeschichte*, in: *Historiografie - Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum: Südwestdeutschland als europäische Region*, hrsg. von Söhnke Lorenz u.a. (im Druck).

3 S. hierzu Gabriele B. Clemens, *Sanctus amor patriae. Eine vergleichende Studie zu deutschen und italienischen Geschichtsvereinen im 19. Jahrhundert*, Tübingen 2004, S. 399 ff.; Winfried Speitkamp, *Erinnerungsorte und Landesgeschichte*, in: *150 Jahre Verein für thüringische Geschichte (und Altertumskunde). Vorträge zum Vereinsjubiläum 2002 (Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte; Beiheft 34)*, Jena 2004,

auch gerne und zum Teil bis heute noch Altertumsvereine genannt, gerade um sich gegenüber Erwartungen, sich mit der zeitgenössischen und jüngeren historischen Entwicklung auseinanderzusetzen, abgrenzen zu können. Es gab, wie die Geschichtsschreibung über die Geschichtsvereine des 19. Jahrhunderts immer wieder festgestellt hat, eine deutliche Reserve, sich der politischen Auseinandersetzung im Rahmen von gegenwärtiger Vergangenheitspolitik zu stellen und sich damit in das tagespolitische Handgemenge zu verlieren.

Die Geschichtsvereine waren, was die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte betrifft, seit Ende der siebziger Jahre gerade deshalb einem Konkurrenzdruck von Geschichtswerkstätten und der von ihnen getragenen jüngeren Generation ausgesetzt, die gegen den Stachel herrschenden Ausklammerns der als Honoratiorenvereinigungen wahrgenommenen Geschichtsvereine löckten.⁴ Diese Auseinandersetzung hat gewiss auch die überkommenen Geschichtsvereine angespornt, sich der Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte schließlich doch zu stellen.

Aktivitäten des Oberhessischen Geschichtsvereins

Was der Oberhessische Geschichtsverein hierbei zustande gebracht hat, gilt es nun kurz zu skizzieren. In diese Skizze gehen ein Themen, die verwendeten Formen und Medien sowie die zeitlichen Abläufe. Dass auch Personen dabei eine Rolle spielen, soll nicht nur am Rande erwähnt werden. Wenn im Folgenden über die Aktivitäten zur Zeitgeschichte berichtet wird, so gehört zur Epoche der Mitlebenden thematisch mehr als der Komplex „Nationalsozialismus und seine Bewältigung“; die thematische Spannweite betrifft eben potenziell alle zeitgeschichtlichen Ereignisse und Prozesse.

1. Gewissermaßen den Startschuss zu den zeitgeschichtlichen Aktivitäten bildete eine umfangreiche Arbeit von Erwin Knauß aus dem Jahr 1961. Darin hat er sich mit den politischen Kräften und dem

S. 15 ff.; Michael Breitbach, 1812 - Ursprungsmythen. Zum Beginn der erinnerungskulturellen Arbeit historischer Vereine in Deutschland, in: Kalender kleiner Innovationen. 50 Anfänge einer Moderne zwischen 1755 und 1856. Für Günter Oesterle, hrsg. von Roland Borgards/Almuth Hammer/Christiane Holm, Würzburg 2006, S. 289 ff.

4 S. hierzu Hugo Stehkämper, Geschichtsvereine und Geschichtswerkstätten. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bensberger Protokolle 62, hrsg. von der Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Bensberg 1990, S. 71 ff.; Wilfried Busemann, Geschichtswerkstätten und Geschichtsvereine - Kein Generationskonflikt!?, Bensberger Protokolle 62, ebenda, S. 85 ff.

Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre auseinandergesetzt.⁵ Es war auch Erwin Knauß, der sich 1967 in einem öffentlichen Vortrag zum Thema „Antisemitismus in Hessen“ geäußert hat.⁶ Wenn man von dem Vortrag von Matthäsius aus dem Jahr 1952 zu dem Thema „Probleme zum Kriegsausbruch 1939“⁷ sowie den Aufsätzen „Vom Schicksal der städtischen Sammlungen in Gießen“ aus dem Jahre 1953⁸ sowie dem Beitrag „Erinnerung an Alfred Bock“ aus dem Jahr 1955⁹ absieht, war dies der erste öffentliche Vortrag des Geschichtsvereins, der sich nach 1945 mit brennenden Fragen der Zeitgeschichte auseinandergesetzt hat. Beide Studien von Knauß galten der Diagnose politischer bzw. gesellschaftspolitischer Entwicklungen „des Gießener Raumes und seiner Nachbargebiete.“¹⁰

Bis Ende der sechziger Jahre kam es noch zum Abdruck eines Erlebnisberichtes zur Bombardierung Gießens gegen Ende des Zweiten Weltkrieges.¹¹ Damit ist der zeitgeschichtliche Beitrag des Geschichtsvereins der fünfziger und sechziger Jahre benannt.

2. Nur ein klein wenig größer fällt die Ausbeute für die siebziger Jahre aus: Es war wiederum Erwin Knauß, der erstmals ausführlich das Schicksal der Gießener Juden von 1933 bis 1945 dokumentierte.¹² Er

5 Erwin Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten sechzig Jahre, MOHG NF 45 (1961), S. 15 ff.

6 S. Albrecht Steinhäuser, Vorträge in den Veranstaltungsreihen des Oberhessischen Geschichtsvereins 1878-1977, in: MOHG NF 63 (1978), S. 259 ff., 269; zum politischen Antisemitismus siehe später auch Knauß, Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900) unter besonderer Berücksichtigung des mittelhessischen Raumes, MOHG NF 53/54 (1969), S. 43 ff. Siehe außerdem derselbe, Der politische Antisemitismus vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Kaiserreiches unter besonderer Berücksichtigung des nord- und mittelhessischen Raumes, in: Erwin Knauß, Zur Geschichte Gießens und seines Umlandes, Gießen 1987 (Sonderband des Oberhessischen Geschichtsvereins), S. 339 ff.

7 Albrecht Steinhäuser, MOHG NF 63 (1978), S. 267.

8 Herbert Krüger, Vom Schicksal der städtischen Sammlungen in Gießen, MOHG NF 39 (1953), S. 5.

9 W. Bock, Erinnerung an Alfred Bock, MOHG NF 40 (1955), S. 52 ff.

10 So die etwas steife Formulierung in § 2 Abs. 1 der Satzung des Oberhessischen Geschichtsvereins von 1993, da der Begriff der Oberhessischen Region mangels historischen Bewusstseins schwach verankert ist, der Begriff „Mittelhessische Region“ bislang eher politisch-administrativ und zu wenig landschaftlich geprägt ist.

11 Siegfried Rösch, Erlebnisbericht zur Gießener Bombenkatastrophe vor 25 Jahren (im Dezember 1944), MOHG NF 53/54 (1969), S. 69 ff.

12 Erwin Knauß, Dokumentation über das Schicksal der Gießener Juden von 1933 bis 1945, MOHG NF 59 (1974), S. 1 ff. Die Arbeit erschien anschließend in erweiterter Form als selbständige Publikation bei der Kommission für die Geschichte der Juden in

vertieft damit eine wichtige Facette zu den Umständen und Folgen des Antisemitismus.

Neben einer wirtschaftsgeschichtlichen Arbeit zu dem Gießener Wochenmarkt, seiner Entwicklung, Struktur und Funktion¹³ und zur Rätebewegung in Stadt und Kreis Gießen 1918/1919¹⁴ trat eine zum Wiederaufbau des Schulwesens in der Stadt und dem Landkreis Gießen - 1945-1950.¹⁵ Komplettiert werden die zeitgeschichtlichen Arbeiten in den siebziger Jahren durch einen Aufsatz über „Das Manische in Gießen“ - einem sprachgeschichtlichen Beitrag¹⁶ - sowie einen zu den hessischen Schanzarbeitern am Westwall;¹⁷ beide Aufsätze erschienen im Jahr 1978. Über Geschichte und Gegenwart des Gießener Stadtarchivs informierte Erwin Knauß, der es nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut hatte.¹⁸

In den siebziger Jahren war kein öffentlicher Vortrag zu zeitgeschichtlichen Themen zu identifizieren - eine bemerkenswerte Leerstelle, wenn man sich die bewegten politischen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre mit dem Aufkommen zahlreicher sozialer Bewegungen im Anschluss an die Studentenbewegung der sechziger Jahre bis hin zu dem, was man den deutschen Herbst nennt, in Erinnerung ruft.

3. In den achtziger Jahren gab es zehn einschlägige Beiträge in den Mitteilungen, von denen sich fünf mit der Geschichte des Nationalsozialismus befassten.¹⁹ Zwei umfangreiche Studien widmeten sich

Hessen, wo sie bis 1987 vier Auflagen erfuhr. Knauß hat außerdem eine „kurzgefasste Geschichte der Juden in Gießen vom 13. Jahrhundert bis zum Jahr 1945“ verfasst, abgedruckt in derselbe, Zur Geschichte Gießens und seines Umlandes, Gießen 1987 (Sonderband des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen), S. 365 ff.

13 Jürgen Leib/Helmut Kollmar, Der Gießener Wochenmarkt, MOHG NF 59 (1974), S. 181 ff.

14 Ulrich Seelbach, Die Rätebewegung im Kreis Gießen 1918/19, MOHG NF 60 (1975), S. 41 ff.

15 Adam Scheurer, Der Wiederaufbau des Schulwesens in Gießen, MOHG NF 63 (1978), S. 221 ff.

16 Hans-Günther Lerch, Das Manische in Gießen, MOHG NF 63 (1978), S. 231 ff.

17 Herrmann Otto Vaubel, Hessische Schanzarbeiter am Westwall, MOHG NF 63 (1978), S. 211 ff.

18 Das Gießener Stadtarchiv, Geschichte und Gegenwart, in: MOHG NF 60 (1975), S. 1 ff.

19 Helmut Josef Stern, Die Gießener Juden in Israel, MOHG NF 65 (1980), S. 5; Rolf und Brigitte Kralovitz, Hedwig Burgheim oder die Reise nach Gießen. Bericht über das Leben einer Lehrerin in Nazi-Deutschland, MOHG NF 65 (1980), S. 55 ff.; Andreas Anderhub, Die Gießener Studenten in der Schlußphase der Weimarer Republik oder wie Mildred und Arvid Harnack zu Gegnern des Nationalsozialismus wurden, MOHG

zum einen erneut der Judenverfolgung in Gießen und Umgebung 1933 bis 1945,²⁰ zum anderen dem Widerstand in Gießen und Umgebung 1933 bis 1945²¹ - Arbeiten, die übrigens durch Schülergruppen der Gießener Liebig-Schule zustande kamen.

In den Vortragsreihen des Geschichtsvereins wurden erstmals in sechs Veranstaltungen Themen zum Nationalsozialismus behandelt: zur Machtergreifung durch die Nazis in Hessen 1932/33,²² zum „Jahr 1945 in der deutschen Geschichte“,²³ zum Nationalsozialismus und dem Ende des Volksstaates Hessen 1931 bis 1933,²⁴ Reaktionen in der hessischen Bevölkerung auf die nationalsozialistische Judenverfolgung,²⁵ zu Formen jüdischen Widerstands in den dreißiger und vierziger Jahren²⁶ und zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen

NF 65 (1980), S. 87 ff.; Heinrich Schmidt, Wandlungen in der Innenstadt Gießens, MOHG NF 66 (1981), S. 55 ff.; Ernst Dieter Nees, Reinhard Strecker (1876-1951) - Lebensweg und Gedankenwelt eines Demokraten, MOHG NF 70 (1985), S. 1 ff.; derselbe, Die hessische Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege und ihre Verbindungen zu Gießen, MOHG NF 73 (1988), S. 207 ff.; Heinrich Schmidt, Beitrag zur baulichen Entwicklung der Stadt Gießen zwischen 1919 und 1982, MOHG NF 74, (1989), S. 1 ff.; Gustav Mank, Die Volkshalle in Gießen (Sport Center), jetzt: Miller-Hall, MOHG NF 74 (1989), S. 355 ff.

- 20 „Judenverfolgung in Gießen und Umgebung 1933-1945“, Arbeit einer Schülergruppe der Liebig-Schule Gießen, Jahrgangsstufe 12, Teilnehmer: Clemens Brandl, Stefan Dörfler, Imke von Essen, Christine Fallon, Carsten Germer, Sabine Heuser, Petra Holler, Anette Klee, Regina Lipp, Matthias Mertsching, Ellen Müller, Petra Zschoche, Tutor und für die Überarbeitung zuständig: Kurt Heyne, MOHG NF 69 (1984), S. 1 ff.
- 21 Kurt Heyne, Widerstand in Gießen und Umgebung 1933-1945, MOHG NF 71 (1986), S. 1 ff.; auch diese Arbeit ging aus dem Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stand, hervor, wie das Vorwort des Herausgebers herausstellt; die beteiligten Schüler werden allerdings dort nicht mehr im einzelnen aufgeführt. Es handelt sich um Kay-Uwe Geissler, Arne Guth, Sabine Heuser, Charlotte Köhler, Ellen Müller, Wolfgang Platen, Ulrich Römer, Heike Rodenmann, Rudolf Schwarz, Regine Seipp und Tanja Wachal.
- 22 Vortrag Dr. Wolfgang Kropat (Wiesbaden), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1983, MOHG NF 69 (1984), S. 317 ff., 329 f.
- 23 Vortrag Prof. Dr. Kallenberg (Darmstadt), s. Hans Szczech, (Anm. 22), S. 330 f.
- 24 Vortrag Dr. Dieter Rebutisch (Bonn), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1984, MOHG NF 70, (1985), S. 145 ff., 155 f.
- 25 Vortrag Dr. Dieter Rebutisch (Frankfurt), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1980, MOHG NF 66 (1981), S. 227 ff., S. 234.
- 26 Vortrag Arno Lustiger (Frankfurt), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1986/87, MOHG NF 72 (1987), S. 239 ff., S. 250 f.

Bewegung in Gießen.²⁷ Die Reichsprogromnacht in Gießen und Umgebung sowie in Hessen waren ebenfalls Thema zweier Vorträge.²⁸ Jüdisches Leben in der Bundesrepublik nach 1945 war ebenfalls Gegenstand eines Vortrages.²⁹ Erwin Stein trug zum Neuaufbau des hessischen Schulwesens nach 1945 vor, den er als Minister im Nachkriegs-Hessen maßgeblich mitgestaltet hatte.³⁰

Die achtziger Jahre brachten damit schon sehr viel mehr Aufmerksamkeit für die Geschichte des Nationalsozialismus, schlossen dabei erstmalig auch eine Arbeit zur Universitätsgeschichte ein, und zwar eine Arbeit über die Gießener Studenten in der Schlussphase der Weimarer Republik, die zugleich an das Schicksal von Mildred und Arvid Harnack erinnerte, die als Mitglieder der Roten Kapelle enttarnt und schließlich hingerichtet wurden.³¹

4. Ab den neunziger Jahren nahmen die zeitgeschichtlichen Beiträge zahlenmäßig spürbar und deutlich zu: Wichtige Schwerpunkte bildeten die Geschichte der Juden im Nationalsozialismus, die um eine Reihe von Beiträgen weiter ergänzt wurde. Ein Beitrag befasste sich aus Anlass der sehr verdienstvollen Ausstellung „Legalisierter Diebstahl - Der Fiskus und der Raub jüdischen Vermögens“ in Stadt und Landkreis Gießen 1933 - 1945.³² Eine Arbeit zur Deportation der Juden aus Oberhessen 1942 dokumentiert das Verschwinden der jüdischen Bevölkerung.³³ Wichtig war uns auch die Dokumentation ehemaliger jüdischer Bürger von Kestrich, die beinahe schon wieder vergessen worden

27 Vortrag Prof. Dr. Bruno Reimann (Gießen), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1987/88, MOHG NF 73 (1988), S. 237 ff., S. 262 ff.

28 Kurt Heyne (Gießen), Die Reichsprogromnacht in Gießen und Umgebung, sowie Dr. Wolf-Arno Kropat (Wiesbaden), Das November-Program in Hessen, s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins in den Berichtsjahren 1988/89 und 1989/90, MOHG NF 75 (1990), S. 222 ff.

29 Vortrag Moritz Neumann (Frankfurt/Main), s. Hans Szczech, (Anm. 28), S. 242 ff.

30 Vortrag Prof. Erwin Stein (Annerod), s. Hans Szczech, Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1985/1986, MOGH 71 (1986), S. 297 ff., 310 f.

31 Andreas Anderhub, Anm. 19

32 Susanne Meinl, MOHG NF 87 (2002), S. 1 ff. Der Oberhessische Geschichtsverein zeichnete für das Begleitprogramm der im Text genannten Ausstellung im Februar und März 2003 verantwortlich, in dessen Rahmen ein Vortrag von Susanne Meinl, ein Stadtrundgang, zwei Lesungen sowie ein Vortrag von Monica Kingreen, s. Anm. 33, gehörten.

33 Monica Kingreen, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen. Die Deportationen der Juden im September 1942 und in den Jahren 1945-1945, MOHG NF 85 (2000), S. 5 ff.

waren.³⁴ Ergänzend gab es Berichte aus der untergegangenen jüdischen Gemeinde zu Gießen³⁵ sowie zu jüdischen Mitbürgern.³⁶ Die Geschichte der Zerstörung der beiden Gießener Synagogen 1938 war erneut Thema eines Vortrages sowie eines Vortrages, der in einen Beitrag einmündete.³⁷

Einen wichtigen Teil bildeten Beiträge zur Universitätsgeschichte: Sie galten der Bücherverbrennung im Dritten Reich insgesamt aber auch in Gießen³⁸, der Militarisierung der Medizinforschung an der Gießener Universität,³⁹ zur Geschichte der Studentenbewegung⁴⁰ sowie zur Geschichte der Doktoroziehungsverfahren an der Ludwigs-Universität Gießen in der NS-Periode.⁴¹

Breiten Raum nahmen Untersuchungen zur Bombardierung und Zerstörung der Stadt Gießen, die Besatzungszeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Wiederaufbau ein. In einer Trilogie⁴²

34 Ernst-Uwe Offhaus, Beinahe schon vergessen: Ehemalige jüdische Mitbürger von Kestrich, MOHG NF 80 (1995), S. 243 ff.

35 Josef Stern, Blicke aus der untergegangenen jüdischen Gemeinde zu Gießen, MOHG NF 76 (1991), S. 203 ff.

36 Josef Stern, Gießener Juden im Militär, Kampf und Widerstand, MOHG NF 77 (1992), S. 581 ff.; Monica Kingreen, Michael Maynard. Erinnerungen eines jüdischen Jungen an die Jahre 1933-1939, Alsfeld - Frankfurt - Gambach - KZ-Buchenwald, MOHG NF 86 (2001), S. 69 ff.; Bernd Lindenthal, Fritz Pfeffer war der Zimmergenosse von Anne Frank. Zur Erinnerung an den Zahnarzt aus Gießen, MOHG NF 85 (2000), S. 87 ff.

37 Kurt Heyne, Der Gießener Progam vom 10. November 1938, MOHG 91 (2006), S. 119 ff.; derselbe, Vortrag „Der Synagogenbrandprozess von 1948 in Gießen in Zusammenhang mit dem 10. November 1938“, gehalten im Februar 2006.

38 Helmut Berding, „Wider den undeutschen Geist“. Zur Bücherverbrennung im Dritten Reich, MOHG NF 78 (1993), S. 146 ff.

39 Sigrid Oehler-Klein/Alexander Neumann, Die Militarisierung der Medizin an der Universität Gießen und ihre Beziehungen zu den Sanitätsinspektionen von Heer und Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg, MOHG NF 89 (2004), S. 95 ff.

40 Vortrag Prof. Heinrich Brinkmann (Gießen), Die Studentenbewegung 1968 in Gießen - Bilanz und Rückblick nach dreißig Jahren, s. MOHG NF 84 (1999), S. 349 ff.

41 Vortrag von Dr. Peter Chroust (Frankfurt/Gießen), Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen, s. MOHG 90 (2005), S. 306 ff. Chroust hat hierzu inzwischen eine Publikation herausgegeben, s. hierzu die kritische Rezension von Michael Breitbach/Eva-Marie Felschow, MOHG 91 (2006), S. 430 ff.

42 Der Untergang des alten Gießen. Hundert Zeitzeugen berichten von den Bombardierungen der Stadt im Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Richard Humphrey/Rolf Haaser/Miriam Pagenkemper unter Mitarbeit von Erwin Knauß und Meike Kross, Gießen, 1994; Gießen - Ein Kriegsende. Erinnernte Zeitgeschichte der letzten sechs Kriegsmonate, hrsg. von Richard Humphrey/Rolf Haaser/Meike Kross/Miriam Pagenkämper, Gießen 1995; Als Amerika nach Gießen kam. Gießener und amerikanische Zeitzeugen schildern die Nachkriegsjahre, hrsg. von Richard Humphrey/Doris Dedner/Miriam Pagenkämper/Rolf Haaser, Gießen, 1997. S. ferner Doris Dedner, Die ame-

wurden Zeitzeugen zum Untergang des alten Gießens befragt, nach dem bereits in den achtziger Jahren eine ausführliche Abhandlung zur Militärgeschichte der Bombardierung Gießens erschienen war.⁴³ In einem zweiten Band der Trilogie wurde das Kriegsende in der Stadt Gießen im Detail aufgearbeitet. Die beginnende Besatzungszeit durch die Amerikaner war schließlich Gegenstand des dritten Bandes. Aus der letztgenannten Untersuchung entstand eine weitere Arbeit zur Geschichte des Amerikahauses in Gießen.⁴⁴ Die Trilogie entstand 1995 aus Anlass der fünfzigjährigen Wiederkehr der Bombardierung Gießens, die im Übrigen mit einer Reihe von Vortragsveranstaltungen begleitet und deren Ergebnisse gleichfalls publiziert wurden.⁴⁵ Mit der Arbeit „Der Fliegermord von Freienseen“ wurde ein von Deutschen verübtes Kriegsverbrechen zum Ende des Krieges dem Vergessen entrissen.⁴⁶ Erstmals kam es zu einer Publikation zum Thema „Land-Frauen-Alltag im 20. Jahrhundert“.⁴⁷

Drei umfangreichere Arbeiten - darunter wiederum eine von Schülern der Gießener Liebig-Schule - befassten sich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt von Gießen, den verschiedenen Planungen, die es hierzu gegeben hatte, insbesondere auch mit den baulichen Verlusten, etwa dem Verschwinden eines Jugendstilbades im Zuge des Wiederaufbaus - von den Gießenern gelegentlich als zweite Zerstörung Gießens apostrophiert.⁴⁸ Unter dem Titel „Fünfzig Jahre Kriegsende -

rikanische Militärregierung in Gießen: Die ersten neun Monate, MOHG NF 81 (1996), S. 7ff; dieselbe, Vortrag zum Thema „Der amerikanische Besatzungssoldat aus Gießener Sicht“, s. MOHG NF 84 (1999), S. 338.

43 Der Oberhessische Geschichtsverein hatte in den achtziger Jahren die inzwischen in mehrfacher Auflage erschienene Arbeit von Dietrich Graef, „Hake“. Angriffsziel Gießen 1944/45, Gießen 1986, herausgegeben, die Arbeit behandelt die militärgeschichtliche Seite der Bombardierung Gießens im Zweiten Weltkrieg.

44 Doris Dedner/Richard Humphrey, „Ein Stück Freiheit“. Das Gießener Amerikahaus - 1947-1953, Gießen 2005, Beiheft 1 der Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen.

45 S. die Ansprachen von Oberbürgermeister Mutz, Gießen, und des Stadtverordnetenvorstehers Klaus-Peter Möller, Gießen, sowie die Vorträge von Helmut Berding, 6. Dezember 1944. Überlegungen in historischer Perspektive, von Michael Breitbach, Die Bombardierung Gießens 1944/45, sowie von Richard Humphrey, „Hake“ - Die Trümmer und wir, alle abgedruckt in: MOHG NF 80 (1995).

46 H. P. Koller, Der Fliegermord von Freienseen. Eine Dokumentation, Gießen 1995.

47 Johanna Werckmeister (Hrsg.), Land-Frauen-Alltag. Hundert Jahre Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen im ländlichen Raum, Marburg 1989.

48 Heinrich Schmidt, Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt von Gießen nach 1945, MOHG NF 76 (1991), S. 167 ff.; Stefan Eberlein/Stefan Kielwein/Jörg Thorn, Wiederaufbau in Gießen 1945-1955, MOHG NF 76 (1991), S. 149 ff. (Tutor

Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945 bis 1960“ erschien ein ausführlicher Ausstellungskatalog.⁴⁹

Fragen des Widerstandes bzw. der Resistenz von Menschen im Nationalsozialismus waren Gegenstand einer Reihe von Arbeiten,⁵⁰ so insbesondere am Beispiel des Malers Heinrich Will, der - mit einer Jüdin verheiratet - wegen Rundfunkverbrechens vom Volksgerichtshof 1942 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.⁵¹ Die dem Maler Will gewidmete Ausstellung sowie die dazu herausgegebene Buchpublikation war übrigens Anlass für heftige Auseinandersetzungen und Polemiken,⁵² denen sich der Vorstand einerseits ausgesetzt, andererseits aber auch gerne gestellt hat. Uns lag daran, nicht als Vorstand selbst darauf zu antworten, wir baten stattdessen zwei ausgewiesene Wissenschaftler um ihre Stellungnahme zum aufgebrochenen Konflikt.⁵³

Weitere Arbeiten befassten sich mit den Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern in der Stadt Gießen, mit dem erstmalig das Thema Zwangsarbeiter aufgenommen wurde⁵⁴ sowie zur politischen Justiz in Gießen und Umgebung zur Zeit des Nationalsozialismus.⁵⁵

Kurt Heyne); Josef Nipper, Gießen im Wiederaufbau. 15 Jahre zwischen Planung und Realität, MOHG NF 81 (1996), S. 69 ff.

49 Ludwig Brake/Eva-Marie Felschow, Fünfzig Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945-1960, Gießen 1996.

50 Herrmann Otto Geißler, Ein Leben zwischen Begeisterung und Widerstand. Karl Schmidt 1887-1976, MOHG NF 87 (2002), S. 309 ff.; Rainer Hering, Der Theologe Paul Schütz im „Dritten Reich“, MOHG NF 84 (1999), S. 1 ff.

51 Bertin Gentges u.a., Heinrich Will 1895-1943. Leben und Werk, Hrsg. vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen und vom Oberhessischen Geschichtsverein Gießen, mit Beiträgen von Manfred Mutz, Kurt Heyne, Bertin Gentges und Friedhelm Häring, Hans Adamo und Gaby Rehnel, Gießen 1993; siehe ferner Hans Adamo/Gaby Rehnel, Vergangenheit, die in die Gegenwart und Zukunft wirkt. Zum hundertsten Geburtstag Heinrich Wills, MOHG NF 80 (1995), S. 223 ff.

52 Jörg-Peter Jatho, Das Gießener „Freitagskränzchen“. Dokumente zum Misslingen einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Entsorgung des Nationalsozialismus, Fulda 1995.

53 Siehe die Rezensionen zu Jörg-Peter Jatho, Das Gießener „Freitagskränzchen“, Anm. 48, von Winfried Speitkamp und Heinrich Brinkmann, MOHG NF 81, S. 384 ff. sowie S. 389 ff. Dort ist außerdem abgedruckt meine Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Will's Werke und Leben“ am 24.05.1993, S. 409 ff.

54 Michael Breitbach/Günther Prillwitz, Die Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlage in Gießen, MOHG NF 77 (1992), S. 65 ff.; Peter Schlagetter-Bayertz, Das Außenkommando Gießen des Konzentrationslagers Buchenwald, MOHG 91 (2006), S. 165 ff.

55 Wolfgang Form, Politische Justiz in Gießen und Umgebung während der NS-Zeit, MOHG NF 85 (2000), S. 133 ff.

Schließlich widmete sich ein Beitrag der Entnazifizierung in der Stadtverwaltung und der Universität Gießen.⁵⁶

Weitere zeitgeschichtliche Themen galten der Kommunalgeschichte, so etwa zu Besonderheiten der kommunalen Gebietsreform der Stadt Gießen sowie zu den Gemeinderäten in Allendorf.⁵⁷ Sportgeschichtliche Themen betrafen die Sportpolitik und Alltagserfahrungen in der Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik sowie der Neuaufbau des Gießener Sports nach dem Zweiten Weltkrieg.⁵⁸ Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Beiträge runden das Bild ab: Eine Arbeit widmete sich der Geschichte der Firma Schunk & Ebe, Kindertage eines Weltkonzerns von 1913 bis 1947.⁵⁹ Ferner gab der Geschichtsverein die Ausstellungsbroschüre zur Geschichte der tabakverarbeitenden Industrie in Gießen und Umgebung mit seiner besonderen Facette der Frauenheimarbeit⁶⁰ heraus und druckte eine Arbeit zur Geschichte der Sanierung der Wohnungen in verschiedenen Gießener Stadtgebieten.⁶¹ Die Palette zeitgeschichtlicher Themen enthält schließlich noch eine Arbeit zum Gießener Flüchtlingslager, das im Zug der deutschen Einigung seine Funktion eingebüßt hatte.⁶²

Zum Thema „Erinnerung braucht Unterscheidung. Massenmord an Zwangsarbeiterinnen in Hirzenhain - Gedenken in Kloster Arnburg“ veranstaltete der Oberhessische Geschichtsverein im Juni 2001 eine

56 Markus Bernhardt, Die Entnazifizierung in Gießen am Beispiel der Stadtverwaltung und der Universität (1945-1946), MOHG NF 75 (1990), S. 95 ff.

57 Thomas Euler, Die Allendorfer Gemeinderäte, MOHG NF 84 (1999), S. 171 ff.; Andreas Euler/Thomas Euler, Die Besonderheit der kommunalen Gebietsreform im Bereich der Universitätsstadt Gießen, MOHG NF 79 (1994), S. 309 ff.

58 Horst Giesler, Sportpolitik und Alltagserfahrungen. Die oberhessische Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik, MOHG NF 81 (1996), S. 109 ff.; Norbert Gissel, Der Neuaufbau des Gießener Sports nach dem Zweiten Weltkrieg, MOHG NF 75 (1990), S. 25 ff.

59 Jens Kauer, Schunk & Ebe. Kindertage eines Weltkonzerns 1913-1947. Gießen, 1995.

60 Alles blauer Dunst?! Zigarrenindustrie im Gießener Raum. Eine Ausstellung. Zusammengestellt vom Kreisarchiv und den Archiven der Städte und Gemeinden des Kreises Gießen, hrsg. vom Oberhessischen Geschichtsverein Gießen e.V., Gießen 2004. Bereits 1993 behandelte K. Hannika (Gießen) in einem Vortrag das Thema „Arbeiterinnen in der Gießener Tabakindustrie“, s. MOHG 84 (1999), S. 336.

61 Lothar Schüler, Geschichte der Sanierung der Wohnungen in den Gießener Stadtgebieten Eulenkopf, Gummiinsel und Margaretenhütte, MOHG 91 (2006), S. 339 ff.

62 Heinz Dörr, Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle - Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager Gießen, MOHG NF 81 (1996), S. 49 ff.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung.⁶³ Im Herbst 2005 widmete sich unser Verein in fünf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen dem Thema „Migration und Vertreibung“.⁶⁴

Resümees

Was lässt sich als Resümee zur zeitgeschichtlichen Arbeit des Oberhessischen Geschichtsvereins festhalten? Mehr als 35 Publikationen seit 1990 in den Mitteilungen, außerdem zwölf teils umfangreiche Buchpublikationen! Der Geschichtsverein brachte sich bei den Buchpublikationen in unterschiedlicher Weise ein: Einige Publikationen hat er von sich aus angestoßen, insbesondere die o.g. Trilogie zum Kriegsende sowie zum Amerikahaus,⁶⁵ andere hat der Geschichtsverein nach Anfrage von Autoren herausgegeben⁶⁶ oder deren Erscheinen mit einer Geldspende ermöglicht.⁶⁷ Die Beiträge sind ein Beleg dafür, dass die zeitgeschichtliche Arbeit des Oberhessischen Geschichtsvereins nach den sehr verhaltenen Anfängen der sechziger und siebziger Jahre sowie im Laufe der achtziger Jahre mit einem deutlicheren Bemühen schließlich zu deren voller Integration in die Vereinstätigkeit gekennzeichnet

63 Den Vortrag hielt Michael Keller (Friedberg), der hierzu bereits auch die Arbeit „Das mit den Russenweibern ist erledigt“. Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Gestapo-KZ, Massenmord einer SS-Kampfgruppe und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit am Tatort in Hirzenhain wie auf dem Kriegsgräberfriedhof in Kloster Arnsburg 1943-1996, 2. Auflage, Friedberg 2000, veröffentlicht hatte. An der Podiumsdiskussion unter Leitung von Prof. Berding (Gießen) nahmen neben Michael Keller, der Wirtschaftshistoriker Dr. Mark Spoerer (Universität Hohenheim) sowie Staatsminister a.D. Karl Starzacher (Lich) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge in Hessen Teil; die Veranstaltung fand am 13. Juni 2001 in der Gedenkstätte Kloster Arnsburg statt.

64 Prof. Dr. Jochen Oltmer (Osnabrück) sprach zum Thema „Das ‚Jahrhundert der Flüchtlinge‘. Migration und Krieg seit dem Ersten Weltkrieg“; Dr. Thomas Kailer (Gießen) präsentierte Ausschnitte aus der ARD-Dokumentation „Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer“; Prof. Dr. Hans Lemberg (Marburg) referierte über „Verdrängen - Vergessen - Erinnern. Flucht und Vertreibung aus Ostmitteleuropa seit dem Zweiten Weltkrieg in der Rückschau“; Prof. Jürgen Reulecke (Gießen) sprach über „Erfahrungsgeschichtliche Aspekte der Nachkriegszeit: Kriegskindheit, ‚mentales Gepäck‘ und lebenslange Folgen“; Dr. Barbara Stambolis (Siegen) trug vor zur „Flüchtlingskindheit. Erfahrungen und Rückblicke auf ein ‚erfolgreiches Leben‘“; Dr. Thomas Kailer (Gießen) referierte zum Thema: „’Und du, Flüchtling, lass dir auch etwas gesagt sein!’ Integrationserfahrungen von Heimatvertriebenen in transgenerationaler Perspektive“; schließlich fand eine Podiumsdiskussion unter Leitung von Prof. Reulecke mit Zeitzeugen statt.

65 S. oben Anm. 42, 43, 44.

66 So z.B. die Arbeiten von Stern, Anm. 35, von J. Kauer, Anm. 59, und zur Tabakverarbeitenden Industrie, Anm. 60.

67 S. hierzu insbesondere die Arbeiten Anm. 47, sowie unten Anm. 71.

war. Damit konnte eine für die Geschichtsvereine typische Kärnerarbeit geleistet werden, welche vor allem auch in der Sichtung und Sammlung von Material liegt. Die sich durch den Vorstand vor allem seit Ende der siebziger Jahre anbahnende Öffnung wird einerseits durch zwei sehr grundlegende Untersuchungen zum Thema Widerstand in Gießen sowie zum Thema Judenverfolgung in Gießen,⁶⁸ zum anderen durch die bewusste Öffnung der Vortragsreihe für Themen des Nationalsozialismus greifbar. Liest man hierzu die Berichte über die Vorträge in unseren Mitteilungen nach, so wird die seinerzeitige Stimmung, die Referenten entgegenschlug, greifbar: Noch in dem Bemühen, den Vortragenden Sachlichkeit, Nüchternheit, Objektivität zu bescheinigen, wird die Befangenheit und letztlich Reserve erkennbar, sich mit dem Grauenhaften im Detail auseinanderzusetzen, für das der Nationalsozialismus steht. Man spürt, sich dieser Geschichte zu öffnen, war alles andere als eine Selbstverständlichkeit und verlangte den damals Handelnden gewiss auch ein Stück persönlichen Mutes ab gegenüber den in einem Geschichtsverein nach wie vor bestehenden Erwartungen, nicht unbedingt an diese Geschichte zu erinnern.⁶⁹ Dass ihre Vertiefung und Ausfächerung in den neunziger Jahren ein gewisses Maß an Selbstverständlichkeit entwickelt hat, war sicher der Vorarbeit der achtziger Jahre mit zu verdanken. Seit dem war es zu einer Selbstverständlichkeit geworden, Themen zur Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus sowie seiner Verarbeitung nach dem Zweiten Weltkrieg aufzugreifen.

Was der Bericht zeigt ist, dass sich in den neunziger Jahren eine Zunahme zeitgeschichtlicher Themen auch zu anderen Feldern ergeben hat. Man kann deshalb davon sprechen, dass ein wichtiger Strang der Aktivitäten des Oberhessischen Geschichtsvereins der Bearbeitung weitgespannter zeitgeschichtlicher Themen diene. Freilich ist nicht zu verkennen, dass zeitgeschichtliche Themen meist dann aufgegriffen wurden, wenn bestimmte Entwicklungen zu einem Abschluss gekommen waren: Zum Beispiel nach dem Abzug des amerikanischen Militärs aus Gießen, der Auflösung des Flüchtlingslagers oder die Untersuchung des Neuaufbaus bestimmter Politikfelder, etwa des Schulwesens, des Sportwesens oder der Städtebauentwicklung. Insoweit

68 S. oben Anm. 12, 20, 21.

69 Siehe dazu die Berichte von Hans Szczech, Anm. 22-26.

haben sich zeitgeschichtliche Beiträge nicht ins Handgemenge laufender politischer Entwicklungen oder Auseinandersetzungen begeben.

Wenn man aus den zahlreichen Themen Schwerpunkte heraushebt, die eine besondere Bedeutung für sich in Anspruch nehmen können, so wird man als besondere Schwerpunktt Themen die Geschichte der Gießener Juden, die Geschichte von Widerstand und Resistenz, die Geschichte des Kriegsendes sowie des Wiederaufbau Gießens nennen können. Von diesen Arbeiten lässt sich sagen, dass sie hierzu das Material aufgearbeitet und aufbereitet haben - eine der grundlegenden Aufgaben, die von den Geschichtsvereinen erwartet werden darf.

Fragt man nach den Autoren der vielfältigen Beiträge, so zeigt sich die breite Spanne von professionellen Historikern, Akademikern, die zu Gegenstandsbereichen ihres Faches historisch arbeiten, Funktions- und Amtsträger, die an bestimmten historischen Prozessen und Entwicklungen persönlich teil hatten, über Hobbyhistoriker bis hin zu Schülern. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass den Ansprüchen an Professionalität der Beiträge in unterschiedlichem Ausmaß Rechnung getragen wird - was freilich ein Kennzeichen der Arbeit der allermeisten historischen Vereine ist, denen daran liegt, gerade auch die Anstrengungen von Laien im Interesse der Aufarbeitung lokaler Geschichte zu integrieren.

Blickt man auf Diskussionen über das Verhältnis von Geschichtsvereinen und Geschichtswerkstätten der späten achtziger und frühen neunziger Jahre zurück, so findet man meist die Feststellung, dass sich die Geschichtswerkstätten gerade deshalb hätten bilden müssen, weil die überkommenen Geschichtsvereine in ihrer Honoratiorentradition befangen die Kraft zur Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte nicht gefunden hatten.⁷⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt hat es auch in Gießen entsprechend Aktivitäten außerhalb des Geschichtsvereins gegeben - deren Aktivitäten sind in den neunziger Jahren praktisch zum Erliegen gekommen. Einige der damaligen Aktivisten haben mit dem Geschichtsverein gelegentlich zusammengearbeitet. Der eine oder andere von ihnen ist inzwischen „sogar“ Mitglied geworden. Es scheint, dass die den Geschichtsvereinen gegenüber kritisch eingestellte Generation inzwischen wegen der Öffnung des Geschichtsvereins für

70 Siehe oben, Anm. 4; ferner Peter Adamski, Geschichtsvereine und Geschichtswerkstätten - Vom Nebeneinander zur Zusammenarbeit, MOHG NF 88 (2003), S. 237 ff.

zeitgeschichtliche Themen integriert werden konnte. Es war in den neunziger Jahren der Geschichtsverein, der eine Reihe von Buchprojekten der „Alternativen Szene“ auch ganz bewusst unterstützt hat, so z.B. den Band „Seiltänze. Beiträge zur Idee, Geschichte und Praxis der alternativen Bewegung am Beispiel Gießens“ sowie zur „Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung“ oder aber die Lebenserinnerungen ehemaliger SAJ'ler aus dem Raum Gießen/Wetzlar von den zwanziger Jahren bis nach dem zweiten Weltkrieg unter dem Titel „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...“.⁷¹

Freilich eines hat der Oberhessische Geschichtsverein bisher noch nicht geleistet: Die Untersuchung seiner eigenen Geschichte im Nationalsozialismus - bisher hat sich zu meinem persönlichen Bedauern noch niemand bereit gefunden, Zeit und nicht unerhebliche Mühen auf sich zu nehmen, um im Detail die Aktivitäten und Wirkungen unserer Vereinsarbeit aufzuarbeiten. Bisher haben wir es nur geschafft, uns mit unserer eigenen Geschichte bis zum ersten Weltkrieg zu befassen. Wir taten das im Zuge unserer Jubiläumsaktivitäten im Rahmen einer Vortragsreihe, in der wir die Entwicklung wichtiger historischer Vereine Hessens vergleichend für das 19. Jahrhundert aufgearbeitet haben und die ihren Niederschlag in unseren Mitteilungen gefunden haben.⁷² Es

71 Marianne Peter, Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...Lebenserinnerungen ehemaliger SAJ'ler aus dem Raum Gießen-Wetzlar von den zwanziger Jahren bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt Gießen-Wetzlar e.V. und dem Freundeskreis der ehemaligen sozialistischen Arbeiterjugend Gießen-Wetzlar, Gießen oJ; Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung, hrsg. von U. George u.a., Gießen 2003; Rainer Kah (Hrsg.), Seiltänzer. Beiträge zur Idee, Geschichte und Praxis der „Alternativen Bewegung“ am Beispiel Gießens, Gießen 2000; Die andere Perspektive. Ein historischer Rückblick auf Gießen im 20. Jahrhundert, hrsg. von U. George u.a., Gießen 1997.

72 S. MOHG NF 88 (2003) mit den Beiträgen von Peter Engels zum Darmstädter Geschichtsverein, von Erwin Knauß zum Oberhessischen Geschichtsverein, von Sylvia Kesper-Biermann zum Kasseler Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde, von Klaus Eiler zum Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, von Karl Murk zum Waldecker Geschichtsverein, von Ralf Roth zum Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde sowie von Winfried Speitkamp zur landesgeschichtlichen und erinnerungskulturellen Bedeutung von Geschichtsvereinen. - Die NS-Periode kam übrigens auch nicht zur Sprache aus Anlass von Vereinsjubiläen, siehe hierzu etwa Hermann-Otto Vaubel, 90 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein. 1878-1968, MOHG NF 53/54 (1969), S. 25 ff.; Erwin Knauß, Hundert Jahre Oberhessischer Geschichtsverein. 15. Juni 1878 - 15. Juni 1978, MOHG NF 63 (1978), S. 1 ff.; derselbe, Festvortrag anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, Juni 1978, MOHG NF 64 (1979), S. 17 ff., oder aus Anlass von

bleibt zu hoffen, dass wir beginnen, die Wirkungsgeschichte unseres Geschichtsvereins auch für das 20. Jahrhundert irgendwann einmal anzugehen. Unser Auftrag ist es schließlich, die Dinge und Sachen zu klären.

In diesem Anspruch dürfen wir uns anerkannt und ermuntert sehen, so zuletzt etwa von dem früheren bayrischen Landtagspräsidenten, als dieser den parlamentarischen und politischen Betrieb wegen seiner Oberflächlichkeit kritisierte: „Heute prescht irgendwer vor - Hauptsache, er ist in den Medien und gibt seine Meinung dazu ab ... Vielerlei aber nicht viel“, das sei das Problem heutiger Parteien. Seinem Abschied von der Politik habe er „noch keine einzige Träne nachgeweint“, sprach und ging - wie die Süddeutsche Zeitung kürzlich berichtete - zur Sitzung eines historischen Vereins: „Denn: Da gehen die Leute den Dingen noch auf den Grund.“⁷³

Nachrufen zu Funktionsträgern des Vereins, s. H. Krüger zu Otto Behaghel, MOHG NF 42 (1957), S. 5 ff.; Hermann-Otto Vaubel, Dr. Karl Glöckner zum Gedächtnis, MOHG NF 46 (1962), S. 7 ff.; Hermann-Otto Vaubel, Christian Rauch zum 90. Geburtstag, MOHG NF 52 (1967), S. 5 ff.; Erwin Knauß, Nachrufe: Carl Wallbrach u.a., MOHG NF 55 (1970), ohne Seitenangabe; Hermann-Otto Vaubel, Christian Rauch zum Gedächtnis, MOHG NF 62 (1977), S. 249 ff.; Erwin Knauß, Dr. Hermann-Otto Vaubel in memoriam, MOHG NF 69 (1984), S. X ff.; derselbe, Nachrufe zu Waldemar Küther, Fritz H. Hermann, Karl-Friedrich Euler, MOHG NF 71 (1986), S. IX f., XI f., XIII ff.; Hans Szczech, Nachruf Herbert Krüger, MOHG NF 81 (1996), S. 1 ff.; Erwin Knauß, Nachruf Otto Stumpf, MOHG NF 82 (1997), S. 1 ff. Diese Textsorten eignen sich, wie Erfahrungen lehren, offenbar gar nicht oder nur selten für eine kritische Auseinandersetzung mit Vergangenen. - Zur Vortragsgeschichte des Vereins in der NS-Periode äußert sich Ernst Küster in seinen Erinnerungen eines Botanikers, Gießen 1957, S. 416: „Nur wenige Abende veranstaltete in mehreren Jahren der Geschichtsverein - darunter einer sehr wohl gelungenen, der vor einem großen Auditorium über die Kirchenportalsreliefs von Großen-Linden und ihre Deutung auf den Hl. Wenzel berichtete. Es war für mich ein ganz zeitungemäßes schönes Erlebnis: Ein katholischer Priester spricht vor einem gebildeten Publikum über eine protestantische Kirche: kein Laut der aufgeregten Zeit drängt in die beredete Einsamkeit, die Wissen und Denken um uns verbreiten.“

73 Johann Böhm, zitiert nach: Süddeutsche Zeitung vom 23. September 2005, S. 38.

Widerstand in Gießen und Umgebung 1933 - 1945*

Erwin Knauß

Als sich vor nunmehr über vier Jahren in unserer Stadt Frauen und Männer zusammen fanden und eine Mahnmal-Initiative¹ gründeten, gingen sie von der richtigen Überlegung aus, daß es in der BRD weithin an Kenntnissen und Bewußtsein darüber fehlt, daß das totalitäre Hitlerregime auch einen erbarmungslosen und verbrecherischen Kampf gegen Teile des eigenen Volkes führte, der unermeßliche Opfer kostete und vielfältiges Leid in die Familien brachte. Dieser gnadenlose Feldzug richtete sich gegen alle, die - aus religiösen oder politischen Gründen dem Terror der Naziherrschaft von Beginn an oder durch die Entwicklung sehend geworden - aktiven oder passiven Widerstand entgegenseetzten. Und es gehört zu den vielen Ungereimtheiten unserer Geschichte nach den verheerenden Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, daß man bei uns zwar fast flächendeckend sogleich nach dem Ende des weltweiten Mordens und Massensterbens Gefallenen-Gedenksteine und Denkmäler aufstellte und auch der durch Luftangriffe Umgekommenen mit Mahnstätten gedachte, aber darüber vergaß, daß es zahlreiche Menschen gab, die vor diesen schrecklichen Folgen gewarnt hatten, dem Unrecht widerstanden oder sich ihm versagten und dies nicht selten mit dem Verlust von Freiheit und Gesundheit, ja dem Leben bezahlten.

Die Gießener Mahnmal-Initiative ließ sich aber auch von der Überzeugung leiten, daß es nicht genügen kann, der Ermordung von Millionen jüdischer Menschen zu gedenken, um die unselige Vergangenheit in unserem Volk aufzuarbeiten, weil ansonsten die Verfolgung und Ermordung vieler aufrechter Demokraten und Gegner des Naziregimes aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt würde.

Und dieser Verdrängungsprozeß zieht sich ja wie ein roter Faden durch die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Dazu zählen beispiels-

* Vortrag, gehalten am 8. Mai 1987 auf der Veranstaltung der Mahnmal-Initiative Gießen im Alten Schloß/Gießen. Die Anmerkungen wurden nachträglich von der Redaktion eingefügt.

1 Zur Gießener Mahnmal-Initiative s. Jost Holzmann, Ein Mahnmal für Gießen, o. J., unveröffentlichtes Manuskript (Stadtarchiv Gießen, Sign.: 86/121).

weise die viel zu spät begonnene, zögernd eingeleitete und dann oft mit nur geringen Strafen oder gar Freisprüchen endenden Prozesse gegen Naziverbrecher oder das skandalöse Verhalten des ehemaligen Ministerpräsidenten Filbinger, der seine Blutrüchertätigkeit mit dem bezeichnenden Ausspruch garnierte, was damals Recht gewesen sei, könne heute kein Unrecht sein.²

Hier muß daran erinnert werden, daß nach einer amtlichen Aufstellung bis zur Jahreswende 1944/45 9.732 Wehrmachtsangehörige von der nationalsozialistischen Militärjustiz hingerichtet wurden. Diese Zahl hatte sich in den chaotisch verlaufenden letzten Kriegsmonaten auf ca. 14.500 erhöht. Eines der letzten Opfer war jener von Filbinger noch nach der Kapitulation zum Tod verurteilte arme Landser. Zum Vergleich: Während des gesamten Ersten Weltkriegs wurden 48 Soldaten des deutschen Heeres hingerichtet.

In diesen komplexen Vorgang der Verdrängung gehören natürlich auch die ebenso haarsträubenden wie unangemessenen Gleichungen, wie etwa Nazi-Vernichtungslager = Gulag, ein in Dresden verbrannter Deutscher = den in Auschwitz verbrannten Juden oder Faschismus = Bolschewismus oder auch die gegenwärtig wieder zunehmende Tendenz, Rechtsextremismus zu verharmlosen.

In diesen Chor der Verdränger, Verfälscher und Verharmloser haben natürlich auch führende Politiker immer wieder kräftig eingestimmt. Exemplarisch dafür sind Dreggers Ruf nach dem „Heraustreten aus der Geschichte“, Kohls dümmlicher Ausspruch von „der Gnade der späten Geburt“, Stoibers simplifizierende Feststellung, daß Nationalsozialisten eben „in erster Linie Sozialisten und Kollektivist“ gewesen seien und Geißlers die Opfer offen verhöhnende infame Behauptung, die Pazifisten hätten Hitlers Machtübernahme und damit den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mitzuverantworten.

Einen bedauerlichen Höhepunkt setzte in dieser - seit der politischen Wende von 1982 - sich verstärkenden Entwicklung, das beschämende Ereignis von Bitburg am 8. Mai 1985 in der unterschiedslosen Gleichsetzung von Tätern und Opfern. Jürgen Habermas hat kürzlich in einer Betrachtung zu Bitburg geschrieben: - ich zitiere - „Wer darauf beharrt, Kollektivschicksale zu betrauern, ohne zwischen Tätern und Opfern zu

2 Zum ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger s. Helmut Ridder, Der Filb und sein Miljöh, in: Demokratie und Recht, Heft 3/1978, S. 301 ff.

unterscheiden, muß etwas im Schilde führen. Wer morgens Bergen-Belsen absolviert und nachmittags in Bitburg ein Veteranentreffen veranstaltet, der hat ein anderes Konzept - eines, das nicht nur gestern den Hintergrund für den 8. Mai gebildet hat, sondern heute die Planung für neue Gedenkstätten und Museumsbauten inspiriert: Eine fest in der atlantischen Wertegemeinschaft verankerte Bundesrepublik soll über die Identifikation mit einer zustimmungsfähigen Vergangenheit nationales Selbstvertrauen zurückgewinnen. Allerdings erfordert dieser Zugriff auf die Nationalgeschichte eine Flankierung durch zwei abschirmende Operationen. Erst einmal muß die Erinnerung an die negativ besetzten identifikationshemmenden Abschnitte der jüngsten deutschen Geschichte planiert werden, sodann muß die stets virulente Furcht vor dem Bolschewismus im Zeichen von Freiheit oder Totalitarismus das richtige Feindbild wach halten. Das Szenario von Bitburg enthielt genau diese Elemente: Der Mobilisierung des Geschichtsbeußseins diente die Aura des Soldatenfriedhofs durch nationales Gefühl Das Nebeneinander von Bergen-Belsen und Bitburg, von KZ-Leichenhügeln und SS-Gräbern, nahm den NS-Verbrechen ihre Einmaligkeit und der Händedruck der Veteranen-Generale in Gegenwart des US-Präsidenten (und deutschen Bundeskanzlers) konnte schließlich bestätigen, daß wir im Kampf gegen den gemeinsamen Feind schon immer auf der richtigen Seite waren.³

Wie stark diese Denkschemata von Historikern, die Wert darauf legen, ernst genommen zu werden, in jüngster Zeit in Reden und Aufsätzen gestützt und gefördert worden ist, haben wir im vorhergehenden Referat⁴ gehört und erfahren.

Nun müssen wir uns in Gießen und seiner Umgebung über diese fatale Entwicklung nicht allzu sehr wundern, haben wir doch bitter erfahren müssen, wie in zwei Fällen, die ich hier beispielhaft herausziehen will, Geschichte verfälscht, Erinnerungen an Naziverbrechen verdrängt und Täter und Opfer in diskriminierender Weise gleichgesetzt wurden.

Da ist zum einen die beschämende Tatsache, daß der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK) auf dem Friedhof in Kloster Arnsburg nicht nur bis heute die Aufstellung einer von dem ermordeten

3 Jürgen Habermas, Vom öffentlichen Gebrauch der Historie, in: ders., Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt am Main 1987, S. 137 ff. (139).

4 Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Faschismus als Vergangenheit und Gegenwart, Vortrag, gehalten am 8. Mai 1987 im Alten Schloß/Gießen.

hessischen Minister Heinz-Herbert Karry gestifteten Gedenktafel für die von SS-Leuten wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner heimtückisch getöteten 81 Frauen und 6 Männer verweigert, sondern auch Jahr für Jahr zulässt, daß die HIAG (die sich als SS-Hilfsorganisation bezeichnet) dort auftritt, um in feierlicher Kranzniederlegung ihre SS-Kameraden zu ehren, die dort neben den Gräbern der in Hirzenhain Ermordeten liegen.⁵

Auf die Unvereinbarkeit der banalen Ausrede „Im Tod sind alle gleich!“ wurde bereits hingewiesen.

Schließlich hat - und darauf wurde schon einleitend hingewiesen - auch die Mahnmal-Initiative ihre schlechten Erfahrungen gemacht, indem die jahrelangen Versuche, den Verfolgten, Gefolterten und Ermordeten der NS-Diktatur ein würdiges Gedenken angedeihen zu lassen, immer wieder verzögert und verschleppt wurden, der geforderte aussagefähige Text mit nichtssagenden Worten korrigiert und schließlich versucht wurde, ein Denkmal, eine besondere Ehrung für Opfer der Vertreibung und kommunistischer Gewaltherrschaft durchzusetzen.

Immerhin dürfen wir heute mit Freude und Genugtuung feststellen, daß der jahrelange Kampf der Mahnmal-Initiative nunmehr von Erfolg gekrönt ist und die Enthüllung am kommenden Donnerstag vor dem Stadthaus vor sich gehen wird. Dies ist sicher nicht nur einer veränderten kommunalpolitischen Konstellation zu verdanken, sondern darf auch dem unablässigen Bemühen um eine breitere Bewußtseinsbildung um die zwingende Notwendigkeit einer solchen Erinnerungsstätte in der Bevölkerung zugeschrieben werden.

Die große Zahl von fast tausend Unterschriften, die die Mahnmal-Initiative unterstützten, beweist, daß es viele Kräfte waren, die das gemeinsame Ziel anstrebten und für seine Verwirklichung arbeiteten.

Es war in diesem Zusammenhang eine ebenso mutige wie richtungweisende Entscheidung, daß Oberbürgermeister Mutz auf Vorschlag des Magistrats der aktiven Widerstandskämpferin Maria Deeg⁶ am 18. März dieses Jahres die goldene Ehrennadel der Stadt Gießen über-

5 S. hierzu Michael Keller, „Das mit den Russenweibern ist erledigt“, Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Gestapo-KZ, Massenmord einer SS-Kampfgruppe und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit am Tatort in Hirzenhain wie auf dem Kriegsgräberfriedhof in Kloster Arnsburg 1943-1996, 2. Aufl. Friedberg 2000 (= Band 47/1998 der Wetterauer Geschichtsblätter).

6 Maria Deeg, Signale aus der Zelle, 2. Aufl. Gießen 1982.

reichte und damit vor den Augen der Öffentlichkeit dokumentierte, welche Bedeutung für ihn als Repräsentant der Bevölkerung der Widerstand gegen die Naziherrschaft hat. Gleichzeitig wurde mit dieser Verleihung eine breitere Öffentlichkeit erneut auf den Widerstand gegen das Naziregime aufmerksam.

Dabei waren die Kenntnisse über den Widerstand im lokalen Bereich keineswegs weit verbreitet, als die Mahnmal-Initiative mit ihrer Arbeit begann. Man wußte möglicherweise einiges über die Männer vom 20. Juli 1944, hatte vielleicht in der Schule von den Geschwistern Scholl gehört oder kannte im günstigsten Fall jemand, der im Dritten Reich aus politischen Gründen verfolgt oder verhaftet worden war.

In der Mahnmal-Initiative selbst regten sich Stimmen, die fragten, ob es denn - abgesehen von der Judenverfolgung und der inzwischen durch verschiedene Publikationen weithin bekannt gewordenen Deportation von 150 Gießener Juden in die Vernichtungslager⁷ - überhaupt nennenswerten Widerstand in Gießen und Umgebung gegeben hat.

Es ist der Aufklärungsarbeit verschiedener Gruppen und Organisationen zu verdanken, daß die Kenntnis über den Widerstand im Raume Gießen allmählich wuchs. Ich nenne hier vor allem die Gewerkschaften und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die sich in den letzten Jahren bemühten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit im lokalen Bezug deutlich zu machen, sozusagen den Widerstand einzelner Bürger oder kleiner Gruppen vor der Haustür offen zu legen.⁸ Den wirklichen Durchbruch in der Kenntnis des Widerstandes im heimischen Raum aber brachte die verdienstvolle Untersuchung von Kurt Heyne, die nach jahrelangen Recherchen jetzt abgeschlossen wurde und

7 Zur Deportation der Gießener Juden s. „Judenverfolgung in Gießen und Umgebung 1933-1945“, Arbeit einer Schülergruppe der Liebig-Schule Gießen, Jahrgangsstufe 12, Brandl u.a., Tutor und für die Überarbeitung zuständig: Kurt Heyne, in: MOHG NF 69 (1984), S. 1, 135 ff.

8 S. z.B. Siegfried Krupke/Antje Tewes, „... und Einigkeit ist Macht.“ Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985; Gießener Antifaschistischer Kalender 1982, hrsg. vom VVN-Bund der Antifaschisten Gießen, Gießen 1981; Erwin Watz/Karl Volk (Hrsg.), Geschichte der Arbeiterbewegung in Klein-Linden, Gießen-Klein-Linden 1984; Marianne Peter, Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren ..., Lebenserinnerungen ehemaliger SAJ'ler aus dem Raum Gießen-Wetzlar von den zwanziger Jahren bis nach dem Zweiten Weltkrieg, Gießen o. J.

in wenigen Tagen der Öffentlichkeit durch den Oberhessischen Geschichtsverein Gießen vorgestellt wird.⁹

Mit seiner Arbeit konnte Heyne vor allem etwas beweisen, was bis dahin entweder unbekannt war oder mindestens bezweifelt wurde: Daß nämlich auch in Gießen und Umgebung Widerstand in all den Bereichen geleistet wurde, wie er im übrigen Reichsgebiet bekannt ist.

Hier gilt es zunächst noch ein kurzes Wort darüber zu verlieren, was man unter Widerstand zu verstehen hat.¹⁰ Sicher ist, daß die landläufige Meinung von Widerstand von bewaffneten Aktionen bürgerkriegsähnlicher Art ausgeht, die aber in der totalitären Diktatur Hitlers schon wenige Wochen nach der Machtergreifung unmöglich geworden war, weil alles so durchorganisiert war, daß der staatlich gelenkte Terror unter Ausschaltung des Rechtsstaats voll zuschlagen konnte.

Widerstand im Dritten Reich war vielmehr all das, was Menschen unter Strafandrohung gegen die Ideologie oder das politische System taten oder was sie unterließen und dabei ebenfalls schwere Strafen befürchten mußte. Lassen Sie mich ohne Anspruch auf Vollständigkeit dazu nur einige Stichworte nennen, die klar machen können, daß Widerstand in vielfältiger Weise möglich war: Agententätigkeit, Boykott, Broschüren- oder Flugblattherstellung und -verteilung, Gehorsamsverweigerung, Sabotage, demonstrative Predigt, öffentlicher Austritt aus einer Nazi-Organisation, Nichtbeteiligung an Veranstaltungen des Systems, Leben in der Illegalität, Flüsterpropaganda, Plakatanschlag, Wandinschriften, Verrat, Spionage, Hilfe für Verfolgte, Wahlenthaltung, „Nein“-Stimmen bei den Abstimmungen der NS-Zeit.¹¹ Vieles war zunächst noch der ordentlichen Gerichtsbarkeit überlassen. Später traten Sondergerichte an diese Stelle, und es wurden immer mehr Todesurteile für geringere Vergehen gefällt.

Nach verlässlichen Zahlen aus dem Reichsgebiet sind zwischen 1933 und 1945 etwa 800.000 Menschen, sei es für kurze Zeit, sei es für die

9 Kurt Heyne, Widerstand in Gießen und Umgebung 1933-1945, in: MOHG NF 71 (1986), S. 1 ff.; auch diese Arbeit ist aus dem Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“ hervorgegangen, wie im Vorwort des Herausgebers hervorgehoben wird, a.a.O., S. VII.

10 S. Günter Plum, Widerstand und Resistenz, in: Das Dritte Reich, Herrschaftsstruktur und Geschichte, hrsg. v. Martin Broszat/Horst Möller, München 1983, S. 248 ff.

11 Torsten-Dietrich Schramm, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1980, S. 23.

Dauer der Nazi-Diktatur, in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder Zuchthäusern aus politischen Gründen eingekerkert gewesen.¹²

Das Widerstandspotential in Gießen und Umgebung wird prägnant, wenn man sich einige Zahlen aus den Wahlen und Abstimmungen aus der NS-Zeit vor Augen führt, also nach der Machtübernahme vom 30. Januar 1933.¹³ Die letzte - halbwegs noch freie - Reichstagswahl fand am 5. März 1933 statt. Sie stand bereits unter dem massiven Druck des von der Hitlerpartei übernommenen Polizeiapparats. Mit Hilfe der nach dem Reichstagsbrand erlassenen (Not-)Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ wurden nicht nur die KPD-Abgeordneten verhaftet, sondern auch die SPD in ihrer Wahlpropaganda drastisch behindert.

Unter diesen Bedingungen war es um so erstaunlicher, daß die NSDAP in vier stadtnahen Gemeinden nicht die stärkste Partei wurde, nämlich in Gleiberg, Heuchelheim, Lollar und Wieseck, obwohl sie im Landkreis Gießen 61,3%, in der Stadt 51,9% und im Land Hessen 47,4% der Stimmen erreichte.¹⁴

Noch deutlicher wird die ablehnende Haltung gegenüber der Nazi-Ideologie, wenn man erfährt, daß der Stimmenanteil der beiden Arbeiterparteien bei dieser Wahl in Wieseck bei 69,3%, in Trohe bei 76,4% und in Gleiberg gar bei 85,7% lag; auch Rödgen mit 51,3%, Heuchelheim mit 50,8%, Lollar mit 47,4% und Staufenberg mit 51,1% hatten beachtlich hohe Anteile für KPD und SPD.

In absoluten Zahlen drückt sich das so aus: es stimmten 13.676 Wähler für die Arbeiterparteien; in der Stadt Gießen waren es immerhin noch 6.050, die sich Hitler oder seinen Gefolgsleuten von der DNVP verweigerten.

Es folgten nun die berühmt-berüchtigten Volksabstimmungen,¹⁵ mit denen Hitler - vor allem gegenüber dem Ausland - die breite Zustimmung der Bevölkerung zu seiner Politik dokumentieren wollte. Sie

12 Peter Hoffmann, *Widerstand - Staatsstreich - Attentat*, 2. Aufl. München 1970, S. 32.

13 Zu den Wahlergebnissen nach dem 30. Januar 1933 s. Erwin Knauf, *Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre*, in: MOHG NF 45 (1961), S. 15 ff.; Karl-Heinrich Jung, *Die Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871-1980 in den sechs Dörfern der Gemeinde Pohlheim in Oberhessen*, Gießen 1982; s. ferner Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 32 ff.

14 S. Anm. 13.

15 S. zu den Volksabstimmungen während der NS-Periode, s. Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 34 ff.

können hier nicht im einzelnen erörtert werden, aber ihre Ergebnisse, die Kurt Heyne sorgfältig recherchiert und analysiert hat, zeigen doch, wie stark partiell der Wille zum Widerstand selbst unter verschärftem Terror und keineswegs mehr freier und geheimer Wahlentscheidung noch zum Ausdruck kam.

Ich begnüge mich hier mit einigen eindrucksvollen Zahlen:

So gab es bei der Abstimmung vom 12. November 1933, wo nur noch eine Einheitsliste der NSDAP zur Wahl stand, im Kreis 1.062 Nein-Stimmen und 581 ungültige Stimmzettel.

Im Einzelnen gab es in Trohe 16%, in Wieseck 12%, in Heuchelheim 10% ablehnende Stimmen und in Gießen-Stadt immerhin noch 7,2%.

Auch die zweite, nach dem Tod Hindenburgs und der Blutnacht vom 30. Juni am 19. August 1934 durchgeführte Volksabstimmung, die ja endgültig die totalitäre Diktatur zementierte, zeigte für den heimischen Raum noch respektable Ergebnisse, die von Mut und geschärftem politischen Bewußtsein zeugen, wobei die Zahl derer, die sich Hitler verweigerten, sogar stärker geworden war: So gab es im Kreis Gießen insgesamt 4.604 Nein- und 1.174 ungültige Stimmen.

In Trohe lehnten 24%, in Wieseck 20%, in Oppenrod 16%, in Beuern 13,4%, in Heuchelheim 12,6% und in Gießen-Stadt 12,2% Hitlers totale Machtergreifung ab.

Haben auch die polizeistaatlichen Maßnahmen mit der verstärkten Wahlmanipulation im Innern und die Hitler praktisch in den Schoß gefallenen außenpolitischen Erfolge die Front der Verweigerer bei den Abstimmungen der Jahre 1936 und 1938 stark abbröckeln lassen, so ist doch bemerkenswert, daß im April 1938 in der Stadt Gießen noch 469 Stimmen gegen Hitler votierten.

Wen nimmt es wunder, daß dieses erstaunlich hohe Widerstandspotential in Gießen und seiner Umgebung zu Verfolgungen und Verhaftungen seitens des Staatsapparates führte.

Den meisten hier im Saal - und es ist zu hoffen, auch draußen in der Bevölkerung - ist inzwischen bekannt geworden, daß bereits kurz nach der erwähnten Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 im rheinhessischen Osthofen ein

KZ eingerichtet wurde,¹⁶ um die zahlreichen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Laufe der Jahre 1933 und 1934 einzuliefern, oder - wie es damals hieß - „in Schutzhaft“ zu nehmen, um sie vor dem Zorn des Volkes zu schützen.

Kurz nach der Wahl bereits waren politische Gegner Hitlers und auch schon Juden willkürlich verhaftet und in einer Art „Spießbrutenlauf“ öffentlich - begleitet von SA-Leuten - durch die Stadt geführt worden. Dieser Vorfall ist erfreulicherweise ebenso im Bild festgehalten, wie die öffentliche Verhaftung und Zurschaustellung des Dozenten Dr. Mayer am 9. Mai 1933. Anschließend mußten sie unter der brutalen Aufsicht von uniformierten Naziführern Wahlplakate und Propagandazettel der gegen Hitler gerichteten Parteien abwaschen bzw. entfernen.¹⁷

Ebenso wie überall im Reich wurde auch in Gießen am 2. Mai 1933 das Gewerkschaftshaus in der Schanzenstraße von der SA besetzt und die Gewerkschafts-Funktionäre in Schutzhaft genommen oder entlassen.¹⁸

Auch in der Universitätsstadt Gießen verbrannte man am 8. Mai 1933 die sogenannte artfremde Literatur, darunter Bücher von Nobelpreisträgern und anderen geistigen Größen.¹⁹

Unter dem Vorwand, das Berufsbeamtentum wieder herzustellen, verloren zahlreiche Anhänger der Arbeiterparteien ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Über alle diese Maßnahmen des Nazi-Regimes wurde mehr oder weniger offen in der örtlichen Presse berichtet, im gleichgeschalteten Gießener Anzeiger, aber besonders ausführlich - oft von Hohn und Spott begleitet - in der parteiamtlichen „Oberhessischen Tageszeitung“.

Wen nimmt es wunder, daß sich Menschen mit wachem politischem Bewußtsein, mit Mut aber auch aus Verzweiflung zu wehren begannen

16 Paul Grünewald, KZ Osthofen, Frankfurt am Main 1979; *Erinnern und Vergegenwärtigen*, hrsg. vom Projekt Osthofen, bearbeitet von Angelika Arenz-Morch/Eike Hennig in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch und Thomas Schlegel-Batton, Frankfurt am Main 1986; s. ferner Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 107 ff.

17 S. zum Vorstehenden Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 100 f.

18 Zur Besetzung des Gießener Gewerkschaftshauses s. Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 155 ff.

19 Zur Bücherverbrennung in Gießen s. Helmut Berding, „Wider den undeutschen Geist“, zur Bücherverbrennung im Dritten Reich, in: MOHG NF 78 (1993), S. 146 ff. S. neuerdings Kailer/Schwöbel, MOHG 92 (2007), S. ff. ###

und versuchten, einzeln oder in kleinen Gruppen organisiert, Widerstand zu leisten.

Aus den verschiedenen Publikationen der letzten Jahre, aber auch erfreulicherweise auch aus Zeitungsberichten wie z.B. in der letzten Ausgabe der Zeitung „Elefanten-Klo“²⁰ wissen wir, daß es verschiedene Widerstandszellen in Gießen und Umgebung gab, von denen die Gießen-Wiesecker Gruppen um die Familie Deeg und die Männer Wilhelm Lenz, Heinrich Creter, Hans Rosenbaum und andere am aktivsten waren. Sie wurden zuerst 1935 und dann endgültig 1937 von der Gestapo zerschlagen, ihre Mitglieder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und im Anschluß daran teilweise in KZ's überführt. Hans Rosenbaum wurde 1942 im KZ ermordet. Damit war in einer vom Parteiapparat beherrschten überschaubaren Stadt wie Gießen der konspirative und organisierte Widerstand zu Ende gegangen.²¹

Nicht vergleichbar in seiner Aktivität und politischen Wirksamkeit mit diesem Arbeiterwiderstand, aber wegen der infamen Art seiner Aufdeckung und wegen den nachfolgenden drakonischen Strafen, ist der bürgerliche Widerstandskreis der Jahre 1941/42 um Alfred Kaufmann, Pfarrer Steiner aus Hausen und den Kunstmaler Heinrich Will bekannter geworden.²²

Weniger bekannt aber sind jene politisch motivierten Handlungen oder Unterlassungen einzelner Bürgerinnen und Bürger gegen die Schreckensherrschaft der NS-Regierung und gegen den grausamen Krieg, wie sie sich in den Gerichtsakten niederschlagen oder in mündlichen Schilderungen überliefert sind. Dieser oft sehr einsam geleistete und mit großem Bekennermut durchgestandene Widerstand wird heute kaum ausreichend gewürdigt. Tote und noch lebende Widerstandskämpfer aber rufen uns auf und mahnen uns, Aufbegehren gegen Unrecht, Unmenschlichkeit und Gewalt als eine immer währende Aufgabe anzusehen, die nicht nur bewundernde Erinnerung verlangt, sondern auch den Blick auf die Gegenwart und nach vorn auf die Zukunft richten sollte.

20 S. Elefanten-Klo, Mai 1987, S. 11.

21 S. Heyne u.a., Anm. 9, S. 81.

22 Zum Kaufmann-Will-Kreis, s. Bertin Gentges u.a., Heinrich Will 1895-1943. Leben und Werk, hrsg. vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen und vom Oberhessischen Geschichtsverein, mit Beiträgen von Manfred Mutz, Kurt Heyne, Bertin Gentges, Friedhelm Häring, Hans Adamo und Gaby Rehnel, Gießen 1993; ferner Heinrich Brinkmann, MOHG NF 81 (1996), S. 389 ff.

Darum möchte ich schließen mit einer kleinen exemplarischen Auswahl von Fällen im Raum Gießen, wo sich Widerstand der unterschiedlichsten Art zeigte und zur Verfolgung durch den Unrechtsstaat führte.²³

Bei den gewaltsamen Aktionen gegen Regimegegner im März bis Mai 1933 wurden Vertrauensleute in die SA-Gruppen geschleust, die als NS-Uniformträger vor Verhaftungen sicher waren und so Propagandamaterial bei sich tragen und verteilen sowie Gesinnungsgenossen warnen konnten.

Im August 1933 wurden zwei KP-Funktionäre festgenommen, weil sie in einem Gasthaus das Horst-Wessel-Lied und den Hitlergruß verächtlich gemacht hatten.

Nach einem Polizeibericht vom 12. Dezember 1933 wurde Lorenz Hahn verhaftet, weil man in seinem Haus Propagandamaterial des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ gut versteckt gefunden hatte. Nach langer Kerkerhaft wurde er in das KZ Buchenwald gebracht. Er saß insgesamt zehneinhalb Jahre hinter Mauer und Stacheldraht.

Das Sondergericht, das inzwischen die ordentliche Gerichtsbarkeit ersetzen mußte, verurteilte am 24. September 1934 einen Bürger aus Gießen zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe, weil er sich beleidigend gegenüber dem Führer geäußert hatte.

Der Arbeiter Wilhelm Ortmüller, der schon 1934 zwei Monate Gefängnis erhalten hatte, weil er die Reichsregierung beleidigt hatte, wurde 1937 erneut verhaftet und zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil ihm vorgehalten wurde, daß er den spanischen Bürgerkrieg nach Deutschland gewünscht habe und die Erfolgsmeldungen der Franco-Truppen in der deutschen Presse anzweifelte.

Unter Berufung auf die bereits erwähnte Verordnung zum Schutz von Volk und Staat wurden 1937 in Trohe die Widerstandskämpfer Willi Licher und Ludwig Schwalb in „Schutzhaft“ genommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Aus ähnlichen Gründen waren schon im Herbst 1933 die früheren führenden Sozialdemokraten Josef Maier und Albin Mann - nach dem

23 Die nachfolgenden Beispiele sind den Arbeiten von Siegfried Krupke/Antje Tewes, Anm. 8, sowie von Kurt Heyne u.a., Anm. 9, entnommen.

Zweiten Weltkrieg einige Zeit Oberbürgermeister in Gießen - verhaftet und in das KZ Osthofen gebracht worden.

Walter Deeg, der ebenfalls in Osthofen eingekerkert war, schildert in seinen Erinnerungen die „Sonderbehandlungen“, die dort in grausamster Weise an Gefangenen vollzogen wurden, die sich nicht bedingungslos beugten.

Besonders brutal wurde der Gießener Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär Paul Szymkowiak im Juli 1933 verhaftet und in Verhören gefoltert, so daß er nach seiner Entlassung noch über ein Jahr ambulant behandelt werden mußte, wozu nur der Gießener Kinderarzt Dr. Hofmann bereit war. Er wurde während der zwölfjährigen Nazi-diktatur noch mehrfach verhört, zeitweise verhaftet und nach dem 20. Juli 1944 mit Albin Mann und dem führenden Wiesecker SPD-Mann Karl Benner (Landrat nach dem Krieg) in das KZ Dachau verschleppt.

Auch in sogenannten kriegswichtigen Betrieben konnte Widerstand geleistet werden: So berichtet der Gießener Wilhelm Leib in seinen Erinnerungen²⁴, daß man mit Gleichgesinnten ausländische Sender hörte und über die Nachrichten diskutierte. Als er sich weigerte, gegen Kriegsgefangene Gewalt anzuwenden und deren Essensrationen zu kürzen, wurde er zwangsweise eingezogen und an die Front geschickt.

Es gab noch mehr solcher Fälle, wie sie Wilhelm Leib schilderte, daß nämlich Kriegsgefangenen von Arbeitern im Betrieb unter Lebensgefahr geholfen wurde.

Von ähnlichen Hilfsaktionen für Gefangene wie auch über konspirative Treffen und Flugblattaktionen berichten Otto Rüspeler von der Firma Bänninger, Ernst Grölz von Buderus/Lollar und Wilhelm Loh von den Didierwerken zu Mainzlar.

„Von 1938-1943 war Otto Rüspeler bei der Firma Bänninger beschäftigt. Dort arbeiteten ... auch französische und russische Kriegsgefangene. Sie wurden vom Wachpersonal öfter geschlagen und schikaniert. Es war verboten, Kontakt mit den Gefangenen aufzunehmen. Rüspelers Schwager, Willi Rödel, wurde 1944 wegen verbotener Kontakte verhaftet und mißhandelt ...

24 Wilhelm Leib, Erinnerungen, Gießen 1981, S. 51.

Karl Kling erinnert sich, daß auch bei der Firma Schaffstädt Flugblätter gegen die Nazis verteilt worden sind, aber nur an Leute, von denen wir wußten, daß sie echt waren.“²⁵

Über die Bedingungen bei Buderus in Lollar berichtet Ernst Grölz:

„Bei Buderus waren viele Kriegsgefangene beschäftigt, Franzosen, Russen, insbesondere sowjetische Frauen. Sie hatten die schwersten Arbeitsbedingungen und wurden sehr schlecht behandelt, vor allem bekamen sie sehr schlechtes Essen. Die Aufseher waren Großmäuler, zum Arbeiten taugten die nichts, diese Nazis. Meine Kollegen und ich haben immer wieder versucht, den Kriegsgefangenen etwas zu essen zuzustecken, aber wir mußten uns vorsehen, daß es kein ‚Unechter‘ sah.“²⁶

Wilhelm Loh konnte ähnliche Aktionen des Arbeiterwiderstandes von den Didierwerken in Mainzlar berichten, wohin er dienstverpflichtet war:

„Während des Krieges wurden ja die eingezogenen Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene ersetzt. Jeder deutsche Arbeiter bekam zwei Kriegsgefangene zugeteilt, mit denen er ein bestimmtes Arbeitssoll erfüllen mußte. Das Arbeitssoll wurde am Morgen festgelegt, und Feierabend war erst, wenn das Soll erfüllt war. Dieses Soll war so unmenschlich und konnte von den halbverhungerten Menschen nicht erfüllt werden. Ich konnte dies nicht mit ansehen und begann, die Gefangenen mit Lebensmitteln zu versorgen. Meine Hilfe wurde beobachtet und ich wurde bald denunziert.

Ich wurde von der Gestapo verhaftet und saß acht Monate in Haft. Das war 1944. Als die Amerikaner etwa bei Bad Nauheim waren, wir hörten das Donnern der Geschütze, sagte man uns schon, daß wir nie freikommen werden.

Abends gegen halb elf Uhr wurde ich mit noch drei Mitgefangenen herausgeholt, wir wurden an die Wand des Gerichts hier in Gießen gestellt. Das sollte das Ende sein.

Mir kam blitzschnell ein Gedanke. Ich stand an der Ecke. Ich sah in der anderen Richtung am Ausgang des Gerichts einen Posten stehen. Wenn ich jetzt loslaufe, genau auf den Posten zu, dann können die im Moment

25 Siegfried Krupke/Antje Tewes, Anm. 8, S. 106.

26 Siegfried Krupke/Antje Tewes, Anm. 8, S. 109.

nicht schießen. Das kann die Rettung sein. Ich lief los. Es klappte, ich kam an dem verletzten Posten vorbei. Ich lief ins Dunkle, in Richtung Wieseck. Schüsse knallten. Da ich in der Küche vorher beschäftigt war, hatte ich eine weiße Weste an. Ich zog im Laufenden die Weste aus und warf sie weg. Sofort hörte das Schießen auf. Die SS nahm an, ich sei getroffen. Meine Ortskenntnis machte es mir möglich, drei Tage im Wald bei Wißmar versteckt zu bleiben.

Beim Eintreffen der Amerikaner meldete ich mich sofort. Die Amerikaner schickten mich nach Gießen ins Hotel Köhler, dort hatten sie ihr Hauptquartier.

In einem Jeep fuhren sie mit mir zum Gericht. An der Mauer waren noch Blutspuren. Die Leichen der Erschossenen fanden wir in einem Bombentrichter. Die Amerikaner fuhren mich heim, holten mich aber am anderen Tag zum Friedhof, dort wurde ich mit den Ermordeten fotografiert. Auch meine weiße Jacke, die ich bei der Flucht trug, war Zeugenbeweis vor Gericht.

Die SS-Mörder wurden gefaßt. Sie erhielten acht Jahre Zuchthaus.²⁷

Abschließend noch einige Bemerkungen zu dem Widerstand aus dem christlichen Glauben, der mit dem seit 1935 zunehmenden Kampf des Naziregimes gegen die Kirche sich verstärkte.

Besonders augenfällig zeigte sich der Widerstand gegen den Totalitätsanspruch des Naziregimes im Pfarrer-Notbund der Bekennenden Kirche in Hessen und Nassau und dem entschiedenen Eintreten des Dahlemer Pastors Martin Niemöller.

Schon die mutige Abschiedsrede des Seniors der Theologischen Fakultät Prof. Dr. Gustav Krüger vor dem Senat der Universität Gießen am 14. Juni 1933 hatte hier ein deutliches Zeichen gesetzt.²⁸

Zum Zentrum des Widerstandes innerhalb der evangelischen Kirche in Gießen wurde dann in den Jahren 1935 bis 1938 die Gießener Luthergemeinde unter ihrem Pfarrvikar Weckerling und seinem Assistenten Dauth, die von einem mutigen und bekenntnistreuen Kirchenvorstand unterstützt wurden, bis die Pfarrer der Bekennenden Kirche aus Hessen

27 Siegfried Krupke/Antje Tewes, Anm. 8, S. 109 f.

28 Rede von Professor Gustav Krüger in der Sitzung des Gesamtsenats der Ludwigs-Universität Gießen in der Sitzung vom 14. Juni 1933, anwesend 72 Senatoren; abgedruckt in Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 186 ff.

ausgewiesen wurden und Weckerling von der Gestapo im Mai 1938 verhaftet wurde.

Viele Gießener erinnern sich an diese Zeit und wissen zu berichten, wie Weckerling vor seinen mutigen Predigten mit dem Satz begann: „Wir grüßen die Gestapo!!“²⁹

Ähnlich standhafte Gemeinden gab es auch in der Umgebung von Gießen, insbesondere im Pohlheimer Gebiet.

Ich komme zum Schluß. Wir wissen und beklagen es: Aller Widerstand, so mutig er war, so entschlossen er durchgeführt, so überzeugend er geleistet wurde, hat letztendlich nicht zum Ziel geführt. Die Deutschen haben sich von den Verbrechern leider nicht selbst befreit; die Mörder konnten bis zuletzt ihre Schandtaten vollbringen.

Denken wir an Canaris, Bonhoeffer und an die Opfer von Hirzenhain und an Filbingers Bluturteil, die noch in den letzten Kriegstagen ihr Leben lassen mußte.

War also alles umsonst? Warum wurden nicht wenigstens diese letzten Massaker und Morde durch den Widerstand der Bevölkerung verhindert?

Doch auch mit der gründlichsten Frage, der sorgfältigsten Untersuchung und der schärfsten Anklage können wir das Geschehen nicht ungeschehen machen.

Jedoch, liebe Freunde, sind solche Feststellungen nicht von Resignation geprägt? Sind sie nicht gar geprägt von der lautlosen Hinnahme der Verbrechen?

Es gibt so etwas wie das Mitläufertum der Überlebenden und der Nachgeborenen. Hüten wir uns vor diesem Denken und vor dieser kalten Sprache.³⁰

Was wir brauchen, wenn wir vom Faschismus der Vergangenheit sprechen, wenn wir den alltäglichen Faschismus wirksam bekämpfen wollen, ist eine Sprache berechtigter Empörung, eine Sprache des Widerstands. Wir Deutsche müssen aus dem vielfältigen, oft so

29 Siegfried Krupke/Antje Tewes, Anm. 8; Kurt Heyne u.a., Anm. 9, S. 195 ff., zu Rudolf Weckerling und zum Widerstand der christlichen Kirche s. dort S. 172 ff. u. 182 ff.

30 S. hierzu Bernhard Schlink, Kollektivschuld?, in: ders., Vergangenheitssschuld, Zürich 2007, S. 11 ff., insbes. S. 24 ff.

schwach und wirkungslos erscheinenden Widerstand in der Nazizeit lernen, daß Schuld bereits im Mangel an Widerstand liegt und nicht erst in der aktiven Beteiligung an Mord und Verbrechen.

In diesem Kapitel deutscher Geschichte kann es keine Ausgewogenheit geben. Wer hier den Finger in die Wunde legt, ist mit Recht einseitig. Er korrigiert die einseitige Geschichtsschreibung der rechtskonservativen Ideologen.

Wir Deutschen schwärmen noch immer sehr unkritisch von Tugenden wie Leistung, Fleiß, Sauberkeit, Disziplin und Ordnung und machen uns nicht klar, daß uns diese Tugenden nicht vor Mitläufertum und Mittäterschaft bewahrt haben.

Es war die Erkenntnis der Widerstandskämpfer, daß gerade Ungehorsam eine Tugend sein kann. Insofern war ihr Kampf, ihr Leiden und ihr Sterben nicht umsonst, wenn wir nur daraus lernen und erkennen wollen, wo wir unsere Vorbilder suchen müssen.

Dies drücken am eindrucksvollsten die Verse aus, die Konstantin Wecker in seinem Lied „Die weiße Rose“ so ausdrückt:

*Ihr wärt heute genauso unbequem
wie alle, die zwischen den Fahnen stehn,
denn die aufrecht gehen, sind in jedem System
nur historisch hoch angesehen.
Ihr habt geschrien,
wo andere schwiegen,
obwohl ein Schrei nichts ändern kann,
ihr habt gewartet,
ihr seid geblieben,
ihr habt geschrien,
wo andere schwiegen -
es ging ums Tun - und nicht ums Siegen!*

Zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs*

Erwin Knauß

Verehrte Bürgerinnen und Bürger in Wetzlar! Liebe Gäste aus aller Welt!

Das Jahr 1989 hat uns bereits eine Reihe von Gedenktagen gebracht, so die Erinnerung an die Französische Revolution vor 200 Jahren und sowohl an das 40jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland als auch ihres Grundgesetzes als damals nur vorläufig angesehene Verfassung. Kein Datum aber kann im Blick auf die Geschichte für uns Deutsche eine wichtigere Bedeutung haben als der 1. September 1939, der Tag, an dem vor nunmehr 50 Jahren die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges fielen. Denn dies ist heute - wenn man von einigen Unbelehrbaren absieht - in Wissenschaft und Öffentlichkeit unbestritten: Eine Kriegsschuldfrage in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg gibt es nicht. Dieser Krieg wurde ohne eine förmliche Erklärung willkürlich und skrupellos von der damaligen politischen Führung des Deutschen Reiches begonnen.

Aber auch das muß gesagt werden: Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg mit seiner überschäumenden Begeisterung der Massen bei seinem Ausbruch am 1. August 1914, brachte die Reichstagsrede Hitlers am frühen Morgen des 1. September 1939 eher Beklemmung und Angst, von Jubel oder lauter Zustimmung konnte keine Rede sein. Lähmendes Entsetzen erfaßte große Teile des Volkes eingedenk dessen, was nur rund 20 Jahre vorher in einem fürchterlichen Blutbad geendet hatte. Viele schienen zu ahnen, wie das ausgehen würde, was soeben mit dem Überschreiten der Grenze Polens begonnen hatte.

An einem solchen Tage müssen wir uns vor allem zwei wesentliche Fragen stellen, wenn wir nicht ins Unverbindliche ausweichen wollen.

Die erste Frage lautet: Wie konnte es zu diesem von Deutschland provozierten und gewaltsam begonnenen Angriffskrieg kommen? Die zweite Frage muß dann lauten: Wie gehen wir heute - 50 Jahre danach -

* Vortrag, gehalten am 1. September 1989 in Wetzlar auf Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Wetzlar.

mit diesem Ergebnis um? Haben wir etwas aus der jüngsten Geschichte gelernt?

Zur Frage 1:

Es kann in dieser Stunde nicht darum gehen, die gesamte Entwicklung zum Zweiten Weltkrieg wie in einem Geschichtsseminar abzuhandeln. Dieser Tag der Besinnung muß aber an einige wesentliche Stationen und Entscheidungen der Zeit vor dem 1. September 1939 erinnern.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Krieg von Hitler geplant und gewollt war, so wie er es eigentlich schon in seinem Buch „Mein Kampf“ deutlich niedergeschrieben hatte. Das Wesen dieses Mannes war - wie kaum zuvor in der Menschheitsgeschichte - bestimmt von dogmatischer Festlegung und seinem unbändigen Willen zur Macht und zur Vernichtung alles dessen, was sich ihm in den Weg stellen wollte. Seine Menschenverachtung war grenzenlos und scheute auch nicht davor zurück, Freunde und Gesinnungsgenossen nach Belieben fallenzulassen und womöglich auch zu vernichten.

Es wäre aber verfehlt, die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und seine Auslösung mit dem brutalen Angriff auf Polen allein aus diesem „Führer-Absolutismus“ zu erklären. Ihn gab es nicht von Anfang an!

Vorbereitung wie Entfesselung des Krieges waren nicht möglich ohne die Mitwirkung der traditionellen Führungsgruppen im militärischen und zivilen Bereich, vor allem aber auch in der Wirtschaft.

Dabei kam Hitler - durch anfängliche, zwar teuer bezahlte Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - eine ständig wachsende Zustimmung in der Bevölkerung entgegen, die einen real nicht bestimm- baren Mythos um diesen „Führer“ verbreitete und die Hoffnung und Sehnsüchte der Menschen wie in einem Brennglas bündelte.

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte natürlich auch die schon während der Zeit der Weimarer Republik weit verbreitete Stimmung gegen den Versailler Vertrag und die fast sensationell leichten, einseitigen Schritte zur teilweisen Aufhebung dieses Vertrags, wie der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1935), der ständig steigenden unerlaubten Rüstung und dem Einmarsch in das sogenannte entmilitarisierte Rheinland (1936). Hitler konnte sich hier auf die scheinbare Identität seines 25 Punkte umfassenden Parteiprogramms mit wirtschafts- und machtpolitischen Zielsetzungen der alten Führungsschichten stützen, deren Streben nach Wiederherstellung

deutscher Großmacht einschließlich kolonialer Ausdehnung und auf die Sicherung bzw. Erweiterung wirtschaftlicher Einflußzonen vorrangig in Osteuropa gerichtet war.

So konnte Hitler nicht nur den schon leicht senilen Reichspräsidenten Hindenburg mit seinem Anhang, ein Idol des deutschen Nationalismus, leicht auf seine Seite bringen, sondern es gelang ihm auch, führende Kreise der Wirtschaft durch die Aussicht auf hohe Gewinne in der Rüstungsindustrie für sich zu gewinnen, ja er konnte sogar große Teile der Reichswehrführung von der Richtigkeit seines Wegs überzeugen, indem er sich im beginnenden Machtkampf zwischen Armee und seiner SA skrupellos auf die Seite des Militärs stellte und in der Mordnacht des 30. Juni 1934 seine eigenen Kampfgenossen und zusätzlich weitere mißliebige Persönlichkeiten und Gegner brutal liquidieren ließ.

In Wirklichkeit waren die Zielsetzungen der genannten Gruppen nur teilweise deckungsgleich mit dem, was Hitler im Sinn hatte, nämlich Lebensraumeroberung im Osten, imperiale Kolonialpolitik und Vernichtungskampf gegen alle Gruppen und Völker, die nach seiner Rassenideologie als minderwertig galten oder sich dem Herrenvolk der Deutschen entgegenstellten. Dies konnte für ihn nur in einem Krieg verwirklicht werden, aber diese radikale Kriegsbereitschaft war in den genannten gesellschaftlichen Gruppen keineswegs vorhanden. Aber Hitler ließ sich in seinem grenzenlosen Willen, diesen Krieg zu führen, kaum beirren. Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, Widersacher und Gegner wie Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, wenn sie versuchten, ihn aufzuhalten. Es liegt eine gewisse Tragik in der geschichtlichen Entwicklung der Jahre 1936 - 1939, daß innen- und außenpolitische Erfolge der Nazi-Herrschaft das brutale Vorgehen der SS und der Gestapo gegen wirkliche und vermeintliche Gegner des Regimes überdeckte und es geschehen konnte, daß die finstere Realität der KZs weitgehend unbekannt blieb.

Es kann ohne Einschränkung behauptet werden, daß die beängstigend schnelle Abfolge der Ereignisse in den Jahren 1936 - 1939 dem unabdingbaren Willen Hitlers zum Angriffskrieg sehr entgegen kam und sich zu einem Weg ohne Umkehr auswuchs. Mehr oder weniger ernsthafte Versuche, vor allem aus den Kreisen hoher Militärs, Hitler zu stürzen, wurden ebenso von diesen unbegreiflichen Erfolgen des Nazi-regimes überrollt und erstickt.

Schon während sich der deutsche Diktator noch bei der Olympiade 1936 in Berlin als Friedenskanzler feiern ließ, erklärte er in einer damals geheim gehaltenen Denkschrift zum 4. Jahresplan: „Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft kriegsfähig sein.“

Im November 1937 machte Hitler in einer mehrstündigen Rede vor dem Außenminister, dem Kriegsminister und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile klar, daß sein Entschluß feststand, in naher Zukunft mit dem Krieg zu beginnen. Warnungen bedächtiger Militärs vor den Gefahren einer Eskalation und Ausweitung zu einem Weltkrieg schlug er in den Wind. Die zögernden Teile der Heeresführung wurden unter fadenscheinigen Vorwänden abgelöst, diffamiert und ausgestoßen und durch willfährige Nachbeter seiner Ideologie ersetzt.

Die innenpolitische Krise in Österreich brachte im März 1938 mit dem erzwungenen Einmarsch der deutschen Truppen die Verwirklichung des Traumes vom Großdeutschen Reich und ließ die Zustimmung der Bevölkerung nicht nur gewaltig steigen, sondern nährte auch den Mythos vom begnadeten und unbezwingbaren „Führer“.

Ließ sich dieser „Anschluß“ Österreichs wie auch der Druck auf die Tschechoslowakei im Herbst 1938 mit dem durch das Münchner Abkommen sanktionierten Einmarsch in die Sudetengebiete noch mit der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker und Revision des Versailler Vertrages begründen, so war die provozierte Zerschlagung des Prager Reststaates gegen jedes Völkerrecht im März 1939 unter dem Bruch der gerade erst abgeschlossenen Verträge endgültig der Punkt, an dem die Hitlerschen und Goebbelschen Propagandathesen vom friedliebenden Deutschland zerrissen wurden, weil alle Welt sah, daß dies keine sogenannte Befreiung der Bevölkerung, sondern ihre gewaltsame Besetzung war. Nunmehr entschloß sich England trotz gewichtiger innenpolitischer Opposition zu seiner Garantieerklärung für ein unabhängiges Polen, das Hitler bereits längst als nächstes Opfer seiner Aggressions- und Eroberungspolitik ausersehen hatte. Dabei war die Frage der damals deutsch besiedelten „Freien Stadt Danzig“ nur ein für Hitlers Zielsetzung idealer Vorwand, um den politischen Staat unter Druck zu setzen. Aber freiwillig wollte sich Polen - mit der Rücken- deckung Englands und Frankreichs - den Forderungen Hitlers nicht beugen und seine territoriale Unabhängigkeit nicht preisgeben.

Für Hitler wurde die Zeit knapp: Eine wachsende Versorgungskrise im Innern des Reichs ging einher mit der Beschleunigung des internationalen Rüstungswettlaufs, der die noch vorhandene militärische Überlegenheit Deutschlands in das Gegenteil zu verkehren drohte.

Da wurde die Welt am 22. August mit der fast unglaublichen Meldung konfrontiert, daß sich die ideologischen Erzfeinde Hitler und Stalin verbündet und einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hätten. Seit den Aufsehen erregenden Veränderungen und Entwicklungen in der UdSSR unter Gorbatschow wissen wir, daß damals in einem geheimen Zusatzabkommen neben der Teilung Polens auch die Zerschlagung der baltischen Staaten beschlossen worden war und Hitler nunmehr freie Hand hatte, seine Zielsetzung zu verwirklichen. Vermittlungspläne - in letzter Minute von verschiedenen Seiten, darunter auch von dem verbündeten Diktator Italiens Mussolini versucht - fegte er vom Tisch. Hitler wollte seinen Krieg und er wollte ihn jetzt, um die vermeintlich günstige Konstellation nach dem Pakt mit Moskau voll zu nutzen.

Mit dem Angriffsbefehl vom 1. September 1939 nahm Hitler das Risiko eines europäischen Krieges in Kauf. Vor der Weltöffentlichkeit kaschierte er diese verbrecherische Aggression mit einem angeblichen polnischen Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz, der in Wahrheit von in polnische Uniformen gesteckten SS-Leuten ausgeführt wurde.

Was Hitler möglicherweise nicht wirklich erwartet hatte, tritt zwei Tage später ein: England verlangt ultimativ die Einstellung der Kriegshandlungen und den Rückzug der deutschen Truppen hinter die Reichsgrenzen. Als Hitler ablehnt, erklären England und Frankreich den Krieg, der sich sehr bald zu einem Weltkrieg von ungeahnten Ausmaßen entwickeln sollte. An seinem Ende stehen rund 55 Millionen Tote in aller Welt; davon allein 13 1/2 Millionen russische Soldaten. In deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern sterben über 6 Millionen unschuldiger Menschen einen gewaltsamen und meist qualvollen Tod. Wir alle sind darüber erschüttert; aber kaum jemand unter uns ist von diesem unvergleichbar größten Massenmord der Menschheitsgeschichte mehr betroffen als die bei uns weilenden ehemaligen jüdischen Mitbürger. Zahlen sagen oft nicht genug aus über das Leid und die Trauer von Menschen, die ja immer individuell erfahren werden. Darum beschränke ich mich an dieser Stelle auf einige erschütternde Angaben, die vielleicht weniger bekannt sind:

So verlor das polnische Volk über 4,5 Millionen Menschen, darunter 4,2 Millionen Zivilisten in diesem Krieg; das sind rund 14% seiner Bevölkerung.

Die Gesamtzahl der Verluste Rußlands werden auf ca. 20 Millionen Tote beziffert.

Die ungeheuren Opfer des eigenen Volkes haben ja beinahe jede Familie betroffen. Ca. 9% der Gesamtbevölkerung Deutschlands wurden getötet; dazu zählen auch zwischen 30 000 und 40 000 Hingerichtete, die von der Militär- und Ziviljustiz zum Tode verurteilt wurden - oft wegen nur geringer Verfehlungen.

Wo wir hinschauen, erschütternde Zahlen und eine unfaßbare Bilanz des Todes und der Zerstörung.

Ich komme zur 2. wichtigen Frage:

Wie gehen wir heute mit dem um, was da vor einem halben Jahrhundert geschah?

50 Jahre nach diesem für die ganze Welt schicksalhaften Tag geht es, wie ich meine, nicht nur um einen Augenblick der schmerzlichen Erinnerung oder des pflichtgemäßen Gedenkens. Wir können uns auch nicht mit der zwar wichtigen, aber doch sehr einfachen Formel davonestehlen, die in Ost und West fordert: „Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen!“ Wir müssen vielmehr den Krieg überhaupt in Frage stellen und ihn als das bezeichnen, was er in Wirklichkeit ist, nämlich Völkermord. Nur wenn wir Kriegswaffen → Völkermordwaffen, Kriegsspielzeug → Völkermordspielzeug, Kriegsbeginn → Völkermordbeginn aber auch Kriegsverhütung → Völkermordverhütung nennen, erkennen wir die ganze Tragik dieser Welt, in der noch immer Menschen auf Menschen schießen und viele Millionen auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewaltsam getötet wurden.

Jeder einzelne von uns ist aufgerufen, seine Verantwortung für den Frieden zu erkennen, indem er dazu beiträgt, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß der Krieg als Möglichkeit der Auseinandersetzung zwischen Menschen und Völkern unmöglich gemacht wird.

Dazu ist es notwendig, daß wir Entwicklungen in unseren Tagen aufmerksam beobachten und deutlich beim Namen nennen, die erneut Kriege unter den Menschen in den Bereich des Möglichen rücken; andererseits aber müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden

Mitteln jenen Kräften den Rücken stärken, die bedingungslos für das friedliche Zusammenleben der Völker eintreten. Als Teilnehmer und Überlebender dieses Krieges, der heute vor 50 Jahren begann, darf ich vor allem die jüngeren unter den Zuhörern daran erinnern, und ich spreche hier nicht nur als Historiker sondern auch als Gewerkschafter, daß dieser 1. September nicht erst jetzt als Gedenktag ins Leben gerufen wurde, sondern schon seit 1957 vor allem von den Gewerkschaften als Antikriegstag begangen wird. Er sollte mahnen angesichts der Tatsache, daß seit 1945 über 160 Kriege in aller Welt geführt wurden und in der Erkenntnis, daß die bereitliegenden A-, B- und C-Waffen vieltausendmal in der Lage sind, die Menschheit zu vernichten.

Die Grundstimmung der Generation, die den Zweiten Weltkrieg lebend überstand, war fast ausnahmslos gegen die Wiederaufrüstung und vor allem gegen die atomare Bewaffnung gewandt. Trotzdem sind die konventionellen und atomaren Waffenarsenale stetig gewachsen, haben die Militärstrategen immer raffiniertere Raketensysteme entwickelt.

Sie nennen diese irrationale Art der angeblichen Friedenssicherung die Logik der Abschreckung. Dazu mußten sie immer neue Systeme erfinden, um einen Krieg führen und vermeintlich gewinnbar zu machen. Letzte fast unbegreifbare Entwicklung ist das von den USA geplante Bewaffnungs-System SDI. Dabei muß leider immer wieder lautstark betont werden, daß es kaum einen anderen Bereich in der Politik gibt, der so bedeutsam für die menschliche Existenz ist, der aber gleichzeitig einer breiten demokratischen Kontrolle der Bürger entzogen war wie der Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik.

Die Absicht, vor allem der Großmächte, Kriege durch gegenseitige Bedrohung und unbegrenzte Rüstung verhüten zu wollen, schien schicksalhaft und unaufhaltsam zu sein. Jahrelang blieben die Appelle der Antiatomtod-, der Ostermarsch- und der Friedensbewegung ohne großes Echo im Lande.

Erst in unseren Tagen beginnen sich die Anzeichen dafür zu mehren, daß der inzwischen weltweit verbreitete Protest der Friedensbewegung die Mächtigen dieser Welt zum Umdenken zwingt und eine nachhaltige Veränderung im politischen Bewußtsein der Menschen herbeigeführt hat. Nie zuvor waren die Aussichten für eine durchgreifende und wirk-same Abrüstung größer als jetzt. Die Fortschritte auf dem Weg zum Frieden sind unverkennbar. Erste Verträge sind unterschrieben und haben zur Verschrottung der Mittelstreckenraketen geführt. Über die

Beseitigung aller chemischen Waffen und die Verringerung der strategischen Atomwaffen wird ernsthaft verhandelt. Eine historische Chance tut sich auf, jahrzehnte alte ideologische Feindschaften aufzubrechen und der Erhaltung der Menschheit unterzuordnen.

Die Ursachen für diese erfreuliche und Hoffnung machende Entwicklung liegen zweifellos neben dem wachsenden politischen Einfluß der Friedensbewegung in der zunehmend untragbaren ökonomischen und ökologischen Belastung der Volkswirtschaften im Westen wie im Osten. Auch die neue Politik in der UdSSR unter Gorbatschow hat ihren Anteil daran.

Diese Anfangserfolge aber dürfen nicht zu der Illusion führen, als sei bereits eine unaufhaltbare Eigendynamik der Abrüstung entwickelt, als sei Abrüstung unumkehrbar geworden. Es gibt nach wie vor Gegner der politischen Entspannung, die an der Politik gegen den angeblich aggressiven Ostblock festhalten und an Großmachtträumen hängen. Gewisse Kreise sehen ihre politischen und finanziellen Privilegien bedroht; die Rüstungsunternehmen fürchten ihr äußerst profitables „wehrtechnisches“ Geschäft in Gefahr. Sie alle mobilisieren Widerstand gegen weitere Abrüstung. Sie fordern, die durch die jüngsten Abrüstungsschritte entstandenen „Lücken“ (wie sie sagen!) durch neue Aufrüstung auszugleichen.

Sie wollen einerseits die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen, andererseits Ausbau der sogenannten konventionellen Rüstung. Sie propagieren die Notwendigkeit einer neuen „Waffengeneration“, so unter anderem das viele Milliarden DM umfassende Rüstungsprojekt des „Jägers 90“.

Die derzeitige Bundesregierung hat - als Voraussetzung für die neue Rüstungswelle - die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung von 1982 bis 1988 um nicht weniger als 65,5% erhöht. Im gleichen Zeitraum beschnitt sie den Ausgaben-Zuwachs des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung auf 2,7% und kürzte die Ausgaben des Ministeriums für Wissenschaft und Bildung um 22,4%. Konstant versuchen dieselben Kräfte, das Verbot des Waffentransports in Spannungsgebiete zu unterlaufen und den weltweiten deutschen Rüstungsexport weiter zu liberalisieren.

Die in der Bundesrepublik vorhandenen umfangreichen Atomwaffen und Giftgaslager und die dichteste Truppenkonzentration in der Welt bringen tagtäglich tödliche Gefahren. Unnötig ausgedehnte Manöver

und der Lärm der Tiefflieger sowie deren vermehrte Abstürze bedrohen die Menschen in ständig wachsendem Maße. Gegen die geschilderten gefährlichen Entwicklungen und gegen andere Aussätze einer wieder auflebenden Kalte-Kriegs-Politik muß sich politischer Druck entfalten, denn politischer Druck ist *eine* wesentliche Voraussetzung zur Umkehr im Denken und dazu kann jeder von uns seinen Beitrag leisten, indem er die Friedensbewegung ideell und materiell unterstützt, indem er sich aktiv engagiert in den Aktionen und Initiativen gegen Aufrüstung und Militarismus, vor allem aber auch gegen den gefährlich wachsenden Nationalismus und Rechtsextremismus, der die Scheußlichkeiten des Krieges totschweigt und die von Deutschen begangenen Verbrechen leugnet.

Es gibt erfreuliche Anzeichen dafür, daß die öffentliche Meinung nicht mehr ungehört verhallt.

Die Menschen haben die Nase voll von ungehemmter Aufrüstung, die den sozialen Frieden gefährdet, von sinnlosen Tiefflügen, deren Lärm nicht nur unsere Kinder in Angst und Schrecken setzt, von völlig unnötiger Wehrdienstverlängerung oder gar von der Forderung nach einem Militärdienst für Frauen.

Politiker aller Couleur hören in zunehmendem Maße auf die Stimmung in der Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit erkannt hat, daß Sicherheit und Frieden in dieser klein gewordenen Welt nicht mehr durch militärische Stärke und entsprechende Rüstung zu erreichen ist, d. h. nicht mehr in Konfrontation sondern vielmehr in Kooperation auf politischem, ökonomischem, ökologischem und kulturellem Gebiet erreicht werden kann. Ich denke, hier ist die Stadt Wetzlar mit der gestern einstimmig beschlossenen Partnerschaft mit der russischen Stadt Pskow auf einem guten Wege.

Wie anders als mit kleinen Erfolgen dieser Bevölkerungsmehrheit ist es zu erklären, daß man die Wehrdienstverlängerung - kaum war sie eingeführt - wieder abgeschafft hat, daß man die Zahl der Tiefflüge ernsthaft problematisiert, daß selbst aus der Bundeswehrführung die Forderung nach Herabsetzung der Sollstärke erhoben wird und daß man nun erstmalig auch die Reduzierung des Verteidigungshaushalts in Erwägung zieht.

Dies alles ist erforderlich und gibt Mut zu weiteren Anstrengungen, die Christen und Gewerkschafter, Humanisten und Politiker, kurz alle Menschen, die die Zeichen einer sich verändernden und doch so ge-

fährdeten Welt erkannt haben, gemeinsam unternehmen müssen, um durchgreifende Abrüstung und ein friedliches Zusammenleben der Völker zu erreichen. Denn ein Ruhekissen darf es für diese Anstrengungen nicht geben, weil die Gegenkräfte aktiv sind und alles versuchen, um das Rad der Geschichte in ihrem Sinne zurückzudrehen.

Lassen Sie mich das abschließend an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen.

So scheint es mir gar nicht in das Bild einer vorgeblich friedliebenden Abrüstungspolitik zu passen, wenn der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr öffentlich äußert, daß nur der Dienst an der Waffe dem Staatsziel dient und die im Grundgesetz verankerte Kriegsdienstverweigerung nach seiner Ansicht - allerdings juristisch begründet - das Gewissen degeneriert (so der Titel seiner Streitschrift!). Oder wenn lautstark die Abrüstungsinitiativen Gorbatschows in Zweifel gezogen und Wehklagen über den Verlust des militärischen Feindbildes geführt werden. Oder wenn die Männer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“¹ des Opportunismus bezichtigt werden, obwohl zu ihrem mutigen Schritt sicher ebenso viel Kraft und innere Überwindung notwendig waren, wie für die Männer des 20. Juli 1944. Sie allerdings werden - und das ist bezeichnend - von manchen Militärs und Rechtsaußen auch verleumdet.

Da denke ich unwillkürlich an den mutigen Einzelkämpfer und Deserteur des Zweiten Weltkriegs Ludwig Baumann, der durch die Bundesrepublik reist und seine „Kriegsgeschichte“ erzählt: Flucht aus der Marine im Juni 1942, Verhaftung, Todesurteil, Todeszelle, aus Zufall nicht hingerichtet, dann Strafbataillon 999 und schließlich Konzentrationslager. Er wird am heutigen Tag erstmals ein „Denk-Mal“ für den unbekanntenen Deserteur enthüllen. Er will damit an Menschen erinnern, die vielleicht viel früher und viel klarer erkannt hatten, welchem verbrecherischen Regime sie dienten, möglicherweise aber auch nur leben und nicht morden wollten. Auf Flugblättern, die er vor militärischen Anlagen verteilte, heißt es: „Immer sind in der Geschichte die einfachen Soldaten von ihrer Führung dazu mißbraucht worden, alles zu zerstören und nie hat der Soldat hinterher sagen können, was der

1 Nationalkomitee „Freies Deutschland“: 1943-1945 Zusammenschluss von kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren und kommunistischen deutschen Emigranten in der Sowjetunion zum Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Mensch, den er umbrachte, ihm denn getan hat. Widersetzt Euch, wenn Ihr es mit Eurem Gewissen nicht vereinbaren könnt.“

Aber welches Medium berichtet von ihm und seinem konsequenten Weg für Abrüstung und Frieden. Viel zu viel wird in dieser Hinsicht bei uns totgeschwiegen. Denn, so sagt der bekannte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt „Für diese Deserteure ein Zeichen des Gedenkens zu setzen, ist nicht identisch mit der Verunglimpfung der Soldaten, die diesen Schritt nicht vollzogen haben.“

Und auch das muß hier und heute gesagt werden und es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen. Es wäre doch ein beachtenswertes und sicher weltweit anerkanntes Zeichen von Trauer, Verantwortung und dem Willen zur Versöhnung gewesen, wenn der deutsche Bundeskanzler, der nach dem Willen des Grundgesetzes die Richtlinien der Politik bestimmt, ohne jede Vorbedingung am 1. September nach Warschau gereist wäre. Seine ausgestreckte Hand hätte man dort sicher nicht zurückgewiesen, zumal unter den veränderten politischen Veränderungen der jüngsten Wochen.

Stattdessen erleben wir ein blamables Taktieren und Lavieren mit der unbestimmten Aussicht auf einen späteren Besuch. Ich frage mich, ich frage uns: Ist dies ein Zurückweichen vor jenen Kräften, die immer lautstärker ihre revanchistischen Zielsetzungen vertreten, die Ostgrenze in Frage stellen und die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg leugnen?

So muß dieser Tag, der 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs, der Antikriegstag der Gewerkschafts- und Friedensbewegung uns allen Mahnung sein, daß die Erinnerung an den größten und schrecklichsten aller Kriege wachgehalten wird, daß die Diskussionen um durchgreifende Abrüstung nicht mehr versickern, daß politischer Druck von unten die Mächtigen und Regierenden dieser Welt zum Nachdenken und zum Umdenken zwingt, getreu dem mahnenden Ruf: „Nie wieder ein Krieg!“

Wir alle sind aufgerufen, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften dafür zu sorgen, daß die Inschrift auf dem Gedenkmal im Friedenspark der durch den Atombombenangriff im August 1945 schwer zerstörten japanischen Stadt Hiroshima keine leeren Buchstaben und Worte bleibt:

„Schlaft ruhig! Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen!“

Gründung eines Heimatvereins in Londorf*

Erwin Knauß

Liebe Freunde, meine Damen und Herren!

Ich danke zunächst für die freundlichen Worte der Begrüßung und für die Einladung zu dieser Veranstaltung und Sie werden mir abnehmen, daß ich sehr gerne in die „Rabenau“ und nach Londorf gekommen bin, habe ich doch zu diesem Ort eine ganz besonders enge Bindung.

Einige wenige der heute hier Anwesenden werden sich erinnern, daß ich hier den gemeinsamen Lebensweg mit einer ehemaligen Lehrerin von Kesselbach begonnen habe, der hoffentlich nächstes Jahr vergoldet wird, wenig später kam dann unser Sohn zur Welt (in Ermangelung eines Krankenhauses in Londorf ist als sein Geburtsort Lich eingetragen), was aber ungleich wichtiger für meinen weiteren Lebens- und Berufsweg wurde und was dazu beiträgt, daß mich die „Rabenau“ wohl zeitlebens nicht mehr losläßt, ist die Tatsache, daß ich in dieser beeindruckenden Landschaft die Liebe zu dem entwickelt habe, was sich im Namen des von Ihnen im vorigen Jahr gegründeten Vereins widerspiegelt, die Liebe zur Heimat und Kulturgeschichte.

Es war im zweiten Jahr meiner Tätigkeit in Londorf, als mir die Aufgabe übertragen wurde, für eine Festschrift zum 2. Kreisturnfest des Turnkreises Gießen im Juni 1950, dessen Ausrichtung dem Turn- und Sportverein 07 Londorf übertragen wurde, einen Aufsatz zur Geschichte Londorfs und der Rabenau zu schreiben. Daraus ist dann dieses schmale, für die damalige Zeit bescheidene Heftchen entstanden, von dem ich hier noch ein einziges Exemplar hinüber gerettet habe, das nun 47 Jahre alt ist und allein schon durch seine Anzeigen und die genannten Personen, von denen kaum noch jemand lebt, eine kleine Geschichtsquelle für das letzte halbe Jahrhundert darstellt.¹ (Vielleicht hat es der eine oder andere von Ihnen noch irgendwo zu Hause aufgehoben!)

* Vortrag, gehalten im Jahre 1997 in Londorf.

1 Knauß, Erwin, Londorf und die Rabenau in Vergangenheit und Gegenwart, Turn- und Sportverein '07 Londorf (Hrsg.), Festschrift zum 2. Kreisfest des Turnkreises Gießen 1950, Londorf 1950.

Bei den Recherchen zu meinem Aufsatz stieß ich dann auf eine Festschrift zum 34. Bundesfest des Lahntal-Sängerbundes zu Londorf im Juli 1926 und fand darin eine „Historische Studie“ des damaligen Londorfer Pfarrers Wilhelm Hofmann², die zu weiteren Nachforschungen anspornte. Auch von diesem nunmehr fast 70jährigen Heftchen habe ich hier ein Exemplar mitgebracht, das ebenfalls wegen der darin aufgeführten 42 Festvereine und der vielen Namen eine besondere historische Bedeutung hat.

Schon bald nach Beginn meiner Arbeiten über die Geschichte Londorfs und der Rabenau konnte ich dann feststellen, daß Londorf zu den Orten zählte, die auf Grund der Erwähnung im Fuldaer Urkundenbuch das Recht haben, auf eine 1200jährige nachweisbare Geschichte beginnend mit dem Jahre 1950 zurückzublicken. Dies war für mich Anlaß genug, der Gemeindeverwaltung nahezulegen, doch eine 1200-Jahrfeier einzuplanen, wie sie wenige Wochen nach dem erwähnten Kreisturnfest die Gemeinde Lohra im Salzbödetal durchgeführt hatte.

Bereitschaft und Mut für ein solches Unternehmen aber waren im Jahre 1950 noch nicht stark genug. Es dauerte noch 6 Jahre, bis der damalige Bürgermeister Wißner an mich herantrat mit der Bitte, für eine 1200-Jahrfeier in Londorf ein Festbuch zusammenzustellen und den historischen Teil dafür zu schreiben. Das sollte dann möglichst schon gleich im Jahre 1956 stattfinden, und erst mein eindringlicher Hinweis, daß eine vernünftige und dem 1200. Geburtstag angemessene Festschrift mindestens ein bis zwei Jahre benötige, ließ die Verantwortlichen entscheiden, das Jubiläum im Jahre 1958 durchzuführen.³

An diese Festwoche vom 29. Juni bis 7. Juli 1958, unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn, erinnert das kleine Festprogramm und erinnern sich sicher noch viele von ihnen, zumal es über den Ablauf der Festtage erfreulicherweise einen eindrucksvollen Film gibt. Hinzu kommt die erfreulich weite Verbreitung des Festbuchs, das ja nach Jahren sogar noch einmal eine Neuauflage erlebte. Ein Höhepunkt des Festes war die Ansprache von

2 Hofmann, Wilhelm, Aus Londorfs alter und neuer Zeit. Ein Dorfbild, in: Jubiläumsschrift zum 34. Jubiläum, Lahntal-Sängerbund Londorf (Hrsg.), Londorf 1926.

3 Das 1200jährige Londorf und die Rabenau. Zur 1200-Jahr-Feier der Gemeinde Londorf. Ein Heimatbuch, zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Knauß, Londorf 1958.

Dr. Walter Pfnorr während des Fest-Kommerses am Abend des 5. Juli im Festzelt.

Alles in allem war dieses Fest ein großes Ereignis für die gesamte Rabenau und ihren Mittelpunkt Londorf und der gesamte Verlauf bestätigte eine Einschätzung des unvergessenen Lehrers Wilhelm Braun aus Rüdtingshausen, der damals schon lange in Friedberg lebte, aber noch eine sehr lebendige Verbindung mit seiner Heimat in der Rabenau hatte.

Er äußerte die Überzeugung, daß die engagierte Teilnahme fast der gesamten Bevölkerung, das harmonische Miteinander der Generationen, der reibungslose Ablauf, eine intakte Dorfgemeinschaft gezeigt habe, die er, der das Fest mit großer Anteilnahme verfolgte, in dieser Form für die Zukunft nicht mehr für möglich hielt. Die Entwicklung in den letzten Jahren gibt ihm größtenteils recht.

Wenn ich nun bis hierher viel - für manche von Ihnen vielleicht zuviel - über die eigenen Erfahrungen und Einschätzungen berichtet habe, so verfolgte ich damit doch auch den gewissen Zweck, Sie darauf einzustimmen, was ich Ihnen heute nahebringen wollte. Ich möchte es in einem Satz zusammenfassen: Sie müssen das im Jahre 1958 begonnene Werk fortsetzen und dazu ist kein Gremium besser dafür geeignet, als der von Ihnen im vergangenen Jahr gegründete „Verein für Heimat- und Kulturgeschichte der Rabenau“. Es war dabei eine zukunftsweisende Entscheidung, den Verein nicht „in Rabenau“ zu benennen, sondern „der Rabenau“ zu sagen, denn so sind alle Menschen auch der Orte eingeladen, die zweifellos einst der geographischen wie politischen Einheit der Rabenau angehört haben. Ich denke hier nicht nur an Weitershain und Climbach, sondern auch an Nordeck, Winnen und Allendorf.

An dieser Stelle meines Vortrags möchte ich in alle gebotenen Kürze auf die bewegte Geschichte der Rabenau eingehen.

Die urkundlich nachweisbare Geschichte beginnt mit der Erwähnung Londorfs in verschiedenen Urkunden der Klöster Fulda, Lorsch und Hersfeld. In diesen Urkunden begegnen wir der „lundorfer marca“ einer Zent, also einem Unterbezirk eines Gaus gleichzusetzen, der einen Großteil des Lumdatales umfaßte. Die schriftliche Überlieferung schweigt nun fast fünf Jahrhunderte lang.

Doch dürfen wir annehmen, daß die Rabenau seit der Mitte des 10. Jahrhunderts zur Ohm-Lahn-Grafschaft gehörte, die dem Machtbereich des starken Geschlechts der Konradiner angehörte. Durch Erbfolge gelangten im 12. Jahrhundert die Grafen von Gleiberg in den Besitz dieser Grafschaft, die wenig später in eine westliche Hälfte und eine östliche Hälfte geteilt wurde.

Urkundlich erscheint Londorf wieder im Jahre 1237 als Mittelpunkt eines Gerichtsbezirks, der mit der erwähnten frühmittelalterlichen Mark gleichzusetzen ist. Es gehörte nunmehr den Herren von Merenberg, den Erben der Gleiberger Grafen. Zur gleichen Zeit hören wir auch von der Großpfarre Londorf und ihrem Pfarrer, die wahrscheinlich das gesamte Gericht umfaßte.

In den Auseinandersetzungen des 13. Jahrhunderts um die Landeshoheit in unserem Raum, die in der Hauptsache zwischen der jungen Landgrafschaft Hessen und den Erzbischöfen von Mainz tobten, ist die wohl schon aus dem 11. Jahrhundert stammende Burg Nordeck an Hessen übergegangen, die damit den Weg von Mainz zum erzbischöflichen Stützpunkt Amöneburg sperren konnten. Die dort herrschende Familie wurde von Hessen verdrängt, ins Tal verwiesen, wo sie eine Wasserburg baute und sich seitdem von Nordeck zur Rabenau nannte.

Gleichzeitig wurde mit hessischem Druck das Gebiet der alten Londorfer Mark eingeengt und im Westen mit Allendorf, Nordeck, Winnen und einigen ausgegangenen Dörfern ein eigener Gerichtsbezirk eingerichtet.

Da die Merenberger als ursprüngliche Herren der Rabenau bereits 1328 im Mannesstamm ausstarben und von den mächtigen Grafen von Nassau und Saarbrücken beerbt wurden, befand sich das adlige Gericht der Herren von Nordeck zur Rabenau fortan bis zum Ende des Alten Reiches⁴ um 1800 zwischen zwei Stühlen, nämlich den Landgrafen von Hessen, die als Besitzer der Burg Nordeck und dem Sieg über Mainz nunmehr auch die Landesherrschaft in der Rabenau beanspruchten und der Grafschaft Nassau, die als Erbnachfolger der Merenberger die Lehensherrschaft über den Londorfer Grund für sich begeherten.

In dieser Zwitterstellung gelang es den Rabenauer Niedergerichtsherren zwar nie zur gewünschten Selbständigkeit und Reichsunmittelbarkeit

4 „Altes Reich“ = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, ca. 1495, Reichstag zu Worms - 1806, Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II.

aufzusteigen, andererseits konnten sie aber in vielerlei Hinsicht die beiden „Oberherren“ gegeneinander ausspielen, was nachweislich nicht nur der freiherrlichen Familie, sondern partiell auch ihren Untertanen zugute kam.

Im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts entwickelte sich ein eher freundschaftliches Verhältnis zwischen den hessischen Landgrafen und der Gerichtsherrschaft derer von Nordeck zu Rabenau, so daß der Einfluß der Lehnsherren, der Grafen von Nassau/Weilburg in den Hintergrund trat.

Spätestens seit der Regierungszeit Philipp des Großmütigen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts dürfte die Landeshoheit Hessens unbestritten gewesen sein. Allerdings deutet auch die nicht ohne Auseinandersetzung erfolgte Einführung der Reformation in der Rabenau auf eine starke Ausprägung der Eigenständigkeit der Gerichtsherren hin, die sich dem Diktat des Landgrafen nicht so ohne weiteres beugen wollten.

Das für ganz Hessen unglückselige Testament des nicht so monogamen Landgrafen Philipps des Großmütigen brachte ab 1567 für Londorf und die Rabenau eine neue Landesherrschaft, die ihren Sitz in Marburg hatte und bis 1604 dauerte.

In den nun folgenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden hessischen Staaten Darmstadt und Kassel geriet die Rabenau immer wieder zwischen die Mühlsteine, gehörte zeitweise zu Hessen-Kassel und hatte viele Drangsale zu überstehen.

Besonders schlimm wirkte sich das in den letzten drei Jahren des 30jährigen Kriegs aus 1646 bis 1648, der als „Hessenkrieg“ in die Geschichte eingegangen ist und in dem - für uns alle bis heute sichtbar - die Burgen Gleiberg und Staufenberg zerstört wurden.

Trotz des Friedensschlusses von Münster und Osnabrück blieben die vier Gerichtsbezirke des Lumdatales Streitpunkte zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt, und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Feudalordnung der Territorialstaaten im alten Deutschen Reich, daß das Los darüber entscheiden mußte, daß die adeligen Gerichtsbezirke Treis/Lumda (unter den Schutzbar gen. Milchling) und Nordeck/Winnen (unter den Rau von Holzhausen) zu Kassel, die Stadt Allendorf aber und der Londorfer Grund an Hessen-Darmstadt fielen.

Das 17. und 18. Jahrhundert brachte auch für Londorf und die Rabenau manche Drangsale, so vor allem im 7-jährigen Krieg und auch immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Landesherren und den Lehensherren, die aber stets zu Gunsten Hessens entschieden wurden.

Die große Umbruchszeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts, hervorgerufen durch die Napoleonischen Kriege und Napoleons endgültige Niederlage 1813/14, brachte der Rabenau zwar durch den Wiener Kongreß 1815 keine neue Landesherrschaft, beendete aber die Patrimonialgerichtsbarkeit der freiherrlichen Familie von Nordeck zur Rabenau und befreite die Untertanen von feudalen Lasten. Schon 1812 hatte der Großherzog den Londorfern das Marktrecht verliehen. 1821 begann die Selbstverwaltung der Gemeinden, 1830 wurden die Frondienste und 1836 endgültig die herrschaftlichen Grundrenten (Zehnten) abgelöst. Der Galgen, als die Erinnerung an die Zeit des Absolutismus, wurde schließlich in den Revolutionsjahren des Jahres 1848 von der Bevölkerung zerstört.

Letztes sichtbares Zeichen einer bewegten Vergangenheit ist der romanische Turm der alten Wehrkirche mit seinen Schießscharten aus dem 13. Jahrhundert und dem mauerumfriedeten ehemaligen Kirchhof.

Im weiten Bereich der gesamten Rabenau aber lassen sich noch heute manche kaum sichtbaren Spuren finden von Menschen, die dort einst gelebt haben. Ich denke dabei an die 14 nachweisbaren Wüstungen - wie man die verlassenen Siedlungen nennt-, die von ihren Bewohnern aus den unterschiedlichsten Gründen vor 1500 verlassen wurden. Ein beredtes Beispiel ist die knapp vier km nördlich von Londorf gelegene Kirchenruine der Wüstung Udenhausen/bei/Roßberg.

Die bewegte Geschichte der Rabenau endet natürlich nicht in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts; sie bleibt auch in den letzten 150 Jahren bunt und vielfältig. Doch ist diese Zeit so gut und nachlesbar dokumentiert, daß ich hier und heute darauf nicht im einzelnen eingehen muß. Mit dem zwangsläufig verkürzten Abriß der historischen Entwicklung wollte ich vielmehr für Sie eine Rückbesinnung auf die reiche Vergangenheit einleiten, die zur Identitätsfindung beitragen soll und damit die Bereitschaft zur Mit- und Weiterarbeit fördern kann.

Damit komme ich zum abschließenden Teil meines Vortrags, der die Perspektiven für Ihre zukünftige Arbeit in dem noch jungen „Verein für Heimat und Kulturgeschichte der Rabenau“ aufzeigen soll.

Lassen Sie mich beginnen mit zwei Sätzen, die gleichzeitig als Losungen dienen können:

1. „Vergessen führt zu einem Leben in der Fremde, Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung“ (Baal Schem Tov)⁵

2. Santayana: „Wer sich an die Vergangenheit nicht erinnern will, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen!“⁶

Es geht also, wenn wir diese beiden Aussprüche als Richtschnur nehmen, darum, das Erinnern zu inspirieren, um dem Anspruch dieser Worte auf der einen Seite gerecht zu werden und auf der anderen Seite dem Vereinsziel zu dienen, das in § 2 Abs. 2 Ihrer Satzung so umschrieben ist: „die heimatlichen Belange der (Gemeinde) Rabenau im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu fördern“.

Auf welchem Wege ist dies nun zu erreichen? Lassen Sie mich zunächst theoretisieren.

Bis vor rund 25 Jahren konnte man über eine allgemeine Geschichtsmüdigkeit klagen, die vor allem die jüngere Generation, aber auch Bürger mittlerer Jahrgänge betraf. Nur zum Teil lag das an der Beschneidung des Geschichtsunterrichts zugunsten gesellschaftsrelevanter Fächer wie Politische Wissenschaft oder Soziologie.

Vielmehr entsprach dies der allgemeinen Mentalität, die sich im öffentlichen Leben vielfältig äußerte. Was der Krieg an Zeugnissen der Vergangenheit übriggelassen hatte, wurde nicht selten dem Verfall preisgegeben oder zugunsten oft unschöner moderner Neubauten, Straßen und Parkplätze abgerissen.

Geschichte galt - auch wegen veralteter Unterrichtsmethoden - als langweilig, konservativ, systemstabilisierend oder diente lediglich zur Gewinnung politischer Argumente oder zur Begründung gesellschaftlicher Ideologien.

Ein deutliches Indiz dafür war der Rückgang der traditionellen Geschichtsvereine, die Mitgliederzahlen sanken, die Überalterung in den Vereinen nahm zu.

5 Israel Ben Elieser, gen. Baal Schem Tov (* um 1700-1760), Ukrainer, Gründer des Chassidismus, größte Erneuerungsbewegung des Judentums.

6 George Santayana, (1863-1952), eigentlich Jorge Augustin Ruis de Santayana, US-amerikanischer Philosoph und Schriftsteller spanischer Herkunft.

Dies hatte sich dann etwa im Laufe eines Jahrzehnts grundlegend geändert. Gerade für jüngere Mitbürger hat die Geschichte, und dabei besonders die Orts- und Regionalgeschichte, wieder einen sehr hohen Wert bekommen.

Baudenkmäler der Vergangenheit, selbst der jüngeren des 18. oder 19. Jahrhunderts, werden nicht mehr abgetragen, sondern erhalten und sorgfältig restauriert. Schriftliche Quellen vor allem zur Alltagsgeschichte werden neu abgedruckt, Denkmäler werden als Teil der Umwelt begriffen und stehen unter dem Schutz der öffentlichen Meinung, der dann gelegentlich durch Bürgerinitiativen und Bürgerproteste Nachdruck verliehen wird. Es wäre unfair zu verschweigen, daß dies auch der Grünen-Bewegung zu danken ist.

Ich kann zu dieser Entwicklung auch zwei Beispiele aus Gießen anführen:

Die Rettung, Restaurierung und Ausgestaltung des neben Arnsburg und Münzenberg wohl bedeutendsten romanischen Baudenkmals unserer Heimat, der Klosterruine Schiffenberg, ist in erster Linie einer frühen Bürgerinitiative zu danken, die im Herbst 1971 der Gießener Kaufmann Rudolf Stein ins Leben rief.

Es ist in diesem Zusammenhang geboten, daß die Erhaltung der Burg ruine Gleiberg ebenso einem rührigen Verein zu danken ist, wie all das, was im Klosterbereich Arnsburg seit 1958/59 geschehen ist, der dortige Freundeskreis Arnsburg auf die Beine gestellt hat.

2. Der Oberhessische Geschichtsverein Gießen hatte seit seiner Wiedergründung im Jahre 1952 nie mehr als 250 Mitglieder. Bei der Übernahme des Vorsitzes im Jahre 1977 waren es 192, als ich vom Amt des 1. Vorsitzenden im Frühjahr 1991 zurücktrat, standen 827 Personen in der Mitgliederliste.

Das Potential für Zuwächse ist folglich vorhanden und das Ergebnis beweist, daß das Interesse an Orts- und Regionalgeschichte im Steigen begriffen ist, weil sie sich in bekannten und überschaubaren räumlichen und personellen Dimensionen abspielt. Sie wirkt dadurch vertrauter und verständlicher, weckt auch das Interesse von Laien, sich an der Erforschung zu beteiligen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Sie paßt auch am ehesten in das neue Verständnis von Geschichte als Kultur-, Sozial- und Strukturgeschichte. Denn schließlich lassen sich gerade solche Themen, die heute auf ein besonders starkes Interesse sowohl

der akademischen wie der Laienhistoriker stoßen, wie Sozialgeschichte, Kulturgeschichte des Alltags, Geschichte von Frauen, Minderheiten und unterprivilegierten Schichten, um nur einige Beispiele zu nennen, methodisch am leichtesten im räumlich und strukturell begrenzten Rahmen eines Ortes oder einer Landschaft darstellen und begreifen.

Also ein idealer Nährboden für all die Vorhaben (und mehr), die in § 2 a) Ihrer Satzung aufgeführt sind.

Entstehen hier wirklich neue Aufgaben und Chancen für die Träger der von Laien betriebenen Orts- und Regionalgeschichte, die vielen lokalen und regionalen Geschichtsvereine? Können sie überhaupt das leisten, was ein neues Geschichtsverständnis und neue Geschichtsinteressen vor allem in der jüngeren Generation von ihnen fordern? Sind sie zu einer Modifizierung (= Veränderung) ihrer traditionellen Themen und Arbeitsmethoden und zur Integration neuer Mitgliederschichten bereit und fähig oder geht das neu erwachte Interesse an der Geschichte an ihnen vorbei?

Diese Fragen müssen gestellt und beantwortet werden, will man nicht bald nach Initiierung eines heimatgeschichtlichen Kreises bittere Enttäuschung erleben. Eine Grundfrage bleibt dabei: Wie verhält sich „große Geschichte“ der Kompendien und Lexika zum eigenen, aus engagiertem Studium erwachsenen, historischen Kenntnisstand im kleinen Lebensraum der „Heimat“.

Bevor ich nun abschließend noch einige Bemerkungen zur praktischen Arbeit machen möchte, will ich noch auf zwei handfeste Alltagsprobleme in der konkreten Arbeit von Heimat- und Geschichtsvereinen eingehen und damit aus dem Höhenflug allgemeiner Überlegungen auf den Teppich des praktisch Machbaren zurückkehren.

1. Punkt: Wer macht eigentlich die konkrete Arbeit in den Vereinen und warum macht er bzw. sie diese Arbeit? Oft handelt es sich bei der Bewältigung der Arbeit um das Engagement Einzelner, die sich bis zur Selbstaufgabe, ja bis an den Rand der Selbstausschöpfung einsetzen. Das ist großartig, aber auf die Dauer gefährlich für die Gesundheit und unverantwortlich.

Statt dessen scheint es wichtig zu sein, sehr viel öfter Teams zu bilden, die Lasten zu verteilen und Verantwortungen aufzusplittern, um zusammen vor Ort regelrecht eine Lobby der Geschichte zu bilden.

Zudem: Die Einzelnen wie auch die Teams brauchen Rückhalt, Bestätigung, Anerkennung in der Öffentlichkeit und vor allem eine Rückmeldung über ihr Tun. Diese Funktion kann durchaus in einer Reihe von Orten die Lokalpresse übernehmen, aber vielfach interessiert sich die Presse nicht für die historische Arbeit vor Ort. Hier gilt es, die Pressearbeit ausdrücklich zu intensivieren und individuelle Arbeit und Leistung von Persönlichkeiten auf diesem Gebiet auszuzeichnen oder öffentlich zu belobigen. Es ist also viel stärker als bisher Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, möglichst nach dem PR-Spruch: „Tue Gutes und rede darüber“.

2. Punkt: Ein zweites großes Problem für jede historische Arbeit in den lokalen Geschichts- und Heimatvereinen ist und bleibt die Geldfrage, das finanzielle Problem, die knappen Finanzen. Gewiß hilft die öffentliche Hand, wenn spürbar ist, daß wertvolle Arbeit geleistet wird, aber dies geschieht doch meist in sehr engen Grenzen. Es handelt sich dabei oft nur um den Tropfen auf den heißen Stein. Hier gilt es nicht nur Initiativen zu entwickeln, sondern auch ein hohes Maß an Phantasie.

Ich will hier nicht näher auf die Problematik der nun mal für eine wertvolle Arbeit notwendige Geldbeschaffung eingehen. Doch da die meist relativ niedrigen Mitgliedsbeiträge nicht ausreichen, muß man sich schon Gedanken machen, denn die vielfältigen Aufgaben erfordern immer neue Wege der Realisierung.

Ich denke hier exemplarisch an die Finanzierung von Ausstellungen bis hin zum Aufbau eines Heimatmuseums

Druckkosten(zuschüsse)

Erhaltung von (Bau)denkmälern

Notwendige Geräte für den Verein anzuschaffen (z. B. Kopierer usw.)

Einstellung von arbeitslosen Lehrern und Historikern für konkrete Projekte und Unterstützung von ABM-Maßnahmen.

Mit diesen wenigen Hinweisen und Anregungen will ich es für heute bewenden lassen.

Ich bin sicher, dass Sie auf dem eingeschlagenen Weg erfolgreich weiter vorankommen werden und wünsche Ihnen für die zukünftige Arbeit im Interesse der Gemeinde Londorf und der gesamten

Rabenau bereitwilliges Engagement aus breiten Kreisen der Bevölkerung.

Meine Bereitschaft, Ihnen auch weiterhin mit Rat und Tat hilfreich zur Seite zu stehen, darf ich Ihnen abschließend versichern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Verwaltungsreform in Hessen (1945 - 1981)

Johannes Koenig

Die Verwaltungsreform der 60er und 70er Jahre in Hessen war, wie vergleichbare Bemühungen in den anderen Bundesländern, ein komplexes Vorhaben, das sich über mehrere Legislaturperioden erstreckte.¹ Zur Verwaltungsreform gehörten insbesondere die kommunale Gebietsreform, die Reform der Mittelstufe und die Funktionalreform. Ihre Reihenfolge war politisch umstritten und änderte sich im Lauf der Zeit, denn die Verwaltungsreform war ein aus politischen und verwaltungswissenschaftlichen Erwägungen bestehender Hybrid. Die politischen Überlegungen, wie z.B. Zeitpunkt und Umfang der Reform, ergaben sich u.a. aus dem vorgeschriebenen legislativen Prozess und der damit verbundenen öffentlichen Debatte. Während die verwaltungswissenschaftlichen Kriterien, wie z.B. die Steigerung der Verwaltungskraft, ein Ergebnis der Mitte der sechziger Jahre einsetzenden zunehmenden Verwissenschaftlichung der Planung war. Grundlegend dafür waren u.a. Frido Wageners Abhandlung „Neubau der Verwaltung“² und Werner Webers Gutachten³ für den 45. Deutschen Juristentag. Bei der späteren Umsetzung der Reform war die Verwissenschaftlichung der Planung in der Praxis nur von untergeordneter Bedeutung, wobei aber z.B. beim Zuschnitt der Gemeinden die Zentrale-Orte-Karte der Landesplaner neben den geographischen Gegebenheiten eine erhebliche Rolle spielte.⁴

Zu dem wohl prominentesten Beispiel der kommunalen Gebietsreform in Hessen wurde die Kontroverse um die Stadt Lahn. Das zeitweise hohe öffentliche Interesse verdeckte aber die Tatsache, dass viele Teilaspekte der Reform, wie z.B. die Funktionalreform und die Frage der Mittelstufe, kaum öffentliche Beachtung erfuhren und wenigstens für die breite Öffentlichkeit kein Streitthema darstellten.

1 Vgl. Die folgende Darstellung basiert auf der Dissertation „Verwaltungsreform in Hessen (1945-1981). Ziele - Strategien - Akteure.“ (Darmstadt 2006).

2 Vgl. Frido Wagener, Neubau der Verwaltung, zweite unveränderte Auflage, Berlin 1974.

3 Vgl. Werner Weber: „Entspricht die gegenwärtige kommunale Struktur den Anforderungen der Raumordnung? Empfehlen sich gesetzgeberische Maßnahmen der Länder und des Bundes? Welchen Inhalt sollten sie haben?“, Gutachten für den 45. Deutschen Juristentag, München 1964.

4 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Hans Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 2.

Die frühe Phase der Verwaltungsreform (1945 - 1953)

Die Verwaltungsreform begann bereits vor der Gründung des Landes Hessen und wurde dann zum festen Bestandteil der hessischen Landespolitik. Hessen hatte zuvor noch nie in dieser organisatorischen Einheit bestanden und fasste daher Gebiete mit unterschiedlichem Recht und unterschiedlichen Behörden zusammen. Seine Bewohner fühlten sich zunächst mehr ihrer Region als dem neu geschaffenen Staat verbunden. Die Vereinheitlichung der Verwaltung war somit eine offensichtliche Notwendigkeit. Mit der Verwaltungsreform beschäftigten sich bis 1953 die Kabinette Geiler, Stock und die erste Regierung Zinn. Die wechselnde Verantwortlichkeit ging Hand in Hand mit wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten.

Am 17.9.1945 wurde durch Anordnung der amerikanischen Militärregierung ein Amt für Verwaltungsvereinfachung (AfV) im Regierungsbezirk Wiesbaden eingesetzt.⁵ Das Amt war ein beratendes Organ der Militärregierung und hatte die Aufgabe, die Verwaltung zu vereinfachen und zu rationalisieren.⁶ Dies geschah auch vor dem Hintergrund der beabsichtigten Entnazifizierung der öffentlichen Verwaltung in Hessen. Dabei sollte sich zunehmend der Gegensatz zwischen den strikten politischen Vorgaben und dem Wunsch, eine leistungsfähige Verwaltung herzustellen, bemerkbar machen.⁷

Am 19.9.1945 wurde die Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung veröffentlicht und darin die Bildung des Landes Groß-Hessen verkündet. Der Begriff Groß-Hessen und die damit verbundenen gebietlichen Vorstellungen waren aber keine Erfindung der Amerikaner, vielmehr sind sie z.B. in Überlegungen des Großherzog Ernst Ludwig aus dem Jahr 1909 nachweisbar und kamen auch in den Flugblättern des Gießener Medizin-Professors Robert Sommer aus dem Jahr 1918 zur Sprache.⁸ Im Oktober 1945 wurde der parteilose badische Rechtsprofessor Karl Geiler zum ersten Ministerpräsidenten Hessens ernannt. In einer auf den 1.1.1946 datierten programmatischen Erklä-

5 Vgl. Schreiben des Finanzministers Wilhelm Mattes vom 11.7.1946.

6 Vgl. Vorlage für den Ministerpräsidenten vom 10.12.1945 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 3050.

7 Vgl. Mühlhausen, „Hessen 1945-1950, Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit“, Frankfurt 1985, S. 307-342.

8 Vgl. Eckhart G. Franz, Der Weg nach Groß-Hessen, Blätter für deutsche Landesgeschichte 1996, S. 71-90.

rung der Staatsregierung wurde der Aufbau des neuen Landes Hessen auf demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage als Hauptaufgabe bezeichnet.⁹ Durch Erlass des Ministerpräsidenten vom 10.12.1945 wurde das AfV für das Land Groß-Hessen übernommen. Die Leitung wurde dem Regierungsvizepräsidenten und späteren Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft Albert Wagner übertragen. Er schlug u.a. die Auflösung der Bezirkskommunalverbände und ihre Rechtsnachfolge durch den Staat vor.¹⁰ In Hessen wurde die Verwaltung der staatlichen Mittelstufe von den Regierungspräsidenten in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt wahrgenommen, während die Provinzial- bzw. Bezirkskommunalverbände unter Leitung des Landeshauptmanns in Kassel und in Wiesbaden kommunale Einrichtungen waren.¹¹ Bereits am 3.11.1945 war in einer unter dem Vorsitz des Innenministers Hans Venedey abgehaltenen Besprechung die Frage der Neuregelung der provinziellen Selbstverwaltung thematisiert worden.¹² Man kam zu dem vorläufigen Ergebnis, dass die beiden Provinzial-Selbstverwaltungen weiter bestehen sollten. Vom Finanzministerium wurde hingegen aus finanzpolitischen Erwägungen ihre Auflösung gefordert.¹³ Aus demselben Grund sprach sich später auch Frankfurts Stadtkämmerer Friedrich Lehmann gegen die Beibehaltung der Provinzialverbände aus.¹⁴ Durch Kabinettsbeschluss vom 18.1.1946 wurde ein Ausschuss für Verwaltungsorganisation und -vereinfachung unter Vorsitz des Innenministers Venedey eingesetzt.¹⁵ Der Ausschuss beschloss, die provinzielle Selbstverwaltung zu erhalten und im Regierungsbezirk Darmstadt einzuführen und lehnte somit die Vorschläge Wagners und des Finanzministeriums ab. Für sie standen die durch den Wegfall einer Behörde zu erwartenden finanziellen Einsparungen im Vordergrund, während für Innenminister Venedey der Erhalt einer bestehenden Behörde angesichts der Herausforderungen von Wiederaufbau und Entnazifizierung verwaltungstechnisch ratsam gewesen sein mag.

9 Vgl. Programmatische Erklärung der Großhessischen Staatsregierung zur Jahreswende vom 1.1.1946 in: HHStAW Abt. 5032 Nr. 1126 Nr. 5a.

10 Vgl. Schreiben des AfV an den Ministerpräsidenten in Groß-Hessen vom 26.2.1946, in: HHStAW Abt. 502 Nr.3050.

11 Siehe auch Mühlhausen, Hessen 1945-1950, S. 486 f.

12 Vgl. Abschrift vom 3.11.1945 in HStAD O24 Hesse Nr. 120/16.

13 Vgl. Abschrift vom 22.11.1945 in HStAD Abt. O24 Hesse Nr. 120/16.

14 Vgl. Schreiben vom 22.5.1946, in HStAD Abt. O24 Nr. 120/16.

15 Vgl. Abschlussbericht der Kommission ca. Sommer 1946, in: HHStAW Abt. 502 Nr. 3050 und Mühlhausen, Hessen 1945-1950, S. 489.

Am 1.12.1946 wurde in einer Volksabstimmung die neue Landesverfassung angenommen und der erste Landtag gewählt. Der erste frei gewählte Ministerpräsident des späteren Bundeslandes Hessen war der SPD-Politiker Christian Stock, der einer SPD/CDU-Koalition vorstand.¹⁶ Noch während der Regierung Stock fand das AfV ein unspektakuläres Ende. Dennoch nahm das Interesse an der Verwaltungsreform auch mit dem Wechsel von der Regierung Geiler zur Regierung Stock nicht plötzlich ab. In seiner ersten Regierungserklärung bezeichnete Ministerpräsident Stock am 6.1.1947 die Verwaltungsreform als eine der vordringlichsten Staatsaufgaben.¹⁷ Eine umfassende Verwaltungsreform beschloss das Kabinett in der Sitzung vom 31.3.1947.¹⁸ In dem Kabinettsbeschluss wurde u.a. die mangelnde Einheitlichkeit der Verwaltung als Grund für eine Verwaltungsreform benannt.¹⁹ Auch die Notwendigkeit einer Überprüfung des Verwaltungsaufbaus nach den Kriterien Sparsamkeit, Schnelligkeit, Wirksamkeit und Rechtssicherheit der Verwaltungsmaßnahmen wurde aufgeführt. Daraus resultierend sollte die Zweigleisigkeit von Staats- und Kommunalverwaltung in den Regierungsbezirken aufgehoben werden. Abschließend beschloss man, eine Kabinettskommission zur Vorbereitung der benötigten Gesetze, Rechtsverordnungen, Organisationspläne usw. unter dem Vorsitz von Staatssekretär Hermann L. Brill einzusetzen. Die Kommission hatte das Recht, Unterausschüsse zu bilden und Sachverständige einzuladen. Zur Thematik der Mittelinstanz wurde u.a. Albert Wagner gehört, welcher erneut für die Abschaffung der Kommunalverbände eintrat und vorschlug, die Zahl der Regierungspräsidien von drei auf zwei zu reduzieren.²⁰ In diesem Zusammenhang erwog man insbesondere die Auflösung des Regierungsbezirks Wiesbaden.²¹ 1968 wurde das Regierungspräsidium Wiesbaden schließlich aufgelöst. Ein weit verbreitetes Gerücht besagte, dass dies auf Betreiben des damaligen Innenministers Heinrich Schneider geschah, der den Neubau des Regierungspräsidiums am Wiesbadener Hauptbahnhof für die Unterbringung des eigenen Ministeriums nutzen wollte. Da aber die einschlägigen Überlegen bis in

16 Vgl. u.a. Hessischer Landtag, Stenographische Berichte 1/3 und 1/4.

17 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 1/3, S. 22 f.

18 Vgl. HHStAW Abt. 502 Nr. 7810 und Abt. 502 Nr. 11586.

19 Vgl. Kabinettskommission, Verwaltungsreform in Hessen Band I (Wiesbaden 1947), S. 5 f.

20 Vgl. Ebenda, S. 76.

21 Vgl. „Zur Verwaltungsreform. Ein Beitrag des Betriebsrats der Bezirksregierung Wiesbaden.“, in: Kabinettskommission, Verwaltungsreform in Hessen II (Wiesbaden 1948).

das Jahr 1947 zurückreichten, und es für das Regierungspräsidium schwer war, in der Landeshauptstadt ein eigenes Profil zu entwickeln,²² ist dieses Gerücht weitgehend entkräftet. Insbesondere auch, weil von Innenminister Schneider verbürgt ist, dass er sich bis zuletzt gegen den Umzug seines Ministeriums gewandt hatte, da er gerne in der Luisenstraße geblieben wäre, die in unmittelbarer Nähe des Landtags lag.²³

Die Brill-Kommission empfahl schließlich, alle Regierungspräsidien abzuschaffen und die Bezirkskommunalverbände beizubehalten.²⁴ Es galt zwar der politische Grundsatz, möglichst viele Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu übertragen, dennoch kam diese Empfehlung angesichts der personellen Zusammensetzung der Kommission überraschend, denn zur ihr gehörte kein einziger Vertreter der Bezirkskommunalverbände.²⁵ Ausschlaggebend für das Votum war daher auch weniger der Glaube an die Unersetzbarkeit der Bezirkskommunalverbände als die Einschätzung, dass bis zu 80 Prozent der Aufgaben der Mittelinstanz auf andere Stellen übertragen werden konnten. Die Empfehlungen wurden aber nicht umgesetzt. Die Brill-Kommission war, was die unmittelbare Umsetzung ihrer Vorschläge betraf, nicht erfolgreicher als das AfV. Allerdings galt für beide Gremien, dass das Ende ihrer Tätigkeit nicht gleichbedeutend mit dem Ende des politischen Interesses an der Verwaltungsreform war.

Am 14.12.1950 übernahm Georg August Zinn die Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten, die er ununterbrochen bis zum 2.10.1969 fortführen sollte. In seiner ersten Regierungserklärung vom 10.1.1951 kündigte Zinn u.a. eine Neuordnung der allgemeinen Landesverwaltung an.²⁶ Diese sollte u.a. durch die Schaffung einer Gemeindeordnung und einer Kreisordnung erreicht werden. Auch sollten die Kommunalverbände zu neuen „Selbstverwaltungsorganisationen“ umgebaut werden. Zinn erwähnte auch die Gebietsreform und bezeichnete sie als absolut notwendig, nannte aber keine Details.

22 Vgl. Regierungspräsident a.D. Knut Müller, Korrespondenz vom 5.2.2006.

23 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 5.

24 Vgl. Kabinettskommission, Verwaltungsreform in Hessen I (1947), S. 27.

25 Vgl. Mühlhausen, Hessen 1945-1950, S. 491 f.

26 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 2/3, S. 21.

Anfang 1952 wurde dann die Hessische Gemeindeordnung (HGO)²⁷ und die Hessische Landkreisordnung (HKO)²⁸ beschlossen. In sechs Sitzungen vom 5.11.1952 bis zum 19.3.1953 beschäftigte sich der Sonderausschuss des Landtags für Verwaltungsreform mit der Neuordnung der Verwaltung in der Mittelstufe.²⁹ Man diskutierte insbesondere die Gesetzesvorlage zur Landschaftsverwaltung.³⁰ Dabei stand vor allem die Frage im Vordergrund, ob die Mittelstufe der Verwaltung ein staatliches oder kommunales Gepräge bekommen sollte. Schnell zeichnete sich eine prinzipielle Entscheidung ab,³¹ die darin bestehen sollte, Paragraph 6 des Gesetzesentwurfes: „Landesfürsorgeverband ist das Land“, zu streichen. Stattdessen sollte es dann im Paragraph 3 des Gesetzes vom 7.5.1953 heißen: „Die kreisfreien Städte und die Landkreise des Landes werden zu einem ‘Landeswohlfahrtsverband Hessen’ zusammengeschlossen.“³² Auch wenn Paragraph 1 bestimmte, dass der Regierungspräsident die Behörde der allgemeinen Landesverwaltung in der Mittelstufe ist und Paragraph 24 die Auflösung der Bezirkskommunalverbände verfügte, so blieb mit der durchgesetzten Änderung der Trägerschaft ein starkes kommunales Element in der Mittelinstanz erhalten.

In Kassel hatte man sich bis zuletzt gegen die Auflösung der Bezirkskommunalverbände gewandt. So war z.B. in der „Kasseler Post“ vom 17.10. 1952 ein Artikel mit der Überschrift „Zwangsjacken aus Wiesbaden“ zu lesen, welcher in der beabsichtigten Auflösung der Kommunalverbände machtpolitische Pläne der Regierung in Wiesbaden sah, die verliebende Eigenständigkeit der Region Kassel gänzlich zu beseitigen. Staatssekretär a.D. Brill sprach in diesem Zusammenhang von der „Kasseler Verwaltungsidylle“, in der man so tue, als ob es sonst keine Verwaltungsprobleme gäbe.³³ Schließlich musste Ministerpräsident Zinn mit seinem Rücktritt drohen, um die Auflösung durchzusetzen.³⁴ Auf den damaligen Widerstand kam Zinn über 15 Jahre später noch einmal in einer Parlamentsdebatte über die dann wieder aktuell

27 Vgl. GVBl Teil I, S. 11.

28 Vgl. GVBl Teil I, S. 37.

29 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 2/43, S. 1739.

30 Vgl. Hessischer Landtag, Drucksache 2/513.

31 Vgl. Frankfurter Neue Presse vom 21.11.1952.

32 Vgl. GVBl Teil I, S. 93.

33 Vgl. Schreiben Brills vom 16.11.1952 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 3126.

34 Vgl. Bernd Schneider, Die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierungen unter Ministerpräsident Georg-August Zinn (Gießen 1995), S. 23.

gewordene Verwaltungsreform zurück. Er erwähnte, wie er im Jahre 1953 nicht nur von der Opposition „beschimpft“, sondern auch von zahlreichen Interessengruppen mit Flugblättern und Schriften überhäuft worden sei.³⁵ Für besondere Heiterkeit bei den Abgeordneten sorgte dabei der Einlass, dass zu diesen Interessengruppen neben Wandervereinen und dem Frauenausschuss für Hauspflege auch der hessische Hebammenverband gehört habe.

Über die Gründe für die einschlägigen Reaktionen aus Kassel kann man nur spekulieren: Möglicherweise zögerte man dort, mitten im Wiederaufbau eine funktionierende kommunale Verwaltungseinheit zu schließen, zu deren Aufgabenbereich die Infrastruktur gehörte. Vielleicht spielte auch die enge Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer historisch gewachsenen Region immer noch eine stärkere Rolle als die Idee eines Bundeslandes Hessen und die damit einhergehenden politischen, staats- und verwaltungsrechtlichen Zusammenhänge. Ein weiterer Grund für die Stärke des Widerstandes lag wohl auch darin, dass die von einer Wegrationalisierung ihrer Funktionen betroffenen Behördenleiter oftmals Landtagsabgeordnete und SPD-Mitglieder waren. So waren 66% der SPD-Fraktion hauptamtliche Wahlbeamte, wie z.B. Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte, die von einer Reform der Mittelinstanz wenigstens mittelbar betroffen waren.³⁶ Die bis 1970 fehlende Trennung von Amt und Mandat sollte auch Pläne zur Verwaltungsreform in den 60er Jahren behindern.³⁷

In Bezug auf die Verwaltungsreform in Hessen bis 1953 ergeben sich u.a. die folgenden Aussagen:

1. Im Hessen der Nachkriegszeit reichen Ansätze der Verwaltungsreform bis in die Stunde Null zurück. Die Ursachen dafür waren u.a. der historisch bedingte Mangel an einer einheitlichen Verwaltung und die gleichzeitige Notwendigkeit, das Land wieder aufzubauen.³⁸
2. Die Reaktion von Politik und Verwaltung auf die speziellen Herausforderungen der Nachkriegssituation prägte die Verwaltungsreform von 1945 bis 1953. Die existenziellen Probleme der deutschen

35 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 6/21, S. 925.

36 Vgl. Frank Schmidt, Christian Stock 1884-1967 (Darmstadt 1997), S. 339.

37 Vgl. Gründler, Kommunale Gebietsreform in den Verdichtungsgebieten der BRD (Bonn 1974), S. 208.

38 Vgl. Hessischer Minister des Innern, Verwaltungsreform in Hessen (Wiesbaden 1968), S. 7.

Bevölkerung gaben der Verwaltung kaum eine Chance, neue Formen der Administration zu entwickeln, und es war nahe liegend, auf die Verwaltungsstrukturen der Weimarer Zeit zurückzugreifen.³⁹

3. Ein hohes Maß an Heterogenität kennzeichnete die Verwaltungsreform. Sie wurde von einem Nebeneinander verschiedener Arbeitsgruppen und verschiedener Zielsetzungen geprägt, deren Priorität und inhaltliche Gewichtung sich zudem wiederholt änderten.

4. Die Brill-Kommission wurde zwar zu einer prominenten Wegmarke im weiteren Verlauf der Verwaltungsreform in Hessen, sie war aber eigentlich nur eine Station unter mehreren in der nicht-linearen Entwicklung der Reform. Ihr hoher Bekanntheitsgrad resultierte vermutlich aus der Veröffentlichung des exzellenten Abschlussberichts, der jedem, der sich später publizistisch mit der Thematik beschäftigte, eine Fülle von Material lieferte.⁴⁰

5. Der Schwerpunkt der Verwaltungsreform verlagerte sich im Laufe der Jahre von unten nach oben: von einer beabsichtigten und nicht realisierten kommunalen Gebietsreform hin zu einer tatsächlich implementierten Neuordnung der Mittelstufe und Ministerien.

6. Im Gegensatz zur Reform der sechziger und siebziger Jahre waren zu erzielende Einsparungen, insbesondere in Bezug auf Überlegungen zur Gestaltung der Mittelinstanz, von grundsätzlicher Bedeutung.⁴¹

Mit der Neuordnung der Mittelstufe war die Nachkriegsreform zu einem gewissen Abschluss gekommen, wobei das Thema Verwaltungsreform nicht gänzlich von der politischen Tagesordnung verschwand. Vielmehr bildete sich nach 1953 allmählich der besondere Charakter der Verwaltungsreform in Hessen heraus,⁴² den Zinn mit dem berühmten Ausspruch von Verwaltungsreform als „Kleinarbeit in Permanenz“⁴³ auf den Punkt brachte. Das Prinzip der Reform der kleinen Schritte entsprach dem pragmatischen Regierungsstil Zinns. Günter Püttner stellte dazu 1969 fest, dass in Hessen nicht mit einem großen

39 Vgl. Hessischer Minister des Innern, „Hessen. Gemeinden und Landkreise nach der Gebietsreform.“ (Wiesbaden 1977), S. 17.

40 Vgl. Kabinettkommission, Verwaltungsreform in Hessen I (1947) und II (1948).

41 Siehe z.B. die Ausführungen des Regierungspräsidenten Bergsträssers vor der Brill-Kommission am 7.5.1947 (vgl. Kabinettkommission, Verwaltungsreform in Hessen I, S. 52).

42 Vgl. Hugo Berger, Verwaltungsreform in Hessen, in DÖV 1968, S. 449.

43 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 4/3, S. 23.

Wurf, sondern schrittweise über einen längeren Zeitraum hinweg reformiert werden solle.⁴⁴ Eine Manifestation dieser Politik war das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969,⁴⁵ mit dem man neue Formen gemeindlicher Zusammenarbeit ermöglichen und die kommunalen Verwaltungskraft stärken wollte, ohne kleine Gemeinden sofort zu Einheitsgemeinden zusammenzufassen.

Püttners Auffassung widersprach aus der Rückschau Hans Voit: „Ein schrittweises Vorgehen, offenbar im Sinne learning by doing, hätte Verdruß bei den Vorreitern und Widerstand bei den später Behandelten hervorgerufen. Nachdem das Konzept Einheitsgemeinde stand, mußten Gemeinde- und Kreisreform zusammen und zügig durchgezogen werden. Püttner hatte keine Verantwortung, und Zinn hätte nicht anders handeln können.“⁴⁶ Beide Auffassungen trafen zu, da der von Püttner beschriebene schrittweise Charakter der Reform im Wesentlichen nur bis zur Bildung der SPD/FDP-Koalition im Jahr 1970 Bestand haben sollte. Die danach durchgeführte kommunale Gebietsreform war eine massive, das ganze Land erfassende und zeitlich begrenzte Reformmaßnahme, die definitiv nicht als „Kleinarbeit in Permanenz“ charakterisiert werden konnte, wobei die Funktionalreform als „permanente Aufgabe“,⁴⁷ die bis heute andauert, auch weiterhin eine Ausnahmestellung inne hatte.

Die neue Phase der Verwaltungsreform (1964-1976)

Die Diskussion über die Verwaltungsreform wurde in den 60er Jahren u.a. durch raumordnungspolitische Überlegungen angestoßen. Hans-Jürgen v.d. Heide schrieb 1967, dass nach fast einem Vierteljahrhundert des Stillstands das Gutachten von Werner Weber eine Welle von Aktivität ausgelöst habe.⁴⁸ Nachdem es fast fünfundzwanzig Jahre lang nahezu „ein Sakrileg“ gewesen sei, von der Veränderung kommunaler Grenzen zu sprechen, sei inzwischen die Forderung nach der Zusammenlegung kleiner Gemeinden zu größeren und leistungsfähigeren

44 Vgl. Günter Püttner, „Stufenweise Reform, Stand und Methode der Verwaltungsreform in Hessen“, DÖV 1969, S. 267.

45 Vgl. GVBl. Teil I, S. 307.

46 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 5.

47 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 19.1.2006.

48 Vgl. Hans-Jürgen v. d. Heide, Nahbereich und Fernbereich von Zentralen Orten, Der Landkreis 1967, S. 211.

Einheiten selbstverständlich geworden. Das Gleiche treffe auch auf die Landkreise zu. Angesichts der kaum noch überschaubaren Flut von Gutachten und Stellungnahmen der letzten Jahre schein die ganze hergebrachte Verwaltungsordnung infrage gestellt zu sein.

So monokausal, wie es v.d. Heide sah, kann man die Ursache für die Verwaltungsreform zwar nicht sehen. Unbestritten bildete aber die beabsichtigte Steigerung der Verwaltungskraft der Gemeinden das „tragende Argument“⁴⁹ in der Diskussion um die Verwaltungsreform. Innenminister Heinrich Schneider stellte am 27.3.1969 fest, dass die Verwaltungskraft der kleinen Gemeinden nicht ausreiche, die kommunalen Einrichtungen zu schaffen, auf die der Bürger in einem „modernen Leistungsstaat“ mit Recht Anspruch erhebe.⁵⁰ Ministerpräsident Albert Osswald bezeichnete in seiner Regierungserklärung vom 16.12.1970 die Schaffung einer modernen und bürgernahen Leistungsverwaltung als vorrangige Aufgabe der Verwaltungsreform.⁵¹ Dieses Ziel war Ausdruck des seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stattfindenden gesellschaftlichen Wandel vom Obrigkeitsstaat zum Leistungsstaat,⁵² in dessen Zuge die Daseinsvorsorge für den Bürger zunehmend zum Inhalt staatlicher Verwaltungstätigkeit wurde.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Landesregierung, sich dem Projekt der Verwaltungsreform ab Mitte der 60er Jahre wieder verstärkt zuzuwenden, war die Initiative der CDU-Opposition in Form des so genannten Dregger-Plans.⁵³ Sein Ziel war es, die Zahl der vertikalen Verwaltungsebenen auf zwei zu verringern und horizontal die Verwaltungsbezirke aufgaben- und sachgerecht gegeneinander abzugrenzen.⁵⁴ Dadurch sollten Selbstverwaltungskörperschaften - die Verwaltungsregionen - entstehen, die nach Größe, Verwaltungs- und Finanzkraft in der Lage waren, ihre Aufgaben selbstständig und rationell zu erfüllen. Allerdings beschränkte sich der Namensgeber des Plans, der Fuldaer Oberbürgermeister Alfred Dregger, in der Landtagsdebatte vom

49 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 1.

50 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 6/50, S. 2683.

51 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/2, S. 12.

52 Vgl. Hessischer Landtag, Drucksache 7/1370, S. 6.

53 Dieser wurde in den Anträgen der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag zur Verwaltungsreform in Hessen vom 27. 4. 1965 und vom 4.10.1967 sowie dem Initiativantrag der CDU-Fraktion betreffend den Entwurf einer Hessischen Verbandsgemeindeordnung vom 11.3. 1969 dargelegt, vgl. Hessischer Minister des Innern, „Hessen. Gemeinden und Landkreise nach der Gebietsreform.“ 1977, S. 25.

54 Vgl. Hessischer Landtag, Drucksache 5/1361.

1.7.1965 auf die Darstellung der Grundkonzeption.⁵⁵ Mit dem Verweis auf die Schwierigkeit der Materie vermied er es ausdrücklich, sich auf Detailfragen festzulegen. In der folgenden Aussprache verwies Innenminister Schneider dann auch darauf, dass die Schwierigkeiten dann beginnen würden, wenn man konkret werde, denn der Teufel stecke im Detail.⁵⁶ Die Bildung von Regionen klinge in der Theorie bestechend, aber es sei völlig offen, wie es sich in der Praxis auswirken werde.⁵⁷

Trotz der auf Regierungsseite bestehenden Abwehrhaltung war der Dregger-Plan ein Impulsgeber, da er eine Reihe politischer Erwägungen in Gang setzte. So wies Finanzminister Osswald in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 1.10.1965 darauf hin, dass u.a. durch eine „kürzliche Veröffentlichung“ des Abgeordneten Dregger die Frage einer Verwaltungsreform in Hessen erneut in die öffentliche Debatte eingebracht wurde.⁵⁸ Er fuhr fort: „Mit großer Wahrscheinlichkeit kann damit gerechnet werden, daß bei den Landtagswahlen im Herbst des nächsten Jahres die Frage einer Verwaltungsreform ein starkes Gewicht in der öffentlichen Auseinandersetzung haben wird. Diese Umstände veranlassen mich, Ihnen die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses für die Durchführung einer Verwaltungsreform in Hessen vorzuschlagen. In ihm sollten alle Fraktionen des Landtags vertreten sein, um den erhobenen und noch zu erwartenden Vorwürfen die Spitze zu nehmen“. Tatsächlich griff man zunächst Osswalds Vorschlag auf, alle Landtagsfraktionen einzubinden und erwog, den Ausschuss nach parteipolitischer Zugehörigkeit zu besetzen.⁵⁹ Von dieser Idee nahm man aber bald Abstand und betonte vielmehr, dass nicht der parteipolitische Proporz, sondern der Gedanke, „eine leistungsfähige Arbeitsgruppe aus unabhängigen, sachkundigen Persönlichkeiten zu bilden“, im Vordergrund stehe.⁶⁰ Tatsächlich dominierte aber das Bemühen, das Thema Verwaltungsreform für die

55 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 5/42, S. 1857-1860.

56 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 5/42, S. 1861 ff.

57 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht 5/42, S. 1682.

58 Vgl. Schreiben des Finanzministers Osswald an Ministerpräsident Zinn vom 1.10.1965, in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8049, S. 1 f.

59 Vgl. Vermerk „Betr. Sachverständigenausschuß Verwaltungsreform“, 21.3.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8049.

60 Vgl. Notiz „Betr. Mündliche Anfrage des Abg. Wittwer (CDU) - Nr. 231 - über die Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform“ für die Fragestunde am 12.10.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8098. Siehe auch Notiz betr. Zusammensetzung der Verwaltungsreform-Kommission vom 12.7.12.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8049.

Regierung vor der Landtagswahl am 6.11.1966 politisch zu besetzen und der Opposition eine Profilierungsmöglichkeit zu nehmen.⁶¹ Die zwei Jahre später stattfindende Auflösung des Regierungspräsidiums Wiesbaden kann ebenfalls als ein Versuch gewertet werden, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.⁶²

Die Sachverständigenkommission für Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung in Hessen konstituierte sich am 6.7.1966.⁶³ Ihr Auftrag war es, unabhängig zu arbeiten, ein Arbeitsprogramm für die weitere Untersuchung der Probleme der Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung in Hessen zu entwickeln, sofort zu verwirklichende Maßnahmen aufzuzeigen und der Landesregierung Vorschläge für spätere Schritte zu unterbreiten.⁶⁴ Die Tatsache, dass ihr Vorsitzender, der Justizminister Lauritz Lauritzen und sein Nachfolger Johannes Strelitz, als Minister der Kabinettsdisziplin unterlagen, dürfte die proklamierte Unabhängigkeit der Kommission aber stark eingeschränkt haben. Die Kommission bildete u.a. einen Unterausschuss „Mittelinanz“ und einen Unterausschuss „Gemeinden“,⁶⁵ die ihre Ergebnisse veröffentlichten.⁶⁶ In Bezug auf ihren längerfristigen, von wahltaktischen Überlegungen befreiten Einfluss auf die Verwaltungsreform enthält die folgende Einschätzung einen wahren Kern: „Es ist offensichtlich das Schicksal und die Besonderheit einer langjährigen Alleinregierung, das viel geredet und geprüft wird, aber wenig passiert. So auch in Hessen in den Jahren vor 1970.“⁶⁷

61 Vgl. Notiz vom 31.3.1966 und „Entwurf einer Erklärung von Herrn Ministerpräsidenten vor der Presse über die Einsetzung einer Verwaltungsreform-Kommission in Hessen“ (ca. 1966) in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8049.

62 Vgl. Heinz Ernst, Korrespondenz vom 16.3.2006, S. 5 f.

63 Vgl. „Niederschriften (wesentliche Sitzungsergebnisse) der Sachverständigenkommission für Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung in Hessen“ vom 6.7.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8099.

64 Vgl. Berufungsschreiben Zinns an Hanns-Heinz Bielefeld vom 21.6.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8049.

65 Der Beschluss zur Bildung der Unterausschüsse wurde in der Sitzung vom 8.9.1966 gefasst (vgl. Dokument „Betr.: Verwaltungsreform im kommunalen Bereich“, 1.10.1966 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 8060).

66 Vgl. Sachverständigenkommission für Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung in Hessen, Veröffentlichungen 1 „Zum Amt des Regierungspräsidenten“ (Wiesbaden 1967) und Veröffentlichungen 2, „Zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden“, (Wiesbaden 1968).

67 Vgl. Ministerialrat a.D. Günter Bode, Korrespondenz vom 8.12.2005.

Es gibt die Ansicht, dass Ministerpräsident Zinn die Reform der Mittelinstanz, der Kreise und der Gemeinden im Grunde ablehnte, „weil er fürchtete, was tatsächlich eintrat, daß eine Reform nur der Opposition zu Gute kam. In den kleinen und mittleren Gemeinden des Landes gab es damals überwiegend SPD Ortsvereine und allenfalls Wählergemeinschaften, ausgenommen der Rheingau und die Landkreise Limburg und Fulda. Heute ist die CDU auch in den kleinen Gemeinden präsent.“⁶⁸ Ministerpräsident Osswald habe die Meinung seines Vorgängers geteilt und wollte die Reform vermeiden, indem er die Datenzentralen einrichtete,⁶⁹ die dann auch die kleinen Gemeinden nutzen sollten, nach dem Motto: „Vorne spricht der Bürgermeister mit dem Volk und hinten rattert die automatische Erledigung der Geschäfte“.⁷⁰ Die Computerisierung der Verwaltung wurde somit als eine Möglichkeit aufgefasst, an bestehenden ehrenamtlichen Strukturen festhalten zu können.

Bei den hessischen Landtagswahlen vom 8.11.1970 verfehlte die SPD die absolute Mehrheit und bildete daher zusammen mit der FDP eine Koalitionsregierung. Die FDP wurde von Zeitzeugen als „treibende Kraft“⁷¹ der Verwaltungsreform und „Motor der Gebietsreform“⁷² bezeichnet. In der Koalitionsvereinbarung vom 28.11.1970 wurde u.a. festgeschrieben, eine umfassende Funktional- und Gebietsreform durchzuführen.⁷³ Ziel war es, in den Planungsregionen „leistungsfähige“ Gemeinden, große Kreise und kreisfreie Städte zu bilden. Die Gemeindereform sollte auf dem Grundsatz von der Einheitsgemeinde als der zukünftigen hessischen Gemeindeform basieren. Ein Grundsatz, der sich für die Umsetzung des Lahnstadt-Projekts als fatal erweisen sollte. Mit der Koalitionsvereinbarung wurde die eigentliche Gesetzgebungsphase der Reform eingeleitet.⁷⁴ Unterteilt in mehrere Neugliederungsabschnitte⁷⁵ wurde vom Landtag schrittweise die territoriale

68 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 2.

69 Vgl. Gesetz über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16.12.1969; GVBl. Teil I, S. 304.

70 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 3.

71 Vgl. Ministerialrat a.D. Günter Bode, Korrespondenz vom 8.12.2005.

72 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 3.

73 Vgl. „Vereinbarung zur Bildung einer Koalitionsregierung im Lande Hessen“ in Hessen - Land der Reformen (Berlin-West 1971), S. 13.

74 Vgl. Voit, 10 Jahre kommunale Gebietsreform in Hessen, 16.12.1986, S. 3.

75 Vgl. Karl-Ludwig Steiner, Stadt <Lahn> und Gründungsverband (Frankfurt a.M. 1982), S. 23 f.

Neugliederung Hessens beschlossen. Dieser Prozess war 1976 mit Ausnahme der Stadt Lahn weitgehend abgeschlossen mit dem Ergebnis, dass von den vormals 2700 Gemeinden nur noch 400 bis 500 übrig blieben. Hessen hatte mit über fünfzig Prozent eine hohe Rate von freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen.⁷⁶ Diese war u.a. das Ergebnis einschlägiger finanzieller Beihilfen, der Einsicht in die verwaltungstechnische Notwendigkeit sowie der Gewissheit, dass gesetzgeberische Maßnahmen im Hintergrund standen. Denn ein Grund, warum einige Gemeinden anfänglich zögerten, sich freiwillig zusammenzuschließen, war, dass die Gemeindevertretungen ihren Bürgermeistern nicht wehtun wollten.⁷⁷

Grundlegend für das Verständnis der Reform in Hessen ist die Tatsache, dass die Verwaltungsreform von Anfang ein Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung war. Sie wurde insbesondere von der CDU und FDP zur eigenen Profilschärfung genutzt. Einen parteienübergreifenden Konsens, wie z.B. in NRW, der zu einem gewissem Maß an politischer Duldsamkeit gegenüber dem Reformvorhaben geführt hätte, gab es in Hessen nicht. In Hessen gab es keinen „Zehnerclub“,⁷⁸ in dem die Vertreter der Fraktionen zusammen mit dem Innenminister die Kanten bei strittigen Sachfragen der Reform abschliffen, bevor diese den Landtag erreichten.

Im Unterschied zu der kommunalen Gebietsreform in NRW kann man die Verwaltungsreform in Hessen auch nicht als einen Kraftakt bezeichnen, wenn man unter diesem Begriff eine in sich geschlossene, von einem breiten politischen Konsens getragene Reform versteht, die aus einem Guss war und einen klaren Anfang und ein klares Ende hatte. Das in Hessen über weite Strecken vorherrschende Verständnis der Reform als „Kleinarbeit in Permanenz“ unterschied sich deutlich davon. Die Verwaltungsreform in Hessen hatte zwar in dem Großen Hessenplan einen potentiellen Gesamtplan,⁷⁹ der aber nie als solcher umgesetzt wurde. Unstreitig ist aber, dass die kommunale Neugliede-

76 Vgl. u.a. Hessischer Minister des Innern (Hrsg.), bearbeitet von Voit/Pittermann: „Verwaltungsreform. Modelle und Realisierungen.“ (Wiesbaden 1973), S. 30.

77 Vgl. IV A 1, „Vermerk. Betr. Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden; hier: Beschluß des Arbeitskreises ‘Verwaltungsreform’ der SPD Fraktion vom 12.5.1967“, 12.6.1967 in: HHStAW Abt. 503 Nr. 4031.

78 Vgl. Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), „Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen“ (Düsseldorf 2005), S. 29-31.

79 Vgl. Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht, 6/58, S. 3074.

zung ein Reformfeld war, an das sich zuvor niemand so recht heran gewagt hatte. Es war ein politisches Wagnis und unter diesem Gesichtspunkt auch ein Kraftakt, welcher Durchhaltevermögen und Standfestigkeit gegenüber kommunalen partikularen Interessen erforderte.

In der heutigen politischen Diskussion stehen Entbürokratisierung, Verwaltungsabbau und die mit diesen Maßnahmen zu erzielende Höhe der Kosteneinsparungen im Vordergrund. Mögliche fiskalische Einsparpotentiale standen bei der Verwaltungsreform der sechziger und siebziger Jahre in Hessen, trotz regelmäßiger Nennung,⁸⁰ nicht im Vordergrund. Eher das Gegenteil traf zu, denn der Wandel vom Obrigkeitsstaat zum Leistungsstaat mit der einhergehenden Stärkung der Verwaltungskraft kleiner Gemeinden verlangte nach besonderer finanzieller Förderung, welche durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) auch bereit gestellt wurde, so dass im Einzelfall die kommunale Verwaltung nach der Neugliederung mehr kostete als zuvor. Bereits 1970 betonte man auf Fragen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zur Verwaltungsreform, dass man zum Wohle der Bürger eine „begrenzte Verteuerung“⁸¹ der modernen Verwaltung akzeptieren müsse, um diesen mit besseren Dienstleistungen betreuen zu können. So schrieb der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Karl Heinz Ernst: „Mögliche Einsparungen in der Verwaltung spielten bei der Gebietsreform keine Rolle. Eigentlich war allen klar, dass größere Gemeinden mit gut ausgebildetem Personal nicht billiger arbeiten können.“⁸²

Eine der interessantesten Erklärungsansätze hinsichtlich der Ursachen der Verwaltungsreform war das Demokratie-Argument. Durch eine höhere Verwaltungskraft sollte die Effizienz und die Transparenz von Gemeindeverwaltungen vergrößert werden, was dem Bürger wiederum ein höheres Maß an Partizipationsmöglichkeiten an der kommunalen Politik eröffnen sollte. So in etwa wurde die zu erwartende Stärkung der Demokratie durch die Verwaltungsreform umrissen. Für die Demokratie-Theorie sprachen in erster Linie die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Zinn, seine Erfahrung im Dritten Reich und die Tatsache, dass die Politik der Integration ein Grundpfeiler seiner Regierungs-

80 Siehe z.B. Hessischer Minister des Inneren, Verwaltungsreform in Hessen 1968, S. 3.

81 Vgl. Entwurf, „Betr.: Verwaltungsreform in Hessen; hier: Bericht des Nachrichtenmagazins ‘Der Spiegel’“, 18.9.1970 in: HHStAW Abt. 503 Nr. 4037.

82 Vgl. Ernst, Korrespondenz vom 16.3.2006, S. 4.

politik war.⁸³ Gegen das Demokratie-Argument sprachen, neben dem sehr theoretischen Charakter der geschilderten Argumentationskette, die nackten Zahlen. So schrieb Ernst: „[Für] Völlig verfehlt halte ich das Demokratisierungs-Argument. Wenn man rd. 2700 Einheiten auf rd. 400 Einheiten reduziert, verringert man damit auch gleichzeitig die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Die Einrichtung von Ortsbeiräten sollte auch dieses demokratische Defizit ausgleichen.“⁸⁴ Der ehemalige Ministerialdirigent a.D. Voit vertrat dieselbe Ansicht: „Die Demokratisierung hat keine Rolle gespielt.“⁸⁵ Vielmehr musste man sich zusätzlich bemühen, um „den Bürgern die Ferne der Verwaltung schmackhaft zu machen.“ Der ehemalige Ministerialrat Karl Reinhard Hinkel vertrat hingegen auch auf wiederholte Nachfrage die Meinung, dass das Demokratie-Argument genuin war.⁸⁶ Eine Erklärung, die beiden Standpunkten Rechnung tragen würde, wurde von dem ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Gerhard Dann vorgeschlagen:⁸⁷ Die Idee, die Demokratie durch die Verwaltungsreform zu stärken, sei ein Gedanke der Ära Zinn gewesen, welche nach dem Entstehen der SPD/FDP Koalition dann keine Rolle gespielt habe. Demnach hätte Hinkels Einschätzung für den Zeitraum bis etwa 1970 Bestand, während Voit und Ernst für den Zeitraum danach Recht behalten sollten.

Das Lahnstadt-Projekt (1963 - 1979)

„Eines Tages (mir ist das Datum nicht mehr erinnerlich) wurde ich zu Minister Strelitz gerufen, in dessen Zimmer der Landrat W. Best stand (Landrat Kr. Wetzlar). Ich kann mich noch der Worte gut erinnern. Strelitz zu Best: Werner, erzähl doch dem Herrn Hinkel, was ihr da vorhabt. W. Best wies darauf hin, daß auf der Ebene der Parteien (SPD, CDU und FDP) sowohl in Wetzlar als auch in Gießen nahezu Einigkeit bestünde, in Mittelhessen eine Großstadt zu bilden aus Wetzlar, Gießen und einigen Gemeinden, von der aus oberzentrale Funktionen für Mittelhessen ausgehen sollten. Ich erhielt den Auftrag, einen entspre-

83 Vgl. Schneider, Die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierungen unter Ministerpräsident Georg-August Zinn (Gießen 1995).

84 Vgl. Ernst, Korrespondenz vom 16.3.2006, S. 4.

85 Vgl. Ministerialdirigent a.D. Voit, Korrespondenz vom 11.1.2006, S. 1 f.

86 Vgl. Schriftliche Notizen zum Gespräch mit Ministerialrat a.D. Hinkel am 29.8.2005 und 5.12.2005 in Wiesbaden.

87 Zuletzt in einem Telefongespräch am 24.1.2006.

chenden Plan vorzulegen. So nahm das 'Unternehmen Lahn' seinen Lauf.⁸⁸

Diese Erinnerung Hinkels zeigt, dass die Idee einer Lahnstadt aus der Region selbst stammt. Über die Gründe schrieb der damalige Oberbürgermeister Gießens, Bernd Schneider: „Für mich war die Stadt Lahn eine Notwendigkeit geworden, nachdem mir Albert Osswald gesagt hatte, daß wir in Gießen die Kreisfreiheit nur im Rahmen der Stadt Lahn erhalten könnten, eine Tatsache, die mir die Opposition damals niemals abgenommen hat.“⁸⁹ Die Voraussage Osswalds sollte sich bewahrheiten, als Gießen mit der Auflösung der Stadt Lahn auch seine Kreisfreiheit verlor. Das Ausmaß, in dem der Verlust von lokalen Politikern, allen voran dem späteren Gießener Oberbürgermeister Hans Görnert, in einer Vielzahl von Zeitungsartikeln thematisiert wurde, erwies sich bei der ersten Durchsicht des Materials als überraschend.⁹⁰ Der „Fetisch der Kreisfreiheit“ spielte aber für das kommunale Selbstverständnis in Gießen und anderen Städte eine bedeutende Rolle, da dieser Status neben den Gemeindeaufgaben der so genannten „primären Universalität“ auch alle Kreisaufgaben einschließlich der staatlichen Aufgaben umfasste.⁹¹ Dazu wären dann noch die durch die Funktionalreform übertragenen Aufgaben, wie z.B. Veterinärwesen, Katasterwesen und Schulaufsicht gekommen.

Oberbürgermeister a.D. Schneider stellte zudem fest: „Auch aus Gründen der Landesplanung war die Großstadt Lahn notwendig, weil jede Region - und hier gerade die strukturschwächste Mittelhessen - ein ausstrahlungsfähiges Oberzentrum benötigt.“⁹² Dieses Argument war weit verbreitet. So trug die Passage in Osswalds Erinnerungen, welche sich mit den anfänglichen Überlegungen zur Lahnstadt befasste, die

88 Vgl. Ministerialrat a.D. Hinkel, Korrespondenz vom 29.2.2005, S. 6.

89 Vgl. Oberbürgermeister a.D. Schneider, Korrespondenz vom 7.12.2004, S. 5.

90 Vgl. GA v. 28.11.1978, „Gießens künftiges Schicksal bewegt die Gemüter weiter. Allerdings nur am Ort selbst.“; FR v. 5.7.1979, „Noch keine Ruhe an der Lahn. Opposition geht vor Gericht, da Gießen auf Kreisfreiheit verzichten muß.“, 5.7.1979; GA v. 1.8.1979, „Auflösung ein Sieg des Bürgerwillens. CDU will weiter für Kreisfreiheit kämpfen.“; GA v. 4.8.1979, „SPD: Wo bleibt da die nötige Sachlichkeit? Kritik an Görnerts Äußerungen zum Gießen-Status“ und Oberbürgermeister Görnert, Offener Brief an Ministerpräsident Börner vom 30.6.1980 in: HHStAW Abt. 502 Nr. 12314.

91 Vgl. Voit „Gedanken eines Unpolitischen zum Abschluß der hessischen kommunalen Gebietsreform“ (1979), S. 7 f.

92 Siehe auch WNZ v. 23.3.1973, „Mittelhessen braucht ein Oberzentrum. Gießens OB Bernd Schneider 10 Jahre im Amt / Von 1974 an gemeinsam planen.“

Überschrift „Ein Oberzentrum sollte entstehen“.⁹³ Staatsminister a.D. Hanns-Heinz Bielefeld schrieb Anfang Januar 2005, dass die Idee, eine kräftige Verwaltungsmitte zwischen Frankfurt am Main und Kassel zu schaffen vom Landrat Best (SPD) stammte und sie u.a. von den Landtagsabgeordneten Stein (FDP) und Kühle (CDU) unterstützt wurde.⁹⁴ Die Intention war, die Verwaltungskraft der Region zu stärken, was letztendlich durch die Bildung einer Einheitsgemeinde geschehen sollte. Dieses Ziel galt für ganz Hessen, so dass sich die Stadt Lahn letztendlich vor allem durch ihren bipolaren Charakter von anderen neu geschaffenen Gemeinden in Hessen unterschied.

Bielefeld fügte noch hinzu: „Die Anhörung [zur Lahnstadt] erfolgte durch meinen Amtsvorgänger, Dr. Joh. Strelitz. Das Ergebnis bekam ich Anfang 1971 und legte es erstmal nebenhin. Später wurde es dann wieder aktiviert und realisiert. Mit den Ihnen bekanntem Ergebnis. Ich bin also nicht der Vater [der Lahnstadt], bekam aber dann dafür die Prügel.“⁹⁵ So führte die von Heinz Süß in Wetzlar initiierte Bürgerinitiative gegen die Bildung der Lahnstadt im November 1973 eine Unterschriftenaktion durch.⁹⁶ Das begleitende Flugblatt enthielt eine Reihe rhetorischer Fragen, wie z.B., ob man damit einverstanden sei, dass der „weltbekannte Namen Wetzlar“ durch den Namen „Lahnstadt“ ersetzt und Wetzlar zum Industrievorort von Gießen werde. Auch gefragt wurde: „Glauben Sie, daß eine Stadtverwaltung, die in Gießen sitzt, für Wetzlar bürgernah ist?“ und „Halten Sie es für demokratisch, daß sich die Landesregierung (Innenminister Bielefeld) gegen den Mehrheitswillen der Bürger entscheiden will und aus Wetzlar und Gießen eine Lahnstadt macht?“

Die Flugblattaktion resultierte in 15.431 Unterschriften, welche von einer Abordnung der Bürgerinitiative am 13.12.1973 dem Innenmi-

93 Vgl. Osswald, „Eine Zeit vergeht“ (2. Auflage, Gießen 1994), S. 112.

94 Vgl. Bielefeld, Korrespondenz vom Januar 2005.

95 Für die Gründung der Lahnstadt sprach neben den Erwägungen zur Kreisfreiheit Gießens und dem Bedarf an einem leistungsfähigen Oberzentrum für Mittelhessen die Notwendigkeit, die „viel zu engen“ Gemarkungsgrenzen zu sprengen, um der Stadt weiteren Entwicklungsraum zu geben. Weitere Anstöße bildeten u.a. die Tätigkeit der „Gleiberger Runde“, die Forschungsergebnisse des Geographischen Instituts der Justus-Liebig-Universität Gießen, ein Treffen von Kommunalvertretern in Heuchelheim und die durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) geregelten Beihilfen.

96 Vgl. „Offener Brief an alle Einwohner von Wetzlar und Umgebung“ vom 24.11.1973 in: HHStAW Abt. 503 Nr. 4135.

nisterium übergeben wurde.⁹⁷ Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein an den Innenminister gerichteter Brief veröffentlicht.⁹⁸ Darin hieß es, dass man „beim besten Willen“ keine Gemeinsamkeit zwischen Wetzlar und Gießen feststellen könne, welche die Annahme rechtfertige, dass aus diesen beiden Städten eine „harmonische Einheit“ gebildet werden könne. Es sei kein Zufall, dass es in der Vergangenheit kaum nennenswerte Verbindungen zwischen diesen beiden Städten gegeben habe und eine Gemeinsamkeit werde sich auch bei einem künstlichen Zusammenschluss nicht ergeben können. „Besonders erschüttert“ seien die Bürger darüber, dass der Innenminister bisher entschlossen erschienen sei, sich über den Bürgerwillen hinwegzusetzen, der sich in „überwältigender Mehrheit“, jedenfalls im Wetzlarer Raum, gegen die Bildung der Lahnstadt richte.

Der Grund für das Scheitern der Lahnstadt klang bereits im Text des Flugblatts und des Briefs an den Innenminister an: Es war das emotional aufgeheizte historische Selbstverständnis der Stadt Wetzlar, welches das wissenschaftlich fundierte Reformvorhaben, eine Großstadt in Mittelhessen zu bilden, verhinderte. Dieses emotionale Element wurde durch den Verlauf der Namensdiskussion entscheidend verstärkt: Der Streit um die Namensgebung wurde von Hans Görnert als der Zeitpunkt bezeichnet, „in dem sich erkennbar die Waage zugunsten der Lahnstadtgegner senkte“.⁹⁹ Die Namensfrage habe von Anfang an einen „hohen Rang“ eingenommen. Der Grund dafür sei die Furcht vor einem „Identitätsverlust“ gewesen. Seiner Meinung nach hätten viele die „Macht“ dieses Themas unterschätzt. „Intellektuell“ sei es für einen „modernen Menschen“, der sich auf seine „Rationalität“ einiges zugute halte, schwer zu verstehen, welche Macht die Namensgebung als „grundlegendes Identitätsmerkmal“¹⁰⁰ entfalte. Bei dem Namensvorschlag Gießen-Wetzlar habe den Wetzlarern zwar nicht gepasst,

97 Vgl. WNZ v. 14.12.1973, „Gestern gingen 15431 Unterschriften gegen die ‘Lahnstadt’ nach Wiesbaden“.

98 Vgl. Bürgerinitiative gegen die Lahnstadt, „Betr.: Resolution der Bürgerinitiative gegen die Bildung der Lahnstadt“, v. 13.12.1973 in: HHStAW Abt. 503 Nr. 4119a.

99 Vgl. Oberbürgermeister a.D. Görnert, Korrespondenz vom 24.1.2006, S. 2.

100 Interessant waren in diesem Zusammenhang die einschlägigen Stellungnahmen von Mitgliedern des Oberhessischen Geschichtsvereins, welche sich u.a. in der folgenden Schlagzeile ausdrückte: „Verschwinden der alten Ortsnamen eine unververtretbare Kulturlosigkeit“. Oberhessischer Geschichtsverein fordert Gesetzes-Novellierung“ (vgl. GA v. 29.12.1975). Siehe auch „Bürgerinitiative für Erhalt alter Namen“. Alternativen zur ‘Stadt-Lahn’-Benennung“ (vgl. GA v. 23.1.1976).

dass sie an zweiter Stelle genannt wurden, doch habe man auch kein „schlagendes Argument“ für die andere Reihenfolge gesehen. So habe es eine Weile so ausgesehen, als sei der Doppelname allseits annehmbar. Dann sei aber der „Personalrat der Post“ auf den Plan getreten und habe mitgeteilt, dass die Bezeichnung Gießen-Wetzlar für die „computermäßige Verschlüsselung“ bei der Post genau eine Ziffer zu viel enthalte und daher nicht akzeptabel sei. In keinem Stadium der Auseinandersetzung seien die Wogen der Entrüstung so aufgeschäumt und der Widerstand habe „geradezu militante Züge“ angenommen, als dem Postcomputer auch noch Rechnung getragen wurde und hinfort der Einheitsname Lahn propagiert wurde. Auch wenn es ernstzunehmende Hinweise darauf gibt, dass der Doppelname Gießen-Wetzlar nicht allein aufgrund des Widerstands der Post gescheitert war,¹⁰¹ so zeigte Görnerts Darstellung in beeindruckender Weise, welche zentrale Rolle die Namensfrage und das Verhalten der Deutschen Bundespost in der Ablehnung der Lahnstadt letztendlich spielte.¹⁰²

Über die seinerzeit vorherrschende Mentalität in Wetzlar schrieb Görnert u.a.: „Für das Grundverständnis des Wetzlarers war Gießen historisch gesehen ein Usurpator, ein ehemals unbedeutendes Landstädtchen, das neben der national bedeutenden mittelalterlichen Freien Reichsstadt, Sitz des Reichskammergerichts, die ihm zugewiesene Rolle verlassen und den Nachbarn unbotmäßigerweise in Größe und Mittelpunktunktionalität überholt hatte. [...] Das kleinere, mit ausgeprägtem Bewußtsein des eigenen historischen Ranges versehene Wetzlar verfügte über eine dicht geschlossene soziale Bürgerstruktur kleinstädtischen Charakters, die immer auch einen kleinlichen Grundzug trägt - als Äquivalent auch ein besonders starkes Identitätsbewußtsein -, in dem der Einzelne einerseits geborgen, andererseits eingezwängt ist. Die damit verbundene Abkapselung fand ihre Identität in der altgewohnten Stadtstruktur. Sie, die Identität der Gemeinschaft, fühlte man durch Preisgabe der Elemente von kommunaler Selbständigkeit bedroht.“¹⁰³ Über Gießens Verhältnis zur entstehenden Lahn-

101 Vgl. Otto Malfeld, „Eine neue Großstadt in Hessen“, in: Sonderdruck aus der Zeitschrift Kommunalwirtschaft Heft 1976, S. 4.

102 Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Publikation „Lahnau. 25 Jahre Gemeinde Lahnau 1979-2004. Teil I 1979-1990“ (Gießen 2003) der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Lahntal e.V. (Hrsg.), da ihr Mitautor Erwin Schmidt allgemein als der Erfinder des Namens „Lahn“ angesehen wird und den Vorgang der Namensfindung sowie die ihm zugrunde liegenden Beweggründe detailliert schildert.

103 Vgl. Oberbürgermeister a.D. Görnert, Korrespondenz vom 24.1.2006, S. 1.

stadt schrieb Görnert, dass es diese Entwicklung als „’Sieger’ der Rivalität“ naturgemäß sehr viel gelassener gesehen habe. Im Vergleich zum Wetzlarer habe der Gießener „in einer weitaus lockereren, in Anklängen weltläufigen, teilweise akademisch bestimmten kommunalen Gemeinschaft“ gelebt, die durch sehr viel mehr Mobilität gekennzeichnet gewesen sei und daher zu einem großzügigeren Umgang mit der Vereinigungsproblematik geführt habe. Gleichwohl seien auch in Gießen letztendlich die Ablehnung der Lahnstadt und das Gefühl eines Identitätsverlustes „übermächtig“ gewesen.

Als die öffentliche Diskussion sich zuspitzte, gewann auch die Frage der Urheberschaft zunehmend an Gewicht. Werner Best war zwar nicht der erste, der den Gedanken zur Schaffung eines starken Oberzentrums für Mittelhessen öffentlich geäußert hatte. Oberbürgermeister Bernd Schneider (SPD), Bürgermeister Otto Bepler (SPD) und die CDU-Abgeordneten Wilhelm Runtsch und Wolfgang Kühle hatten diese oder ähnliche Ideen zum Teil erheblich früher in die öffentliche Diskussion eingebracht. Auch die konzeptionelle Ausarbeitung des Lahnstadt-Projekts und seine Verwirklichung wurde nicht von Best alleine betrieben, wie z.B. die Existenz des Stufenplans vom Wetzlarer Bürgermeister Otto Malfeld belegte. Best hat in der Frage der Lahnstadt bereits bestehende Ideen und Konzepte aufgegriffen und war somit, bildlich gesprochen, auf einen bereits fahrenden Zug aufgesprungen. Er war nicht der Erfinder der Lahnstadt, hatte aber durch sein großes Engagement sein politisches Schicksal mit dieser Frage verbunden: Er hatte die Initiative ergriffen und sich aktiv in der Öffentlichkeit für dieses Projekt eingesetzt. Er wurde schließlich in einem solchen Maße mit der Lahnstadt identifiziert, dass es anderen ehemaligen Befürwortern, vor allem aus den Reihen der CDU, möglich war, ihre Position grundlegend zu revidieren, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Auf die Frage, ob die Haltung der CDU opportunistisch war, schrieb Görnert: „Es ist richtig, daß die gedankliche Urheberschaft für die Lahnstadt auch bei Repräsentanten der CDU zu finden ist, von denen sie eine Zeit lang propagiert wurde. Es ist auch sicherlich richtig, daß der Sinneswandel durch die Reaktion in der Öffentlichkeit ausgelöst wurde. Es scheint mir aber zweifelhaft zu sein, ob man dies als Opportunismus bezeichnen kann. Was als Wankelmut gedeutet werden kann, läßt sich auch als Einsichtsfähigkeit und Lernbereitschaft ange-

sichts des Wählerwillens bezeichnen, was andererseits als Standhaftigkeit erscheint, kann auch Uneinsichtigkeit genannt werden.“¹⁰⁴

Abschließend, bleibt festzuhalten, dass die Ankündigung der postalischen Anschrift Lahn 2 die emotionale Plattform bildete, auf der alle Ressentiments gegenüber der Lahnstadt publikums- und medienwirksam und somit auch politisch kraftvoll gebündelt werden konnten. Gegenüber den mit dem Namen Wetzlar assoziierten historischen und kulturellen Werten¹⁰⁵ musste der Verweis auf die Vorzüge eines starken Oberzentrums für Mittelhessen blass und schnöde wirken. Der in Wetzlar artikulierte und bundesweit wahrgenommene Unmut bildete die Speerspitze gegen die Lahnstadt, hinter der sich andere Gemeinden versammeln konnten, denen es naturgemäß nicht primär um den Erhalt des Namens Wetzlar ging. Ob es ohne die Namensdiskussion zur Auflösung der Stadt Lahn gekommen wäre, muss bezweifelt werden.

104 Ebenda, S. 3.

105 Nicht unwesentlich für die Stimmung gegen die Lahnstadt war offenbar auch ein Auftritt Helmut Schmidts bei einer Wahlveranstaltung in Wetzlar vor der Bundestagswahl 3.10.1975. Bürgermeister a.D. Malfeld beschrieb den Vorgang wie folgt: Bei der damaligen Bundestagswahlveranstaltung in Wetzlar saß ich direkt neben ihm und habe seinen diesbezüglichen Ausspruch wie folgt in Erinnerung: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß, nachdem es 200 Jahre geheißsen hatte ‘Lotte in Wetzlar’ es in Zukunft ‘Lotte in Lahn’ heißen soll!“ Dafür gab es großen Beifall.“ (vgl. Bürgermeister a.D. Malfeld, Korrespondenz vom 7.1.2006).

Unterwerfung mit Schriftenverbrennung: Die „Große nationale Kundgebung“ der Ludwigs-Universität Gießen am 8. Mai 1933¹

Thomas Kailer/Christian Schwöbel

Die „Große nationale Kundgebung“ der Ludwigs-Universität Gießen am 8. Mai 1933

Der „*Gießener Anzeiger*“ meldet unter dem 8. Mai 1933 „Aus der Provinzialhauptstadt“ das Tagesthema: die „heutige Huldigungsfeier der Universität für die nationalen Regierungen des Reiches und Hessens in Verbindung mit der feierlichen Verkündung des neuen Studentenrechts“. Für nähere Einzelheiten werden die Leser auf die Nachmittagsausgabe verwiesen, jedoch schon an dieser Stelle informiert, dass „punkt 21 Uhr ein Fackelzug der Studentenschaft von der Volkshalle durch die Kaiserallee, Ludwigsplatz und Ludwigsstraße vor sich gehen“ werde.² Am Tag zuvor waren zwei Anzeigen in derselben Zeitung geschaltet worden. Eine davon dem würdevollen Ereignis angemessen: Klar, ernst, sachlich und reduziert luden der Rektor, der Senat und die Studentenschaft der Ludwigs-Universität die Bürgerschaft Gießens zu einer „akademischen Feier“ mit diversen Ansprachen ein. Die abgedruckte „Ordnung“ listete die einzelnen Redner auf, mit einem „Schlussmarsch“ als letztem Punkt. Darüber kündigte eine zweite Anzeige, nunmehr in Fraktur-Schrift und in einem ‚lauten‘ Ton, die „Große nationale Kundgebung der Universität zu Ehren der Reichsregierung und des Staatspräsidenten“ sowie die Anwesenheit desselben an. Hier nun wurden auch die Gründe für die Veranstaltung und deren Ablauf dargelegt: „Semesterbeginn im neuen Reich, Verkündung des neuen Studentenrechts, öffentliche Verbrennung zersetzenden Schrifttums“. Immerhin: Gelockt wurde mit freiem Eintritt, mit Militärmusik und einem Fackelzug.

1 Der vorliegende Beitrag stellt die in Teilen ergänzte und überarbeitete Fassung unseres Aufsatzes „Die ‚Große nationale Kundgebung‘ der Ludwigs-Universität Gießen am 8. Mai 1933“ dar, der Anfang 2008 in dem von Julius H. Schoeps und Werner Treß herausgegebenen Sammelband „Dort, wo man Bücher verbrennt ...“ Die Bücherverbrennungen in Deutschland 1933“ erscheinen wird.

2 *Gießener Anzeiger* vom 8. Mai 1933, Sperrung im Original.

Dem „*Gießener Anzeiger*“ lässt sich nun auch der Verlauf des Abends entnehmen; an zwei Tagen, am 9. und 10. Mai 1933, berichtete das Blatt ausführlich über die Kundgebung. Der erste Redner in der Volkshalle, der damalige Rektor der Universität Adolf Jeß, Professor für Augenheilkunde, versicherte,³ dass die Universität Gießen, ihre Dozenten und ihre Studenten, geschlossen hinter Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler stünde. Jeß gelobte den Führern des neuen Reiches und Hessens „treue Gefolgschaft“. Es folgte die Festrede des Gießener Rassenhygienikers Professor Dr. Philaetes Ernst Kuhn mit dem Titel „*Die Universität im neuen Reich*“, die noch ausführlicher zu besprechen sein wird. Danach wurde der Ehrengast, der neue hessische Staatspräsident und Kultusminister, der Nationalsozialist Dr. Ferdinand Werner, seines Zeichens ehemaliger Student der Ludoviciana und Alter Herr der Landsmannschaft Chattia, zum Ehrensenator der Universität ernannt - zuvor war ihm von der Stadt Gießen bereits die Ehrenbürgerschaft verliehen worden. Die Ansprache des Staatspräsidenten, in deren Verlauf Werner das neue Studentenrecht verkündete, zeugt vom Aufbruchspathos der „nationalen Erhebung“: Ein „neues Deutschland ist auf dem Marsche“, und der deutsche Student, der „in seiner Hingabe an die deutschen Ideale, in seiner Verbundenheit mit dem Volkstum“, in seinem völkischen Denken, auch durch eine „falsch verstandene Demokratie nicht erschüttert worden“ sei, habe im neuen Deutschland „wichtige Aufgaben zu erfüllen“. Weniger vage formulierte Werner dann, als er die Hochschule der (nahen) Zukunft beschreibt:

Wir werden die Freiheit der Wissenschaft nicht antasten, aber wir werden dafür Sorge zu tragen haben, daß von der Volksschule bis zur Hochschule eine Gleichschaltung erfolgt im völkischen Sinne, im Sinne der deutschen Volksgemeinschaft. [...] Der Freiheit der Wissenschaft eine Gasse, dem volksdeutschen Gedanken eine ganz breite Gasse neben der Wissenschaft, denn höher als die Wissenschaft gilt uns das ewige Deutschland.

Nach der mit stürmischem Beifall und „Sieg-Heil“-Rufen belohnten Rede des Staatspräsidenten folgte die Rede des Führers der Studentenschaft, Bernhard Edler von Graeve, mit der die Feier fast ihren Abschluss erreicht hatte. „Anschließend verbrannte eine Abteilung Studenten in SA-Uniform in dem Becken der Fontäne verschiedene Pakete Zersetzungsschriften, in der Hauptsache sozialdemokratische und

3 *Gießener Anzeiger* vom 9. Mai 1933, dort auch alle folgenden Zitate.

kommunistische Zeitungen. Stud. Adam hielt dabei eine kurze Ansprache.“ Die *Oberhessische Tageszeitung* beschreibt den Vorgang so: Zunächst sei Heinz-Jürgen Adam, Mitglied der „Arminia“, von Graeve zu seinem Nachfolger als Studentenschaftsführer ernannt worden, im „Anschluss daran fand die öffentliche Verbrennung zersetzenden Schrifttums und Schundliteratur auf dem Trieb statt. Die SA-Kapelle spielte gleichzeitig ein Platzkonzert.“⁴

Im „*Anzeiger*“ vom 10. Mai wurde der „glänzende Aufmarsch vor dem Vorlesungsgebäude“ in aller Breite und Farbigkeit beschrieben.⁵ Die Studentenschaft, die Korporationen, die SA, der Stahlhelm, die SS, die Polizei, die Militärkapelle - sie alle gaben in den Augen des Redakteurs ein „wundervolles Bild“ ab; die „ehrwürdige Fahne“ der Ludoviciana mitten unter den Fahnen der Chattia, das Vorlesungsgebäude in der Mitte „geschmückt“ mit einem großen Hakenkreuzbanner, rechts mit der schwarzweißroten Fahne, links mit den Farben der Universität. Auf dem Balkon hatten neben Jeß und Werner zahlreiche Vertreter des Lehrkörpers Aufstellung genommen. Ein Student, „cand. phil. Graef“, richtete vom Vorplatz aus eine huldigende Ansprache an den Staatspräsidenten und versicherte ihm der Unterstützung der Gießener Studentenschaft. In seiner Erwiderung unterstrich Werner erneut seine Verbundenheit mit der Gießener Universität. Mit Bezug auf seine Karriere als deutschvölkischer Politiker konnte er dabei eine gewisse Genugtuung nicht verbergen: 1908 war der im Jahr zuvor in Gießen promovierte und hier als Gymnasiallehrer tätige Werner als Landesvorsitzender der antisemitischen Deutschsozialen Partei aus politischen Gründen zunächst nach Worms, dann nach Butzbach versetzt worden, wo er 23 Jahre Schuldienst tat.⁶ Die Versetzung hatte auch seiner Karriere in der hessischen Politik einen Riegel vorgeschoben. Nun aber, seit März hessischer Staatspräsident, war Werner zurück: 25 Jahre sei es her,

daß mich das Hebräertum von Gießen und von dieser Stätte getrennt hat bis in die Gegenwart hinein. Aber ich habe erleben können, daß ich heute an dieser Stelle stehe, und die, die geglaubt haben, mich ächten, verfolgen und unterdrücken zu können, sind zurückge-

4 *Oberhessische Tageszeitung* vom 10. Mai 1933.

5 *Gießener Anzeiger* vom 10. Mai 1933; dort auch alle Zitate.

6 Zu Werner: Jörg-Peter Jatho, Dr. Ferdinand Werner. Eine biographische Skizze zur Verstrickung eines völkischen Antisemiten in den Nationalsozialismus, in: Wetterauer Geschichtsblätter 34 (1985), S. 181-224.

krochen in ihre Winkel, da ihre Zeit nun vorüber ist. Eine neue Zeit ist gekommen. Wir wissen, was wir dieser Zeit schuldig sind. [...] Es wird kommen, das Reich der Kraft, der Herrlichkeit und des deutschen Geistes.

Unter „Sieg-Heil“-Rufen und dem erneuten Absingen der ersten Strophe des Deutschland-Liedes erfolgte der Abmarsch des Fackelzuges in Richtung des Studentenheims, wo ein Kommers die „Teilnehmer noch einige Zeit in froher Geselligkeit beisammenhielt“. Damit war der „bedeutsame Tag“ abgeschlossen, und das Absingen heimatlicher Volkslieder, die dem „alten Oberhessen“ Werner besonders ans Herz gewachsen waren, hätte, so der Redakteur, „der geselligen Stunde noch eine besondere, wertvolle Note gegeben.“

Es folgt, getrennt durch einen Mittelstrich, unter der Überschrift „Entlassungen an der Landesuniversität“ folgende Meldung: „Mit sofortiger Wirkung wurden beurlaubt: Professor Dr. Ernst von Aster zu Gießen, Professor Dr. Friedrich Lenz zu Gießen, Professor Dr. Aug. Messer zu Gießen, Privatdozent Dr. Georg Mayer an der Landesuniversität zu Gießen.“ Es folgt, getrennt durch einen weiteren Mittelstrich, der Tageskalender für Mittwoch: „Lichtspielhaus, Bahnhofstraße, ‚Teilnehmer antwortet nicht‘.“

Die „Aktion wider den undeutschen Geist“

Die Giessener Ereignisse vom 8. Mai 1933 lassen sich einordnen in die so genannte „Aktion wider den undeutschen Geist“, mit der zwischen dem 12. April und dem 10. Mai 1933 die Deutsche Studentenschaft (DSt) die „geistige Säuberung“ der Universitäten und Deutschlands vorbereiten wollte.⁷ Die DSt, 1919 als Dachverband der Einzelstudentenschaften gegründet, stand von Anfang an völkischen Ideen nahe. Ihr war jedoch seit 1926 in Form des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes (NSDStB) eine ständig stärker werdende Konkurrenz erwachsen. Nachdem 1928 der spätere Reichsjugendführer Baldur von Schirach den NSDStB übernommen hatte, konnte die nationalsozia-

7 Das Folgende nach: Werner Treß, „Wider den undeutschen Geist.“ Bücherverbrennungen 1933. Berlin, 2003, S. 10-28 und S. 57-111; Helmut Berding, „Wider den undeutschen Geist.“ Zur Bücherverbrennung im Dritten Reich, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen 78 (1993), S. 146-159; Hans-Wolfgang Strätz, Die geistige SA rückt ein. Die studentische „Aktion wider den undeutschen Geist“ im Frühjahr 1933, in: Ulrich Walberer (Hg.), 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen. Frankfurt/Main, 1983, S. 84-113.

listische Hochschulgruppe bei den ASTA-Wahlen stetig zulegen: Neben Gießen gewann der nationalsozialistische Bund an zehn weiteren Universitäten die absolute Mehrheit. 1931 gelang auf dem Grazer Studententag die „Eroberung“ des DSt, als ein Mitglied des NSDStB zum Vorsitzenden des Dachverbandes gewählt wurde. Bereits 1930 hatte Hitler frohlockt, nichts gebe ihm „mehr Glauben an den Sieg unserer Idee als die Erfolge des Nationalsozialismus auf der Hochschule“.⁸ Nach der „Machtergreifung“ dann etablierten sich die Studenten an den Hochschulen als der „Motor der Gleichschaltung“ (Michael Grüttner).

Die neuere Forschung sieht die Idee zur „Aktion wider den undeutschen Geist“ in der Rivalität zwischen DSt und NSDStB. Auf den ersten Blick erscheint dies widersprüchlich, dominierte doch dieser jenen, zogen doch beide gleichsam am selben völkisch-nationalen Strang. Doch Werner Treß argumentiert schlüssig, wenn er das polykratische Herrschaftsprinzip, das für den deutschen Nationalsozialismus typisch war, auch in diesem Zusammenhang anführt:⁹ Beide Organisationen strebten den Alleinvertretungsanspruch der Studentenschaften an; vor dem Hintergrund der Gleichschaltungspraxis war gleichwohl die Übertragung staatlicher Hoheitsrechte an NS-Parteigliederungen oder ähnliche Körperschaften und damit auch an den NSDStB zu erwarten. Das nun hätte den DSt überflüssig gemacht und somit auch die Führungsstellung ihres damaligen nationalsozialistischen Vorsitzenden, Gerhard Krüger. Es entspann sich ein Machtkampf zwischen den Funktionsträgern der DSt und des NSDStB unter Oskar Stäbel. Der drohenden Gefahr eines Machtverlustes sei Krüger, so die plausible Argumentation Treß', begegnet, indem er bzw. die Führung des DSt eine spektakuläre Aktion zum Nachweis ihrer Kompetenz bei der nationalsozialistischen Führung der Studenten ersann: eben die „Aktion wider den undeutschen Geist“. Dazu kam die enge Verbindung des DSt zum damaligen preußischen Kultusminister Bernhard Rust, dessen neues Studentenrecht die Position des DSt stärken sollte. So begann dann auch die „Aktion wider den undeutschen Geist“ am Tag

8 Zit. nach: Hartmut Titze, Hochschulen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V: 1918-1945: Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. Hrsg. v. Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth. München, 1989, S. 209-240, hier S. 213 f. und S. 212-220, hier S. 216.

9 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 59 f.

des Inkrafttretens der Preußischen Studentenrechtsverordnung, dem 12. April 1933.

Der DSt hatte Anfang April, in Anlehnung an das Goebbelssche Propagandaministerium, ein „Hauptamt für Presse und Propaganda“ eingerichtet, von wo aus die Aktion koordiniert wurde. Dieses Hauptamt agierte vor allem mit nummerierten Rundschreiben an die Einzelstudentenschaften, in denen der Ablauf der „Aktion“, der tendenziell an allen Hochschulorten gleich aussehen sollte, nach und nach enthüllt wurde - auch diese Verschleierungstaktik war wohl ein Zeichen dafür, dass der DSt die Handlungsinitiative nicht aus der Hand geben wollte. Der erste Schritt der „Aktion“ bestand in der Plakatierung der so genannten „12 Thesen“. Diese sind sicherlich Auftakt des künftigen nationalsozialistischen Umgangs mit Literatur und Publizistik, zugleich jedoch auch - und das gilt es aus dem zeitgenössischen Kontext heraus zu verstehen - ein Ausdruck der zeitgenössischen literatur- und hochschulpolitischen Auseinandersetzungen: Diese gründeten vor allem auf dem Hass der Nazis auf die „moderne“ Literatur und Presse der Weimarer Republik, auf jüdische und kritische Autoren.¹⁰ In dieser Auseinandersetzung wurde bereits hart, mit Verboten und Beschlagnahmung einzelner, meist liberaler, (kriegs-)kritischer Werke, gekämpft, bis das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“, am 18. Dezember 1926 erlassen, weitere, nun gesetzliche Schritte in Richtung relativ willkürlicher Zensur erlaubte. Ein Gesetz, das Kurt Tucholsky, selbst dessen Opfer, mit den Worten kommentierte: „Dieses Gesetz gegen Schund und Schmutz fällt unter sich selbst“.¹¹ Nach der „Machtergreifung“ kam es schließlich auch noch zur Gleichschaltung der Schriftstellerverbände. In dieser Stimmung zielten die „12 Thesen“ auf den „undeutschen Geist“, der der Aktion den Namen gab, verstanden als abstrakter, „jüdischer“ Geist.¹² These 1 zielt auf die Reinheit der deutschen Sprache vor dem Hintergrund der Reinheit des deutschen Volkes, These 2 postuliert, dass gegenwärtig zwischen Schrifttum und Volkstum ein klaffender Widerspruch bestehe. These 4 identifiziert „den Juden und der, der ihm hörig ist“ als „unseren gefährlichsten Widersacher“. In These 5 heißt es, dass „der Jude“ könne „nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch,

10 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 29-48.

11 Zit. nach: Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 35.

12 Vgl.: Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 68.

dann lügt er. Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter.“ Und These 6:

Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Missbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.

Und genau das wurde in die Tat umgesetzt. Ebenso die in These 11 geforderte „Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste“. Diese Thesen machen, so Gotthard Jasper,

etwas von der vorherrschenden Stimmung in den konservativ-deutschnationalen Schichten der deutschen Bevölkerung und insbesondere in der Studenten-Jugend, vor allem in ihren in Verbindungen organisierten Teilen deutlich. So unerträglich dieses Gemisch deutschtümelnder Bekenntnisse, antisemitischer Postulate und antiliberaler Vorurteile wider jeden Geist universitärer Wissenschaft auch ist, man muss sich gegenwärtig halten, dass einzelne Thesen seinerzeit weit über den Kreis der Parteigenossen oder der Wähler der NSDAP hinaus Zustimmung oder zumindest nachsichtiges Verständnis finden konnten. Bei vielen Gebildeten galt: ‚die meinen schon das Richtige, auch wenn es etwas zu brutal formuliert sein mag‘. Die Tendenz galt als richtig, und da musste man auch Übertreibungen hinnehmen nach dem Motto: wo gehobelt wird, da fallen Späne.¹³

Die durch die „12 Thesen“ vorbereitete „Aktion“ gewann nun an Fahrt: Am Tag der Verkündung des neuen Studentenrechts durch Rust am 6. Mai 1933 sollte nach dem Plan des DSt die Schlussphase der „Aktion“ mit der reichsweiten Sammelaktion der zu vernichtenden Bücher beginnen. Zu diesem Zweck waren „schwarze Listen“ vorbereitet worden, die das DSt-Hauptamt per Rundschreiben vom 27. April verbreitete. Geplündert wurden nun - zum Teil unter polizeilicher Aufsicht, um Ausschreitungen, also Widerstand, zu verhindern - Volks- und Stadtbüchereien, Buchhandlungen und Leihbüchereien. Staats- und Universitätsbibliotheken blieben vorerst verschont.

13 Gotthard Jasper, Die Bücherverbrennung im Reich und in Erlangen im Mai 1933, in: Ich übergebe der Flamme ...: Vorträge, Ansprachen und Lesungen aus Anlass der Gedenkwoche zur Bücherverbrennung 1933 vom 5.5. bis 12.5.2003 in Erlangen. Hrsg. v. Rektor der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Erlangen, 2003, S. 27-42, hier S. 32.

Eigentlicher Höhepunkt aber sollte die Verbrennung der Bücher sein; die spektakuläre Abschluss-Aktion sollte am 10. Mai stattfinden. Mit dem „Rundschreiben P No 4“ vom 9. Mai 1933 gab der DSt dem Ablauf einen rituellen, beinahe kultischen Anstrich, indem die Verbrennung der Bücher von fünfzehn in neun „Feuersprüchen“ auszurufenden Autoren als verbindlich erklärt wurde: Die Autoren wurden namentlich genannt; ebenso wurde deutlich gemacht, dass deren Bücher aufgrund der von ihnen vertretenen „undeutschen“ Haltungen und Werte zu verbrennen waren und welche „deutschen“ Ideale dem entgegenzustellen seien: So wurden etwa „gegen Klassenkampf und Materialismus“ und „für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung“ die Schriften von Karl Marx und Karl Kautsky verbrannt, „gegen Dekadenz und moralischen Verfall“ und „für Zucht und Sitte in Familie und Staat“ Schriften von Heinrich Mann, Erich Glaeser, Erich Kästner.¹⁴ Die Autoren standen lediglich repräsentativ für verschiedene Richtungen; den Veranstalter vor Ort hatte der DSt freie Hand gegeben, auch andere Bücher und Schriften auf den Scheiterhaufen zu werfen.

Ingesamt fanden reichsweit ca. dreißig Bücherverbrennungen statt; an einigen Orten fielen sie aus (vorwiegend wegen Regens). Werner Treß schätzt für eine Zeit von vier Monaten zwischen Mai und September ca. fünfzig Bücherverbrennungen, deren Zahl noch steigen dürfe, wenn man die wahrscheinlichen, aber undokumentierten Verbrennungen im Rahmen von Sonnenwendfeiern (um den 20. Juni) hinzunehme. Die zentrale, pompös inszenierte Bücherverbrennung fand in Berlin statt.¹⁵ Hier konnte der DSt einen prominenten Gastredner gewinnen: Goebbels, immerhin promovierter Germanist. In seiner offenbar improvisierten, fünfzehnminütigen „Feuerrede“, aufgenommen für die „*Wochenschau*“ und im Rundfunk übertragen, nannte Goebbels keinen Autoren beim Namen, kein Werk. Vor allem aber der Umstand, dass sich der DSt erst am 3. Mai um Goebbels als Redner bemühte, spricht gegen die These, dass die Initiative zur „Aktion wider den undeutschen Geist“ vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda oder gar von Goebbels selbst ausgegangen ist.

14 Rundschreiben P No 4 der DSt vom 9. Mai 1933 (dokumentiert in: Gerhard Sauder, Die Bücherverbrennung 10. Mai 1933. Frankfurt/M., 1983, S. 77 f.).

15 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 117-129.

Die Besonderheiten der „nationalen Kundgebung“ in Gießen vom 8. Mai 1933

Blickt man auf die Ereignisse am 8. Mai 1933 in Gießen, so wird deutlich, dass sie sich in zwei Punkten von den Bücherverbrennungen im Rahmen der „Aktion wider den undeutschen Geist“ unterschieden: Zum einen fand die entsprechende Veranstaltung bereits am 8. Mai 1933, also zwei Tage *vor* dem eigentlich von der DSt avisierten Termin statt. Und zum anderen wurden offenbar nicht die Bücher jener Autoren verbrannt, die von der DSt für das Ritual ausgewählt worden waren, sondern „Zersetzungsschriften“ - hauptsächlich, wie es scheint, sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen. Entsprechend fanden wohl auch, so kann gefolgert werden, die eigentlich vorgesehenen Feuersprüche, die dem Zeremoniell eine zusätzliche, quasi-sakrale Note gaben, keine Anwendung.

Warum aber wichen die Organisatoren der Gießener Kundgebung von diesem einheitlich gedachten, zentralen Inszenierungsgehalt der „Aktion“ ab? Um es vorweg zu nehmen: Eine Antwort auf die Frage, warum es in Gießen zu diesen beiden und - was die Bücherverbrennung und die Feuersprüche angeht - doch immerhin bedeutenden Abweichungen in der von der DSt geplanten Inszenierung kam, kann hier aus Mangel an Quellen nicht gegeben werden: So etwa sind die Senatsprotokolle im Archiv der Justus-Liebig-Universität lückenlos überliefert - bis auf einen Jahrgangsband jedoch, jenen vom November 1932 bis Oktober 1933. Es fehlen also just diejenigen Protokolle, aus denen nicht nur eventuell eine Begründung für den abweichenden Termin und die andersartige Durchführung der Bücherverbrennung hätte hervorgehen können. Ihnen wären wohl auch die Prozesse der Gleichschaltung der Ludwigs-Universität und auch die Vorgänge bei der Umsetzung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, die Entlassung „rassisch“ und politisch nicht genehmer Professoren und Dozenten, zu entnehmen gewesen. Bis zum (unwahrscheinlichen) Wiederauftauchen dieser oder dem (überraschenden) Auftauchen einer anderen Quelle kann über die Gründe für den abweichenden Ablauf der Gießener Ereignisse nur spekuliert werden, was wir hoffentlich mehr als weniger nachvollziehbar tun wollen. Als plausible Vermutung erschien uns dabei, dass der eigentliche Akt der Bücherverbrennung nicht zuletzt wegen der Anwesenheit eines zu hoher politischer Stellung gekommenen ehemaligen Ludovicianers, des Staatspräsidenten Werner,

und zugunsten einer (hochschul)politischen Eingliederungszeremonie an Bedeutung verlor.

Die Verbrennung „zersetzenden Schrifttums“ in der Fontäne vor der Volkshalle

Gemessen an der pompösen Zeremonie der Selbsteingliederung der Universität in den Nationalsozialismus spielte das Ritual der Verbrennung zersetzenden Schrifttums, das von der DSt als zentrales Symbol der „geistigen Säuberung“ gedacht war, offenbar nur eine bescheidene Rolle. Das spiegelt sich schon in der Berichterstattung des „*Gießener Anzeigers*“ und der „*Oberhessischen Tageszeitung*“: Zwischen der ausführlichen Wiedergabe der Ansprachen und dem mit pathetischen Worten beschriebenen Studentenaufmarsch mit Fackelzug erscheint die Verbrennung „zersetzenden Schrifttums“ als Marginalie. Und dass *gleichzeitig* mit der Verbrennung die SA-Kapelle ein „Platzkonzert“ spielte, wie die „*Oberhessische*“ zu berichten weiß, rückte wohl den eigentlichen Verbrennungsakt im Ablauf des Abends noch stärker in den Hintergrund.

Es stellt sich zudem die Frage, ob tatsächlich auch Bücher verbrannt wurden und nicht nur „Schriften“, und wenn ja, welche - die Berichte schweigen sich darüber aus. Da die Zeitungen an anderen Hochschulorten die Werke und ihre Autoren durchaus nannten,¹⁶ lässt das Fehlen einer Nennung in den Gießener Zeitungen wohl darauf schließen, dass bei der Veranstaltung am 8. Mai nicht die Werke jener, auch prominenten Autoren verbrannt wurden, die von der DSt dafür vorgesehen waren. Zumindest aber wurden offenbar die Feuersprüche nicht gesprochen. Zwar liest Bruno Reimann aus dem Bericht im „*Gießener Anzeiger*“ vom 9. Mai 1933 heraus - oder besser hinein -, dass auch in Gießen die von der DSt vorgesehenen Bücher unter Begleitung der Feuersprüche verbrannt wurden, indem er auf den Abdruck der Feuersprüche in der Ausgabe des „*Anzeigers*“ vom 12. Mai 1933 verweist.¹⁷ Für diesen Artikel, die Ortsangabe lautet „Berlin“, zeichnet ein Journalist mit dem Kürzel TU verantwortlich, der die Auflistung der Feuer-

16 Vgl. die Presseschau bei Sauder, Die Bücherverbrennung (Anm. 14), S. 175-225.

17 Bruno Reimann, Die Politisierung der Ludwigs-Universität im Zeichen des Nationalsozialismus, in: Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus. Gießen, 1982, S. 116-155, hier S. 133 f. Richtig im Übrigen: „*Gießener Anzeiger*“ vom 11. Mai 1933.

sprüche einleitet mit dem Hinweis, dass bei den Feiern an den deutschen Hochschulen, in deren Mittelpunkt die „Verbrennung volkszerstehenden Schrifttums“ gestanden habe, die Bücher „mit folgenden Feuersprüchen“ den Flammen übergeben worden seien. Fraglicher „Artikel“ belegt u. E. jedoch für die Verbrennung in Gießen nicht, dass die Sprüche auch hier verwendet wurden. Im Gegenteil spricht der nachträgliche Abdruck unter expliziter Nichtnennung der Gießener Ereignisse auch in den früheren Ausgaben des „Anzeigers“ eher dafür, dass dies nicht geschehen ist.

Auch in der Rede über „*Die deutsche Revolution an der Hochschule*“, die der neue Gießener Studentenschaftsführer Adam zur Verbrennung hielt, finden sich keine Feuersprüche:

All die gewaltigen Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass in Deutschland eine völlige Neugestaltung der gesamten Lebensverhältnisse begonnen hat. Eine wahre deutsche Revolution hat eingesetzt als bewusste Gegenwirkung gegen eine Entwicklung, die die Revolte der Landesverräter und Volkszerstörer von 1918 eingeleitet hat. Schulter an Schulter mit dem deutschen Arbeiter hat der deutsche Student gekämpft und mit die Grundlagen geschaffen für das Werk, das am 30. Januar begonnen wurde. Nicht umsonst soll das jahrelange Ringen gewesen sein, niemand und nichts wird seinen Folgen sich entziehen können. Die nationalsozialistische Revolution wird und darf auch an der Hochschule nicht vorübergehen, sondern muss sie in unerbittlicher Folgerichtigkeit durchdringen und bis in die kleinsten Zweige erfassen und umgestalten. Wir werden nicht dulden, dass man ihre Erfolge verfälscht und sabotiert. Kapitalisten und Liberalisten, Juden und Marxisten haben an der deutschen Hochschule nichts mehr zu suchen. Darum werden wir nicht ruhen noch rasten, bis auch die letzte deutsche Universität zur Hochschule des deutschen Sozialismus geworden ist.¹⁸

Hier wird in bekannter Weise gegen die üblichen Verdächtigen polemisiert, gegen „Kapitalisten und Liberalisten, Juden und Marxisten“, wird das Ziel proklamiert, die Hochschulen von diesen zu säubern. Ein Hinweis auf bestimmte Autoren und auf den Akt der Verbrennung ihrer Schriften findet sich nicht.

Trotzdem frappt, dass man sich in Giessen für den Ablauf des Abends relativ eng am Vorschlag des DSt zur Gestaltung des Abends

18 *Hessischer Akademischer Beobachter*. Sommersemester 1933, Folge 1, S. 11.

orientierte. Dieser war ja bereits im „*Rundschreiben P No 2*“ vom 8. April kommuniziert worden: Kundgebung der Studentenschaft im Audimax, Fackelzug, endigend im Verbrennungsakt „zersetzender Schriften“¹⁹ (wobei in Gießen schon diese Reihenfolge und mit der Volkshalle auch der Ort verändert wurde). In dem Schreiben war jedoch von den Feuersprüchen noch keine Rede - sie, und damit die Namen der missliebigen Autoren, gingen erst mit dem „*Rundschreiben P No 4*“ vom 9. Mai den Einzelstudentenschaften zu; sie können also gar nicht bei den Feierlichkeiten in Gießen verwendet worden sein. Die Überlegung, hier habe ein Probelauf stattgefunden,²⁰ überzeugt kaum, da dann die (tatsächlich wohl nicht verwendeten) Feuersprüche in den Mittelpunkt der Inszenierung gerückt wären. Im „*Gießener Anzeiger*“ ist dann auch erst am 11. Mai von einer „Bücherverbrennung“ und von Feuersprüchen die Rede: Nun machte auch der „*Anzeiger*“ unter der Schlagzeile „Die Deutsche Studentenschaft gegen den undeutschen Geist“ mit einem Bericht über den „feierlichen Akt der Bücherverbrennung in Berlin“ auf, worin detailliert der Ablauf der dortigen Bücherverbrennung geschildert wurde. In dieser Ausgabe erfolgte dann auch - neben dem Bericht über die Rede Goebbels' bei der Berliner Bücherverbrennung - der bereits erwähnte Abdruck der Feuersprüche.

Man kann wohl plausibel vermuten, dass es in Gießen nicht zu einem den Bücherverbrennungen vom 10. Mai analogen Verbrennungsakt gekommen ist und dass die Verbrennung von „Zersetzungsschriften“ keinen derart symbolischen Charakter hatte wie an anderen Hochschulorten zwei Tage später. Im Gegenteil scheint die Verbrennung „zersetzenden Schrifttums“ in Gießen zwar gemäß den frühen Anweisungen der DST aus dem „*Rundschreiben P No. 2*“, die eine solche Verbrennung vorsahen, erfolgt zu sein, gleichwohl macht der tatsächliche Ablauf, die Verbrennung linker Zeitungen im Becken der Fontäne vor der Volkshalle, im Vergleich zu den lodernden Scheiterhaufen in anderen Städten zwei Tage später eben den Eindruck, als habe hier etwas für die mit der Kundgebung intendierte Absicht weniger Wichtiges stattgefunden. Das Ereignis war offenbar kein den Ritualen, die im historischen Gedächtnis als *die Bücherverbrennung* firmieren, vergleichbarer Akt. Es ergibt sich also für den Ablauf der Gießener Ereignis-

19 Sauder, Die Bücherverbrennung (Anm. 14), S. 74.

20 Berding, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), hier S. 152.

nisse eine Abweichung im Zentrum der Zeremonie, die bisher in der Forschung keine Berücksichtigung fand.

Die Universität huldigt dem Staatspräsidenten Werner

Die andere Abweichung im Ablauf - der gegenüber der Planung des DSt um zwei Tage frühere Zeitpunkt der Kundgebung der Ludwigs-Universität - findet schon mehr Beachtung, in Ermangelung von Quellen jedoch meist als unerklärliches Kuriosum.²¹ Auch wir können diesbezüglich nur eine Vermutung wagen: Im Anschluss an die Überlegungen hinsichtlich der Schriftenverbrennung in Gießen gehen wir zunächst davon aus, dass am Abend des 8. Mai eben nicht die Bücherverbrennung das inszenatorische Zentrum war, sondern das Ritual der Eingliederung der Ludwigs-Universität und ihrer Protagonisten in das neue Machtgefüge.²² Dies ist noch kein hinreichendes Alleinstellungsmerkmal der Gießener Ereignisse, denn Eingliederungsbekanntnisse und Aussagen zur Rolle der Hochschule im „neuen Reich“ sind auch an anderen Universitäten als Gleichschaltungsritual anlässlich der Verbrennungen formuliert worden.²³ Dabei aber zeigt sich, im historischen Rückblick, ein Unterschied in der Gewichtung der Ereignisse im Vergleich zwischen Gießen und anderen Universitäten: Hier verbrannte man offenbar anlässlich des Eingliederungsrituals auch Schriften, dort huldigte man dem „neuen Reich“ anlässlich der Bücherverbrennung.

Unsere hier zugespitzte Argumentation stützen wir vor allem auf die auffallende, überaus prominente Rolle des Ehrengastes des Abends in Gießen, des Staatspräsidenten Ferdinand Werner: Er verkündete das neue Studentenrecht, er nahm die Huldigung der Universität und der Studentenschaft entgegen. Die Veranstaltung war, so möchten wir zeigen, zwar nicht in ihrem Ablauf, wohl aber in ihrer Zielrichtung ganz auf den Repräsentanten der neuen Macht ausgerichtet - die Eingliederungszeremonie war an Werner adressiert. Was aber können nun die Gründe gewesen sein für diese so eindeutige Ausrichtung auf den Staatspräsidenten? Denkbar sind zwei Aspekte, die ohnehin in enger Verbindung standen: Die Verkündung des neuen Studentenrechts und eben die Person Werners selbst, der als ehemaliger Ludovicianer für die Gießener Universität eine wichtige Schnittstelle zur neuen Macht

21 Etwa: Berding, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 152.

22 So auch: Reimann, Politisierung (Anm. 17), S. 131-136.

23 Wie etwa in Köln, vgl.: Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 157 f.

darstellte. Und auch für die Studentenschaft, konnte Werner doch in seiner Rolle als Alter Herr einer studentischen Verbindung, der Chattia, als Motor fungieren für die vom NSDtSB und von der DSt intendierte Integration der Burschenschaften in die nationalsozialistisch organisierte Studentenschaft. Dafür mag man vielleicht darauf verzichtet haben, dem geplanten Ablauf der „Aktion“ getreu zu folgen.

Zunächst zur Übergabe des neuen Studentenrechts durch den hessischen Staatspräsidenten und - in Personalunion - Kultusminister Werner, die der prominente Programmpunkt des Abends war. Die Bedeutung dieser Übergabe spiegelt sich auch in der Berichterstattung: Ein Foto im „*Gießener Anzeiger*“ zeigt „Dr. Werner bei der Verkündung des neuen Studentenrechts“.²⁴ Wie schon angeführt, war dieses neue Studentenrecht am Samstag zuvor, am 6. Mai, durch den preußischen Kultusminister Rust verkündet worden, und in Gießen könnte für den Montagstermin das vielleicht vorhandene Bedürfnis eine Rolle gespielt haben, die örtliche Verkündung des Studentenrechts terminlich sehr eng an die eigentliche Verkündung zu knüpfen. Diese Vermutung scheint jedoch wenig plausibel, da auch an vielen anderen Universitätsorten im Rahmen der Bücherverbrennung am 10. Mai den örtlichen Studentenschaften das neue Studentenrecht übergeben worden ist. Hier nun aber gibt es Unterschiede: Meist erfolgte die Übergabe durch den Rektor oder andere Universitätsangehörige (so etwa in München und in Würzburg²⁵), in Gießen aber durch den hessischen Kultusminister. Aus den bisherigen Forschungen und Dokumentationen lässt sich nur für die Ereignisse in München entnehmen, dass ein Kultusminister bei den Feierlichkeiten am 10. Mai anwesend war und zwar die Festrede gehalten, nicht aber das Studentenrecht übergeben hat.²⁶ Zudem liegt der Schwerpunkt der anderen Veranstaltungen ganz eindeutig auf den Bücherverbrennungen und in Gießen ganz eindeutig auf den Huldigungen gegenüber Werner, der offenbar weniger in seiner Funktion als Kultusminister denn als hessischer Staatspräsident in Gießen auftrat und wahrgenommen wurde. Eine solche politische Würdigung eines Eingliederungsrituals durch einen hochrangigen Vertreter der neuen Macht ist uns nur bei der zentralen Bücherverbrennung in Berlin, hier durch Joseph Goebbels, bekannt. Wenn also Werner im Zentrum der Gießener Veranstaltung stehen sollte, so könnte sich der abweichende

24 *Gießener Anzeiger* vom 9. Mai 1933.

25 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 178-180 und S. 188.

26 Ebd., S. 181; Sauder, Bücherverbrennung (Anm. 14), S. 211-213.

Termin ganz banal daraus ergeben haben, dass Werner nur am Montag verfügbar war. Leider ist keine Korrespondenz der Universität, des hessischen Staatspräsidiums oder des Kultusministeriums erhalten, die diesen Vorgang aufklären und damit unsere eigentlich ganz unstatthafte weil eben unbelegbare und auch durch den in den Zeitungen berichteten Ablauf nicht gedeckte Vermutung belegen könnte.

Vielmehr wollen wir nun, da schon nicht der unterschiedliche Termin geklärt werden konnte, für den Gießener Abend danach fragen, wer denn überhaupt initiativ geworden war und Werner um seine Anwesenheit gebeten hat - die Universitätsleitung oder die Studentenschaft. Oder war etwa Werner selbst mit dem Plan an die Landesuniversität herantreten, das neue Studentenrecht hier in persona zu verkünden, und die Universität hat die Feier als Kundgebung organisiert, unter Berücksichtigung der Vorschläge der DSt? Auch hier ließ sich keine klärende Korrespondenz finden. Doch fließen die Quellen in dieser Frage wenigstens als kleines Rinnsal, so dass weiter reichende Deutungen möglich sind. Denn zieht man das Münchner Referenzbeispiel heran, so zeigt sich, dass dort die Studentenschaft zum „Verbrennungsakt“ eingeladen hatte.²⁷ In Gießen hingegen luden Rektor, Senat *und* Studentenschaft Universität und Öffentlichkeit ein, und zwar explizit zur „nationalen Kundgebung“, nicht aber zu einem Verbrennungsakt (dieser war ja „nur“ ein Programmpunkt neben dem Aufmarsch und dem Konzert).²⁸ Dass ein Verbrennungsakt geplant war, darauf machte außerdem allein die Einladung an die Öffentlichkeit aufmerksam, zudem im Ton von ‚Kirmes-‘Ankündigungen. Die weihevoll akademische Einladung zur „nationalen Kundgebung“ der Ludoviciana hingegen, die auch per Post an die Universitätsangehörigen gegangen war, sah von einer Ankündigung der Verbrennung ganz ab.

Die spärliche Überlieferung legt es nun nahe, von einer engen Zusammenarbeit zwischen Studentenschaft und Universitätsleitung bei der Planung der Kundgebung in Gießen auszugehen - enger wohl, als von der DSt im Rahmen der „Aktion wider den undeutschen Geist“ vorgehen,²⁹ enger auch als an anderen Universitäten in Bezug auf die Fe-

27 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 179.

28 Abdruck der Einladung im „*Gießener Anzeiger*“ vom 6. Mai 1933.

29 Geplant war die Bildung von örtlichen „Kampfausschüssen“ unter Führung des Kreisleiters der DSt zur Organisation der „Aktion“, dazu drei Studenten, ein Professor, ein Mitglied des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ und ein Schriftsteller (Sauder, die Bücherverbrennung [Anm. 14], S. 73-79).

derführung bei der „Aktion“.³⁰ Dies belegt neben der gemeinsamen unterzeichneten Einladung bereits ein Aufruf von Rektor, Senat und Studentenschaft an die Gießener Studenten, bei der Kundgebung zu erscheinen,³¹ der auch im „*Gießener Anzeiger*“ bereits am Freitag zuvor, dem 5. Mai 1933, veröffentlicht worden war. Die enge Zusammenarbeit, bei der eine verantwortliche Federführung nicht ermittelt werden kann, könnte damit zusammenhängen, dass mit Ferdinand Werner ein prominenter Gast, dem man als Universität huldigen wollte, kommen sollte und der dem Eingliederungsritual der Ludwigs-Universität besonderes Gewicht verleihen würde. Und der Universität selbst auch, da der Herr Staatspräsident an jenem Abend eben in Gießen an der hessischen Landesuniversität weilte und dadurch wiederum die Gießener Hochschule politisch legitimierte. Diesem doppelten Ziel entsprach der Ablauf des Abends; das zeigt sich in den Reden, die alle in irgendeiner Form Werner adressieren, und so spiegelt es auch die Presse. Die überschwänglichen Lobreden auf Werner und die adäquate Inszenierung der neuen Macht waren dabei nicht ungewöhnlich: Werner wurde auf dem kurzen Höhepunkt seiner Macht und Popularität von März bis Mai 1933 „mit einer Unzahl Feiern, Aufmärschen, Treuegelöbnissen und Jubeltelegrammen überschüttet“.³² In Gießen hatten sich also, wie wir meinen, Rektor, Senat und Studentenschaft auf den universitären, feierlichen Rahmen einer adäquaten Ehrung des Staatspräsidenten und weniger auf eine ‚aktionistische‘ studentische Inszenierung konzentriert. Die Anwesenheit von Werner - Nationalsozialist, Staatspräsident und Kultusminister, Oberhesse, ehemaliger Ludovicianer, ebendort promoviert, Alter Herr der Chattia - verlieh der Kundgebung ihre Weihen.

Ein Nebeneffekt dieser für alle Seiten günstigen Konstellation, die in der beinahe vollständigen Ausrichtung der Kundgebung auf den Ehren-gast Werner und der bewussten und freiwilligen Eingliederung der Universität in das „neue Reich“ gipfelte, könnte nun besonders interessant für die Gießener Studentenschaft und letztlich auch für den DST gewesen sein: die Integration der Burschenschaften in den National-

30 An der Universität Köln etwa lud die Studentenschaft Rektor und Senat ein, an der Bücherverbrennung teilzunehmen, vgl. dazu: Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 155.

31 Akten des Rektorats: „Kundgebung und Feier am 8.5.1933“ (Archiv der JLU Gießen, Nr. 2046).

32 Jatho, Dr. Ferdinand Werner (Anm. 6), S. 206 f.

sozialismus, ein zentrales Ziel der DSt. Denn mit der „Aktion“ knüpfte die DSt-Führung ja bewusst an einen wichtigen Erinnerungsort der Urburschenschaft, das Wartburgfest und die damalige Bücherverbrennung, an; sie erreichte damit „in den Burschenschaften ein hohes Maß an Identifikation mit dem NS-Staat und somit eine entsprechende Loyalität. Mit der Bücherverbrennung wurde die Einordnung der Burschenschaften in den NS-Staat zelebriert“.³³

In Gießen hingegen wurde, so unsere These, diese Einordnung der Burschenschaften in den NS-Staat mit der Ausrichtung der Feier auf den Alten Herrn Werner und der starken und prominenten Rolle der Chattia zelebriert: mit der zentralen Aufstellung der Burschenschaftler in der Volkshalle und auf dem Vorplatz der Universität, mit der Beflaggung des Universitäts-Gebäudes mit den Farben der Verbindung, mit dem Fackelzug der Studenten und Burschenschaftler, mit dem den Abend abschließenden Kommers und der Anwesenheit Werners. Dafür spielt dann auch die gegenüber dem „*Rundschreiben No 2*“ veränderte Reihenfolge - dort Fackelzug, dann Bücherverbrennung, hier umgekehrt - eine wichtige Rolle: Die Verbrennung tritt gegenüber dem Höhepunkt des Gießener Abends, der stimmungsvollen Harmonisierung von Studentenschaft und Universität und von Universität und neuer Staatsführung auf dem Vorplatz des festlich geschmückten Universitätsgebäudes, zurück. Für die Einordnung der Chattia und der anderen Gießener Burschenschaften, die ja ebenfalls prominent beteiligt waren, in das „neue Reich“ scheint eine Bücherverbrennung als Reminiszenz an das Wartburgfest nicht mehr nötig gewesen zu sein. Für die Gießener Variante der Schriftenverbrennungen lässt sich somit schlussfolgern, dass der Ludwigs-Universität und ihren Angehörigen mit einem Repräsentanten der neuen Macht, mit dem Nationalsozialisten Ferdinand Werner, ein hoher Würdenträger zur Verfügung stand, der als ehemaliger Ludovicianer *und* als Alter Herr der Chattia *die* zentrale Symbolfigur war für die Integration der (korporierten) Studenten in den NS-Staat sowie für die Eingliederung der Gießener Universität in die „neue Zeit“. Anders gesagt: Es bedurfte keines weiteren symbolischen Aktes wie einer aufwändig inszenierten Bücherverbrennung, diese beiden Eingliederungsakte zu besiegeln: In der Person Werners liefen alle

33 Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 62. Belegt ist diese Absicht im Entwurf des „*Rundschreibens No 2*“ der DSt-Führung vom 2. April 1933, der für die endgültige Version vom 8. April unter Streichung dieses Hinweises verändert wurde (zitiert ebd., S. 61 f.).

Fäden zusammen; die Kundgebung in Gießen war auf ihn ausgerichtet - sie galt ihm und dem „neuen Reich“.

Die Festrede des Rassenhygienikers Philaletes Kuhn

Die Umgestaltung der Ludoviciana zu einer „Universität im neuen Reich“ hatte sich schon am Abend des 8. Mai 1933 angedeutet, denn in seiner Festrede anlässlich der Kundgebung hatte der Gießener Rassenhygieniker Philaletes Kuhn (1870-1937) die „Universität im neuen Reich“ skizziert. Und spätestens die Meldung der Entlassungen im „*Gießener Anzeiger*“ an dem der Kundgebung folgenden Tag zeigte allen, die es wahrnehmen wollten, wohin die Hochschulpolitik nach der Machtübernahme führen würde.

Der Umstand, dass die Universität den Rassenhygieniker Kuhn als Festredner auswählte, stärkt unsere Vermutung, dass es den Organisatoren in Gießen in erster Linie um das Eingliederungssignal an die neuen Machthaber in Land und Reich sowie um einen Appell an die Geschlossenheit von Studentenschaft und Dozentschaft ging, weniger aber um die Zelebrierung des zeremoniellen Höhepunkts der „Aktion wider den undeutschen Geist“. Während an anderen Universitäten im Rahmen der Bücherverbrennungen häufig Germanisten die Festrede - bzw. spezifischer: die „Feuerrede“ - hielten, so stand Kuhn nicht zur wissenschaftlichen Rechtfertigung der „geistigen Säuberung“ auf dem Podium, sondern als Vertreter einer der Ideologie der Nationalsozialisten überaus nahe stehenden Rassenhygiene. Diese galt als aufstrebende und zukünftig „staatstragende“ Wissenschaft, und Kuhn war dabei, seinen Lehrstuhl in Gießen zu einem Zentrum der Erb- und Rassenhygiene in Deutschland auszubauen.³⁴ Kuhn war ein national-konservativer Wortführer aus der Gießener Professorenschaft, der sich hochschulpolitisch auch in der Folgezeit zum Sprachrohr nationalsozialistischer Parolen machen und einem offen artikulierten Antisemitismus die „Weihe“ des Wissenschaftlichen geben sollte.³⁵ Indem also die Universitätsleitung Kuhn als Festredner wählte, schien man die

34 Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. 2. Aufl., Frankfurt/M., 1996, S. 196, vor allem S. 455-457; Stephan Dalchow, Die Entwicklung der nationalsozialistischen Erb- und Rassenpflege an der medizinischen Fakultät der Ludwigs-Universität Gießen, Gießen, 1998, S. 6-60.

35 So Reimann, Politisierung (Anm. 17), S. 135.

Eingliederung der Landesuniversität Gießen in das neue Reich gleichsam noch inniger zu machen, war doch auf diese Weise die Verbundenheit der Ludoviciana mit dem neuen Geist des Nationalsozialismus auch von ihrer Seite aus personell *und* ideologisch belegt.

Auch auf Kuhn, nach eigenem Bekunden seit der Frühzeit der „Bewegung“ in ihrem Sinne aktiv, trifft Gerhard Sauders Charakterisierung vieler Professoren und Dozenten der Geburtenjahrgänge um 1870 zu:³⁶ „Die Professoren, die oft im Talar an den Bücherverbrennungen teilnahmen oder Reden am Scheiterhaufen hielten, standen der ‚Bewegung‘ schon lange nahe - sie mußten sich nicht erst ‚überwinden‘.“ Dies wird gleich zu Beginn der Rede deutlich: Kuhn dankte dem Rektor, ihn als Festredner gewählt zu haben, habe er doch zu der Zeit, als Hitler im Gefängnis saß, als Ordinarius für Hygiene in Dresden einer „entschlossene[n] Kämpferschar“ angehört, „die ans Werk ging, die verhetzten Volksmassen zum Vaterland zurückzuführen“.³⁷ Jetzt, 1933, nach dem Sieg des Nationalsozialismus, grüßte Kuhn im Ton tiefster Genugtuung „von der Weihestunde dieser Feier“ aus seine „alten Freunde in Sachsen“. Im ersten Teil seiner Rede beschreibt Kuhn dann auch die „Lebensfragen des Deutschen Volkes“, die jetzt einer Lösung zugeführt würden, in erster Linie die Aufgabe, „alles das, was im Deutschen Volke zusammengehört, zu einigen, und uns von dem zu trennen, was volksfremd, was volksschädigend und minderwertig ist“. Die politische und die ideologische Einigung der Deutschen sei bereits weitgehend gelungen. Beim „Trennen“ nun werde die Rassenhygiene eine hervorgehobene Rolle spielen; der „nordischen Rasse“ solle „unsere Liebe“ gelten, und die „körperlich und seelisch Minderwertigen“ zwar „nicht ohne Pflege bleiben, aber aus dem Lebensstrom des Volkes ausgeschaltet werden“.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Volksgemeinschaft sei der Umstand, dass „wir die Machtstellung des jüdischen Volkes gebrochen haben, welches das ihm in überreichem Maße gewährte Gastrecht dazu mißbraucht, viele Zweige unseres Kulturlebens zu überwuchern, und in manchen Berufen den deutschen Nachwuchs zu ersticken“. Diese Bemerkung dürfte bei Kuhns Publikum, vor allem bei Studenten und beim

36 Sauder, Die Bücherverbrennung (Anm. 14), S. 28.

37 Wegen der Kürze der Rede und auch aus Raumgründen glauben wir, auf die jeweiligen Seitennachweise der im Folgenden zitierten Passagen verzichten zu können. Wir verweisen auf den Abdruck der Rede in der Zeitschrift „Ziel und Weg“: Philalethes Kuhn, Die Universität im neuen Reich, in: Ziel und Weg 10 (1933), S. 254-257.

wissenschaftlichen Nachwuchts, auf fruchtbaren Boden gefallen sein, insofern sie die Krise der Hochschulen in der Endphase der Weimarer Republik ansprach, die als Überfüllungs- und Beschäftigungskrise wahrgenommen wurde und sich in Verdrängungsangst ausdrückte. Der Hass auf die Juden als Sündenböcke wurde in akademischen Kreisen geschürt vor dem Hintergrund knapper Ressourcen auf einem Berufsmarkt, der akademischen Berufsanfängern kaum eine Chance bot.³⁸ Die Zahl der Hochschulabsolventen war zwei- bis dreimal so hoch wie der tatsächliche Bedarf, was vor allem die habilitierten Nachwuchswissenschaftler traf. Viele Nachwuchswissenschaftler sahen dann auch in den Massenentlassungen an den Universitäten keinen Verlust, sondern eine deutliche Verbesserung ihrer Karrierechancen.

An den Universitäten äußerte sich dieser konzertierte Verdrängungs- und Förderungsprozess wie anderswo auch in Entlassungen und Neubesetzungen. Hier aber kann daneben noch eine zweite Bruchlinie identifiziert werden: der Konflikt nämlich zwischen Jung und Alt, zwischen den nach Neuem strebenden Studenten und Nachwuchswissenschaftlern und den diesem Neuen gegenüber zurückhaltend agierenden Ordinarien, den, wie sie genannt wurden, „reaktionären“ und „verkalkten Professoren“. Dieser Konflikt war Teil des seit dem Ersten Weltkrieg sich beschleunigenden Trends, *die Jugend* als Wert an sich zu verstehen, Jugend zu mythisieren und für den politischen Kampf zu instrumentalisieren.³⁹ Auch der Nationalsozialismus warb um sie, gab sich als Bewegung der Jugend und des Neuen aus und war dabei besonders erfolgreich, vor allem unter den Studenten. Das wird mit deren besonderen Prägungen in der Weimarer Republik erklärt - mit dem Gefühl dieser ersten Studenten nach dem Krieg, eine Pflicht zur Erneuerung und zum Bruch mit dem Wilhelminismus zu haben, sowie damit, dass sie vom Antirationalismus, vom völkischen Denken und vom Antisemitismus geprägt waren und beeinflusst von einem technokratischen Gesellschaftsbild, das flankiert von neuen Techniken wie Ra-

38 Dazu: Michael Grüttner, Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart, 2002, S. 339-353.

39 Hierzu umfassend: Barbara Stambolis, Mythos Jugend. Leitbild und Krisensymptom. Ein Aspekt der politischen Kultur im 20. Jahrhundert, Schwalbach/Ts., 2003.

tionalisierung und Serialisierung im kühlen, sachlichen Mensch das Ideal sah.⁴⁰

Nicht zuletzt aber lässt sich die Affinität der Studenten zum Nationalsozialismus und zu den „Verhaltenslehren der Kälte“ (Helmuth Lethen) mit der alle bisherigen Erfahrungsdimensionen sprengenden Fronterfahrung der älteren und deren Mythisierung durch die jüngeren Studenten erklären. Hinzu trat das Bedürfnis vieler, diese Verlust- und Brucherfahrungen radikal in Überzeugungen und Handlungen umzusetzen. Ein Blick auf die beteiligten „Generationen“⁴¹ kann hier weiterhelfen. Ulrich Herbert hat eine Typisierung vorgenommen und drei Gruppen unterschieden:⁴² die „junge Frontgeneration“ (geboren zwischen 1890 und 1900), die „Kriegsjugendgeneration“ (geboren zwischen 1900 und 1910) und die „Nachkriegsgeneration“ (geboren nach 1910). Die „junge Frontgeneration“ stellte die jüngsten Soldaten - in ihrer Entwicklung noch unfertig, vom Fronterlebnis verunsichert, ent wurzelt, radikalisiert. Die nach 1910 geborenen Angehörigen der „Nachkriegsjugend“ waren hingegen kaum vom Krieg, sondern viel stärker geprägt von Nachkriegszeit und Inflation. Die für die Geschichte des „Dritten Reiches“ und damit auch für das hier interessierende Thema bedeutungsvollste Gruppe jedoch ist die mittlere Generation, die „Kriegsjugendgeneration“: Ihnen fehlte das unmittelbare Fronterlebnis; dennoch waren Kindheit und Jugend geprägt vom Krieg, den sie - man erinnere sich an die eindrucksvollen Passagen in Sebastian Haffners postum erschienener „*Geschichte eines Deutschen*“⁴³ - als großes Spiel wahrnahmen, vertieft in die Lektüre der Heeresbe-

40 Jens Banach, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn u.a., 1998, S. 69-77.

41 Der Begriff der Generation meint hier nicht die Einpassung von Geburtsjahrgängen in retrospektiv konstruierte Generationenstrukturen, sondern die spezifischen „Arten und Weisen der subjektiven Selbstverortung, Selbsthistorisierung und auch Selbstinszenierung von konkreten Menschen“; es geht also um die generationelle Selbstzuordnung, die Orientierung und Sinnhaftigkeit aufgrund gemeinsam geteilter Erfahrungen in historischen Umbruchsituationen; hierzu: Jürgen Reulecke, Völkische und nationale Orientierungen: Beharrungskraft und Modifikation von Wertvorstellungen in generationellen Selbstsichten, in: Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. München, 2005, S. 209-224, hier S. 211.

42 Das Folgende nach: Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland. In: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg, 1991, S. 115-144, hier S. 116.

43 Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart, München, 2004, S. 13-34.

richte, bereits beeinflusst von Kriegspropaganda, eingeschworen auf die Nation. Die Niederlage traf diese Generation besonders hart, denn sie wurde als eine Niederlage der Väter erlebt. Die Väter, die Welt der Väter - der Kaiser, die Institutionen des Reiches - hatten versagt und verloren. Und doch behielten, was die „junge Generation“ als besonders enttäuschend empfand, die Eliten des Kaiserreichs trotz aller politischer Veränderung weiterhin die Macht, verbreitete sich das Gefühl unter den zwischen 1890 und 1910 Geborenen, von einer politisch gescheiterten Generation dominiert zu werden.⁴⁴ Die Jungen distanzieren sich von den Alten.

Welche Rolle spielte dieser Generationenkonflikt bei der Umgestaltung der Hochschulen nach der „Machtergreifung“⁴⁵ und damit bei der „Aktion wider den undeutschen Geist“? Die Festrede Kuhns kann hierfür als Beispiel dienen. Anspielungen auf Generationenkonflikte finden sich dort allenthalben - etwa die Hälfte seines Textes widmet sich dieser Problematik, implizierend, dass es neben politischer und rassistischer Einigung die dritte „Lebensfrage des deutschen Volkes“ sei, auch diese Trennung zu überwinden. Kuhn greift hier wohl die Angriffe der völkischen Studenten auf die Ordinariatenuniversität auf, die sich bereits zu Zeiten der Weimarer Republik gegen das „Versagen“ der älteren Generation richteten. Er, Kuhn, könne sie gut verstehen, die Enttäuschung der jungen Studentengeneration, denn als diese „nach dem Zusammenbruch aus den Schützengräben in die Heimat zurückkehrte und wieder in die Hörsäle strömte, da machte sie Front gegen vieles, was alt und morsch war“. Eigentlich aber sei die junge Generation dazu berufen, den „völkischen“ Kampf zu führen, während die „Alten zu satt und zu bequem“ geworden seien, um „sich in die Fronten einzugliedern, welche nach neuen Zielen marschieren“. Sei es daher nicht „natürlich, daß die studentische Jugend mit heißem Herzen unter ihren Lehrern diese Führer sucht, und daß sie enttäuscht ist, wenn sich diese ihrem Vorwärtsdrängen versagen?“

Kuhn präsentierte sich als Interessenvertreter des Nachwuchses und implizierte dabei, dass von den Professoren der älteren Generation keine Umstellung mehr zu erwarten sei: „Wir Alten“, so Kuhn, dürften die Augen nicht verschließen vor der „Naturnotwendigkeit“, dass auch

44 Banach, Heydrichs Elite (Anm. 40), S. 62.

45 Vgl. für diesen Abschnitt auch: Grüttner, Machtergreifung als Generationskonflikt (Anm. 38), S. 346-352.

die Jugend ihre Rechte habe und nicht nur die Weisheit der Väter aufzunehmen, sondern „von einem Zeitpunkt an in das Getriebe des Volkes miteingreifen muß.“ Dafür wurden nun an den Hochschulen insofern die Voraussetzungen geschaffen, indem etwa die Position der Nichtordinarien aufgewertet wurde: Die Ludwigs-Universität ging dabei sehr weit, denn die traditionelle Dominanz der Ordinarien in den Fakultäten wurde mit der Bestimmung unterhöhlt, dass nun auch sämtliche Privatdozenten der Fakultät angehörten.⁴⁶ Auch die Neuausrichtung des Amtes des Universitätskanzlers als „Zweitführer“ oder „Zweiführer“, die mit der neuen Universitätsverfassung vom Oktober 1933 vollzogen wurde, gehört in diesen Zusammenhang:⁴⁷ Der „Zweitführer“ war dem Rektor, der ihn vor allen wichtigen Entscheidungen zu hören hatte, zur Seite gestellt. Es hatte dies vor allem einen generationellen Hintergrund, der sich mit einem ideologischen mischte, denn in der Umbruchsphase 1933 waren häufig noch keine parteigebundenen oder dem Nationalsozialismus wirklich nahe stehenden Professoren als Rektoren eingesetzt worden. Ihnen, den älteren Professoren, denen die „Bewegung“ oft noch mit Skepsis begegnete, sollten jüngere, parteinähere Professoren oder Privatdozenten als „Zweitführer“ zur Seite gestellt werden. Im Streitfall hatte der „Zweitführer“ direkten Zugang zum Ministerium, was die eigentliche Funktion dieses Amtes offenbart, nämlich bei Meinungsverschiedenheiten die Parteilinie zu stärken. Für den Gießener Geologen Karl Hummel, selbst ab dem Wintersemester 1933/34 Zweitführer, stand jedoch weniger dieser Kontrollaspekt im Vordergrund als vielmehr die Lösung der generationellen Konflikte durch Harmonisierung der streitenden Parteien: „Es werden dadurch [den Zwang zur Beratung des Rektors mit dem „Zweitführer“, Th. K.] alle möglichen Spannungen zwischen Älteren und Jungen, zwischen Führern und Geführten zum Ausgleich gebracht“, vor allem da der „Zweitführer“ „nicht etwa größere Rechte, sondern nur größere Pflichten als die übrigen ‚Geführten‘, hätte.“⁴⁸ So argumentierte auch Kuhn in seiner Rede bei der Kundgebung:

Nach den Erfahrungen meines Lebens habe ich die felsenfeste Überzeugung gewonnen, daß Zusammenarbeit zwischen Alter und

46 Ebd., S. 349.

47 Vgl. dazu: Michael Breitbach, Das Amt des Universitätsrichters an der Universität Gießen im 19. und 20. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zu den Doktorentziehungsverfahren zwischen 1933 und 1945, in: Archiv für hessische Geschichte 59 (2001), S. 267-334, vor allem S. 276-278.

48 Zit. nach: Ebd., S. 276.

Jugend notwendig ist, und daß bei dieser Zusammenarbeit immer einer der Führer sein muß, daß aber der Jüngere, der Zwielführer nicht ein Untergebener, sondern ein aufrechter Mitarbeiter sein muß, der das Recht und die Pflicht hat, beim gemeinsamen Wirken unverbrüchlich seine Meinung zu sagen, auch wenn sie von der des Führers abweicht. Wir werden auf diese Weise dazu kommen, die Kraftfülle der Jugend in die Arbeit der Nation einzuschalten.

Aufgabe und Stellung des „Zweitführers“ gegenüber einem „Führer“ waren hier vorgebildet, zudem hatte Kuhn diese an den Grundsätzen des preußischen Generalstabs orientierte Konstruktion im selben Jahr in seinem Buch „Die Führerfrage der Deutschen“ ausgebreitet.⁴⁹

Dieses zentrale Thema der Kuhnschen Rede sowie Form und Ablauf der Kundgebung spielten also deutlich ineinander: Das Motiv der Feier in Gießen war eben weniger die durch eine Bücherverbrennung symbolisierte „geistige Säuberung“ der Universität als vielmehr die Harmonisierung von Studentenschaft, wissenschaftlichem Nachwuchs und Hochschule. Die weiteren Ausführungen Kuhns legen diese Deutung ebenfalls nahe, denn er hatte auch die Harmonisierung früherer Studenten (zumeist Vertreter der Frontgeneration) und jetziger Studenten (die um 1900 Geborenen) im Blick: Jene

Frontgeneration, aus der inzwischen mancher in den Lehrkörper der Hochschulen eingetreten ist, muß heute sehen, daß die, die damals Bübchen waren, heute in der S.A. und in der S.S., im Stahlhelm marschieren und über die Ziele ihrer Vorgänger hinausgewachsen sind.

Auch den Zeitgenossen war also bereits klar, dass mit der im historischen Rückblick „Kriegsjugendgeneration“ genannten Altersgruppe eine neue Generation auf den Plan getreten war, die sich anschickte, im „neuen Reich“ das Heft in die Hand zu nehmen. Und in der Tat waren diese ehemaligen „Bübchen“ über die Ziele ihrer Vorgänger hinausgewachsen:

Den Vorsprung, den die Älteren durch ihre Kriegsteilnahme und ‚Fronterfahrung‘ hatten, versuchten die Jüngeren durch die Übernahme des Frontkämpferideals für den Kampf im Innern, die Stilisierung des kalten, entschlossenen Kämpfers und das Trachten nach einem ‚reinen‘, von Kompromissen freien und radikalem, dabei aber organisiertem, unspontanem, langfristig angelegten Handeln zu

49 Dazu auch: Wolfgang Pusch, Die neue Verfassung, in: Frontabschnitt Hochschule (Anm. 17), S. 159-166.

kompensieren. Durch diese Interpretation der Generationserfahrung und die Propagierung des daraus entwickelten Lebensstils wurde es zudem möglich, die ja sehr diffusen, widersprüchlichen und gar nicht in allgemeinerer Form formulierbaren Erfahrungen der einzelnen in eine einzige Perspektive einzubinden, die auch Leid, Verlust und Zukunftsangst als positive und geradezu avantgardistische Prädispositionen interpretierte.⁵⁰

Dieser spezifische „generationelle Lebensstil“ basierte auf geteilten Erfahrungen und Prägungen der „Kriegsjugendgeneration“ und zeichnete sich durch Kühle, Härte und „Sachlichkeit“ als Abgrenzungsmerkmale zu den als „gefühlig“ verachteten Älteren aus. Die Forschung sieht in dieser Generation die zentrale Trägerschaft des „Dritten Reiches“:⁵¹ Ulrich Herbert hat mit Werner Best (1903-1989), dem ehemaligen Gießener Studenten und späteren Stellvertreter Heydrichs im Sicherheitsdienst (SD), einen Vertreter dieser „Generation der Sachlichkeit“ portraitiert, und Michael Wildt sowie Jens Banach haben herausgearbeitet, dass eine deutliche Mehrheit der Führungseliten des Reichssicherheitshauptamtes, der Gestapo und des SD dieser „Kriegsjugendgeneration“ angehörte, dass der Massenmord von Angehörigen dieser Generation geplant und ins Werk gesetzt worden war. An den Bests, Ohlendorfs und Eichmanns schockierte die „Kombination aus Radikalismus, weltanschaulichem Antrieb und einer spezifischen Form der Vernunft - einer ideologischen Binnenrationalität einerseits, einer Effizienz und rationelle Herangehensweise mit den ideologischen Grundannahmen verknüpfenden ‚Sachlichkeit‘ andererseits“.⁵²

Die eigentlich „unaufhebbare Erfahrungsdifferenz“⁵³ zwischen „Front-“ und „Kriegsjugendgeneration“ sah Kuhn aufgrund der Staffelstabweitergabe von jener auf diese überbrückt; der Gegensatz zwischen Jugend und Alter trage „nichts Hässliches, nichts Feindliches in sich, wenn die Jungen in Ehrfurcht und Treue derer gedenken, die vor ihnen waren.“ Es sei daher „eine heilige Pflicht, heute der Kommilitonen zu

50 Herbert, „Generation der Sachlichkeit“ (Anm. 42), S. 117 f.

51 Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn, 1996; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg, 2002; Banach, Heydrichs Elite (Anm. 40), S. 65.

52 Herbert, Best (Anm. 50), S. 12. Dem Hintergrund dieser Kombination, der völkischen Studentenbewegung, kann hier nicht nachgegangen werden (dazu: Herbert, „Generation der Sachlichkeit“ [Anm. 50], S. 119-138).

53 Wildt, Generation des Unbedingten (Anm. 51), S. 45.

gedenken, welche im Weltkriege und in der nationalen Bewegung für Deutschlands Ehre und Zukunft ihr Leben gelassen haben.“ An dieser Stelle wurden die Fahnen gesenkt, und die ganze Versammlung sang das „Lied vom guten Kameraden“.⁵⁴ Mit großem Pathos wurde auf diese Weise um die Studenten, um die jungen Nachwuchswissenschaftler und um die Älteren, die ja auch im Krieg gekämpft hatten, ein Band der Einheit gelegt, indem die geteilte Erfahrung von Krieg und Niederlage sowie das gemeinsame Ziel, der opferbereite Aufbruch in eine neue Zukunft, betont wurde. Nur zusammen, so der Appell, sei die Umgestaltung der Hochschulen in „Schulen des Willens“ zu leisten und nur dadurch,

daß wir den Geist der Zusammenarbeit zwischen der Jugend und dem Alter, zwischen den Studenten und den Professoren, zwischen den Assistenten und den Ordinarien auf die Grundlage der germanischen Wahrhaftigkeit stellen. Und dieses neue große Ziel, auf das wir den gesamten Geist unseres Hochschulwirkens im Sinne der Mitarbeit der Jugend einstellen müssen, ist die Stählung des deutschen Willens [sic].

Hierin nun scheint uns eine Bestätigung zu liegen für unsere Vermutung, dass es die Strategie der Gießener Universitätsleitung, von Rektor und Senat, war, *gemeinsam* mit der Studentenschaft eine „nationale Kundgebung“ zu inszenieren, in deren Mittelpunkt zum einen die Selbsteingliederung der Ludoviciana in das „neue Reich“ stand, was, wie dargelegt wurde, durch die Ausrichtung der Feier auf Staatspräsident Werner erreicht worden war. Zum anderen aber - und das scheint angedeutet zu sein in Kuhns Rede, aber auch in der des Gießener Hochschulgruppenführer des NSDtSB, Edler von Graeve, der vom Band sprach, dass alle umfassen werde, die national und sozialistisch denken - sollte mit der Botschaft der Kundgebung in Wort und Inszenierung der Schmelbrand des Generationenkonflikts gelöscht werden, indem alle Statusgruppen auf das gemeinsame Ziel, die Umgestaltung der Hochschule zur „Universität des Willens“ (Kuhn), eingeschworen wurden.

Die Gießener Universität im Nationalsozialismus

Diese Umgestaltung der Ludwigs-Universität im Sinne der Nationalsozialisten vollzog sich in wenigen Wochen und auf mehreren Ebe-

54 *Oberhessische Tageszeitung* vom 10. Mai 1933.

nen:⁵⁵ Erstens administrativ-organisatorisch, insbesondere durch die neue Universitätsverfassung vom 13. Oktober 1933 und das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ vom 28. April 1933.⁵⁶ Zweitens durch den Abbau politisch missliebiger Institute (wie z. B. des Instituts für Wirtschaftswissenschaft), den Ausbau politisch erwünschter Institute (wie z. B. der Medizinischen Fakultät) sowie durch Neugründung von Instituten (wie z. B. des Instituts für Erb- und Rassenpflege oder des Instituts für Runenforschung).⁵⁷ Drittens, wie überall, durch Propaganda, faschistische Politisierung, Militarisierung und Disziplinierung der Studierenden und Lehrenden. Die neuen Machthaber versuchten mit den verschiedensten Mitteln, die bereits vor 1933 in weiten Teilen der Studentenschaft entfachte Begeisterung für den Nationalsozialismus aufrecht zu erhalten und zugleich die Professorenschaft nachträglich für den Nationalsozialismus zu gewinnen, wo dies notwendig erschien. Und viertens schließlich durch die Entlassung politisch oder „rassisch“ unerwünschter sowie die Neuberufung jüngerer, politisch zuverlässigerer Hochschullehrer.

Das Kernstück des administrativen Umbaus der Universität durch die Nationalsozialisten bildete die neue Universitätsverfassung vom 13. Oktober 1933:⁵⁸ Diese übertrug alle Befugnisse des bisherigen Engeren Senats und des Gesamtensats, des früheren Kanzlers und des Verwaltungsausschusses auf die Person des Rektors und führte somit das „Führerprinzip“ an der Ludwigs-Universität ein. Gesamtensat (bisher unter anderem zuständig für Berufungen) und Engerer Senat (bisher vor allem zuständig für Disziplinarfragen) wurden abgeschafft und durch einen einzigen Senat ersetzt, der sich aus dem Rektor, dem Kanzler, dem Obmann der nationalsozialistischen Hochschullehrerfachschaft oder seinem Stellvertreter, den Dekanen und den Prodekanen zusammensetzte. Der Senat sollte dem Rektor „als beratendes Organ“ dienen, war allerdings faktisch machtlos, da er nicht beschlussfähig war.

55 Zur Geschichte der Ludwigs-Universität im Nationalsozialismus vgl. Volker Press, Die Universität Gießen 1933-1957. Niedergang, Auflösung und Wiedergeburt, in: Gießener Universitätsblätter 16 (1983), S. 13-38, hier S.15-23; Peter Chroust, Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918-1945. Bd. I, Münster, New York, 1994, S. 180 f.; Frontabschnitt Hochschule (Anm. 17).

56 Hessisches Regierungsblatt für das Jahr 1933. Darmstadt o.J., S. 223-225 (Universitätsverfassung) und S. 122-125 („Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“).

57 Dalchow, Die Entwicklung der nationalsozialistischen Erb- und Rassenpflege (Anm. 34), S. 136.

58 Chroust, Gießener Universität und Faschismus (Anm. 55), S. 223 f.

Dem Rektor wurde, wie schon gesagt, ein „Zweitführer“ aus der Professorenschaft oder dem Kreise der Privatdozenten zur Seite gestellt, der auf Vorschlag des Rektors vom Leiter der vorgesetzten Ministerialabteilung ernannt wurde. Bereits im April 1933 war es erstmalig seit 1888 wieder zu einer Besetzung des Kanzler-Amtes gekommen.⁵⁹ Der Rektor sollte, wie schon dargelegt, den Kanzler vor allen wichtigen Entscheidungen zu Rate ziehen, der seinerseits verpflichtet war, gegebenenfalls abweichende Meinungen vorzutragen. Die Entscheidung des Rektors war jedoch auch ohne Zustimmung des Kanzlers wirksam, weswegen jener durch die neue Verfassung die alleinige Entscheidungsgewalt an der Universität innehatte.

Wie auf der Rektoratsebene wurde auch innerhalb der Studentenschaft das „Führerprinzip“ eingeführt. Der „Führer der Studentenschaft“ (der bisherige AStA-Vorsitzende) wurde von der DSt ernannt und konnte sowohl seine Amtsleiter als auch seinen Nachfolger selbst bestimmen. Dies bedeutete die Abschaffung sämtlicher demokratischer Zustände innerhalb der Studentenschaft, die als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ und „verfassungsmäßiges Glied der Hochschule“ von nun an direkt der Aufsicht des Staates unterlag. Die für die Studierenden folgenreichste administrative Maßnahme der neuen Machthaber aber war das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ vom 28. April 1933.⁶⁰ Die Studentenschaft bestand demnach aus allen „voll eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache [...] unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit“. Jeder Studierende musste bei der Einschreibung eine ehrenwörtliche Erklärung darüber ablegen, „ob seine Eltern und Großeltern deutscher Abstammung sind. Auf Grund dieser Erklärung entscheidet der Führer der Studentenschaft oder ein von ihm mit dieser Aufgabe betrauter Mitarbeiter über die Zugehörigkeit zur Studentenschaft“. Damit wurde der Ausschluss jüdischer Studierender garantiert. Die Studentenschaft trug ihren Teil zur Unterdrückung der jüdischen Studierenden bei. So geht aus einem Schreiben an Ministerialrat Ringshausen vom 29. Juni 1933 hervor, dass sie sich von diesem die Ermächtigung hat geben lassen, dafür Sorge zu tragen, dass jüdische Studenten nicht mehr an universitären Veranstaltungen

59 Breitbach, Das Amt des Universitätsrichters an der Universität Gießen (Anm. 47), S. 276-278.

60 HRGBI. 1933, S. 122-125 (dort auch alle Zitate).

(Seminare, Vorlesungen, Übungen etc.) teilnehmen.⁶¹ Und in einem Brief des damaligen Rektors Gerhard Pfahler an eine jüdische Studienbewerberin vom 22. September 1936 hieß es:

Ihrem Studium in Giessen steht nichts im Wege. Ich halte es jedoch für meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass gerade an unserer kleinen Universität und in den ihr entsprechenden kleinen, eng zusammen geschweißten Arbeitsgemeinschaften Ihr Mitarbeiten als Nichtarierin erheblich schwieriger sein dürfte, als an einer mittleren oder grossen [sic] Universität“.⁶²

Dies alles sowie der Umstand, dass in Gießen bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung im Vergleich zu den übrigen Hochschulen im Reichsgebiet eher wenige jüdische Studierende immatrikuliert waren, führte dazu, dass in Gießen die im „Gesetz gegen die Überfremdung an deutschen Hochschulen und Universitäten“ festgesetzten Quoten für jüdische Studierende sogar noch unterschritten wurden.⁶³ Ab dem Wintersemester 1933/34 gab es schließlich keine Neumatrikulationen jüdischer Studierender mehr.⁶⁴

Und wie stellten sich die Hochschullehrer an der Ludoviciana zu den neuen Verhältnissen? Über die Loyalität der Gießener Hochschullehrer zum Nationalsozialismus gibt es höchst unterschiedliche Aussagen:⁶⁵ So meldete etwa Rektor Adolf Seiser an den Reichstatthalter in Hessen, Jakob Sprenger, am 23. August 1938: „Ein Mangel an nationalsozialistischen Hochschullehrer besteht in Gießen nicht“, während der Dozentenschaftsleiter Karl Hummel in einem Brief an Rektor Baader am 5. April 1938 beklagte, dass unter den Geisteswissenschaftlern „nur wenige aktiv im Sinne des Nationalsozialismus einsetzbare Kräfte vorhanden sind“. Es scheint daher geboten, sich die Mitgliedschaft der Hochschullehrer in faschistischen Organisationen anzusehen, um verlässlichere Angaben zur Haltung der Professoren und Dozenten zum Nationalsozialismus zu erhalten: Zwischen 1933 und 1945 traten 47,1% der Hochschullehrer in die NSDAP ein, wobei die Parteimitgliedschaft unterschiedlich auf die einzelnen Fakultäten verteilt war. So waren 40% der NSDAP-Mitglieder unter den Professoren Mediziner, obwohl sie

61 Udo Jordan, „Studenten des Führers“. Studentenschaft nach 1933, in: Frontabschnitt Hochschule (Anm. 17), S. 68-99, hier S. 73.

62 Ebd.

63 Chroust, Gießener Universität und Faschismus (Anm. 55), Abb. 1.2.1.

64 Ebd., S. 235.

65 Vgl.: Ebd., S. 296-298, dort auch alle folgenden Zitate.

nur 33,6% der gesamten Professorenschaft ausmachten. Die übrigen Fakultäten waren meist entsprechend ihres Anteils an der Professorenschaft in der NSDAP repräsentiert, lediglich die Theologie-Professoren waren mit 3,3% zu 6,6% unterrepräsentiert. Anders ausgedrückt waren 56,3% aller Mediziner NSDAP-Mitglieder, hingegen nur 23,5% der Theologie-Professoren. Auch in der SA (50% gegenüber 33,6%) und in der SS (52,9% gegenüber 33,6%) waren die Mediziner überrepräsentiert; lediglich im NS-Dozentenbund (29,5% gegenüber 33,6%) ist ihr Organisationsgrad geringer als ihr Anteil an der Gesamtprofessorenschaft.

Bei diesen Angaben ist zu beachten, dass die Gründe für den Eintritt im Einzelnen höchst unterschiedlich und schwer zu rekonstruieren sind. Auch ist die Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation nicht immer aussagekräftig in Bezug auf die innere Einstellung des jeweiligen Mitglieds. So gab es unter den NSDAP-Mitgliedern innerhalb der Professorenschaft neben überzeugten Anhängern des Nationalsozialismus - wie z. B. die Rassenhygieniker Philaetes Kuhn und Heinrich Wilhelm Kranz, der Psychiater Hermann Hoffmann, der Geologe Karl Hummel, der Agrarprofessor Hermann Vogel, der Veterinärmediziner Karl Beller und der Pädagoge Gerhard Pfahler,⁶⁶ um nur einige Exponierte zu nennen - auch solche, die der nationalsozialistischen Bewegung eher gleichgültig gegenüber standen. Dennoch war es keineswegs so, dass die Parteizugehörigkeit für Professoren zwingend war. In der Regel führte Nichtmitgliedschaft in faschistischen Organisationen für Hochschullehrer nicht zu Existenz bedrohenden Maßnahmen, sondern im ungünstigsten Fall zu Behinderungen in der akademischen Karriere.⁶⁷ Dies belegt etwa das Beispiel des Physikers Karl Bechert, der 1933 die Nachfolge des aus „rassischen“ Gründen entlassenen Georg Jaffé antrat, obwohl er kein Parteimitglied war und dies auch nicht wurde.⁶⁸

Der wohl bedeutsamste Einschnitt im Rahmen der nationalsozialistischen Umgestaltung der Ludwigs-Universität jedoch waren die Entlassungen politisch missliebiger Hochschullehrer sowie die Neube-

66 Markus Bernhard, Professoren in der NSDAP - ein sozialgeschichtliches Modell zur sogenannten „Selbst“-Gleichschaltung der Hochschulen am Beispiel der Universität Gießen, in: Hochschule und Nationalsozialismus. Braunschweig, 1994, S. 37-53, hier S. 38.

67 Chroust, Gießener Universität und Faschismus (Anm. 55), S. 296.

68 Bernhard, Professoren in der NSDAP (Anm. 66), S. 42.

rufungen solcher, die als politisch zuverlässig erachtet wurden. Die Grundlage für die entweder aus politischen oder aus „rassischen“ Motiven erfolgten Entlassungen lieferte das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Zunächst lässt sich feststellen, dass die Zahl der Ordinarien in Gießen von 60 im Sommersemester 1933 auf 51 im Wintersemester 1943/44 sank. Bei den Nichtordinarien ist ein Rückgang von 114 im Sommersemester 1933 auf 83 im WS 1936/37 zu verzeichnen. Allerdings ist zu beachten, dass für diese Entwicklungen nicht nur politisch oder „rassisch“ begründete Entlassungen verantwortlich waren, sondern dass hier auch durch Wegberufung, Tod oder Emeritierung frei gewordene und nicht wieder besetzte Lehrstühle eingerechnet sind.⁶⁹ Betrachtet man die einzelnen Fakultäten, so wird deutlich, dass die Theologie und die Geisteswissenschaften am stärksten von Entlassungen betroffen waren. In der Theologie wurden 30%, in den Geisteswissenschaften gar 40% der Lehrstühle abgebaut, während es in den Naturwissenschaften und in der Humanmedizin kaum Veränderungen gab.⁷⁰ Insgesamt wurden zwischen 1933 und 1945 64 Lehrstühle vakant, wobei nicht alle wiederbesetzt wurden. In den Geisteswissenschaften standen 46 Entlassungen nur 30 Neuberufungen gegenüber, und selbst in den Naturwissenschaften betrug das Verhältnis zur Zeit der NS-Herrschaft 33 zu 22.⁷¹ Es lässt sich insgesamt jedoch von einer relativen Konstanz bei den Ordinarien sprechen. So stammten noch gegen Ende des „Dritten Reichs“ 36,4% aus der Zeit der Weimarer Republik. Anders hingegen sah es bei den Nichtordinarien aus, von denen bereits im WS 1937/38 52,5% ausgetauscht waren.⁷² Bruno Reimann hat die Umstände der Entlassungen und das Schicksal der an der Ludwigs-Universität Entlassenen dargestellt und gezeigt, dass „ein verschaltetes Institutionensystem (Reichsstatthalter / Rektor - Kanzler) [...] undramatisch, lautlos, in rein formaler Abwicklung die Entlassungen [vollzog]“.⁷³

69 Chroust, Gießener Universität und Faschismus (Anm. 55), S. 275; Peter Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2. Aufl., Gießen, 1990, S. 216.

70 Bernhard, Professoren in der NSDAP (Anm. 66), S. 44.

71 Vgl. Chroust: Gießener Universität und Faschismus (Anm. 56), S. 277.

72 Ebd., S. 280.

73 Bruno Reimann, Entlassung und Emigration. Die Universität Gießen in den Jahren nach 1933, in: Gideon Schüler (Hg.), Zwischen Unruhe und Ordnung. Ein deutsches Lesebuch für die Zeit von 1925-1960 am Beispiel einer Region: Mittelhessen, Gießen, 1989, S. 184-216, hier S. 207.

Die Entlassung des Philosophen Ernst von Aster

Als Beispiel für einen solchen Vorgang mag die Entlassung des Philosophen Ernst von Aster (1880-1948), Gießener Ordinarius für Philosophie und Pädagogik,⁷⁴ dienen. Der Sozialdemokrat von Aster war schon bald nach der „Machtergreifung“ offenbar auch im Kollegenkreis so hart bedrängt worden, dass er sich mit Brief vom 30. April 1933 an den Rektor der Ludoviciana wandte und sich „als bis zum 9. Mai auf eigenen Wunsch beurlaubt“ betrachtete. Es schien ihm, so fuhr er fort, „nicht korrekt, in diesem Zustand meiner beamteten Person an Veranstaltungen und Sitzungen“ teilzunehmen; er bat, „mit diesem Umstand mein Fernbleiben bei den Sitzungen der kommenden Woche [...] erklären zu wollen“. Anlass dieses Vorgehens des Philosophen war offenbar ein Gespräch zwischen ihm, dem Kanzler, dem Prorektor und dem Dekan der Philosophischen Fakultät am Tag zuvor, auf das von Aster im Brief ausdrücklich Bezug nimmt.

Aus dieser Selbsturlaubung kann unseres Erachtens indirekt auch gefolgert werden, dass nicht nur der Termin der Kundgebung der Universität, der 8. Mai, bereits Ende April bekannt war, sondern auch Motivation und Ziel dieser Veranstaltung: Von Aster beurlaubte sich bis zum darauf folgenden Tag gleichsam selbst, um - so kann vielleicht geschlossen werden - die Unterwerfung der Universität unter das neue Regime nicht als einer ihrer Angehörigen und bei der Feier anwesend miterleben zu müssen. Mit Datum vom 5. Mai 1933 dann erhielt er vom Hessischen Minister für Kultus und Bildungswesen, von Ferdinand Werner, unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ die Nachricht: „Sie werden hierdurch mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres von ihren gesamten Dienstpflichten beurlaubt.“ Die endgültige Entlassung von Asters aus dem hessischen Staatsdienst erfolgte am 11. Juli 1933. Von Aster emigrierte mit seiner schwedischen Frau in deren Heimat. 1936 wurde er an die Universität Istanbul berufen, wo er bis 1948 lehrte. Im selben Jahr starb von Aster in Schweden.

74 Phil. K 21 (Archiv der JLU Gießen); dort auch alle folgenden Zitate. Zu von Aster auch: Hans Michael Baumgartner, Ernst von Aster (1880-1948) / Philosoph, in: Hans Georg Gundel/Peter Moraw/Volker Press (Hg.), Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erster Teil, Marburg, 1982, S. 6-11.

Im Archiv der Liebig-Universität hat sich eine bemerkenswerte Quelle zu diesem Entlassungsvorgang erhalten:⁷⁵ Es findet sich dort neben der den Fall betreffenden Korrespondenz auch eine der Postkarten, mit denen Rektor, Senat und Studentenschaft die Angehörigen der Hochschule zum „akademischen Festakt“ am 8. Mai eingeladen hatten. Adressat dieser Einladung war Ernst von Aster. Die Einladung ist jedoch offenbar nie abgeschickt worden; die Adresse mit einem Bleistift dick durchgestrichen, das Exemplar zu den Akten genommen. Zunächst frappiert der Umstand, dass ausgerechnet eine solche Postkarte überliefert ist; über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden: Hat jemand im letzten Moment die Unwürdigkeit dieses Vorgangs, zumindest aber dieser Einladung erkannt und die Absendung der Einladung verhindert? Oder wurde sie aufgrund des Briefes von Asters zurückgehalten, da dieser ja „freiwillig beurlaubt“ war? Zeigt sich hier die Ausgrenzungsbestrebungen der Universität, zeigt sich, wen sie bei der Feier dabei haben wollte und wen nicht? War also die Weigerung von Asters, an der Kundgebung teilzunehmen, demnach nur ein weiteres Gewicht in der Waagschale zuungunsten des Philosophen, und die Karte somit ein überlieferungswürdiger, indirekter Hinweis auf seine Insubordination?

Dabei hatte der Philosoph die Lage an seiner Hochschule noch Ende Januar, Anfang Februar 1933 völlig anders eingeschätzt. In einem Bericht über die Landesuniversität, der am 4. Februar in der „*Vossischen Zeitung*“ erschienen war, schrieb von Aster, dass sich auch an der Ludoviciana - wie an jeder Universität - die ganze Bandbreite der politischen Haltungen fände, von links bis zum Nationalsozialismus. Gleichwohl könne er, von Aster, für seine Hochschule nicht sagen,

daß diese Gegensätze in die menschlich-persönlichen Beziehungen so zerstörend eingedrungen sind, wie das an mancher deutschen Universität der Fall gewesen zu sein scheint. Vielleicht, daß hier doch noch etwas süddeutsche Atmosphäre über den Main hinüber zu spüren ist. Auch habe ich gerade bei Persönlichkeiten, die sehr weit und leidenschaftlich ihren Platz politisch auf der Rechten einnehmen, doch gleichzeitig den Eindruck einer starken inneren Verbundenheit mit der akademischen Zeit des heute so gern geschmähten „Liberalismus“. Ich glaube, daß, wenn es sich einmal in Gießen um die Verteidigung von freier Lehre und Forschung handeln

75 Akten des Rektorats: „Kundgebung und Feier am 8.5.1933“ (Archiv der JLU Gießen, Nr. 2046).

würde, sich doch ganz von selbst eine Einheitsfront zu
entschiedener Abwehr zusammenfinden würde.⁷⁶

Im Vertrauen auf die Autonomie von Wissenschaft und Lehre glaubte der Professor die Universität als Institution frei von wirklicher politischer Einflussnahme, die zudem aufgrund des Eigeninteresses freier Forscher und Lehrer entschieden zurückgedrängt werden würde, sollte die Autonomie gefährdet sein. Dass diese Autonomie von Forschung und Lehre schon in den politisch bewegten Phasen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik ohnehin eine eher postulierte war, eine letzte und allein argumentative Rückzugslinie des vermeintlich „unpolitischen“ Professors, wurde nun gänzlich offenbar: Die Politisierung der Hochschulen und ihre Unterwerfung unter das neue Regime traf sich mit dem Wunsch der Nationalsozialisten nach politischer Säuberung gerade der Hochschulen. Diese Politisierung und ihre möglichen Konsequenzen offenbar nicht wahrgenommen zu haben und die Folgen unmittelbar selbst erleiden zu müssen, macht die besondere Tragik im Fall Ernst von Asters aus.

Resümee

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass es in Gießen aus den von uns vermuteten Gründen nicht zu einer Inszenierung der geistigen Säuberung kam, die einer Bücherverbrennung im Sinne der Ereignisse vom 10. Mai 1933 entsprechen würde - wenn auch die Verbrennung „zersetzenden Schrifttums“ durchaus Bereitschaft hierzu anzeigt. Der „Verlust an humaner Orientierung“ (Ralph Giordano) war sicherlich in der ritualisierten Verbrennung von Büchern symbolisiert, die in geistesgeschichtlicher Hinsicht als Fanal der Barbarei, als Auftakt zur „Unkultur-Politik“ der Nationalsozialisten zu verstehen ist.

Vielmehr, so haben wir argumentiert, darf die enge Verbindung der „Aktion wider den undeutschen Geist“ und ihres Höhepunkts, der Bücherverbrennungen am 10. Mai, mit der hier nur kurz skizzierten Krise der Hochschulen gegen Ende der 1920er Jahre nicht aus den Augen verloren werden: Die „Aktion“, ihre Durchführung und die folgende Umgestaltung der Hochschulen gehörten zu jenen Prozessen der Verdrängung unliebsamer Protagonisten und der Förderung neuer ge-

76 Ernst von Aster, Bildnisse deutscher Universitäten: Gießen. In: *Vossische Zeitung* vom 4. Februar 1933 (wiederabgedruckt in: Gießener Hochschulblätter 5 [1957], o. S.).

sellschaftlicher Gruppen, die den dunklen Kern der „Machtergreifung“ gleichsam überstrahlend verdeckten und dem Nationalsozialismus das stimulierende Gepränge des Aufbruchs, des Neuen gaben. Nicht zuletzt war diese Krise der Hochschulen und die sich daraus ergebenden Konflikte zwischen Studierenden, Nachwuchswissenschaftlern und etablierten Ordinarien Ausdruck einer Generationenkrise, der man in Gießen mit der Kundgebung und der deutlich auf diese Generationenkrise bezogenen Festrede von Philaletes Kuhn zu begegnen versuchte.

Die Bücherverbrennung: Wenn sie denn in Gießen überhaupt eine war, so war sie hier offenbar nur mitlaufendes Beiwerk, der bereits aus der literaturpolitischen Auseinandersetzung der Weimarer Zeit bekannte,⁷⁷ ‚radauhafte‘, kämpferische Anteil der nationalsozialistischen Bewegung. Als ritueller Akt von entscheidender Bedeutung für die Positionierung der Universität im neuen Raster der Macht dienten bei der Kundgebung, so meinen wir gezeigt zu haben, vielmehr die Ergebnheitsadressen an den Ehrengast, an Staatspräsident Werner. Mit ihm stand eine zentrale Symbolfigur für die Harmonisierung von Studenten, Universität und NS-Staat zur Verfügung, der einen weiteren symbolischen Akt wie eine aufwändig inszenierte Bücherverbrennung überflüssig erscheinen ließ. Unverstellt von einem bewusst dramatisch und suggestiv inszenierten Ritual der *damnatio memoriae* gibt dieser 8. Mai 1933 dann den historischen Blick frei auf die Zeichen der „neuen Zeit“ in Gießen: die Umsetzung der neuen Hochschul- und Personal-„Politik“ mit den unmittelbar und mittelbar vollzogenen Entlassungen und die freiwillige Unterwerfung der Ludoviciana auf dem Weg zur „Universität im neuen Reich“.

77 Vgl. dazu Treß, „Wider den undeutschen Geist“ (Anm. 7), S. 29-48.

Die vergessene Seuche - Die „Spanische“ Grippe von 1918/19

Utz Thimm

Der „Gießener Anzeiger“ druckte am 28. Mai 1918, wie zahlreiche deutsche Blätter, eine kleine Meldung der Agentur Reuter aus Madrid. Demnach waren der König, der Ministerpräsident und alle Minister an den rätselhaften Erscheinungen einer Krankheit erkrankt, die sich über ganz Spanien verbreitet und 30 Prozent der Bevölkerung befallen hatte. In den folgenden Tagen berichtete der Anzeiger wiederholt über diese Epidemie,¹ wodurch der Eindruck entstehen musste, sie sei von der iberischen Halbinsel ausgegangen.

Am 4. Juni fand sich in der in Marburg erscheinenden „Oberhessischen Zeitung“ eine andere kleine Notiz: „Es ist auffallend, wie hoch die Zahl der Todesfälle infolge Krankheit in der amerikanischen Armee ist. Sie soll die Zahl der im Felde Gefallenen um mehr als das Dreifache übersteigen. In etwa dreiviertel der Krankheitsfälle wird als Todesursache Lungenentzündung angegeben.“ Ein aufgeweckter Zeitungsleser mag sich überlegt haben, ob die Seuche nur auf die US-amerikanischen Truppen beschränkt war; vielleicht hatte er auch durch Heimaturlauber von einem „Blitzkatarrh“ an der Westfront erfahren. Aber dass die Epidemie „durch einen Bazillus katarrhalischen Typs“² in Spanien, die Lungenentzündungen in der US-Armee und die Vorgänge vor der eigenen Haustür zusammengehörten, hätte schon eine Menge Kombinationsvermögen erfordert.

Im „Gießener Anzeiger“ war jedenfalls nichts von dem zu lesen, was sich zur selben Zeit in der Stadt abspielte: „In den ersten Wochen des Juni 1918 trat in der Kaserne des hiesigen Infanterieregiments und in mehreren Reservelazaretten eine Erkrankung auf, die im großen und ganzen unter dem Bilde der Influenza verlief, aber doch mancherlei Besonderheiten in bezug auf bestimmte Komplikationen zeigte. Es erkrankten in ganz kurzer Zeit mehrere hundert Soldaten, von denen die schwereren Fälle alle in unsere [Medizinische] Klinik aufgenommen wurden. Von den letzteren sind 20% gestorben. Natürlich kann man

1 *Gießener Anzeiger*, 29. Mai, 31. Mai, 1. Juni und 4. Juni 1918.

2 *Gießener Anzeiger*, 1. Juni 1918.

über die Mortalität der Erkrankung keine sicheren Zahlen angeben. Wenn dieselbe auch gering war in bezug auf die Unzahl der erkrankten Soldaten, so hat die Influenza hier in Gießen unter dem Militär mehr Opfer gefordert als irgendeine andere Infektionskrankheit, die in kleineren oder größeren Epidemien im Kriege hier auftrat.³ Der Artikel aus einer medizinischen Fachzeitschrift nannte keine absoluten Zahlen, doch wurde am Hygienischen Institut bis Mitte Juli Material von 23 frischen Grippefällen untersucht.⁴

Im gesamten Reich flammte die Influenza gleichzeitig auf. Eine Richtung ist für diese Epidemie nicht auszumachen, was daran liegt, dass das Militär die Infektion weiträumig in Deutschland verteilt hatte. Das Gießener Infanterieregiment ist dafür nur ein Beispiel. Über einen der ersten Fälle in der Zivilbevölkerung im Gebiet des heutigen Hessens gibt eine Doktorarbeit aus Frankfurt Auskunft, wo in der Medizinischen Klinik der Universität am 26. Juni die Straßenbahnschaffnerin Chr. B. eingeliefert wurde. Sie hatte sich seit drei Tagen „sehr schlecht“ gefühlt und war zu Hause geblieben. Dann packte die 24-jährige Schüttelfrost. Bei der Einlieferung konnte sie kaum mehr sprechen; im Krankenhaus stieg ihr Fieber weiter, sie röchelte und spuckte einen blutigen Schaum. Am nächsten Tag nahm das Röcheln zu, auch ein Aderlass verbesserte nicht ihren Zustand. Abends um Viertel nach neun wurde die Kranke plötzlich unruhig, ihre Haut war blau verfärbt. Der Fallbericht verzeichnet nur noch: „Exitus letalis“.⁵

In einigen Betrieben habe ein Drittel bis zur Hälfte der Arbeiterschaft gefehlt, berichtete die „Frankfurter Zeitung“ einige Tage später.⁶ Dass Ende Juni auch nebenan, im Großherzogtum Hessen, die Influenza auftrat, stand nicht im „Gießener Anzeiger“, dazu musste man schon zur „Vossischen Zeitung“ greifen. Die wusste bereits am 29. Juni, dass dort - unter anderem in einem Großbetrieb in Rüsselsheim - Influenza in erheblicher Ausdehnung herrschte. Die „Oberhessische Zeitung“ lieferte ihren Lesern in einer Sammelmeldung, die sich allerdings auf Nürnberg, Dresden und Berlin bezog, erstmals am 1. Juli die korrekte

3 E. Becher, „Zur Klinik der Influenza von 1918“, *Medizinische Klinik*, Bd. 14, Nr. 41 (1918), S. 1009-1011, hier S. 1009.

4 Gotschlich, „Der bakteriologische Charakter der ‘Spanischen Krankheit’, *Deutsche Medizinische Wochenschrift*, Bd. 44, Nr. 30 (1918), S. 831.

5 Paula Löwenstein, „Beobachtungen während der Grippeepidemie des Jahres 1918“ (Diss. Frankfurt am Main, 1919), S. 15.

6 „Frankfurter Angelegenheiten“, *Frankfurter Zeitung und Handelsblatt*, 3. Juli 1918, Abendblatt.

Diagnose. In diesem Artikel wurde auch ein Kennzeichen erwähnt, das zum Markenzeichen der Seuche werden sollte: Während in normalen Zeiten Influenza vor allem Kleinkinder und Greise gefährdete, wurden jetzt „ältere Personen weniger als junge von der Krankheit befallen.“ Und: „Ein wirkliches Vorbeugemittel gegen die Erkrankung gebe es nicht.“ Trotzdem lautete der stete Refrain: „kein Grund zu ernster Besorgnis vorhanden“, „die Gefahr für die Zivilbevölkerung [sei] gering“.

Der „Gießener Anzeiger“ wandte sich der „Spanischen Krankheit“, wie er sie nannte, nach einem Monat Pause erst wieder am 3. Juli zu: In Karlsruhe, Mannheim und Ludwigshafen war da schon ein Drittel der Bevölkerung erkrankt, häufig litt sie unter Erbrechen; in München stieg der Krankenstand bei Straßenbahn und im Telefonamt, bei Post und Polizei; aber auch das Saargebiet, Bonn, Koblenz, Thüringen, Frankfurt an der Oder und Görlitz hatte die Epidemie erreicht. Die „Oberhessische Zeitung“, die insgesamt ausführlicher berichtete, hatte auch Details parat: „Der Erzbischof von München wurde während der Firmung in Freising plötzlich von der Krankheit betroffen. Wie die Polizei bekannt gibt, wurden während der letzten Tage zahlreiche Leute, teils auf der Straße, teils in Ausübung ihres Berufes von Ohnmacht, Fieber, Kopfschmerzen und Bruststechen befallen, so zwei Leute auf dem Bahnhof, als sie im Begriff waren, abzureisen, ferner sechs Beamtinnen des Fernsprechamtes. Eine Klempnerfrau, die auf einer Leiter stand, stürzte ohnmächtig herunter und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Eine Straßenbahnschaffnerin fiel während des Dienstes plötzlich ohnmächtig zusammen.“⁷

Aber weder aus Gießen, noch aus Marburg berichteten die beiden Lokalzeitungen, dass sich hier wahrscheinlich ähnliche Szenen abgespielt haben. Warum aber empfahl der „Gießener Anzeiger“ dann seinen Lesern, Nase und Mund reinzuhalten, und die Nase mit schwacher Kochsalz- oder Zuckerlösung, den Mund mehrfach am Tag mit schwacher Thymollösung auszuspülen?⁸ Laut „Oberhessischer Zeitung“ war das beste Hilfsmittel, die neue Krankheit zu bannen, Sonnenschein.⁹ Das Generalkommando in Kassel - damals noch „Cassel“ geschrieben - verfügte am 7. Juli: „In den Standorten des Korpsbezirks, in denen die Grippe epidemisch auftritt, ist den Heeresangehörigen der Besuch von Veranstaltungen, besonders Lichtspielvor-

7 *Oberhessische Zeitung*, 3. Juli 1918.

8 *Gießener Anzeiger*, 11. Juli 1918.

9 *Oberhessische Zeitung*, 6. Juli 1918.

stellungen, zu verbieten, deren Massenbesuch einer Verbreitung der Krankheit förderlich sein könnte.“¹⁰

In Frankfurt soll die Epidemie am 10. Juli ihren Höhepunkt überschritten haben.¹¹ Aber erst am 19. Juli stand in der „Oberhessischen Zeitung“, wie man sich angemessen verhalten hätte, nämlich beim Auftreten der ersten Krankheitssymptome das Bett aufzusuchen. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Epidemie tatsächlich am Abflauen.

Der preußische Regierungspräsident in Kassel bilanzierte 19 Tote, von denen zehn in der Medizinischen Klinik in Marburg gestorben waren. In dem Bericht fehlen Zahlen aus den Krankenhäusern des Stadtkreises Kassel, doch weil es Autopsien von Grippetoten gab, muss es auch in Kassel selbst zu Todesfällen gekommen sein. Die Krankenhäuser waren dort von dieser vergleichsweise harmlosen Grippewelle derartig überfüllt, dass Grippekranke ohne Komplikationen abgewiesen wurden. Die Lungenentzündungen sollen bereits „recht bösartig“ gewesen sein und gerade Personen im Alter von 21 bis 40 Jahren befallen haben. Der Regierungspräsident in Wiesbaden, der auch für Frankfurt am Main zuständig war, meldete dagegen 120 Todesfälle an öffentlichen Krankenanstalten. Trotzdem hielt er die Krankheit noch für überwiegend gutartig.¹² Aus dem Großherzogtum Hessen liegen keine Unterlagen vor.¹³

Im Prinzip war zwar bekannt, dass Influenza in Wellen auftritt, doch wurde allenfalls noch mit Nachepidemien gerechnet.¹⁴ Der „Kladderadatsch“ witzelte noch: „Um die ‚spanische Krankheit‘, die Grippe, zu vertreiben, lasse man sie von einer neu zu gründenden Kriegsgesellschaft ‚restlos‘ erfassen und darauf einen Höchstpreis dafür festsetzen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Krankheit dann im Nu verschwunden.“¹⁵ In der „Oberhessischen Zeitung“ wurden Ratschläge zur Vorbeugung anderer Krankheiten, wie etwa der Ruhr,¹⁶ gegeben.

10 Hessisches Staatsarchiv [in der Folge abgekürzt: H. StA.] Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 3

11 *Oberhessische Zeitung*, 11. Juli 1918.

12 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B, Nr. 3836: Regierungs-Präsident Cassel vom 2. September 1918 zu Erkrankungen- und Todesfällen an Influenza.

13 Die Akten des Innenministeriums sind im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden.

14 „Kriegsärztlicher Abend zu Berlin“, *Münchener Medizinische Wochenschrift* [in der Folge abgekürzt: *MMW*], Bd. 65, Nr. 31 (1918), S. 860.

15 *Kladderadatsch*, 14. Juli 1918.

16 *Oberhessische Zeitung*, 8. August 1918

Die zweite Welle

Für den „Gießener Anzeiger“ war Influenza über den gesamten August bis zum 21. September kein Thema, was diesmal tatsächlich das Erlöschen der Krankheit abbildet. Die erste Meldung kam wieder aus Spanien, und muss wie ein Déjà-vu-Erlebnis gewirkt haben: „Progres de Lyon’ meldet aus Madrid das Auftreten einer neuen geheimnisvollen Krankheit, die sich in ganz Spanien, besonders in der Madrider Garnison bemerkbar mache. Madrid verzeichne bisher 4 000 Fälle; die ersten Symptome seien die der spanischen Krankheit, die jedoch schnell in Typhus umschlage.“

Diesmal dauerte es ein paar Tage länger, bis die Seuche auch in Gießen losbrach, und wieder stand davon nichts in der Lokalzeitung. „Der Beginn und die Ausbreitung beider Epidemien, sowohl der Juni/Juli- als auch der Oktober/November-Epidemie an der medizinischen Klinik Gießen waren völlig gleich“, berichtete ein Doktorand. „In ganz kurzer Zeit kam es in Gießen und Umgebung zu massenhaften Erkrankungen, von denen die schwereren Fälle in die Klinik aufgenommen wurden, und die vor allem an Orten aufgetreten waren, wo eine größere Menschenmenge untergebracht war, wie z. B. in Kasernen, Reserve-lazaretten oder wo Menschen in größerer Anzahl im selben Raum beruflich tätig waren, wie z. B. in Fabriken. In den meisten Fällen hatten wir fast immer das gleiche Anfangsbild. Ganz plötzlich, ohne jede Prodromalerscheinung [Vorzeichen] mitten in der Arbeit Schüttelfrost oder leichtes Frösteln und die Schwere der Erkrankung setzte derartig foudroyant [blitzartig] ein, daß der Patient taumelnd im Zimmer hin und her fiel, und daß dieser Zustand durch keinerlei therapeutische Maßnahme momentan zu beheben war und nur sofortige Bettruhe als überhaupt einzige Maßnahme übrig blieb. [...]“¹⁷

Einen Einblick in die Zustände in Marburg bieten die Protokolle des Ärztlichen Vereins.¹⁸ Dort berichtete Professor von Bergmann „Klinisches zur Influenzaepidemie“: „[...] mit weit grösserer Morbidität [haben wir], in Marburg seit dem 20. September, eine ausgedehnte

17 Franz Adolf Müller, „Statistik der bis zum 27. November 1918 beobachteten Fälle von pandemischer Influenza 1918 an der Med. Klinik zu Giessen“ (Diss. Hessische Ludwigs-Universität zu Giessen, 1918), S. 6 f.

18 „Ärztlicher Verein zu Marburg. (Offizielles Protokoll.) Sitzung vom 27. November und 18. Dezember 1918.“, *MMW*, Bd. 66, Nr. 5 (1919), S. 140 ff., hier S. 141, sowie Nr. 6 (1919), S. 168 f. Leider wird in dem Protokoll nicht zwischen den beiden Sitzungsterminen unterschieden.

zweite Epidemie, die noch andauert. In vielen Ortschaften in der Umgegend Marburgs bis 1 Proz. Tote der Bevölkerung, andere wenige Orte bleiben anscheinend fast vollkommen verschont. Schon jetzt ist zu sagen, dass die Mortalitätsziffer diejenige der 1889-1891-Epidemie gewaltig übersteigt.“ Für die zweite Welle gab er vorläufig¹⁹ 224 Fälle an, von denen 70 gestorben waren. Überaus gefährlich wurde die Influenza, wenn sie durch eine Lungenentzündung (Pneumonie) kompliziert wurde: „Die Mortalität von über 50 Proz. bei der Influenzapneumonie weist auf ein besonders schweres Auftreten in hiesiger Gegend hin; die Mortalitätsziffern anderer Orte scheinen günstiger.“

Am 7. Oktober dementierte die „Oberhessische Zeitung“ ausdrücklich, dass die Pest ausgebrochen sei: „Die Gerüchte, daß in unseren Nachbarländern Schweiz, Italien und sogar auch bei uns die Pest, und zwar die Lungenpest aufgetreten sei, sind nach den neuen behördlichen Erhebungen unbegründet.“ Der Verdacht lag nahe, denn auch bei dieser neuen Krankheit färbte sich bei den Todkranken durch einen Zerfall der Blutkörperchen die Haut dunkelviolett, was der Pest des 14. Jahrhunderts den Beinamen „der schwarze Tod“ eingetragen hatte.

Am 18. Oktober entschuldigte sich das Blatt, dass es bei der Zustellung zu Verzögerungen kommen konnte und berichtete bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal aus Marburg: „Die Grippe, diese unangenehme Krankheit, die nun zum zweitenmale in vergrößerter Auflage ihre Rundreise angetreten hat, zeitigt für viele Betriebe die größten Störungen. Das überall nur ganz knapp bemessene Personal ist zum Teil erkrankt und mit dem Ersatz ist es jetzt nicht besser bestellt.“ Aber erst am folgenden Tag gab die „Oberhessische Zeitung“ zu, dass es auch in Marburg zu Todesfällen gekommen war: „Ueber die Grippe wird uns von der Polizeiverwaltung geschrieben: Seit Anfang dieses Monats hat die Grippe (Influenza) auch in Marburg eine noch immer wachsende, sehr erhebliche Verbreitung gewonnen. Leider sind auch bereits nicht wenige Todesfälle durch die Grippe verursacht worden. In der Regel ist der tödliche Verlauf durch das Uebergreifen der Erkrankung auf die Lungen bedingt. Die Grippe ist ungemein ansteckungsfähig. Der Ansteckungsstoff ist im Auswurf der Kranken enthalten.“ Es folgten eine Reihe von Verhaltensmaßregeln, wobei am wertvollsten noch der Rat gewesen sein dürfte, schon bei leichten Zeichen der Grippe im Bett zu

19 bis zum 27. November; die Zahlen beziehen sich vermutlich nur auf die Universitätsklinik.

bleiben und es auch nach der Genesung nicht zu früh zu verlassen, um die gefürchtete Lungenentzündung zu vermeiden. Am 21. Oktober schloss die Polizei Theater, Kinos und Konzerte. „Um dem religiösen Bedürfnis keinen Abbruch zu tun, sind diese Versammlungen gestattet, da sie meist ja nur von kurzer Dauer sein dürften.“²⁰

„Die Sterblichkeit in deutschen Städten hat nach dem Ausweis über die 43. Jahreswoche [20. bis 26. Oktober 1918] eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht“, merkte die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ zu ihrer statistischen Wochenübersicht an.²¹

Die Rolle der Zensur

In Marburg ging zunächst nur aus einer Sechs-Zeilen-Notiz hervor, dass die Seuche auch am Ort herrschte: „Wie in anderen Städten sind auch hier wegen der augenblicklich stark auftretenden Grippe die Ferien verlängert worden. Der Unterricht soll erst, wie heute bekannt gegeben wird, am Dienstag den 20. Okt. beginnen.“²² Am 19. Oktober wurden dann die städtischen Schulen und das Königliche Gymnasium auf unbestimmte Zeit geschlossen.²³ In einer Anzeige sorgte sich die Oberrealschule nebst Realgymnasium darum, dass ihre Schüler den Begriff „Ferien“ nicht allzu wörtlich nahmen: „Alle Schüler fordere ich dringend auf, soviel als möglich für das Vaterland zu arbeiten: durch Werbung zur Kriegsanleihe, Hilfe bei der Kartoffelernte, Sammlungen aller Art, besonders von Bucheckern, Eicheln, Kastanien, Brennesseln, wilden Hopfen usw. und durch Schularbeiten.“²⁴ Auch in Gießen kann man nur aus der Tatsache, dass am 18. Oktober „wegen Umsichgreifens der Grippe“ alle Volksschulen geschlossen wurden, schließen, dass die Influenza ausgebrochen war. Wenn eine derartig schwere Seuche nicht in der Zeitung erwähnt wird, liegt der Verdacht auf Zensur nahe. Eine Zensurverfügung, die sich speziell auf die „Spanische“ Grippe bezieht, ist allerdings bislang noch nicht nachgewiesen worden.

Kaiser Wilhelm II. hatte am 31. Juli 1914 das Deutsche Reich in den Kriegszustand versetzt; damit unterlagen alle nicht rein wissenschaftlichen Schriften der militärischen Pressezensur. Eine Präventivzensur fand in der Regel nicht statt, jedoch musste von jeder Zeitungsausgabe

20 *Oberhessische Zeitung*, 21. Oktober 1918

21 „Tagesgeschichtliche Notizen“, *MMW*, Bd. 65, Nr. 47 (1918), S. 1334.

22 „Marburg und Umgegend“, *Oberhessische Zeitung*, 12. Oktober 1918, Zweites Blatt.

23 *Oberhessische Zeitung*, 19. Oktober 1918

24 *Oberhessische Zeitung*, 22. Oktober 1918

ein Exemplar bei der Polizei des Erscheinungsortes abgeliefert werden.²⁵ Um dem Redakteur die Arbeit zu erleichtern, war die verwirrende Fülle von über 2000 Zensurverfügungen im „Zensurbuch für die deutsche Presse“ alphabetisch nach Stichwörtern geordnet worden. Dort wurde unter anderem bestimmt: „Medizinische Abhandlungen, welche die Bevölkerung beunruhigen und im feindlichen Ausland zu unserem Nachteil ausgebeutet werden können, dürfen nicht veröffentlicht werden.“²⁶

Die Redakteure versuchten sich offenbar zu behelfen, indem sie Agenturmeldungen aus Spanien, der Schweiz, England, Frankreich, ja sogar aus China brachten, denn Meldungen des offiziellen Wolff'schen Telegraphen Bureau waren generell für den Nachdruck freigegeben. Immerhin erfuhr der Leser so, dass er in einer weltweiten Pandemie und nicht nur in einer lokalen Seuche steckte.

Selbstverständlich durfte auch die Tatsache der Zensur nicht erwähnt werden.²⁷ Eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Italien kann deswegen als augenzwinkernder Hinweis auf die eigenen Verhältnisse gelesen werden: „Ende voriger Woche waren in Mailand etwa 80000 Personen an der Grippe erkrankt. Einzelheiten und die Zahl der Toten zu veröffentlichen, war den Zeitungen verboten. Die Epidemie [sic!] herrscht gleich stark in Rom und Genua. Auch dort ist es verboten, die sanitären Verhältnisse zu erörtern.“²⁸

Journalisten von heute pflegen gerne ein Bild von ihrem Berufsstand als dem natürlichen Gegner der Politik, aber für die Zeit des Ersten Weltkriegs ist leider das Gegenteil zu konstatieren. Die meisten Journalisten verstanden sich damals als Patrioten, die im Dienste ihres Vaterlandes die Nachrichten auswählten. Ausgerechnet die Oberste Heeresleitung hatte sie im April 1917 in einer Verfügung zu größerer Ausgewogenheit und Wahrheitstreue ermahnen müssen. Ihre Darstel-

25 Kurt Koszyk, *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg* (Düsseldorf: Droste, 1968), S. 70 f.

26 *Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg: Texte und Quellen*, hg. Heinz-Dietrich Fischer (Berlin: Volker Spiess, 1973), S. 245.

27 *Fall of the German Empire: 1914-1918*, hg. Ralph Haswell Lutz, Bd. 1 (New York: Octagon, 1969), S. 182 f.

28 „Vermischte Nachrichten“, *Frankfurter Zeitung und Handelsblatt*, 16. Oktober 1918, Zweites Morgenblatt.

lungen würden an der Front als zu schönfärberisch empfunden!²⁹ Zensur war also - mit Ausnahme der linksradikalen Presse - gar nicht notwendig, weil die Journalisten selbst dieses Geschäft besorgten. Dazu kam, dass Männer bis zum Alter von 45 Jahren der Militärpflicht unterlagen, so dass die übrig gebliebenen, alten Zeitungsleute wahrscheinlich froh waren, wenn sie ihr Blatt mit Agenturmeldungen füllen konnten.

In der „Oberhessischen Zeitung“ klagte am 30. Oktober ein Redakteur sein Leid: „Wohl wenige haben davon eine Ahnung, wenn sie ihre tägliche Zeitung in die Hand nehmen oder wenn sie unwillig darüber sind, daß sie einmal verspätet ankommt, mit welchen Schwierigkeiten besonders jetzt in dieser Kriegszeit der Zeitungsmann zu kämpfen hat. Die Störungen und Verspätungen bei der Uebermittlung der Nachrichten, die sich nachher anhäufen, das oftmalige Ausbleiben des Papiers, der Farbe, des Oels usw., Unterbrechungen der Kraftzufuhr im Verlaufe des Druckens und schließlich, wenn alles ‚im Schuß‘ ist, kommt die Grippe. Sie reißt Lücken in das Personal und läßt die Eisenbahnzüge, mit denen die Zeitungspakete fort sollen, ausfallen. So geht es nicht nur hier, sondern überall [...]“³⁰

Am 2. November wurde die Pressefreiheit in Deutschland weitgehend wieder hergestellt.³¹ Ironischerweise sorgten dann die Revolution - und später wohl auch die Kämpfe im Zeitungsviertel von Berlin - dafür, dass die Grippe kaum noch in der Presse auftauchte. In Darmstadt war es am Abend des 8. November zu Unruhen gekommen. Am Morgen des 9. November verkündete dort der „Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat“ eine „freie sozialistische Republik“.³² In Kassel übernahm ebenfalls in der Nacht vom 8. auf den 9. November ein provisorischer Soldatenrat Stadtverwaltung und Polizeigewalt.³³ In Gießen bildete sich am 9. November ein

29 Almut Lindner-Wirsching, „Patrioten im Pool: Deutsche und französische Kriegsberichterstätter im Ersten Weltkrieg“, *Augenzeugen: Kriegsberichterstattung vom 18. bis 21. Jahrhundert*, hg. Ute Daniel (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006), S. 123.

30 „Vom Zeitungsbetrieb“, *Oberhessische Zeitung*, 30. Oktober 1918.

31 Christian Schudnagies, *Der Kriegs- oder Belagerungszustand im Deutschen Reich während des Ersten Weltkriegs: Eine Studie zur Entwicklung und Handhabung des deutschen Ausnahmezustandsrechts bis 1918* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994), S. 219 f.

32 Eckhart G. Franz, *Das Haus Hessen: Eine europäische Familie* (Stuttgart: W. Kohlhammer, 2005), S. 185.

33 *Oberhessische Zeitung*, 9. November 1918

Arbeiter- und ein Soldatenrat.³⁴ Und bekanntlich wurden am 11. November die Kriegshandlungen durch einen Waffenstillstand beendet.

Die vergessene Seuche

Wahrscheinlich hängt es mit diesen Arbeitsbedingungen und den sich überstürzenden Ereignissen zusammen, dass das Grippe-Geschehen am Ort kaum im redaktionellen Teil dokumentiert wurde. Aufschlussreich ist dagegen das Studium des amtlichen Teils, der Todesanzeigen und der Werbung. Am 25. Oktober wurden die Kinos von der Polizei geschlossen, „nachdem Großherzogliches Kreisgesundheitsamt Gießen eine Ausdehnung der Grippe in der Stadt Gießen mit mehreren tödlichen Ausgängen festgestellt hat [...]“. Das wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, fuhr kaum noch. Wegen der Grippe waren Ende Oktober 45 000 Bedienstete bei den Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnen dienstunfähig.

Wegen der zahlreichen Erkrankungen unter den Beamten des Bahndienstes und zur Bewältigung des durch die Anforderungen der Heeresverwaltung und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zur Zeit stark angewachsenen Militär- und Güterverkehrs fallen sofort folgende Büge vorübergehend aus: Pz. 723 Frankfurt ab 4.13 N., Cassel an 8.29 N. — Pz. 722 Cassel ab 8.57 N., Frankfurt an 1.38 N.

Um eine Ueberlastung der noch verbleibenden Büge zu vermeiden, wird wiederholt und auf das dringendste erfucht, alle nicht unbedingt nötigen Reisen zu unterlassen, da andernfalls noch einschneidendere Maßnahmen zur Einschränkung des Personenverkehrs nicht zu vermeiden sind. Je mehr sich das Publikum in seinen Reisen beschränkt und dadurch mithilft, das durch die Einschränkung erstrebte Ziel zu erreichen, je eher wird es möglich sein, die Beschränkungen zu mildern oder ganz aufzuheben. Ebenso hängt es von der Selbstbeschränkung des Publikums ab, ob die Zahl der zu den einzelnen Bügen zu verausgabenden Fahrkarten von vornherein ein für allemal festgesetzt wird. Jedenfalls wird aber schon jetzt der Verkauf sofort eingestellt und die Bahnsteigsperrre geschlossen, sobald eine betriebsgefährliche Uebersetzung zu befürchten ist. Gleichzeitig wird in Ausführung der Allg. Ausführungsbestimmungen § (2) zu § 16 der Eisenbahnverkehrsordnung angeordnet, daß die Fahrt am ersten Tage der Geltungsdauer der Fahrkarten angetreten werden muß. Hinsichtlich der bereits vor Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gelösten Fahrkarten gelten noch die bisherigen Bestimmungen.

Königliche Eisenbahndirektion Frankfurt (M.)

Gießener Anzeiger vom 31. Oktober 1918

34 800 Jahre Gießener Geschichte: 1197-1997, hg. Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Gießen: Brühlscher Verlag, 1997), S. 216.

Verglichen mit dem letzten Friedensfahrplan verkehrte sowieso nur noch jeder fünfte Schnellzug, jetzt wurde der Ausfall weiterer Züge bekannt gegeben.³⁵ Am 4. November versuchte die Kreisschulkommision die Schulen wieder zu öffnen,³⁶ doch das Kreisgesundheitsamt ließ sie zwei Tage später wieder schließen. Am 8. November wurde die Schuljugend sogar belehrt: „Lies keine geliehenen Bücher“. Erst am 25. November wurde der Schulunterricht wieder aufgenommen.³⁷ In derselben Ausgabe wurde das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung, die unbeeindruckt vom Arbeiter- und Soldatenrat tagte, abgedruckt, wonach „infolge der erhöhten Sterblichkeit“ die Nachfrage nach Erbbegräbnissen stark zugenommen habe.

Die Todesanzeigen lassen das Ausmaß des Sterbens erahnen. Zwar wurde kaum jemals die Grippe oder eine Lungenentzündung als Todesursache erwähnt, aber ab dem 7. Oktober häufen sich zum Beispiel in der „Oberhessischen Zeitung“ Formulierungen wie „nach kurzem, aber schweren Leiden“ oder „plötzlich und unerwartet“. Auffällig ist das geringe Alter der Verstorbenen. So waren am 15. Oktober bei den fünf Anzeigen mit verdächtigen Formulierungen als Sterbealter das 40., 10., 16., 18. und einmal kein Lebensjahr angegeben; am 17. Oktober bei wiederum fünf verdächtigen Anzeigen das 28., zweimal das 20., das 13. Lebensjahr und einmal kein Alter. Die Todesanzeigen vermitteln den Eindruck, dass die Epidemie in Marburg ihren Höhepunkt Ende Oktober erreichte und bis Mitte Dezember anhielt.

Im Einzelfall lässt sich nachweisen, dass hinter Formulierungen vom Typ „plötzlich und unerwartet“ tatsächlich die Grippe steckt. Am 25. Oktober erschien in der „Oberhessischen Zeitung“ eine Todesanzeige für Gertrud Rade, die im 18. Lebensjahr „nach kurzer Krankheit“ gestorben war. Sie war die Tochter des Theologieprofessors Martin Rade, der am 27. Oktober an Karl Barth schrieb: „Lieber Karl, Unsere Gertrud ist uns von Gott genommen worden. Die arge Seuche hat sie betroffen, da war kein Halten. Wir sind sehr betrübt, aber wie sie selber tapfer dem Tode ins Auge geschaut hat, so wollen wir auch tapfer sein.“³⁸

35 *Gießener Anzeiger*, 28. Oktober 1918.

36 *Gießener Anzeiger*, 2. November 1918.

37 *Gießener Anzeiger*, 22. November 1918.

38 *Karl Barth - Martin Rade: Ein Briefwechsel* (Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1981), S. 144

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass Sonntag den 27. Oktober, morgens 5 Uhr, mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Philipp Dechert

an Lungenentzündung nach kurzem, schwerem Leiden im 32. Lebensjahre verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

| | | |
|---------------------------|----------|------------------------------|
| Meline Dechert geb. Krach | } Kinder | Otto Dechert, z. Z. im Felde |
| Mariechen Dechert | | Ed. Börner, z. Z. im Felde |
| Hans Dechert | | Familie Friedr. Volkmann |
| Philipp Dechert | } Eltern | Familie Lud. Volkmann |
| Marie Dechert | | Familie Aug. Krach |
| geb. Geißler | | Wilhelmine Krach |
| Anna Börner geb. Dechert | | |

Heuchelheim, Giessen und im Felde, den 27. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Dienstag, 29. Okt., mittags 1 Uhr, vom Sterbehaus Ernststr. 37 in Heuchelheim aus statt. 06866

Gießener Anzeiger vom 28. Oktober 1918

Ein weiterer Indikator für den Verlauf der Seuche sind die Anzeigen, die Grippe-Vorbeugungsmittel bewerben. Zum Höhepunkt der Krise erschien im „Gießener Anzeiger“ außerdem die Werbung eines Frankfurter Versicherungsvertreters, die ebenso in schwarze Balken wie eine Todesanzeige gerahmt war: „Beugen Sie den Folgen der Grippe dadurch vor, dass Sie Ihr Leben versichern. Sofortige Deckung kann gegeben werden. Kriegsteilnehmer können mit kostenlosem Einschluß der Kriegsgefahr durch Angehörige versichert werden. Sofortiger Vertreterbesuch auf Wunsch.“³⁹ Der Bischof von Fulda ordnete für seine Diözese an, dass im täglichen Gottesdienst das Gebet zur Abwendung der Todesgefahr einzufügen sei, solange die Epidemie andauere.⁴⁰

39 *Gießener Anzeiger*, 23. Oktober 1918.

40 „Hessen-Nassau und Nachbargebiete“, *Oberhessische Zeitung*, 28. Oktober 1918.

Beugen Sie den Folgen der
◆ Grippe ◆

dadurch vor, dass Sie Ihr
Leben versichern

Sofortige Deckung kann gegeben werden.

Kriegsteilnehmer können mit
kostenlosem Einschluß der Kriegsgefahr
durch Angehörige versichert werden.

Sofortiger Vertreterbesuch auf Wunsch.

Prospekte kostenlos.

Walter Strauss, Assekurranz,
Frankfurt a. M., Peterstrasse 4.

8044hv

Giessener Anzeiger vom 23. Oktober 1918

Bei **Grippe** haben sich ebenso wie bei Katarrhen der Luftröhre und des Rachens Inhalationen mit Eucalyptus-Del stets gut bewährt. Ein handlicher, durch seine eigenartige Konstruktion hierfür besonders geeigneter Apparat ist der Saug-Inhalator „**Taurus**“ der Pharmakon-Gesellschaft in Frankfurt a. Main. Derselbe ermöglicht wegen seines geringen Gewichts — Westentaschenformat — und billigen Anschaffungspreises (Mk. 4.50 einschließl. eines Fläschchens I a Eucalyptus-Del) jedermann die regelmäßige Anwendung ohne Berufstörung, namentlich auch als Vorbeugungsmittel. —
Erhältlich in Apotheken und Drogerien. 8203hv

Giessener Anzeiger vom 28. Oktober 1918

Die Grippe auf dem Land

Geschichte wird vor allem in den Städten geschrieben, aber noch lebten die meisten Deutschen auf dem Land. Am 25. Oktober übernahm die „Oberhessische Zeitung“ einen Kommentar aus dem „Gießener Anzeiger“ vom Vortag: „In vielen Orten tritt die Grippe in ganz bedenklichem Maße auf, und es werden von der Gesundheitsbehörde alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, ein weiteres Umsichgreifen der verheerenden Krankheit zu verhüten. Um so verwunderlicher ist es, daß unsere Landbevölkerung sich nicht dazu entschließen kann, den üblichen Leichenschmaus mit Kaffee und Kuchen abzuschaffen. In engen, überfüllten Räumen sitzen die Leidtragenden oft stundenlang beisammen, bedient von Angehörigen des jetzt Verstorbenen. Wir sind die letzten, die der Abschaffung schöner, altüberlieferter Sitten das Wort reden, aber im Interesse der Volksgesundheit (auch der Volksernährung!) sollte doch zur Verhütung der Ansteckungsgefahr darauf gedrungen werden, daß derartige Zusammenkünfte anlässlich von Beerdigungen vorübergehend unterbleiben.“

Im Aertzlichen Verein zu Marburg berichtete Eduard Müller, der im Umland unterwegs gewesen war: „Innerhalb der Herbstepidemie auffallende herdförmige Gut- und Bösartigkeit der Fälle in einzelnen Dörfern, einzelnen Häusern, einzelnen Familien [...]. Einzelne Dörfer wurden durch Influenzapneumonien fast dezimiert (6-8 Proz. Mortalität der Gesamtbevölkerung!). Einzelne Familien durch Grippepneumonien fast ausgestorben (z.B. eine Mutter mit ihren 3 Kindern, in einer anderen Familie von 5 Personen, 4 Grippepneumonien mit 2 Todesfällen).“⁴¹

Einen seltenen Einblick in die Zustände auf dem Land gibt auch ein Vorfall Ende Oktober in dem Rhöndorf Heubach (Kreis Schlüchtern).⁴² Von 600 Einwohnern waren dort ein Drittel erkrankt und 28 Personen gestorben. Der Kreisarzt wurde zur Berichterstattung losgeschickt und stellte einen Mangel an „privater Hygiene“ fest. Die Kriegsgefangenen im Ort betreute ein Assistenzarzt der Reserve, der sich im Feld ein Lungenleiden zugezogen hatte und deswegen als dienstuntauglich aus dem Heeresdienst entlassen worden war. Er berichtete an die Inspektion der Kriegsgefangenenlager beim 18. Armeekorps in Frankfurt am

41 „Aerztlicher Verein zu Marburg ...“, S. 141.

42 H. StA. Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 46

Main: „Die Erkrankung trat sehr heftig besonders bei den Kriegsgefangenen auf. An einem Tage erkrankten 11 an der Zahl. Ich habe angeordnet, daß diese Gefangenen sämtlich sofort dem nächsten Militär-lazarett [in Schlüchtern] zuzuführen seien. Der Königliche Landrat jedoch in Schlüchtern gab dies nicht zu mit der Weisung die leichten Kranken sollten die Schwerkranken pflegen. Da indess, wie allgemein bekannt sein dürfte, die Grippe, wie sie z. Zt. auftritt, eine so schwere Erkrankung ist, daß der Erkrankte nicht zu der geringsten Arbeit fähig ist, waren die Gefangenen ohne jede Krankenpflege; da auch die Gemeindegemeinschaft sich nicht um dieselben kümmerte war die Lage der Kranken bedauernswert.“⁴³ Vier Kriegsgefangene starben, davon drei nachdem sie schließlich doch in das Landkrankenhaus Fulda gebracht worden waren. „Da nun die Schwerstkranken transportiert werden durften und der Transport auf offenen Wagen und über 3 Stunden Weg vorsichgehen mußte, ist zweifellos hierin eine schwere Schädigung der Kranken zu sehen, die nicht eingetreten wäre, wenn die Kranken rechtzeitig abtransportiert wären. Ich erlaube mir anzufragen, wie ich mich im Wiederholungsfalle zu verhalten habe.“

Das Schreiben wurde wie eine heiße Kartoffel zunächst von der Inspektion der Kriegsgefangenenlager an das Sanitätsamt im 18. Armee-korps weitergereicht, von dort an den Regierungspräsidenten in Kassel und weiter an den Landrat in Schlüchtern. Der antwortete patzig, er habe angesichts der Ansteckungsgefahr für die übrige Bevölkerung und des Mangels an geeigneten Transportmitteln die einzig richtige Maßnahme getroffen.⁴⁴ Anscheinend sind dann über den Arzt, der sich da so eifrig für Kriegsgefangene einsetzte, Erkundigungen eingezogen worden. Jedenfalls findet sich in den Akten ein Schreiben des Kreisarztes in Schlüchtern, in dem dieser um Vertraulichkeit bittet und über den Kollegen berichtet: „Seine vorschriftsmäßige Anmeldung als ausübender Arzt ist bisher nicht erfolgt, weil er trotz Erinnerung bis jetzt seine Papiere (Approbation etc.) nicht vorgelegt hat. Mit der in Heubach stationierten Gemeindegemeinschaft hat Dr. Müller⁴⁵ von Anfang an Differenzen gehabt. [...] Dies zur Vorgeschichte. [...] Im Hinblick darauf, daß das im Frieden zur Verfügung stehende Krankenauto nicht benutzbar war und die Kranken den über 20 Kilometer weiten Weg von Heubach nach Schlüchtern wegen des außerordentlichen Pferdeman-gels

43 H. StA. Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 44

44 H. StA. Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 45

45 Name geändert

ebensowenig mit einem gewöhnlichen Fußmarsch transportiert werden konnten, sowie die beiden Lazarette in Schlüchtern außerdem ständig mit verwundeten und kranken Feldsoldaten überfüllt waren, hielt es der Landrat für ein Bestes, daß die kranken Kriegsgefangenen weiter in Heubach behandelt und gepflegt würden und gab dementsprechende Anweisung. Der Landrat hat somit lediglich den bei ihm anfragenden Bürgermeister den durch die Lage der Verhältnisse diktierten Rat gegeben, von einem Transport der Kranken abzusehen und sie in Heubach durch die gesund gebliebenen Kameraden pflegen zu lassen, da es der Schwester nicht zugemutet werden konnte, mit Dr. Müller noch zusammenzuarbeiten.⁴⁶ Unter den vier verstorbenen Kriegsgefangenen befanden sich ein Franzose, ein Russe und zwei Personen mit russisch klingenden Namen.⁴⁷

Die Todesanzeigen erzählen ähnliche Geschichten von deutschen Soldaten. Hermann Elsas war kurz vor Kriegsende im September in Palästina in englische Kriegsgefangenschaft geraten. Dort starb er am 11. Oktober, 32 Jahre alt, an Lungenentzündung.⁴⁸ Der 23-jährige Lorenz Bischoff hatte 44 Monate als Kriegsgefangener im englischen Kegworth verbracht, wo er am 2. November einer Lungenentzündung erlag.⁴⁹

Das Kriegsgefangenenlager Gießen

Im Gießener Stadtarchiv liegen die Pläne eines riesigen Kriegsgefangenenlagers an der Grünberger Straße in Höhe der US-amerikanischen Wohnsiedlung. Sollten diese Pläne verwirklicht worden sein, dann hätten allein schon die Krankenbaracken 350 Betten umfasst.

Der französische Unteroffizier Émile Moussat war der Erste, der im Lager Gießen erkrankte. Frisch eingetroffene portugiesische Kriegsgefangene, von denen einer im Etagenbett unter ihm untergebracht worden war, hatten die Seuche mitgebracht. Am nächsten Morgen war der Portugiese tot. Sein eigenes Überleben führte Moussat auf den Chininvorrat zurück, den er sich angelegt hatte, und auf seine Weigerung, sich ins Krankenhaus verlegen zu lassen.⁵⁰

46 H. StA. Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 42

47 H. StA. Marburg Best. 165 Nr. 5970, Blatt 44

48 *Oberhessische Zeitung*, 16. Dezember 1918.

49 *Loc. cit.*

50 Émile Moussat, *L'Ame des Camps de Prisonniers: Récits d'exil en Allemagne de 1914 à 1918* (Paris, Limoges, Nancy: Charles-Lavauzelle, 1945), S. 245 f.



Gießen: Im Lazarett

Kriegsgefangene durften über die Post auch mit Lebensmitteln aus der Heimat versorgt werden, so dass inmitten der hungernden deutschen Bevölkerung die Ernährungslage zumindest der britischen und französischen Insassen, die Familien in der Heimat hatten, erträglich war. So erklärt sich die Geschichte, die Moussat mit dem deutschen Leutnant seiner Kompanie erlebte:

„Eines Tages 1918 begleitete ich einen meiner Kameraden als Übersetzer, und wir fanden den Offizier weinend, den Kopf in die Hände gestützt, vor.

Überrascht und fassungslos erklärte er: „Meine beiden Kinder haben die Spanische Grippe. Sie müssen um jeden Preis ernährt werden, und sie vertragen nur Milch. Ich habe die ganze Stadt durchstreift und habe das Land abgegrast, ohne einen Liter Milch zu finden. Alle Kühe sind aufgeessen worden, und meine beiden Kinder sterben!“

Ich wechsele einen Blick mit meinem Kameraden. Wir verschwinden und kehren schnell mit einigen Büchsen Kondensmilch zurück: „Herr Leutnant, Ihnen würden wir keine Milch geben. Aber mit Kindern führen wir keinen Krieg. Wir wären glücklich, sie retten zu können. Akzeptieren Sie dieses Geschenk von zwei Papas, die ihre Gören seit vier Jahren nicht mehr gesehen haben!“

Er konnte uns nicht danken, so sehr schluchzte er, und wir sind geflüchtet, als ob wir schuldig wären.

Unglücklicherweise muss diese Szene einen Zeugen gehabt haben, oder jemand hat uns denunziert. Als der Offizier das Lager verlassen wollte, forderte ihn ein Feldwebel auf, sich unverzüglich beim Kommandanten zu melden. Er musste seine Taschen ausleeren, die Milch wurde konfisziert, und er wurde sofort wegen Handel mit dem Feind ins Gefängnis gebracht. Die Revolution befreite ihn dann, aber seine beiden Kinder waren tot! Ich hätte viel darum gegeben zu erfahren, wer das Schwein war, der sich unsere Kondensmilchbüchsen einverleibt hat.

Unter den schlecht ernährten Kindern hat die Spanische Grippe schlimm gewütet; man musste sie in mehreren Lagen beerdigen, weil die Friedhöfe zu klein waren. Und Deutschland hielt, auf irgendein Wunder hoffend, immer noch durch.⁵¹

Als Deutschland schließlich doch aufgab, gab es 520 000 Franzosen in den Kriegsgefangenenlagern.⁵² Émile Moussat hatte Glück, weil er unmittelbar nach der Revolution in die Heimat zurückkehren konnte. So hat er das eigentliche Grippesterben nicht mehr miterlebt, das mit der dritten Welle im Dezember im Lager Gießen ausgebrochen zu sein scheint.

Ein Grippesterben im Kriegsgefangenenlager Gießen?

Für die Behandlung von Kriegsgefangenen galt grundsätzlich die Haager Landkriegsordnung von 1899, ergänzt um zahlreiche zwischenstaatliche Abkommen. Demnach hätten alle Internierten nach Kriegsende möglichst rasch in die Heimat entlassen werden müssen. Die größte Gruppe, die russischen Gefangenen, hätte Ende 1918 also gar nicht mehr bei den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn vorhanden sein dürfen, denn an der Ostfront war der Kriegszustand bereits am 3. März mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk beendet worden. Auch in ihm war noch einmal bekräftigt worden, dass die Gefangenen beider Seiten „tunlichst bald“ ausgetauscht werden

51 *Ibid.*, S. 286 f.

52 Léon Bernard, *La défense de la santé publique pendant la guerre* (Paris: Les Presses Universitaires de France, 1929), S. 466.

mussten.⁵³ Im Deutschen Reich wollte man jedoch bis zum Kriegsende an der Westfront auf die billigen und fleißigen Arbeitskräfte nicht verzichten; außerdem erschwerte der russische Bürgerkrieg den Austausch. Tatsächlich waren bis Ende Oktober nur 250 000 Russen zurückgeführt worden, eine Million saß noch in Deutschland fest.⁵⁴

„Das war unser Alptraum“, erinnerte sich General Dupont von der Interalliierten Kommission in Bezug auf die Russen. Der Kommission war im Januar 1919 die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen übertragen worden. Dupont ließ die Transporte einstellen, nachdem er erfahren hatte, dass rückgeführte Gefangene mitten im Winter ohne ausreichende Bekleidung und Nahrung auf freiem Feld, wo die Eisenbahnstrecken mit deutscher Normalspur endeten, ausgeladen worden waren. Das ganze Jahr hindurch weigerten sich vor allem Polen und Rumänien, russische Kriegsgefangene durchzulassen. Erst im Mai 1920 konnte die geregelte Repatriierung wieder aufgenommen werden; einzelne Gefangene haben sich aber auch auf eigene Faust zu Fuß in die Heimat durchgeschlagen.⁵⁵

Im Abschlussbericht der Weltgesundheitsorganisation *Office International d'Hygiène Publique* zur „Spanischen“ Grippe wird von allen Kriegsgefangenenlagern ausgerechnet das Gießener hervorgehoben: „Gegen Jahresende waren die nach Frankreich zurückkehrenden Gefangenen ebenfalls sehr geschwächt. Bestimmte Transporte, die vor allem aus dem Lager Gießen stammten, ergaben eine erhebliche Erkrankungs- und Sterberate.“⁵⁶

53 Frédéric Guyot, René Guillermin und Albert Meyer, „La situation sanitaire des prisonniers de guerre de l'Entente en Allemagne, pendant la période de l'armistice (Décembre 1918-Janvier 1919)“, *Revue Internationale de la Croix-Rouge*, Bd. 1, Nr. 2 (1919), S. 183; Vertragstext in: *Lager, Front oder Heimat: Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917 bis 1920*, hg. Inge Pardon und Waleri W. Shurawljow, Bd. 1: *Dokumente 1917 bis 1919* (München: K. G. Saur, 1994), S. 53.

54 „Chronique: La situation des prisonniers de guerre et des internés civils depuis la conclusion des armistices“, *Revue Internationale de la Croix-Rouge*, Bd. 1, Nr. 1 (1919), S. 42. Auf S. 37 im selben Bericht sind dagegen zum 11. November 1918 nur 80 000 ausgetauschte Gefangene bei anderthalb Millionen Internierten in Deutschland genannt.

55 Klaus Otte, *Lager Soltau: Das Kriegsgefangenen- und Interniertenlager des Ersten Weltkriegs (1914-1921) Geschichte und Geschichten* (Soltau: Mundschenk, 1999), S. 263 ff.

56 Pottevin, „Rapport sur la pandémie grippale de 1918-1919 présenté au comité permanent de l'Office International d'Hygiène Publique“, *Bulletin Mensuel de l'Office International d'Hygiène Publique*, Bd. 13, Nr. 2 (1921), S. 125-181, hier S. 140: « A la fin de l'année, les prisonniers rentrant en France furent aussi très éprouvés. Certains

Auf dem Neuen Friedhof am Rodtberg in Gießen liegen in Abteilung III, Bezirk E die verstorbenen Kriegsgefangenen aus beiden Weltkriegen begraben. Drei Viertel der Gräber stammen aus dem Ersten Weltkrieg. Gräber französischer Soldaten sind nicht vorhanden; die Leichen sind nach dem Krieg in heimische Erde umgebettet worden, wie ein dicker Packen Protokolle im Stadtarchiv belegt.

Die Gießener Kriegsgefangenengräber aus dem Ersten Weltkrieg beherbergen deswegen fast ausschließlich die Leichen russischer Soldaten.⁵⁷ Aus dem Jahr 1914 sind auf dem Neuen Friedhof drei russische Soldaten, die in einer Klinik verstorben waren, bestattet; aus dem Gefangenenlager stammen aus dem Jahr 1915 fünfzehn Tote, 1916 zwei Tote, 1917 neun Tote und 1918 bis zum August sechzehn Tote, zu denen möglicherweise schon einige Opfer der ersten Welle der „Spanischen“ Grippe gehören. Aus der Zeit von Oktober 1918 bis Februar 1919 datieren dagegen die Gräber von 113 Toten, darüber hinaus sind einige Gräber ohne Datum. Da über ein Massaker an russischen Soldaten in Gießen nichts bekannt ist,⁵⁸ liegt die „Spanische“ Grippe als Erklärung für den Tod so vieler Gefangener nach Kriegsende mit Schwerpunkt im Dezember nahe.⁵⁹ Wenn diese These stimmt, so wäre der Gießener Kriegsgefangenenfriedhof vor allem ein Friedhof für Opfer der „Spanischen“ Grippe.

convois, provenant en particulier du camp de Giessen, ont donné une morbidité et une mortalité considérables. »

57 Den Hinweis verdanke ich Ludwig Brake.

58 Wie es mit 53 russischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Puchheim geschah, die Anfang Mai 1919 an einer Kiesgrube in der Nähe von Gräfelting erschossen wurden.

59 Nach Auskunft des Bundesarchivs gibt es dort keine Unterlagen zum Gießener Kriegsgefangenenlager, die Akten im Gießener Stadtarchiv geben über dessen Schlussphase keine Auskunft.

Der Gießener Neue Friedhof auf dem Rodtberg - ein Friedhof mit ‚landschaftlicher‘ Gestaltung*

Dagmar Kuhle

„Nicht ohne Widerstände übte ich als Kind das Friedhofsgehen mit meiner Großmutter, die auf Friedhöfen zu Hause war. Sobald sie einmal beschlossen hatte, dass es an der Zeit war, mit mir auf den Friedhof zu gehen, nahm ihr Gesicht eine unirdische Vorfreude an, sie wurde glücklich und munter. Geschäftig und heiter summend präparierte sie, was mitzunehmen war: das ‚Friedhofsbesteck‘ - Schaufel, Harke, Beslein -, eine Brotzeit, ein Bier, ein Blumenstöckchen oder Kränzchen, ein Fläschchen mit geweihtem Wasser vom letzten Sonntag. Und befreit, mich, das Kind, an der Hand, flatterte sie mir voran, als sei sie froh, ihren Geist bereits los zu sein“.¹

Diese Beschreibung von Barbara Bronnen, im Rückblick auf ihre Kindheit erzählt, trifft wohl für viele Friedhofsbesuche zu. Die Konzentration ist auf die anstehenden Tätigkeiten gerichtet, auf das Grab, das besucht werden soll. Die geplanten Tätigkeiten sind der Anlass, sich auf den Weg zu machen - und nebenbei kann der eine oder andere Gedanke an den Verstorbenen, an Geschichten zu dem Verstorbenen aufkommen. In dieser oder ähnlicher Weise ist das, was wir Gedenken nennen, wohl vorzustellen. Die Wege zum Friedhof und die Wege auf dem Friedhof sind wichtig, um solchen Gedanken Raum geben zu können. Dabei werden diese Wege in der Regel nicht bewusst wahrgenommen, eben weil die Gedanken woanders weilen. Platz für das Gedenken zu geben - dazu können die Wege etwas beitragen, wenn sie ohne große Konzentration gegangen werden können, wenn sie eine gute Orientierung ermöglichen und von Bäumen beschattet sind, und wenn die am Wege liegenden Dinge auch dazu angetan sind, sich all-

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, gehalten in Gießen am 10.09.2006 zum Tag des Denkmals auf dem Friedhof Rodtberg. Mein Dank gilt Hans-Joachim Rauch vom Amt für Denkmalpflege in Gießen für die freundliche Bereitstellung von Bildmaterial, T. Röhmel vom Gartenamt in Gießen, Dagmar Klein und Ekkehard Dammann für Unterstützung bei der Recherche.

1 Barbara Bronnen, Friedhöfe, Warum ich für mein Leben gern über Friedhöfe gehe, München 1997, S. 19.

mählich auf den Friedhof einzustellen. Grabsteine und Pflanzen können für die Besucher zum Anlass werden, den Friedhof mit vielen Sinnen wahrzunehmen, bis hin zu nur im Inneren vollzogenen Reflexionen über die Themen Leben und Tod.



Lindenallee entlang eines Hauptweges (Foto: Dagmar Kuhle)

Ein relativ dichtes Nebeneinander aus gebauter Kultur und ‚Natur‘, das eine solche Art der Annäherung ermöglicht, ist vor allem in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden, als der Planung von Wegen und Bäumen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Mit dem nachfolgenden Beitrag soll am Beispiel des Friedhofs auf dem Rodtberg in Gießen den Veränderungen in der Friedhofsplanung jener Zeit nachgegangen werden.

Zu Beginn sei daran erinnert, dass vor dem Ende des 19. Jahrhunderts - also vor der Entstehungszeit des Friedhofs am Rodtberg, der 1903 in Betrieb genommen wurde - über einen langen Zeitraum hinweg eine Friedhofsgestaltung unter ästhetischen Gesichtspunkten in der Regel keine Rolle spielte. Über viele Jahrhunderte hinweg war zunächst der Kirchhof der übliche Ort für Bestattungen. Wir können nur vermuten, dass darin den Gräbern um die Kirche eine andere als die uns heute

geläufige Bedeutung zukam - allein daher, weil sie in recht geringen Zeitabständen immer wieder neu belegt wurden, sie also nur von kurzer Dauer waren. Wenngleich hinzugefügt werden muss, dass die Gräber damit nicht ganz spurlos verschwunden waren, da die erhaltenen Schädel- und Beinknochen dann in ein Beinhaus gebracht wurden. Für die Sorge um das Seelenheil der Verstorbenen, die damals wesentlich war, scheint jedenfalls der Bestand eines Grabes in seiner ursprünglichen Form nicht zwingend erforderlich gewesen zu sein. Auch sind Berichte von noch anderen Nutzungen des Kirchhofs bekannt, wie ein Beweiden durch Vieh, die Anlage von Obstbaumbeständen und die Ernte von Gras.² Bilder aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - zum Beispiel von C. D. Friedrich das Bild ‚Friedhof im Schnee‘ aus dem Jahr 1826 - und aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts - zum Beispiel eine Zeichnung des Friedhofs zu Bredegatt in Schleswig-Holstein von K. Kühner³ -, die Kirchhöfe vermutlich im Zustand der jeweiligen Zeit darstellen, lassen keine Schlüsse auf eine allgemein verbreitete ‚Gestaltung‘ durch Bäume oder dergleichen zu. Es war das Gedanken- gut um die Zeit der Reformation, das wesentliche Veränderungen bezogen auf die Bedeutung der Lage der Gräber und ihrer Art der Anlage mit sich brachte. So geriet auch die Vorstellung in Kritik, für das Seelenheil sei eine Lage des Grabes nahe dem Altar oder nahe der Kirche Voraussetzung. Diese Kritik schuf vom religiösen Verständnis her die neue Grundlage dafür, dass im Laufe der Zeit auch unabhängig von Kirchengebäuden angelegte Friedhöfe als ‚vollwertig‘ gelten konnten. In Gießen ist hierfür der ‚Alte Friedhof‘ ein Beispiel, etwa um das Jahr 1530 angelegt. Mit dieser frühen Entstehungszeit scheint er jenen Friedhofsverlagerungen an Orte außerhalb der Stadt zuzurechnen zu sein, die zunächst aufgrund praktischer und hygienischer Erwägungen vorgenommen wurden.⁴ Eine weitere Ursache für die Anlage des Alten

2 Ludger Heuer, Ländliche Friedhöfe in Unterfranken von 1800 bis 1950, Dettelbach 1995, S. 274 f.

3 Karl Kühner, Mehr Sinn für die Stätten unsrer Toten, Stuttgart o. J. (ca. 1910), S. 2.

4 Ekkehard Friedrich Dammann, Spekulative Zeitlupe eines weiten Schritts, Über Bestattungsorte und den Kern des Alten Friedhofs in Gießen, in: Gerhard Freiling/Günter Schärer-Pohlmann (Hg.), Geschichte und Kritik, Beiträge zur Gesellschaft, Politik und Ideologie in Deutschland, Heinrich Brinkmann zum 60. Geburtstag, Gießen 2002, S. 367-408, hier S. 380 f. Die Notwendigkeit der Anlage aufgrund einer großen Zahl von Pesttoten lässt sich nach Dammann nicht belegen (S. 386 f.). Siehe auch Reiner Sörries, Kirchhof oder Coemeterium? Anmerkungen zum mittelalterlichen Friedhof, zu den Sonderfriedhöfen und zur Auslagerung vor die Stadt, in: Norbert Fischer/Markwart

Friedhofs lag wahrscheinlich in der Aufgabe des Friedhofs auf dem Seltersberg, um vor der zur Festung bestimmten Stadt Gießen ein für militärische Zwecke einsehbares, freies Feld zu schaffen.⁵

Bei den meisten im 16. Jahrhundert entstandenen Friedhöfen ging die Struktur schlicht aus einer Erschließung aus Haupt- und Querwegen hervor und ergab eine Einteilung in vier Grabfelder. Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Bestattung in Kirchen und auf Kirchhöfen zunehmend untersagt, was eine Anlage neuer Friedhöfe erforderlich werden ließ. Neben dem Anspruch, bei einer Neuanlage Erkenntnisse oder Vermutungen über hygienische Erfordernisse umzusetzen und die Belegung ökonomisch zu bewerkstelligen - beide Punkte suchte man mit der Einführung des Reihengrabes zu bewältigen - wurde die innere Gliederung des Friedhofs allmählich auch durch das Nebeneinander unterschiedlicher sozialer Lagen, das heißt einem Nebeneinander aus Reihengräbern und Wahlgräbern, geprägt. Dieser Entwicklung lag zugrunde, dass die Einbindung der Gräber in ein religiös begründetes System weggefallen war. Letztlich hat das Gedankengut der Reformation den Friedhof für die Einführung ‚neuer Bilder‘, für ästhetische Gestaltungen, geöffnet.

Ein Friedhof des 18. Jahrhunderts, der aufgrund seiner Anlage als vorbildhaft bekannt wurde, war der Begräbnisplatz in Dessau (1787), mit einem mittigen Rondell aus Akazien und mit vier von Akazien eingefassten Grabfeldern.⁶ Hier lagen am Rand der Felder die Gräber der wohlhabenden Bürger und im Inneren die Reihengräber mit einer kürzeren und festgelegten ‚Liegezeit‘. Eine Pflanzung von Bäumen auf Friedhöfen war aus hygienischen Gründen durchaus umstritten, wie nachfolgendes Beispiel aus Mainz aus dem Jahr 1847 belegt. Von einer besonderen Commission des Gemeinderates wurden Vorschläge zur Einrichtung eines Begräbnisplatzes eingereicht, die folgendermaßen begründet wurden:

„Bei einem Begräbnisplatze muss dahin gewirkt werden, daß der Luftzug so wenig als möglich gehemmt, die Verwesung der Leichen möglichst befördert und das Aufsteigen der schädlichen Dünste aus der

Herzog (Hg.), Nekropolis, Der Friedhof als Ort der Toten und der Lebenden, Stuttgart 2005, S. 23-34.

5 Gerhard Bernbeck, Der Alte Friedhof in Gießen, 1. Auflage, Gießen 1977, S. 6 f.

6 Barbara Happe, Die Entwicklung der deutschen Friedhöfe von der Reformation bis 1870, Tübingen 1991, S. 98.

Erde möglichst verhindert werde. Diese Zwecke werden dadurch erreicht, dass hochstämmige Bäume so wenig als möglich auf dem Begräbnisplatz geduldet werden, dass derselbe ganz mit Pflanzen überdeckt wird, welche die verwesenen Theile einsaugen und das Durchdringen der schädlichen Dünste verhindern“.⁷ Bei der Anlage von Friedhöfen führten solche Diskussionen offenbar dazu, Bäume nur am Rand des Friedhofs oder am Rande der Grabfelder einzusetzen.

Auf noch einen Friedhofstypus soll hier eingegangen werden, da er für einen Teil des Friedhofs am Rodtberg Pate gestanden hat, auf den Camposanto-Friedhof. Dies waren Friedhöfe auf einem rechteckigen, zumeist quadratischen Grundriss, mit einer allseitigen Einfassung aus Arkaden oder Gruftkapellen.⁸ Barbara Happe führt das Entstehen dieser Form letztlich auf den Verlust der kultischen Mitte - des Kirchenbaus - zurück; es entstand ein neues Muster, indem auf den nun weltlich geprägten Friedhöfen den Arkadengräbern am Rand eine ähnlich große Bedeutung gegeben wurde wie ehemals den Gräbern im Kircheninneren. Die Betonung der Ränder - der Ränder eines Grabfeldes wie des Randes eines Friedhofs insgesamt -, die durch eine Belegung mit privilegierten Gräbern erfolgt, lässt sich bis in das 19. Jahrhundert hinein nachvollziehen.

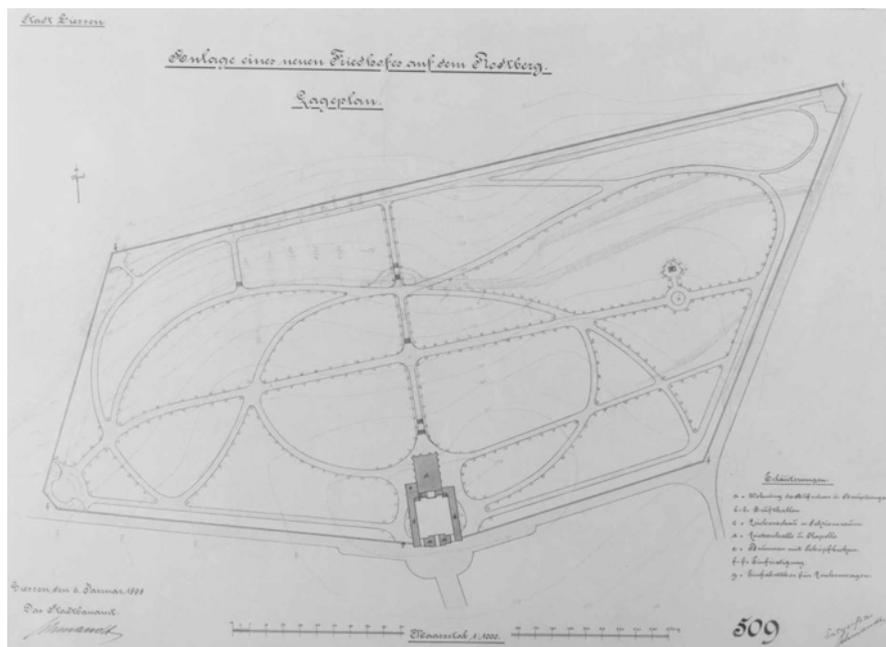
Auf dem Gießener Friedhof auf dem Rodtberg sind nun einige der vorgestellten Regeln für die Anlage von Friedhöfen wieder zu finden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Gelände erst durch mehrere Erweiterungsphasen auf die heutige Größe von etwa 24 Hektar anwuchs.⁹ So zeigt der Plan von 1898 für das ursprünglich etwa neun Hektar große Gelände zwei gerade verlaufende, einander in der Mitte der Friedhofsfläche kreuzende Hauptwege, wie es für regelmäßig erschlossene Friedhöfe mit vier Feldern typisch war. Auch die Regel, Bäume nur am Rande der Flächen einzusetzen, fand hier Anwendung. So sind die Hauptwege beidseits von Baumreihen gesäumt, während die übrigen Wege nur von einer einfachen Baumreihe begleitet sind. Schließlich finden wir auch eine Betonung der Ränder, denn dem Belegungsplan ist zu entnehmen, dass entlang der Ränder der Grabfelder

7 Der Gemeinnützige, Nr. 34, 1847, S. 134, zitiert in: Barbara Happe (Anm. 6), S. 105.

8 Happe (Anm. 6), S. 90, 208, 215.

9 Eva Broschek, Denkmalpflegerische Untersuchung über den Friedhof Rodtberg in Gießen, Gießen o. J. (1994), S. 8.

sowie entlang der Außenmauer des Friedhofs Wahlgräber und in der Mitte der Felder Reihengräber vorgesehen waren.



*Plan von 1898 vom Friedhof auf dem Rodtberg mit Ulmenallee
(Hochbauamt Stadt Gießen)*

Doch ist in diesem Friedhof auch eine neue Mode zu finden, zumindest in einigen Merkmalen angedeutet, wie eine zweite Schicht, die über das bisher Bekannte gelegt wurde, die Mode des Parkfriedhofs, auch als ‚landschaftlicher Friedhof‘ bezeichnet.¹⁰

Auffälligstes Merkmal ist der gekrümmte Verlauf aller Wege seitlich der beiden Hauptwege. Eine solche Anlage von Wegen in weiten Bögen, verbunden mit der Absicht, auf diese Weise die Erschließung dem Höhenverlauf des vorhandenen Geländes möglichst eng anzupassen, war charakteristisch für den landschaftlichen Friedhof, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland Verbreitung fand. Dabei war der Einsatz gekrümmter Wege nicht allein auf Friedhofserschließungen beschränkt, sondern allgemein im Städtebau ver-

10 Hans Pietzner, *Landschaftliche Friedhöfe, ihre Anlage, Verwaltung und Unterhaltung*, Leipzig 1904.

breitet, begründet mit den Argumenten, damit künstlerisch Einfluss zu nehmen und für das Laufen entlang der Wege größere Abwechslung zu schaffen.¹¹



Ansicht Gräberfeld (Hochbauamt Stadt Gießen)

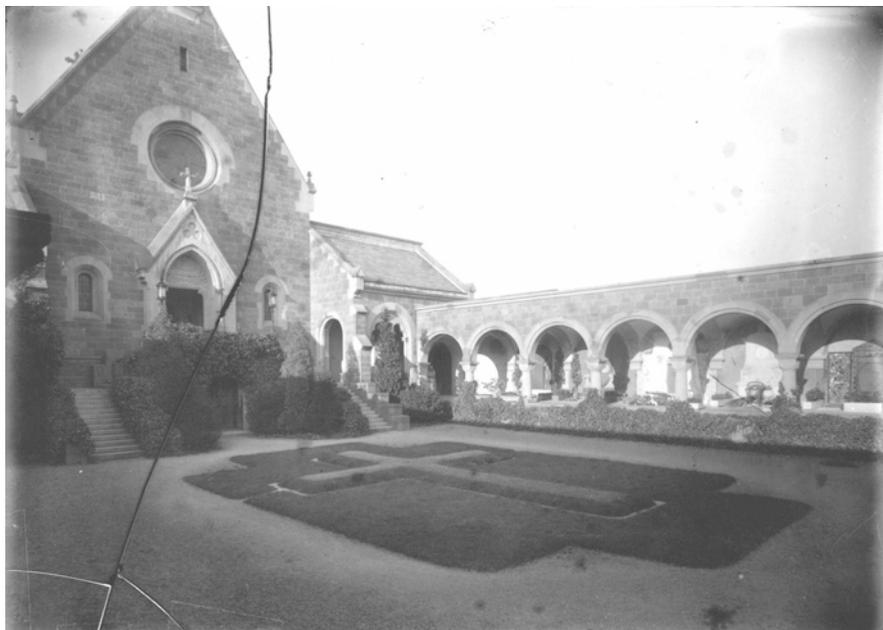
Ein weiteres Merkmal des landschaftlichen Friedhofs, die Anlage von Aussichtspunkten, war auf dem Rodtberg Friedhof zumindest geplant. In zeitgenössischen Berichten wurde die vom Friedhof aus bestehende Sichtbeziehung zur umgebenden Landschaft, insbesondere zum Gleiberg hin, beachtet und hervorgehoben, und für eine Stelle war ein Aussichtshügel auf das Gleiberger Land vorgesehen.¹²

Ein drittes Merkmal für einen landschaftlichen Friedhof wurde wiederum umgesetzt, indem neben dem Hauptgebäude ein geometrisch angelegter Hof der Anlage besonders repräsentativer Begräbnisstätten diene. Dieser Hof vor der Trauerhalle ist allseits von Arkadengängen umgeben, nach dem schon als Friedhofstyp erwähnten Vorbild

11 Josef Stübgen, Handbuch der Architektur, Viertes Teil, Entwerfen, Anlage und Einrichtung der Gebäude, 9. Halbband: Der Städtebau, Leipzig 1924, S. 73 f., 76.

12 Ludwig Brake/Jürgen Friedel, Zwischen Kulturdenkmal und städtischem Wirtschaftsbetrieb: Der Gießener Friedhof auf dem Rodtberg, in: Magistrat Der Universitätsstadt Gießen (Hg.), Gießen 2003, S. 29, 67.

des Camposanto. Die Gruften in diesen Arkadengängen waren im Vergleich zu den Rändern mit Wahlgräbern auf dem übrigen Friedhof - den Lagen entlang der Außenmauer und entlang den Rändern der Grabfelder - noch hervorgehobenerer Stellen.

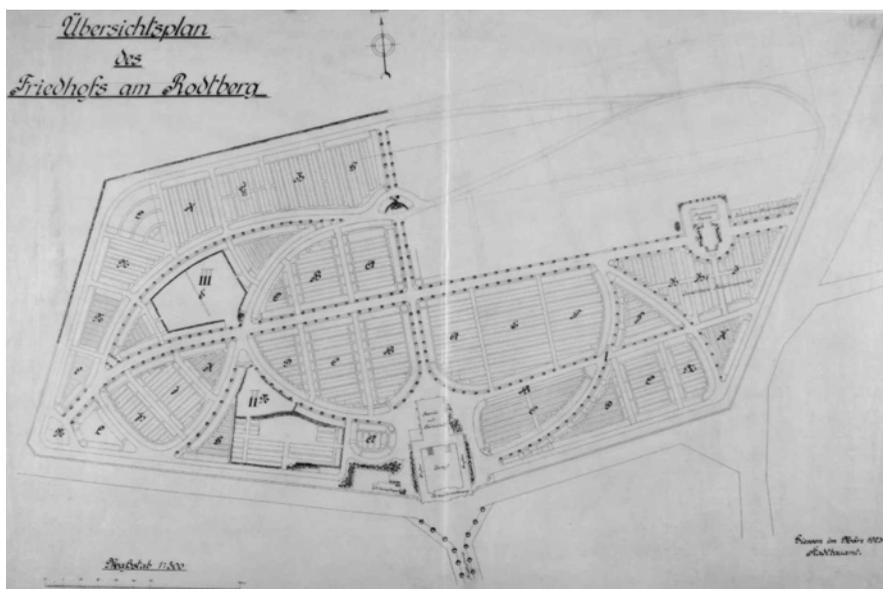


Innenhof vor der Trauerhalle (Hochbauamt Stadt Gießen)

Andererseits fehlen dem Friedhof auf dem Rodtberg auch einige Merkmale, die Pietzner für einen idealtypischen landschaftlichen Friedhof als erforderlich beschreibt. So ist nicht zu erkennen, dass vom Gesamteindruck her das Bild einer Landschaft oder eines Parks entstehen sollte; wir finden keine Pflanzungen, die auf das Ziel hin angelegt wurden, später in einem Park Gehölzgruppen zu bilden; auch sind keine Pflanzungen nach Art ‚malerischer Waldränder‘, also locker gruppierter größerer Büsche, durchgeführt, mit denen Grabfelder verdeckt werden sollten.¹³ Der Belegungsplan des Friedhofs am Rodtberg von 1898 und ein historisches Foto, das einen Blick auf ein Grabfeld wiedergibt, machen deutlich, dass vielmehr alle geeigneten Flächen für eine Belegung mit Gräbern genutzt worden sind. Das Konzept, eine künstlich angelegte Landschaft in den Vordergrund der Betracht-

13 Pietzner (Anm. 10), S. 19 f.

tung zu schieben, ist darin nicht zu erkennen. Von daher fällt der Friedhof am Rodtberg unter jene Kategorie, die Pietzner als in der Ausführung nicht konsequent kritisiert hätte: „Nicht immer werden, besonders in kleinen Städten, ausgedehnte, bewegte Terrains zu Gebote stehen (...) Eine Friedhofsanlage aber, die lediglich gekrümmte Wege und Alleen aufweist, welche die genau in alt hergebrachter Weise als Grabfelder benutzte Flächen durchschneiden, stellt eine missverständliche Auffassung dar, denn der unschöne Eindruck der ganzen Anlage ist in keiner Weise gemildert. Die oftmals fälschlich zu nahe an den seitlich von den Hauptwegen liegenden Erbbegräbnissen und Familiengräbern angepflanzten Alleebäume werden aus praktischen Gründen später vielleicht auch noch entfernt und so geht die ganze Anlage des hauptsächlichen und charakteristischen Momentes und Zweckes verlustig, nämlich für die spätere Parkanlage das notwendige pflanzliche Gerippe von alten Bäumen heranwachsen zu lassen und bereits während des Betriebes als Friedhof dem Ganzen das Äussere einer Parkanlage zu geben.“¹⁴



Belegungsplan von 1923 vom Friedhof auf dem Rodberg (Hochbauamt Stadt Gießen)

14 Pietzner (Anm. 10), S. 21 f.

Dieses Zitat über wohlgerichtet den Idealtypus des landschaftlichen Friedhofs lässt das Ziel erkennen, vor allem Grundzüge für spätere Parkanlagen zu legen - dann ohne Friedhofsbetrieb!¹⁵ Eine gänzlich neue, und durchaus in Frage zu stellende Aufgabe, die dem Friedhof hier zugeschrieben wird, die auch vor dem Hintergrund zu sehen ist, dass Ende des 19. Jahrhunderts dem Park als Erholungsraum für die vielen Menschen, die in Wohnungen ohne einen verfügbaren Außenraum lebten, eine zunehmend größere Bedeutung zugemessen wurde. Doch werfen wir nochmals einen Blick auf die konkreten Folgen für den Friedhof. In die idealtypische Form sollten somit Elemente aus dem Landschaftsgärten Einzug halten, die den Friedhof über kurz oder lang auflösen. Die Mode Landschaftsgartens war, aus England kommend, in Deutschland mit dem Park von Wörlitz bei Dessau in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingeführt worden. Als erster Friedhof nach Art eines Landschaftsgartens gilt jedoch der in Frankreich entstandene Père Lachaise, 1802 in Paris eröffnet.¹⁶ Er wurde zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika zum Vorbild für die Anlage neuer Friedhöfe im Stil des englischen Landschaftsgartens, wobei die Initiative bis hin zur Finanzierung aus Zusammenschlüssen privater Familien hervorging.¹⁷ Im Unterschied zum französischen Vorbild kamen in Amerika zu den typisch geschlängelten Wegen noch viele Landschaftselemente hinzu, zum Beispiel Schluchten, Hügel und Wasserflächen. Ein Beispiel beschreibt Leisner mit dem 1831 entstandenen Friedhof Mount Auburn in der Nähe von Boston, Massachusetts. Dies war ein 29 Hektar großes Gelände mit Niederungen und Teichen, also mit vielen verschiedenen landschaftlichen Situationen. Die Familien konnten innerhalb dieser Landschaft ihre verhältnismäßig großen Familiengrabstätten (30 x 30 Meter) selbst mit Denkmälern und Blumen schmücken. Das Besondere des Friedhofs lag darin, dass, wie beim Landschaftsgarten, der Blick in die Umgebung einbezogen wurde. In New York wurde für den Greenwood Cemetery sogar eine Besichtigungstour für Besucher entwickelt, um die schönsten Aussichtspunkte und die beeindruckendsten Monumente erleben zu können. Auf dem Friedhof Spring Grove in Cincinnati schließlich wurden die Gräber noch stärker in die Landschaft eingefügt. Der deutsche Landschafts-

15 Pietzner (Anm. 10), S. 15 f.

16 Philippe Ariès, *Bilder zur Geschichte des Todes*, München, Wien 1984, S. 246.

17 Barbara Leisner, *Ästhetisierung und Repräsentation, Die neuen Parkfriedhöfe des ausgehenden 19. Jahrhunderts*, in: *Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal (Hg.), Raum für Tote*, Kassel 2003, S. 111-144, hier S. 118.

gärtner Adolph Strauch, der bei dem Landschaftsparkgestalter Fürst Hermann von Pückler-Muskau in England eine Lehrzeit hinter sich hatte, wurde dort 1854 als Direktor eingestellt. Er untersagte für neue Gräber Hecken und Zäune, so dass eine natürlich anmutende Landschaft aus Land, Wasser und Bepflanzung entstand - eine künstlerisch gestaltete Einheit.¹⁸

Von Amerika ausgehend fand die Mode des landschaftlichen Friedhofs wiederum in Europa und Deutschland Eingang. In Deutschland ist der bekannteste Parkfriedhof der Ohlsdorfer Friedhof, 1877 eröffnet, der auch als Gesamtkunstwerk bezeichnet wird.¹⁹ Es war eine ‚unsichtbare Abgrenzung‘ zur umgebenden Landschaft nur aus Graben, Wall oder Hecke geplant, wenngleich dies nicht ausgeführt wurde.²⁰ Dies macht noch einen wesentlichen Unterschied zwischen einem Parkfriedhof und dem Friedhof auf dem Rodtberg bewusst, denn im letztgenannten Fall ist an einer eindeutigen Einfriedung aus einer Mauer und ihrer innen-seitigen Nutzung durch die Anlage von Wahlgräbern festgehalten.

Das Zitat aus Pietzner, das die Zukunftsvorstellung, aus dem landschaftlichen Friedhof einen Park werden zu lassen, belegt, und die umgesetzten ‚idealtypischen‘ Beispiele aus Amerika verdeutlichen, dass die Gräber mehr und mehr in den Hintergrund traten - indem sie entweder zur Kulisse oder zum Ausflugsziel in der Landschaft wurden, weil die Hauptaufmerksamkeit landschaftlichen Besonderheiten innerhalb oder außerhalb des Friedhofs galt. Der ursprüngliche Anlass des Friedhofs, nämlich sichtbarer Ort für Bestattungen und Gedenken zu sein, wurde damit gelockert bis aufgelöst.

Für die weitere Entwicklung solcher Friedhöfe in Amerika erwähnt Leisner, dass sie innerhalb relativ kurzer Zeit ein bunt geschecktes Erscheinungsbild aus Gräbern mit Einzäunungen und aus verwilderten Gräbern aufwiesen.²¹ Beides, eine extreme Abgrenzung der Grabstätten von der unmittelbaren Umgebung wie die Aufgabe der Pflege der Grabstätten, lässt sich auch als eine Distanzierung der Nutzer zur Idee des Friedhofes als Park interpretieren - oder, anders formuliert, mit dem

18 Leisner (Anm. 17), S. 120, 119.

19 Norbert Fischer, Vom Gottesacker zum Krematorium, Eine Sozialgeschichte der Friedhöfe in Deutschland, Köln 1996, S. 35.

20 Barbara Leisner/Heiko K. L. Schulze/Ellen Thormann, Der Hamburger Hauptfriedhof Ohlsdorf, Geschichte und Grabmäler, bearbeitet von Andreas von Rauch, Zwei Bände, Hamburg 1990, S. 23.

21 Leisner (Anm. 17), S. 120.

Konzept des Parkfriedhofes wurde das Aufrechterhalten herkömmlich gepflegter Gräber zunehmend unattraktiv, wurden die Gräber allmählich ‚vertrieben‘.



Gräbereinfassungen mit Hecken (Foto: Dagmar Kuhle)

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Entwicklung und der Absicht, einen langfristig bestehenden Friedhof betreiben zu wollen, kann aus heutiger Sicht nur positiv vermerkt werden, dass auf dem Rodtberg gerade kein ‚idealtypisch‘ weitläufiger Parkfriedhof geschaffen wurde, sonst wäre dieses Gelände heute wahrscheinlich kein Friedhof mehr. Vielmehr wurde der Einsatz von Elementen aus dem damals formulierten theoretischen Ideal des landschaftlichen Friedhofs auf letztlich zwei Elemente begrenzt - auf die ‚geschwungenen Wege‘ und das ‚Zitat des Camposanto‘. Dies hat dem Friedhof auf dem Rodtberg langfristig den Bestand gesichert. Die Gestaltung dieses Friedhofs blieb damit immer auch der praktischen Frage verhaftet, wie die Flächen gut für Bestattungen zu nutzen seien - es sollten also keine zu großen Restflächen durch gekrümmte Wege entstehen, und auch keine zu großen Flächen für weitläufige Baum- und Buschpflanzungen verloren gehen. Dennoch fand gleichzeitig die Frage Beachtung, wie der Friedhof einen für den Aufenthalt und die Orientierung angenehmen Ort abgeben

könnte. Diese Verbindung zwischen praktischen Erfordernissen und Annehmlichkeiten hat sich von der Planung ausgehend bis in die Pflege der Bäume und Sträucher fortgesetzt. So waren zumindest zeitweise, wahrscheinlich in den 1920er Jahren, etwa die Linden entlang der Hauptwege als so genannte Kopfbäume gepflegt. Damit wurden die Kronen auf ein Maß reduziert, das die Pflege der umliegenden Gräber nicht beeinträchtigte, gleichzeitig geben die Bäume den Wegen Beschattung und der Erschließung des Friedhofs Struktur. Um die Wahlgräber wurden, zumindest in der alten Abteilung I, geschnittene Hecken angelegt. Bis in solche Pflegemaßnahmen hinein wurde damit beiden Seiten, der Frage der praktischen Anlage eines Friedhofs und dem zunehmenden Wunsch nach einem Friedhof mit Bäumen und Sträuchern, Rechnung getragen.



Einseitig bepflanzter Weg mit Ahorn-Kopfbäumen (Foto: Dagmar Kuhle)

Bürgerkultur in Gießen.

100 Jahre Stadttheater

Helmut Berding*

Gießen feiert in diesem Jahr ein Doppeljubiläum: die Gründung der Universität vor 400 Jahren und die Errichtung des Stadttheaters vor 100 Jahren. Als anno 1607 der hessendarmstädtische Landgraf Ludwig V. die Landesuniversität ins Leben rief, dürfte die Einwohnerzahl Gießens knapp 3.000 Personen betragen haben. Es waren zumeist arme Handwerker und Ackerbürger, die damals neben dem Militär das Leben in der abgeschlossenen Festungsstadt prägten. Mit der Universitätsgründung hatten diese Stadtbürger aktiv nichts zu tun. Sie waren lediglich Objekte einer fürstlichen Entscheidung. Ganz anders stellte sich die Situation 300 Jahre später dar. In der Zeit um 1900 stand alles im Zeichen der Industriellen Revolution und des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der auch das politische und kulturelle Leben nachhaltig veränderte. Gießen war von einer kleinen ackerbürgerlichen in eine urbanisierte Stadt mittlerer Größenordnung aufgestiegen, in der eine selbstbewusste Bürgerschaft den Ton angab.

Dieses Bürgertum ergriff die Initiative zum Bau des Gießener Stadttheaters und schuf sich damit „ein Denkmal bürgerlichen Gemeinns“. Hieran erinnern die folgenden Betrachtungen, die sich in fünf Teile gliedern. *Erstens* geht es darum, sich kurz den Aufstieg Gießens zu einer modernen Stadt zu vergegenwärtigen, das heißt die Rahmenbedingungen aufzuzeigen, ohne die der Theaterbau nicht verständlich gemacht werden könnte. *Zweitens* richtet sich der Blick auf die Gründung und Anfänge des Theatervereins, der den Anstoß zur Verbesserung der Theaterverhältnisse in der oberhessischen Universitätsstadt gab. *Drittens* sind die weiteren Aktivitäten des Vereins unter dem Vorsitz von Carl Fromme zu verfolgen: die Ansiedlung einer Schauspielergruppe, die bauliche Aufrüstung des unzulänglichen Theatersaals und die Gründung einer Theater-Union. *Viertens* ist die Bürgerinitiative für

* Vortrag im Oberhessischen Geschichtsverein vom 10. Januar 2007. Es handelt sich um die erweiterte und veränderte Fassung eines Aufsatztextes. Vgl.: Helmut Berding, Bürgerschaft und Theaterbau in Gießen, in: Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag. Hrsg. Dieter Hein u.a., München 2006, S. 699-708.

die Errichtung eines Stadttheaters genauer ins Visier zu nehmen. Der *fünfte* Teil befasst sich schließlich mit der Theaterbau-Kommission und wirft einen kritischen Blick auf die Eröffnungsfeier am 23. Juli 1907.

1. Gießen auf dem Weg zur modernen Stadt

Als in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung die Zahl der Theater und der Theaterbauten in Deutschland ständig wuchs, über 100 allein zwischen 1871 und 1885,¹ war Gießen eine aufstrebende Stadt. Die Bürgerschaft blickte optimistisch in die Zukunft. Alles sprach dafür, dass sich die gedeihliche Entwicklung der letzten Dezennien fortsetzen würde. Die Universität expandierte wie nie zuvor und erlebte ihre bis dahin reichste Entfaltung. Auch die anderen Bildungsreinrichtungen lagen im allgemeinen Aufwärtstrend. Sodann gewann die oberhessische Provinzhauptstadt als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum kontinuierlich an Bedeutung. Ferner wirkte sich der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung aus. Zwar konnte Mittelhessen mit der rasanten Entwicklung in den großen Ballungszentren nicht Schritt halten. Gleichwohl blühten Handel, Gewerbe und Industrie beachtlich auf und belebten die ganze Region. Die Zahl der Einwohner erhöhte sich von rund 10.000 in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf knapp 30.000 am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

Mit dem Bevölkerungswachstum schritt die Urbanisierung voran. Zu nennen sind vor allem Straßenbau und Kanalisation, Wasserversorgung und Gas, Elektrizität und Straßenbahn, Sportstätten und Vergnügungsanlagen. Die Stadt dehnte sich räumlich aus und veränderte ihr Gesicht. Gießen fand Anschluss an die Moderne.² Wie die Stadt wandelten sich ihre Bürger. Sie richteten sich in der urbanen Welt mit ihren Ansprüchen und Bedürfnissen ein, wichen den neuen Herausforderungen nicht aus, entfalteten ein intensives Vereinswesen und wirkten aktiv an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt mit. In Gießen zählten Theater und Theaterbau zu den Objekten, für die sich weite Teile der Bürgerschaft

1 Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 793.

2 Vgl. Ludwig Brake, Auf dem Wege zur modernen Stadt: 1850 bis 1914, in: 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997. Hrsg. im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen von Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann, Gießen 1997, 182-214; Peter Moraw, Die Universität von den Anfängen bis zur Gegenwart (1607-1995), in: 800 Jahre Gießener Geschichte, 446-484; Helmut Berding (Hrsg.), 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Gießen. Wirtschaft in einer Region, Gießen 1997.

besonders stark engagierten. Das entsprach in den Jahrzehnten nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs einem weit verbreiteten Trend. In Gießen bildeten großzügige Spenden und freiwillige Beiträge der Bürger die materielle Grundlage für den Bau eines eigenen Theatergebäudes. Bei der Eröffnung am 23. Juli 1907 betraten die Besucher nicht ohne Stolz den Musentempel mit der Inschrift über dem Hauptportal „Ein Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“. Was hatte es mit diesem bürgerlichen Gemeinsinn auf sich? Wer ergriff die Initiative für die Verbesserung der Theaterverhältnisse in Gießen? Welche bürgerlichen Kreise förderten diese Bestrebungen? Was unternahmen sie, um ihre Ziele zu erreichen? Diese Fragen leiten über zum zweiten Teil.

2. Die Gründung und die Anfänge des Theatervereins

Der Gießener Theaterverein war die treibende Kraft des Theaterbaus. Er nahm unter den Zusammenschlüssen des an Musik, Kunst und Geselligkeit interessierten Stadtbürgertums eine Sonderstellung ein. Im Vergleich zu den älteren Vereinigungen, etwa dem Konzertverein von 1792 oder dem Gesellschaftsverein von 1816³ entfaltete der Theaterverein eine weitaus stärkere Dynamik, sprach breitere Bevölkerungskreise an, weitete sich zu einer Theaterbewegung aus, die fast das gesamte gutsituierte Bürgertum umfasste. Eine solche Expansion wäre nicht möglich gewesen ohne die Aufbruchstimmung, die, wie dargelegt, seit der Reichsgründung in der prosperierenden oberhessischen Metropole herrschte und die Bereitschaft der Bürger erhöhte, sich in Vereinen zu organisieren, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Alles in allem entstand, wie man im Jubiläumsband „800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997“ nachlesen kann, ein vielfältiges Vereinswesen mit ca. 500 Vereinen, die sich in die Bereiche Bildung und Belehrung, Musik und Kunst, Religion und Kirche, Wirtschaft und Beruf, Wohltätigkeit und Politik, Geselligkeit und Unterhaltung, Sport und Touristik etc. gliederten. „Seit den neunziger Jahren sah sich die Stadtverwaltung einem für Gießen neuartigen Phänomen gegenüber. Bürger schlossen sich zu Vereinigungen zusammen und versuchten Ziele zu erreichen, die sie als im Allgemeinwohl liegend definiert hatten. Sie

3 Die Geschichte des traditionsreichen Konzertvereins ist noch nicht erforscht. Reiches Material liegt im Stadtarchiv Gießen (StAG); zum Gesellschaftsverein vgl.: Der Gesellschaftsverein (Club) e.V. Gießen. Beiträge zu seiner Geschichte 1816-1986. Im Auftrag des Gesellschaftsvereins hrsg. von Gerhard Bernbeck und Hans Gundel, Gießen 1987.

übten Druck auf die Stadtverwaltung aus und begannen ihrerseits mit der Einwerbung von Geldern, um die gesteckten Ziele notfalls ohne oder sogar gegen die Stadtregierung zu erreichen.“⁴

Modernes Theater zählte zweifellos zu den Bildungsgütern, die das Bürgertum des 19. Jahrhunderts dem Allgemeinwohl zurechnete. Auch für den nationalliberal eingefärbten „Gießener Anzeiger“ galt es als ausgemacht, dass das Theater „erzieherisch zu wirken die Aufgabe und Macht hat“, „daß es sich bei der dramatischen Kunst nicht um einen Zeitvertreib für müßige Leute, nicht um Befriedigung der reinen Genußsucht handelt, sondern daß das Theater ein Institut von eminenter Bedeutung für unser modernes gesellschaftliches Leben ist. Nicht mit Unrecht wird das Theater der Spiegel unserer Zeit genannt“.⁵ Von einer bildungsbürgerlichen Warte aus betrachtet mussten die bestehenden Theaterverhältnisse wie ein Zerrbild der Moderne erscheinen. Während die Theaterkultur in zahlreichen deutschen Städten ein beachtliches Niveau erreicht hatte, stand sie in Gießen nicht auf der Höhe der Zeit, obwohl die Schauspielkunst hier eine lange Tradition besaß.⁶ „Damals spielte im Leibschen Saale in der Walltorstrasse auf winziger, erst später vergrößerter Bühne die Theaterdirektion Reiners, die sich wohl alle erdenkliche Mühe gab, aber bei der durch die Dürftigkeit der äusseren Verhältnisse entschuldbaren Teilnahmslosigkeit des Publikums keine Erfolge zu erringen vermochte.“⁷

Mit dieser Situation wollten sich manche Bürger nicht länger abfinden. Das gilt namentlich für Carl Fromme, Professor für Physik an der Ludoviciana. Fromme hatte 1882 sein erstes Theatererlebnis in München, als er für eine Ballett-Inszenierung bühnentechnische Hilfe leistete. Seither ließ ihn die Leidenschaft für das Theater nicht mehr los, und er war geradezu besessen von der Idee, an seiner Wirkungsstätte Gießen die Theaterkultur auf das einer Universitätsstadt angemessene Niveau anzuheben. Um diesen Vorsatz in die Tat umzusetzen, bedurfte es nur noch eines Anstoßes. Im Herbst 1890 bot sich eine gute

4 Brake (wie Anm. 2), S. 206.

5 Gießener Anzeiger (GA), 9.7.1903.

6 Paul Wittko, Aus Gießens Theatergeschichte (1907), in: Stadttheater Gießen. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen, Gießen 1982, S. 2-4; Walter Noll, Zur Geschichte des Theaters in Gießen, in: Theater in Gießen. Festschrift zum 25-jährigen Bestehen des neuen Stadttheaters, Gießen 1932, S. 9-20.

7 [Carl Fromme], Geschichte der Entstehung des neuen Stadttheaters von Universitätsprofessor Fromme, in: Das neue Stadttheater in Gießen, Gießen 1907, wiederabgedruckt in und zitiert nach: Stadttheater Gießen (wie Anm. 6), S. 8-12, Zitat S. 8.

Gelegenheit. Erbherzog Ernst Ludwig weilte zum Abschluss seiner akademischen Studien in Gießen und residierte, nebenbei bemerkt, ausgerechnet in jener Villa im Schülerschen Garten, die 15 Jahre später dem neuen Stadttheater weichen musste. Seine Anwesenheit nahmen die mit den Gießener Theaterverhältnissen Unzufriedenen zum Anlass, sich zu einer Bürgerinitiative zusammenzuschließen. „Was Giessen dem Fürstensonne neben geselliger Unterhaltung bieten konnte, war nur gering“ erinnerte sich wenig später Carl Fromme, „und so reifte damals ein länger gereifter Plan rasch heran, der darauf abzielte, an die Theaterverhältnisse bessernde Hand anzulegen und womöglich schon im laufenden Winter für einige höhere theatralische Genüsse zu sorgen. So kam es, daß im Dezember 1890 ein Theaterverein gegründet wurde.“⁸

Über die ersten Anfänge des Theatervereins ist wenig bekannt. Vermutlich gehörte ihm nur eine Handvoll Bürger an, hauptsächlich wohl Universitätsprofessoren, die mit der Theaterkultur größerer Städte vertraut waren und modernes Theater auch in ihrer Universitätsstadt durchsetzen wollten. Die Vereinsgründer hielten es offensichtlich für aussichtslos, die daniederliegende Schauspielkunst in Gießen selber aus der Krise zu führen, sie gleichsam am eigenen Schopfe aus dem Sumpfe zu ziehen. So richteten sie ihr Bestreben darauf, große auswärtige Bühnen zu Gastspielen nach Gießen zu holen, um, wie sie hofften, durch künstlerisch hochrangige Theateraufführungen den Kunstgeschmack zu heben, das Publikum an bessere Darbietungen zu gewöhnen und das Interesse für die dramatische Kunst in breiteren Bevölkerungsschichten zu wecken. Bis 1897 gaben die Hofbühnen von Darmstadt und Kassel sowie die Stadttheater von Köln und besonders von Frankfurt insgesamt 36 Aufführungen.

Das Ergebnis dieser Gastspiel-Politik fiel ambivalent aus. Einerseits lockten die Veranstaltungen die besser gestellten Teile des gebildeten und besitzenden Bürgertums an, nahm in den gehobenen Schichten das Interesse an anspruchsvollem Theater zu, wuchs ein breiteres Publikum heran. Insofern hatten sich die hochgesteckten Erwartungen erfüllt. Andererseits konnte sich gegen die Konkurrenz namhafter Bühnen von außen ein eigenes Ensemble in Gießen nicht halten. Im Winter 1895/96 blieb die oberhessische Metropole ganz ohne eigene Theatertruppe, war die lokale Theatertradition an einem Tiefpunkt angelangt. Außerdem

8 Fromme (wie Anm. 7), S. 7.

erreichten die Vorstellungen der auswärtigen Bühnen nicht die „minderbemittelten Kreise, denen sie zu teuer waren“.⁹ Für sie hatte sich die Situation eindeutig verschlechtert, war gehobenes Theater in weite Ferne gerückt. Insofern war das Konzept nicht aufgegangen, und die Vereinsgründer mussten nach neuen Wegen suchen. Welche Lösungen aus dem Dilemma herausführen sollten, ist nun im dritten Teil näher zu verfolgen.

3. Der Theaterverein auf neuem Kurs

Der Kurswechsel erfolgte im Jahre 1897, als der bereits erwähnte Carl Fromme, Mitbegründer und Spiritus rector des Theatervereins, den Vorsitz übernahm. Unter Fromme, wie schon seine vier Vorgänger auch er Universitätsprofessor, reduzierte der Theaterverein die Anzahl der Gastspiele auswärtiger Bühnen, um Gießen als Theaterstandort wieder erstehen zu lassen und hier modernes Theater systematisch aufzubauen. Fromme setzte den Hebel an drei Stellen an.

Erstens sorgte er dafür, dass sich in Gießen wieder eine eigene Schauspielgruppe ansiedelte. Von 1897 bis 1902 war es die Direktion Kruse und Helm, die unter der Obhut des Theatervereins ihre Schauspielkunst in der Universitätsstadt darbot. 1903 gelang es, Hermann Steingoetter, einen Schauspieler und Regisseur mit beachtlicher Berufserfahrung, nach Gießen zu holen. Das war ein Glücksfall, wie sich später herausstellen sollte.¹⁰ Die höchst erfolgreiche, ja geradezu legendäre Ära Steingoetter endete erst 1928. Am Anfang seiner über dreißigjährigen Tätigkeit inszenierte Steingoetter, wie es in den Jahren davor schon die Direktion Kruse/Helm praktiziert hatte, zwar mit eigenem Ensemble die Aufführungen in Gießen, zog aber zur Steigerung der künstlerischen Leistungen Mitglieder größerer auswärtiger Theater heran.

Zweitens ergriff der Theaterverein die Initiative, um in Gießen die äußeren Bedingungen des Theaterspiels zu verbessern. Das bestehende Lokal genügte bei weitem nicht den Anforderungen, die man an ein modernes Theater zu stellen gewohnt war. Zum einen setzten die winzige Bühne und der stickige Saal dem künstlerischen Streben der

9 Fromme (wie Anm. 7), S. 8.

10 Näheres über den künstlerisch wie organisatorisch gleichermaßen tüchtigen Steingoetter und die „Ära Steingoetter“ (1903-1928) in: Stadttheater Gießen (wie Anm.6), S. 34 ff.; umfangreiches Material über die Aktivitäten des Theaterdirektors in: StAG, Nachlass Steingoetter, 88/8 12.

Regisseure und Schauspieler enge Grenzen. Zum anderen lehnten wiederholt Schauspieler die Übernahme eines Engagements in Gießen mit dem Hinweis auf „die traurigen Theaterlokal-Verhältnisse“¹¹ ab. Schließlich setzte die Dürftigkeit des Lokals dem Theatergenuss enge Grenzen. Viele Besucher blieben fern, insbesondere die Angehörigen des gehobenen Bürgertums.

Nach der humorvollen Schilderung des Gießener Theaterkritikers Paul Wittko erinnerte die Theaterstätte auch nach dem Ausbau noch immer an die ländlichen Zustände, die früher geherrscht hatten: „Erst im Jahre 1852 wurde Gießens Theaterstätte der im Jahre vorher vollendete große Saal auf dem Café Leib’schen Grundstücke. Aber bei Leibe nicht hatte dieser Saal damals das immerhin ganz stattliche Aussehen, das er in unseren Tagen besitzt. Wer noch vor etwa drei Lustren das Portal betrat, dem wurden sofort besondere Überraschungen für Ohr und Nase zuteil. Nicht Weisen der Wonne von wechselndem Wohllaut, nicht daphnische Genüsse waren es, die ihn seltsam umfingen. Ach nein! Eine Anzahl jener quietschvergnügten, lieblichen Tiere, die uns nach ihrem seligen Ende Wurst und Schweinebraten liefern, hatten dort zu beiden Seiten des Portals ihre Heimstätten, und wenn Preciosa ihr ‚Einsam bin ich nicht alleine‘ sang und die Empfindsamen tiefgerührt ihr Tränentüchlein an die feuchten Augen drückten, dann hatten die Inhaber der hinteren Reihen die Sonderfreude zu bemerken, daß sie nichts weniger als einsam waren, indem zu ihnen ein wunderliches Echo drang.“¹²

Angesichts solcher Verhältnisse hielt es der Theaterverein für dringend erforderlich, den Leibschen Saal zu modernisieren. Der Eigentümer, der Weinhändler Bach, sah sich nicht in der Lage, die hohen Kosten allein aufzubringen. So sprang der Verein in die Bresche und stellte einen Teil der Mittel zur Verfügung. Außerdem wirkte er auf die Stadtverwaltung ein, ebenfalls einen Zuschuss zu gewähren. Dank dieser Kooperation von Theaterverein und Stadt war es möglich, wenigstens einigermaßen die räumlichen Voraussetzungen für attraktive Theateraufführungen zu schaffen, nämlich Logen einzubauen, ein allmählich ansteigendes Podium zu errichten, die Künstlergarderoben zu vergrößern und eine Hinterbühne sowie ein besonderes Kulissenmagazin

11 Beispiele aus den Jahren 1902-1904 in: Stadttheater: Gründung eines Städtebundes-theaters Teil I und II 1907-1937. StAG N 1119.

12 Wittko (wie Anm.6), S. 4.

zu errichten, kurzum: die Voraussetzungen für attraktive Theateraufführungen spürbar zu verbessern.¹³

Drittens: Neben der Ansiedlung einer eigenen Theatergruppe und der baulichen Verbesserung der Aufführungsräume verfolgte der Theaterverein das Ziel, den Aktionsradius des Gießener Theaters zu erweitern. Es ging darum, ein zahlenmäßig größeres Publikum zu erreichen, um die Einnahmen zu erhöhen. Ein weiteres Mal sollte sich die vom Verein angeregte und künftig immer engere Zusammenarbeit mit der Stadt bewähren. Der Vorstand des Theatervereins sowie die Mitglieder einer vom Magistrat eingesetzten Theaterkommission nahmen Verhandlungen mit einer Reihe von Nachbarstädten und mit der hessen-darmstädtischen Regierung auf. Die Frage der Häufigkeit und Dauer sowie der Spielplangestaltung und Mittelverteilung bereitete große Probleme. Doch schließlich gelang es, Marburg und Bad Nauheim für die Gründung einer Theater-Union mit Gießen zu gewinnen. Mit Beginn der Spielzeit 1902/03 gab das Gießener Theater ein- bis zweimal wöchentlich Aufführungen in der benachbarten Universitätsstadt, und in den Sommermonaten spielte sie statt am Heimatort in dem ebenfalls nahe gelegenen Kurort. Gießen konnte sich zugute halten, das erste Städtebundtheater Deutschlands aus der Taufe gehoben zu haben.¹⁴

Die auf Initiative des Theatervereins gemeinsam mit der Stadt durchgeführten Verbesserungen, nicht zuletzt die Gründung des „ersten Städtebundtheaters von Deutschland“, brachte den erhofften Aufschwung.¹⁵ Wie die Direktion Steingoetter zu Beginn der Spielzeit 1903/04 mitteilte, konnten durch die Vereinigung mit Marburg und Bad Nauheim „solche Bedingungen geschaffen werden, dass künstlerisch wesentlich Höherstehendes geboten werden kann, als es bisher möglich war“. Die Zahl der Schauspieler erhöhte sich auf über 30. „Was den Spielplan betrifft, so wird mehr als bisher der literarische Standpunkt betont werden, was selbstverständlich nicht ausschließt, dass auch die leichtere dramatische Tagesproduktion zum Worte kommt“, und das Angebot an neuen Stücken wird erheblich erweitert. Allerdings „muss

13 Vgl. Fromme (wie Anm. 7), S. 8.

14 Einzelheiten über die Verhandlungen, Verträge etc. in: StAG, Gründung eines Städtebundtheaters Teil I und II, N 1119.

15 Wittko (wie Anm. 6).

doch, um die Saison zu einer allseitig erfolgreichen zu gestalten, auch auf ein reges Interesse des Giessener Publikums gerechnet werden.“¹⁶

Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Das lag vor allem in den immer noch unzureichenden Bühnenverhältnissen begründet. Auch nach der Vergrößerung und Modernisierung des Leibschens Saals setzte das Aufführungslokal der Entwicklung der Theaterkultur enge Grenzen. Dieses Hindernis ließ sich nur durch einen Neubau überwinden. Doch hatte die Gründung der Theater-Union, das heißt, die Verteilung der Aufführungen auf drei Orte, die Chancen für einen eigenen Theaterbau in Gießen nicht erhöht, wie der scheidende Gießener Theater-Direktor Richard Kruse in einem Zeitungsartikel völlig zu Recht bemerkte: „Gießen steht heute in einer Reihe mit Hanau, Göttingen, Görlitz, Liegnitz, Konstanz, Neisse, Stralsund, Zittau, Eisenach, Elbing, Frankfurt/Oder etc. etc., welche alle denselben Spielplan haben. Nur haben die Städte vor Gießen leider eins voraus, das ist für die dramatische Kunst ein *eigenes Heim*! Bis jetzt fehlt es in allen für den Theater-Bund in Aussicht genommenen Orten an den nötigen Theaterlokalen, vor allem an den erforderlichen Bühnen, ohne die selbst die beste Darstellung ein Bild ohne Rahmen und wirkungslos bleibt.“¹⁷ Die warnende Stimme Kruses fand Gehör. Nach seiner Intervention wurde in der Bürgerschaft der Ruf nach einem Neubau immer lauter. Mit dieser Bemerkung wendet sich der Vortrag dem vierten Teil zu, der Bürgerinitiative für den Theaterneubau.

4. Die Bürgerinitiative für den Theaterneubau

Der Theaterverein hatte schon früher, im Frühjahr 1901, die Errichtung eines eigenen Theaters ins Auge gefasst, sogar ein Komitee eingesetzt, das die Vorarbeiten in die Wege leiten sollte, aber seine Arbeit schon nach wenigen Tagen einstellen musste. Es fehlten die erforderlichen Mittel, um mit Aussicht auf Erfolg konkrete Maßnahmen einzuleiten. Indes wuchs die Unzufriedenheit mit den Bühnenverhältnissen, so dass der Theaterverein die Baufrage erneut auf die Tagesordnung setzte. Der „Gießener Anzeiger“ nahm sich der Sache an, mahnte zur Eile und führte in seiner Ausgabe vom 9. Juli 1903 die Gründe an, die für die Errichtung eines eigenen Theaters sprachen. „Den gesteigerten Forde-

16 In: StAG, NL Steingoetter, 88/8 12, Stadt-Theater Gießen. Spielzeit 1903/04.

17 Brief Richard Kruses vom 18.7.1902, in: StAG, Stadttheater. Gründung eines Städtebundtheaters Teil I und II 1907-1937, N 1174.

rungen an ein zeitgemäßes Theater entspricht der sog. Leibsche Festsaal wahrhaftig nicht. Die Vergrößerung der Stadt, die Zunahme der Frequenz unserer Universität, der wachsende Fremdenverkehr, den ja ein Sonderverein Gießens nach besten Kräften zu fördern als Zweck seiner Existenz bezeichnet, das lebhaftes Interesse, das immer weitere Kreise für die Bühne bewegt, sodann das 1907 zu feiernde Universitätsjubelfest, das großer Räumlichkeiten unbedingt bedarf, das alles sind Gesichtspunkte, die den Beschluß der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des Theatervereins, der Frage der Errichtung eines Theater- und Konzertgebäudes näherzutreten, vollauf rechtfertigen.“¹⁸

Mit dieser Argumentation griff der „Gießener Anzeiger“ auf die Generalversammlung des Theatervereins vom 7. Juli 1903 zurück. Von dieser Versammlung ging Signalwirkung aus, gab sie doch den Ausschlag für die dreiteilige Artikelserie des „Anzeigers“ über „Gießens künftige Theaterverhältnisse“. Fortan stellte der Theaterverein den Neubau ganz in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten. Damit entsprach er dem breiten Interesse, das die Gießener Bürger der Baufrage inzwischen entgegenbrachten. Der Theaterverein selber hatte entscheidend dazu beigetragen, dass in weiten Teilen des gebildeten und besitzenden Bürgertums das Verlangen nach anspruchsvollem Theater ständig gewachsen war. Nachdem der Theaterverein das Terrain bereitet hatte, nötigte ihn die Öffentlichkeit und ihr Hauptwortführer, der „Gießener Anzeiger“ zum Handeln. Auf der Generalversammlung am 7. Juli kam diese Wechselwirkung zwischen Vereinstätigkeit und Bürgerbegehren bereits deutlich zum Vorschein. Heute würde man von einem dynamischen Prozess sprechen, der folgendermaßen ablief: Der Vorstand hatte die Errichtung eines Theaters auf die Tagesordnung gesetzt. Deshalb war die Versammlung stärker als sonst üblich besucht, hatte sich zudem die Zahl der Mitglieder in einem Jahr von 236 auf 301 erhöht. Vor diesem Hintergrund eines rasch anschwellenden Interesses sah sich der Theaterverein genötigt, konkrete Beschlüsse zu fassen und diese so schnell wie möglich umzusetzen.

Günstig wirkte sich aus, dass der Theaterverein nicht allein dastand. Auch andere Vereinigungen, namentlich der Konzertverein und der Saalbauverein, meldeten sich lautstark zu Wort, damit endlich etwas geschehe, um die Raum-Misere zu beenden. „Die zahlreichen Künstler-

18 GA 9.7.1903.

und großen Vereinskonzerte, die Kommerse, Stiftungsfeste etc. verlangen“, wie der „Gießener Anzeiger“ am 9. Juli 1903 meldete, „anerkanntermaßen Lokalitäten, die wir hier in Gießen schlechterdings nicht besitzen.“¹⁹ Was lag in dieser Situation näher, als gemeinsam vorzugehen. Bereits zwei Wochen nach der Generalversammlung vom 7. Juli trafen sich die Wortführer des Theatervereins, Konzertvereins und Saalbauvereins, um auf einer gemeinsamen Gesellschaftsversammlung unter dem Vorsitz des Bankiers Sigmund Heichelheim²⁰ ihr weiteres Vorgehen zu beraten. Damit aktivierten sie eine Interessengemeinschaft, die schon zwei Jahre zuvor die Baufrage erörtert, sie aber wegen der Finanzlage nicht weiter verfolgt hatte. Im zweiten Anlauf schien das Vorhaben zu glücken. Getragen von einer breiten Zustimmung in der Bürgerschaft kamen die drei Vereine überein, sowohl ein Schauspiel- als auch ein Konzertsaal zu errichten und beide Säle in einem großen Gebäude miteinander zu verbinden. Gleichzeitig fassten sie den Beschluss, einen Bau- und Finanzausschuss sowie ein 50-köpfiges Gesamtkomitee einzusetzen und unverzüglich mit den Vorbereitungen zu beginnen.²¹

Zunächst kam es darauf an, Klarheit über die Architektur des Gebäudes und über seine Finanzierung zu gewinnen. Die Verhandlungen über diese eng miteinander verknüpften Themen schritten trotz mancher Meinungsverschiedenheiten zügig voran. Ein erster Planentwurf, den das Gesamtkomitee einholte, ging von einer Bausumme von 748.000 Mark aus. Ein zweiter Entwurf sah einen Betrag von 600.000 Mark vor. Kostenvoranschläge in dieser Höhe ließen Zweifel daran aufkommen, ob sich das Theater- und Saalbau-Projekt überhaupt realisieren lasse. Für den Fall, dass man sich mit nur *einem* Saal begnügen müsse, stellte sich das Problem, welcher Bau, Konzertsaal *oder* Theater, den Vorzug erhalten sollte.

In der Bürgerschaft entspann sich eine lebhafte Diskussion. Eine erste Vorentscheidung zugunsten des Theaters fiel, als drei angesehene und wohlhabende Gießener Bürger in das Geschehen eingriffen, nämlich die Kommerzienräte Sigmund Heichelheim, Louis Heyligenstaedt und

19 GA 9.7.1903.

20 Über die weit ausgreifende Stifter- und Spendertätigkeit dieses jüdischen Bankiers vgl.: Jenny Rahel Oesterle und Christine Stein, Die „Commerzienrat Heichelheim-Stiftung“ in Gießen und ihr Stifter Sigmund Heichelheim, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Giessen, NF 84, 1999, S. 141-158.

21 StAG, Stadttheater, Theaterbauverein I, 1903-1908, L 1114.

Heinrich Schaffstädt. Sie teilten dem Gesamtkomitee überraschend mit, dass sie bereit seien, einen Betrag im Gesamtwert von 130.000 Mark zu spenden. Nach ihrer Verfügung musste die Schenkung für den Theaterbau verwendet werden, wenn sich aus Kostengründen das Projekt eines großen Gebäudes, das Konzertsaal und Theater umfasst, nicht verwirklichen lassen sollte. Wie Heichelheim, Heyligenstaedt und Schaffstädt sprach sich auch die Mehrheit der Bürger für den Theaterbau aus. Die öffentliche Subskription, das heißt die Zeichnung von Anteilscheinen, hatte ihnen diese Möglichkeit eröffnet. Jeder Stifter konnte bei der Einschreibung für die eine oder andere Lösung optieren. Insgesamt gingen, zusammen mit den erwähnten Großspenden, 400.000 Mark für das Theater ein, deutlich mehr als für den Konzertsaal.²²

Das hohe Spendenaufkommen ist, wie Carl Fromme zu Recht hervorhob, „ein gewiss einzig dastehendes Resultat, noch bemerkenswerter dadurch, dass die Stifter nicht nur aus wohlhabenden Leuten bestehen. Die Zahl der Spender beträgt rund 600 und alle Klassen der Bevölkerung sind unter ihnen vertreten.“ Auf der langen Liste der Stifter - Freundeskreise, Vereine, Firmen und vor allem Einzelpersonen - sind alle bürgerlichen Berufe, Schichten und Milieus vertreten. Rentner und Witwen, Stammtische und Kränzchen, Ladenbesitzer und Handwerksmeister, Viehhändler und Brauereibesitzer, Postmeister und Polizeiwachtmeister, Justizräte und Schulräte, Ärzte und Rechtsanwälte, Lehrer und Universitätsprofessoren, Stadtverordnete und Beigeordnete, Fabrikanten und Bankiers wechseln in bunter Reihenfolge einander ab.²³

Die breite soziale Streuung und die außerordentliche Spendenfreudigkeit der Bürger kamen einem Volksentscheid für den Theaterbau gleich. Bei einem so eindrucksvollen Engagement der Gießener Bevölkerung blieb der Stadtregierung kaum eine andere Wahl, als den Theaterverein weiterhin mit Rat und Tat zu unterstützen, den einmal beschrittenen Weg zu Ende zu gehen, gemeinsam mit der Bürgerschaft das Stadttheater zu errichten. Dabei konnte die Stadtverwaltung an die guten Erfahrungen anknüpfen, die sie rund zehn Jahre zuvor bereits mit dem Bau einer gemeinnützigen öffentlichen Badeanstalt gemacht hatte.

22 StAG (wie Anm. 20); vgl. Fromme (wie Anm. 7).

23 Fromme, S. 13. Auf der Liste der Stifter sind zwar Namen, Zivilstand und Beruf der Spender angegeben, nicht aber die Höhe der freiwilligen Beträge. Abgedruckt in: Das neue Stadttheater in Gießen, Gießen o. J. (1907), S. 43-46.

Auch bei diesem Projekt war die Initiative von der Bürgerschaft ausgegangen. Zahlreiche Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung hatten unter dem Einfluss der damals leidenschaftlich geführten Diskussion um Volksgesundheit und Volkshygiene in den 1890er Jahren den Verein „Gießener Volksbad“ gegründet. Diesem gemeinnützigen Verein mit über 400 Mitgliedern gelang es innerhalb kurzer Zeit, weite Teile der Stadtbewohner für das Vorhaben zu interessieren. Hunderte von Bürgern nicht nur aus wohlhabenden Kreisen zeichneten Anteilscheine, um die „hygienisch wie sozial“ dringend erforderliche Badeanstalt mit Schwimmbassin, Wannenbädern und Dampfbad errichten zu können. Vor diesem Hintergrund sah sich die Stadt genötigt, ebenfalls einen finanziellen Beitrag zu leisten. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen von Bürgerschaft und Kommune gelang es, das Projekt in Form einer Aktiengesellschaft zu realisieren und das Volksbad im Herbst 1897 seiner Bestimmung zu übergeben.²⁴

Nach diesem Muster setzte sich die Stadt an die Spitze der Theaterbau-Bewegung. Als erstes legte der Magistrat das ihm vom Theaterverein vorgelegte Angebot einer Zusammenarbeit von Bürgerschaft und Stadtverwaltung der Stadtverordnetenversammlung vor. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit die finanzielle Unterstützung der Bürgerschaft in Höhe von 400.000 Mark dankbar an und beschloss, im ehemals Schülerschen Garten an der Südanlage einen Theaterbau zu errichten. Außerdem beschloss sie, 200.000 Mark in Form von Darlehen und Zuschüssen selber beizusteuern und das Grundstück an der Südanlage kostenlos zur Verfügung zu stellen sowie zur Vorbereitung der Baumaßnahmen eine Theaterbau-Kommission einzusetzen. Dieser Hinweis leitet über zum letzten Teil des Vortrags.

5. Die Theaterbau-Kommission und die Eröffnung des Stadttheaters

An der Spitze der Theaterbau-Kommission stand Oberbürgermeister Mecum. Sodann gehörten ihr die beiden Beigeordneten Kommerzienrat Georgi und Kommerzienrat Heyligenstaedt an, des weiteren eine Reihe namhafter Stadtverordneter und, last not least, führende Vertreter des Theatervereins, darunter Carl Fromme. Der rührige Vorsitzende des Theatervereins spielte wie schon in den Anfängen des Vereins so auch

24 Vgl. Brake, Auf dem Wege (wie Anm. 2), S. 206 f.

in der Schlussphase des von ihm mitinitiierten Unternehmens eine herausragende Rolle. In der Theaterbau-Kommission liefen alle Fäden zusammen. Nachdem die Grundsatzentscheidungen einmal getroffen waren, ging es nun um die konkrete Umsetzung der Beschlüsse. Viel Zeit stand nicht zur Verfügung, so dass mit der Konstituierung der Theaterbau-Kommission sogleich hektische Aktivität einsetzte. Der Bau sollte, darin waren sich alle einig, bis zum 300-jährigen Jubiläum der Universität fertiggestellt werden. Eile war also dringend geboten. Es ist wegen der Unüberschaubarkeit der Ereignisse und auch aufgrund der lückenhaften Quellenüberlieferung nur schwer möglich, den Entscheidungsprozess im Einzelnen nachzuvollziehen.

Vieles lief nebeneinander her. Während die öffentliche Subskription noch andauerte und die Finanzierung keineswegs vollständig gesichert war, ging die Theaterbau-Kommission davon aus, dass die Entwicklung nicht mehr gestoppt werden könnte und schuf vollendete Tatsachen. So besuchten Kommissionsmitglieder die Stadttheater in Dortmund und Bielefeld und machten sich mit den Problemen vertraut, die dort und andernorts bei der Finanzierung und dem Bau sowie bei der Festlegung der rechtlichen Form und dem geschäftlichen Ablauf des Theaterbetriebes aufgetreten waren. Gleichzeitig holte die Kommission Angebote für den Theaterbau ein, schrieb einen beschränkten Wettbewerb aus und ordnete den Abriss der Villa im Schülerschen Park an.

Unter den zahlreichen Bewerbern erhielt das Wiener Architektenbüro Fellmer und Helmer schließlich den Zuschlag. Dieses weit und breit führende Spezialistenbüro für Theatergebäude, das nicht weniger als 47 der zwischen 1890 und 1930 in Europa vollendeten rund 1.500 Theaterbauten errichtete, arbeitete nach dem Prinzip des Serienbaus, projektierte und baute Theater gleichzeitig in mehreren Städten. Der Jugendstil-Bau, den das Wiener Atelier für Gießen entwarf, glich im Grundriss fast vollständig dem gleichzeitig gebauten Theater im nordböhmischen Gablonz und dem 5 Jahre später entstandenen Bau im österreichischen Klagenfurt.²⁵ Unterschiede bestanden allerdings in der Größe der Gebäude und der Innenausstattung.

25 Vgl. Hans-Christoph Hoffmann, Die Theaterbauten von Fellmer und Helmer, München 1966.

An der Planung beteiligt und mit der Bauausführung beauftragt war der Gießener Architekt Hans Meyer.²⁶ Unter seiner Leitung begannen schon im Herbst 1905 die Fundamentierungsarbeiten, die sich wegen der Bodenverhältnisse als äußerst schwierig erwiesen. Der weitere Bau verlief reibungslos. Im Dezember 1906 wurde der Bau eingedeckt, im Frühjahr mit dem Innenausbau begonnen, wobei Heizung, Beleuchtung und Bühnenausstattung den Architekten und Technikern außerordentliches Können abverlangte. Parallel zu diesen Arbeiten schritten die nicht minder komplizierten Beratungen über die Rechtsgrundlage des Theaterbaus voran. Am 23. Februar 1907 gelangte die Theaterbau-Kommission mit der Gründung der Theaterbauverein GmbH an das Ziel ihrer Bemühungen.

Hauptgegenstand der Gesellschaft war, wie die Satzung festgelegt hatte, der Bau und der Betrieb eines Theaters. Faktisch setzte die Theaterbauverein GmbH die längst bestehende Zusammenarbeit zwischen der Stadtvertretung auf der einen sowie dem Theaterverein auf der anderen Seite fort. Verändert hatte sich nur die Rechtsform. Die Geschäftsführung bestand aus dem jeweils amtierenden Oberbürgermeister und vier alljährlich von der Generalversammlung zu wählenden Personen. In den ersten Jahren lag sie in den Händen von Oberbürgermeister Mecum, Universitätsprofessor Fromme, den Stadtverordneten Haubach und Kommerzienrat Heichelheim sowie dem Beigeordneten Kommerzienrat Heyligenstaedt. Unter ihrer Leitung trat der Verein in die schon abgeschlossenen Verträge über den nahezu fertiggestellten Bau ein, verpachtete das Theater für die ersten drei Spielzeiten an den bisherigen Direktor Steingoetter und verständigte sich mit ihm auf das Programm der Eröffnungsfeier.²⁷

Am 23. Juli 1907, eine Woche vor den akademischen Festlichkeiten zum 300-jährigen Jubiläum der Ludoviciana, war es soweit. Das neue Stadttheater öffnete erstmals seine Pforten. Zur Einweihungsfeier versammelten sich die festlich gekleideten Honoratioren der oberhessischen Provinzhauptstadt mit zahlreichen auswärtigen Gästen. Der Großherzog Ernst Ludwig, der, wie eingangs erwähnt, als Erbherzog

26 Zu den Details der Bauvorbereitung und -ausführung sowie der zweckorientierten, ästhetischen und dekorativen Gestaltung vgl. Hans Meyer, Baugeschichtliches, in: Stadttheater Gießen (wie Anm. 7), S. 16-30.

27 Einzelheiten über die Gründung des Theaterbauvereins, die Zusammensetzung der Gesellschafter, die Höhe des Stammkapitals und den Gesellschaftsvertrag (Satzung) in: StAG, Theaterprotokollbuch 1907-1927, N 2923.

und Student an der Landesuniversität unbewusst den Anstoß zur Gründung des Theatervereins gegeben hatte, blieb der Veranstaltung fern. „Leider waren“, wie der „Gießener Anzeiger“ vom 25. Juli ein wenig spitz bemerkte, „Ihre Königl. Hoheiten durch den Besuch eines indischen Fürsten verhindert, dem schönen Festabend beizuwohnen!“²⁸ So musste der aus bürgerlicher Initiative, mit bürgerlichen Spenden und städtischen Mitteln errichtete Musentempel ohne landesherrlichen Beistand seiner Bestimmung übergeben werden. Dem Festakt fernbleiben mussten allerdings auch die zahlreichen Stifter aus wenig begüterten Kreisen, die sich die vorgeschriebene festliche Kleidung - Frack und weiße Halsbinde für die Herren und entsprechende Ball-Toilette für die Damen - nicht leisten konnten und wohl auch zu stolz waren, die Festkleidung im Kaufhaus J. Ittmann an der Plockstraße zu leihen. Die Kleidervorschrift konterkarierte zweifellos die von den Wortführern der Theaterbewegung propagierte Einheit der Bürgerschaft und rief offensichtlich Proteste hervor. Jedenfalls beeilte sich der Theaterbauverein, in der Presse darauf hinzuweisen, „daß Frack und Ball-Toilette selbstverständlich nur für die Eröffnungs-Vorstellung Zwang war“.²⁹

Auf dem Programm der Einweihungsfeier am 23. Juli 1907 standen Goethes „Vorspiel auf dem Theater“, Kleists „Zerbrochener Krug“ und „Wallensteins Lager“ von Schiller - alles an einem Abend. Der Beifall des Publikums galt nicht nur den aufwändig inszenierten Aufführungen. Begeisterung rief auch der in der Presse überschwänglich gelobte „imposante Bau von monumentaler Wirkung“ hervor. Besonders herausgestellt wurden die üppige Innenausstattung, die moderne Bühnentechnik und der große Zuschauerraum mit 823 Sitzplätzen.³⁰ Die Zeitungen in Gießen und den benachbarten Städten widmeten dem Festakt und Theaterbau breiten Raum. Sogar die überregionale Presse in Berlin, Köln und Frankfurt gratulierte Gießen zum Aufstieg in die prestigeträchtige Liga der deutschen Theaterstädte.³¹

Zweifellos hatte Gießen ganz allgemein an Ansehen gewonnen. Seine Bedeutung als kultureller Mittelpunkt in der Region zwischen Kassel und Frankfurt war spürbar gewachsen. Die Lahnmétropole präsentierte

28 GA 25.7.1907.

29 GA 23.7.1982.

30 Vgl. Stadttheater Gießen (wie Anm. 7).

31 Vgl. StAG, NL Steingoetter (wie Anm. 10), Mappe 6: Zeitungsausschnitt-Sammlung.

sich selbstbewusst als eine Stadt, in der bürgerlicher Gemeinsinn herrscht, in der die gesamte Bürgerschaft zum Wohle aller die Geschicke der Kommune mitbestimmt. Nirgendwo kommt der Stolz so klar zum Ausdruck wie im „Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und Umgebung von 1907“. Unter den zahlreichen Attraktionen, die diese Broschüre, eine Art Touristenführer, aufzählt, nimmt das Theater einen herausgehobenen Platz ein: „Ein ständiges Theater, für das ein prächtiger Neubau durch die Opferwilligkeit der Bürgerschaft geschaffen ist, bietet unter künstlerischer Leitung und dem Beistand des Theatervereins, dem fast alle besser situierten Gesellschaftskreise der Stadt angehören, sehr tüchtige Leistungen.“³²

Diesen Eintrag kann man auch aus der Rückschau von 100 Jahren nur unterstreichen. Es ist bemerkenswert, wie das Stadttheater von seiner Gründung an einen respektablen Platz in der deutschen Theaterwelt einnahm und, mit einigem Auf und Ab, bis heute behauptet. Beachtlich ist auch, wie es in seiner hundertjährigen Geschichte alle Krisen und Gefahren im Wesentlichen unbeschädigt überstanden hat: Den ersten Weltkrieg und seine Folgen, die Inflation sowie die Massenarbeitslosigkeit; das NS-Regime und den Zweiten Weltkrieg mit seinen katastrophalen Zerstörungen, die Wirren der Nachkriegszeit und die wachsenden Finanznöte. Das soeben begonnene Jubiläumsjahr 2007 wird noch manche Gelegenheit bieten, dem Gießener Stadttheater zum hundertsten Geburtstag zu gratulieren und das Wissen über seine Geschichte zu vertiefen.

32 Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und ihre Umgebung, Gießen 1907, S. 29.

100 Jahre Gießener Gasversorgung

Ludwig Brake

„Mangel an Kapital und Unternehmungslust in den deutschen Stadtverwaltungen, Unterschätzung des städt[ischen] Beamtentums, das Ueberwiegen der manchesterlichen Wirtschaftsauffassung über die Vorzüge der Ueberlassung städtischer Betriebe an die Privatindustrie nach dem Grundsatz, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte walten zu lassen, bildeten Jahrzehnte hindurch die Ursache der Indolenz der Städte mit der verhängnisvollen Folge der Ausbildung schlimmer Monopole; heute verlangen hygienische und kulturelle, finanzielle und sozialpolitische Gründe gebieterisch den städtischen Regiebetrieb.“

So formulierte es der Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck, auf der 47. Jahresversammlung des Vereins deutscher Gas- und Wasserfachmänner zu Beginn des 20. Jahrhunderts.¹ Er sprach damit eine Reihe von Phänomenen an, die sich in der Frühzeit der Entwicklung der Städtetechnik als Hindernisse für die rasche Ausbildung moderner kommunaler Infrastruktureinrichtungen erwiesen hatten.

Grundsätzlich lag die Zuständigkeit für die Straßenbeleuchtung bei den Gemeinden im Rahmen ihrer Aufgaben innerhalb der Sicherheits- und Ordnungsverwaltung. Daher blickte man bei den Einrichtungen zur Straßenbeleuchtung zunächst nicht auf mögliche Gewinne. Aber mit der Einführung der Gasbeleuchtung und dem damit einhergehenden technischen Fortschritt, wurde die „Straßenbeleuchtung zu einer Nebenaufgabe des ersten rein kommerziell ausgerichteten Gemeindebetriebs: der Gasanstalt.“² In seinem Band Kommunalpolitik und Industrialisierung schildert Wolfgang Krabbe die Entwicklung zur Entstehung moderner kommunaler Städtetechnik sinngemäß so:

Bis 1800 hatte sich in den meisten deutschen Städten eine Straßenbeleuchtung mit Öllaternen durchgesetzt. Dies war der Stand, als es 1814 erstmals gelang, ein zusammenhängendes Gebiet, nämlich den Londoner Stadtteil St. Margreth von einer Zentrale aus über ein Leitungs-

1 Rückblick auf die Entwicklung des Gaswerks der Stadt Pforzheim aus Anlaß des 25. Betriebsjahres, bearbeitet von J. Heinrich, hg. v. d. Stadt Pforzheim, Pforzheim 1909, S. 3.

2 Krabbe, Wolfgang R., Kommunalpolitik und Industrialisierung, Berlin 1985, S.40.

netz mit Gaslaternen zu erhellen. „Die Funktion einer solchen Zentrale ging damit weit über den Zweck hinaus, der Kommunalbehörde mit einer bis dahin ungekannten Perfektion zu einer öffentlichen Straßenbeleuchtung zu verhelfen. Es eröffnete sich nun auch die Möglichkeit, Leuchtenergie in Massenproduktion für Haushalte und Gewerbebetriebe herzustellen. Die neue Erfindung eignete sich also vorzüglich zur industriellen Verwertung.“³

In England verbreiteten sich die Gasanstalten rasch und seit 1824 drang diese Erfindung auch auf den Kontinent und nach Deutschland vor. Zwar ging die Initiative zur Errichtung von Gaswerken in der Regel von den Städten aus,⁴ doch verblieben sie bis auf wenige Ausnahmen in der Hand privater Unternehmer, denen die Kommunen das Monopol zur Belieferung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zugestanden.⁵ Ursache dafür war die fehlende Erfahrung und Qualifikation der Gemeinden bei der Einrichtung und dem Betrieb derart komplexer kommerzieller Unternehmungen; Techniker und andere Fachleute waren in den Stadtverwaltungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch sehr selten. Und erst etwa seit der Jahrhundertmitte wurden für einzelne Bereiche qualifizierte Fachleute eingestellt, etwa die Stadtbaumeister.⁶ Erst seit der Reichsgründung kam es im Rahmen der „Entfaltung einer städtischen Leistungsverwaltung“⁷ zu einer stärkeren Professionalisierung und Differenzierung der einzelnen Verwaltungszweige.

Wo den Kommunen die Erfahrung mit Unternehmen kommerzieller Zielrichtung fehlten, konnte dies durch die Kenntnisse und die „Routine der Gasindustriellen“ ausgeglichen werden. Sie verstanden etwas von der Errichtung solcher Anlagen und konnten diese auch betreiben.⁸

Um die Jahrhundertmitte konnte man von den Trägern kommunaler Selbstverwaltung, den Stadtbürgern, in der Regel auch nicht erwarten, „daß sie im Sinne der Daseinsvorsorge ein prospektives Denken entwickelten und für kostspielige Investitionen eine möglicherweise

3 Krabbe, S. 40.

4 Krabbe, S. 40.

5 Krabbe, S. 41-42. Selten kam es vor, daß eine Stadt später auch einem weiteren Privatbetrieb eine Konzession erteilte wie z.B. Frankfurt a. M.

6 Krabbe, S. 42. Vgl. Akte Stadtarchiv Gießen (StdtAG) L 1500. Die Anstellung eines Stadtbaumeisters bei der Stadt Gießen wurde seit 1869 diskutiert.

7 Krabbe, S. 42.

8 Krabbe, S. 42.

riskante Anleihepolitik betrieben“.⁹ Die ‚kleinbürgerlichen Honoratioren‘, Gewerbetreibende und Haus- und Grundeigentümer strebten danach, sparsam zu haushalten und die Gemeindesteuern niedrig zu halten und längerfristige Verbindlichkeiten zu vermeiden.

Diese Haltung resultierte aus der hohen Verschuldung, die als Folge der Rheinbundzeit, der Befreiungskriege und der sich anschließenden Reformen entstanden war. Dadurch war der finanzielle Spielraum der Kommunen stark eingeeengt, so dass ihnen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts oft nicht viel mehr als die Schuldentilgung möglich war.¹⁰

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dieses hausväterliche Sparsamkeitsverhalten der Stadtväter in den ersten beiden Jahrhundertdritteln von der wirtschaftsliberalen Ideologie, dem ‚manchesterlichen Denken‘ - wie sich die Quellen gerne ausdrücken - getragen wurde. Dasselbe Bürgertum, das vom Staat erwartete, daß er das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte gewähren lasse, hütete sich da, wo es selbst als Obrigkeit auftrat, in der kommunalen Selbstverwaltung, als Wirtschaftssubjekt zu fungieren, sofern die gleiche Aufgabe auch von der Privatindustrie erfüllt werden konnte.“¹¹

Unter diesen Vorzeichen verlief die Entwicklung der Gasversorgung insgesamt relativ einheitlich in drei Phasen: „1. Stufe: die Stadt schließt mit einer Gasgesellschaft einen Vertrag über Gaswerkbau und Gaslieferung; 2. Stufe: im Laufe des zumeist einige Jahrzehnte währenden Gasmonopols kommt es zu Konfliktsituationen zwischen Konsumenten und Gaswerk, dem rücksichtsloses Ausnutzen seiner Monopolstellung vorgeworfen wird; 3. Stufe: die unbefriedigende Situation führt zu Auseinandersetzungen - oft im Prozeßverfahren - zwischen Stadt und Gasgesellschaft, welche in den meisten Fällen zum Einlenken gezwungen wird; 4. Stufe: alle Einrichtungen der Gasanstalt gehen durch Kauf, Übernahme oder Heimfall (das heißt wenn sie verpachtet war) in das Eigentum der Stadt über; oder die Stadt errichtet selbst ein Konkurrenzunternehmen in kommunaler Regie.“¹²

„Auch die zwischen den Gemeinden und den Gasgesellschaften geschlossenen Verträge entsprachen in der Regel einem Grundmuster:

9 Krabbe, S. 43.

10 Krabbe, S. 43.

11 Krabbe, S. 43.

12 Krabbe, S. 43-44.

Die Gesellschaft erhielt für eine bestimmte Frist das ausschließliche Benutzungsrecht der öffentlichen Straßen und Plätze zum Zweck der Gasröhrenverlegung, während sich die Gemeinde ausbedang, zu einem möglichst geringen Tarif oder gar kostenfrei mit Gas zur eigenen Benutzung beliefert zu werden. Allen Verträgen haftete der Mangel an, daß sie vorwiegend unter juristischen, kaum aber technischen Gesichtspunkten formuliert und abgeschlossen waren. Künftige Entwicklungen der Stadterweiterung, des Bevölkerungswachstums, der Konsumentenbedürfnisse und der technischen Möglichkeiten waren dabei wenig berücksichtigt worden, so daß nur durch Vertragsverlängerungen, um die Gesellschaften gern nachkamen, den im Vertrag nur mangelhaft geschützten Gemeinden und Privatbeziehern Positionsverbesserungen ermöglicht wurden - sofern man nicht gleich den Weg der Kommunalisierung beschreiten wollte.“¹³

Der Beginn dieser Kommunalisierung der Gaswerke setzte allgemein erst seit den 1860er Jahren ein. Zu dieser Zeit betrachteten die Städte die Kommunalisierung ausschließlich unter kommerziellen Gesichtspunkten. Die in der Regel erwirtschafteten Überschüsse waren stets willkommene Einnahmequellen.¹⁴

Wendet man sich nach diesen eher systematischen Betrachtungen nun der Entwicklung in Gießen im Detail zu, kann man die geschilderten idealtypischen Abläufe überprüfen.

Als das Publikum am 14. März 1855 das Theater verließ, „wurde es durch die am heutigen Tag zum ersten Male ausgeführte, vollkommen gelungene, schöne Gasbeleuchtung überrascht (...) und am Portal des Theaters erglänzten die grandiosen Namenszüge ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin in der Krone in prachtvollen Gasflammen.“¹⁵

Bei dem geschilderten Ereignis handelte es sich nicht um die erstmalige Beleuchtung Giessens. Dieses ereignete sich in der Landeshauptstadt Darmstadt, wo man den Namenstag der Großherzogin Mathilde abgewartet hatte, um die Gasbeleuchtung einzuschalten.

13 Krabbe, S. 44.

14 Krabbe, S. 47.

15 Peter Engels, Festschrift zum Jubiläum 150 Jahre Gas- und 125 Jahre Wasserversorgung in Darmstadt und Umgebung, Darmstadt 2005 S. 16.

Aus Gießen wird folgendes berichtet: „Am 24. Dezember des Jahres 1856 erstrahlten erstmals in Gießen unter dem Klang der Weihnachtsglocken Straßen und Plätze im ‚reinsten Tageslicht‘.“¹⁶ Doch in Gießen ist dies ein eher prosaischer Vorgang gewesen. Die Akten und Ratsprotokolle enthalten lediglich aus der Retrospektive die Information, dass tatsächlich am 24. 12. die Gasbeleuchtung begonnen wurde.¹⁷ Eine größere Feier oder feierliche Inbetriebnahme der Beleuchtung hat es anscheinend in Gießen nicht gegeben.

Nun fragt sich, warum dies so gewesen ist, warum in Gießen nicht ähnlich wie in Darmstadt eine größere Sache aus der erstmaligen Gasbeleuchtung gemacht wurde.

Zur Beantwortung dieser Frage muss man sich noch etwas weiter in die Gießener Vergangenheit hineinbegeben, in die Zeit, als hier erstmals über die Modernisierung der bestehenden Straßenbeleuchtung nachgedacht wurde.

In Gießen existierte schon seit langem eine Beleuchtung durch Öl-Laternen. Als man damit begann, war dies ein gewaltiger Fortschritt, denn vorher mussten die Stadtbürger, wenn sie sich des Nachts sicher auf den Straßen bewegen wollten, schon eine eigene Laterne mitführen. Seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurde dies in Gießen geändert, als die Stadt auf Drängen der Polizeibehörden eine Straßenbeleuchtung durch Öl-Laternen einrichtete und entsprechendes Personal einstellte.¹⁸ Die Laternen mussten nach Einbruch der Dämmerung angezündet werden; sie bedurften der Speisung mit Öl und häufiger Reinigung. Damit erreichte man eine, wenn auch nicht komfortable, so aber doch akzeptable Beleuchtung, welche den Gießener Nachtschwärmern, auch den angetrunkenen, den Weg heimwärts weisen konnte.¹⁹

Ein großer Nachteil bestand in der hohen Pflege- und Wartungsintensität, die sich im übrigen dadurch erhöhte, dass sich vor allem Gießener

16 Gießener Freie Presse, 24.12.1956. Diese Schilderung ist aus der Rückschau im Jahre 1956 geschrieben und verklärt das Ereignis ein wenig.

17 StdtAG L 1069, „Am 24. December 1856 ist die Gasbeleuchtung eingeführt worden“. 1856 31. 12. die Lichter brennen.

18 Crome, August Friedrich Wilhelm, Selbstbiographie, Stuttgart 1833, S. 154: „Das Straßenpflaster ist größtentheils verbessert, auch eine ziemlich gute Straßen-Beleuchtung (zum Theil durch mein Mitwirken als damaliger Deputirter der Universität bei der dortigen Polizei) im Jahre 1802 eingerichtet.“

19 StdtAG L 1224.

Studenten einen Spaß daraus machten, die Öl-Laternen zu löschen, zu zerstören, den Laternenwärtern üble Streiche zu spielen und sie sogar einzusperren, um sie so von ihrer Arbeit abzuhalten.²⁰

Periodisch durchgeführte Laternenrevisionen ergaben immer schlechtere Ergebnisse.²¹ Da diese Umstände seit langem bekannt waren, hatte die Stadt schon längere Zeit über eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung nachgedacht. Die Optionen lagen zunächst im Bereich einer häufigeren Wartung oder der Beschaffung besserer und leuchtkräftigerer Öl-Lampen.

Seit dem Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts gab es eine Alternative: die Beleuchtung von Städten durch Gaslicht. Begonnen hatte es in Hannover 1825, Berlin 1826, Frankfurt seit 1828, Baden-Baden 1844, Karlsruhe 1846. Und schließlich erreichte die Gasbeleuchtung auch Hessen. Ein Gemeinschaftsunternehmen Offenbacher Bürger erleuchtete die großherzoglich-hessische Stadt seit 1847 mit Gas, und die Landeshauptstadt Darmstadt folgte 1849.²² Das heißt, die Gießener Diskussion zur Verbesserung der städtischen Straßenbeleuchtung spielte sich vor diesem Hintergrund ab.

Hier, in Gießen, gab es zwar seit 1845 eine Kommission zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung; doch erzielte sie keine konkreten Ergebnisse. Im Januar des Jahres 1848 fasste der Gießener Bürgermeister Christian Reiber die bisherige Diskussion zusammen:

„Der Stadtvorstand hat sich schon seit längeren Jahren mit dem Gedanken einer besseren Beleuchtung beschäftigt und namentlich auch die Herstellung einer Gasbeleuchtung zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht. Er ist indessen bis jetzt noch zu keiner bestimmten Entscheidung gekommen, weil man über die Gasbeleuchtung noch zu wenig Erfahrung in der Nähe gemacht hatte und man namentlich den vermehrten Kostenaufwand als ein Haupthindernis der Realisierung einer selbigen Beleuchtung betrachtete. - Unterdessen ist nun, wie wir

20 StdtAG L 1224.

21 StdtAG L 1066, 1853 21.01. Ergebnis der Revision der Straßenlaternen: In den meisten Laternen sind schlechte Gläser und schlechte Verkittung, ca. ¼ der Scheiben sind zerbrochen, sie sind durchweg schlecht gereinigt. Konsequenz: Die Laternenwärter müßten mehr Zeit auf die Wartung, Reinigung und Pflege der Laternen verwenden, was aber höhere Kosten bedeutete.

22 L. Braun, Tag für Tag und Nacht für Nacht. Hundert Jahre Stadtwerke Offenbach, Offenbach 1979, S. 9. Vgl. Engels, S. 14.

vernommen, auch in der Stadt Offenbach eine Gasbeleuchtung zustande gekommen, und es dürften die dort bereits gemachten Erfahrungen vielleicht dazu dienen, dem Stadtvorstand bei Beurtheilung dieses Gegenstandes, der jetzt wieder aufgenommen werden soll, die nöthige Anleitung und Grundlage zu geben²³

Daher wandte sich der Gießener Stadtvorstand an den Bürgermeister der Stadt Offenbach und bat um Auskunft über die dortigen Erfahrungen mit der Gasbeleuchtung. Insbesondere war von Interesse, wie sich das Verhältnis der Kosten der früheren zu der jetzigen Beleuchtung verhielt.²⁴

Der damit begonnene Informationsaustausch zwischen den beiden hessischen Kommunen stand zunächst unter dem ungünstigen Vorzeichen der revolutionären Ereignisse von 1848. Erst zu Beginn des folgenden Jahres kam Gießen zu konkreteren Informationen. So schrieb man aus Offenbach:

„Die frühere hiesige Ölbeleuchtung hat nicht zu den schlechten gehört, indem in den meisten Straßen Hängelaternen (...) angebracht waren und die Lichtentfernung nur 70 bis 75 Schritt betrug, dennoch findet man solche jetzt im Vergleich mit der Gasbeleuchtung spottschlecht. Die Gasbeleuchtung ist hier nemlich noch nicht in allen Straßen ausgeführt, die große Verschiedenheit kann darum täglich wahrgenommen werden.“²⁵

Nun liefen in Gießen auch erste Offerten ein, von Privatleuten oder von Firmen, welche die Errichtung einer Gasbeleuchtung anboten²⁶. Eines der ersten konkreten Angebote kam nicht zufällig von einem Herrn Graeser aus Offenbach. Die Stadt überließ ihm Planunterlagen und er arbeitete daraufhin ein Beleuchtungsprojekt aus, für 200 öffentliche

23 StdtAG L 1069, 1845 04.06; 1848 02.01.

24 StdtAG L 1069, 1848 02.01.

25 StdtAG L 1066, 1849 22.01.

26 U. a. Angebot aus Hamburg, Firma „Neue Beleuchtungs-Gesellschaft“. StdtAG L 1066, 1849 01.07.; 1850 07.01. Angebot der Portativgasgesellschaft Eberhard aus Darmstadt: „Ich habe in hiesiger Stadt eine Fabrik für transportables Gas errichtet, deren Produkt allgemeinen Beifall findet, und bin gesonnen, wenn es die Verhältnisse gestatten, auch in Gießen ein solches Geschäft zu errichten. Darmstadt ist für Röhrengas wegen seiner weitläufigen Bauart nicht geeignet. (...) Mit Gießen dagegen kann es, wie es mir scheint, möglicherweise anders seyn, da diese Stadt größtentheils enge gebaut ist und die Röhrenleitungen kein sehr großes Kapital erfordern dürften. Dennoch ist auch hier größte Vorsicht nöthig, damit nicht so traurige Ereignisse vorkommen, wie z. B. in Offenbach und in anderen Orten.“

Straßenlaternen sowie 1.000 bis 1.300 private Abnehmerflammen. Die von ihm geschätzten Anlagekosten von ca. 98.000 fl. waren für die Gießener Stadtverwaltung dann aber doch ein Schock. Der Gemeinderat beschloss daher, „daß eingetretene Verhältnisse die Zurückstellung dieser Angelegenheit nothwendig machten“ und brach die Verhandlungen ab. Auch das Angebot Graesers, die erforderlichen Gelder durch Ausgabe von Aktien aufbringen zu wollen, änderte die Meinung in Gießen nicht.²⁷

Den Hintergrund zu dieser Entscheidung bildete der Umstand, daß die Offenbacher Gasbeleuchtungsgesellschaft just in dieser Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geriet und nur durch große Kraftanstrengungen einiger Offenbacher Firmen vor dem Konkurs gerettet werden konnte²⁸. Dadurch wurden die Verhandlungen mit Graeser zwar nicht vollständig abgebrochen, aber doch verzögert.

Das bedeutete für das Gießener Vorhaben zunächst einen zeitlichen Rückschlag. Die Verzögerung nutzte der Gemeinderat dazu, weitere Erkundigungen in anderen Städten einzuholen. Aus Heidelberg kamen schließlich Anfang der 1850er Jahre die gewünschten Informationen. Dort kostete die Gasbeleuchtung für 300 Laternen im Jahr nicht mehr, als der durchschnittliche Kostenaufwand für die traditionelle Ölbeleuchtung betragen hatte. Die Kosten in Offenbach und Darmstadt lagen dagegen weit höher. Diese Ergebnisse stärkten die Gießener Verhandlungsposition gegenüber Graeser und beschleunigten den Meinungsbildungsprozess im Gemeinderat.

Mittlerweile erhielt die Stadt weitere Angebote zur Errichtung einer Gasanstalt, u. a. von der Augsburger Firma Riedinger, welche aber nicht weiter verfolgt wurden. Die Stadt verhandelte weiter mit Graeser, schloss mit ihm sogar Vorverträge ab und tat nun ihrerseits einiges, um die Dinge voranzubringen. So sprach sich der Gemeinderat aus Kostengründen alsbald gegen eine Steinkohleverarbeitung und für eine Holzvergasung als Energiegrundlage aus²⁹ und legte zudem in den Verhandlungen mit einem Mainzer Anbieter, Karl Keil, das Maximum für

27 StdtAG L 1166, 1849 22.03., 1849 17.04., 1849 06.06.

28 1855 schloss die Offenbacher Gesellschaft einen Vertrag mit der Stadt ab, welcher der Kommune das Vorkaufsrecht nach Ablauf von 25 Jahren zusicherte. Davon machte Offenbach 1879 Gebrauch (Tag für Tag und Nacht für Nacht, Offenbach 1979, S. 9).

29 In den Ressourcen vor Ort, den Gemeindewaldungen sah man wohl ähnlich wie in Darmstadt eine preisgünstige Alternative zur Kohle, die nur mit großem Aufwand und großen Kosten herbeigeschafft werden konnte. Vgl. dazu auch Engels, S. 15 u. 17.

seine Beteiligung auf den Betrag von 30.000 Gulden fest.³⁰ Weiterhin wurde beschlossen, „das zur Errichtung der Gasfabrik erforderliche Gelände dem Unternehmer in den ersten 10 Jahren unentgeltlich, in den folgenden aber gegen Entrichtung einer Abgabe von 30 fl. jährlich zu überlassen.“³¹

In der internen Diskussion des Gemeinderats zeigten sich die unterschiedlichen Haltungen einzelner Mitglieder deutlich. Vor der Eröffnung der Sitzung stellte das Gemeinderatsmitglied, Metzgermeister Johann Philipp Möhl, den Antrag, „bei der bedeutenden Schuldenlast der Stadt und der Gewißheit einer Vermehrung derselben (...) von der Einführung einer Gasbeleuchtung bis zum Eintritt besserer Zeiten abzusehen“. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden weitere Anträge, des „Diehlenhändlers“³² und Gemeinderats, Daniel Wirth, „daß sich die Stadt Gießen bei der Herstellung einer Gasbeleuchtung (...) mit keinem Zuschuß theiligen solle“ und des Glasers und Gemeinderats, Georg Philipp Fillmann, „daß sich die Stadt nur mit einem Betrag von 25.000 fl beteiligt“.³³

Um die Angelegenheit nun auch in der Öffentlichkeit zu fördern und weitere Offerten einzuholen, inserierte der Gemeinderat im Frankfurter Journal, in der Kölnischen und Augsburger Zeitung und bat um Angebote für die Errichtung einer Gasanstalt. Diese Aktion hatte keinen Erfolg, denn auch nach Ablauf von zwei Monaten lag lediglich eine Reaktion vor. Sie soll wiedergegeben werden, weil sich von hier aus später der Durchbruch für die Realisierung des Gießener Gasprojekts entwickelte. Die Zuschrift lautete:

„Da ich erfahren habe, daß Sie vor einiger Zeit eine Anzeige veröffentlicht haben, bezüglich der Einführung der Gasbeleuchtung in Giessen, diese Angelegenheit aber meiner Aufmerksamkeit entgangen ist, so erlaube ich mir Sie höflich um die naeheren Bedingungen der Einrichtung des Werkes zu ersuchen, wenn die Zeit für Verhandlungen noch nicht verflossen ist, und Sie noch bereit sind, Vorschlaege entgegenzunehmen. Namentlich wünsche ich zu wissen, ob das Werk auf Kosten

30 Möglicherweise sind die Verhandlungen wegen der von der Kommune bewilligten Kostenbeitragssumme ins Stocken geraten. Alle Verhandlungspartner hatten eine höhere Summe gefordert. StdtAG L 1066.

31 StdtAG L 1066, 1854 03.03.

32 StdtAG N 1911 Bürgerregister, alphabethisch.

33 StdtAG L 1066, 1854 03.03.

der Stadt oder einer Privat-Gesellschaft soll errichtet und betrieben werden. - Sie höflich um eine gefällige Antwort auf meine Anfrage ersuchend, zeichnet hochachtungsvoll John Tebay Civil Ingenieur aus London“.³⁴ Die Stadt Gießen bat Tebay daraufhin zwar um ein konkretes Angebot, wandte sich für den Augenblick jedoch wieder anderen Dingen zu. Vor allem schaltete sie erneut weitere Anzeigen³⁵, um für ihr Projekt zu werben. Denn der bisher bevorzugte Verhandlungspartner Graeser ging in Insolvenz, wodurch alle mit ihm bisher getroffenen vertraglichen Abmachungen hinfällig wurden.³⁶

Tatsächlich trafen nun konkrete Angebote ein, u. a. aus Brüssel, aus Frankfurt und aus Mainz.³⁷ Die Stadt begann gleichzeitig Verhandlungen mit Ludwig Carez aus Brüssel und mit Karl Keil aus Mainz. Die Partner drängten auf einen definitiven Abschluss; doch die Stadt zögerte dies hinaus.³⁸

Es dauerte bis in die Mitte des Jahres 1855, ehe sich eine Lösung abzeichnete. Mittlerweile lag ein Angebot der Pforzheimer Firma Benckiser vor,³⁹ und sowohl sie als auch der bereits genannte Ingenieur John Tebay erhielten von der Stadt Planungsunterlagen. Es war schließlich Tebay, dem der entscheidende Durchbruch gelang. Bürgermeister und Bäcker Karl Andreas Emil Ebel berichtete hierüber dem Gemeinderat:

34 StdtAG L 1066, 1853 03.08. Über die Person John Tebays liegen nur sehr wenige Informationen vor. Anscheinend war er als Ingenieur an verschiedenen Projekten zur Errichtung von Gaswerken beteiligt. Bekannt sind Darmstadt, Gießen und Worms. Er war gebürtiger Engländer und stammte aus London oder Whitehaven.

35 StdtAG L 1066, 1853 03.08.

36 StdtAG L 1066, 1854 09.03.

37 StdtAG L 1066, 1854 26.06., 1854 25.10., 1854 09.12., 1855 07.04.

38 StdtAG L 1066, 1885 04.01.

39 StdtAG L 1066, 1855 04.07. Das Anschreiben der Firma Benckiser lautete: „Durch Vermittlung eines Bekannten kam Ihr Schreiben vom 7. Juni an Ingenieur Georgi, welches diverse Angaben über eine dort zu errichtende Gasbeleuchtung enthält, zu unserer Kenntnis. Gerne geneigt wegen Übernahme des Baues und Betriebes derselben mit Ihnen zu verhandeln, erlauben wir uns die Anfrage, ob Sie hierzu geneigt sind und sind wir erbietig sogleich nach Erhalt Ihrer gütigen Antwort, persönlich einzutreffen um die dortigen örtlichen Verhältnisse einzusehen und über die Hauptbedingungen einer Vertragsvorlage uns zu benehmen. Als Zeugnis unserer Befähigung zur Übernahme beehren wir uns Ihnen mit zu theilen, daß wir die Gasbeleuchtung dahier (Fabrikstadt mit 10.000 Einwohnern) auf eigene Rechnung erbaut haben und betreiben und werden wir Ihnen den mit hiesiger Stadt abgeschlossenen Vertrag persönlich übergeben. Ihrer geneigten Rückäußerung und womöglich gleich zeitigen Zusendung eines Grundplans Ihrer Stadt entgegensehend zeichnen hochachtungsvoll ergeben Gebrüder Benckiser.“

„Nachdem der Civil Ingenieur Tebay von Darmstadt am 25. v[ergangenen] M[onats] hier anwesend war, um sich über die Localverhältnisse der Stadt Gießen über Einführung einer Gasbeleuchtung, namentlich für Holzgas, zu unterrichten, fand sich derselbe heute wieder ein und proponierte folgende Punktationen: 1. die Herren Benckiser von Pforzheim, Rödinger von Baireuth und John Tebay von Darmstadt beabsichtigen das Gaswerk samt Röhrenanlage auf ihre eigenen Kosten aufzubauen und selbständig zu betreiben“.⁴⁰

Erkundigungen in Darmstadt ergaben, daß auch die Gasbeleuchtung der Landeshauptstadt „von dem bayerischen Civilingenieur Riedinger erbaut“ worden war und John Tebay als ausführender Ingenieur „mit viel Umsicht und Sachkenntniß den ganzen Bau leitete“. Da fasste auch die Stadt Gießen Vertrauen.⁴¹ John Tebay, von dem sich weder in Darmstadt, noch in Pforzheim oder Augsburg Spuren erhalten haben, scheint es gelungen zu sein, die beiden Firmen, die Eisengießerei Gebrüder Benckiser und die Augsburger Firma Ludwig August Riedinger in ein Konsortium einzubinden⁴². Als man sich auch noch über den Beitrag der Stadt von 30.000 Gulden einigte, stand einem Vertragsabschluß nichts mehr im Wege.⁴³

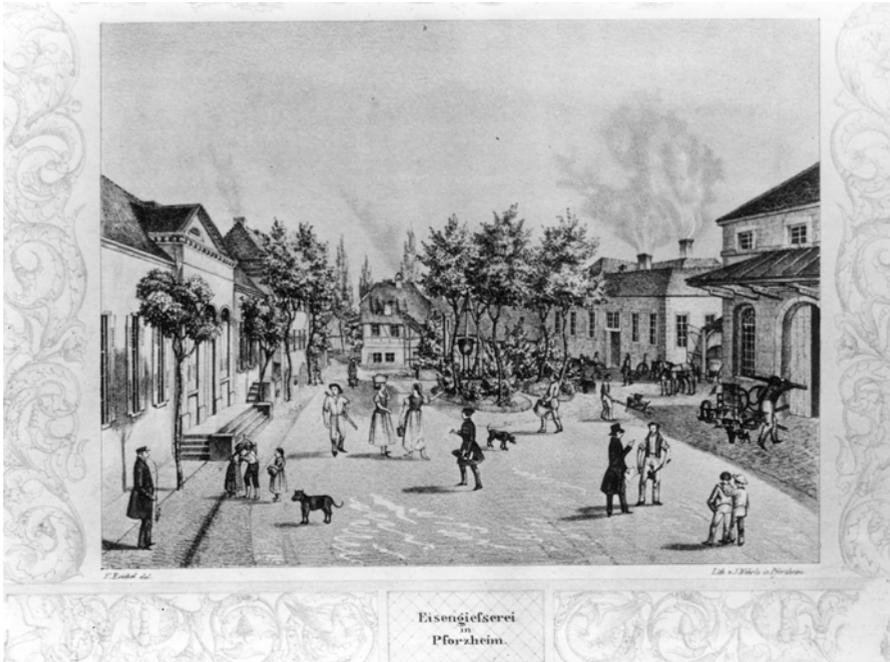
40 StdtAG L 1066, 1855 21.08.

41 StdtAG L 1066, 1855 29.08.

42 StdtAG L 1066, 1855 17.08. „Herr Tebay der Überbringer dieser Zeilen beabsichtigt wegen Übernahme Ihrer projectireten Gasbeleuchtung mit Ihnen in Unterredung zu treten. Auf Verlangen des Herrn Tebay beehren wir uns Ihnen mitzuthellen, daß wir mit demselben in Betreff der Herstellung genannter Beleuchtung eine Übereinkunft getroffen haben in Folge deren Herr Tebay in unserem Namen als Mitunternehmer mit Ihnen sich verständigen und einen Vertrag schließen kann. Hochachtungsvoll zeichnen Gebrüder Benckiser & die L. A. Riedinger“.

43 StdtAG L 1066, 1855 11.09. Tebay bot namens des Konsortiums an, die Straßenbeleuchtung für 200 Laternen zu 3.000 fl zu liefern. Es wird von einer jährlichen Brenndauer von 1250 Stunden ausgegangen.

„Was den Zuschuß der Stadt Gießen zu der Anlage der Gasbeleuchtung mit bis zu 40.000 fl anbetrifft, so seien sie erbötig nur 30.000 fl à 4% von der Stadt beschaffen zu lassen und wollten sie von ihrer Seite für die weitere Beschaffung der bestimmten 10.000 fl Sorge tragen und zwar dergestalt, daß diese ebenfalls nur zu 4% zu verzinsen und von ihnen später nur eine Hypothek à 4% zu errichten sei, insofern die Stadt die Beschaffung der erwähnten 10.000 fl zu 4% nicht möglich ist.“



Eisengießerei Benckiser in Pforzheim ca. 1850 (Stadtarchiv Pforzheim)

Am 17. September 1855 kam der Vertrag zustande.⁴⁴

Darin wurde festgelegt, dass die Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Plätze, das Gaswerk sowie die Röhrenleitungen auf Kosten der ausführenden Firmen errichtet werden sollten. John Tebay handelte als Unternehmer für die beiden Firmen. Die Anzahl der Laternen war zunächst auf 200 festgesetzt. Die Unternehmer verpflichteten sich aber auch, die in der Bauordnung (Stand 1855) bezeichneten Straßen ebenfalls mit Laternen und Leitungen auszustatten, sofern dies nötig wurde. Beleuchtungseinrichtungen innerhalb der Häuser durften nur nach Anordnung der Unternehmer, durch ihre Werkleute oder andere von ihnen als sachkundig erklärte Fachleute hergestellt werden. Eine entscheidende Bestimmung war im § 22 enthalten:

44 StdtAG L 1066, 17.09.1855; 1856 06.01.



August Theodor Benckiser (Stadtarchiv Pforzheim)

„Die Stadtgemeinde ertheilt den Unternehmern das ausschließliche Recht, während der Dauer dieses Vertrages Gasleitungsröhren in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen der Stadt zu legen und die mit der Gasbeleuchtung verbundenen Arbeiten jeder Art vorzunehmen und es darf niemand während dieser Zeit eine ähnliche Anstalt in oder für die Stadt Gießen ohne Zustimmung der Unternehmer anlegen.“⁴⁵

Weiterhin verpflichtete sich die Stadt zu einem Zuschuss von 30.000 Gulden.⁴⁶ Der Vertrag endete nach Ablauf von dreißig Jahren. Zu

45 StdtAG L 1066, 17.09.1855, § 22.

46 StdtAG L 1066, 17.09.1855, §32 „Die Stadtgemeinde verpflichtet sich behufs der Herstellung des Gasanlage die Summe von 30.000 fl. dergestalt vorzuschießen, daß wenn vorerst von den Unternehmern selbst 15.000 fl. in jenes Werk nachgewiesener-

diesem Zeitpunkt mussten entweder die Stadt oder der Betreiber den Willen zu Beendigung und Übernahme des Gaswerks erklären. Fand keine Erklärung statt, so verlängerte sich der Vertrag stillschweigend um weitere 5 Jahre.⁴⁷

Ende November 1855 waren die organisatorischen Dinge geregelt und John Tebay teilte dem Stadtvorstand mit: „Ich beabsichtige deshalb Morgen Abend oder Freitag Morgen dorten einzutreffen um unser Geschäfts-Büro aufzustellen [Im Neuenweg, L. B.] und es wird dann nicht an uns fehlen mit Energie zu Werke zu gehen, um bis nächsten August oder September spätestens die Stadt Gießen mit einer schönen Gasbeleuchtung zu erfreuen.“⁴⁸

Nachdem die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde ebenfalls ihr Einverständnis gegeben hatte,⁴⁹ konnte der Bau beginnen.

Im Januar 1856 wurden die ersten Bauarbeiten ausgeschrieben und die Einfriedung der Baustelle vorgenommen.⁵⁰ Auch der Bauantrag wurde vom Kreisamt unter der Auflage genehmigt, „daß nur Holz zur Bereitung des Leuchtgases ... gebraucht werden darf, auch die Reinigungslokale südlich nach der Wieseck zu angesetzt werden müßten.“⁵¹ Und

maßen verwendet worden, alsdann erst die Stadt ihrerseits zu demselben Zwecke eine Abschlagszahlung von 15.000 fl. flüssig machen, beziehungsweise den Unternehmern baar zur Verfügung stellen wird, und nachdem sodann die Unternehmer wiederum nachgewiesen haben, daß sie ihrerseits und aus ihren Mittel eine weitere Summe von 10.000 fl in das Werk verwendet haben, so soll eine gleiche Summe auch von Seiten der Stadt zu gleichem Zwecke den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden. Die alsdann von dem zugesicherten städtischen Vorschusse von 30.000 fl. annoch verbleibenden 5.000 fl. zahlt die Stadt nach Ablauf von 4 Wochen an die Unternehmer, nachdem die öffentliche Straßenbeleuchtung vollständig eröffnet und diese für gelungen erachtet worden.“

47 StdtAG L 1066, 17.09.1855.

48 StdtAG L 1066, 1855 28.11. Das Geschäftsbüro befand sich übrigens im Neuenweg.

49 StdtAG L 1066, 1856 06.01. Das Kreisamt hatte, bevor es grünes Licht für die Ausführung der Vertragsbedingungen gab, den Gießener Professor der Mineralogie, Karl Jakob Ettlting, als technischen Gutachter eingeschaltet. Als er sich positiv äußerte, stand dem Baubeginn nichts mehr im Wege.

50 Gießener Anzeiger (GA), 30.01.1856.

51 StdtAG L 1066, 1856 19.02. Vorkehrungen gegen möglicherweise anfallende schädliche Abfallstoffe der Produktion wurden nicht getroffen. Im Gegenteil: aus heutiger Sicht nimmt sich die Platzierung der „Reinigungslokale“ durch das Kreisamt an der Wieseck geradezu abenteuerlich aus. Dies liegt daran, daß ein „Umweltbewußtsein“ in den Behörden noch nicht existierte und auch keine entsprechenden Vorschriften vorlagen. Andere Regelungen, die Sicherheit betreffend, wurden dagegen sehr wohl getroffen. So machte das Kreisamt auf das Verbot für „die Ertheilung der Erlaubnis zur Anlage von Gasometern in Gebäuden, welche bewohnt sind, oder in welchen sich

der vorläufige Laternenplan, mit zunächst 204 Laternen im Stadtgebiet, erhielt ebenfalls die Genehmigung.⁵²

Mit der Ausschreibung der ersten Arbeiten für das Gaswerk begann die Konjunktur der alten Straßenlaternen zu sinken. Jetzt wurden in der Lokalpresse „noch in gutem Zustand befindliche gußeiserne ... sowie blecherne Straßenlaternen ... ganz billig“ zum Verkauf angeboten, um dieselben als Gartenbeleuchtung zu nutzen.⁵³

Feierlich wurde am 14. März 1856, am Namenstag der Großherzogin Mathilde, die Grundsteinlegung begangen. Die Leiter der staatlichen Behörden vor Ort, Gemeinderat und Bürgermeister sowie die beteiligten Bauunternehmer, waren anwesend. „Nach einer Ansprache durch den ausführenden Ingenieur, Herrn John Tebay, wurde von Bürgermeister Ebel der Grundstein auf das Feierlichste gelegt“.⁵⁴ Danach begaben sich die anwesenden Honoratioren in die Gasthöfe zum Einhorn und zum Rappen, „woselbst dieser Abend äußerst vergnügt, mit der größten Eintracht und Heiterkeit verbracht wurde.“⁵⁵

In Gießen wurden nun zum ersten Mal die Straßen aufgerissen, um darin Leitungen zu verlegen.⁵⁶

Gleichzeitig mit dem Beginn der Bauarbeiten begann die Gießener Gasgesellschaft mit der Werbung von Privatkunden. Denn es war zwar für eine sichere Abnahme von Gas durch Laternen der Straßenbeleuchtung gesorgt, doch wenn das Unternehmen Gewinn abwerfen wollte, mussten darüber hinaus auch noch weitere Privat- und Ge-

Menschen aufhalten“. Hintergrund hierzu bildeten vermutlich die bestehenden „Portativgasanstalten“, welche Gas in Behältern jeweils zu den Abnehmern transportierten und dort wohl in stationäre „Gasometer“ füllten. Vgl. StdtAG L 1066, 1856 30.09. Dazu auch Engels, S. 14.

52 StdtAG L 1069, 1856 15.05. Polizeiliche Genehmigung des Laternenplans. Insgesamt sollen 204 Straßenlaternen aufgestellt werden.

53 GA 08.03.1856.

54 GA 22.03.1856.

55 GA 22.03.1856.

56 Es gibt keine Hinweise, wann und wo die Erdarbeiten zur Verlegung der Gasleitungen begonnen wurden. Doch werden schon im Frühjahr Holzlieferungen für das Gaswerk ausgeschrieben und bereits im Sommer annonciieren Gastwirte Feierlichkeiten mit „Illumination und Gasbeleuchtung.“ GA 09.07.1856. Bis September waren die Arbeiten anscheinend so weit fortgeschritten, daß auch Außenlagen wie Buschs Garten Gas zur Verfügung hatten. Denn dort fanden Belustigungen mit Befüllung von Luftballons statt. GA 17.09.1856.

schaftsabnehmer gefunden werden.⁵⁷ So wurden verschiedene Musterlampen vorgestellt, und John Tebay lud die Gießener Bürger in das „Gas-Einrichtungs-Büro“ ein, „um die Wahl derselben vorzunehmen, damit die erforderlichen Bestellungen zeitig bewirkt werden können.“⁵⁸

Bis zum Herbst war die Anbringung der Gaslaternen in vollem Gange.⁵⁹ Vielfach waren diese Arbeiten wohl mit den freudigsten Erwartungen verbunden. Doch ließen sich die geplanten Termine nicht immer einhalten. War die Gasgesellschaft ursprünglich davon ausgegangen, bereits im September 1856 die Lichter brennen zu lassen, so gelang dies nur in Teilen. Der Gesellschaftsverein mußte seinen Mitgliedern zu Beginn des Monats Dezember mitteilen, daß die geplanten Konzerte im Dezember ausgesetzt werden müßten, „da die Beleuchtung des Gesellschaftssaales wider Erwarten noch nicht vollendet ist.“⁶⁰ Nur der Buschische Garten konnte in einer Anzeige vom 24. Dezember „Zur Einweihung der heute Abend, den 24. d. Mts., ins Leben tretenden Gasbeleuchtung“ einladen.⁶¹

Dieses Indiz gilt, wie bereits angedeutet, allgemein als die offizielle Inbetriebnahme der Gießener Gasbeleuchtung.⁶² Vermutlich hat es sich so verhalten, denn auch in den Aktenunterlagen ist an einer Stelle

57 GA 02.04.1856.

58 GA 17.09.1856. StdtAG L 1069, 1856 11.07. Unter den ersten, die sich um die neue Beleuchtungsart bemühten, war die Universität. Doch bat sie darum, daß am Brand, vor dem Akademiegebäude die Laternen so gesetzt werden, daß auch „das Anfahren von Wagen vor den erwähnten Eingängen“ gewährleistet ist. Aber es gab auch Zeitgenossen, denen die neue Beleuchtung aus verschiedenen Gründen nicht passte. So beschwerte sich der großherzogliche Stadtgerichtsassessor Bott, „daß man die Absicht habe, eine Straßenlaterne an seinem Hause und zwar zwischen 2 Fenstern anzubringen. - Eine solche Einrichtung störe ihn, er könne darum nicht zugeben, daß man eine Laterne an seinem Hause befestige, man möge solche entweder gegenüber, da wo der alte Laternenpfahl stehe, oder einige Schritte von seinem Hause entfernt, an der Mauer anbringen.“ StdtAG L 1069, 1856 12.08.

59 GA 04.10.1856. Polizeiliche Bekanntmachung warnt Fuhrwerksführer vor den strafrechtlichen Folgen der Beschädigung der Gaslaternen. Vgl. GA 11.10.1856. Wegen fortgesetzter Beschädigung der Gaslaternen wurden Belohnungen in Höhe von 10 Gulden für Denuntiationen ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führten.

60 GA 06.12.1856.

61 GA 24.12.1856. Vgl. StdtAG L 1069, 1856 10.05. Der Buschische Garten hatte, wohl wegen seiner Außenlage, sich bereits frühzeitig im Mai 1856 um die Gewährung einer Gasbeleuchtung bemüht, die seinen Gästen den Weg weisen sollte.

62 Z. B. 125 Jahre Gas in Gießen, Sonderseiten des Gießener Anzeigers 16.04.1982, Gießen 1982, S. 5; Elahn, Kundenmagazin der Stadtwerke Gießen, Gießen März 2006, S. 8.

lapidar gesagt: „Am 24. December 1856 ist die Gasbeleuchtung eingeführt worden“.⁶³



Buschischer Garten (Stadtarchiv Gießen)

Ein vergleichbar feierliches Ereignis, wie das eingangs aus Darmstadt geschilderte, hat in Gießen nicht stattgefunden. Warum dies so war, darüber lässt sich nur spekulieren, zumal die Grundsteinlegung noch zum Anlass eines offiziellen Aktes genommen wurde. Anhaltspunkte auf Verstimmungen zwischen Stadt und der Gasgesellschaft lassen sich aus den vorhandenen Unterlagen nicht entnehmen.

Im Unterschied zu Darmstadt fällt aber eines auf: In Gießen fehlte die Beteiligung des Bürgertums. War es in Darmstadt durch das tatkräftige Eingreifen des dortigen Wirtschaftsbürgertums gelungen, die Gasbeleuchtung auf der Basis einer Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen - sie konnte somit als eine bürgerliche Errungenschaft gelten-, so war von einer Mitwirkung des Bürgertums in Gießen keine Rede. Pläne zur Umwandlung des Gießener Gaswerks in eine Aktiengesellschaft, die

63 StdtAG L 1069, 1856 24.12. Insgesamt waren nun 207 Straßenlaternen in Betrieb.

John Tebay Anfang 1857 vorschlug, wurden abgelehnt.⁶⁴ Da das Gaswerk ohne die Beteiligung bürgerlicher Interessen sozusagen als reine ordnungs- oder sicherheitspolizeiliche Maßnahme der Stadt vorgesehen war, konnte auch keine bürgerliche Feierstimmung in Gießen aufgenommen wie etwa in Darmstadt.

Dort war der Bau des Gaswerks auf private Initiative zurückgegangen. Seit 1849 bestand eine so genannte Portativgasanstalt, die den Kunden mit Transportwagen das Gas ins Haus lieferte. Jedoch scheiterte das Unternehmen an der geringen Nachfrage. Nur die Verbindung von öffentlichen Gasabnehmern, z. B. Kommunen für Straßenbeleuchtung oder anderen öffentlichen Einrichtungen, die jährlich feste Mengen an Gas abnahmen, daneben auch Gewerbe und Industrie zusammen mit dem Bemühen um Privatkunden, schien auf Dauer profitträchtig zu sein.⁶⁵ So kam es in Darmstadt 1853 zur Gründung einer Aktiengesellschaft für die Errichtung eines Gaswerks, an der führende Bürger und Geschäftsleute der Stadt beteiligt waren. Wohl deshalb waren die Darmstädter Bürger in Feierstimmung, als ihr Werk, die Gasbeleuchtung, erstmals eingeschaltet wurde.⁶⁶

64 StdtAG L 1069, 1857 28.03. Vorschlag Tebays zur Bildung einer Aktiengesellschaft: „Beiliegend erlauben wir uns wohlwölblichem Gemeinderathe den Prospectus zur Bildung einer Actien-Gesellschaft vorzulegen, deren Zweck die Übernahme und der Fortbetrieb der von uns laut Vertrag vom 17. September 1855 errichteten Gasbeleuchtungsanstalt wäre. Wie in dem Prospectus angedeutet finden wir uns zur Bildung erwählter Actien-Gesellschaft aus doppelten Gründen veranlaßt: 1. Um einen Theil unseres Capitals zu weiterer Begründung von ähnlichen industriellen Anstalten verwenden zu können, und 2. um dem hiesigen Publikum Gelegenheit zu vortheilhafter Kapital-Anlage zu bieten, und den dadurch in Aussicht stehenden Gewinnst der Gasbeleuchtungs-Anstalt, womöglich der Stadt Gießen zu erhalten. Bevor wir jedoch dieses Project zu veröffentlichen schreiten, halten wir uns verpflichtet, Wohlwölblichen Gemeinderat davon in Kenntniss zu setzen“. Da die Stadtverwaltung dies strikt ablehnte, wurde das Projekt erst gar nicht veröffentlicht.

65 Dieter Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt: Darmstadt-Mannheim-Mainz 1880-1918, Darmstadt 1999, S. 168.

66 Vergasung von Holz, wegen der nahen und billigen Rohstoffquellen. Bau durch Augsburger Firma Riedinger gegen Überlassung eines großen Aktienpakets. (Schott, S. 168). Die Stadt schloß mit der Aktiengesellschaft einen Konzessionsvertrag, der alle weiteren Dinge regelte. Seit Mitte der sechziger Jahre kam es zu einem Rohstoffengpaß wegen zu wenig lieferbarem trockenem Holz. Daraufhin begann in Darmstadt die Mischgasproduktion (Holz- und Steinkohlegas). Probleme bestanden mit den Vorräten. Da das Holz für die Gasproduktion vollständig trocken sein mußte, bildete es eine nicht unerhebliche Brandgefahr. Das Darmstädter Holzlager ist auch mehrfach in Brand geraten (Schott, S. 168-169). Das Gaswerk der Landeshauptstadt war sehr profitabel, weswegen die Stadt schließlich einer Verlängerung der Konzession nicht zustimmte und das Gas-

Nach der Betriebsaufnahme kehrte in Gießen der Alltag ein. Das an der Wieseck produzierte Gas wurde regelmäßigen Qualitätstests durch die Universität unterzogen. Aus dem Gaswerk wurden zusätzlich zum produzierten Gas auch ein Teil der anfallenden Neben- und Abfallprodukte in den Vertrieb gegeben.⁶⁷ Die Zahl der privaten Kunden stieg kontinuierlich und sorgte damit nachhaltig für gute Profite.⁶⁸ Doch mit der wachsenden Zahl der Kunden kamen nun auch öfter kritische Stimmen zu Wort, die über die hohen Preise klagten, die sich bewerteten, die Laternen würden zu früh gelöscht, den Weg nach dem Bahnhof als nicht richtig erleuchtet empfanden und auch allgemein mit der Qualität des Gases nicht zufrieden waren. Diese Missstände ließen sich nicht ganz abstellen, weil die Anzahl der Laternen innerhalb eines Rahmens festgeschrieben und auch die Beleuchtungszeiten vertraglich fixiert waren. Für die ebenfalls anfänglich auftretenden Sicherheitsprobleme wurden staatlicherseits Bestimmungen erlassen, die ein ordnungsgemäßes Verfahren sicherstellen sollten.⁶⁹

werk ab 1880 in eigene Regie übernahm. Danach stellte das kommunale Gaswerk einen wesentlichen Einnahmefaktor der Stadt dar (Schott, S. 169). Durch den Beginn mit dem Gaswerk wies Darmstadt frühzeitig netzartige Infrastruktur-Technologien auf. Später, in den 80er Jahren, bestanden neben dem Gasrohrnetz auch ein Wasserversorgungs- und ein Kanalisationsnetz. In Folge der neuen Städteordnung sorgte der seit 1874 amtierende hautamtliche Bürgermeister für eine zielbewußte Inangriffnahme anstehender Probleme durch die Verwaltung. In diesem Prozeß bediente sich die Stadtverwaltung einerseits profilierter auswärtiger Experten und andererseits professionalisierte und spezialisierte sie sich im Laufe dieses Prozesses auch selbst. Nicht selten wurden Fachleute von den ausführenden Firmen abgeworben und in städtische Dienste übernommen. Die Kommunalverwaltung erwarb dadurch technische wie wirtschaftliche Kompetenzen, die bei weiteren komplexen Problemen sinnvoll eingesetzt werden konnten (Schott, S. 174-175). Darmstadt lag mit seinen Ver- und Entsorgungsnetzen zeitlich weit vor anderen Städten im Großherzogtum Hessen. Mit den Entscheidungen zur Errichtung dieser erfolgreichen Netzstrukturen ist vermutlich auch die traditionell vorhandene Zurückhaltung der Stadtverordneten gegenüber kommunalen Infrastrukturinvestitionen verschwunden. „Die Bereitschaft der Darmstädter Stadtverordneten dürfte durch stillschweigende, aber gelegentlich auch explizierte Erwartungen seitens des großherzoglichen Hauses bzw. der Hessischen Regierung gefördert worden sein, die Stadt möge sich ihres Status als Haupt- und Residenzstadt in ihren öffentlichen Einrichtungen und ihrem Straßenbild als würdig erweisen“ (Schott, S. 174).

67 StdtAG L 1069, 1857 19.02. Regelmäßige Tests der Qualität des Gases durch die Universität. GA 03.01.1857, 11.02.1857, 08.08.1857: Verkauf von Nebenprodukten Holzkohle, Holzteer, Dungkalk.

68 Vgl. Verwaltungsbericht der Provinzialhauptstadt Gießen (VB) 1900, S. 160. Vgl. auch verschiedene Werbeanzeigen zur Ausweitung des Kundenstammes. GA 10.06.1857.

69 GA Gemeinnützige Unterhaltungsblätter, Nr. 1, 07.03.1857 und Nr. 2, 14.03.1857; GA 11.11.1857; GA 10.01.1857 Regulatoriv, betreffend Vorkehrungen gegen Gefahr aus Gasbeleuchtungsanstalten in der Provinzialhauptstadt Gießen.

Bekanntmachung.

Ich beehre mich, hiermit anzuzeigen, daß ich von heute an von der Verwaltung der Gießener Gasfabrik zurückgetreten bin und erlischt somit meine Unterschrift.

Gießen, den 13. Juni 1857.

John Tebay.

Auf Obiges bezugnehmend, zeigt der Unterzeichnete für sich und als Bevollmächtigter der Herren Gebrüder Benckiser in Pforzheim als Mittheilhaber hiermit an, daß vorläufig Herr A. L. Basser für die Gießener Gasfabrik unterzeichnen wird.

Zahlungen an dieselbe können nur an den Banquier der Gießener Gasfabrik, Herrn J. B. Koll, welcher dafür quittirt, gemacht werden.

Ebenso wird Herr J. B. Koll nur gegen die Unterschrift des Herrn A. L. Basser Auszahlungen für die Gießener Gasfabrik leisten.

Gießen, den 13. Juni 1857.

A. L. Niedinger,
aus Augsburg.

John Tebay zieht sich aus der Gießener Gasfabrik zurück (Stadtarchiv Gießen)

Hinter den Kulissen bahnten sich erhebliche Veränderungen an. John Tebay trat im Juni des Jahres 1857 von der Leitung der Gießener Gasgesellschaft zurück, und die Pforzheimer Firma Benckiser setzte rasch nacheinander mehrere Bevollmächtigte in Gießen ein.⁷⁰ Erst in der Mitte des Jahres bekam die Firmenleitung wieder eine gewisse personelle Kontinuität. Vier Jahre später vollzog sich ein weiterer entscheidender Einschnitt. 1862 wechselte das Gaswerk den Besitzer.

Dies kam anscheinend überraschend, denn auf eine Annonce, „Versteigerung einer Gasfabrik“,⁷¹ protestierte sofort John Tebay, der sich zu

70 StdtAG L 1069, 1857 13.06. Tebay tritt von der Verwaltung des Gaswerks zurück und die Firmenleitung von Benckiser übergibt die Leitung an einen Herrn A. L. Basser. StdtAG L 1069, 1857 11.07. Für die Gasfabrik zeichnet M. Opfermann. StdtAG L 1069, 1857 12.08. Für die Gasfabrik zeichnet H. Brehm.

71 GA 24.05.1862. „Die Gasfabrik zu Gießen, bestehend aus dem Hauptbau, einem Retortenhaus, einem Werkstättenbau, einem Reinigerhaus, einem Laboratorium und einem Holzschuppen, soll nach Beschluß der Eigenthümer auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden. (...) Der Verkauf findet im Lokale der Gasfabrik am Montag den 2. Juni, Vormittags 11 Uhr, statt“.

dieser Zeit in Worms, wo er zusammen mit einer Firma ein Gaswerk errichtete,⁷² aufhielt in einer großen Zeitungsanzeige: „Zu der ... Versteigerung der hiesigen Gasfabrik habe ich meine Einwilligung nicht erteilt; dieselbe ist einseitig von den Herren Riedinger und Gebrüder Benkisser anberaunt worden.“⁷³ Tebay kündigte an, dagegen Klage zu erheben, da jede Veränderung der Gasfabrik nach dem mit ihm bestehenden Gesellschaftervertrag nur in gegenseitigem Einvernehmen vorgenommen werden könne.⁷⁴ Der Eigentümerwechsel fand trotz der Drohungen Tebays am 1. August 1862 statt. Neuer Besitzer wurde der Gießener Bürger und Ingenieur August Hess.⁷⁵ Er betrieb das Gaswerk bis 1886, wo es ins Eigentum der Stadt überging.⁷⁶

Der neue Eigentümer bemühte sich intensiv um die Vergrößerung des Kundenstammes. Zu diesem Zweck übernahm er die Kosten für die Hausanschlüsse von Neukunden und tauschte Petroleumlampen gegen Gasleuchten aus.⁷⁷ Damit war Hess sehr erfolgreich. Während die Abnahmemenge für die Straßenbeleuchtung bis 1886 um das 3,5fache wuchs, konnte der Privatverbrauch bis 1886 auf das 4,5 fache gesteigert werden.⁷⁸

Wegen des insgesamt stark gestiegenen Gasabsatzes erweiterte Hess die Produktionskapazität des Gaswerks durch Errichtung neuer Anlagen. So kam 1872 ein dritter Gasbehälter hinzu.⁷⁹ Insgesamt wuchs die Anzahl der Gießener Gaslaternen in der Zeit von August Hess von knapp über 200 auf 371 an; die Zahl der privaten Gasabnehmer ver-

72 Tebay ist vermutlich ab 1859 in Worms ansässig, wo er sich bis 1864 aufhielt. Danach zog er nach Offenbach.

73 GA 24.05.1862.

74 GA 31.05.1862.

75 StdtAG N 1911 Bürgerregister: Emil August Karl Friedrich Theodor Hess (15.12.1832 bis 24.02.1897). Hess war von 1865-1873 Landtagsabgeordneter und gewählter Vertreter im Kreistag (spätestens seit 1885 nach Auskunft des Kreisarchivs Gießen), Beigeordneter der Stadt Gießen etwa seit 1877 bis er im Februar 1886 wegen der Differenzen mit der Stadt sein Amt niederlegte. vgl. StAD S1 Biographische Daten Hess, August u. StdtAG L 1270-27.

76 Aus der Ära Hess sind kaum Unterlagen überliefert. Daher können nur sehr wenige gesicherte Aussagen gemacht werden.

77 125 Jahre Gas in Gießen, Gießen 1981, S. 5.

78 VB 1900, S. 160. Verbrauch Straßenbeleuchtung 35.932 cbm 1862 stieg auf 124.232 cbm 1886 und der Privatverbrauch 85.923 cbm 1862 stieg auf 386.015 cbm 1886.

79 125 Jahre Gas, S. 6.

doppelte sich auf 510 und die Gaserzeugung insgesamt steigerte sich auf das 2 1/2 fache der Produktionsmenge von 1862.⁸⁰



August Hess (Stadtarchiv Gießen)

In die Zeit von August Hess fällt auch die Umstellung von Holz- auf Steinkohlegas. Vermutlich, weil die Klagen über den zu hohen Preis des Gases und über die schlechte Qualität anhielten⁸¹, wurden bereits im April 1862 Versuche angestellt, neben Holz auch Steinkohle als Rohstoff für die Gasherstellung einzusetzen. Bisher hatten viele Gaswerke in Hessen aus Kostengründen auf Holzgasproduktion gesetzt. Der Rohstoff war vor Ort vorhanden, und Kohle war wegen der ungünstigen Transportwege zu teuer. Das änderte sich, als seit Anfang der sechziger Jahre die Bahnlinien in die westlichen Industriegebiete eröff-

80 StdtAG L 1067.

81 GA 12.04.1862.

net wurden und ein wesentlich günstigerer Bezug von Steinkohle möglich wurde. Nun konnte auch Kohle zur Gasgewinnung sinnvoll eingesetzt werden. Die Gießener Versuche spiegeln diese neuen Möglichkeiten wider.⁸² Nach der Umstellung auf Kohlegas im Gießener Gaswerk beklagten sich einige Kunden über eine schlechtere Gasqualität und verlangten die vertragsmäßig zugesicherte Lieferung von Holzgas.⁸³

Ein weiterer ständiger Konfliktpunkt, der sich mit der Stadt aber auch den Privatleuten ergab, war die Weigerung der Gasgesellschaft, ihr Netz in die neuen, noch weniger dicht besiedelten Baugebiete auszuweiten. Wenn es im Interesse des Unternehmers war und versprach, rentabel zu sein, wurden Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse hergestellt.⁸⁴ Aber eine Verpflichtung zur Erweiterung des Leitungsnetzes über die vertraglich vereinbarten Gebiete hinaus und zur Errichtung weiterer Straßenlaternen erkannte das Gaswerk nicht an. Damit befand es sich zwar auf einer rechtlich abgesicherten Position; es hemmte jedoch die Stadtentwicklung.⁸⁵ Da das Gaswerk durch seinen Gasliefervertrag eine Monopolstellung hatte, blieb für die Stadt somit nur der Weg zurück zur Öllaterne. An den Stellen, wo es für notwendig befunden wurde, errichtete die Stadt nun wieder neue Öllaternen.⁸⁶

Vor diesem Hintergrund wurden die starren vertraglichen Regelungen mit der Gasgesellschaft zunehmend als entscheidendes Hindernis begriffen. Als alle Verhandlungen erfolglos blieben, versuchte die Stadt, das Gaswerk vorzeitig zu übernehmen. Doch August Hess beharrte auf seiner vertraglich zugesicherten Konzessionszeit und kam der Stadt keinen Schritt entgegen. Es kam zu unschönen Schriftwechseln, und schließlich unterwarfen sich die Parteien dem Urteil eines Schiedsgerichts.⁸⁷ August Hess hätte womöglich noch gerne das Gaswerk weiterbetrieben, doch hatten sich zum Zeitpunkt der Übernahmeverhandlungen die Konstellationen grundlegend gewandelt. Zur Zeit der Gründung des Gaswerks und auch davor standen die damals noch ehrenamtlichen Gemeinderäte und Bürgermeister der Stadt Gießen einer

82 GA 09.04.1862.

83 StdtAG L 1069, 1863 15.08.

84 Hess legt neue Hausanschlüsse und Straßenlaternen.

85 StdtAG L 1070, 1876 17.01.

86 StdtAG L 1070, 1876 17.01.; L 1069, 1876 16.03.; L 1069, 1879 03.12.

87 StdtAG L 1069, L 1070 Die Auseinandersetzungen zogen sich über das Jahr 1884 und bis Anfang 1886 hin.

unternehmerischen Tätigkeit der Stadtverwaltung skeptisch gegenüber. Kapitalaufnahmen für Infrastrukturinvestitionen hatten sie weitgehend abgelehnt und konsequenterweise die nötigen Investitionen, wie im Falle des Gaswerks, privatem Kapital überlassen.⁸⁸

Dreißig Jahre später lagen die Dinge anders. Mittlerweile hatte in der Stadtverwaltung ein Professionalisierungsprozess begonnen, der angefangen vom nunmehr hauptamtlichen Bürgermeister⁸⁹ sich allmählich in allen Verwaltungszeigen durchsetzte. Auch die Haltung der Kommunen zu Infrastrukturinvestitionen hatte sich grundsätzlich geändert. Solche Maßnahmen wurden nun sehr viel stärker als kommunale Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge begriffen. Dafür waren die Städte sogar bereit, Kapital aufzunehmen und Schulden zu machen.

Unter diesen Voraussetzungen gab die Stadt das Heft nun nicht mehr aus der Hand. So ist in den Gießener Verwaltungsberichten zu lesen:

„Auf Grund des Vertrags zwischen der Stadt Gießen und den Erbauern der Gasfabrik, den Herrn Tebay, Gebrüder Benkisser und Ludwig August Riedinger, vom 17. September 1855 ging die seit dem Jahre 1862 im Besitze des Herrn August Hess gewesene Gasfabrik am 1. Oktober 1886 um den durch Sachverständige ermittelten Kaufpreis von 440.000 Mk. in das Eigenthum der Stadt über“.⁹⁰

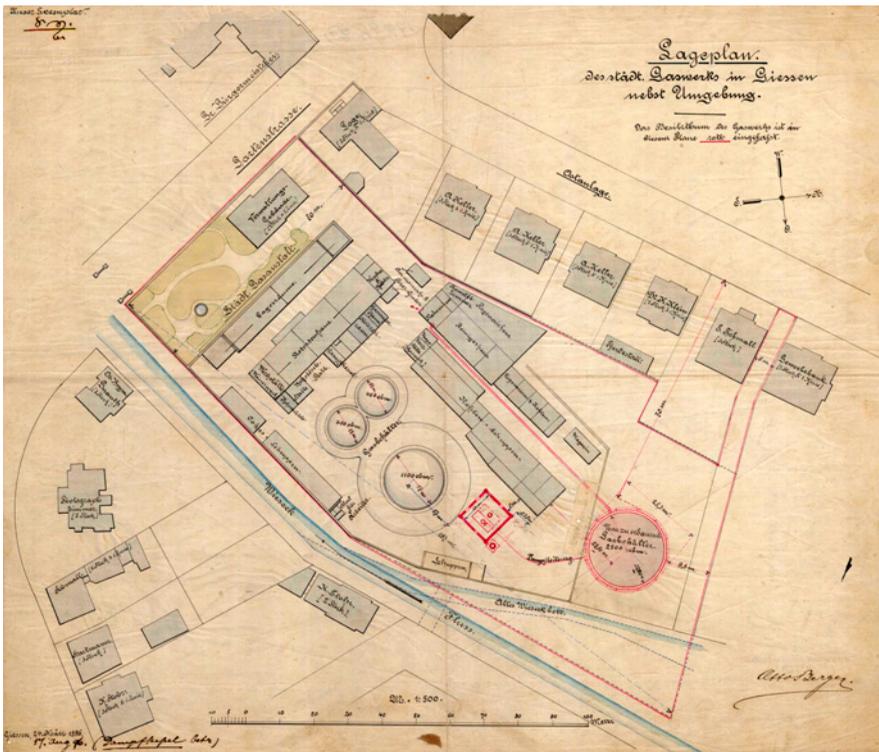
Für Gießen war dies der erste kommerzielle Betrieb, der innerhalb der Stadtverwaltung wirtschaftete, und er bildete den Grundstein und Ausgangspunkt für die späteren Stadtwerke.

88 Vgl. dazu StdtAG L 1059. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich die Stadtverwaltung noch geweigert, eine Wasserleitung für die Bewohner des Seltersberges anzulegen, und fand sich nur auf Druck der Kreisverwaltung schließlich doch dazu bereit.

89 August Bramm (* 18. 12. 1829 Gießen, + 17. 4. 1889 Gießen) war der erste Jurist im Amt des Bürgermeisters. Sein Vorgänger war Heinrich Balthasar Vogt, von Beruf Metzger (Vgl. Bürgerregister StadtAG N 1911).

90 VB 1886/87, S. 17. StdtAG L 1067 Die Bestandsaufnahme der Gebäude und Einrichtungen ergab (S. 7-15v.) Rohrleitungsnetz = 17.159m, öffentliche Straßenlaternen = 371, Private Gaskonsumenten = 510, Gaserzeugung 1886 = 566.000 cbm, Verlust 4,7%. Bei der Wertermittlung des Gaswerks war übrigens als unabhängiger Gutachter der „Kreisingenieur Gnauth“ im Auftrag der Kreisverwaltung tätig. StdtAG L 1070, 1886 20.07. Feodor Gnauth (*14. 6. 1854, + 21. 2. 1916) wurde 1886 am 11. November zum Beigeordneten der Stadt Gießen gewählt, seit 1889 war er Bürgermeister, zunächst in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters August Bramm. Nach dessen Tod am 17.04.1889 übernahm er die Verwaltung während der Zeit der Vakanz und war ab 1890 Oberbürgermeister. 1900 wurde er Präsident des Hessischen Ministeriums der Finanzen und 1901 schließlich Minister. StdtAG 82/216 u. 82/203.

Von nun an wurde das Gaswerk durch die Stadt betrieben. Der Wunsch von August Hess, als Betriebsleiter übernommen zu werden, erfüllte sich nicht. Doch erwies sich eine andere Personalentscheidung als glücklich und zukunftsfruchtig. Otto Bergen, ein seit 24 Jahren im Gaswerk tätiger Techniker, bekam die Stelle als Leiter des städtischen Gaswerks, die er noch weitere 20 Jahre innehatte. Durch seine Verpflichtung erwarb sich die Gießener Stadtverwaltung nicht nur Kompetenz und technisches know-how. Seine Person und seine Kenntnisse trugen entscheidend zur Kontinuität innerhalb des Gießener Gaswerks bei.⁹¹



Lageplan des Gaswerks 1896 (Stadtarchiv Gießen)

91 StdtAG L 1070, 1886 23.08. Bewerbungsschreiben Otto Bergens für die Direktorenstelle. Bergen schied zwischen 1908 und 1910 aus dem Dienst der Stadt aus. Adressbuch der Provinzialhauptstadt Gießen (Adrb.) 1908 u. 1910.

Mit dem Übergang an die Stadt traten weitere entscheidende Veränderungen ein. Entgegen der Politik der privaten Gasanstalt begann das kommunale Gaswerk kräftig zu investieren. In den folgenden Jahren wurden die Lager- und Produktionskapazitäten der Fabrikanlage durch den Bau von zwei Expansions-Gasbehältern mit Führungsgerüsten, zwei neuen Retortenöfen und einer Reinigerhalle erweitert.

Einen Meilenstein stellte die Errichtung eines für Gießener Verhältnisse riesigen neuen Gasbehälters in den neunziger Jahren dar. Nach nur knapp einem halben Jahr Bauzeit konnte der Gasometer in einer feierlichen Zeremonie unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters Feodor Gnauth eingeweiht werden.⁹² Dieser Behälter, der an Größe und Fassungsvermögen alle bisherigen weit übertraf, war vollständig aus Eisen gefertigt und vermochte „2500 cbm Gas aufzunehmen, bei später eintretendem Bedarf“, so der Verwaltungsbericht „läßt sich sein Fassungsraum durch Teleskopierung der Glocke auf das Doppelte, also auf 5000 cbm Gas vergrößern, ohne an dem gleich für diese Anforderung fertig gestellten Führungsgerüst noch etwas ändern zu müssen.“⁹³

Schließlich erhielt die städtische Gasfabrik auch ein neues, den kommunalen Bedürfnissen entsprechendes Verwaltungsgebäude.⁹⁴ Andere Kapitalaufwendungen galten dem Versorgungsnetz. Hatte die Netzlänge bei der Übernahme durch die Stadt 17.159 Meter betragen, wurde sie in den folgenden Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich erweitert. 10 Jahre später hatte sich die Netzgröße bereits verdoppelt. In eigener Regie konnte die Stadt das Gasleitungsnetz den veränderten Erfordernissen des Stadtwachstums anpassen und sogar, orientiert an den Vorhaben der Stadterweiterung, vorausplanen.⁹⁵

92 VB 1896/97, S. 125. In diesem Zusammenhang kann man auch erstmals einige Informationen gewinnen, wie dieser Behälter nach unten abgedichtet war. Es bestand aus einem so genannten Naturbeton (ingeschlemmte und gestampfte Kiesschichten).

93 VB 1896/97, S. 125. „Um das Festfrieren der Glocke zu verhindern, wird das Wasser in dem 2900 cbm fassenden Bassin mittelst zweier Dampfstrahlapparate angewärmt, welche von einer gleichzeitig neuerbauten Dampfkesselanlage (Einflammrohrkessel von 30 qm Heizfläche und 6 Atm. Ueberdruck, geliefert von C. Weinbrenner in Neunkirchen), gespeist werden. Das Gesamtisengewicht des Gasbehälters beträgt rd. 150 000 kg, das der schwimmenden Glocke allein 38.000 kg.“ Eine ausführliche Konstruktions-Beschreibung der ganzen Anlage brachte der Gießener Anzeiger am 04. November 1896.

94 VB 1889 S. 20-21; VB 1891/92, S. 98-101.

95 VB 1886 bis 1900.



*Verwaltungsgebäude des städtischen Gas- und Wasserwerks etwa 1894
(Stadtarchiv Gießen)*

Neben diesen kapitalintensiven Investitionen war das Gießener Gaswerk wie jeder Unternehmer darum bemüht, neue Kunden zu gewinnen und sich neue Absatzfelder zu erschließen. Dazu bot sich das neue Verwaltungsgebäude an, das neben Büros auch Ausstellungsräume enthielt, die im November 1891 eröffnet wurden. Hier konnten den Gießener Bürgern die neuesten technischen Errungenschaften in der Gasnutzung vorgestellt werden. „Wir sind jetzt in der Lage“ heißt es im Verwaltungsbericht von 1891, „dem Publikum diese Apparate jederzeit in Thätigkeit zeigen zu können, und es ist zu hoffen, daß dadurch die Verwendung des Gases namentlich auch zu koch-, heiz- und industriellen Zwecken eine immer weitere Anwendung finden werde.“⁹⁶

96 VB 1891/92, S. 98-101.

Wir zeigen hiermit die Eröffnung unseres neu eingerichteten **Musterlagers** für

Hauswasserleitungen

an und laden zu dessen Besuche ergebenst ein. Wir empfehlen uns zur **Anfertigung von Hauswasserleitungen jeder Art, als Kalt- und Warmwasseranlagen, Closet- und Badeeinrichtungen** u. s. w. in **bewährtester** Ausführung und unter Verwendung besten Materials, sowie zur **Vornahme von Reparaturen**.

Gleichzeitig bringen wir unser reich ausgestattetes Lager in

Gasbeleuchtungs-Gegenständen

in Erinnerung und empfehlen: **Kronleuchter, Ampeln, Lyren** u. s. w., **echte Siemens- und Wenhamlampen,**

Auer'sche Gasglühlichte

mit auf dem Pressgasapparat vorbereiteten Glühkörpern, wodurch eine größere Haltbarkeit und höhere Leuchtkraft derselben erzielt wird, auch Glühlichte für Vorplatz- und Gartenbeleuchtungen.

Hauptvertretung der Deutschen Gasglühlicht-Actien-Gesellschaft in Berlin,

ferner die zweckmässigsten 3731

Gas-Koch- und Heizapparate,

als: **Kocher, Herdplatten, vollständige Herde, Brat- u. Backöfen, Bügeleisenapparate, Gas-Bade- u. Heizöfen** u. s. w.

Gaspreis für Koch- und Heizzwecke **15 Pfg.** für 1 cbm bei Ausführung der Leitungen **durch uns** und Aufstellung eines besonderen Gasmessers. — (Gas für Beleuchtung: Grundpreis 22 Pfg. für 1 cbm.)

Zu jeder Auskunft und zur Anfertigung von Kostenanschlägen für Gaseinrichtungen zu **Beleuchtungs-, Koch- und Heizzwecken**, sowie für **Wasserleitungsanlagen** sind wir stets gern bereit, auch können die **ganubarsten Beleuchtungs- und Heizapparate**, sowie **Closets in bewährtesten Constructions**, Wandbrunnen u. s. w. in unseren Ausstellungs-räumen — **durch Leitungsanschlüsse in Thätigkeit gesetzt** — gezeigt werden.

20^{te} d. 94. **Städtisches Gas- und Wasserwerk Gießen.**





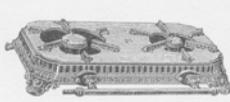
Eröffnungsanzeige des Musterlagers des städtischen Gas- und Wasserwerks 1894 (Stadtarchiv Gießen)

Das städtische Gaswerk startete eine regelrechte Kampagne, um das Gas auch im Bereich des Heizens und Kochens in Gießen durchzusetzen. Dazu waren größere Festveranstaltungen willkommene Gelegenheiten, die Leistungsfähigkeit und die Möglichkeiten des Gaseinsatzes zu demonstrieren. So z. B. im September 1895 auf der großen landwirtschaftlichen Ausstellung, „bei welcher Veranlassung die zweckmäßige Verwendung des Gases in der Küche durch das Braten

eines ganzen Ochsens auf dem Festplatz in drastischer Weise zur Anschauung gebracht wurde.⁹⁷

Städt. Gas- und Wasserwerk Giessen.

Lager
in Gasbeleuchtungs-Gegen-
ständen
jeder Art.




Kochet mit Gas!

Giessen, August 1894.

P. P.

Wir erlauben uns, Ihnen beifolgend einen Auszug aus dem
„Kochbuch für den Gasherd“

von **Fraulein H. Hochtman, Rednerin des Vereins der Gas- und Wasserfachmänner Deutschlands**, zu überreichen, mit der Bitte, denselben einer geneigten Durchsicht zu unterziehen. Sie werden aus demselben die **Vorteile der Gasfeuerung** — namentlich auch hinsichtlich der **Billigkeit** — gegenüber der Feuerung mit Steinkohlen u. s. w. ersehen.

Der in dem Kochbuch, sowie in vorliegendem Auszug aufgeführte Vergleich zwischen den Kosten für Gas- und für Kohlenfeuerung wird sich darnach für **Giessen** noch mehr zu **Gunsten der Gasfeuerung** stellen, da hier der **Preis für Gas zu Koch- und Heizzwecken** (bei Fertigung der Gasleitung durch uns und Aufstellen eines besonderen Gasmessers)

nur 15 Pfennig für 1 cbm.

(Grundpreis für Leuchtgas 22 Pfg.) beträgt, während der Berechnung der Verfasserin der Preis von **18 Pfg.** zu Grunde gelegt ist. Das vollständige Kochbuch ist durch uns zum Selbstkostenpreis von **85 Pfg.** (Ladenpreis Mk. 1.25) zu beziehen und sind wir bereit, Ihnen ein solches zur gefl. Einsichtnahme zu übersenden.

Wir laden Sie hierbei höflichst ein, unsere **Ausstellungsräume** zu besichtigen, in welchen wir **Gaskochherde, Hardplatten, Kocher, Brat- und Backöfen, Bügeleisenapparate, Gasbade- und Heizöfen u. s. w.** in den verschiedensten Grössen und bewährtesten Ausführungen vorrätig haben und in **Betrieb** zeigen können.

Mit Hochachtung
Städtisches Gas- und Wasserwerk Giessen
Otto Bergen.

in Gas-Koch- u. Heizapparaten,
Gas-Badeöfen,
Bügeleisen-Apparate u. s. w.
in den
bewährtesten Ausführungen.



Musterlager in Gegenständen für
Hauswasserleitungen.
Badeöfen, Badewannen,
Billets,
Closets, Pissoirs, Wandbrunnen,
Küchenausgüsse u. s. w.



Anfertigung von Gasrichtungen
und Hauswasserleitungs-Anlagen
für alle Zwecke.

Kochet mit Gas 1091 (Stadtarchiv Gießen)

Auch die Einführung der Elektrizität um die Jahrhundertwende tat der Gasproduktion auf die Dauer keinen Abbruch. Das Gas war noch lange wesentlich preisgünstiger als die neue Elektrizität. So konnten die Gaswerke noch lange Zeit konkurrenzfähig bleiben.⁹⁸

Die Geschichte des Gaswerks unter städtischer Regie, als städtischer Eigenbetrieb, war eine Erfolgsgeschichte. Schon die private Gasanstalt war durchaus profitabel. Doch nun machte die Kommune die Erfahrung, dass sie in einem bestimmten Bereich, unabhängig von Bürgerabgaben und Steuern, Gewinne erwirtschaften und dem kommunalen Haushalt zuführen konnte. Diese Erfahrung hat später neben anderen Überlegungen dazu beigetragen, dass die Gießener Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk, die Kanalisation und schließlich auch der öffentliche Nahverkehr sich unter kommunaler Kontrolle befanden. In der weiteren Entwicklung führte dies schließlich 1938 zur Gründung der Stadtwerke Gießen in denen das Elektrizitätswerk, das Gas- und Wasserwerk, das Biohumwerk und der kommunale Personennahverkehr zusammengeschlossen wurden.

Ein einschneidendes Ereignis war die kriegsbedingte Arbeitsunterbrechung, die von Ende 1944 bis 1948 dauerte. Das Ende der Eigenerzeugung von Gas kam schließlich 1953 mit dem Anschluss an das Verbundnetz der Ruhrgas AG. Die Gießener Gasproduktion wurde zu diesem Zeitpunkt eingestellt. Zwar hatten zwischenzeitlich, in den dreißiger Jahren, auch Pläne bestanden, das Gaswerk nach jenseits der Lahn zu verlegen, doch diese Pläne waren nach Kriegsende nicht mehr aktuell. Da das Ruhrgas bis zu 100% günstiger geliefert werden konnte als die Eigenproduktion, war 1953 die Entscheidung zur Stilllegung der eigenen Anlagen notwendig.⁹⁹

98 Krabbe, S. 41: „Auch die Einführung des elektrischen Lichts seit dem Ende der achtziger Jahre tat der Gasproduktion auf die Dauer keinen Abbruch: einerseits kostete die Elektrizität ein Vielfaches des für den gleichen Zweck notwendigen Gases, andererseits konnte die Gasindustrie zur gleichen Zeit mit der bahnbrechenden Erfindung des Gasglühlichts (...) aufwarten, das dem Verlangen nach ‚mehr Licht‘ - wie das Schlagwort um die Jahrhundertwende lautete - weitgehend entsprach. Die Gaswerke konnten mit dieser Erfindung lange Zeit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Beleuchtungssektor erhalten; vor allem die Straßenbeleuchtung blieb ihre Domäne.“

99 GA 06.10.1950 und 125 Jahre Gas, S. 9.



Seit Ende der fünfziger Jahre entsteht auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks das neue Behördenzentrum (Stadtarchiv Gießen)

Nur wenig später, gegen Ende der fünfziger Jahre, wurden die Anlagen des Gaswerks beseitigt und an der Stelle entstand das neue Behördenzentrum der Stadt. Doch, wie wir wissen, hatten diese Gebäude nur eine Lebensdauer von knapp über 50 Jahren. Der Abbruch dieser Gebäude und der Bau des neuen Verwaltungszentrums haben aber dafür gesorgt, dass auch lange nach dem Ende seiner Existenz noch vom ehemaligen Gießener Gaswerk die Rede war, weil die tief unter der Erde verbliebenen Produktionsrückstände der fast hundertjährigen Gasproduktion vor dem Beginn des Neubaus beseitigt werden mussten.

Das „hessische Skizzenbuch“ des Südamerikaforschers Theodor Koch-Grünberg

Holger Th. Gräf

Einleitung

Die Erinnerung an den aus Grünberg stammenden Ethnologen und Südamerikaforscher Theo Koch¹ ist in seiner Heimatstadt nie erloschen.² An den Feierlichkeiten zum 700-jährigen Stadtjubiläum 1922 nahm er als Ehrengast teil, kurz nach seinem Tod im brasilianischen Urwald am 8. Oktober 1924 errichtete man für ihn am Rande des Brunnentals einen Gedenkstein und 1936 zeigte man von ihm gesammelte Ethnographica in der Stadt. Schließlich trug das Realgymnasium seit 1956 offiziell seinen Namen, der dann später auch auf die Gesamtschule übertragen worden ist.³ Umso erfreulicher erscheint es, dass nun ein Skizzenbuch ediert werden kann, in dem Theo Koch neben Ansichten seiner Heimatstadt auch zahlreiche Orte der näheren und weiteren oberhessischen Umgebung festgehalten hat.⁴ Nach wenigen biographischen Daten soll eine nötige aber notwendigerweise knappe wissenschaftsgeschichtliche Verortung markiert werden bevor dann das

1 Unter dieser Namenskurzform ist er in Grünberg bekannt und sie soll im Folgenden auch so beibehalten werden. Er selbst fügte nach seiner zweiten Südamerika-Expedition (1903-05) den Namen seiner Geburtsstadt seinem Familiennamen hinzu und publizierte ab 1905 auch nur noch unter dieser Namensform. Vgl. zu ihm jetzt Michael Kraus: Bildungsbürger im Urwald, Die deutsche ethnologische Amazonienforschung (1884-1929) (Curupira Bd. 19), Marburg 2004, S. 35-36 und öfters; Michael Kraus (Hg.): Theodor Koch-Grünberg. Die Xingu-Expedition (1898-1900). Ein Forschungsbericht, Köln 2004, beide mit ausführlichen Hinweisen zur älteren Literatur. Vgl. zu beiden Werken die Rezension von Dagmar Klein, in: MOHG 90 (2005), S. 271-273.

2 Vgl. [Heinrich] S.[prankel]: Professor Dr. Theo Koch-Grünberg 1872-1924, in: Magistrat der Stadt Grünberg (Hrsg.), Grünberg. Geschichte und Gesicht einer Stadt in acht Jahrhunderten, Gießen 1972, S. 7-9.

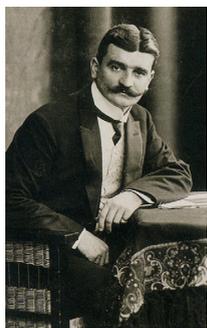
3 Kurt Funk: Geschichte des Gymnasiums Grünberg, in: Grünberg (wie Anm. 2), S. 406-412, hier S. 410. Vgl. auch Günther Hartmann: Völkerkundliche Ausstellung des Südamerikaforschers Professor Dr. Theo Koch-Grünberg 1872-1924, Grünberg 1980.

4 Frau Ursula Koch, Gießen, die das Original des Skizzenbuchs aus dem Nachlass Ihres Vaters zur Bearbeitung und Drucklegung zur Verfügung gestellt hat, gebührt besonderer Dank. Frau Karin Bautz, Museumsbeauftragte der Stadt Grünberg, hat mich auf diesen Fund hingewiesen und ich bin ihr für weitere vielfältige Unterstützung dankbar. Herrn Dr. Michael Kraus, Berlin, und Herrn Prof. Dr. Siegfried Becker gebührt Dank für zahlreiche Hinweise.

Skizzenbuch selbst vorgestellt wird und die Zeichnungen im Einzelnen erläutert werden.

Biographische Skizze

Theo Koch wurde am 9. April 1872 als Sohn des zweiten Pfarrers der evangelischen Gemeinde, Karl (1836-1901), und dessen Ehefrau Bertha in Grünberg geboren.⁵ Nach der Reifeprüfung am Laubacher Gymnasium studierte er ab 1891 in Gießen und Tübingen Latein, Altgriechisch, Germanistik, Geschichte und Geographie. Nachdem er 1896 das Staatsexamen in Gießen abgelegt hatte, trat er zunächst als Gymnasiallehrer in den hessischen Schuldienst. Über die Vermittlung des Gießener Geographen Wilhelm Sievers machte er die Bekanntschaft mit Herrmann Meyer, einem Sohn des wohlhabenden Leipziger Verlagsbuchhändlers und Inhaber des Bibliographischen Instituts (Meyer's Konversationslexikon).



Ihn begleitete er im Dezember 1898 als Photograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Rio Xingu.⁶ Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war Koch nochmals kurz als Assessor am Gymnasium in Offenbach beschäftigt.

Theo Koch im Jahre 1908

Aufgrund seiner ersten wissenschaftlichen Publikationen⁷ wurde aber bald die Fachwelt auf ihn aufmerksam und der Gründer und Leiter des Museums für Völkerkunde in Berlin, Adolf Bastian, holte ihn 1901 zunächst als unbezahlten Volontär, ab dem darauf folgenden Jahr als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter an die Spree. Diese Stellung hatte er bis 1909 inne. 1902 promovierte Koch mit einer sprachwissenschaftlichen Arbeit über die „Guaikuru-Gruppe“ an der Universität Würzburg, die im folgenden Jahr in den renommierten „Mittheilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien“ gedruckt erschien. In diesem Jahr brach er auch zu seiner ersten eigenen Forschungsreise nach

5 Wilhelm Diehl: Hessen=darmstädtisches Pfarrer- und Schulmeisterbuch (Hassia Sacra, Bd. 1), Friedberg 1921, S. 423.

6 Kraus: Xingu-Expedition (wie Anm. 1).

7 Besonders ist hier sein monographischer Aufsatz „Zum Animismus der südamerikanischen Indianer“, in: Internationales Archiv für Ethnographie, Supplement Bd. 13, Leiden 1900, zu nennen.

Nordwest-Brasilien und Südost-Kolumbien auf, von der er zwei Jahre später mit reicher wissenschaftlicher Ausbeute zurückkehrte.⁸ Neben der üblichen Ethnographica waren dies vor allem seine Forschungstagebücher, die er in zahlreichen Publikationen auswertete und die ihm eine sehr positive fachliche Resonanz einbrachten. Da sich am Berliner Museum kein wissenschaftliches und berufliches Fortkommen abzeichnete, kündigte er 1909 seine dortige Stellung und habilitierte sich an der Universität Freiburg, wo er bis 1911 als Privatdozent tätig war. Dieser Schritt in die finanzielle Unsicherheit – es gab damals noch keine bezahlten Stellen für Ethnologen an deutschen Universitäten – wurde ihm neben den Erlösen aus dem Verkauf mitgebrachter Ethnographica an einschlägige Museen wohl auch durch seine Heirat mit der vermögenden Berliner Verlegerstochter Elsa Wasmuth (1880-1972) im Jahre 1905 möglich, deren Familie ihn bereits bei seiner Rio-Negro-Expedition (1903-05) unterstützt hatte.⁹ Mit Hilfe einer Berliner Stiftung konnte er in den Jahren 1911-13 seine dritte Südamerika-Expedition unternehmen. Neben dem fünfbandigen Forschungsbericht¹⁰, erbrachte diese Reise auch erstmals in größerem Umfang kinematographische Aufnahmen sowie Tonaufzeichnungen indianischer Musik auf Wachswalzen, die im Jahr 2006 in einer CD-Edition wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten.¹¹ Nach seiner Rückkehr lehrte Koch für zwei weitere Jahre als außerordentlicher Professor in Freiburg und wurde im Oktober 1915 zum Direktor des Linden-Museums in Stuttgart berufen. Dank eines Lehrauftrages an der Universität Heidelberg konnte er aber auch in der Lehre tätig bleiben. Das Linden-Museum, in privater Trägerschaft des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie, geriet jedoch während des Krieges und vor allem in der Inflationszeit in beträchtliche Finanznöte und zum Oktober 1924 wollte man Koch kündigen. Er kam diesem Schritt zuvor und löste seinerseits den Vertrag. Wie realistisch er seine Chancen auf eine Professur in Berlin und die Leitung des dortigen Völkerkundemuseums einschätzte, ist schwer zu beurteilen. In der

8 Michael Kraus: „... und wann ich endlich weiterkomme, das wissen die Götter ...“. Theodor Koch-Grünberg und die Erforschung des oberen Rio Negro, in: Doris Kurella und Dietmar Neitzke (Hrsg.): Amazonas-Indianer. LebensRäume. LebensRituale. LebensRecht, Berlin 2002, S. 113-128.

9 Vgl. Kraus: Bildungsbürger (wie Anm. 1), S. 62-63 mit Anm. 68.

10 Theodor Koch-Grünberg: Vom Roroima zum Orinoco. Ergebnisse einer Reise in Nordbrasilien und Venezuela in den Jahren 1911-13, 5 Bde., Berlin und Stuttgart 1916-28.

11 Lars-Christian Koch und Susanne Ziegler (Hrsg.): Theodor Koch-Grünberg. Walzenaufnahmen aus Brasilien 1911-1913 (Historische Klangdokumente Bd. 3), Berlin 2006.

Diskussion war er auf jeden Fall. Obwohl er keine Forschungsreisen mehr machen wollte, nahm trotzdem er das Angebot des Amerikaners Alexander Hamilton Rice an und begleitete ihn auf dessen Expedition zur Erkundung des Quellgebietes des Orinoco. Bereits zu deren Beginn verstarb er allerdings 52-jährig am 8. Oktober 1924 an einem schweren Malariaanfall im brasilianischen Vista Alegre am Rio Branco rund 500 km nordwestlich von Manaus.

Theo Koch und die Völkerkunde des 20. Jahrhunderts

Über die engere Heimat und seine Fachdisziplin hinaus unterlag das Werk und der Bekanntheitsgrad Theo Kochs den gleichen Konjunkturen wie die Völkerkunde insgesamt: Nach der frühen Blüte im Kaiserreich folgte eine Institutionalisierung und eine zunehmende Popularisierung in der Weimarer Republik, die wohl auch eine gewisse kompensatorische Funktion für die 1918 verlorenen Kolonien erfüllte.¹² Dieser Prozess fand seine zugespitzte Fortsetzung während des Dritten Reiches, freilich nicht ohne dass bestimmte Aspekte den rassenideologischen Pervertierungen der Nazis unterworfen worden wären.¹³ Es dürfte kein Zufall sein und gereicht der nach Köpfen gezählten kleinen deutschen Südamerika-Forschung zur Ehre, dass sie hierbei kaum eine Rolle spielte. Zum einen weil viele ihrer Protagonisten früh verstarben, zum anderen, weil man früh in den 1920er Jahren erkannt hatte, dass man keine ernsthafte Konkurrenz für die finanziell und institutionell ungleich besser gestellte angelsächsische, in Sonderheit us-amerikanische Südamerikaforschung darstellen konnte und nicht zuletzt weil viele der deutschen Forscher – besonders Theo Koch¹⁴ – in einem bil-

12 So tourte Theo Koch etwa mit einem „Kinder-Vortrag mit Lichtbildern“ über das „Kinderleben bei den Indianern“ 1924 durch Thüringen und 1921 erschien eine gekürzte Volksausgabe seines ethnographischen Reiseberichtes „Zwei Jahre bei den Indianern Nordwest-Brasiliens“; vgl. Krause: Bildungsbürger (Anm. 1), S. 65-70.

13 Hans Fischer (Hrsg.): Völkerkunde im Nationalsozialismus. Aspekte der Anpassung, Affinität und Behauptung einer wissenschaftlichen Disziplin (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 7), Berlin und Hamburg 1990.

14 Krause: Bildungsbürger (wie Anm. 1), S. 468-469. Aber auch in anderer Hinsicht darf Theo Koch, wenn nicht als Querdenker, so doch zumindest als selbständiger Geist gelten, der sich vielen zeitgeistigen Strömungen gegenüber resistent zeigte. So anerkannte er etwa die Jesuiten-Missionare ohne Ressentiments als „Vorläufer der modernen südamerikanischen Ethnologie“ (Theo Koch: Die Guaikurú-Gruppe, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft Wien 33 (1903), S. 1-128, Zitat S. 28 – für einen zur Zeit des Kulturkampfes sozialisierten evangelischen Pfarrerssohn durchaus bemerkenswert. Und er gehörte auch zu den wenigen, die der Euphorie bei dem Kriegsausbruch von 1914 kritisch gegenüberstanden, vgl. Krause: Bildungsbürger (wie Anm. 1), S. 76 mit Anm. 101.

dungsbürgerlichen Habitus den Eingeborenen mit zivilisatorischen und kulturellen, nicht aber mit rassistischen Kategorien begegneten und diese entsprechend beurteilten.¹⁵ Dies konnte so weit gehen, dass in geradezu taciteischer Tradition die „edlen Wilden“ und ihre moralische Integrität der Verderbtheit der ungebildeten Schichten in den ausufernden städtischen Agglomerationen des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts gegenübergestellt wurden. Nicht zufällig entdeckte damals ja auch die „Volkskunde“ den „Bauernstand“ in seiner vermeintlichen Ursprünglichkeit und Unverderbtheit als Träger deutscher Kultur.¹⁶

Schließlich geriet das Fach in einen zusätzlichen Misskredit, denn – und dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die meisten anderen europäischen Länder – eine kritische Öffentlichkeit sah ab den 1960er Jahren die Ethnologie/Völkerkunde im Grunde als einen wissenschaftlichen Arm des europäischen Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der sich mit der einsetzenden Welle der Unabhängigkeitserklärungen der asiatischen und afrikanischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg zu seinem Ende neigte. Eine erneute breitere Aufmerksamkeit erfuhr das Fach im Grunde erst wieder in den letzten beiden Jahrzehnten als im Zuge allgemeiner wissenschaftlicher Paradigmenwechsel (linguistic turn/cultural turn) die erste und zweite Forschergeneration selbst als Gegenstand wissenschaftsgeschichtlicher Aufarbeitung und mentalitätsgeschichtlicher Fragestellungen thematisiert wurde.¹⁷

15 Vgl. Michael Kraus: Von der Theorie zum Indianer. Forschungserfahrungen bei Theodor Koch-Grünberg, in: Deutsche am Amazonas. Forscher oder Abenteurer? Expeditionen in Brasilien 1800 bis 1914. Begleitbuch zur Ausstellung im Ethnologischen Museum, Berlin-Dahlem (Veröff. des Ethnologischen Museum Berlin, Neue Folge Bd. 71), Münster 2002, S. 86-105.

16 Vgl. dazu etwa: Das Bild vom Bauern. Vorstellungen und Wirklichkeit vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart (=Schriften des Museums für Deutsche Volkskunde Berlin, Bd. 3), Berlin 1979, besonders S. 106ff, 133ff, 136ff und 148ff.

17 Krause: Bildungsbürger (wie Anm. 1), S. 15-22 und ders.: Aus der Frühzeit des Homo Ethnologicus. Der Nachlass des Südamerikaforschers Theodor Koch-Grünberg, in: Stephane Voell (Hrsg.): „... ohne Museum geht es nicht“: Die Völkerkundliche Sammlung der Philipps-Universität Marburg (Curupira, Bd. 7), Marburg 2001, S. 233-241.

Das Skizzenheft

Das Original des Skizzenheftes befindet sich zusammen mit zumeist eher privaten Teilen des Nachlasses von Theo Koch-Grünberg im Besitz seiner in Gießen lebenden Tochter Ursula. Bei dem Skizzenheft handelt sich dabei um ein einfaches Zeichenheft im Format von ca. 14,8 cm in der Höhe und 22,0 cm in der Breite. Der feste Kartoneinband ist mit Leinen bezogen. Jeweils in der Mitte der beiden Einbanddeckel sind Gewebestreifen angebracht mit dem sich das Heft verschließen lässt. Am oberen Rand des hinteren Deckels befindet sich eine Lasche, die zur Aufnahme eines Zeichenstiftes gedacht ist. Der Umfang des Heftes betrug ursprünglich insgesamt fünf Lagen mit je vier Doppelblättern, die in der Mitte mit teilweise leicht rostigen Metallklammern zusammengeheftet sind, also 40 Folio. Das erste Blatt der ersten Lage ist allerdings mit dem Deckel verklebt, das vierte ist herausgeschnitten. Genauso ist das dritte Blatt der zweiten Lage und das achte Blatt der vierten Lage herausgetrennt. Das letzte Blatt der fünften Lage ist wiederum mit dem Rückendeckel verklebt. Die mit einem besonders weichen Bleistift ausgeführten Darstellungen von mittelalterlichen Grabplatten auf dem sechsten, siebten und achten Blatt der zweiten Lage sowie auf dem ersten Blatt der dritten Lage werden von einem nachträglich eingeklebten transparenten Seidenpapier vor Abrieb geschützt. Das gleiche gilt für das zweite Blatt der zweiten Lage, an das ein ausklappbares zusätzliches Blatt angeklebt worden ist.

Die Seiten sind nicht paginiert. Die Blattzählung in dieser Edition entspricht dem heutigen Zustand, umfasst also 35 Folio. In 35 Fällen ist die Vorderseite, in fünf Fällen auch die Rückseite bezeichnet, mithin beinhaltet das Heft einschließlich des Titelblatts 40 Zeichnungen. Die größte Gruppe bilden 20 Blätter mit datierten und lokalisierten Landschafts-, Orts- und Gebäudeansichten. Fünf datierte Blätter zeigen mittelalterliche und frühneuzeitliche Grabplatten bzw. Grabinschriften aus der Frankfurter Bartholomäuskirche (Dom). Vier ebenfalls datierte Zeichnungen liefern genrehafte Einblicke in die Beschäftigung Grünberger Einwohner. Ein datiertes Blatt enthält drei kleine Zeichnungen nach Malereien am Knochenhauer-Amtshaus in Hildesheim. Drei undatierte Blätter zeigen wohl phantasiehafte Szenen und Ansichten mit Eingeborenen und Weißen in teilweise kämpferischer Haltung vor tropischen Szenerien. Sieben ebenfalls undatierte Blätter am Schluss des Heftes sind mit Baum-, Tier- und Personenstudien, kalligraphischen Übungen sowie heraldischen Skizzen und Notizen gefüllt.

Seit der frühen Neuzeit gehörte es zur gängigen Praxis nicht nur der wandernden Malergesellen, sondern auch des „bildungsbürgerlichen“ Reisenden generell zu einem Tagebuch parallel auch ein Skizzenheft zu führen. Den prominenten Auftakt stellen die Zeichnungen Dürers von dessen Reise in die Niederlande dar.¹⁸ Der Reigen lässt sich weiter spannen von den Reisebildern des Pfalzgrafen Ottheinrich von 1536/37¹⁹ über das Reiseskizzenbuch des Malergesellen Valentin Wagner aus den 1630er Jahren²⁰ bis hin zu den Zeichnungen von Goethes italienischer Reise.²¹ Vor der Erfindung der Photographie war der Zeichenstift aber auch das Werkzeug des Entdeckers und Wissenschaftlers zur Dokumentation seiner Forschungsarbeit. Aber auch nach der Verbreitung des Fotoapparates und später der Filmkamera behielt dieses Medium seine Bedeutung und das „Zeichnen“ gehörte weiterhin zur festen Ausbildung in bestimmten Disziplinen, in der Archäologie bis auf den heutigen Tag. In der wissenschaftlichen Arbeit Theo Kochs stehen beides, die moderne Filmaufnahme und die Bleistiftzeichnung, noch gleichberechtigt nebeneinander.

18 Albrecht Dürer: Skizzenbuch der Reise nach den Niederlanden (1520-1521), hrsg. von Edmund Schilling mit einem Geleitwort von Heinrich Wölfflin, Basel 1960.

19 Angelika Marsch mit Josef H. Biller (Hrsg.): Die Reisebilder Pfalzgraf Ottheinrichs aus den Jahren 1536/37: von seinem Ritt von Neuburg a.d. Donau über Prag nach Krakau und zurück über Breslau, Berlin, Wittenberg und Leipzig nach Neuburg, Weißenhorn 2000.

20 Holger Th. Gräf und Helga Meise (Hrsg.): Valentin Wagner – Ein Zeichner im Dreißigjährigen Krieg. Katalog zur Ausstellung im Hessischen Landesmuseum in Darmstadt 13. Feb.-20. April 2003, Marburg 2003.

21 Jetzt Johann W. von Goethe: Italienische Reise, durchgesehen von Erich Trunz. Und kommentiert von Herbert von Einem, München 2007.



Tänzer der Tuyuka am Rio Tiquié. Zeichnung und Fotografie von Theo Koch aus dem Jahre 1904 (Völkerkundliche Sammlung der Philipps-Universität Marburg).

Das hier vorgestellte Skizzenheft und seine Bilder beinhalten deshalb mehr als die persönlichen Notate des Autors. Neben der Dokumentation seiner Fahrten und Erlebnisse dürften sie auch als Übungen in der Zeichenkunst gedient haben. Es liegt aber auch die Vermutung nahe, dass die Zeichnungen als Ausdruck für einen verstehenden Aneignungsprozess, eine „Anverwandlung“ des Fremden durch den Ethnologen stehen.²²

Große Sorgfalt verwendete der Zeichner auf die Wiedergabe auch kleinster Details, wenngleich dies gelegentlich auf Kosten der Masshaltigkeit geht, wie etwa im Falle der stark vergrößerten Wetterfahne auf dem Dachreiter und dem Giebel des Gießener Rathauses (vgl. unten, fol. 16 recto). Seine Zeichentechniken variieren offensichtlich mit seinen Absichten, wobei sich drei Gruppen unterscheiden lassen. Ging es ihm, wie später in seinen ethnographischen Zeichnungen um das dokumentarische Festhalten einer bestimmten Tätigkeit, so verzichtet er meist auf eine differenziertere Binnenzeichnung und sonstige Techniken (vgl. unten, fol. 24 recto und 31 recto). Sollte eine Landschaft oder eine Ortsansicht in ihrer Stimmung eingefangen werden, so wurde, durchaus künstlerisch ambitioniert, auf Kosten von Details mit groß-

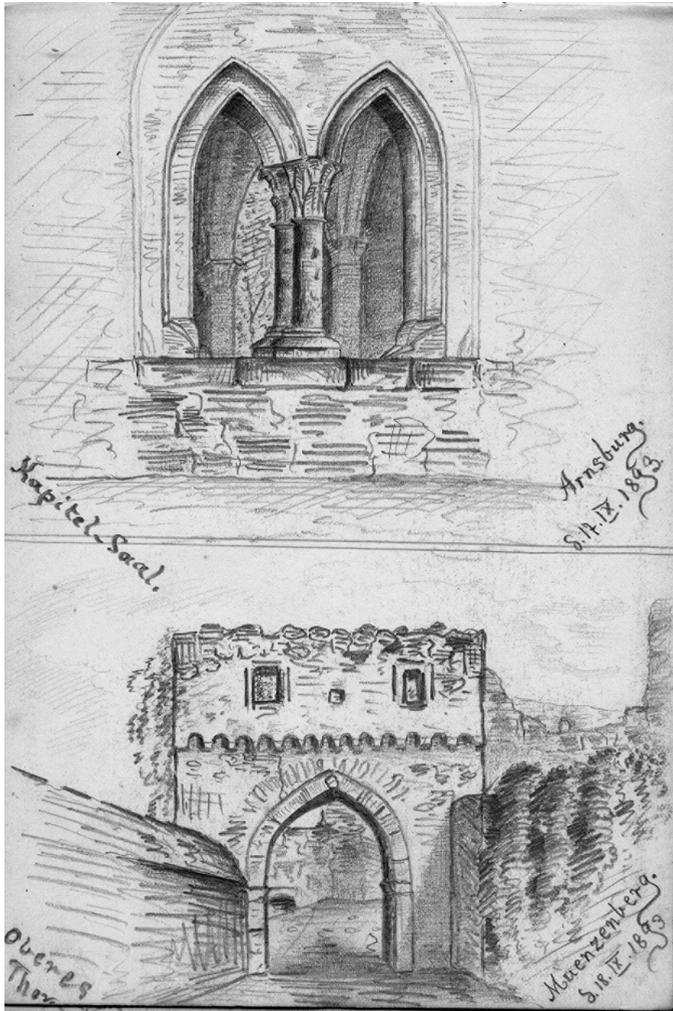
22 Vgl. Friedhelm Guttandin: Die Relevanz des hermeneutischen Verstehens für eine Soziologie des Fremden, in: Thomas Jung und Stefan Müller-Doohm (Hrsg.): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt/Main 1993, S. 458-481.

zügigen Schraffuren und Verwischungen gearbeitet (vgl. unten fol. 5 recto). Schließlich bemühte er sich in einer dritten Gruppe gleichsam um fotografische Genauigkeit, indem er mit Schraffuren und Verwischungen eine möglichst realistische Dreidimensionalität darzustellen versuchte (vgl. unten fol. 11 recto bis 13 recto).

Die Zeichnungen sind beschnitten und aufgrund des zur Verfügung stehenden Raumes verkleinert wiedergegeben. Das Titelblatt des Skizzenheftes ist mit dem Einband wiedergegeben, um einen optischen Eindruck zu vermitteln.



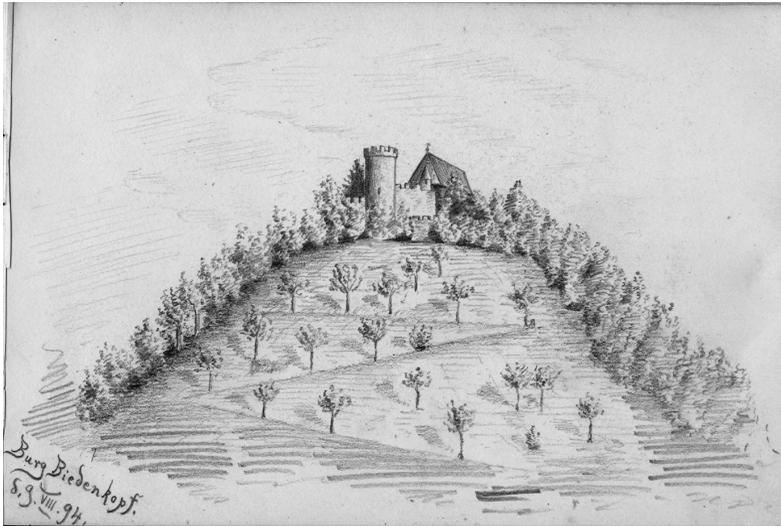
Fol. 1 recto: Das Skizzenheft von Theo Koch mit aufgeschlagenem Titelblatt. Oben ist die Lasche zum Einschieben des Zeichenstiftes, links in der Falz ist die Heftung mit den Metallklammern zu erkennen. Dargestellt ist eine Ansicht von Osten auf das ehemalige Zisterzienserrinnenkloster in Caldern. Bei den stark überhöhten Bergkegeln im Hintergrund handelt es sich links um den Rim-Berg, rechts um den Feisel-Berg mit seinem charakteristischen Doppelgipfel (vgl. unten fol. 5 recto und 8 recto).



Fol. 2 recto: Die obere Hälfte, bezeichnet links unten: „Kapitel-Saal“, rechts unten: „Arnsburg, d. 17. IX. 1893“; die untere Hälfte, bezeichnet links unten: „Oberes Thor“, rechts unten: „Muenzenberg, d. 18. IX. 1893“. Oben ist ein Säulenpaar im nördlichen Fenster der Westwand des Kapitelsaals zum Kreuzgang im ehemaligen Zisterzienserkloster Arnsburg dargestellt.²³ Trotz der raschen Skizze des mittleren, bei Koch „Oberes“, heute gelegentlich „äußeres“ genannten Burgtores hat

23 Vgl. Heinrich Walbe (Bearb.): Kloster Arnsburg mit Altenburg (Kunstdenkmäler des Kreises Gießen, Bd. 2), Darmstadt 1919, S. 107-108 und Abb. 95, S. 111.

er wesentliche Details wiedergegeben: das schräg gestellte Wappen über dem quergeteilten Schild am Schlussstein des Spitzbogens, den noch heute vorhandenen Riss im Mauerwerk links oberhalb des Torbogens, die Schräge und Platte der Kämpfer des Bogens sowie die Schießscharte über dem Bogenfries. Allerdings besteht dieser Fries in der Realität aus zehn und nicht aus dreizehn Bögen wie bei Koch.²⁴

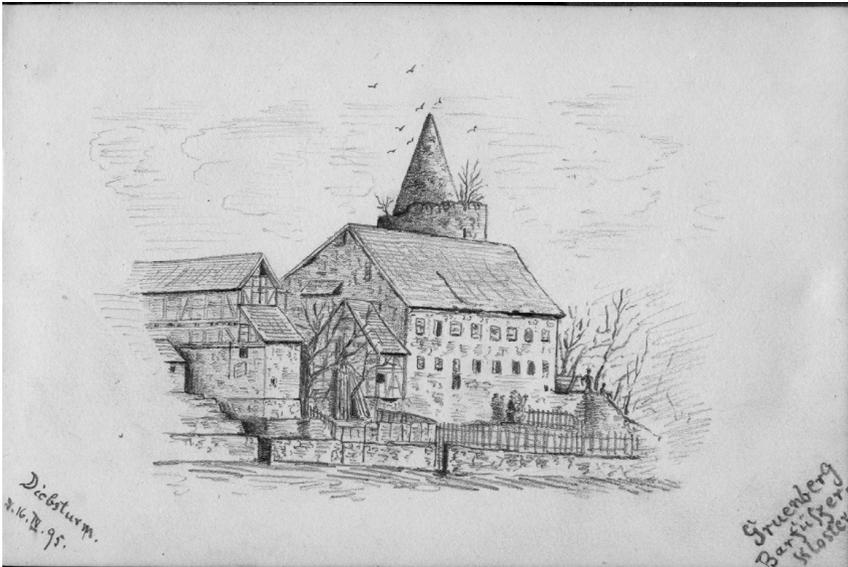


Fol. 3 recto: Bezeichnet links unten. „Burg Biedenkopf, d. 9. VIII. 94“. Der Blick richtet sich über die Stadt hinweggehend von Süden auf den Burgberg. Links ist der Bergfried zu sehen, rechts dahinter das Dach des Palas, davor Reste der Zwingermauer. Er nimmt also in etwa den Standort ein, den Friedrich Maximilian Hessemer für seine Ansicht von Biedenkopf von 1826/27 gewählt hatte.²⁵ Der Zinnenkranz des Bergfrieds der seit dem 17. Jahrhundert verfallenden Anlage stammt von der ersten Restaurierung durch den Kreisbaumeister Georg Friedrich Sonnemann aus den 1840er Jahren.²⁶

24 Vgl. Rudolf Adamy (Bearb.): Kreis Friedberg (Kunstdenkmäler im Großherzogthum Hessen), Darmstadt 1895, S. 177-179; Heinz Wionski (Bearb.): Kulturdenkmäler in Hessen, Wetteraukreis II, Braunschweig 1999, S. 765.

25 Vgl. die Abbildung im Modul „Historische Ortsansichten“ im Landesgeschichtlichen Informationssystem (LAGIS); URL: <http://cgi-host.uni-marburg.de/~hgl/ortsansichten>.

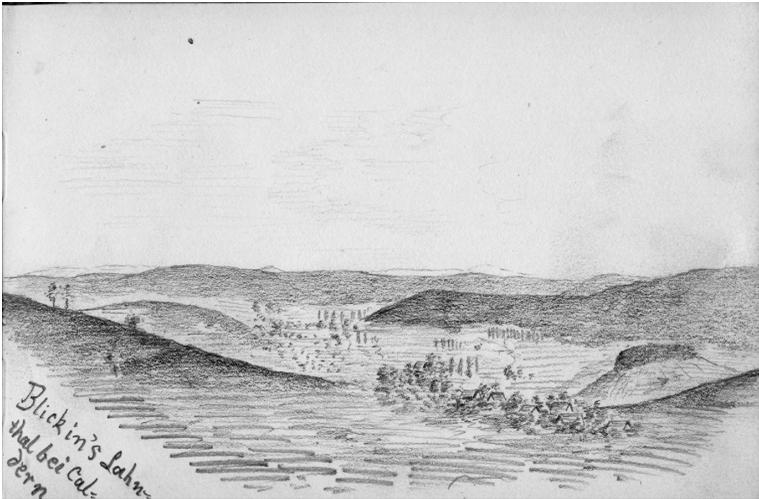
26 Wilhelm A. Eckhardt: Schloss Biedenkopf und der Eiserne Heinrich, in: Hessische Heimat 53 (2003), S. 55-61, hier S. 60.



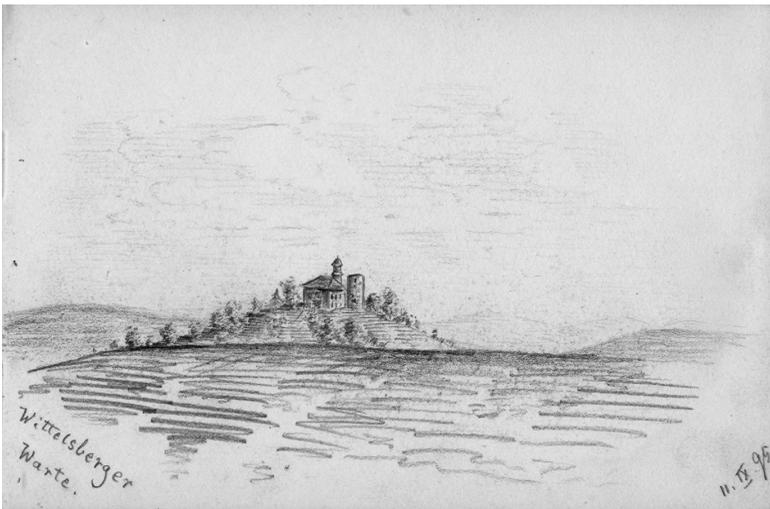
Fol. 4 recto: Bezeichnet links unten: „Diebsturm, d. 16. IV. 95“; rechts unten: „Gruenberg. Barfüßler-Kloster“. Koch hat das Franziskaner-Kloster in seiner Heimatstadt von Norden her gezeichnet. Sein Standort dürfte sich im Bereich der ehemaligen Höfetranke befunden haben. Besonderer dokumentarischer Wert ist dieser Zeichnung beizumessen, weil sie den Diebsturm in seinem ruinösen Zustand vor dem Umbau zum Wasserturm noch im gleichen Jahr darstellt. Augenscheinlich war die Brustwehr völlig zerbröckelt und in den Mauerritzen hatten sich Bäume festgesetzt. Das Klostergebäude trägt noch sein altes vergleichsweise flaches Dach. Exakt wiedergegeben sind die acht Fensterachsen seiner Westfassade und der Riss im Dach über der dritten und vierten Achse von links, der auch noch in späteren Jahren unbehoben blieb.²⁷ Die Wirtschaftsgebäude am linken Bildrand sind Mitte der 1980er Jahre durch neue Wohnbauten ersetzt worden.²⁸

27 Vgl. Heinrich Walbe (Bearb.): Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen, Bd. 1: Nördlicher Teil (Die Kunstdenkmäler in Hessen), 1938, S. 174-175, 197.

28 Vgl. Andrea Pühringer: Grünberg (Hessischer Städteatlas II,1), Marburg 2005, S. 44.

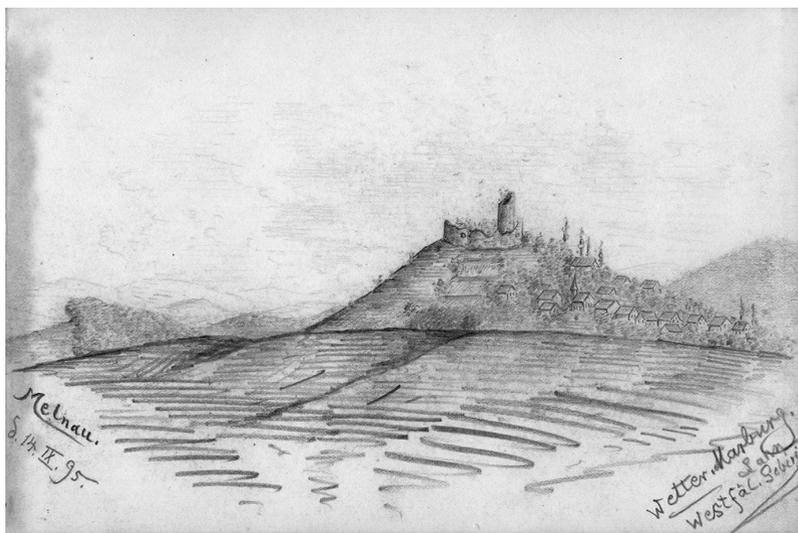


Fol. 5 recto: Bezeichnet links unten: „Blick in's Lahntal bei Caldern“. Wahrscheinlich entstand dieses Bild auf seiner Exkursion durch den Ebsdorfergrund und die Gegend nördlich von Marburg im September 1895. Der Blick geht nach Südosten. In der rechten unteren Bildmitte liegt Sterzhausen, rechts davon die bewaldete kleine Kuppe des Eisen-Berges.



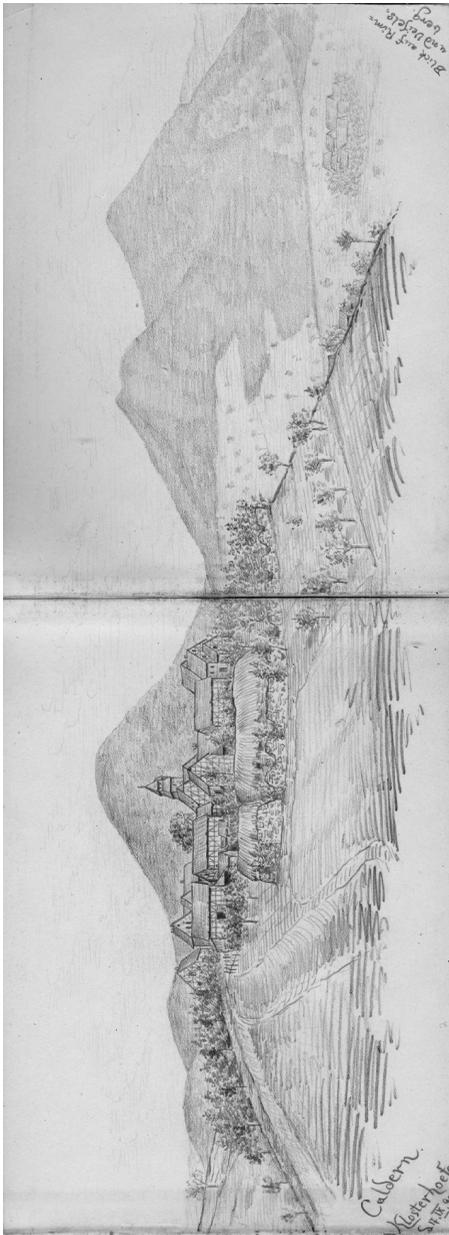
Fol. 6 recto: Bezeichnet links unten: “Wittelsberger Warte.“; rechts unten: „11. IX. 95.“ Auf dem Kirchberg von Wittelsberg ließ 1431

Landgraf Ludwig I. zur Überwachung des Verkehrs an der Straße durch die Langen Hessen von Mainz und Frankfurt nach Amöneburg und Fritzlar eine Warte errichten. Koch passierte sie wahrscheinlich auf seinem Weg von Grünberg nach Marburg.



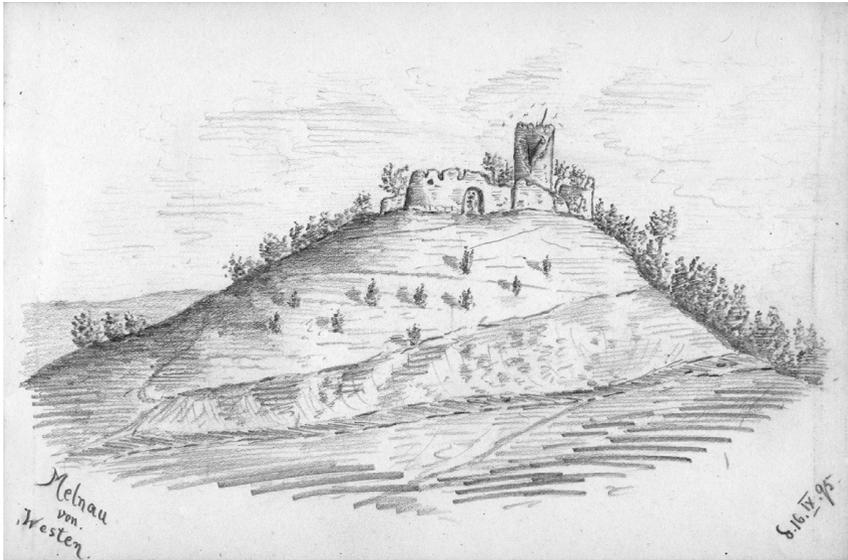
Fol. 7 recto: Bezeichnet links unten „Melnau. D. 14. IX. 95“; rechts unten: „Wetter. Marburg. Lahn. Westfäl. Gebirge“. Von Wetter her kommend zeichnete Koch diese Ansicht des Ortes und der Burgruine Mellnau von Südosten. Die Mitte des 13. Jahrhunderts vom Mainzer Erzbischof errichtete Burg war seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts im Verfall. Deutlich ist der desolate Zustand der rund 46 m im Durchmesser messenden Ringmauer zu erkennen. Der ebenfalls ruinöse Bergfried wurde erst 1970 als Aussichtsturm wiederhergestellt.²⁹

29 Magnus Backes (Bearb.): Hessen Dehio, Darmstadt 1982, S. 616.

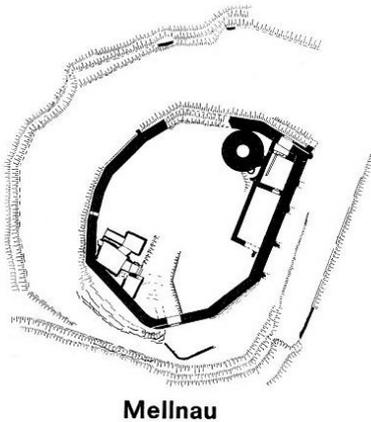


Fol. 8 recto mit Zusatzblatt: Bezeichnet links unten: „Caldern. Klosterhofe. D. 17. IX. 95“; rechts unten: „Blick auf Rim- und Veiselsberg“. Koch näherte sich offensichtlich von Osten kommend dem ehemaligen Zisterzienserinnenkloster, das sich seit 1527 im Besitz der Marburger Universität befand. Hinter dem Ort erhebt sich, leicht überhöht dargestellt der Rimberg, rechts davon die Doppelkuppe des Feiselberges und noch weiter rechts der Rossberg. Rechts unten im Talgrund sind die Gebäude des Brückerhofes zu erkennen, dem Rest der Wüstung Nonnenhausen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Darstellung der im Verfall befindlichen Reste der Mauer, die im weiten Bogen das Klosterareal umfasste. Geringe Reste davon sind noch heute zu finden, der Verlauf ist aber noch im Luftbild bzw. an den Parzellengrenzen gut ablesbar. Die kleineren Wirtschaftsgebäude rechts und links der Kirche wurden teilweise wenige Jahre nach der Aufnahme Kochs durch größere Scheunen- und Stallgebäude ersetzt.³⁰

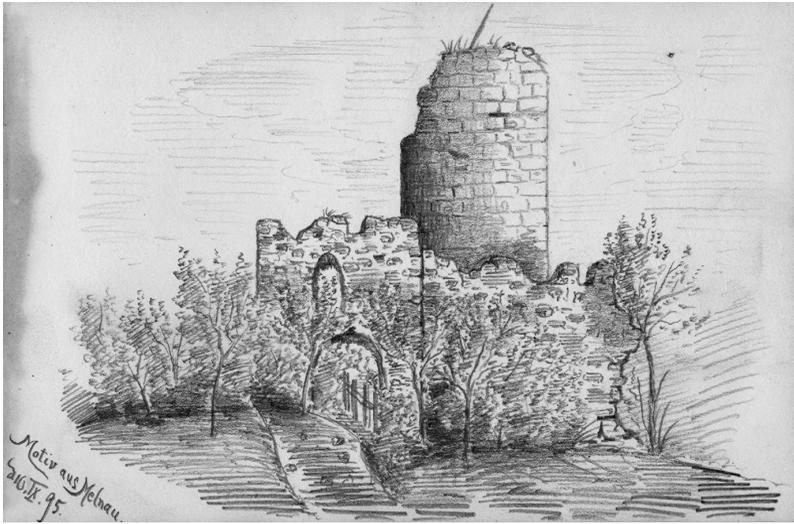
30 Vgl. Ursula van Meter: Architektur und Ausstattung des Zisterzienserinnenklosters, in: Ora et Labora. 750 Jahre Kloster Caldern, hrsg. vom Heimat- und Geschichtsverein Lahntal e.V., Haiger 2000, S. 95-190, hier vor allem S. 95-99 mit der Reproduktion einer Planskizze aus dem Jahre 1727 mit dem alten Gebäudebestand.



Fol. 9 recto: Bezeichnet links unten: „Melnau von Westen“; links unten: „d. 16. IX. 95“. Hier hat sich Koch in der Himmelsrichtung geirrt. Dargestellt ist die Ansicht exakt von Süden mit dem Südeingang der Burg, sowie er im Großen und Ganzen noch heute existiert. Deutlich ist der schräge Abbruch des Bergfriedes zu erkennen, der 1970 wiederhergestellt worden ist.

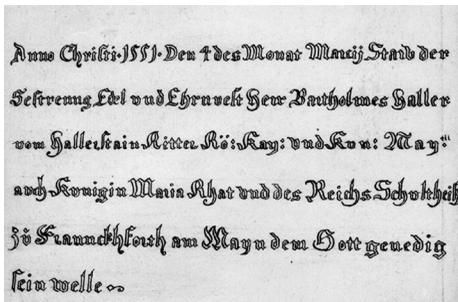


Grundriss der Burg Mellnau mit dem Südeingang und dem Zugang zum „Palas“ im Norden (aus: Geschichtlicher Atlas von Hessen, Kartenband, Marburg 1984, Karte 33 B).



Fol. 10 recto: Bezeichnet links unten: „Motiv aus Melnau. d. 16. IX. 95“. Hier zeigt Koch den halb verschütteten Nordeingang der Burg, der direkt in den Palas führte.

Nach seiner Exkursion durch das nördliche Lahngebiet im September 1895 hielt sich Koch im November für mehrere Tage in Frankfurt/Main auf. Anlässlich dieses Aufenthaltes fertigte er vier Zeichnungen von Grabplatten im „Dom“, also der Bartholomäusstiftskirche, an.



Fol. 10 verso liefert die Umschrift der auf dem folgenden Blatt gezeigten Grabplatte des kaiserlichen Rates und Frankfurter Schultheißen Bartholomäus Haller von Hallerstein.³¹

„Anno Christi 1551 Den 4 des Monat Marcij Starb der Gestrenng Edel vnd Ehrvest Herr

Bartholmes Haller vom Hallerstain Ritter Rö.[mischer]: Kay.[serlicher] vnd Kun.[iglicher] May.[stät] auch Kunigin Maria Rhat vnd des

31 Vgl. die Fotografie der Grabplatte in der vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde gepflegten Bilddatenbank innerhalb des Landesgeschichtlichen Informationssystems (LAGIS) : <http://web.uni-marburg.de/hlgl/lagis/impressum.html>

ReichsSchultheiß zu Franckhforth am Mayn dem Gott genedig sein welle.“ Nach der Niederlage im Schmalkaldischen Krieg hatte Karl V., den aus einem alten Nürnberger Geschlecht stammenden Hallerstein als „Schultheiß auf dem Schöffenstein“ installiert.³²



Fol. 11 recto: Bezeichnet unten: „Grabstein des Frankfurter Bürgermeisters Bartholomaeus Haller vom Hallerstein. 1551. Dom Frankfurt. Im November 1895“.

32 Wolfgang Klötzer: Frankfurter Biographie, Frankfurt 1994, Bd. 1, S. 298; Elsbeth de Weerth (Bearb.): Die Ausstattung des Frankfurter Domes, Frankfurt 199, S. 191-193.



Fol. 12 recto: Bezeichnet unten: „Grabstein des Heilmann von Prumheim, armiger. 1472. Dom, Frankfurt. D. 19. XI. 95“. Die Umschrift lautet: „Anno d[omi]ni m cccc lxxii in die decem milium martirum Obiit valid[us] vir Heilmann[us] de pruinheim armiger Cuius anima requiescat in sancta pace Amen.“³³

33 Vgl. Konrad Bund: Findbuch der Epitaphienbücher und der Wappenbücher (Stadtarchiv Frankfurt am Main, Nr. 545), Frankfurt 1987, S. 99; Walter Möller: Stamm-Tafeln westdeutscher Adels-Geschlechter im Mittelalter, Darmstadt 1922, Tafel CXX; de Weerth, Ausstattung (wie Anm. 32), S. 197-198.



Fol. 13 recto: Bezeichnet unten: „Grabstein der Gudela, Gemahlin des Frankfurter Schöffen Johann von Holzhausen, Tochter des Johannes Goldstein. 1371, Dom, Frankfurt, d. 23. IX. 95.“ Die Umschrift lautet: „anno d[omi]ni m ccc lxxi o[biit] gudela nata ioh[ann]is goltstey[n]s bo[n]e memor[ie] quo[n]da[m] legitma ioh[ann]is a holtzhus[en] scab[in]i fra[n]ken[ortensis] in vig[ilia] barbare“.³⁴ Johann von Holz-

34 de Weerth, Ausstattung (wie Anm. 32), S. 195-197.

hausen gehörte zu einem der vornehmsten Frankfurter Patriziergeschlechter und verfügte als Großkaufmann über ein beträchtliches Vermögen. Er übernahm wiederholt hohe städtische Ämter als Ratsherr, Schöffe und Bürgermeister. Er beendete die Auseinandersetzungen mit den Zünften und festigte die Vorherrschaft des Patriziats auf Jahrhunderte. Seit 1357 war er mit Gudela Goldstein verheiratet.³⁵



Fol. 14 recto: bezeichnet unten rechts: „Dom, Frankfurt, Nov. 1895“. Die Umschrift lautet: „Anno D[omi]ni MCCCLXX primo Sabbato post b[ea]ti Jacobi Apli obiit D[omi]n[u]s Rudulfus miles de Sassenhusen

35 Klötzer, Biographie (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 350.

cuius aia requiescat in pace. Amen“. Der vor 1305 geborene Rudolf ist der bekannteste Vertreter der Reichsministerialenfamilie der Herren von Sachsenhausen und Praunheim. 1342 wird er als Burggraf der Reichsburg Friedberg genannt. Nach dem Tod des mit ihm befreundeten Gegenkönigs Günther von Schwarzburg initiierte er dessen Grablegung im Bartholomäusstift. Seine eigene Grabplatte ist stilistisch und formal an die Deckplatte der Tumba des Gegenkönigs angelehnt.³⁶ Er stand später auch in der Gunst Kaiser Karls IV. und verstarb am 26. Juli 1370.³⁷



Fol. 15 recto: Bezeichnet unten links: „Krebsburg. Ruppertenrod. 29. III. 96“. Diese Gebäude lassen sich nicht identifizieren. Möglicherweise handelt es sich um die Vorgängerbebauung der heutigen Hofreite Hindenburgstraße 9. (Ich danke Herrn Alfred Richber, Ruppertenrod, für diesen Hinweis.)

36 Bund, Findbuch (wie Anm. 33), S. 98; de Weerth, Ausstattung (wie Anm. 32), S. 187-191, 198-200, hier 199.

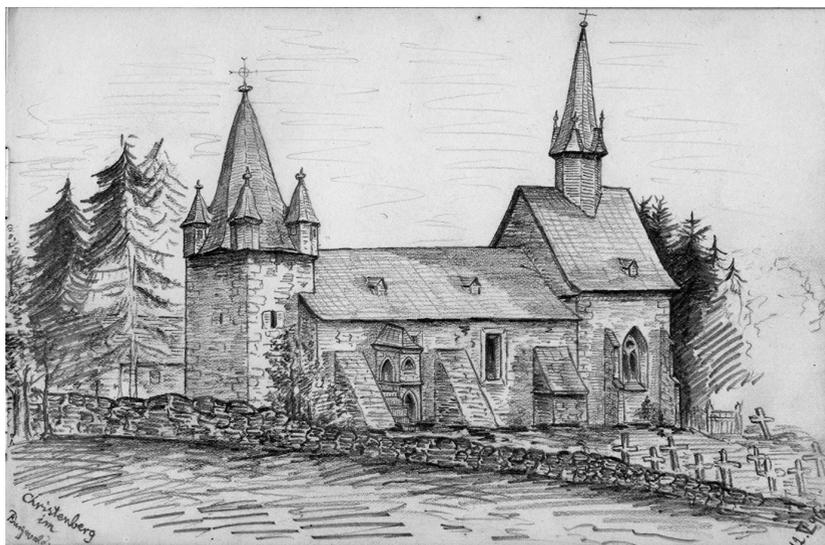
37 Vgl. Klötzer, Biographie (wie Anm. 32), Bd. 2, S. 231-232.



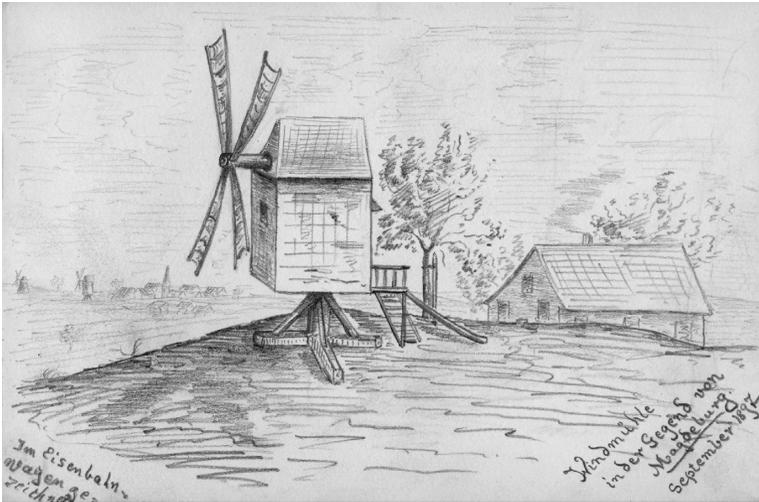
Fol. 16 recto: Bezeichnet unten links: „Rathaus“; unten rechts: „Gießen. April 1898“. Diese im Frühjahr 1898 entstandene Zeichnung zeigt das im Zweiten Weltkrieg zerstörte alte Rathaus. Zwei Jahre später, im Jahre 1900, wurden die hier noch verputzten beiden oberen Stockwerke durch neue Fachwerkgeschosse ersetzt³⁸. Die offene zweischiffige

38 Walbe, *Kunstdenkmäler* (wie Anm. 27), S. 110-115.

Halle wurde damals möglicherweise umgestaltet. Koch zeigt auf jeden Fall noch zwei Gitterabsperungen links und rechts an den Außenmauern. Den Umbauten im Jahre 1900 fiel auch der Fassadenputz der Obergeschosse mit seiner Bemalung zum Opfer. In der Mitte des ersten Stockes zwischen den Fenstern ist bei Koch noch die figürliche Darstellung der Justitia angedeutet.



Fol. 17 recto: Bezeichnet unten links: „Christenberg im Burgwald“, unten rechts „12. V. 1896“. Der Christenberg, 6 km nördlich von Wetter gelegen, geht auf eine merowingerzeitliche Befestigungsanlage zurück. Die Pfarrkirche St. Martin war im Mittelalter Dekanatskirche für das gesamte obere Lahn- und Edertal. Das mittlere flache Schiff weist eventuell in die Karolingerzeit zurück; der Westturm, links, stammt aus romanischer Zeit. Der spätgotische Chor mit dem Dachreiter, rechts, wurde 1520 erbaut. Die bemerkenswerte zweigeschossige Außenkanzel an der Südseite entstand im Laufe des 13. Jahrhunderts.



Fol. 18 recto: Bezeichnet unten links: „Im Eisenbahnwagen gezeichnet“; unten rechts: „Windmühle in der Gegend von Magdeburg. September 1897“. Vermutlich befand sich Koch damals auf der Reise nach Berlin (vgl. unten fol. 32 recto).



Fol. 19 recto: Bezeichnet unten links: „Aussichtsturm auf dem ‚Kahlen Astenberg‘ 830 m.ü. M, höchsten Berge Westfalens“; rechts unten „d. 14. Mai 1896, bei 2° R[eaumur] mit klapperndem Gebein“

gezeichnet.“ Koch benutzte noch die 1901 für die amtliche Temperaturmessung in Westeuropa abgeschaffte Einheit Reaumur. Die Grundsteinlegung des Aussichtturmes erfolgte am 22. Juni 1884. Der bereits 25 m hohe Rohbau fiel allerdings einem Herbststurm zum Opfer. Bis 1889 brachten private Geldgeber und der Provinzialverband Westfalen die Mittel für den Wiederaufbau im historistischen Burgenstil zusammen. Die Eröffnung erfolgte 1895. Bereits 1923 wurden wegen witterungsbedingter Materialermüdung Renovierungen nötig. Durch Umbauten und die fast völlige Zerstörung im Zweiten Weltkrieg durch einen Artillerievolltreffer wurde der ursprüngliche Bau nahezu unkenntlich.



Fol. 20 recto: Bezeichnet unten links: „Lahnbrücke Blick von der Pulvermühle“; rechts unten: „Gießen Juli 1897“. Diese 1845 bis 1848 erbaute Brücke ersetzte die etwas nördlich gelegene alte Lahnbrücke aus dem Jahre 1582. Koch zeichnet sie in dem Zustand vor ihrer Verbreiterung im Jahre 1898, als die Schmalspurtrasse der Biebertalbahn über sie hinweggeführt wurde.³⁹

39 Karlheinz Lang: *Kunstdenkmäler in Hessen*. Universitätsstadt Gießen, Braunschweig 1993, S. 457; Volker Rödel und Heinz Schomann: *Eisenbahn in Hessen*, 2 Bde.,

Im April 1898 hielt sich Theo Koch nochmals länger in seiner Heimatstadt auf, bevor er im Mai nach Leipzig reiste. Dort traf er sich wahrscheinlich mit Herrmann Meyer, den er dann Ende des Jahres auf dessen Südamerikaexpedition begleiten sollte. Anlässlich seines Aufenthaltes in Grünberg entstanden die folgenden Blätter, die sich durch eine im Vergleich zu den älteren Blättern gröbere Linienführung auszeichnen. Ob Koch mit den Zeichnungen Fol. 22r-24r Nachbarn, Verwandte oder Freunde festhalten oder aus gleichsam ethnographischem Interesse bestimmte Tätigkeiten, Gerätschaften und Werkzeuge dokumentieren wollte, ist nicht zu entscheiden.

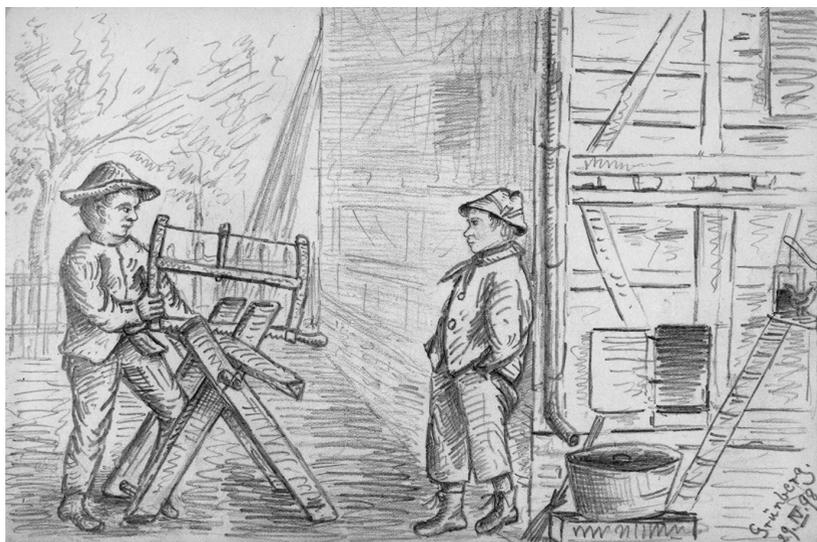


Fol. 21 recto: Bezeichnet unten links: „b. Grünberg“; unten rechts: „Motiv aus Odenhausen, Rabenau 27. IV. 98“. Möglicherweise nutzte Koch die 1896 eröffnete Bahn nach Londorf für einen Besuch in Odenhausen. Vom Bahnhof kommend hätte sich ihm der hier festgehaltene Blick von Süden auf die um 1240 erbaute Kirche mit ihrem charakteristischen gedrungenen Ostturm mit dem Altarraum geboten.⁴⁰ Verdeckt wird der untere Teil der Kirche durch die ehemaligen Gebäude der Hofreite Kirchstr. 8. Hinter dem Wohnhaus ist der Ansatz der

(Kulturdenkmäler in Hessen), Wiesbaden 2005, hier Bd. 2, S. 802-803 geben eine falsche Trassenführung an.

40 Walbe, Kunstdenkmäler (wie Anm. 27), S. 294-296.

Treppe zu sehen, die zur hochgelegenen Kirche in ihrem ummauerten Kirchhof führt.



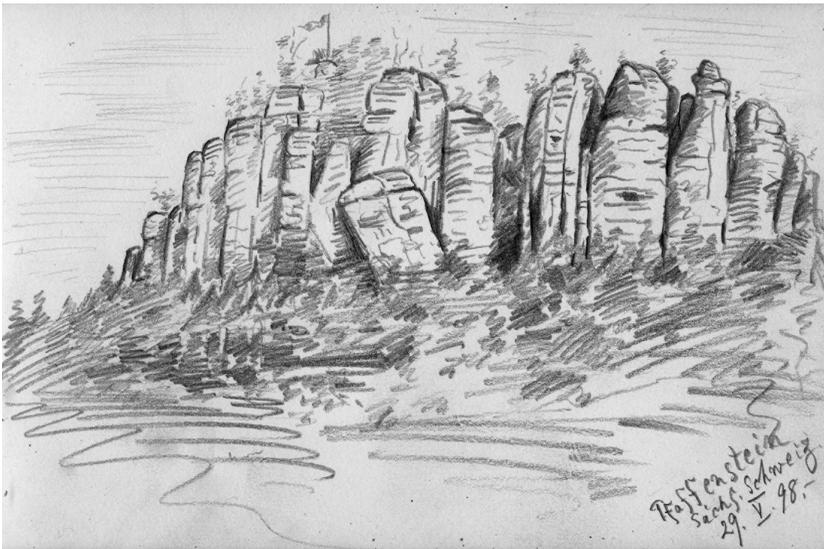
Fol. 22 recto: Bezeichnet unten rechts: „Grünberg. 29. IV. 98“.



Fol. 23 recto: Bezeichnet unten links: „Grünberg. 29. IV. 98“.



Fol. 24 recto: Bezeichnet unten links: „Grünberg. 28. IV. 98“.



Fol. 25 recto: Bezeichnet unten rechts: „Pffaffenstein, Sächs. Schweiz. 29. V. 1898“. Der Pffaffenstein liegt ca. 2 km südlich von Königstein an der Elbe in der Sächsischen Schweiz. Es handelt sich um einen Tafelberg von bis zu 430 Metern Höhe ü. M., dessen Plateau sich auf über zwölf Hektar ausdehnt. 1894 wurde hier der erste Aussichtsturm aus

Holz errichtet. Zu ihm gehört die Fahne, die Koch am höchsten Punkt eingezeichnet hat. Der Blick Kochs geht von Norden auf den Berg.



Fol. 26 recto: Bezeichnet unten rechts: „Koenigstein. 30. V. 98“. Koch hat diese bedeutende sächsische Festung von Nordosten, also von der gleichnamigen Stadt her, gezeichnet. Ganz links ist der Eckturm, die sog. „Königsbase“ zu erkennen, weiter rechts sind das Mansarddach der Friedrichsburg und ganz rechts dann die Georgenburg hervorgehoben.



Fol. 27 recto: Diese unbezeichnete Landschaftsstudie dürfte ebenfalls im Elbsandsteingebirge entstanden sein.

Die folgenden unbezeichneten und undatierten Blätter werfen die Frage auf, ob Koch hier seiner Fantasie freien Lauf ließ und abenteuerliche Szenen vor tropische Kulisse ins Bild setzen wollte oder ob er sein Skizzenheft 1898 auf seine erste Brasilienreise mitgenommen hatte. Zumindest Fol. 27v erinnert sehr stark an seine Skizze des „Dorfes der Kamayura“. Von den in den Zeichnungen dargestellten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Indianern und „Weißen“ berichtet er in seinen Tagebüchern allerdings nirgends.⁴¹



Fol. 27 verso: Unbezeichnet und undatiert.

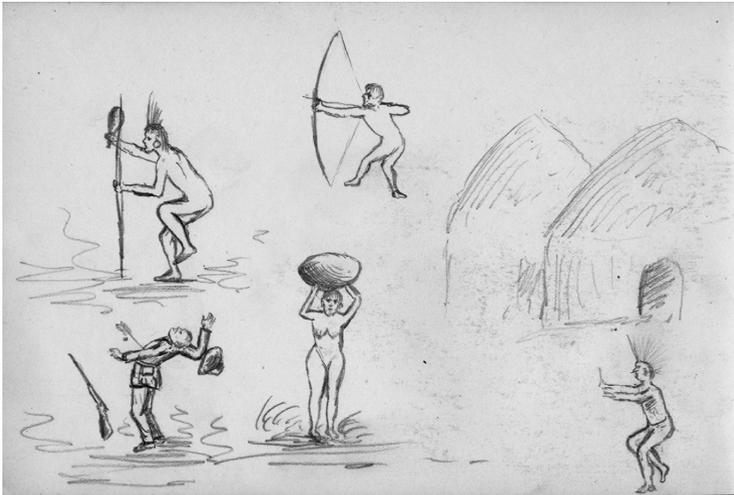
Allerdings lehnt sich diese Skizze stark an die Zeichnung von Johannes Gehrts, dem Zeichner auf der zweiten Xingú-Expedition von Karl von den Steinen in den Jahren 1887-88, an. Jedoch wird darin ein Tanz der Nahuquá gezeigt.⁴² Koch hätte demnach die Tänzer beiseite gelassen. Sicherlich kannte Koch diesen Reisebericht und nutzte ihn vermutlich zu Übungszwecken, indem er Bilder daraus abzeichnete möglicherweise zu Übungszwecken Bilder daraus abgezeichnet, bzw. sich zu eigenen „Kompositionen“ anregen ließ.

41 Ich danke Herrn Dr. Michael Kraus, Berlin, sehr herzlich für seine freundlichen Hinweise.

42 Karl von den Steinen: Unter den Naturvölkern Zentral-Brasiliens, Berlin 1894, S. 96, Tf. VII; vgl. auch die Darstellung des Vogelkäfigs, S. 88.



Theo Koch, Dorf der Kamayura,
 (aus: Kraus, Koch-Grünberg
 [wie Anm. 1], S. 465).



Fol. 28 verso: Unbezeichnet und undatiert. Fünf unterschiedliche Figuren ohne einen darstellerischen Zusammenhang. Der Tänzer links oben erinnert durch seinen Kopfschmuck und Ohrring an den weiter oben gezeigten Tänzer der Tuyuka. Der Bogenschütze oben, könnte den „Schiessenden Bororó“ bei von der Steinen zum Vorbild haben.⁴³

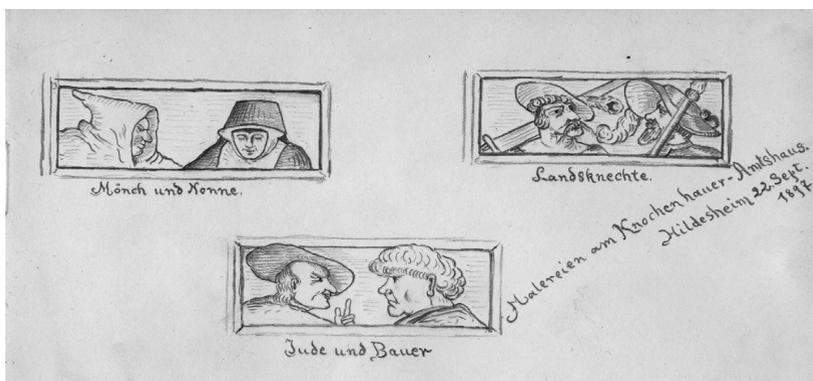
43 Von den Steinen, Naturvölker (wie Anm. 42), S. 480, Tf. XXVIII.



Fol. 29 recto: Unbezeichnet und undatiert. Landschaftsstudie mit drei Dachkegeln von Eingeborenenhütten an einem tropischen Flusslauf.



Fol. 31 recto: Bezeichnet unten rechts: „Frau am Butterfaß. Gruenberg, 26. IV. 98“. Diese Zeichnung gehört zu Fol. 22r-24r. Hier zeigt sich ganz offensichtlich der ethnographische Blick Kochs, dem es in erster Linie um die Dokumentation des Vorganges der Butterherstellung geht.



Fol. 32 recto: Bezeichnet unten rechts: „Malereien am Knochenhauer-Amtshaus. Hildesheim 22. Sept. 1897“. Diese Zeichnungen nach bemalten Füll- oder Windbrettern am Knochenhaueramtshaus dürften auf der gleichen Reise entstanden sein, die Koch auch in die Gegend von Magdeburg führte (vgl. oben Fol. 18 recto). Dieses bedeutende Fachwerkgebäude wurde bereits ab 1852 saniert und stieg im Zuge der Mittelalterbegeisterung des 19. Jahrhunderts zu einer der Hauptsehenswürdigkeiten der Stadt auf. Die von Koch abgezeichneten Malereien stammen allerdings aus der Sanierungsphase in den 1850er Jahren, die alten hatte man abgenommen und in das damalige St. Andreas Museum gebracht.⁴⁴

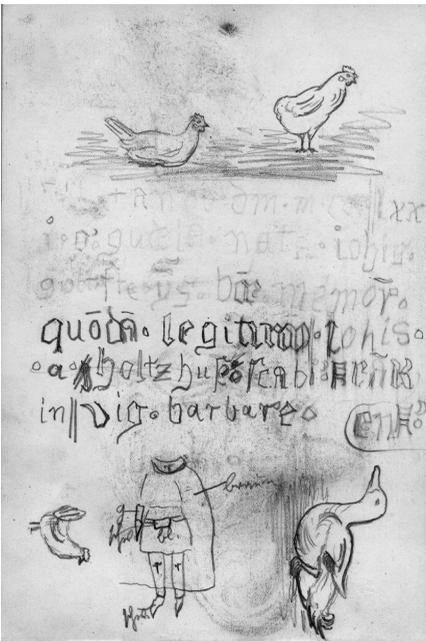


Fol. 32 verso: unbezeichnete und undatierte Studien, unten ein Truthahn.

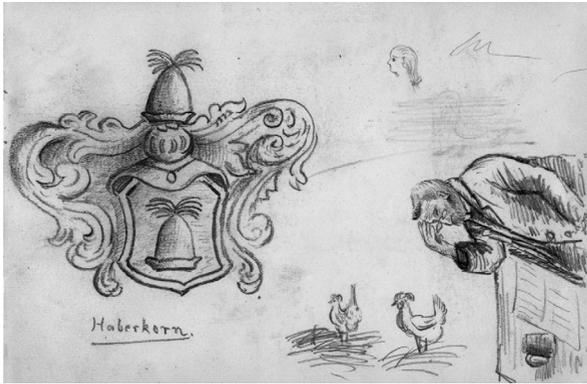
44 Adolf Zeller (Bearb.): Die Kunstdenkmäler der Provinz Hannover, 4. Stadt Hildesheim, Hannover 1912, S. 112.



Fol. 33 recto: unbezeichnete und undatierte Baumstudie.

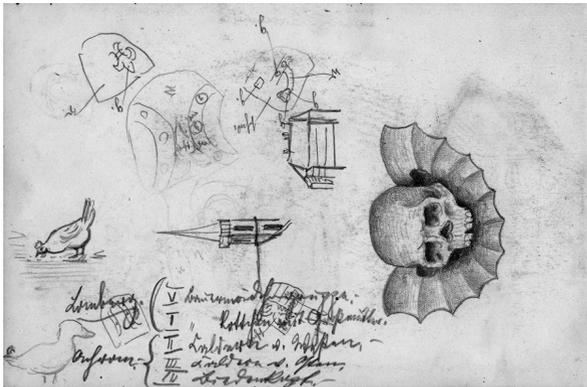


Fol. 33 verso: unbezeichnete und undatierte Studien und Schriftübung. Die Schriftübung und die kleine Figurenstudie gehören zu fol. 13 recto. Die ersten drei Zeilen sind ausradiert und kaum noch lesbar. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Figurenstudie mit den abgekürzten Angaben zur farblichen Fassung – brauner Mantel, blauer Rock, rote Hosen, schwarze Schuhe, goldener Dolchgriff, schwarze Scheide.



Fol. 34 recto: Unbezeichnete und undatierte Wappen, Personen und Tierstudien. Das Wappen ist mit „Haberkorn“ untertitelt. Diese weit verbreitete Familie stellte in Oberhessen seit dem 16. Jahrhundert zahlreiche Pfarrer, Beamte und

Förster. Möglicherweise lieferte das Wappen an einem Gebäude oder Grabstein die Vorlage für Koch.⁴⁵



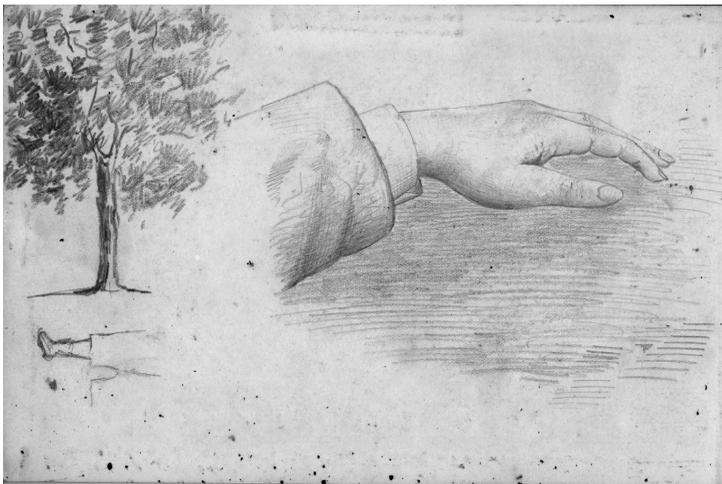
Fol. 34 verso: Unbezeichnete und undatierte Wappen, Gebäude- und Tierstudien. Die fünf Wappen gehören zu fol. 12 recto und geben abgekürzt die heraldischen Farben wieder. Die Schrift ist möglicherweise ein Gliederungsentwurf

für die Zeichnungen. „Lomberg[?], V Bauernmädchengruppe, I [Bauern]-Kottchen mit Großmutter; Achrem [?] II Caldern v. Westen, III Caldern v. Osten, IV Biedenkopf“. Die Architekturskizze in der Mitte stellt die Grünberger Stadtkirche von Osten dar, eine Ansicht, die sich aus einem Fenster des Pfarrhauses bietet.

45 Vgl. Rudolf Schäfer: Die Herkunft der oberhessischen Familie Haberkorn, in: Mitteilungen der hessischen familiengeschichtlichen Vereinigung 1 (1926), S. 65-74; Hermann Knodt: Hessische Bürgerwappen des 16.-18. Jahrhunderts in den Stipendiatenakten des Gießener Universitätsarchivs, in: ebd., S. 78-83, hier S. 80; sowie Ders. (Hg.): Rhein=Mainisches Wappenbuch, Bd. 1, Görlitz 1943, Sp. 65.



Fol. 34 verso: Unbezeichnete und undatierte Wappen-, Gebäude- und Figurenstudien. Die Wappen gehören zu fol. 11 recto, 12 recto. Das Architekturelement zu fol. 14 recto. Die männliche Figur könnte eine Übung nach einer Buchvorlage sein (vgl. fol. 27 verso und 28 recto). Das scheinbar fensterlose Wirtschaftsgebäude ist nicht zu lokalisieren. Die durchgehenden Eckständer und die gebogenen Streben weisen in das 15./16. Jahrhundert.



Fol. 35 verso: Unbezeichnete und undatierte Baum-, Hand- und Figurenstudie. Die kleine Studie mit dem Bein eines Jungen gehört zu fol. 22 recto.

Viehhandelsprotokolle aus dem Landkreis Gießen

Hanno Müller

1. Einleitung

Bei den Recherchen für eine Arbeit über die früher in Steinbach lebenden Juden stieß ich vor etwa 20 Jahren im Steinbacher Gemeindearchiv auf das „Viehhandelsprotokollbuch“.¹ War ich anfangs überzeugt davon, dass derartige Protokollbücher nicht sehr häufig in anderen Archiven anzutreffen seien, stellte sich diese Annahme bei späterer intensiverer Suche als falsch heraus. Protokollbücher über den Viehhandel (und andere Geschäfte) haben sich in vielen Gemeinden erhalten. Allerdings sind die Zeiträume, während derer sie geführt wurden bzw. für die sie erhalten sind, sehr unterschiedlich. Für diese hier vorgelegte Betrachtung wurden Viehhandelsprotokollbücher aus Fernwald-Steinbach und Fernwald-Albach, aus Pohlheim-Hausen, aus Lich und seinen Stadtteilen Ober-Bessingen und Langsdorf bearbeitet. Dabei wurden über 1.200 Protokolle aus dem Zeitraum 1822 bis 1902 durchgesehen. Die Protokolle enthalten wichtige sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Informationen über das Zusammenleben von Christen und Juden im 19. Jahrhundert in den Dörfern Oberhessens. Sie sind aber auch und hier vor allem die früh einsetzenden wie die von Albach und Langsdorf, wichtige genealogische Quellen. Mit diesem Aufsatz möchte ich die Aufmerksamkeit auf diese wichtigen Zeitzeugnisse lenken, die noch in vielen Archiven lagern, und einen kleinen Einblick in die ab und an recht verzwickte Materie geben. Der Aufsatz wird beschlossen mit einer Aufstellung der in den Protokollen genannten Viehhändler.

2. Viehhandelsprotokolle

Die Anfertigung von Protokollen für allen Viehhandel und Tausch war in der Landgrafschaft Hessen schon in einer Verordnung vom 29. Januar 1769 vorgeschrieben worden. Diese Verordnung wurde durch

1 Gemeindearchiv Fernwald, Ortsarchiv Steinbach Abt. X Konv. 14 Fasz. 1

eine weitere vom 26. Juli 1783 dahingehend abgeändert, dass fortan Protokolle nur noch dann angefertigt werden sollten, wenn Vereinbarungen über Terminzahlung und Borgen, über besondere Qualitäten des Viehs und über Haftungsausschlüsse getroffen wurden und dort, „*wo ein Jud mit einem Christen handelt*“. 1805 wurde die bestehende Regelung bestätigt, die angedrohte Strafe bei Nichtanfertigung von Protokollen aufgehoben und Regelungen getroffen, wie bei Streitigkeiten bei nicht protokollierten Viehhändeln zu verfahren sei.²

Das Aufsetzen des Protokolls wurde von dem Bürgermeister, dem Beigeordneten oder dem Vertreter des Ortsgerichts vorgenommen. Es war ein Verwaltungsakt, für den die Benutzung von Stempelpapier zu 10 Kreuzer vorgeschrieben war; verboten war es, noch eine besondere Schreibgebühr zu erheben.³ Trotz der bestehenden Vorschrift wurden nur in Lich-Langsdorf einige Protokolle gefunden, die auf Stempelpapier geschrieben waren. Sowohl bei den Protokollen, die in Bücher eingetragen wurden als auch bei den Protokollen, die auf losen Blättern festgehalten wurden, vermerkte der Schreiber „*Der ermangelnde Stempel wird beigelegt*.“⁴ oder ähnliche Formulierungen, d.h., die Gebühr für diesen Verwaltungsakt war bezahlt worden.

Zahlreiche Steinbacher Protokolle tragen, meist unter Angabe des Datums, ab und zu mit dem Namen des Empfängers, den Vermerk „*Abschrift erteilt*“. Angefertigt wurden die Abschriften sowohl für Verkäufer wie auch für Käufer; manchenmal wenige Tage, aber auch ein Jahr und später nach der Protokollierung eines Handels. Vermutlich dienten die unmittelbar nach Abschluss gefertigten Abschriften der Dokumentation für die Beteiligten. Bei den später angefertigten Abschriften ist zu vermuten, dass sie als Beweismittel vor Gericht benötigt

2 StA Darmstadt Abt R 1 Fasz. 26/Nr. 61 „Erläuterung der Verordnung, daß über jeden Vieh-Handel ein Protokoll bei dem Dorf-Schultheißen geführt werden soll.“ Darmstadt, 1783, Juli 26.; Abt. R 1 Fasz. 45/Nr. 193 „Wiederholung der Verordnungen, daß aller getätigter Viehhandel protokolliert werden soll, nur in besonders aufgeführten Fällen davon Abstand zu nehmen ist.“ Darmstadt, 1805, August. 11.

3 StA Darmstadt E 3 A Nr. 90/34 vom 18. April 1827

4 In Steinbach bei jedem Protokoll, in Albach nur bei den Protokollen vom 07.03.1825 bis zum 11.05.1832, in den anderen Büchern und losen Protokollen ab und zu. Auf dem lose beigelegten Protokoll in Steinbach vom 26. Aug. 1846 wurde unten vermerkt „*10 Kreuzer bezahlt*“.

wurden. Mehrfach wurde in den Protokollen „*eingeklagte Schuld*“ (Außenstände) erwähnt.⁵

Im Albacher Protokollbuch vermerkte der Bürgermeister mehrfach „*Wird gelöscht*“ mit Angabe eines Datums, einige dieser Protokolle wurden zusätzlich durchgestrichen.⁶ Hierbei handelte es sich um abgeschlossene Geschäfte. Seligmann Katz [StbJ 39],⁷ ein Steinbacher Viehhändler, vermerkte unter einem durchgestrichenen Protokoll (Albach 27.12.1842) „*Dieses Protokoll ist richtig ausbezahlt, Albach den 26. Febr. 1844*“.

Ab und zu wurden Protokolle nicht beendet oder es fehlten die Unterschriften der Beteiligten (Steinbach 02.04.1844, Albach 21.12.1832), bei anderen vermerkte der Bürgermeister „*ungültig*“ (Steinbach 09.07.1845, 10.11.1845 und vom 21.01.1846). Diese Geschäfte waren nicht zustande gekommen. Vereinbarungen konnten aber auch bindend sein, obwohl einer der Beteiligten seine Unterschrift verweigerte. In Lich (Protokoll vom 09.11.1849) unterschrieb der Dreher N.N. Meyer einen mit Selig Edelmuth, Knecht des Steinbacher Viehhändlers Løb Katz I. [StbJ 34], ausgemachten und protokollierten Handel nicht. Er wurde daraufhin vom Licher Bürgermeister vorgeladen. Gegen Zahlung von 1 Gulden an Edelmuth wurde der Handel dann aufgehoben.

Die Händler unterschrieben die Protokolle oft in Hebräisch. In diesen Fällen und dann, wenn ein Analphabet seine drei Kreuze gemacht hatte, vermerkte der Bürgermeister „*Handzeichen des ... attestirt ... Bürgermeister*“ (z. B. Steinbach 02.04.1844 und vom 23.10.1844).

2.1. Das Steinbacher Viehhandelsprotokollbuch

Das Steinbacher Viehhandelsprotokollbuch⁸ enthält insgesamt 199 Protokolle verschiedener Geschäftsabschlüsse, die im Zeitraum vom 20.

5 Z.B. in Steinbach die Protokolle vom 21.05.1844, 02.05.1845, 22.05.1845, 01.08.1845, 29.08.1845, 05.11.1845, 10.11.1845, 31.12.1845, 05.01.1846 und vom 21.01.1846; in Albach die Protokolle vom 24.07.1836, 01.02.1841, 13.08.1844 und vom 22.12.1847; in Lich das Protokoll vom 11.08.1852; in Hausen das Protokoll vom 16.10.1878 und in Langsdorf Konv. 9 die Protokolle vom 13.02.1845, 26.05.1845 und vom 01.09.1845.

6 Z. B. in Albach die Protokolle vom 31.01.1825, 10.12.1835, 28.02.1840, 01.02.1841, 07.03.1842, 27.12.1842 und vom 09.12.1844; ebenso in Steinbach die Protokolle vom 18.04.1844, 22.04.1844 und vom 29.08.1845

7 [StbJ 39] ist die Familiennummer der Familie Seligmann Katz I in: Juden in Steinbach von H. Müller, Neubearbeitung 2007

8 Gemeindearchiv Fernwald, Ortsarchiv Steinbach Abt. X Konv. 14 Fasz. 1

Februar 1844 bis zum 26. Mai 1846 getätigt und von dem damaligen Bürgermeister Stephan Horn [Steinbach 2245; 1792-1869]⁹ niedergeschrieben und beglaubigt wurden. Vier der Protokolle waren ungültig und in 42 Protokollen wurden mehrere Geschäftsabschlüsse festgehalten. In 6 Protokollen wurden Vereinbarungen zwischen auswärtigen jüdischen Viehhändlern (Maier Straus aus Laubach [27.08.184], Seligmann und Falk Stern aus Villingen [19.05.1846 und vom 26.08.184], Joseph Stern aus Wieseck [27.05.1846] und Nathan Stern aus Staden [10.02.1846]) und auswärtigen Bauern festgehalten, nur drei Geschäfte wurden alleine zwischen Christen abgeschlossen und nur zwei auswärtige Viehhändler (Salomon Oppenheimer aus Langsdorf und Markus Raunheim aus Laubach) handelten mit Steinbacher Bauern. Die restlichen 184 Protokolle wurden von Steinbacher Viehhändlern abgeschlossen. Dabei waren nur 39 Mal Steinbacher Bauern ihre Partner. Die übrigen 145 Handelspartner waren Bauern aus Albach, Annerod, Birklar, Burkhardsfelden, Garbenteich, Grüningen, Harbach, Hattenrod, Hausen, Lang-Göns, Lich, Muschenheim, Nonnenroth, Oppenrod und Watzenborn-Steinberg.

1844 und 1845 wurden im Durchschnitt 6 bis 7 Protokolle monatlich aufgesetzt, 1846 waren es fast 10 pro Monat. Die Zahlen schwankten 1844 zwischen 3 und 8, 1845 zwischen 1 und 14 und 1846 zwischen 7 und 17 pro Monat. Die meisten Protokolle wurden jeweils im Januar (1845 mit 13 und 1846 mit 17) aufgesetzt.

2.2. Das Albacher Viehhandelsprotokollbuch

Das Albacher „*Protokollbuch zur Eintragung der Protokolle über Käufe und Verkäufe in der Gemeinde Albach*“¹⁰ enthält 123 Protokolle aus den Jahren 1822 bis 1847 und ein weiteres aus dem Jahre 1877. In 19 Protokollen wurden Geschäfte unter Albacher Christen oder zwischen ihnen und Christen aus Bettenhausen, Ettingshausen, Gießen, Hattenrod, Kolnhausen, Nidda, Oberkassel, Pohl-Göns und Lich festgehalten. Dabei ging es in 2 Protokollen um den Verkauf von großen Kupferkesseln, 4 Mal um die Gewährung von Darlehen und 13 Mal um Vieh. Vier Mal ließen Steinbacher Viehhändler in Albach Geschäfte mit drei Bauern aus Alten-Buseck, Hattenrod und Muschenheim (2)

9 Die Familiennummern wurden aus den entsprechenden Familienbücher entnommen; siehe im Literaturverzeichnis.

10 Gemeindearchiv Fernwald, Ortsarchiv Albach Abt. X Konv. 2 Fasz. 1

protokollieren. Bei den restlichen 101 Protokollen handelt es sich um Geschäftsvereinbarungen zwischen Albacher Bauern und jüdischen Viehhändlern¹¹ aus Alten-Buseck (1/1), Burkhardsfelden (6/2),¹² Ettingshausen (1/1), Garbenteich (4/2), Gießen (1/1), Großen-Buseck (9/6), Griedel (2/1), Langsdorf (3/2), Lich (3/1), Steinbach (68/10), Watzenborn-Steinberg (1/1) und „Herznach“ (?) (2/1). Ob alle in dem Zeitraum von 1822 bis 1847 abgeschlossenen Geschäfte vollständig im Protokollbuch enthalten sind, muss bezweifelt werden. Drei Seiten des Buchs wurden herausgetrennt. Die Anzahl der jährlich eingetragenen Protokolle schwankt zwischen 25 in den Monaten Januar bis Mai des Jahres 1825 (keine weiteren Eintragungen im Verlauf dieses Jahres) und einem Protokoll im gesamten Jahr 1838. 1829 und 1833 wurden überhaupt keine Einträge gemacht. Die Frage, warum nach einer Lücke von 30 Jahren noch ein Protokoll 1877 in dieses Buch eingetragen wurde, muss unbeantwortet bleiben.

2.3. Viehhandelsprotokolle in Hausen

In Pohlheim-Hausen haben sich 75 Viehhandelsprotokolle¹³ aus der Zeit von April 1871 bis August 1900 erhalten. Neben drei zwischen Christen getätigten Geschäften handelt es sich bei den übrigen 72 Protokollen um Geschäfte zwischen auswärtigen jüdischen Viehhändlern¹⁴ und Hausener Bauern. Die Viehhändler kamen aus Garbenteich (1/1), Großen-Buseck (1/1), Hungen (1/1), Leihgestern (2/2), Steinbach (34/6), Watzenborn (20/5) und Watzenborn-Steinberg (1/1). Einen gewissen Seltenheitswert besitzt das Protokoll vom 2. Mai 1872, in dem der Verkauf einer Kuh für 155 Gulden festgehalten wird. Verkäuferin war Jacob Katz' [StbJ 47] Witwe Terese, also eine weibliche Viehhändlerin, Käuferin war Jacob Atzbachs [Hausen 32] Witwe Anna Maria. Weibliche Käufer oder Verkäufer traten in den bearbeiteten Protokollen mehrfach auf, eine Viehhändlerin allerdings nur dieses eine Mal.

11 In Albach waren keine Juden ansässig.

12 „(6/2)“ = 6 Protokolle von 2 Händlern

13 Stadtarchiv Pohlheim, Gemeindearchiv Hausen Abt. X Konv. 13 Fasz. 18; von den anderen Pohlheimer Stadtteilen Garbenteich, Holzheim, Watzenborn und Steinberg haben sich keine Protokolle erhalten.

14 Wie in Albach waren auch in Hausen früher keine Juden ansässig.

Keine Protokolle wurden in Hausen überliefert aus den Jahren 1874, 1887, 1892, 1893, 1895, 1896, 1898 und 1899. Ob in diesen Jahren wirklich keine Geschäfte abgeschlossen wurden, lässt sich nicht sagen.

2.4. Viehhandelsprotokolle in Lich

Aus der Zeit von Januar 1848 bis Mai 1902 haben sich in Lich 226 Protokolle¹⁵ erhalten. Bis auf zwei wurden in allen Geschäften mit Vieh festgehalten. Das Protokoll vom 16. März 1849 enthielt die Vereinbarungen über den Ankauf eines Hauses durch Isaac Bock. Er erwarb für 1.356 Gulden ein Wohnhaus von Jakob Reuß in Lich. Sehr interessant ist das andere Protokoll vom 5. April 1849. Balthasar (Balsar) Müller [Reiskirchen 586; 1826-?] ¹⁶ übernahm darin für die Summe von 410 Gulden die Militärpflichtigkeit von dem am 26. Oktober 1828 in Lich geborenen Friedrich Hellwig, 1849 Student der Theologie und von 1861 bis 1903 Pfarrer in Büdesheim.¹⁷ Geschäftsvereinbarungen zwischen Licher und auswärtigen Christen sind in 26 Protokollen enthalten. Von den restlichen 198 Protokollen wurde eines (vom 09.11.1849) aufgehoben, eines war unvollständig (vom 13.10.1878) und in einem dritten wurde eine übernommene Kuh, die erkrankt war, beim Ortsgericht reklamiert zur Wahrung der Frist (vom 13.01.1860).

Die nun noch verbleibenden 195 Protokolle wurden abgeschlossen unter Beteiligung von jüdischen Viehhändlern aus Echzell (1/1), Ettingshausen (4/3), Gambach (1/1), Garbenteich (2/2), Großen-Buseck (2/1), Holzheim (8/2), Homburg v.d.H. (1/1), Hungen (2/1), Inheiden (1/1), Kirtorf (1/1), Langsdorf (68/10; bis 1876 46,5%), Leihgestern (2/2), Lich (erstmalig 1877 wurde ein Viehhändler aus Lich genannt; 37/2), Muschenheim (4/3), Steinbach (58/13; bis 1876 36,2%), Villingen (2/2) und Watzenborn-Steinberg (1/1).

Die Überlieferung der Protokolle war allerdings unvollständig: das erste der 20 erhaltenen Protokolle zwischen 1853 und 1860 trug die Nummer 7, das letzte die Nummer 62. Allein aus diesem Zeitraum fehlen also 35 Protokolle.

15 Stadtarchiv Lich Abt. X Abschn. 2 Konv. 5 Fasz. 10 (1848 - 1849); Fasz. 11 (1850 - 1859), Fasz. 12 (1860 - 1878), Fasz. 13 (1894 u. 1901) und Konv. 6 Fasz. 1 (1882 - 1902). In den Licher Stadtteilen Eberstadt, Bettenhausen, Birklar, Nieder-Bessingen und Muschenheim haben sich keine Viehhandelsprotokolle erhalten.

16 Balthasar Müller heiratete zwar in Reiskirchen und ließ dort Kinder taufen, er starb aber nicht dort.

17 Diehl, 1930, S. 270.

2.5. Viehhandelsprotokolle in Ober-Bessingen

In Ober-Bessingen sind aus der Zeit von Mai 1888 bis August 1897 nur 17 Viehhandelsprotokolle¹⁸ erhalten. In 16 davon wurden Geschäfte zwischen auswärtigen Viehhändlern und Ober-Bessinger Bauern festgehalten und einmal ein Geschäft zweier Auswärtiger. Die erwähnten Viehhändler kamen aus Holzheim (1/1), Hungen (2/2), Langsdorf (8/2), Laubach (1/1), Lich (2/1) und Reiskirchen (3/2).

2.6. Viehhandelsprotokolle in Langsdorf

Von allen untersuchten Orten haben sich in Langsdorf die größte Zahl an Protokollen erhalten. In Kurzform erfasst wurden einmal die ersten, ältesten 252 Protokolle von Beginn der Aufzeichnungen an im September 1833 bis September 1835, 23 Protokolle aus dem Zeitraum von 1835 bis 1856 und weitere 343 Protokolle aus der Zeit von April 1844 bis Mai 1846. Letztere deshalb, weil etwa für diesen Zeitraum die Protokolle aus Steinbach erhalten sind, so dass damit ein Vergleich von Steinbach und Langsdorf möglich ist. Allerdings handelte es sich bei den ca. 1.700 Protokollen aus der Zeit von 1833 bis 1856¹⁹ nicht nur um Viehhandelsprotokolle: festgehalten wurden (zwischen Christen) auch zwei Lehrverträge, eine Abmachung, die Pflicht eines Feuerläufers zu übernehmen, eine Einigung bei einem Prozess, die Übernahme einer Bürgschaft, mehrere Vermietungen und Verpachtungen, die Vergabe von Arbeiten an Neubauten, ca. 10 Grundstücksverkäufe und Hausverkäufe und 23 Erbauseinandersetzungen und die Anliegerkosten für einen neuen Brunnen an der Straße nach Lich (vom 22.01.1846). Dazu noch ein Ehevertrag (vom 03.02.1835), Hausübergaben (vom 06.09.1835, 13.08.1844 und vom 03.01.1845), Vergabe von Arbeiten (vom 13.05.1835), Hauskauf (vom 24.02.1845, 24.02.1845, 15.05.1845 und vom 05.11.1845), die Auflösung einer Verlobung (17.10.1833) und Verkauf von Blautuch (27.05.1834) von und unter Juden. Damit ging es in 63 der erfassten 618 Protokolle nicht um den Viehhandel. Vier Protokolle ließen jeweils zwei auswärtige Geschäftspartner in Langsdorf aufsetzen, so dass also noch 551 Proto-

18 Stadtarchiv Lich, Gemeindearchiv Ober-Bessingen Abt. X Abschn. 2 Konv. 2 Fasz. 1

19 Stadtarchiv Lich, Gemeindearchiv Langsdorf Abt. X Abschn. 2 Konv. 6 Fasz. 15 Viehhandelsprotokolle 1836 - 1856 (je ein Protokoll 1836, 1842 u. 1856 u. 14 Protokolle von 1853); Konv. 7 Fasz. 1 Viehhandelsprotokollbuch 1833 - 1839 (ab Sept. 1833 ca. 700 Protokolle); Konv. 8 Viehhandelsprotokollbuch 1837 - 1841 (ca. 150 Protokolle); Konv. 9 Fasz. 1 Viehhandelsprotokollbuch 1844 - 1852 (ca. 850 Protokolle)

kolle übrig blieben, in denen Viehhandel zwischen Langsdorfern und einheimischen oder auswärtigen Partnern protokolliert wurden. In 45 Protokollen waren beide Partner Christen. Somit verbleiben 506 Protokolle von Geschäften, in denen Viehhandel zwischen Langsdorfern und einheimischen oder auswärtigen jüdischen Viehhändlern festgehalten wurden.

Auf die 35 auswärtigen Viehhändler entfielen davon 89 Protokolle, die Händler kamen aus: Angenrod (1/1), Altenstadt (2/1), Bellersheim (2/1), Echzell (1/1), Einartshausen (2/1), Ettingshausen (2/2), Gambach (1/1), Griedel (1/1), Großen-Buseck (1/1), Höchst (3/1), Homburg/Ohm (1/1), Hungen (3/3), Langenhain (1/1), Lang-Göns (1/1), Lich (3/3), Muschenheim (45/4), Rodheim b. Friedberg (1/1), Steinbach b. Gießen (11/6), Villingen (5/3) und Wohnbach (2/1). Die verbleibenden 417 Protokolle beinhalteten Geschäftsabschlüsse der Langsdorfer Viehhändler, 255 davon tätigten sie mit Bauern aus Langsdorf, 162 mit Bauern von außerhalb.

Einzigartig unter allen durchgesehenen Protokollen in allen Orten war in Langsdorf ein Protokoll (vom 30.05.1844) über den Ankauf eines trächtigen Mutterschweins durch einen jüdischen Viehhändler: *„Geschehen zu Langsdorf den 30. Mai 1844; Erschienen Elias Hofmann von hier und Henrich Müller 6. von Birklar und gaben zu Protocoll, daß Ersterer von Letzterem eine tragbahr MutterSchwein abgekauft habe und zwar vor und um 26 fl. ..., dabey hat sich aber der Käufer ein nochmaliges besehn ausgehalten und wenn die Schwein demselben gefällt, so tritt der Kauf in seine Rechtskraft. Die Zahlung geht an einer Schuldforderung ab, so ersterer an Letzteren gebildet hat. ...“*

3. Geschäftsarten

Bei den protokollierten Geschäften handelte es sich um An- und Verkäufe sowie Tauschgeschäfte mit Tieren, An- und Verkauf von Tieren, die in gemeinschaftlichen Besitz übergingen oder von Anteilen an derartigen Tieren, um die Gewährung von Krediten in unterschiedlichsten Formen, meist verbunden mit einem anderen Geschäftsabschluss und um Abrechnungen mit der Vereinbarung von Tilgungszahlungen und Rückzahlungsterminen. Bei allen Verkäufen behielt sich der Viehhändler das Eigentumsrecht an dem verkauften Stück bis zur vollständigen Bezahlung vor (Steinbach 20.02.1844) und er haftete meist dafür, *„daß sich die Kuh nicht säuft, nicht schmeißt (sich melken ließ), die*

(Gebär-)mutter nicht zutage geht und aus vier Strichen Milch gibt“ (Steinbach 16.05.1845). Es wurden auch Eigenschaften zugesichert wie, „daß die Kuh gelernt zum Fahren ist (also einen Wagen zieht)“ (Steinbach 20.02.1844) oder dass eine Kuh trächtig sei. Sollte es sich herausstellen, dass sie doch kein Kalb bekam, verringerte sich der zu zahlende Preis für den Bauern meist um 2 bis 6 Gulden (Steinbach 21.05.1844, 04.10.1844, 24.10.1844). In den Langsdorfer Protokollen hieß es meist: „Übrigens liefert Verkäufer dem Käufer frisch und gesund wie Landesgebrauch.“. In wenigen Protokollen, in denen auch Darlehn oder Außenstände erwähnt wurden, fanden sich Formulierungen wie „(der Käufer) leistet Verzicht auf (Widerspruch wegen) Betrug und Vervorteilung“ (Steinbach 09.01.1846) und „leistet Verzicht auf alle Einreden“ (Steinbach 29.08.1845, 23.02.1846). Ob die Bauern dies ungezwungenermaßen unterschrieben und ob es da wirklich mit rechten Dingen zuging, sei dahingestellt. Gehandelt wurde auch mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Steinbach 19.07.1844, 16.05.1845; Langsdorf Konv. 9 v. 19.01.1846), Tuch und auch eine Taschenuhr (Steinbach 23.02.1846) wurden erwähnt.

Um welche Summen es bei diesen Geschäften gehen konnte, zeigt das Beispiel des Ludwig Reinschmitt [Albach 302] aus Albach. Dieser war Wirt und Landwirt in Albach und rechnete am 13. August 1844 in Albach mit Seligmann Katz [StbJ 39] aus Steinbach ab. Im Protokoll hieß es: „Erschienen Ludwig Reyschmitt von hier und brachte vor, er habe sich mit dem Seligmann Katz von Steinbach verrechnet (abgerechnet), auf diese Abrechnung wäre er demselben schuldig geblieben: 1. aus mehrern Händel und baar Darlehn 210 fl.; 2. aus einem gerichtlichen Protocoll vom 26. Januar 1842 150 fl.; in Summa 360 fl. - außer diesem verschuldet er noch für eine Kuh 82 fl. und für eine Paar Ochsen 187 fl., sonst wäre er diesem nichts mehr schuldig. Die 360 Gulden sollen gegen 5 Procent Zinsen bis Bartholomäustag künftigen Jahres (24. August 1845) stehen bleiben. Seine Schulden bei Seligmann Katz beliefen sich also auf insgesamt 629 Gulden.

Trotz dieser Schulden kaufte er am 6. Januar 1845 bei Löb Katz [StbJ 34] in Steinbach eine Kuh für gut 84 Gulden, die er an Michaeli und Weihnachten 1845 bezahlen wollte. Sein Schuldenstand war dadurch also auf mindestens 713 Gulden gestiegen. Er hatte sich aber nicht übernommen, denn im Albacher Protokoll vom 1. Mai 1845 bestätigte Seligmann Katz [StbJ 39], dass Ludwig Reyschmitt: „baar bezahlt (hat) für eine Kuh 82 fl.; für ein Paar Ochsen 187 fl. und an den ver-

zinslich stehenden 360 fl. 20 fl.“ Seine Verbindlichkeiten bei Seligmann Katz sanken dadurch auf 340 Gulden, mit der bei Löb Katz gekauften Kuh waren es 424 Gulden. Im Januar 1846 kaufte er erneut bei Löb Katz in Steinbach (Steinbach 13.01.1846) eine Kuh für „*sieben Carolin, ein Kronthaler und zwei Mesten Frucht*“ zusammen etwa 83 Gulden. Seine Schulden bei den beiden Steinbacher Viehhändlern waren also wieder auf 507 Gulden gestiegen. Aber sie müssen noch höher gewesen sein, denn im gleichen Protokoll hieß es weiter, dass Löb Katz dem Ludwig Reinschmitt Ochsen für 110 Gulden abgekauft hatte, „*welche an der früheren Schuld abgehen*“, d.h., seine Schulden bei diesem waren höher als 110 Gulden. Wie hoch diese Schuld bei Löb Katz war, wurde leider nicht erwähnt. Aber diese Schulden zwangen Ludwig Reinschmitt nicht in die Knie. Zwei Zusätzen unter dem Albacher Protokoll (16.08.1844) kann man entnehmen, dass er am 16. Mai 1846 140 Gulden seiner Schuld bei Seligmann Katz und am 9. August 1846 die restlichen 200 Gulden bei ihm tilgte.

Im Folgenden sollen die Geschäftsarten vorgestellt und zu jeder Art ein Beispiel angeführt werden.

3.1. Ankäufe

Die Viehhändler zahlten den Preis für das von ihnen erworbene Vieh meist bar aus. Anscheinend wurde es dann auch von ihnen übernommen. In wenigen Fällen (Steinbach 24.06.1844, 12.08.1844, 08.12.1845) wurde im Protokoll vereinbart, dass das erworbene Stück Vieh noch eine gewisse Zeit (z. B. bis zum Markt in Gießen) im Stall des Verkäufers bleiben sollte oder dass das Tier auf den Markt in Gießen geliefert werden sollte (Albach 09.03.1825). Als Beispiel für einen normalen Ankauf soll hier das Steinbacher Protokoll vom 7. Oktober 1844 angeführt werden: „*Der Ermangelnde Stempel wird beigelegt. - Geschehen Steinbach am 7ten. Oktoberl 1844 - Erschiene der Handelsmann Seligmann Katz [StbJ 39] Loeb Sohn von hier und Henrich Euler H. [Albach 117] Sohn von Albach und stellten zu Protocoll, nemlich Katz hat Euler eine Kuh abgekauft vor vierundvierzig Gulden gleich bahre Zahlung, dahingegen ist Euler dem Katz vor keine Fehler guth, er mag Namen haben wie er will, sondern wie die Kuh Katz gekauft hat und überliefert worden ist, so ist diese auf dem Katz seiner Gefahr. Vorstehendes Protocoll ist nach Vorlesung von beiten Seiten genehmigt und eigenhändig unterschrieben.* Es folgen die Unterschriften und die Beglaubigung durch den Bürgermeister.

3.2. Verkäufe

Die Protokolle über die Verkäufe wurden nach Vollzug des Geschäfts aufgesetzt, meist hieß es „... *eine Kuh verkauft und überliefert* ...“. Barzahlung durch den Käufer des Tieres kam nur in wenigen Fällen vor (Steinbach 26.04.1844, 15.04.1845, 08.02.1846, 21.04.1846, 12.05.1846). In den meisten Fällen wurde Teilzahlung in Zeiträumen von 4 Wochen (Steinbach 13.06.1844) bis zu 2 Jahren vereinbart. Seligmann Katz [StbJ 39] räumte 1852 (Tauschgeschäft Pferd gegen Pferd, Lich 11.11.1852) der Witwe des Karl Serva in Lich ein, die von ihr zu zahlenden 122 Gulden in Teilbeträgen verteilt auf 5 Jahre zu entrichten. Als Beispiel hier das Steinbacher Protokoll vom 2. April 1844: *„Der Ermangelnde Stempel wird beigelegt. -Geschehen Steinbach am 2t. April 1844 - Erschiene der Handelsmann Gerson Katz I. [StbJ 35] von hier und Konrad Neb aus Grünberg und Stelten zu Protocoll, Katz hat Neb ein Pferd von farbe braun eine Stute verkauft vor Neun Carolin (99 Gulden) zu bezahlen Martini 1844 die Halbschied und die andere Hälfte Martini 1845. Solte der Erste termin mit der bezahlung nicht eingehalten werden, so ist das Ganze Kaufgeld auf den ersten termin fällig, und verkäufer leistet keine Garantie für die gesetzlichen Fehler. Verkäufer hält sich das Eigenthumsrecht vor bis zur vollständigen bezahlung des Kaufgeldes. Vorstehendes Protocoll ist nach vorlesung von beiten Seiten genehmigt und Eigenhändig unterzeichnet. Handzeichen des Konrad + + + Neb attestiert Horn Bgstr.“*, es folgen Unterschriften und Beglaubigung.

3.3. Tauschgeschäfte

Tauschgeschäfte wurden in allen Orten oft getätigt. Hierbei wurden nicht nur gleiche Tiere getauscht, meist Kuh gegen Kuh (Steinbach 16.05.1845, 29.05.1845, 26.09.1845, 12.05.1846), sondern auch Kuh gegen Stierpaar (Steinbach 23.10.1844), Stier gegen Stier (Langsdorf Konv. 7 v. 06.01.1834) oder Ziege (Steinbach 29.08.1845), Rind gegen Stierkalb (Steinbach 01.04.1846), Kuh gegen Ziegenlämmer (Steinbach 29.07.1844, 14.11.1844; Langsdorf Konv. 9 v. 25.08.1845), Pferd gegen Pferd (Albach 13.04.1831) u.a.m. Da die Tiere unterschiedlichen Wert besaßen, wurden immer Aufzahlungen vereinbart, meist für den Viehhändler, seltener für den Bauern (Steinbach 23.10.1844). Im eigentlichen Sinne waren die Tauschgeschäfte Verkäufe, bei denen sich der Preis für den Bauern dadurch verringerte, dass er ein Stück Vieh einbringen konnte. Als Beispiel hier das Steinbacher Protokoll vom 16.

Mai 1845 von dem der Bürgermeister zwei Abschriften anfertigte: *„Der Ermangelnde Stempel wird beigelegt. - Geschehen Steinbach am 16t. Mai 1845 - Erschiene der Sohn des Handelsmanns Loeb Katz Seligmann Sohn namens Jacob [StbJ 47] von hier, und Johs. Brück von Alten-Buseck und Stelten zu Protocoll nehmlich Katz hat Brück eine Kuh auf eine dergleichen verhandelt, Brück hat Katz eine Aufgab von drei Carolin (33 Gulden) zu versprochen, welche Michaeli 1846 bezahlt werden sollen, ferner Johs. Brück haftet dem Katz für gar keinen fehler, Katz ist aber guth für nachstehende fehler für daß die Kuh nicht Saufft, nicht schmeißt, die Mutter nicht zutagegeht und aus vier Strichen milch giebt. Katz behält sich das Eigenthumsrecht vor bis zur gänzlichen Auszahlung. Vorstehendes Protocoll ist nach vorlesung von beiten Seiten genehmigt und eigenhändig unterschrieben (Unterschriften und Beglaubigung) Brück Abschrift Erteilt den 5t. August 1846 gleich fals den 20./I. 47“*

3.4. Gemeinschaftliche Tiere

Tiere, die dem Viehhändler und dem Bauern gemeinsam gehörten, gab es in Steinbach und Albach häufig, in Langsdorf dagegen kaum (Langsdorf Konv. 9 v. 25.08.1845). Diese Variante scheint eine Vorliebe der Steinbacher Viehhändler gewesen zu sein. Bei derartigen Geschäften verkaufte der Händler dem Bauern meist ein Mutter- oder Stierkalb oder seltener ein Rind (Steinbach 13.05.1844 und 20.02.1846) oder er kaufte ihm ein solches ab (Steinbach 28.02.1844 und 11.02.1845). Dieses Tier wurde im Stall des Käufers aufgestellt bzw. blieb im Stall des Verkäufers. Der Bauer musste das Tier *„ohne entgeltlich im Futter behalten“* und das Mutterind oder den jungen Stier dann als Zuchtier anlernen. Die Haltung geschah *„auf halben Gewinn wie auch halben Verlust“*, d.h., ging das Tier ein, musste der Bauer dem Händler den halben Wert erstatten (Langsdorf Konv. 9 v. 11.07.1844). Wurde es, wie meist vereinbart, nach dem ersten oder zweiten Kalben oder bei Stierkälbern einjährig oder zweijährig, verkauft, dann fiel *„der Mehrerlös (als der Ankaufspreis) zu beiden Seiten“*, er wurde also geteilt. War vereinbart worden, dass das erwartete Kalb einer trächtigen Kuh (Steinbach 25.04.1844, 21.05.1844) oder das Kalb einer verkauften (Steinbach 25.04.1844) oder getauschten Kuh (Steinbach 03.01.1845) gemeinsamer Besitz werden sollten, dann hieß es *„der Gewinn wird geteilt“*.

Es kam auch vor, dass der Händler seinen Anteil an einem gemeinschaftlichen Tier vorzeitig verkaufte (Steinbach 21.03.1844, 20.09.1844, 10.01.1845). In den drei genannten Protokollen fehlte aber der Hinweis, dass der Gewinn geteilt wurde bzw. dies berücksichtigt wurde. In den ersten beiden Fällen war der vereinbarte Preis höher als der durchschnittliche Verkaufspreis einer Kuh und es wurde kein Anteil des Bauern erwähnt, woraus man folgern muss, dass der Händler den Bauern übervorteilte. Beim dritten Beispiel zahlte der Bauer 40 Gulden für den Anteil des Viehhändlers, das könnte nach den durchschnittlichen Preisen ein gerechtes Geschäft gewesen sein.

Die Haltung derartigen gemeinschaftlichen Viehs war keine „Viehleihe“, wie sie im 19. Jahrhundert in Baden und Württemberg üblich gewesen sein soll.²⁰ Welchen Nutzen sollte der Händler sich davon versprochen haben, mit dem Bauern z.B. eine Kuh gemeinsam zu besitzen, die der Bauer nutzte? Ihr Wert würde doch nicht mit zunehmendem Lebensalter und Nutzungsdauer steigen, sondern bestimmt nur fallen, so dass der Händler bei einem späteren Wiederverkauf mit einem Verlust hätte rechnen müssen. Gemeinsamer Besitz z. B. von älteren Kühen kam in den durchgesehenen Protokollen nur vereinzelt vor. Entweder verkaufte der Bauer seinen Anteil an den Händler (Steinbach 21.03.1844) oder er kaufte den Anteil des Händlers (Steinbach 20.09.1844). Feist Katz [StbJ 48] nutzte dieses Instrument des gemeinschaftlichen Besitzes beim Kauf eines Ochsen-Paares von Johannes Horn II. in Annerod sehr geschickt zur Profitmaximierung (Steinbach 27.03.1846).

Für den Bauern in Oberhessen war diese Möglichkeit der Aufzucht gemeinschaftlichen Viehs vor allem eine Chance, mit den bescheidenen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen (Stall, Arbeitskraft u. Futter), etwas zu schaffen, wofür er nach Ablauf einer bestimmten Frist (hoffentlich) eine kleine Summe Bargeld bekommen sollte. Rein rechnerisch war es dabei ein eher schlechtes Geschäft für den Bauern, denn als Futtergeld wurden für ein erwachsenes Tier pro Tag 30 Kreuzer angesetzt (Steinbach 04.09.1844), d.h., das Futter für ein Tier kostete im Monat schon etwa 15 Gulden, bei einem jungen Tier wird es etwas weniger gewesen sein. Das Anlernen der jungen Tiere kostete Mühe und Geduld, und wenn das Rind nach dem ersten Kalben verkauft

20 Richarz, 1990, S. 81 f.

wurde, bekam er auch keine Milch - melken kann man eine Kuh erst nach dem ersten Kalben.

Das ganze Rechnen half ihm aber nicht, denn er hatte keine andere Möglichkeit. Das Aufziehen gemeinschaftlicher Tiere wurde von den Händlern auch als Druckmittel eingesetzt. In einem Protokoll (Steinbach 21.06.1844) drohte der Händler damit, die Zustimmung zum Aufziehen eines gemeinsamen Kalbs zu verweigern, wenn der Termin für die Rückzahlung eines Kredits nicht eingehalten werden würde.

Als Beispiel für diese Geschäftsart soll das Steinbacher Protokoll vom 11. Februar 1845 angeführt werden: *„Der Ermangelnde Stempel wird beigelegt. - Geschehen Steinbach am 11t. Febr. 1845 - Erschienen der Handelsmann Loeb Katz [StbJ 34] Sm Sohn von hier und Kaspar Fink von Warzenborn und Stelten zu Protocoll nemlich Katz hat Finck ein Mutterkalb verkauft vor Sieben Gulden, welches Fink ohne entgeltlich aufzuziehen hat bis das erste Kalb dabei steht, als dan wird es verkauft und der mehr Erlös als 7 fl. fallen zu beiten Seiten, Katz bezieht aber die 7 fl. Kaufgeld vornweg; dahingegen hat Katz Fink ein Stierkalb abgekauft und gleich bar bezahlt. Das Eigenthumsrecht bleibt vorbehalten. ...“*

Gewinn und Aufwand von Bauer und von Viehhändler waren bei diesen Geschäften unterschiedlich groß. Im obigen Beispiel konnte der Bauer vielleicht nach eineinhalb bis zwei Jahren (mit Zustimmung des Händlers, wahrscheinlich wieder an diesen) die Kuh mit dem Kalb verkaufen, vielleicht zu einem Betrag von 75 Gulden, etwas mehr als dem durchschnittlichen Verkaufspreis. Der Mehrerlös betrug damit 75 Gulden minus 7 Gulden Ankaufspreis = macht 68 Gulden. Dieser Betrag wurde zwischen Händler und Bauer geteilt, jeder erhielt also 34 Gulden. Mit seiner Arbeit und seinem Futter hatte der Bauer also, den gezahlten Ankaufspreis abgezogen, 27 Gulden verdient. Für ihn war das sicherlich viel Geld. Der Viehhändler hatte, ohne eigenes Zutun und ohne Aufwand, ein besseres Geschäft gemacht: er hatte die 7 Gulden vom Verkauf²¹ des Kalbes und den halben Mehrerlös in Höhe von 34 Gulden, zusammen also 41 Gulden. In den Protokollen (Steinbach 28.02.1844, 03.04.1844 und 20.01.1846), in denen der Viehhändler die

21 Es wird angenommen, dass es ein Kalb einer verkauften trächtigen Kuh war, von dem er sich ausbedungen hatte, dass es an ihn abgegeben werden müsse (Steinbach 21.05.1844). Ansonsten müsste man den Ankaufspreis, den der Händler gezahlt hatte, noch subtrahieren.

gemeinschaftlichen Tiere ankaufte, der Bauer also zu Beginn Bargeld erhielt, standen sich die Bauern etwas besser, allerdings mussten die Kälber dann bis zum zweiten Kalben, also etwa ein Jahr länger, gehalten werden.

Beim Lesen des Beispiels fragt man sich natürlich auch, warum der Bauer wohl das Mutterkalb vom Händler kaufte und sein Stierkalb ihm verkaufte. Er erhielt sicherlich nicht viel mehr dafür, als er selbst zu zahlen hatte. Hätte er nicht auch das Stierkalb mit seinem Futter großziehen und nach einem oder zwei Jahren auf eigene Rechnung verkaufen können?

Aus der Sicht des Viehhändlers sehr erfolgreich setzte Feist Katz II. [StbJ 48] die Methode des gemeinschaftlichen Besitzes an Tieren ein, allerdings zum Nachteil des Johannes Horn II. [Annerod 239] in Annerod. Dieser hatte am 22. März 1844 von Seligmann Katz [StbJ 39] in Steinbach ein Paar Ochsen gekauft zum Preis von 22 Carolin (242 Gulden), die auf dem Gießener Lätaremarkt 1845 bezahlt werden sollten. Ob er sie auch am Lätaremarkt bezahlte, weiß man nicht, er wird sie aber behalten haben, denn er verkaufte am 29. Januar 1846 ein Paar Ochsen auf halben Gewinn und Verlust an Feist Katz [48] in Steinbach gegen *„10 Carolin (110 Gulden) gleich bahre Zahlung, welche Ochsen Horn ohnentgeldlich im Futter behält bis Lätaremarkt 1846. Alsdann werden diese verkauft und der Mehrerlös als 10 Carolin fallen zu beiden Seiten, Katz bezieht (bezahlt) aber 10 Carolin vornweg.“*

Vermutlich, diesen Schluss legt das folgende Protokoll (Steinbach 27.03.1846) nahe, war Johannes Horn II. in Geldnöten und wusste sich keinen anderen Rat, als in dieses Geschäft einzuwilligen. Am 27. März 1846, also nur 8 Wochen nach obigem Verkauf ließen er und Feist Katz ein weiteres Protokoll aufsetzen, *„... Nehmlich, die Ochsen welche Katz den 29t. Januar dem Horn abgekauft hat auf halben Gewins wie verlust vor 10 Carolin, hat Katz Horn gänzlich abgekauft vor 20 Carolin gegen gleich bahre Zahlung, wo Horn 10 Carolin Hauptgeld und fünf Carolin Verdienst erhalten hat, dahingegen hat Horn keine weitere ansprüche an gedachten Ochsen mehr zu machen, und leistet Verzicht.“*

Man kann davon ausgehen, dass Feist Katz [48] auf dem Lätaremarkt einen Käufer für das Ochsenpaar fand. Ob dieser Käufer wirklich nur 20 Carolin an Katz bezahlte oder vielleicht doch etwas mehr, kann nicht gesagt werden, darf man aber annehmen. Für Feist Katz hatte sich

das Geschäft gelohnt: in 8 Wochen hatte er mit seinen 110 Gulden mindestens 55 Gulden verdient, was wollte er mehr? Es muss aber noch etwas mehr gewesen sein, denn im Protokoll hieß es weiter: *„Dahingegen wird bemerkt, das Alle Vieh- und Fruchthändel für heute als Erloschen betrachtet werden, und verbleibt Horn an Katz schuldig fünfzig Gulden auf Alle Abrechnung; ferner lehnt heute Katz dem Horn 50 fl. Schreibe fünfzig gulden, dieses zusammen beträgt 100 Schreibe einhundert gulden. Diese läßt Katz Horn Stehen bis Martini 1846 unverzinslich, dahingegen leistet Horn Verzicht und (bestätigt) daß er das geld richtig erhalten hat. Zugleich läßt Katz dem Horn die 100 fl. gegen fünf Procent zu verzinsen von Martini 1846 u. soweiter Stehen und ist Horn nur 100 fl dem Katz Schuldig, ohne die Ochsen welche Horn von Katz am 25. d. M. erkaufft hat.“*

Dieser unscheinbare Satz (Fettdruck v. Autor) am Ende des Protokolls zeigt, dass Horn nur zwei Tage vor dem gänzlichen Verkauf der eingangs erwähnten Ochsen von Katz ein anderes Ochsen-Paar gekauft hatte, d.h. seine Schuld bei Katz betrug nicht nur 100 Gulden, sondern vielleicht schon wieder 300 Gulden, denn ein Ochsen-Paar von Feist Katz kostete um die 200 Gulden. Warum er innerhalb von nur 8 Wochen derartig unvorteilhafte Geschäfte tätigte, kann man aus heutiger Sicht und ohne Kenntnis der näheren Umstände leider nicht mehr nachvollziehen.

3.5. Darlehn

Darlehn gegen meist 5% Zinsen (4% Steinbach 25.06.1845; 6% Langsdorf Konv. 7 v. 27.10.1833) und Laufzeiten von Wochen (Steinbach 21.06.1844, 19.07.1844) bis zu 2 Jahren (Steinbach 09.08.1844) wurden oft von den Händlern gewährt, meist in Zusammenhang mit einem anderen Geschäft. Als Sicherheit bei Darlehn und Verkäufen diente meist das Vieh (Steinbach 13.01.1845; Langsdorf Konv. 9 v. 05.02.1846), aber auch ein Kessel und Ofen (Steinbach 21.06.1844) oder die zukünftige Ernte (Steinbach 28.11.1845; Langsdorf Konv. 9 v. 01.09.1845) und Grundstücke (Langsdorf Konv. 9 v. 07.01.1846). Vieh wurde von den Händlern gepfändet (Albach 01.04.1844) und verwertet (Lich 11.08.1852). Bei einem 1846 von einem Viehhändler verkauften Pferd mit Geschirr und Wagen (Steinbach 15.05.1846) könnte es sich auch um eine einbehaltene Sicherheitsleistung gehandelt haben. Als Beispiel das Steinbacher Protokoll vom 9. August 1845: *„Der Erman-gelnde Stempel wird beigelegt. - Geschehen Steinbach am 9t. August*

1845 - Erschienen der Handelsmann Seligmann (Katz [StbJ 34]) Loeb Sohn von hier sowie Henrich Horn [Stb 2242?] Johs. Sohn beite von hier und Stelten (zu Protocoll) nehmlich es hat Horn dem Katz ein Mutterrind verkauft vor sechs Gulden, dahingegen behält Horn das Rind im Futter bis es ein Kalb hat, als dan wird es verkauft und der mehr erlös als 6 fl. fällt zu beiten Seiten, Horn erhält kein Futtergeld davor, ferner lehnt Katz dem Horn 65 fl., welch heut über zwei Jahr zu rück bezahlt werden sollen, wovon Katz 5 procent zinsen erhält, dahingegen bleiben dem Horn sein Sämtliches Rindvieh dem Katz zum Eigenthumsrecht vor bis vollständig ausbezahlt ist. ...Obige 65 fl. richtig erhalten zu haben bescheinigt ...“ Unterschriften und Beglaubigung.

Anstelle eines Zinssatzes wurde in Langsdorf (Konv. 9 v. 20.01.1845) 1845 vereinbart, dass der Darlehnsnehmer entweder für einen bestimmten Geldbetrag Vieh bei dem Händler kaufte oder einen bestimmten Betrag plus einen halben Malter Frucht entrichtete.

Höhere Gewinnspannen als 5 Prozent gab es bei manchen Geschäften mit Tieren, bei denen zwar ein Kauf- oder Verkaufsprotokoll aufgenommen wurde, bei dem es sich aber, genau betrachtet, um ein Darlehnsgeschäft mit z. B. zwei Rindern als Sicherheit handelte. Am 7. Mai 1845 vereinbarten in Steinbach Samuel Katz [StbJ 45] aus Steinbach und Heinrich Weisel IV. aus Muschenheim „*Katz hat Weisel eine Kuh abgekauft vor dreisig Gulden gleich bahre Zahlung, wo Katz die Wahl hat unter 3 Kühe, welche Kuh Weisel im Futter behält ohne entgeldlich bis den 28. Novbr. l. Jahr, wen Weisel diese Kuh wieder behalten will, so hat Weisel dem Katz diese 30 fl. und 10 fl. weiter Verdienst zu bezahlen, ferner lehnt Katz dem Weisel 20 fl. ...“*. Es war anscheinend seine ständige Geldnot, die Weisel zu diesem Geschäft zwang. Am 9. Januar 1846 ging es ihm wohl etwas besser, denn er und Samuel Katz ließen in Steinbach einen neuen Handel prokollieren: „*..., nehmlich Katz hat Weisel 4tr. die am 7t. Mai 1845 abgekaufte Kuh, welche Weisel im Futter bis daher gehabt hat, wieder verkauft vor vierzig Gulden, welche Weisel 4tr. auf Lätaremarkt 1846 wieder zu bezahlen hat, mit dem bemerken, Katz muß die 20 fl. gleichfals bis Lätaremarkt stehen lassen ohne Zinsen, Weisel 4tr. leistet Verzicht auf Betrug und Vervortheilung. ...“*

Samuel Katz hatte Weisel also 30 Gulden auf dessen Kuh geliehen und erhielt nach 11 Monaten seine 30 Gulden und 10 Gulden Verdienst zurück, in Prozenten ausgedrückt waren dies 36,3% pro Jahr, nicht

schlecht. Es war aber nicht der einzige Handel, den die beiden in dieser Zeit schlossen. Noch vor Ablauf der obigen Vereinbarung hatten sie ein weiteres Geschäft in Albach abgeschlossen. Sie ließen am 31. Oktober 1845 folgende Vereinbarung in Albach protokollieren: *Geschehen Albach am 31t. October 1845 - Heute erschiene Samuel Katz Löb S. v. Steinbach und gabe zu vernehmen, er habe zwey Rinder für 20 fl. dem Heinrich Weisel 4t. von Muschenheim für baare zahlung unter der Bedingung abgekauft: daß Verkäufer die Rinder im Futter behalten muß bis diese gekalbt haben, dann werden sie verkauft und der Mehrerlöß zu beiden Seiten getheilt, wobei ich dem Verkäufer noch 30 fl. leihen muß bis den 1. May 1846, wo diese wieder bezahlt werden müssen und zwar ohne Zinsen. Wenn Verkäufer mir bis 1. May 12 fl. Verdienst bezahlt, so ist der Handel aufgehoben und die Rinder sind wieder Eigenthum des Verkäufer. Heinrich Weisel, mit erschienen, erklärte auf Vorhalt, die Angabe sey richtig. Vorgelesen, genehmigt u. unterschrieben ...“.*

Mit Siegellack war folgende Quittung an dieses Protokoll geheftet: *„Quittung über zweiunsechzig Gulden, welche mir Heinrich Weisel von Muschenheim durch Ortsdiener Frischholz von Albach den 1ten May 1846 richtig bezahlt laut Produgol von 31. Ocdower 1845. - gez. Samel Katz“*

Samuel Katz hatte Ende Oktober 1845 Heinrich Weisel IV. 20 Gulden für die Rinder und 30 Gulden Darlehn, zusammen 50 fl. gegeben. Die Rinder blieben im Stall des Weisel. Nach 6 Monaten, am 1. Mai 1846, löste Weisel seine Rinder mit 62 Gulden wieder aus. Katz hatte also in 6 Monaten aus 50 Gulden 12 Gulden Gewinn erzielt, dies waren 48 Prozent, ein gutes Geschäft. In ähnlicher Weise lief ein Handel zwischen Johannes Hammel [Annerod 200] in Annerod und Seligmann Katz [StbJ 39] aus Steinbach ab (Steinbach 24.06.1844).

Unter allen durchgesehenen Protokollen war nur ein einziges (Steinbach 25.04.1845), in dem ein Viehhändler eine Summe für einige Zeit auslieh, ohne dass dafür im Protokoll eine Gegenleistung genannt wurde. Michael Keßler [Steinbach 2325] war in Geldnöten und Gerson Katz I. [StbJ 35] half ihm. Im Protokoll heißt es: *„Erschiene der Handelsmann Gerson Katz I. sowie Michel Keßler beite von hier und stelten zu Protocoll, nehmlich Katz hat Keßler seine Kuh abgekauft vor vier Carolin unter folgenden Bedingnisen, wenn Keßler bis auf Dienstag über vierzehn Tag an dem Katz die Kaufsumme von 44 fl. bezahlt, so behält Keßler seine Kuh wieder, solte dieses Keßler aber*

nicht leisten, so ist die Kuh dem Katz vor die 44 fl. abzufolgen, wogegen Keßler die Kuh im Futter zu behalten hatt, ...“ Es ist anzunehmen, dass Keßler alle Hebel in Bewegung setzte, um die 44 Gulden zurückzuzahlen.

3.6. Eingeklagte Schuld

Die *„eingeklagte Schuld bleibt stehen“* heißt es in vielen Protokollen, auch in einem, welches Løb Katz [StbJ 34] und Georg Mattern [Dorf-Güll M 031; 1780-1853], ein Bauer (und Analphabet) aus Dorf-Güll, im November 1845 aufsetzen ließen (Steinbach 10.11.1845). Im Archiv der Stadt Pohlheim fanden sich zufällig zwei Schreiben, eines des Landgerichts Hungen vom 20. November 1845 und eine kurze Mitteilung des Løb Katz [34] an den Bürgermeister in Dorf-Güll vom 16. Dezember 1845.²² Das Landgericht in Hungen forderte den Bürgermeister in Dorf-Güll auf: *„In Sachen des Løb Katz Sm.S. von Steinbach Imploranten (Kläger) - g. Georg Mattern zu Dorfgill, Imploraten (Beklagter) - Sie haben das Pfand binnen 14 Tagen zu verkaufen und das Versteigerungsprotokoll nebst Taxation einzusenden.“*

Man kann also davon ausgehen, dass Løb Katz beim Landgericht in Hungen, vielleicht im Sommer oder Herbst 1845, einen Betrag, den ihm Georg Matern schon länger schuldete, eingeklagt hatte. Daraufhin wurde bei Georg Mattern gepfändet. Zu der Versteigerung des Pfandes, zu der das Landgericht den Bürgermeister aufforderte, kam es aber nicht. Am 10. November 1845 hatte Georg Mattern bei Løb Katz in Steinbach eine Kuh für 23 Gulden gekauft. Im Protokoll hieß es u.a. *„... die eingeklagte Schuld bleibt stehen bis Pfingsten 1846 ...“*, d.h. beide hatten sich bei diesem Geschäft außergerichtlich darauf verständigt, die Klage ruhen zu lassen. Am 16. Dezember 1845 wiederum wandte sich Løb Katz in einem kurzen Brief an den Dorf-Güller Bürgermeister Bender und bat ihn, *„daß Sie doch so gut werden sein und mit der Versteigerung von Georg Madern einhalten werden, dan ich habe Frist ge(währt) bis auf wieder Anrufung. Es grüßt Sie gez. Løb Katz“*

Nach einem weiteren Schreiben vom 21. August 1846 wurde die Frist noch einmal bis Weihnachten 1846 verlängert. Løb Katz kannte sicher die wirtschaftlichen Verhältnisse des Georg Mattern in Dorf-Güll. Es wird ihm klar gewesen sein, dass eine Versteigerung eines Pfandes

22 Stadtarchiv Pohlheim, Gemeindearchiv Dorf-Güll Abt. X Konv. 3 Fasz. 1 u. 4

wahrscheinlich nicht die geschuldete Summe erbracht hätte. Die durch Fristverlängerung hinausgeschobene Versteigerung wird er, hier und in anderen Fällen sicher auch, als Druckmittel eingesetzt haben, um weitere, für ihn vorteilhafte, Geschäfte mit Mattern abschließen zu können.

Fristgewährungen (Langsdorf Konv. 9 v. 26.05.1845 und v. 20.01.1846) und eingestellte gerichtliche Klagen, d.h. nicht vorgenommene Versteigerungen von Pfändern, gab es auch in Albach (01.04.1844) und auch in Langsdorf (Konv. 9 v. 13.02.1845 und v. 01.09.1845). Im letzten Fall übernahm der Sohn eine eingeklagte Schuld seines Vaters über 88 Gulden, 1 Malter Frucht und Zinsen und Gerichtskosten. Korn und Weizen des Vaters waren gepfändet. Man vereinbarte, dass die Schuld mit der erwarteten Auszahlung aus dem elterlichen Vermögen der Ehefrau beglichen werden sollte und der Viehhändler gab daraufhin das gepfändete Getreide dem Sohn zurück.

3.7. Zahlungstermine und Zahlungsmittel

Die vereinbarten Zahlungsziele reichen von Barzahlung, einigen Wochen und „*heut über ein Jahr*“ bis zu 3 Jahren und mehr (Steinbach 10.01.1845, 15.05.1846, Lich 11.11.1852). Zahlungstermine waren die Feiertage Ostern, Pfingsten und Weihnachten, Petri (22. Febr.), Johanni (24. Juni), Bartholomäi (24. Aug.), Michaeli (29. Sept.) und Martini (9. Nov.) und die Ostermärkte in Gießen und Grünberg, der Herbstmarkt in Gießen sowie der Sommermarkt in Schotten. Oft wurde auch der Zeitpunkt, zu dem eine verkaufte Kuh kalbte (Steinbach 24.10.1844), als Zahlungstermin genannt. Bei Teilzahlung hatte oft, aber nicht immer, die Nichteinhaltung des ersten Zahlungstermins zur Folge, dass die gesamte Schuld fällig wurde (Steinbach 02.04.1844, 20.09.1844, 27.11.1844, 03.12.1844, 13.06.1845, 09.01.1846, 23.02.1846). Zinsaufschläge wurden für die Teilzahlungsbeträge meist nicht vereinbart. Wurde die Frist zur Bezahlung überschritten, musste die Schuld meist mit 5% verzinst werden (Steinbach 30.05.1844, 03.06.1844, 25.11.1844, 02.05.1845).

Die Bezahlung der vereinbarten Preise erfolgte in Gulden (= 60 Kreuzer) und Karolin (= 11 Gulden), außerdem wurden Kronthaler (= 2 Gulden u. 42 Kreuzer) und Berliner oder Preußische Thaler (= 1 Gulden u. 45 Kreuzer)²³ genannt sowie „Holländer“ (holländischer

23 Nach: Großherzogl. Regierungsblatt Nr. 32 vom 27. März 1834

Taler = 1 Gulden und 24 Kreuzer).²⁴ Vereinbart wurde aber auch die Bezahlung mit Bargeld und Zugaben von Naturalien wie Frucht (= Roggen; Steinbach 20.02.1844, 29.02.1844, 13.06.1844, 19.07.1844), Brotfrucht (halb Roggen, halb Gerste; Langsdorf Konv. 6 v. 29.03.1853), Weizen (Steinbach 01.04.1844, 12.07.1844, 07.04.1845), Gerste (Steinbach 02.03.1846, 26.08.1846), Hafer (Steinbach 03.06.1844), Linsen (Langsdorf Konv. 9 v. 07.04.1845), Erbsen (Langsdorf Konv. 9 v. 15.04.1845), Äpfel u. Birnen (Langsdorf Konv. 9 v. 13.05.1846), Stroh (Langsdorf Konv. 9 v. 29.12.1844), Öl (Langsdorf Konv. 9 v. 09.04.1844), Flachs (Steinbach 01.04.1844, 21.06.1844, 12.08.1845, 06.01.1846), Mehl (Steinbach 21.04.1845), Brennholz (Langsdorf Konv. 9 v. 31.12.1845) oder auch ein Paar „Manns-Schuhe“ (Langsdorf Konv. 9 v. 10.04.1845 und v. 26.05.1846) und ein Spinnrad (Langsdorf Konv. 9 v. 01.05.1844).

Bei der Durchsicht der Protokolle fiel auch auf, dass manche Bauern innerhalb kurzer Frist mehrfach mit den Viehhändlern Geschäfte abschlossen. Zum Beispiel handelte Salomon Oppenheimer aus Langsdorf in den Jahren 1844 bis 1846 5 Mal mit Konrad Müller III. in Birklar; Adam Köhler (Bäcker) in Langsdorf schloss in eineinhalb Jahren 6 Geschäfte ab; Gabriel Schmalz aus Langsdorf tauschte von Mai bis Dezember 3 Mal Kühe und zahlte dabei immer eine Zuzahlung an den Händler; Peter Uhl in Rodheim schloss in 8 Monaten 4 Geschäfte ab; Leonhard Hofmann II. und Michael Keßler in Steinbach tätigten ebenfalls in kurzer Zeit mehrere Geschäfte. Ob diese Geschäfte sich aus den betrieblichen Erfordernissen ergaben oder ob es andere Gründe dafür gab, kann nicht gesagt werden.

4. Viehhandelsprotokolle als genealogische Quellen

Während in zunehmendem Maße Kirchenbücher verkartet und als Familienbücher veröffentlicht werden, ist das Interesse an den in vielen Archiven noch vorhandenen Judenmatrikeln eher gering. Ursache dafür wird sein, dass es so gut wie keine Nachfahren der in den Judenmatrikeln vorkommenden Personen mehr gibt und dass viele Forscher den mit der Aufarbeitung verbundenen Arbeitsaufwand scheuen. Nicht gerade förderlich ist in diesem Zusammenhang auch der Datenschutz, durch den eine Aufarbeitung der die Juden betreffenden Einträge in den

²⁴ Sprenger, 1995, S. 127.

Standesamtsregistern verhindert wird und der dadurch vor allem das Vergessen unterstützt.

Die genealogischen Informationen, die man den Viehhandelsprotokollen entnehmen kann, sind nicht sehr zahlreich. Man erfährt Name, Beruf, Wohnort und Orte und Zeiträume, in denen ein Händler tätig war. Selten und zufällig stößt man auf Angaben über verwandtschaftliche Beziehungen wie Vater, Sohn und Bruder. Trotz dieses an sich geringen Nutzens sollen die in den Protokollen erfassten Händler hier, geordnet nach ihren Wohnorten, aufgeführt werden. Lagen weitere Informationen zu Personen vor, wurden diese ergänzend mitgeteilt.

ALTEN-BUSECK

Klipstein, Herz

Klipstein, Moses

Er heiratete 1844 **Süß Goldschmidt** aus Langsdorf und übernahm das Haus ihrer Eltern für 300 Gulden (Langsdorf Konv. 9 v. 13.08.1844).

Bamberger, Liebmann

Knecht b. Herz Klipstein 1831 in Albach

ALTENSTADT

Fuld, Feist 1844 in Langsdorf

„ANNENROTH“ (ANGENROD?)

Wertheim, Simon 1835 in Langsdorf

BELLERSHEIM

Stern, Mayer 1845 in Langsdorf

BURKHARDSFELDEN

Hirsch, Seligmann 1822, 1824 in Albach

[Burkhardsfelden 2207], er war geboren am 24.07.1789, war verheiratet mit Gella geb. Levi aus „Altendorf am Bärenfuß in Kurhessen“ und starb am 24.05.1861.²⁵

Stern, Moses Falks Sohn 1836, 1838, 1843 in Albach

[Burkhardsfelden 2220], er war geboren 1782 und starb am 19.12.1854. In erster Ehe heiratete er 1811 Fradchen geb. Jacob, Tochter des Jeisel Jacob in Inheiden und 1819 in zweiter Ehe Bettchen geb. Rosenbaum, Tochter des Liebmann Rosenbaum in Lang-Göns. Der Sohn Falk aus der ersten Ehe heiratete 1839 nach Villingen.²⁶

ECHZELL

Simon, Benjamin 1894 in Lich

Strauß, Mendel 1844 in Langsdorf

25 Müller, 1995, S. 194.

26 Müller, 1995, S. 196 f.; Köhler, 1996, S. 10 u. 16 f.

Er war geboren 1808 und war verheiratet mit Caroline geb. Eisemann.²⁷

EINARTSHAUSEN

Goldstein, Jacob 1833 u. 1834 in Langsdorf

ETTINGSHAUSEN

Katz, Emanuel 1834 in Langsdorf

Katz, Mordochai 1834 in Albach

Kaufmann, Amschel 1849 in Lich

Er wurde 1820 geboren, starb am 22.01.1876 und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Lich In den Hardtbergsgärten begraben.²⁸

Kaufmann, Løb 1855 in Lich

Kaufmann, Feist 1835 in Langsdorf; 1850 in Lich

GAMBACH

Grünebaum, Joseph 1845 in Langsdorf

Kaufmann, Abraham 1858 in Lich

GARBENTEICH

Katz, David 1824 in Albach

Katz, Samuel (Schmul) 1825, 1832, 1834 in Albach; 1850 in Lich;

Katz, Meyer 181872 - 1889 in Hausen; 1888 in Lich

GIEBEN?

Stern, Moses 1824 in Albach

GLADENBACH

Stern, Feist 1845 in Langsdorf

GRIEDEL

Baer, Eisemann [BJ 162] 1824 in Albach

Er war geboren 1795, war verheiratet mit Breinle geb. Bendheim und starb am 30.09.1857. Sein Grabstein ist auf dem Friedhof in Griedel erhalten.²⁹

Bentheim, David [BJ 178] 1837 in Langsdorf

Er war 1796 geboren, war verheiratet mit Giedel (Karoline) geb. Goldschmidt und starb am 18.05.1862. Sein Grabstein ist auf dem Friedhof in Griedel erhalten.³⁰

GROßEN-BUSECK

Berlin, Joseph 1878 in Hausen

Auf dem jüdischen Friedhof in Buseck-Großen-Buseck steht ein Grabstein für Joseph Berlin, geb. am 28.01.1842 und gestorben am 22.01.1914.

Blentheim, Süsmann 1827 in Albach

Glück, Jonas 1837, 1838 in Albach

27 Familienregister d. Juden in Echzell v. 1943, W. Holler o.J.

28 Damrath, 1989, S. 191 Nr. A 7.

29 Müller u.a., 2007, Judenfamilien in Griedel Nr. 162.

30 Müller u.a., 2007, Judenfamilien in Griedel Nr. 178.

- Katz, Moses** [StbJ 34.3] 1840 in Albach
Wallenstein, Abraham 1846 in Albach
 Auf dem jüdischen Friedhof in Buseck-Großen-Buseck steht ein Grabstein für Abraham Wallenstein, geb. am 18.02.1817 und gestorben am 05.09.1900.
Wallenstein, Bär 1835 in Albach
 Auf dem jüdischen Friedhof in Buseck-Großen-Buseck steht ein Grabstein für Bär Wallen ..., geboren 1795 und gestorben am 25.12.1886.
Wallenstein, Herz II. 1850 in Lich
Wallenstein, Herz 1834 in Langsdorf
 Auf dem jüdischen Friedhof in Buseck-Großen-Buseck steht ein Grabstein für Herz Wallenstein, geb. am 10.05.1795 und gestorben am 18.06.1872.
Wallenstein, Isaack 1834, 1836 in Albach
Wallenstein, Jonas 1830 in Albach

„HERZNACH“

- Hirsch, Simon** 1824 in Albach

HÖCHST

- Haas, Isaak** 1834 in Langsdorf

HOLZHEIM

- Bamberger, Meyer** 1852, 1853 in Lich
Katz, Jacob 1897 in Ober-Bessingen
Katz, Markus 1878 - 1892 in Lich

HOMBERG/OHM

- Sternberg, Issak
Mannheimer, Isaak
 Knecht bei Isaak Sternberger 1834 in Langsdorf

HOMBURG V. D. H.

- Sommer, Elias** 1853 in Lich

HUNGEN

- Kahn, Salomon** 1877, 1896 in Lich; 1895 in Ober-Bessingen
Katz, Julius 1897 in Hausen; 1897 in Ober-Bessingen
 Er war geboren am 13.12.1867 in Hungen, war verheiratet mit Mally geb. Herzberg aus Breidenbach und emigrierte mit seiner Ehefrau über Frankfurt am Main nach Israel, wo er am 20.12.1946 starb.³¹
Steinberger, Abraham 1844 in Langsdorf
 Er war 1847 Vorsteher der Israelitischen Gemeinde Hungen.³²
Steinberger, Kaufmann 1845 in Langsdorf
Steinhauer, Nehm (Nahem) 1834 u. 1854 in Langsdorf

INHEIDEN

31 Eller, 1990, S. 64.

32 Eller, 1990, S. 12.

| | |
|---|---|
| Katz, Israel | 1852 in Lich |
| KIRTORF | |
| Lamm, Samuel | 1897 in Lich |
| LANGENHAIN | |
| Grünebaum, Leiser | 1834 in Langsdorf. ³³ |
| LANG-GÖNS | |
| Katz, Nathan | 1844 in Langsdorf |
| LANGSDORF | |
| Kassel (Cassel), Feist | 1822 in Albach; 1833 - 1846 in Langsdorf; 1849 in Lich |
| Er kaufte 1845 von Johann Henrich Schäfer II. in Langsdorf ein Haus für 675 Gulden (Langsdorf Konv. 9 v. 15.05.1845). | |
| Goldstein, Ferdinand | 1883, 1896 in Lich |
| Goldstein, Israel | 1844, 1845 in Langsdorf; 1848 - 1887 in Lich |
| Goldstein, Jacob | 1833 - 1846 in Langsdorf; 1848 - 1852 in Lich |
| Goldstein, Löb | 1833 - 1835 in Langsdorf |
| Goldschmidt, Baruch | 1835 - 1845 in Langsdorf |
| Er und seine Ehefrau Sara hatten zwei Töchter: Hanna und Süß. Sie übergaben 1835 ihrer Tochter Hanna anlässlich ihrer beabsichtigten Verehelichung mit Meyer Stern in Leihgestern 191 Gulden 32 Kreuzer, obwohl „ <i>es derselben auf ihren kindlichen Anteil nicht so viel erträgt</i> “ und Meyer Stern versicherte, dass er von der Summe keinen Gebrauch machen werde (Langsdorf Konv. 7 v. 03.02.1835). Anscheinend wurde die Ehe nicht geschlossen, denn als 1844 Moses Klipstein („ <i>Hochzeiter und zukünftiger Ehemann</i> “) aus Alten-Buseck, der die Tochter Süß heiraten wollte, das Haus (Hausnummer 101) des Baruch Goldschmidt für 300 Gulden übernahm, wurde für die Schwiegereltern und für deren Tochter Hanna und ihren unehelichen Sohn ein Einsitzrecht ausbedungen (Langsdorf Konv. 9 v. 13.08.1844). | |
| Grünebaum, Joseph | 1825 in Albach; 1835 in Langsdorf |
| Er baute zusammen mit Mayer Kahn ein Haus, das sie 1835 teilten (Langsdorf Konv. 7 v. 06.09.1835). | |
| Hanauer, Salomon | 1833 - 1846 in Langsdorf; 1852 in Lich |
| Hanauer, Süßkind | 1834 in Langsdorf |
| Hofmann, Elias | 1833 - 1846 in Langsdorf; 1852 in Lich |
| Hofmann, Kaufmann | 1845 in Langsdorf |
| Hofmann, Liebmann | 1834 - 1853 in Langsdorf |
| Kahn, Benisch? (Gottschalk) | |
| Er hatte das Einsitzrecht in einer der beiden Hälften (nach seiner Wahl) des Hauses, das Mayer Kahn und Joseph Grünebaum gemeinsam erbaut und 1835 geteilt hatten (Langsdorf Konv. 7 v. 06.09.1835). | |

33 Siehe: Müller u.a., 2007, Friedhof Hoch-Weisel.

- Kahn, Mayer** 1833 - 1846 in Langsdorf; 1849 - 1862 in Lich
 Er war der Bruder von Benjamin Kahn (Langsdorf Konv. 9 v. 27.10.1844) und war 1833 mit **Röschen Bing** aus Ober-Seemen verlobt, das Verlöbnis wurde gelöst und er zahlte 4 Gulden an ihren Bruder Nathan Bing (Langsdorf Konv. 7 v. 17.10.1833).
- Kahn, Benjamin** 1833 - 1846 in Langsdorf
 Er war der Bruder von Mayer Kahn (Langsdorf Konv. 9 v. 27.10.1844).
- Klipstein, Moses** aus Alten-Buseck
 Er heiratete 1844 **Süß Goldschmidt** und kaufte 1845 für 625 Gulden das Haus des Alberth Roth II. in Langsdorf (Langsdorf Konv. 9 v. 24.02.1845).
- Oppenheimer, Jakob** 1888 - 1891 in Ober-Bessingen; 1888, 1892 in Lich
- Oppenheimer, Maier** 1833 - 1844 in Langsdorf
 Er war der Vater von Süßkind (Langsdorf Konv. 8 v. 18.01.1837) und Salomon Oppenheimer (Langsdorf Konv. 7 v. 26.08.1834).
- Oppenheimer, Salomon**
 Er war der Sohn des Maier Oppenheimer (Langsdorf Konv. 7 v. 26.08.1834) und handelte 1834 - 1853 in Langsdorf; 1845 in Steinbach; 1849 - 1887 in Lich; 1888 - 1890 in Ober-Bessingen. 1845 kaufte er von Friedrich Winheimer auf dem Kolnhäuser Hof das Haus des Andreas Roth I. in Langsdorf, dem Schwiegervater des Winheimer, für 1.880 Gulden (Langsdorf Konv. 9 v. 05.11.1845).
- Oppenheimer, Süskind** 1835 - 1853 in Langsdorf; 1859 in Lich
 Er war der Sohn des Maier Oppenheimer (Langsdorf Konv. 8 v. 18.01.1837.). Er heiratete Esther geb. Grünebaum. Ihr Sohn Jakob wurde am 12.02.1849 geboren, heiratete Emma geb. Strauß aus Ober-Seemen und starb am 01.01.1915 in Lich (siehe unter Lich).

LAUBACH

- Katz, Bermann** 1890 in Ober-Bessingen
 Er war geboren am 09.05.1859 in Bobenhausen II, war verheiratet mit Jenni geb. Schloß aus Sprendlingen und starb am 10.11.1923 in Laubach, wo beide auf dem dortigen jüdischen Friedhof beigesetzt wurden.³⁴
- Raunheim, Markus** 1846 in Steinbach
- Straus, Maier** 1844 in Steinbach
 Er war geboren am 12.03.1805 in Laubach als Sohn des Nathan Strauß, war verheiratet mit Lisette geb. Battenberg und starb am 26.02.1899 in Laubach, wo er auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt wurde.³⁵

LEIHGESTERN

- Mayer, Joseph** 1853 in Lich
- Mayer, Salomon** 1857 in Lich
- Stern, Mayer**

34 Damrath, 1987, S. 15.

35 Damrath, 1987, S. 16.

Er heiratete (?) 1835 Baruch Goldschmidts in Langsdorf Tochter Hanna (Langsdorf Konv. 7 v. 03.02.1835).

Weisenbach, Alexander 1889 in Hausen

Weisenbach, Levi 1877 in Hausen

LICH

Baum, Salomon 1834 u. 1846 in Langsdorf

Er wurde im September 1812 geboren, heiratete 1843 Libette Chambré in Lich und starb am 01.04.1861. Begraben wurde er auf dem jüdischen Friedhof in Lich In den Hardtbergsgärten.³⁶

Bing, Abraham 1878 - 1901 in Lich; 1890, 1892 in Ober-Bessingen

Er wurde am 20.04.1848 in Holzheim geboren, heiratete in erster Ehe Hannchen geb. Strauß, in zweiter Ehe Auguste geb. Strauß aus Gedern und in dritter Ehe Betti geb. Kaufmann aus Nieder-Weisel [BJ 331]. Er starb am 05.10.1904 und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Lich In den Hardtbergsgärten beigesetzt.³⁷

Bock, Isaac 1849 in Lich

Bock, Moses 1834 in Langsdorf

Hirsch, Joseph 1833 in Langsdorf

Isaak, Mayer 1844 in Langsdorf

Karbe, Abraham 1834 in Langsdorf

Katz, Liebmann 1823, 1824, 1825 in Albach

Oppenheimer, Jakob 1883 - 1898 in Lich

Er war geboren am 12.02.1849 als Sohn des Süßkind Oppenheimer und seiner Frau Esther geb. Grünebaum in Langsdorf, war verheiratet mit Emma geb. Strauß aus Ober-Seemen und starb am 01.01.1915. Er wurde auf dem jüdischen Friedhof in Lich In den Hardtbergsgärten beigesetzt.³⁸

MUSCHENHEIM

Bamberger, Eisemann 1833 - 1846 in Langsdorf; 1849 in Lich

Er war geboren 1815 als Sohn des Isaak Bamberger und seiner Ehefrau Rosa geb. Moses, war verheiratet mit Sara geb. Bing aus Holzheim und starb am 17.11.1869 im Alter von 54 Jahren. Begraben wurde er auf dem jüdischen Friedhof in Muschenheim I Bei der Leimenkaute.³⁹

Bamberger, Isaak 1845 in Langsdorf

Er war geboren 1829 in Muschenheim als Sohn des Joseph Bamberger und seiner Ehefrau Karoline geb. Kaufmann, war verheiratet mit Hannchen geb. Strauß und starb am 02.11.1889 im Alter von 60 Jahren. Beigesetzt wurde er auf dem jüdischen Friedhof in Muschenheim II Kappesgärten.⁴⁰

36 Damrath, 1989, S. 191 Nr. A 1.

37 Damrath, 1989, S. 193 Nr. A 26.

38 Damrath, 1989, S. 193 Nr. A 33.

39 Damrath, 1989, S. 195 Nr. B 4.

40 Damrath, 1989, S. 195 Nr. C 3.

Bamberger, Isaak II. 1884, 1890 in Lich
Er war geboren im Februar 1842, war verheiratet in erster Ehe mit Jettchen geb. Katz aus Steinbach [StbJ 37] und in zweiter Ehe mit Hannchen geb. Rothschild und starb am 14.09.1909. Begraben wurde er auf dem jüdischen Friedhof in Muschenheim II Kappesgärten.⁴¹

Bamberger, Joseph 1833 - 1845 in Langsdorf
Er war geboren 1802 und starb am 04.06.1879 im Alter von 77 Jahren.⁴² Er war der Bruder des Liebmann Bamberger (Langsdorf Konv. 7 v. 19.02.1835/178).

Bamberger, Liebmann 1835 in Langsdorf
Er war der Bruder des Joseph Bamberger (Langsdorf Konv. 7 v. 19.02.1835).

Bamberger, Mayer 1835 in Langsdorf

Hammerschlag, Jacob 1894 in Lich
Er war geboren am 27.09.1855 in Treis/Lumda, heiratete 1880 Therese geb. Bamberger in Muschenheim und starb am 29.11.1933. Sein Grab ist nicht erhalten.⁴³

OBER-SEEMEN („OBER-SIMMEN“)

Bing, Nathan

Seine Schwester Röschen war mit **Mayer Kahn** in Langsdorf verlobt, das Verlöbnis wurde gegen Zahlung von 4 Gulden 1833 aufgelöst (Langsdorf Konv. 7 v. 17.10.1833).

REISKIRCHEN

Löwenberg, Berthold 1894, 1895 in Ober-Bessingen
Wahrscheinlich war er der Sohn (Baruch, geb. 12.07.1872 u. gest. 31.12.1931) des Joel Löwenberg. Sein Grabstein ist auf dem Friedhof in Buseck-Großen-Buseck erhalten.

Löwenberg, Joel 1894 in Ober-Bessingen
[Reiskirchen 1062], er war geboren am 19.04.1840 als Sohn des Moses Löwenberg und seiner Ehefrau Betha geb. Rulf und heiratete 1866 Sara geb. Mayer aus Burkhardtsfelden.⁴⁴

RODHEIM B. FRIEDBERG

Borngäßer, Elias 1835 in Langsdorf

STADEN

Stern, Nathan 1846 in Steinbach

STEINBACH

Bamberger, Liebmann

41 Damrath, 1989, S. 196 Nr. C 10.

42 Damrath, 1989, S. 195 Nr. C 3.

43 Damrath, 1989, S. 195 Nr. B 5.

44 Müller, 1995, S. 195 f.

- Knecht b. ? 1834 in Langsdorf
- Edelmuth**, Süßmann
Knecht b. Löb Katz I. [StbJ 34] 1849 - 1851 in Lich
- Frensdorf**, Herz
Knecht b. Seligmann Katz I. [StbJ 39] 1847 in Albach
- Frensdorf**, Herz
Knecht b. Feist Katz II. [StbJ 48] 1851 in Lich
- Frensdorf**, Löb
Knecht b. Seligmann Katz I. [StbJ 39] 1852 in Lich
- Katz**, Feist I. [StbJ 46] 1852 in Lich
Er war geboren 1816, heiratete 1844 Hanchen geb. Rosenberg aus Lichenroth Krs. Gelnhausen und starb am 16.02.1892. Wie bei Löb Katz ist auch bei Feist Katz I. und II. eine Unterscheidung in den Protokollen nicht möglich. Alle hier erwähnten Familien sind ausführlich dargestellt in: Müller, Hanno, Juden in Steinbach, Neubearbeitung 2007.
- Katz**, Feist II. [StbJ 48]
Er handelte 1835 u. 1845 in Langsdorf; 1844, 1846 in Albach, 1844 - 1846 in Steinbach; 1848 - 1884 in Lich; 1872 - 1894 in Hausen. Er war geboren 1820, heiratete 1847 Bette geb. Metzger aus Betziesdorf b. Marburg und starb am 28.04.1899.
- Katz**, Gerson I. [StbJ 35] 1844 in Langsdorf; 1844 - 1846 in Steinbach
Er war geboren 1780, war verheiratet mit Bessel geb. Bing und starb am 24.03.1852.
- Katz**, Gerson II. [StbJ 38] 1824, 1840 in Albach; 1845 in Steinbach
Er war geboren 1800, war in erster Ehe verheiratet mit Hanna geb. Katz und in zweiter Ehe mit Karoline (Gütel) geb. Kirschmann aus Obermockstadt und starb am 27.04.1881.
- Katz**, Gerson III. [StbJ 54] 1892 in Lich
Er war geboren 1852, heiratete Rosaline geb. Kann aus Mainzlar und starb in Gießen am 24.12.1936.
- Katz**, Hermann [StbJ 60] 1882 - 1900 in Hausen; 1883 - 1895 in Lich
Er war geboren 1857, heiratete 1885 Elli geb. Katz aus Mainzlar und starb (wahrscheinlich) 1928 in Lich, wohin er 1913 gezogen war.
- Katz**, Herz [StbJ 37] 1844 in Steinbach
Er war geboren 1802, war verheiratet mit Sara geb. Vogel aus Nieder-Weisel und starb am 28.07.1881.
- Katz**, Jacob I. [StbJ 47]
Er handelte 1844 - 1846 in Steinbach; 1845 in Langsdorf; 1849 - 1853 in Lich und seine Witwe 1872 in Hausen. Er war geboren 1817, heiratete 1846 Terese geb. Kahn aus Villingen und starb am 23.03.1856.
- Katz**, Liebmann [StbJ 59] 1882, 1902 in Lich; 1888, 1889 in Hausen
Er war geboren 1859, war verheiratet mit Jettchen geb. Katz aus Garbenteich und emigrierte 1926 in die USA.
- Katz**, Löb I. [StbJ 34]
Er handelte 1822 - 1845 in Albach; 1844 - 1846 in Steinbach; 1849 - 1851 in Lich. Er war geboren 1772, heiratete 1807 Phara geb. Edelmuth aus Beuern und starb in Steinbach am 24.03.1855.

- Katz, LÖB II.** [StbJ 33] 1830 in Albach
 Er war geboren 1771, war verheiratet mit Bessel geb. Stein und starb am 31.05.1850. Merkwürdig ist, dass es noch zu seinen Lebzeiten einen zweiten Namensträger LÖB Katz II. in Steinbach gab. Auch ist es nicht immer möglich, zwischen LÖB Katz I. und LÖB Katz II. zu unterscheiden, die Beizeichen fehlen meist in den Protokollen.
- Katz, LÖB II.** [StbJ 42] 1843 in Albach; 1844 - 1846 in Steinbach; 1871 in Hausen; 1884 in Lich
 Er war geboren 1814, heiratete 1842 Elisa geb. Metzger aus Betziesdorf bei Marburg und starb am 26.01.1887.
- Katz, Maier II.** [StbJ 49] 1851 in Lich
 Er war geboren 1820, heiratete 1850 Fanny geb. Engel aus Münzenberg und starb am 03.08.1885.
- Katz, Moses** [StbJ 34.3] 1832 in Albach; 1838 in Langsdorf; er heiratete nach Großen-Buseck.
- Katz, Samuel** [StbJ 45] 1830 - 1847 in Albach; 1844 - 1846 in Steinbach; 1849 - 1861 in Lich
 Er war geboren 1815, heiratete 1844 Regina geb. Hecht aus Rennerod in Nassau und starb ca. 1873.
- Katz, Seligmann I.** [StbJ 39]
 Er handelte 1831 - 1847 in Albach; 1839, 1841 u. 1844 in Langsdorf; 1844 - 1846 in Steinbach; 1848 - 1852 in Lich. Er war geboren 1807, war verheiratet mit Vögel geb. Edelmuth aus Beuern und starb am 26.04.1880.
- Katz, Siegmund** [StbJ 50.4?] 1883 in Lich
 Wahrscheinlich handelt es sich bei ihm um den 1861 geborenen Sohn des Vogel Katz.
- Katz, Vogel (Raphael)** [StbJ 50]
 Er handelte 1844 - 1846 in Steinbach; 1848 - 1888 in Lich, 1871 - 1882 in Hausen; 1877 in Albach. Er war geboren 1823 in Steinbach, heiratete 1854 Theresa geb. Wolf aus Merlau und starb in Gießen am 10.07.1899.

VILLINGEN

- Kahn, Feist** 1844 in Langsdorf
- Kahn, Israel** 1834 u. 1845 in Langsdorf; 1849 in Lich
- Kahn, Israel II.** 1846 in Langsdorf
- Stern, Falk** 1844 in Langsdorf; 1846 in Steinbach; 1851 in Lich
 [Burkhardsfelden 2227], er wurde 1811 in Burkhardsfelden als Sohn des Moses Stern geboren und heiratete 1839 nach Villingen.⁴⁵
- Stern, Seligmann** 1846 in Steinbach

WATZENBORN-STEINBERG

- Dreifuß, Julius** 1897 in Hausen

45 Köhler, 1996, S. 10 u. 20; Müller, 1999, S. 199.

[Watzenborn DJ02], er war geboren 1868 und heiratete 1894 Malchen geb. Katten aus Josbach b. Treysa.

Dreifuß, Meier 1877 - 1891 in Hausen

[Watzenborn DJ01], er war geboren 1831 in Großen-Linden, war verheiratet mit Regine geb. Süß und starb 1900.

Katz, Löb 1851 in Lich; 1872, 1873 in Hausen

Katz, Mayer 1824 in Albach

[Watzenborn KJ01], er war geboren ca. 1785 und war verheiratet mit Lea geb. Löwenstein.

Katz, Moses 1880, 1886 in Hausen

Katz, Samuel 1891 in Hausen

[Watzenborn KJ03], er war geboren 1827, war verheiratet mit Bettchen geb. Go(l)dschmidt aus Hermannstein und starb 1905.

Löwenstein, Salomon 1878 in Hausen

Süß, Joseph 1890 in Hausen

[Watzenborn SJ05], er war geboren 1858, war verheiratet mit Johanna geb. Stern und starb 1938.

WEHRHEIM

Sander, Elias 1834 in Langsdorf

WIESECK

Stern, Joseph 1846 in Steinbach

WOHNBACH

Loeb, Kaufmann 1853 in Langsdorf

Literatur:

Buß, Gerold: Familienbuch Dorf-Güll, Darmstadt 1995

Damasky, W. u. Burger, E.: Familienbuch Pohlheim-Watzenborn-Steinberg, Pohlheim 2005

Damrath, Friedrich: Die jüdischen Friedhöfe in Lich, in: Licher Heimatbuch, Lich 1989

Damrath, Friedrich: Der jüdische Friedhof in Laubach, in: Laubacher Hefte Nr. 7, Laubach 1987

Diehl, Wilhelm: Hassia Sacra IV - Pfarrer und Schulmeisterbuch für die hessendarmstädtischen Souveränitätslande, Darmstadt 1930

Eller, Erhard: Das Schicksal der Hungener Juden nach 1933, in: Juden in Hungen, Hungen 1990

Hess, Volker: Die jüdische Bevölkerung in Daubringen und Mainzlar, Staufenberg 1993

Holler, Wilhelm: Familienregister der Juden in Echzell

- Köhler, Gustav E.: Die Judengemeinde von Burkhardtsfelden im Busecker Tal, 2. Auflage Reiskirchen 1996
- Müller, Hanno; Bertram, D.; Damrath, F. u. Wolf, D.: Familienbuch Butzbach Band V: Judenfamilien in Butzbach und seinen Stadtteilen, Butzbach 2007
- Müller, Hanno: Familienbuch Burkhardtsfelden, überarbeitete Fassung, Fernwald-Steinbach 1999
- Müller, Hanno: Familienbuch Steinbach, Fernwald-Steinbach 1994
- Müller, Hanno: Juden in Steinbach, Neubearbeitung Fernwald-Steinbach 2007
- Müller, Hanno: Familienbuch Reiskirchen, Fernwald-Steinbach 1995
- Richarz, Monika: Viehhandel und Landjuden im 19. Jahrhundert. Eine symbiotische Wirtschaftsbeziehung, in: Menora (Bodenheim) (1991), S. 66 - 88
- Sprenger, Bernd: Das Geld der Deutschen, Paderborn 1995
- Stumpf, Otto: Familienbuch Albach, Pohlheim-Garbenteich 1985
- Stumpf, Otto: Familienbuch Annerod, Pohlheim-Garbenteich 1986
- Stumpf, Otto: Familienbuch Hausen, Pohlheim-Garbenteich 1986

Juden in den Landämtern Gießen und Hüttenberg 1809 bis 1822

Hanno Müller

Im 18. Jahrhundert wäre es eigentlich die Aufgabe der Pfarrer gewesen, auch die Heiraten, Geburten und Sterbefälle der Juden in ihren Gemeinden zu protokollieren. Sie kamen dieser Pflicht aber nur selten nach. Von 1809 an führten die Amtmänner in den einzelnen Ämtern des Großherzogtums Hessen die Judenmatrikel und ab 1823 gehörte dies zu den Aufgaben der Bürgermeister. Im Zuge der Arbeiten zur Erstellung von Band V „Judenfamilien in Butzbach und seinen Stadtteilen“ des Familienbuchs Butzbach wurden u.a. auch die Judenmatrikel des Landamts Gießen¹ und des Amtes Hüttenberg² bearbeitet. Die darin enthaltenen Heiraten, Geburten und Sterbefälle sind hier zusammengestellt. Die Beurkundung durch den Amtmann erfolgte in zahlreichen Fällen erst Jahre später. Bei Personen, die auch in anderen Familienbüchern vorkommen, wurde ihre Familiennummer ergänzt.

1. in Allendorf an der Lumda:

1. Jacob **Joseph**, Schutzjude in Allendorf/Lumda und Ehefrau Mendel geb. **Salomon** aus Geilshausen
Tochter Bettchen wurde geboren am 18.09.1822.

2. in Daubringen:

1. Süsmann **Löwenstein**, Schutzjude in Daubringen und Ehefrau Jüdel
Sohn Löser wurde geboren am 10.03.1810.
Tochter Schlaune wurde geboren am 10.03.1814.
Hebamme war Friedrich Ammenhäusers Frau.

1 „Geburts-Protocolle der Juden im Land-Amt Gießen 1809-1822“ StAD C 12, 39/109-122

2 „Geburtsprotocoll der Juden (im Amt Hüttenberg) vom Jahr 1809 an“ StAD C 12,64/109-122; „Copulations-Protocoll derer Juden, so im GH Amt Huettenberg vom Jahr 1809 an“ StAD C 12, 64/209-222 und „Sterbe-Protocoll der Juden des Amtes Hüttenberg“ StAD C 12, 64/303-319. Bearbeitet wurden Kopien dieser Archivalien, die im Stadtarchiv Butzbach aufbewahrt werden.

3. in Garbenteich:

1. David **Katz**, Schutzjude und Viehhändler in Garbenteich und Ehefrau Hindle. Er handelte 1824 in Albach (Viehhandelsprotokollbuch Albach 1824 Nr. 20).³
Sohn (1. Sohn) Moses wurde geboren am 24.10.1812.
Tochter (2. Tochter) Sara wurde geboren am 14.02.1815.
Hebamme war Anna Margretha Wießner.

4. in Heuchelheim:⁴

1. Moses **Kuder** auch Moses **Löw**, Schutzjude in Heuchelheim und seine erste Ehefrau Jütchen. Sie (war geboren 1755 und) starb im Alter von 45 Jahren am 01.01.1800.
Tochter Sara wurde geboren am 01.10.1792.
Sohn Löw wurde geboren am 28.03.1793.
Tochter Graile wurde geboren am 11.11.1795.
Sohn David Moses wurde geboren am 03.04.1798 und starb am 26.04.1799.
Moses **Löw** und seine zweite Ehefrau Mirle („Moses Löw verheyraethe sich und wurde hier copuliert mit Mirle des Juden Aarons Tochter von Münchholzhaußen, die älteste Tochter, mittelmäßiges Vermögen, gedient vorher in Wetzlar, beide copulirt von Koppel dem Gießer Juden“; KB 2 Heuchelheim).
Tochter Kayle wurde geboren am 22.02.1803.
Tochter Beißel wurde geboren am 01.01.1805.
Tochter Hanna wurde geboren den 18.06.1808.
Tochter (4. Tochter) Mariane wurde geboren am 10.08.1811
Sohn (1. Sohn) Moses wurde geboren am 08.07.1814;
Hebamme war bei den beiden letzten Kindern Daniel Kröcks Witwe.
2. David **Löw**, Schutzjude in Heuchelheim, er (war geboren 1736 und) starb im Alter von 67 Jahren am 22.12.1803.
Sohn Elieser wurde geboren 1766, heiratete 1797 und starb am 09.03.1803.
Sohn Herz wurde geboren am 18.12.1782.

3 Gemeindearchiv Fernwald, Ortsarchiv Albach Abt. X Abschn. 2 Konv. 2 Fasz. 1.

4 Die Angaben zu den Familien Löw (1. bis 3.) in Heuchelheim stammen von Photokopien aus dem zweiten Heuchelheimer Kirchenbuch. Die darin enthaltenen Informationen werden identisch sein mit den Auszügen in HSTAW 484, 189 Kopie StAD C 12, 60/091-008.

3. Elieser, David **Löws** Sohn, Schutzjude in Heuchelheim, er (war geboren 1767 und) heiratete am 02.03.1797 in Heuchelheim Gutchen geb. **Levi** aus Fronhausen. Er starb im Alter von 36 Jahren, 4 Monaten und 2 Tagen am 09.03.1803. Die Ehefrau war die Tochter des Meyer Levi, Jude in Fronhausen im Hessen-Casselischen.
Tochter Sara wurde geboren am 29.11.1797.
Sohn Jacob Elieser wurde geboren am 03.06.1799.
Sohn Herz wurde am 27.01.1801 beschnitten und starb am 02.02.1803; Zeuge der Beschneidung war Meyer Levi, der Mutter Vater aus Fronhausen; Beschneider war Ephraim aus Großen-Buseck.
4. Berle **Stein**, Schutzjude in Heuchelheim und Ehefrau Terz.
Sohn (1. Sohn) David wurde geboren am 01.01.1810; Hebamme war Daniel Kröcks Witwe.
5. Löw **Stein**, Schutzjude in Heuchelheim und Ehefrau Fraitche.
Sohn (1. Sohn) David wurde geboren am 10.10.1811.
Tochter (1. Tochter) Jüdel wurde geboren am 15.12.1814.
Tochter (2. Tochter) Breile wurde geboren am 31.12.1815.
Tochter (3. Tochter) Sara wurde geboren am 05.06.1817.
Sohn Jacob wurde geboren am 22.09.1820; Hebamme war immer Daniel Kröcks Witwe.
6. Herz **Stein**, Schutzjude in Heuchelheim und Ehefrau Madel.
Tochter (1. Tochter) Sara wurde geboren am 10.05.1810.
Sohn (1. Sohn) Moses wurde geboren am 06.08.1814; Hebamme war bei beiden Daniel Kröcks Witwe.
Sohn (2. Sohn) David wurde geboren am 29.10.1817.

5. in Kirch-Göns:

1. Nathan **Meyer** [Butzbach 269], Schutzjude in Kirch-Göns, er (war geboren 1732 und) starb an Altersschwäche am 18.10.1816 im Alter von 84 Jahren. Sterbezeuge war (nach der hebräischen Unterschrift) sein Sohn Heyum Meyer [2].
2. Heyum **Meyer** [Butzbach 272], Schutzjude in Kirch-Göns und Ehefrau Brendel.
Tochter Juette [Butzbach 288?] wurde am 27.09.1809 geboren.
Sohn David wurde am 01.03.1812 geboren; Hebamme war bei beiden Kinder Conrad Binzers Frau Catharina.

3. Samuel **Simon** [Butzbach 288], Schutzjude in Kirch-Göns aus Strausberg, heiratete am 18.05.1815 in Kirch-Göns Kennel geb. **Meyer**, Tochter des Nathan Meyer in Kirch-Göns. Die Trauung wurde vorgenommen durch Rabbiner Löb Katz aus Gießen. Trauzeugen waren Lazarus Baer [6.1.] aus Lang-Göns und Heyum Meyer [5.2.] aus Kirch-Göns.
Tochter Fane soll im Alter von 9 Monaten am 16.03.1814 gestorben sein. Damit wäre sie ein voreheliches Kind gewesen. Da der Eintrag erst im Jahre 1818 niedergeschrieben wurde, kann man davon ausgehen, dass das Sterbejahr falsch angegeben wurde.
Tochter (2. Kind 2. Tochter) Jette wurde geboren am 23.11.1816; Hebamme war bei allen Kindern Conrad Binzers Frau.
Sohn (4. Kind 2. Sohn) Bingsohn [Butzbach 126] wurde am 23.11.1822 geboren.
Tochter Jeannette wurde am 25.12.1818 geboren.
Sohn Benson wurde am 15.11.1820 geboren.

6. in Lang-Göns:

1. Lazarus **Baer** [Butzbach 301], Schutzjude in Lang-Göns und Ehefrau Rachel. Er war geboren 1785 und starb im Alter von 74 Jahren in Nieder-Weisel.
Tochter Susge wurde geboren am 29.02.1812.
Tochter Jüthel wurde geboren am 09.05.1814 und starb am 15.05.1814.
Tochter Esther [Butzbach 400] wurde geboren am 30.03.1815; Hebamme war bei ihr und allen folgenden Kindern Konrad Nerns Frau bzw. Witwe.
Tochter Hannchen wurde geboren am 17.12.1817.
Tochter (6. Kind 6. Tochter) Jeannette wurde geboren am 05.06.1820.
2. Liebmann **Hirsch** in Lang-Göns
Tochter Gütel, sie war geboren 1769, heiratete in Kirch-Göns Eli **Mayer** [Butzbach 270] und starb dort im Alter von 74 Jahren am 12.03.1843 (Die Angaben stammen aus den Judenmatrikeln von Kirch-Göns im Familienbuch Butzbach Band V).

3. Joseph(Jessel) **Katz**, Schutzjude in Lang-Göns, und seine Ehefrau Ester geb. **Zodick**, Tochter des Goetz Zodick [9]. Er war Zeuge 1814 („Eidam“) bei Goetz Zodick.
Tochter Tael wurde geboren am 04.12.1809.
Tochter Jütel wurde geboren am 26.08.1812; Hebamme war Conrad Freys Frau Catharina.
Sohn Moses wurde geboren am 05.04.1815.
Sohn Nathan wurde geboren am 05.07.1821; Hebamme war bei ihm und bei Moses Johannes Höhns Witwe.
4. Nathan **Marcus**, Schutzjude in Lang-Göns.
Tochter Güdel gebar am 17.07.1817 einen unehelichen Sohn namens Jentel Marcus, der am 08.10.1817 starb. Vater war Simon N. aus Hanau; Hebamme war Johannes Höhns Witwe.
5. Zodick **Meyer** (Meyer Zodick?), Schutzjude in Lang-Göns
Tochter Buhla wurde geboren am 06.03.1810 und starb am 04.12.1818; Hebamme war Conrad Freys Frau.
6. Liebmann **Oppenheimer**, Schutzjude in Lang-Göns und Ehefrau Sara. Er war der Sohn des Abraham Zodick [8], war Zeuge 1817 („Vormund“) bei Abel Rosenbaum [7] und 1818 („Vormund der Kinder“) bei Liebmann Rosenbaum [7] und war 1819 Vorsteher der Israelitischen Gemeinde Lang-Göns.
Sohn Abraham (war geboren 1807) und starb am 24.03.1816 im Alter von 9 Jahren und 14 Tagen.
Tochter Kennel wurde geboren am 13.02.1809; Hebamme war Conrad Freys Frau Catharina.
Sohn Raphael wurde geboren am 26.03.1811; Hebamme war Conrad Freys Frau Catharina.
Tochter Betta wurde geboren am 03.09.1813 und starb am 29.11.1813.
Sohn Hoyna (Haune?) wurde geboren am 02.10.1814.
Tochter Bess wurde geboren am 07.02.1817.
Sohn (7. Kind 4. Sohn) Kaufmann wurde geboren am 20.08.1819; Hebamme war bei ihm und bei den beiden vorangegangenen Geschwistern Konrad Nerns Witwe Anna Elisabeth.
7. Liebmann **Rosenbaum**, Schutzjude in Lang-Göns und Ehefrau Fraitgen. Er war der Sohn des Zodick Seligmann (oder Seligmann Zodick) [10] daselbst und (war geboren 1758 und)

starb am 10.02.1818 im Alter von 60 Jahren. Seinen Tod bezeugte Liebmann Oppenheimer [6], Vormund seiner Kinder. Sohn (I. Ehe) Abel (war geboren 1789) und starb im Alter von 28 Jahren am 05.02.1817; Zeuge seines Ablebens war der Vormund Liebmann Oppenheimer [6]. Der Eintrag wurde 1819 nachgetragen.

Sohn Zodick (war geboren 1805) und starb im Alter von 3 Jahren und 3 Monaten am 08.10.1808.

8. Abraham **Zodick**, Schutzjude in Lang-Göns und Ehefrau Fraitchen. Sie (war geboren 1740 und) starb als Witwe im Alter von 73 Jahren am 08.09.1813. Zeuge ihres Ablebens war der Sohn Liebmann Oppenheimer [6].
9. Goetz **Zodick**, Schutzjude in Lang-Göns und Ehefrau Esther. Sie starb als Witwe am 28.01.1814. Zeuge ihres Ablebens war der „Eidam“ Jessel Katz.
Tochter heiratete Jessel Katz [3].
10. Seligmann **Zodick** (oder Zodick Seligmann), Schutzjude in Lang-Göns.
Sohn Liebmann Rosenbaum siehe Nr. [7].

7. in Leihgestern

1. Moses **Bär**, Schutzjude in Leihgestern, heiratete am 06.06.1822 in Leihgestern Rosine geb. **Feist**, Tochter des Salomon Feist in Fronbach bei Nürnberg. Die Trauung nahm Rabbiner Löb Meyer aus Gießen vor. Trauzeugen waren Liebermann, Juden-Vorsänger in Großen-Linden und Seligmann Löb, Juden-Vorsänger „von hier“. (Das Protokoll wurde in Gießen geschrieben.)
2. N.N. **Bär**, Schutzjude in Leihgestern
Tochter Jüdel (war geboren 1786 und) starb im Alter von 31 Jahren am 11.07.1817; Zeuge des Ablebens war ihr Bruder N.N.
3. Liebmann **Bergenstein**, Schutzjude in Leihgestern und Ehefrau Hanna. Er war Trauzeuge 1812 bei Moses Simon [9] und 1814 b. Abraham Weisenbach [11] und Sterbezeuge 1815 bei Joseph Jonas [4].
Tochter Sim wurde geboren am 07.02.1809; Hebamme war Caspar Heß Witwe.

4. Joseph **Jonas** aus Haßloch bei Neustadt a. d. Hardt, auf der Durchreise nach Fulda, (war geboren 1752 und) starb im Alter von 63 Jahren am 10.07.1815 in der Wohnung des Moses Meyer in Leihgestern. Den Tod bezeugte Liebmann Bergenstein [3].
5. Abraham **Joseph** (auch Joseph Abraham), verstorbener Schutzjude in Leihgestern.
Tochter Jüdchen heiratete 1812 Moses Simon [9].
6. Baruch **Liebmann**, Schutzjude in Leihgestern, und Ehefrau Jüthel. Sie (war geboren 1729 und) starb im Alter von 83 Jahren als Witwe am 22.01.1812. Zeuge ihres Ablebens war der Sohn Joseph Meyer.
Sohn Joseph Meyer [7]
7. Joseph **Meyer**, Schutzjude in Leihgestern und Ehefrau Fraitche geb. **Salomon** („eine geborene Løb Salomon“(1822)). Er war der Sohn des Baruch Liebmann [6] und war Sterbezeuge 1812 bei seiner Mutter [6].
Tochter Jüthel war geboren am 06.02.1810 und starb am 16.05.1814.
Tochter Lea war geboren am 28.10.1812; Hebamme bei ihr und Liebmann war Caspar Heß Witwe Margretha.
Sohn Liebmann war geboren am 01.07.1815 und starb am 08.11.1818.
Sohn (5. Kind 4. Sohn) David war geboren am 07.05.1819; Hebamme war Christina Hardt.
Tochter Juedel wurde geboren am 18.10.1822.
8. Moses **Meyer**, Schutzjude in Leihgestern und Ehefrau Brennel. In seiner Wohnung starb 1815 Joseph Jonas [4] aus Haßloch.
Tochter Giedel (geb. 1800, gest. 05.08.1852 in Langsdorf).⁵

5 Ihr Grabstein steht auf dem Judenfriedhof in Hungen (Hungen-110). Seine deutsche Inschrift lautet: „HIER RUHET IN GOTT DIE EHEFRAU DES JOSEPH GRÜNBAUM VON LANGSDORF, GESTORBEN DEN 5. AUGUST 1852, GEBOHREN ZU LEIGESTERN IM JAHR 1800. GEWIDMET VON IHRER TOCHTER.“ Das Paar heiratete am 16. Oktober 1838. Der Langsdorfer Gemeinderat bat in einem Schreiben vom 15. Oktober 1838 den Kreisrat vergeblich darum, die Ehe des „mit dem Tode ringenden Joseph Grünebaum ... mit einer auswärtigen Person, welche ihm 3 Kinder mit in die Ehe bringt“ zu untersagen, da er befürchtete, nach dem Ableben des Ehemannes die Familie unterstützen zu müssen (Stadtarchiv Lich, Ortsarchiv Langsdorf Abt. XIII Konv. 2 Fasz. 7).

Tochter Karolina (wurde geboren 1809), heiratete Amschel **Rothschild** [Butzbach 375] in Nieder-Weisel und starb dort im Alter von 73 Jahren und 4 Monaten am 11.06.1882. Ihr Grabstein (NW-26)⁶ ist auf dem Friedhof in Nieder-Weisel noch erhalten.

Tochter Terz wurde am 16.09.1811 geboren; Hebamme war Caspar Heß Witwe Maria.

Sohn Liebmann wurde geboren am 14.05.1818; Hebamme war Christina Hardt.

9. Moses **Simon**, Schutzjude in Leihgestern, heiratete am 30.04.1812 Jütchen geb. **Joseph**, Tochter des verstorbenen Abraham Joseph, Schutzjude in Leihgestern. Sie wurde 1817 und 1822 „Gütche Abraham“ genannt. Die Trauung erfolgte in Leihgestern durch Rabbiner Löb Katz aus Gießen. Trauzeugen waren Liebmann Bergenstein [3] aus Leihgestern und Heyum Meyer [Butzbach 272] aus Kirch-Göns.

Tochter Jütche wurde geboren am 04.07.1813 und starb im Alter von 34 Wochen (ohne Datumsangabe) 1814; Hebamme war Caspar Heß Witwe Maria.

Tochter Simmchen wurde geboren am 08.01.1815; Hebamme war bei ihr und bei den folgenden Kindern Christina Hardt.

Tochter Merijam wurde geboren am 10.08.1817.

Sohn Abraham wurde geboren am 14.12.1819.

Sohn (5. Kind 2. Sohn) Simon wurde geboren am 21.02.1822.

10. Joseph **Weisenbach**, Jude in Leihgestern und seine Verlobte Brendel **Herz** aus „Minkelshausen“ (Münchholzhausen?). Er war Trauzeuge 1816 bei Sander Weisenbach [12].

Sohn (1. Sohn) Lemmel wurde vorehelich geboren am 15.08.1822.

6 Die Grabsteininschrift ist enthalten in: Familienbuch Butzbach Band V Friedhof Nieder-Weisel NW-26.

11. Abraham **Weisenbach**, Schutzjude in Leihgestern, heiratete am 25.03.1814 in Leihgestern Simmche (Simme) geb. **Baer**. Sie war die Tochter des Michael Baer in Vetzberg. Die Trauung nahm vor Rabbiner Loeb Meyer aus Gießen. Trauzeugen waren Liebmann Bergenstein [3] und Joseph Weisenbach [10], beide aus Leihgestern. Der Eintrag wurde 1818 nachgetragen.
Tochter Jütche wurde geboren am 16.02.1815 und starb am 23.10.1818; Hebamme war bei den ersten drei Kindern Christina Hardt.
Tochter Brendel wurde geboren am 16.10.1817.
Sohn (3. Kind 1. Sohn) Cemmell (Lemmel?) wurde geboren am 25.06.1820.
Sohn (4. Kind 2. Sohn) Herz Abraham wurde geboren am 04.12.1822.
12. Sander (Sander) **Weisenbach**, Schutzjude in Leihgestern, heiratete am 21.11.1816 in Leihgestern, Cimmat (Cebelt, Cibeth), Tochter des Juden Eleasar in Veitshöchheim b. Würzburg. Die Trauung nahm vor Rabbiner Löb Meyer aus Gießen. Trauzeugen waren Abraham Weisenbach [11] und Joseph Weisenbach [10].
Sohn Eleasar wurde geboren am 14.03.1817; Hebamme war bei beiden Kindern Christina Hardt.
Sohn (2. Kind 2. Sohn) Lemmel wurde geboren am 21.06.1820.

8. in Lollar:

1. Ephraim **Goldschmidt**, Schutzjude in Lollar und Ehefrau Krentel (Karntchen?), Mandel(1820).
Sohn (1. Sohn) Isaac wurde geboren am 01.01.1815.
Sohn (2. Sohn) Hirsch wurde geboren am 17.03.1818.
Sohn (3. Kind 3. Sohn) Isaac wurde geboren am 29.12.1820; Hebamme war Heinrich Körners Frau Anna Elis.
2. Isaac **Goldschmidt**, Schutzjude in Lollar und Ehefrau Minkel.
Tochter (1. Tochter) Greschen wurde geboren am 11.10.1816.
Sohn (2. Kind 1. Sohn) Ephraim wurde geboren am 21.03.1819; Hebamme war bei ihm und dem folgenden Kind Heinrich Körners Frau Anna Elisabeth.
Sohn (3. Kind 2. Sohn) Süßel wurde geboren am 28.04.1821.

3. Samuel **Löwenstein**, Schutzjude in Lollar und Ehefrau Jüdel (Gridel).
Tochter (2. Tochter) Dessel (Bessel) wurde geboren am 06.05.1812.
Tochter (2. Tochter) Süß wurde geboren am 17.12.1817.
Sohn (4. Kind 2. Sohn) Isaac wurde geboren am 06.04.1821;
Hebamme war Heinrich Körners Frau Anna Elisabeth.

9. in Mainzlar:

1. Isaac **Kann**, Schutzjude in Mainzlar und Ehefrau Bräunle.
Sohn (1. Sohn) Seligmann wurde geboren am 08.05.1820.
Sohn (2. Sohn) Löser wurde geboren am 18.12.1821.
2. Joseph **Katz**, Schutzjude in Mainzlar und Ehefrau Sara.
Sohn (1. Sohn) Löw wurde geboren am 23.12.1816;
Hebamme war Catharina Becker.
3. Samuel **Stern**, Schutzjude in Mainzlar und Ehefrau Jüdel.
Sohn (1. Sohn) Meyer wurde geboren am 09.01.1809;
Hebamme war Adam Hormanns Frau.
Sohn (2. Sohn) Abraham wurde geboren am 11.08.1815.

10. in Pohl-Göns:

1. Eisemann **Bacharach** [Butzbach 432], verstorbener Schutzjude in Pohl-Göns.
Tochter Tölz gebar am 05.01.1822 einen unehelichen Sohn, der Eisemann genannt wurde. Hebamme war Anna Catharina Langsdorf.
2. Eisemann **Benedikt** [Butzbach 433], Schutzjude in Pohl-Göns, war geboren (1764) und wohnhaft in Pohl-Göns und starb im Alter von 50 Jahren am 10.03.1814 an einer Brustkrankheit. Seinen Tod bezeugte seine Witwe.
Sohn Benedict war verlobt mit Freitche aus Wohnbach und starb im Alter von 25 Jahren und 11 Monaten. Am 07.01.1818 wurde „... *bey Gambach ohnfern der über die Wetter führenden Brücke der Leichnam des in diesem Gewässer ertrunkenen ledigen, verlobten Judenpurschen Benedikt Eisemann aus Pohl-Göns ... nach vielfältigem Nachsuchen gefunden ... auf dem jüdischen Begräbnisplatz in Grünigen beerdigt*“.

3. Nathan **Elias** in Pohl-Göns Witwe starb am 10.12.1817. Ihren Tod bezeugte der Sohn Elias Simon [5].
4. Gottschalk **Katz**, lediger „Judenpursche“ (war geboren 1743) und starb im Alter von 73 Jahren am 2.12.1815. Seinen Tod bezeugte sein Neffe Elias Simon [5].
5. Elias **Simon** [Butzbach 447], Schutzjude in Pohl-Göns und Ehefrau Kennel.
Tochter Zibora wurde am 18.02.1810 geboren; Hebamme war bei ihr und allen Kindern Johannes Langsdorfs Frau Catharina.
Sohn Joel [Butzbach 449] wurde am 06.04.1812 geboren und am 13.04. beschnitten.
Tochter (4. Kind 2. Tochter) Bette wurde am 29.11.1815 geboren.
Sohn (5. Kind 3. So.) Seligmann wurde am 29.04.1817 geboren.
Sohn (6. Kind 4. Sohn) Abraham [Butzbach 450] wurde am 08.07.1819 geboren.
Tochter (7. Kind 3. Tochter) Jütchen wurde am 09.12.1821 geboren.

11. in Rodheim:

1. Liebmann **Simon**, Schutzjude in Rodheim und Ehefrau Brendel.
Sohn (1. Sohn) Simon wurde geboren am 11.11.1812; Hebamme war Andreas Jungs Frau.
2. Isaac **Rosenbaum**, Schutzjude in Rodheim und Ehefrau Brendel.
Tochter (2. Tochter) Juetche wurde geboren am 18.10.1810; Hebamme war Georg Andreas Jungs Frau.
Sohn (3. Sohn) Samuel (Schmuel?) wurde geboren am 13.11.1815.

12. in Ruttershausen:

1. Löw **Kann**, Schutzjude in Ruttershausen und Ehefrau Madel (1817, 1819 u. 1822) bzw. Terz (1814).
Sohn (1. Sohn) Seligmann wurde geboren am 14.02.1814.
Tochter (1. Tochter) Johanna wurde geboren am 03.02.1817; Hebamme war bei ihr und bei Anselm Anna Elisabetha Ammenhäuser.

Sohn (2. Sohn) Anselm wurde geboren am 16.11.1819.
Sohn (3. Kind 2. Sohn) Koppel wurde geboren am 21.12.1822.

2. Feist **Löwenstein**, Schutzjude in Ruttershausen und Ehefrau Sara.

Tochter (4. Tochter) Sifka wurde geboren am 30.03.1810;
Hebamme war bei beiden Kindern Georg Friedrich Ammenhäusers Frau.

Sohn (5. Sohn) Hirsch wurde geboren am 20.05.1812.

13. in Steinbach:⁷

1. Samuel **Katz** [StbJ 32 (5010)], Schutzjude in Steinbach und Ehefrau Fechel.

Sohn (1. Sohn) Seligmann [StbJ 40 (5016)] wurde geboren am 15.01.1810; Hebamme war Jacob Horns Witwe Maria Gertraud.

2. Löw **Katz** [StbJ 33 (5008)], Schutzjude in Steinbach, Arons Sohn und Ehefrau Bessel.

Sohn (5. Sohn) Meier wurde geboren am 10.02.1810.

Sohn (6. Sohn) Aron [StbJ 43 (5019)] wurde geboren am 09.02.1812; Hebamme bei beiden war Jacob Horns Witwe.

3. Löw **Katz** [StbJ 34 (5009)], Schutzjude in Steinbach, Seligmanns Sohn und Ehefrau Pfar (Fara).

Tochter (1. To.) Brendel wurde geboren am 08.01.1810.

Sohn (2. Sohn) Moses wurde geboren am 07.05.1813;
Hebamme war bei beiden Kindern Jakob Horns Witwe.

Sohn (3. Sohn) Samuel [StbJ 45 (5021)] wurde geboren am 26.08.1815.

Sohn (4. Sohn) Jakopf [StbJ 47 (5023)] wurde geboren am 16.12.1817; Hebamme war bei beiden Kindern Anna Maria Haas.

4. Gerson **Katz** [StbJ 35 (5011)], Schutzjude in Steinbach und Ehefrau Bessel.

Sohn (2. Sohn) Löw [StbJ 42 (5018)] wurde geboren am 18.06.1814; Hebamme war Jacob Horns Witwe Maria Gertraud.

7 Die Familiennummern wurden bei der Überarbeitung von „Juden in Steinbach“ im Jahre 2007 geändert. Die alte Familiennummer steht in Klammern.

Sohn (3. Sohn) Feist [StbJ 46 (5022)] wurde geboren am 14.04.1816.

Tochter (1. Tochter) Sara wurde geboren am 24.01.1818; Hebamme war bei beiden Kindern Anna Maria Haas.

5. David **Katz** [StbJ 36 (5012)], Schutzjude in Steinbach und Ehefrau Jüdel.

Sohn (1. Sohn) Aron David [StbJ 44 (5020)] wurde geboren am 11.04.1815; Hebamme war Jacob Horns Witwe Maria Gertraud.

Sohn (2. Sohn) Bär wurde geboren am 20.02.1817; Hebamme war bei ihm und den jüngeren Geschwistern Anna Maria Haas.

Tochter (1. Tochter) Sarchen wurde geboren am 01.06.1818.

Tochter (2. Tochter) Henoel wurde geboren am 06.01.1820

14. in (Watzenborn-)Steinberg:

1. Meyer **Katz**, Schutzjude und Viehhändler in Steinberg und Ehefrau Leye (Lehe). Er handelte 1824 in Albach (Viehhandelsprotokollbuch Albach 1824 Nr. 35)

Tochter (1. Tochter) Terz wurde geboren am 08.09.1813; Hebamme war Christoph Jungs Witwe.

Sohn (1. Sohn) Löw wurde geboren am 12.11.1815.

Orte: Albach 3.1., 14.1., Fronbach b. Nürnberg 7.1., Fronhausen 4.3., Fulda 7.4., Gambach 10.2., Geilshausen 1.1., Gießen 4.1., 5.3., 7.1., 7.9., 7.11., 7.12., Großen-Buseck 4.3., Großen-Linden 7.1., Grüningen 10.2., Hanau 6.4., Lang-Göns 5.3., Münchholzhausen 4.1., 7.10., Neustadt a. d. Hardt 7.4., Nieder-Weisel 6.1., 7.8., Strausberg 5.3., Veitshöchheim b. Würzburg 7.12., Vetzberg 7.11., Wetzlar 4.1., Wohnbach 10.2.

Über die Errichtung der Laubacher Märkte nach gräflich-solmsischen Akten*

G. Heinrich Melchior

1. Einleitung

Zum 25-jährigen Jubiläum des Laubacher Heimatmuseums Fridericianum wurde in einem der Laubacher Hefte über dort ausgestellte, besonders ins Auge fallende und ausgefallene, unübliche Ausstellungsstücke berichtet, u. a. auch über das Kriegerdenkmal von 1870/71, physikalische Unterrichtsgeräte aus dem ehemaligen Gymnasium Fridericianum, einen Sack Gonterskirchener Holzkohlen, zwei Marktmeisterhüte der Stadt Laubach und über vieles andere mehr.¹ Letztere waren durch die Aufmerksamkeit der Laubacher Stadtverwaltung bis in unsere Zeit aufbewahrt und schließlich in noch gutem Zustand dem Begründer des Museums, Herrn Willi Demmer, als Ausstellungsstücke überantwortet worden. Die Hüte selbst wurden im oben angeführten Heft im Detail beschrieben (Abb. 1); der Beginn und die Errichtung der Laubacher Märkte sind darin jedoch nur einleitend erwähnt, werden aber auch im Heimatmuseum Fridericianum kurz dargestellt.



Abb. 1: Laubacher Marktmeisterhut und sein nicht definiertes Emblem

* Ohne die Benutzung des gräflichen Archivs wäre diese Recherche nicht möglich gewesen. S. E. Karl Georg, Graf zu Solms-Laubach, danke ich deshalb herzlich für die großzügige Erlaubnis, entsprechende Dokumente daraus nutzen zu dürfen.

1 G. H. Melchior: Marktmeisterhüte als Zeichen behördlicher Ordnungsmacht. Laubacher Hefte, Heft 19, 82-86, 2006.

Hier sollen sie nach den im gräflichen Archiv bislang gefundenen Dokumenten und einigen anderen Unterlagen behandelt werden.

2. Laubacher Märkte vor 1507

Aufgrund eines Bittschreibens² des Grafen Philipp zu Solms-Lich³ aus dem Jahre 1507 an Kaiser Maximilian muss unterstellt werden, dass bereits lange vor deren urkundlicher Bestätigung in Laubach Märkte am Sankt-Gallus-Tag abgehalten worden sind. Eine präzisere Zeitangabe über die erste Errichtung von Märkten in Laubach als vor „hundert Jahren, und länger dann Menschengedenken“ vor dem Jahr 1507 konnte aus dem Dokument jedoch nicht abgelesen werden (Anlage 1). Laut dieser Darstellung hat es sich auch, vielleicht sogar wohl hauptsächlich, um einen Viehmarkt gehandelt, zumal der Handel mit „ochsen, alten und jungen Rindern und anderem Vieh“ als erstes und erst an zweiter Stelle „Gewerbe und Güter“ genannt werden, die zum Markt gebracht wurden. Solche waren sicher die Erzeugnisse der Bauern wie Butter, Eier, Speck, Kartoffeln, Getreide, Kern- und Stein-Obst, vor allem auch als Dörrobst wie gedörnte Zwetschen, Apfelschnitzen, „Bockelbien-schnetze“ (eine kleinfruchtige Birne die gerne für die Zubereitung des „Quetschehoing“ beigemischt wurde), aber sicher wurden auch Gemüse wie Zwiebeln, Meerrettich, Kraut gehandelt. Metzger brachten ihre Wurst- und Fleischwaren zum Markt, vielleicht hatte auch ein Wagner Schubkarren und Wagenrungen und Aufsetzer hergestellt, die er anbot, Seiler, die ihre hanfenen Leinen und Stricke verkauften, Sattler mit Ochsenjochen, Zaum- und Lederzeug, Pferdehalftern und Schmiede mit Ketten, handgeschmiedeten Kloben, Nägeln und Notringen. Bäuerliches Werkzeug zum täglichen Gebrauch wie Besen, Rechen, Hacken und Stiele dazu wurden sicher ebenso zum Verkauf bereit gehalten wie „Milchdebbe“, Sauerkrautsfässer, Kannen, Tassen und „Blädderchen“ (Untertassen), aus denen der Opa sein hartes, getunktes Brot löffelte, und Weber brachten ebenso sicher ihr Weißzeug zum Verkauf.

2 Erwähnt in Anlage 1: Gräfllich-Solms-Laubach'sches Archiv (GSLA): A-LXI Originalia: I Kaiserliche Privilegia, 3a: Bestätigung der Laubacher Märkte durch Kaiser Maximilian im Jahr 1507.

3 F. Uhlhorn: Reinhard Graf zu Solms Herr zu Münzenberg 1491-1562. Elwert Verlag Marburg 1952. S. 9 ff.

Eine eindrucksvolle Zusammenstellung von etwa 70 Ausstellern aus etwa 10 angebotenen Warengruppen und Gewerben auf einem Reichelsheimer, also Wetterauer Markt im Jahr 1668 gibt Steinl.⁴ Sie kamen aus etwa 70 Orten Oberhessens und angrenzenden Regionen. Eine solche Darstellung unterstreicht vor allem die Bedeutung von Märkten im ländlichen Raum; eine zahlenmäßige Übertragung auf Märkte in der Vogelsbergregion ist natürlich nicht möglich, selbst wenn wahrscheinlich auch dort nach der Größe des Einzugsbereichs, des Bedarfs und der wirtschaftlichen Verhältnisse ein reges und geschäftiges Treiben herrschte.

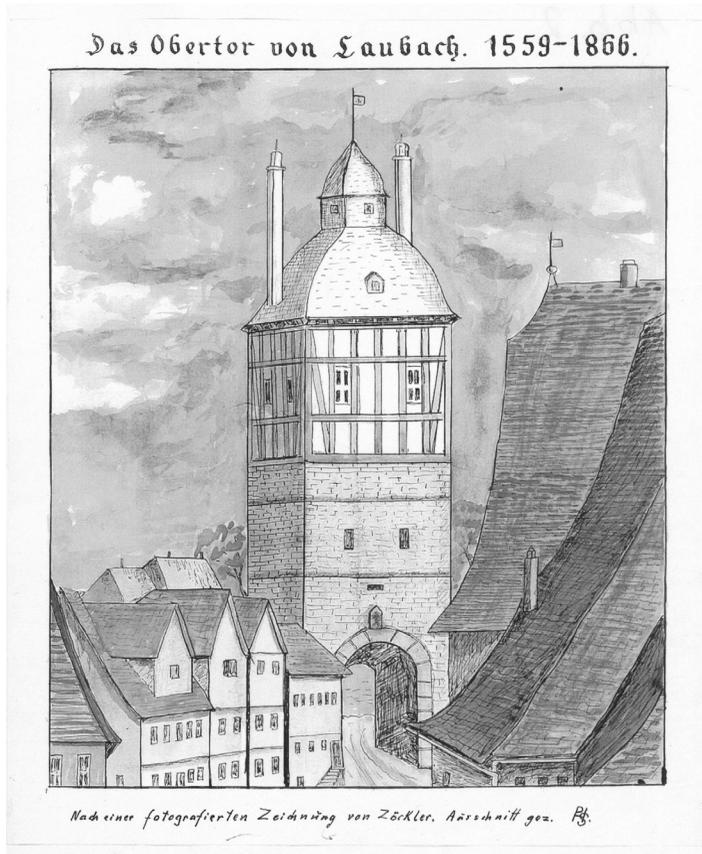


Abb. 2: Das Laubacher Obertor (1559-1866), das zeitweilig auch Arrestzelle und Gefängnis war.

4 G. Steinl: Jahrmärkte in Reichelsheim in der Wetterau. Hessische Familienkunde 21 (1), 1993, S. 15-28.

Wie anfangs des 19. Jahrhunderts Debus den Grünberger Markt erlebte, beschrieb er 1953.⁵ Viele Marktbesucher kamen sicher wohl auch nur des Vergnügens wegen, um das tägliche Einerlei und die ständige schwere Arbeit auf dem Lande für wenigstens einige Stunden hinter sich zu lassen. Es wurde gefeilscht, gegessen und getrunken, manches Mal auch übermäßig. Das galt auch sicher für die Laubacher Märkte. Doch herrschten auch hier strenge Marktregeln. Streitereien, Betrunkene und „Söffler“ wurden überhaupt nicht gern gesehen. Diebstahl wurde sehr streng geahndet. Der Ruf zur Ordnung, Schlichtung und Ruhestiftung, auch auf sehr handgreifliche Weise, war Aufgabe der Marktmeister, die in der gräflichen und großherzoglichen Zeit Laubachs als behördliche Ordnungsmacht für einen ruhigen und geordneten Ablauf des Marktes Sorge zu tragen hatten.⁶ Sie waren deshalb an den Markttagen sicher voll beschäftigt und hatten alle Hände voll zu tun. Krakeeler, Unruhestifter, Betrunkene wurden sofort abgeführt, im nahen Amtshaus abgeurteilt und landeten anstatt in froher Runde vergnügter Zecher bei Wasser und Brot im Stadtgefängnis im Obertor (Abb. 2).

3. „Confirmation“ (Bestätigung) eines Laubacher Jahrmarktes durch Kaiser Maximilian im Jahr 1507 (Anlage 1)

Auf die Bitte Philipps, Graf zu Solms-Lich (1468-1548), wurde von Kaiser Maximilian I, auch der Letzte Ritter genannt (1459-1519), in einem Schutzbrief ein Laubacher Jahrmarkt auf St. Gallus, auf Treu und Glauben, also auf das Wort des Grafen hin, im Jahr 1507 bestätigt (Abb. 3).⁷ Der Wortlaut des Dokuments mit anhängendem (zerbrochenem) Siegel ist in Anlage 1 wiedergegeben. Er besagt, dass auf die Bitte des Grafen hin vor der ihm gehörenden Festung Laubach jährlich ein Jahrmarkt auf Sankt Gallus tagsüber und abends abgehalten werden darf, mit der Erlaubnis, dort Vieh und andere Güter zu handeln.

5 Ph. Debus: Aus der Geschichte der Grünberger und Laubacher Märkte. Heimatzeitung (Grünberg) 07.03.1953.

6 Vgl. Fußnote 1.

7 Graf-Solms-Laubach'sches Archiv (GSLA: A-LXI) Originalia, 3a: Bestätigung der Laubacher Märkte durch Kaiser Maximilian im Jahr 1507.

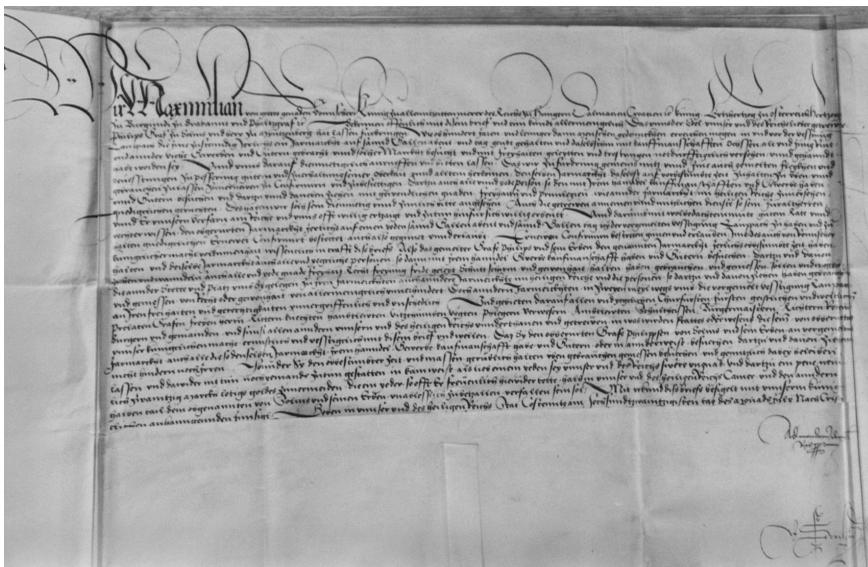


Abb. 3: Die Confirmation des Laubacher Jahrmarktes durch Kaiser Maximilian I. (1459-1519) im Jahr 1507 zur Zeit des Grafen Philipps zu Solms-Lich (1468-1560). Die letzten drei Zeilen mit Unterschriften von Kanzleibeamten sind verdeckt.

Der Markt wurde mit allen Gnaden, Privilegien, Freiheiten versehen, vor allem freiem Geleit, wie es auch anderen Märkten im Heiligen Römischen Reich zukam. Er sollte nach altem Herkommen dazu dienen, den gemeinen Nutzen zu verbessern und des Grafen Herrschaft (Obrigkeit) zu festigen und zu erhalten. Die schnelle kaiserliche Zustimmung und umfangreiche „Aussteuer“ des Marktes beruhte vor allem auf den nützlichen Diensten, die der Graf Philipp von Lich, des Kaisers Rüstmeister,⁸ (Abb. 4) und seine Vorfahren Kaiser und Reich geleistet hatten und auch weiterhin willig zu leisten bereit waren, „darumb mit wolbedachtem mute, gutem Rate vnnnd rechter wissen den [...] Jarmarkht Jerlichs [...] zu halten gnediglichen Ernewet, Confirmirt, bestettet, auch also gegunet vnnnd erlaubt“. Das alles geschah „von Römischer kuniglicher Macht volkumenhait wissentlich in crafft diess briefs, Also das gemelter Grafe Philips vnd sein Erben

8 Vgl. Fußnote 3, S. 11 ff. „Tatsächlich hat Kaiser Maximilian mit Gunstbeweisen nicht gespart. Am 8. Juni 1494 verlieh er dem Grafen das wichtige Privileg, dass seine Untertanen vor kein fremdes Gericht gezogen werden durften“. 1505: Ernennung zum Diener des Kaisers und gesamter Besitz unter kaiserlichem Schutz gestellt. 1507: Verleihung des wertvollen Erz- und Bergwerksregal.

den genannten Jarmarkt, Jerlichs obbestimte Zeit, haben [...]“. Alle Rechte wurden noch einmal ausführlich wiederholt, doch sollten sie für andere Märkte in zwei Meilen Wegs um die Festung Laubach unschädlich bleiben. Ausdrücklich wurden nun alle Untertanen nach Berufsgruppen, beginnend mit den Churfürsten, Fürsten, Prälaten bis hin zu Bürgermeister, Richtern, Räten, Bürgern und Gemeinden, wo immer und in welchem Staatswesen sie sich befanden, aufgefordert, die Kaufleute mit ihrem zum Markt gebrachten Hab und Gut und andere Besucher nicht daran zu hindern, wenn sie nicht des „Reichs swere ungnad, vnd dartzu ein pene (Strafe) nemlich zwanzig marckh lotigs goldes“ gewärtig sein wollten. Diese Strafe war zur Hälfte in die Reichskasse und zur Hälfte in die Schatulle des Grafen zu zahlen. Die Urkunde wurde am 26. Juli 1507 in Konstanz auf Befehl des Kaisers („ad mandatum Regis proprium“) ausgefertigt. Ungeschützt hängt der Urkunde das zerbrochene kaiserliche Siegel an.



Abb. 4: Philipp zu Solms mit seinen Söhnen Reinhard und Otto von Hans Döring 1515 (Foto T. Wellenkötter)

4. Öffentliche Bekanntmachung des Laubacher Gallusmarktes nach Kaiser Maximilians „Confirmation“ im Jahr 1508 (Anlage 2)

Natürlich musste die Bestätigung des Laubacher Gallusmarktes in der Grafschaft und sicher auch über Grafschaftsgrenzen hinaus bekannt gemacht werden, um den nötigen Zulauf zu sichern, d.h. Kaufleute, Handwerker und Bauern über die Möglichkeit zu informieren, dass sie auch im nahe gelegenen Laubach am Sankt-Gallus-Tag bis in die Nacht hinein ihre Waren und Produkte absetzen konnten (Abb. 5),⁹ und dazu der entsprechende Markt errichtet werden sollte. Andererseits war es eine unbedingte Notwendigkeit möglichst viele Besucher zur Deckung ihres notwendigen Bedarfs zum Kauf in das Städtchen „auf die Helle“ zu locken. Nur entsprechendes Angebot und eine genügende Anzahl kaufender Besucher aus nah und fern konnten doch dem Markt Leben geben und sein Überleben über die Zeit sichern. Wie wichtig dazu eine breite Information war, mag daraus hervorgehen, dass bereits „seit Menschengedenken“ in Laubach Märkte abgehalten worden waren, die aber wohl selten wegen des kleinen Einzugsgebietes der Grafschaft, geringen Besuchs und Konkurrenz durch die Märkte der umliegenden Orte langen Bestand hatten.

Die Bekanntgabe sollte wahrscheinlich durch Aushang „Ansehn dieser Schrift“ und „Lesen“ geschehn. Doch wer konnte schon lesen? Viel wahrscheinlicher ist deshalb, dass eine Breitenwirkung hauptsächlich durch Hörensagen geschah. Sicher ist auch ein Ausrufen vorstellbar. Behördliche, das sind gräfliche Befehle, wurden sogar je nach Dringlich- und Wichtigkeit von der Kanzel herab verkündet.

Im Inhalt wird zunächst auf die höchstkaiserliche „Confirmation“ (Bestätigung) für Graf Philipp zu Solms-Lich hingewiesen. Ort des Marktes, Zeitpunkt, der Sankt-Gallus-Tag und die Tageszeit, tagsüber und abends, werden angezeigt. Vor allem sollten dort Vieh, aber auch andere Güter feilgeboten werden. Geleit, Schutz und Schirm waren durch den kaiserlichen Erlass dokumentiert und für alle Besucher und „Kaufmanschaften“ und deren Güter garantiert. Jedermann sollte das Marktgeschehen genießen dürfen; selbst Weide für das zu ver-

9 GSLA: A-XXVII Laubacensia 22: Acta die 3. jahr. und 1. Freytags Wochenmarkt zu Laubach betr. Bekanntgabe durch Graf Philipp zu Solms-Lich im Jahr 1508.

marktende Vieh wurde mit dem Hintergedanken guter Entlohnung zur Verfügung gestellt.

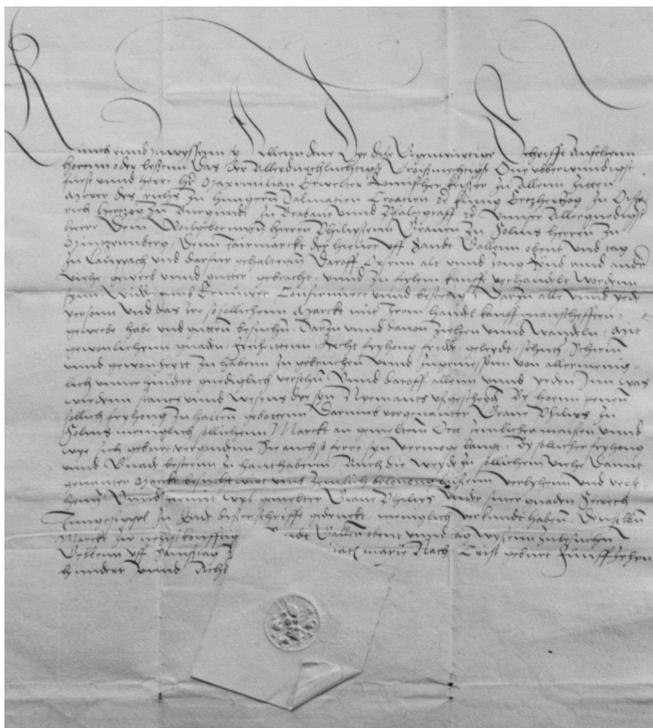


Abb. 5: Bekanntmachung des Laubacher Jahrmarktes 1508 durch Graf Philipp zu Solms-Lich

5. Beschwerde des Grafen Friedrich Magnus an den Landgrafen von Hessen

Der Entwurf eines Briefes aus dem Jahr 1555, der eine Beschwerde des Grafen Friedrich Magnus zu Solms-Laubach (1521-1561, Abb. 6) an den Landgrafen von Hessen über die Grünberger darstellt,¹⁰ macht die prekäre Lage der Laubacher Märkte nach nur knapp 50 Jahren besonders deutlich. Ganz offensichtlich spielte dabei die Rivalität zwischen dem reichsgräflichen Laubach und landgräflichen Grünberg eine ausschlaggebende Rolle.

10 GSLA: A-XXVII Laubacensia 22: Acta ... Entwurf vom 15.11.1555.



Abb. 6: Graf Friedrich Magnus I. (1521-1561), erster Solmser Graf mit festem Wohnsitz in Laubach (Foto T. Wellenkötter)

So war der Laubacher Gallusmarkt so „verderbt [worden] also das deshalb gar In abgangk Kommen und ghen Gromberg transferirt“ werden sollte und der Graf „nit weiß Ich ob sie ...sollich von ... Kaiser erlangt haben möchten wie sie angeben“. Friedrich Magnus macht also vor allem Grünberg für den Niedergang des Laubacher Jahrmarktes verantwortlich und klagt dabei ärgerlich über „allerhandt Zank“, der bei gut nachbarlichem Willen hätte unterbleiben können, zumal ihr eigener Grünberger Markt noch „in gutem Gebrauch“ war. Außerdem dass „Ich nit glauben kann, daß sie Kaiser Maximiliani confirmation Zuwid[er] etwas erlangt“. Darüber hinaus erhoffte er, daß der Landgraf auf „meinen gegründeten Gegenbericht seine Gromberger von Irrem unbefugten suchens gnediglichen abweisen, ...“.

Ähnliche Differenzen gab es auch wohl bezüglich des Wochenmarktes, „denselben anzufechten ... Grombergern keineswegs gebürt“ ... zumal „Ich auch nit wissen [kann] worin doch Inen sollicher wochenmargkt abbrüchig sein möchte ... dieweil der erlangte Jar vnd wochenmargkt [in Laubach] den ... Grombergern an Iren habend[en] Freyheiten gar nit nachteilig [sei]“. Er macht dafür „neydhart“ [Neid¹¹] verantwortlich und fragt, ob sie „wider die christliche Liebe nit stehen mögen, das meine arme Leute durch diese erlangte[n] margkt vinich[er] nutzen bekom[m]en sollten“.

Vor allem ging es dabei um die Verlegung der „zimlich vile Wochenmargkt Vff Freitag und Sonnabent ... hierherumbher“, also in Nachbarorten, deren keiner von Seiten des gräflichen Hauses in Laubach angefochten worden war. Außerdem sei ihm „sollicher Margkt [in Laubach] zu meiner Haushaltung hochnotwendig, was Eure Hochfürstlichen Gnaden selbst ermessen kündten“. Die Bitte des Grafen ging deshalb dahin, ihn und seine Untertanen „bei außbrachten margkten genueglichen Pleiben zu lassen“ und das auch den Grünbergern „gnediglich Vff[zu]erlegen“.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Marktsituation für Laubach wohl eine ganz prekäre war und immer wieder angefochten wurde. Es ist deshalb höchstverständlich, wenn sich ein so aktiver Souverän wie Graf Friedrich Magnus nun an den Kaiser selbst, die höchste Instanz im Reich wandte, um die Situation eindeutig zu klären, und um Laubachs Märkte zu erhalten.

11 Grimm: Dtsch. Wörterbuch, Bd. 13, Sp. 559.

6. Bittschrift des Grafen Friedrich Magnus zu Solms-Laubach an den Kaiser

Etwa im Jahre 1545 siedelte Graf Friedrich Magnus als erster Solmser nach Laubach über.¹² Er und seine Vorfahren hatten bis zu diesem Jahre in Lich residiert. Die Verlegung seines Haushaltes zwangen ihn u.a. auch für den täglichen Bedarf der gräflichen Familie und des Hofes in seiner neuen Residenz zu sorgen. Was lag näher, als den durch die nachträglich im landgräflichen Flecken „Gronberg“ eingerichteten Märkte in große Mitleidenschaft, ja in Abgang gekommenen Laubacher Jahrmarkt auf Sankt Gallus-Tag durch den Kaiser erneuern zu lassen. Besonders die Grünberger Konkurrenz hatte dem Laubacher Jahrmarkt zugesetzt. Friedrich Magnus nutzte dabei die Gelegenheit, zwei Jahrmärkte zu erbitten und einen Wochenmarkt. „So ist an Eure ... May[este]t Meine vnderthenig Pitt ... Zwen Marckt im Jar, einen Donnerstags nach Pfingsten, vnd den andern des nechsten tags nach Michaelis, Vff der hellen Vorm Flecken ... auch alle Freytags einen Wochenmarckt Im Flecken Zuhalten“ (Anlage 3). Alle Märkte sollten auch mit den im Reich üblichen Freiheiten und den bei Übertretung der kaiserlichen Order üblichen Strafen ausgestattet sein.¹³

Der Umzug des gräflichen Haushaltes nach Laubach war sicherlich nur einer der Beweggründe, dass der 1507 von Kaiser Maximilian bestätigte Markt erneuert werden musste. Ein ebenso triftiger Grund waren aber sicher auch die vielen Grünberger Märkte an Pfingstdienstag, an Jacobi, auf Bartholomäi, der Zünfte-Ball und jeden Samstag ein Wochenmarkt. Doch nicht allein diese Grünberger Märkte erschwerten das Überleben des Laubacher Gallmarktes. In der näheren und weiteren Umgebung in Schotten und Lich, um weitere große Konkurrenten in der Nachbarschaft zu nennen, fanden insgesamt etwa 25 Jahrmärkte in vierzehn Ortschaften statt,¹⁴ dazu wurden noch an verschiedenen Tagen meist samstags Wochenmärkte in sieben Orten abgehalten.¹⁵ Hinzu kam, dass der Einzugsbereich der Grafschaft und ihr Hinterland unge-

12 Einzelheiten über Friedrich Magnus zu Solms-Laubach, Laubach und die gräfliche Genealogie bei Trautel Wellenkötter, Laubach, Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl. Laubach 2004.

13 GSLA: A-XXVII Laubacensia 22: Acta ... Entwurf vom 28.12.1559.

14 Vgl. auch Fußnote 4.

15 Zusammenstellung der konkurrierenden Jahr- und Wochenmärkte in der Region. GSLA: A-XXVII Laubacensia. 22: Acta die 3.jahr. und 1. Freytags Wochenmarkt zu Laubach betr. 1559.

mein klein war und geliebet ist. Die Bittschrift trägt als Entwurf kein Datum, ist aber mit Friedrich Magnus abgezeichnet.

7. Bestätigung der Laubacher Märkte durch Kaiser Ferdinand 1559¹⁶

Bis zum Jahr 1559 war der von Kaiser Maximilian bestätigte Laubacher Jahrmarkt für den „des Reichs lieber getreuer Fridrich Magnuß (1521-1561, Abb. 6) Zue stennig ... widerumb in abgang khomen“. Der Graf hatte deshalb den Kaiser gebeten, zwei Jahrmärkte und einen Wochenmarkt im Flecken Laubach „Zu halten und aufzurichten“. Dieser Bitte wurde in einem kaiserlichen Dokument vom 10. August 1559 entsprochen (Anlage 4). Es enthält zunächst ausführlich alle Titel des höchsten Souveräns des Heiligen Römischen Reiches, etwa 30 an der Zahl (Abb. 7). Es folgt die Ursache des „Abkhomens“, des Niedergangs, des „Laubacher Gallmarktes“: Der landgräfliche Flecken Grünberg hatte seinen Gallmarkt nämlich zum gleichen Zeitpunkt abgehalten. Seine Tradition, sein Einfluß und sein Ruf in einem großen Hinterland waren weit bedeutender als der mit weit weniger Einzugsbereich versehene der kleinen Laubacher Grafschaft.



Abb. 7: Die Confirmation der Laubacher Jahr- und Wochenmärkte durch Kaiser Ferdinand I. (1503-1564) im Jahr 1557 zur Zeit des Grafen Friedrich Magnus I. zu Solms-Laubach (1521-1561). Ausschnitt

Auf Grund der Tatsache, dass Friedrich Magnus seine Haushaltung nach Laubach verlegt hatte, seine Vorfahren dort nicht residiert hatten und seine Untertanen aufs höchste beklagten, dass sie „auch sonst nit vill narung heten“, billigte Kaiser Ferdinand dem Grafen zwei Jahrmärkte und freitags einen Wochenmarkt zu. Die Jahrmärkte waren

16 Anlage 4.: GSLA: LXI Originalia. 3b: Bestätigung der Laubacher Märkte durch Kaiser Ferdinand im Jahr 1559 zur Zeit des Grafen Friedrich Magnus zu Solms-Laubach.

einen Tag vor Johannis (24. Juni) und am achten Tag nach Michaelis (29. Sept.) „auf der Hellen vor dem Fleckhen“ und die Wochenmärkte „im Fleckhen Zu halten, vnd aufzurichten“. Die „diemuetig Zimblich“ Bitte von Friedrich Magnus war auch deshalb auf fruchtbaren Boden gefallen, weil „seine Vordern und er ... unsern vorfarn, vnns vnndt dem Heilligen Reich offt willigelich“ nützliche Dienste erwiesen hatten und auch fernerhin „Zu thun vnnd zu laisten, sich gehorsamblich erpeut, auch woll thuen mag vnnd solle“. Mit der doch nicht ganz selbstlosen kaiserlichen Erlaubnis die Märkte „hinfüro ewigelich“ in Laubach abhalten zu dürfen, war also auch für die Zukunft die Auflage der Hilfeleistung für Kaiser und Reich verbunden.¹⁷

Den Ausstellern der Märkte, die sie mit ihren „Gewerben, waren, haab vnnd guettern“ besuchten, waren „alle vnnd yegelich gnad, Freyheit, sicherheit, glait, gerechtigkeit ... auß Römischer Kaiserlicher Macht volkhomenheit ... craft dits Brieffs“ für sich und ihre Waren garantiert, damit sie sie wie auf anderen Märkten im Heiligen Reich „gebrauchen und geniessen“ könnten. Das galt so auch „auf vier meill wegs vmb gemelten Fleckhen“. Sämtliche Untertanen waren an diesen „Erlass“ gebunden und ihnen war auch auferlegt, dass sie in keiner Weise anderen erlaubten, Besucher am Marktbesuch zu „hindern, [zu] irren, belaidigen, oder beschwären“. Dazu werden die Untertanen von Kurfürsten, über Grafen und Rittern bis hin zu Bürgern, Gemeinden, Schultheisen und Getreuen, wessen Staatswesens sie auch immer waren, in einer langen Liste wiederum aufgeführt. Ungehorsam diesem Befehl gegenüber hatte „des Reichs schwäre vngnad“ und Strafe zur Folge, die sich vor allem auch in Geldeswert von „Dreissig Mark lottigs Goldes“ ausdrückte, die zur Hälfte an die Kammer des Reichs und zur andern Hälfte an den Grafen und seine Nachkommen zu zahlen waren.

17 Die ehemalige deutsche Reichsmatrikel beinhaltete das Verzeichnis aller Stände und u.a. die von ihnen für Kaiser und Reich zu stellenden Truppenkontingente, die schließlich in die von den Untertanen zu zahlenden Matrikularumlagen umgewandelt wurden (Meyers Konvers. Lexikon Bd. 11, 1896). Im Jahr 1521 hatte Philipp von Solms-Lich 9 Reiter und 20 Fußsoldaten zu stellen, deren Zahl bis 1593 nur unwesentlich (4/24) geändert wurde (GSLA: A-X Comitalia. 1 Acta die Reichs-Verfassung ... nebst die Reichs Matricul angehenden Papieren. Ober Rheinisch Creiß). Alle Solmsier Grafen (Lich, Braunfels, Rödelheim, Laubach, Hohensolms) hatten 1654 nach der Umwandlung 264 Gulden zu zahlen. Auf Laubach entfielen davon 35, knapp das Vierfache entfiel auf Braunfels mit Greifenstein und Hungen (GSLA: A-X: Varia. Ila: Die Reichs Matricul betr.).

Der Befehl trägt die eigenhändige Unterschrift des Kaisers Ferdinand (Abb. 8) und in einem hölzernen Behälter hängt das schöne und gut erhaltene kaiserliche Siegel an (Abb. 9). Die allgemeine Bekanntmachung des kaiserlichen Erlasses erfolgte im September 1560.

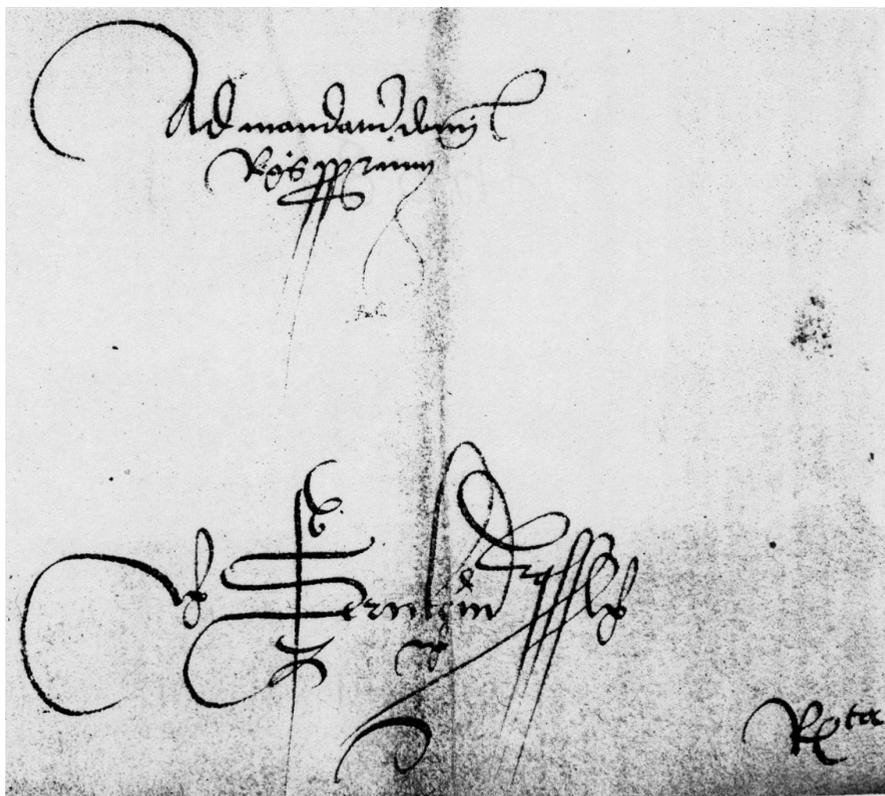


Abb. 8: Kaiser Ferdinands Unterschrift

8. „Beförderung“ der Laubacher Märkte

Mit der höchstkaiserlichen Confirmation Ferdinands hatten die Laubacher Märkte sicher eine Zeit lang ihren festen Platz im Gemeinwesen der Grafschaft und des Städtchens erlangt und auch politisch gefunden. Es wurde nun mit größter Wahrscheinlichkeit auch von Seiten der gräflichen Verwaltung alles getan, um sie mit bestem Willen und großen Anstrengungen in gutem Stand zu halten und nach bestem Wissen zu fördern. Worin aber bestanden die Möglichkeiten, den Laubacher Märkten auch ferner eine sichere Entwicklung zu bieten? Sie

konnten in Vergünstigungen innerhalb des Marktgeschehens und Bitten um Mithilfe und Förderung der Märkte durch befreundete Orte und Familienangehörige des Souveräns bestehen, wie es 1561 auch geschah.¹⁸



Abb. 9: Das in einem am Pergament anhängenden Holzbehälter aufbewahrte Siegel Kaiser Ferdinands

So durften auch, als vor Zeiten der Gallusmarkt noch im Schwung war, die Bürger zwei Wochen lang ausschenken und brauchten kein Entgelt (Steuer) zu zahlen. Jetzt wünschten sie wenigstens acht Tage eine solche Begünstigung zu genießen. Bäckern war sogar bei höchster Strafe auferlegt worden, dass sie sich mit genügend „grobem brott Vndt Wegk gefaßt machten“. Die „metzler“ hatten sich mit genügend Fleisch einzudecken, damit deshalb keine Notlage entstünde. Der Krämer Vorteil bestand darin, dass sie noch kein Standgeld zu bezahlen brauchten, „biß der margkt etwas in gangk kompt“. Jedem Bürger sollte

18 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Schreiben an verschiedene Adressaten und Aufzählung der Förderung Laubacher Märkte aus früherer Zeit im Juni 1561.

auch erlaubt sein, fremden Gästen Geld zu geben und sie zu beherbergen. Vom Braumeister war sogar eine Garküche aufzuschlagen. War es, um Bier zu erwärmen, das ja damals warm getrunken wurde, oder um Essen zuzubereiten? Es geht aus den Anweisungen nicht hervor. Außerdem war „Zugedencken, wie es mit Verhütung [Schutz] des margkts Zuhalten“ war. Im Jahre 1561 sollte er wenigstens zwei Nächte lang bewacht werden.

Und worin bestand die Förderung von außen? Die Grafen Reinhard zu Solms-Braunfels und Philipp zu Solms-Lich waren anzuschreiben, dass sie dem „landvolck ... gebieten lassen wöllen ... dass sie ... Vff dießem margkt erscheinen“. Ähnliches wurde auch dem Schottener Schultheißen insinuiert und wahrscheinlich noch in anderen Orten von der Obrigkeit durch die gräfliche Verwaltung erbeten. Alles sollte auf Gegenseitigkeit geschehen, und es wurde in der Tat auf diese Weise ausgeführt, wie der zum Teil noch vorhandene Schriftwechsel ausweist.

9. Weitere Entwicklung der Laubacher Märkte

Wer nun jedoch etwa geglaubt hätte, dass sich damit eine kontinuierliche Entwicklung der Märkte angeschlossen hätte, sah sich wohl doch nach nicht allzu langer Zeit sehr enttäuscht, denn in den nachfolgenden Jahrhunderten entstanden immer wieder viele Schwierigkeiten durch die Nähe und Häufigkeit der Märkte in den umgebenden Städten¹⁹ wie in Alsfeld, Grünberg, Schotten, Nidda, Ortenberg, Lich, Bellersheim, Birstein, Münzenberg, Hungen und einigen weiteren. Sogar Wetzlar, Friedberg, Butzbach, Gießen und Marburg in weit mehr als 30 km Entfernung von Laubach wurden als Konkurrenten angesehen. Schon mit dem Dankeschön an den Kaiser²⁰ wird wegen der Donnerstag nach Pfingsten und den nach Sonntag nach Michaelis liegenden Märkten mitgeteilt, dass sie einigen Nachbarn „ungelegen sein wöllen“. Friedrich Magnus bittet deshalb um Verlegung „vf den achten Tag vor Johannis Baptiste vnd den andern Vff den achten Tagn nach Michaelis allergnedigst stellen zulassen“, damit weder eigene noch andere Untertanen „keinen nachteil oder abbruch nennen dörfen“.

19 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta die drei jahr- und 1.freytags Wochenmarkten Zu Laubach betr.1564.

20 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22:Acta ... Schreiben vom 28.12.1559.

Auseinandersetzungen folgten vor allem auch noch mit der Stadt Grünberg, der der Michelsmarkt ihren Calixti-Markt im Jahr 1564 „Hochlich beschwert“. Bürgermeister und Rat baten deshalb im März im Einvernehmen und mit der Unterstützung durch den Landgrafen um die Verlegung auf acht Tage nach Christi Kreuzerhebung. Sie sollte aber „ahn der erlangten Kayserlichen Begnadigung nicht abbruchig oder nachtheilig sein“ ... „So wollen wir vnd vnserre Burger was vnss als nachbern möglich, Vnd Zu befurderung ahngezogener Merkte reichen mag nichts verwinden laissen, Zu Vhrkundt, Das diese Verlegung also vff unser ansuchen geschen, Haben wir ... Siegell an diesen Brief gedruckt“.²¹ Auch das des Hessischen Rentmeisters wurde angedruckt (Abb. 10).

Schon gegen Ende April erfolgte die zusagende Antwort der Grafen Philipp zu Solms und Johann zu Wied als Vormünder der Kinder des verstorbenen Grafen Friedrich Magnus:²² „Das derwegen wir auß gutem nachbarlichen willen gemelten laupacher Michels margkt dermassen verlegt vnd transperirt wirt, Das derselb nun hinfurter jedes Jars vff den nechsten Sonntags nach Creutz erhebung vf welchen Zuuor [zuvor] die laupächer Kirchweihe im Pabstumb gewesen, ... gehalten werden.“ „Doch soll diese ... Verlegung Vnß (und unsern Pflegekindern) oder Vnsern Vnderthanen ... Vnd dem andern Johannismarkt nit abbruchig oder nachtheilig sein, ...“.

Wahrscheinlich geschah im Zusammenhang mit dem Schreiben der Grafen Friedrich, Albrecht Otto I, Wolfgang und Heinrich Wilhelm zu Solms im Jahre 1607 eine weitere Terminänderung eines Jahrmarktes, der mit dem Sonntag Misericordia im Zusammenhang steht.²³

21 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Schreiben des Bürgermeisters und Rats der Stadt Grünberg vom 8. März 1564.

22 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Schreiben der Grafen Philipp zu Solms-Lich und Johan zu Wied vom 21. April 1564.

23 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Schreiben der Grafen Friedrich, Albrecht Otto, Wolfgang und Heinrich Wilhelm vom 22.02.1607.

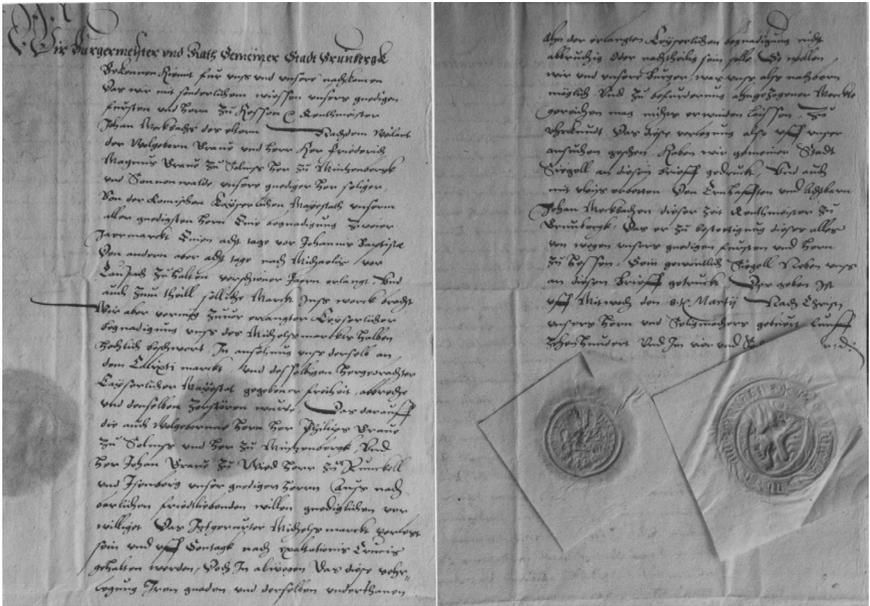


Abb. 10: Schreiben der Stadt Grünberg mit dem Siegel der Stadt und dem des landgräflichen Rentmeisters

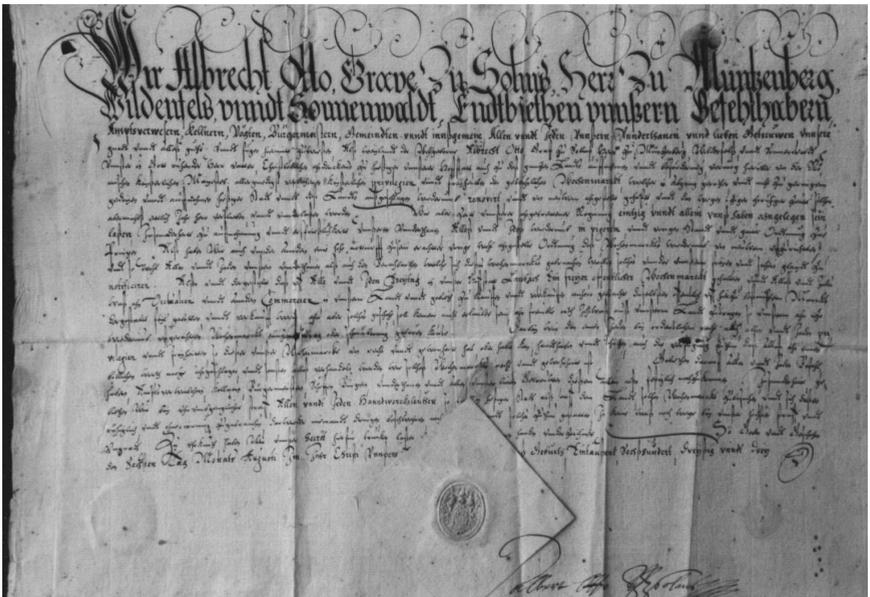


Abb. 11: Siegel und Unterschrift am Aufruf des Grafen Albrecht Otto II. zu Solms-Laubach im Jahr 1633, in Laubach wieder einen Wochenmarkt abzuhalten

Leider konnte der genaue Grund des Schreibens nicht geklärt werden, weil viele Worte gestrichen wurden und der Rest mit Ausnahme weniger Worte nicht leserlich ist. Weitere Unterlagen bezüglich der Jahrmärkte über das Berichtete hinaus konnten im gräflichen Archiv bislang nicht gefunden werden.

10. Die Wochenmärkte im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts

In einem Befehl vom Jahr 1633 lädt Graf Albrecht Otto II. (1610-1639),²⁴ wiederum Aussteller, Gäste und Besucher zum Laubacher Wochenmarkt ein (Anlage 5), der vom Kaiser, freitags im Flecken Laubach zu halten, bewilligt worden war. Dabei ist allerdings wahrscheinlich, dass es sich nicht um eine neue kaiserliche Bestätigung handelt, sondern um die des vorausgegangenen Jahrhunderts. Sicher ist deshalb auch, dass der vom gräflichen Hause so sehr benötigte Wochenmarkt einmal mehr mangels Interesse, Konkurrenz und durch die Kriegswirren eingegangen war. Es war sicher ein durch die Not der Zeit mitten im Dreißigjährigen Kriege geprägter Schritt, den Albrecht Ottos I. Sohn unternahm,²⁵ jeden Freitag einen „freyen öffentlichen Wochenmarkt“ zu halten, weil der alte wie so oft schon vorher in „Abgang gerathen und nicht Zu geringsten gedeyen [...] hießiger Stadt vnndt des Landts außgeschlagen“ war. Trotz aller Verwüstungen im Lande sollte er wieder ins Leben gerufen und „in gute Ordnung Zur ersprißlichkeit Vnßerer Vnnderthanen“ gebracht werden. Alles, was „ahn Victualien vnndt anderen Commerciën“ im Land produziert wurde, sollte öffentlich am Rathaus feilgeboten werden. Auch hier wurden alle Freiheiten und Privilegien zusätzlich auch vom Grafen garantiert. Neu ist aber, dass „Insonderheit gebiethen Wir bey ohn vmbgenglicher straf Allen vnndt jeden Handwerksleuthen so wohl in hießiger Stadt alß auf dem Landt solchen Wochenmarkt Zubesuchen vnndt sich deßen rühiglich vnndt ohne irrung Zu gebrauchen, ...“. Wahrscheinlich mußte trotz aller gegebenen Garantien für den Schutz von Verkäufern und Käufern aufgrund der verständlichen Angst in den

24 Albrecht Otto II starb an einer Schußwunde, die er auf der Jagd im Gonterskircher Wald 1639 durch seinen Kammerdiener erhalten hatte: Graf zu Solms Laubach, R.: Geschichte des Grafen- und Fürstenhauses Solms. Tab. VIII: Solms-Laubach oder Alt-Laubacher Linie + 1676. Frankfurt am Main 1865.

25 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Befehl des Grafen Albrecht Otto II. aus dem Jahr 1633, in Laubach wieder einen Wochenmarkt abzuhalten.

Zeiten des Krieges und wegen so solch drastischen „Einladungen“ gegriffen werden, um den Markt überhaupt zu beleben. Die dargestellte Einladung war also ein sehr eindeutiger Befehl des Souveräns.

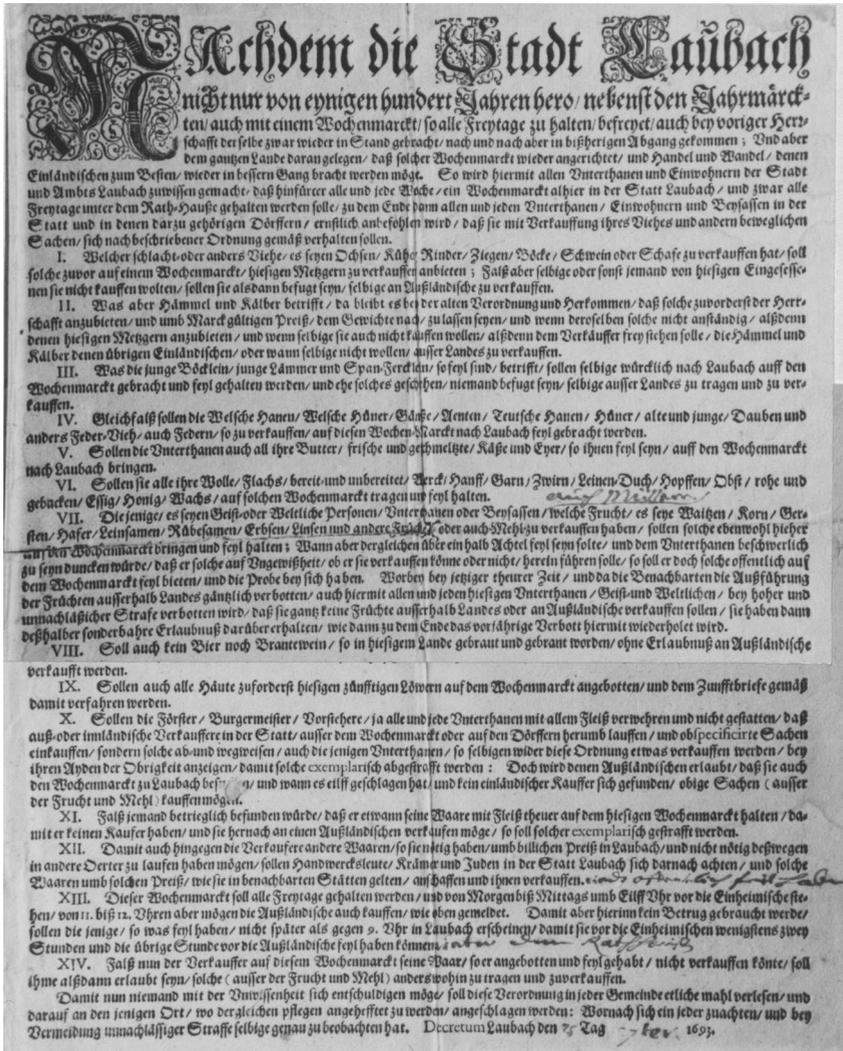


Abb. 12: Wochenmarkt-Ordnung der Stadt Laubach von 1693, die so oder ähnlich selber auch schon für frühere Laubacher Jahr- und Wochenmärkte gültig war

Durch welche Maßnahmen der Laubacher Wochenmarkt sich in dieser unruhigen Kriegs- und Nachkriegszeit halten konnte, weist die städtische Marktordnung und Erneuerung des Wochenmarktes unter

dem Rathaus von 1693 aus (Abb. 12).²⁶ Wieder einmal war der Markt „zwar wieder in Stand gebracht, nach und nach aber in bißherigen Abgang gekommen“, was den Eindruck vermittelt, es nicht anders erwartet zu haben. So wird nun auch wieder „Untertanen, Einwohnern und Beysassen in Statt und in [...] Dörfern ernstlich anbefohlen, [...] dass sie mit Verkauffung ihres Viehes und anderen beweglichen Sachen“ sich ordnungsgemäß verhalten.

Diese Marktordnung wird in 14 Punkten detailliert abgehandelt (Abb. 12). Es zeigt sich außerdem, dass nun auch der früher an Jahrmärkten auf der Helle stattfindende Viehmarkt während des Wochenmarktes unterm Rathaus stattfand. Schwer verständlich dabei ist heute, wie auf einem solch kleinen Platz am alten Rathaus Vieh, Geflügel, Milch-, Getreideprodukte, Häute, Bier und Brandewein gehandelt werden konnten: der Markt damals muß wohl doch nur ein Schatten dessen gewesen sein, was man sich vordem unter Markttreiben vorstellte oder die engen Gassen um das Rathaus waren mit Vieh, Händlern und Ständen vollgestopft, um auch in Kriegszeiten eine gewisse Fülle vorzutäuschen.

Interessant in dieser Marktordnung sind vor allem die Punkte, welche die Käufer definieren, an die auf Grund der Not im eigenen Lande verkauft werden durfte. Wenn nicht mit spezieller Erlaubnis waren „bey hoher und unnachlässlicher Strafe [...] Früchte ausserhalb Landes oder an Außländische [zu] verkauffen“ zumal „die Benachbarten die Außführung der Früchten ausserhalb Landes gänzlich verboten“ haben. Hammel und Kälber waren zuerst der gräflichen Herrschaft anzubieten. Wer seine Waren „betrieglich“, teuer, zurückhielt, um sie „Ausländern“, Grafschaft Fremden, zu verkaufen, sollte ebenso exemplarisch bestraft werden, wie Untertanen, die mit Ausländern wider diese Ordnung Geschäfte machten. Auch in den Dörfern und in der Stadt mußten sie von behördlichen Mitarbeitern wie Förstern, Bürgermeistern aber auch allen Untertanen vom Kauf zurückgewiesen werden. „Ausländer“ hatten erst nach elf bis um zwölf Uhr Zugriff auf inländische Waren, wenn sie nicht bis zu dieser Zeit verkauft worden waren, allerdings in keinem Fall auf Frucht und Mehl. Damit Untertanen als Verkäufer hierbei nicht betrügen konnten, hatten sie ab neun Uhr am Marktgeschehen teilzunehmen. In der Grafschaft unübliche

26 GSLA: A-XXVII Laubacensia, 22: Acta ... Laubacher Marktordnung aus dem Jahre 1693.

Waren sollten von Handwerksleuten, Krämern und Juden in der ausländischen Nachbarschaft eingekauft und zu den dort üblichen Preisen in der Grafschaft in den Handel gebracht werden, um Käufern den Weg in andere Orte zu ersparen. War ein Verkäufer auf seiner feilgebotenen Ware sitzen geblieben, durfte er sie mit Ausnahme von Frucht und Mehl anderswohin verkaufen.

Das in Abbildung 12 wiedergegebene Dekret der Stadt war durch mehrmaliges Verlesen in jeder Gemeinde und danach an bekannten Orten durch Anschlag bekannt gemacht worden. Zu fragen ist allerdings auch, ob in dieser Zeit, aus welchen Gründen auch immer, der städtische Wochenmarkt die Jahrmärkte „auf der Helle“ ersetzte. Es muss nach dieser Marktordnung wohl angenommen werden.

11. Laubacher Märkte heute

Trotz der öfteren und langen Perioden der Unterbrechung aufgrund von Kriegen und wirtschaftlichem Niedergang in den Jahrhunderten bis zum 20. Jahrhundert überlebten die Laubacher Märkte, dank rühriger Vertreter der Laubacher Wirtschaft und einer kompetenten Stadtverwaltung, auch bis heute und neue Märkte sind hinzu gekommen. So sind aus den zwei Jahrmärkten des 16. Jahrhunderts etwa sechs Märkte und Ausstellungen geworden, die teils wirkliche Jahrmärkte wie Frühjahrs- und Weihnachtsmarkt mit vielen Ständen sind, denen die Standgebühren nicht mehr erlassen werden müssen wie dazumal. Sie tragen aber auch kulturellen Charakter wie das internationale Orgel- und Drehorgel- und das Hessische Bluesfestival „Blues, Schmus & Apfelmus“. Der auf historischen Tatsachen begründete „Laubacher Ausschuß“, dem auch ein Krämermarkt angeschlossen ist, hat dagegen schon eine Jahrhunderte alte Tradition. Selbst ein kleiner Wochenmarkt am Donnerstag hat auf dem alten, kleinen Marktplatz wieder seinen angestammten Platz gefunden.

Dabei hat sicher auch die gute Zusammenarbeit von Wirtschaft, Verwaltung und Vereinen mit dem Gräflichen Hause und dessen kulturellen Impulsen und Märkten im Schlossbereich, Schlossparkkonzerten, Opernveranstaltungen das Laubacher Marktgeschehen in ungeahnter Weise beeinflusst und entwickeln lassen. Als Beispiel sei nur das im gräflichen Schlossgarten stattfindende „Lichterfest“ genannt, das mit seinen Hunderten von Besuchern Laubach weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte. Solche Veranstaltungen und Märkte machen

Laubach heute zu einem rührigen kulturellen Mittelpunkt. Auch hier trägt die fruchtbare Symbiose zwischen gräflichem Hause, der Stadt und dem Land genau so wie vor 500 Jahren ihre Früchte, als von den Grafen Philipp und Friedrich Magnus die Märkte vom Kaiser für Laubach erbeten wurden, und sicher alle Laubacher Grafen und die Stadt um sie und ihr Überleben kämpfen mussten.

Heute bilden vor allem auch die Laubacher und die dörflichen Vereine mit ihrer großartigen und ständigen Hilfsbereitschaft ein breites und stabiles Fundament beim Gelingen der vielen Laubacher Veranstaltungen mit erstaunlichen Ergebnissen in Wirtschaft und Kultur, die vor einigen Jahren noch niemand erahnen konnte, und die Laubach zu einem Zentrum machen, das weit über die ehemaligen Grafschaftsgrenzen hinaus wirkt.

Anlagen

Anlage 1: Kaiser Maximilians Bestätigung des Jahrmarktes in Laubach im Jahr 1507 nach der Bitte des Grafen Philipp zu Solms(-Lich). Zeilenende: //, FN = Fußnote (Abb. 3, FN 7)

Wir Maximilian von Gottes Gnaden Römischer Kunig zu allenn tzeitten merer des Reichs, zu Hungern, Dalmatien Croatien etc. Kunig, Ertzhertzog zu Österreich Hertzog//

Zu Burgundt Zu Brabant und Phaltzgraf etc. Bekennen offenlich mit disem brief, vnd tun kundt allermeniglich, Das vnns der Edel vnnsere vnd des Reichs lieber getrewer, //

Philips Graf Zu Solms, und Herr Zu Myntzenberg, hat lassen fürbringen, Wie ob hundert jaren, und lennger dann menschen gedennckhen erreichen mögen, in und vor der vesstung//

Lauppach, die Ime zustenndig jerlichs ein jarmarkht, auf sannt Gallen abent, vnd tag, geübt gehalten vnd daselbsthin mit kauffmansschafften ochssen, alt und jung Rint, //

vnd annder Viehe, Gewerben vnd Gütern, gebracht vnnd solcher Markht besucht vnd mit Freyhaiten, geleyten und tröstungen notdürfftiglich versehen, vnd gehandt//

habt worden sey. Vnd vnns darauf dienmuetiglich anrueffen vnd bitten lassen. Das wir Zu Fürdrung gemoins nutz, vnnd Ime auch gemelten Flegkhen und//

beuesstungen zu pesserung gutem vnd zu erhaltung seiner oberkait, vnnd alltem herkomen, denselben Jarmarckht daselbst auf vorbestimpte zeit zuhalten, zu vben vnnd//

gebrauchen zu lassen, zun erneven zu Confirmirn vnd zu bestettigen, dartzu auch alle vnnd yede person, so den mit Irem handel kaufmanschaftten vnd Gewerbe, haben//
vnnd Gütern, besuchen, vnd dartzu vnnd daneben ziehen mit gewöndlichen gnaden, Fryhaith- vnd priuilegien wie annder Jarmärckht im heiligen Reiche, zuu versehen//
gnediglichen geruchten, des haben wir sol[en] sein diemuetig vnd zimlich bitte angesehen. Auch die getrewen annemen vnnd nutzlichen dienste, so sein Furaltherrn//
,vnnd Er vnnsern Vorfarn am Reiche vnd vnns oft willig ertzaigt, vnd zu tun hinfür sich willig erbeutt. Vnnd darumb mit wolbedachtem mute, gutem Rate, vnnd//
rechter wissen, den obgerurten Jarmarkht Jerlichs auf einen yeden sannd Gallen abent vnd sannd Gallen tag bey der vorgemelten Vesstigung Lauppach zu haben, vnd zu//
halten gnediglichen Ernewet, Confirmirt, bestettet, auch also gegunet vnnd erlaubt. Ernewen Confirmirn bestetten gunen vnd erlauben, Ime, des auch von Römischer//
kuniglicher Macht volkumenhait wissentlich in crafft diess briefs, Also das gemelter Grafe Philips vnd sein Erben den genannten Jarmarkht, Jerlichs obbestimbt Zeit, haben//
halten, vnd der selbe Jarmarkht auch alle vnd yegliche personen, so dann mit Irem Handel, Gewerbe, Kaufmanschaftt, haben vnd Gütern, besuechen, dartzu vnd dauon//
ziehen vnd wandeln auch alle vnd yede gnade, freyhait, Recht, Freyung, fride, geleyt, Schutz, Schirm, vnd gewonhait halten, haben, gebrauchen, vnd geniessen, sollen vnd mögen,//
die annder Stette vnd Plätz, vmb sy gelegen, zu Iren Jarmerckhten, auch anndere Jarmerckhte im heiligen Reiche, vnd die personen so dartzu, vnd dauon ziehen, haben gebrauchen//
vnd geniessen, von Recht oder gewonhait von allermeniglich vnuerhindert. Doch anndern Jarmerckhten in Zweyen meyl wegs vmb die vorgemelt vestigung Lauppach,//
an Iren Freihaiten vnd gerechtigkaiten vnnergriffenlich vnd vnschedlich. Vnd gebieten darauf allen vnd yeglichen Churfürsten, Fürsten, geistlichen, vnd weltlich[e]n//
Prelaten, Grafen, Freyen Herrn, Rittern, Knechten, Hauptleuten, vitzthumben, vögten, Phlegern, Verwesern, Ambtleuten, Schultheissen, Burgermaistern, Richtern, Reten,//
Bürgern vnd gemainden, vnd sunst allen anndern vnnsern vnd des heiligen Reichs vnnderthanen vnd getrewen, in was wir den stattes oder wesens, die sei[e]n, von obberürter//

vnnser küniglichen macht ernnstlich vnd vesstiglich mit disem brief, vnd wellen, daz Sy den obberurten Grafe Philippsen von Solms, vnd sein Erben, an vorgemelt[e]m//

Jarmarckht auch alle die so denselben Jarmarckht, Irem Hanndel, Gewerbe, Kaufmanschaft, Habe, vnd Gütern, oder in annderweisse, besuchen, dartzu vnd davon, ziehen//

nicht hindern noch irren. Sonder sy den obbestimbter Zeit, vnd massen gerubl[ich?] halten, üben gebrauchen geniessen besuechen, vnd genutzlich dabey beleiben,//

lassen, vnd dawider nit tun noch yemand zutun gestatten in kain weise als lieb einem yeden sey vnnser vnd des Reichs swere ungnad, vnd dartzu ein pene nem//

lich zwantzig marckh lotigs goldes zuvermeiden, die ein yeder, so offt er freuenlich hiewider tette, halb in vnnser vnnnd des heiligen Reichs Camer, vnd den andern//

halben tail, dem obgenannten von Solms vnd seinen Erben, vnabliesslich zu betzallen verfallen sein soll. Mit vrkund diss briefs besigelt mit vnnserm künig-//

clichen anhanggennden Innsigl. Geben in vnnser vnd des heiligen Reichs stat Cöstenntz am sechsendt zwaintzigisten tag des Monads july Nach Cristi//

geburd funtzehen hundert vnd im Sibenden Vnnser Reiche des Römischen im zwaynndtzwaintzigisten vnd des Hungerischen im Achtzehenden Jaren Ad mandatum

Regis p[ro]pium [: Unterschrift] (Auf Befehl des Königs selbst)

Confirmaron Solms (Bestätigen Solms)

Confirmaron den Jarmarkt

PA

Zu Lauppach [Unterschrift]

Von Kaiser Maximiliano de dato

Costantz d[en] 26.t[en] juli 1507

No 33 Laupach

[Von anderer Hand:] Königs Maximilians Confirmation des Jahrmarkts zu Laubach auf Galli d. 26. July 1507

Anlage 2: Öffentliche Bekanntgabe des Laubacher Marktes wahrscheinlich durch Philipp Graf zu Solms-Lich im Jahr 1508 nach der Bestätigung durch Kaiser Maximilian im Jahr 1507. Zeilenende: //; unleserlich: ... FN 9 Kunth vnnnd zuwyssenn usw. Allenn dene Dye dieße [...] Schrifft Ansehenn//

Horenn oder leßenn Das der Allerdurchluchtigst Großmechtigst One vbber wind[l]igst// fürst vnnnd Herr H[er] Maximilian Erwelter

Romis[c]her keißer Zu Allenn Zittenn// merer des richs Zu Hungern[n]
 Dalmatien Croatien usw. Kunig Erzhertzog Zu Oiste-// rich Hertzog Zu
 Burgundt Zu Brabant Vnnd Pfaltzgraf usw. Vnnsere Allergnedigst[er]//
 Herre Dem Voilgebor[nen] vns[er]n Herren Philipsenn Grau[v]en Zu
 Solms Herren Zu// Mintzennberg, Denn Jaimarckt der hiruor vff Sandt
 Gallenn abent Vnd tag// Zu Lauppach vnd darfur gehalten Daroff Oxenn
 alt vnnd Jong Rynd vnnd ande[res]// viehe, gewerb vnnd gutter, gebracht,
 vnnd Zu fryhem kauffe verhandelt Wordenn// synn, Widderumb Erneuert
 Confirmiert vnd bestetig[t], Dar Zu alle vnnd yede// personn Vnd das ... so
 sollichenn marckt mit Irem Handel kauffmanschefften,// Gewerbe habe
 vnd gutte[r]n besuch[e]n, Darzu vnnd davon Ziehen Vnnd wand[e]ln, mit//
 gewonlichen gnaden, Freiheittenn, Recht, fryhong fridde, geleydt, Schutz,
 Schirrm// vnnd gewonheytt Zu haben Zu gebr[a]uchen Vnnd Zuge-
 niesßenn von allermenig-// lich vnnve[r] hindert gnediglich versehnn Vnnd
 daroff allenn vnnd yeden Inn was// wirkenn stands vnd Wesens dye Syn
 Nyemants vß sollich fryhong Zu halten gebottenn Darumb
 vorgeanter Graue Philips Zu// Solms meniglich sollichen Marckt an
 gemeltem Ort Zemlicher maïßen vnnd// wye sich geburt, vergondenn Sie
 auch so ... syn vermoge langt, ... sollicher fryhong// vnnd Gnade ... Zu
 hanthabenn, Auch die Weyde Zusollichem Viehe Damit// genannter
 Marckt besucht wirt vnnt Zemlich bilonong laßen Verlyhenn Vnnd ...-// ...
 Vnnd hermit ... gemelter Graue Philipps Under ... gnaden ...// Inngesiggel
 Zu Ende dißer schrift gedruckt menniglich Verkundt haben[n], Den-
 selbenn// Marckt Zur ... konpftigem Sandt Gallen abent vnnt tag Wyßenn
 Zubesuchen// Gebben vff Samstag Nach ... marie Nach Crist geburt
 FünffZehen// Hundert Vnnd Acht Jahre

Papiersiegel (aufgedruckt)

Anlage 3: Suplic (Bittschrift) des Grafen Friedrich Magnus, Graf zu Solms, Herr zu Mintzenberg und Sonnenwaldt an Kaiser Ferdinand, weg[en] der LauPacher Jar Vnd Woch[en] Marckte (Entwurf, ohne Datum). // Zeilenende oder //...// Korrekturen im Entwurf des Grafen; unleserlich: ... FN 13

Allerdurchlauchtigster, Großmechtigster Und Unuber// Windlichster Romischer Keyser allergnedigster// Herr

Ob woll der Fleck[en] Laupach, // ist mir Zustendig, Vor etlichen Jaren, einen// Jarmarckt vf Gally gehabt, Welcher durch Keyser// Maximilian Hochloblichster gedechtnus confir// Mirt Vnd bestetiget worden, Ist jedoch//

Derselbig Auß Vrsachen, Der Lantgreuisch// Fleck Gronberg eben umb dieselb Zeitt// Auch einen marckt nachmols angericht In abgangk// Kommen,

Dieweil Ich aber nunmehr// Im gemeltem meynem flecken Laupach//
haußhalte //da vormols von Meinen vorfarn kein hau[s]haltung gewesen//
Vnd sich meine Vnderthanen,// Dar für keinen Jahr oder Wochenmarckt//
Haben Zum höchsten beclag[en] ... // lich ... nachdem sie sonst nit Viel
narung// haben,

So ist Demnach an E[ure] Rö[mische] Key[serliche] May[este]t// meine
Vnderthenig Pitt, Die geruhen// Zu forderung Vnd gutem gemeltem//
meynem flecken Zwen marckt Im Jar,// einen Donnerstags nach Pfingsten,
// Vnd den andern des nächsten tags// nach Michaelis, Vff der hellen Vorm
Flecken //also genannt// auch alle Freytags einen wochenmarckt// Im
Flecken Zuhalten und vfZurichten allergnedigst// als Romischer Keyser
Zuergünnen Vnd// Zu- erlauben, Auch dieselben Jar Vnd// Wochen-
marckt, mitsamt allen Vnd,//

Jeglichen Personen, so die mit Irem gewerb// Vnd handell besuchen, mit
gewonlichen// Gnaden, freiheiten, Vnd Priuilegien, Wie// andere der-
gleichen marckt Im heilig[en]// Reich, Zufursehen, mit gewonlichen// an-
gehangkten Peen Vnd straffen, gegen// Die vbertretter, Vnd Verächter
usw. In dem// E[ure] Rö[mische] Key[serliche] May[este]t In aller
Underthenigkeit// fleissig anruffend

E[ure] Ro[mische] Key[serlichen] May[estet]

AllerVn[der]thenigst[er]

Gehorsamer.

Friedrich Magnus zu Solms

Herr Zu Minzenberg Und Sonnenwaldt

Anlage 4: Ferdinand, Römischer Kaiser, bestätigt auf die Bitte von Fried-
rich Magnus, Graf zu Solms-Laubach, zwei Laubacher Jahrmärkte und
einen Wochenmarkt im Jahre 1559 (Abb. 4). Zeilenende: // . FN 16

Wir Ferdinand, von Gottes genaden, Erwelter Romischer **Kaiser**, Zu
allen Zeiten Merer des Reichs, in Germanien, Zu Hungern Behaim
Dalmatien,//

Croatien, vnnnd Sclauvonien u Khunnig, Infant in Hispanien, Erztherzog zu
Österreich, Herzog zu Burgundj, Zu Brabant, Zu Steyr, zu Kärnndten, Zu
Crain, Zu Lutzemburg, Ober vnnndt beider Schlesien, Fürst zu Schwatzen//
Marggraue des heilligen Romischen Reichs, Zu Burgaw, Zu Märhern,
Ober vnnndt Nider Lausnitz, Gefürste etc. Grave Zu Habsburg, zu Tirol, Zu
Phierdt, Zu Kiburg vnnndt Zu Görtz, etc. anndt Grave in Elsäß, Herz//
auf der Windischen March, zu Pottenaw vnnndt Zu Sälins etc,
Bekennen offenlich mit disem Brieff vnnndt thuen khundt allermeniglich,
Das Vnns der Edl vnnser vnd des//

Reichs lieber getrewer Fridrich Magnuß Grave Zu Solms vnnnd Herr Zu
 Mintzenberg vnnnderthänigelig Zu erkennen geben, obwoll der Fleckhen
 Laupach, so Ime Zue stenndig, vor etlichen Jaren ainen//
 Jarmarkht auf Galli gehabt, welcher durch weillent vnnsern lieben herrn
 vnnndt an
 Hern Kaiser Maximilian hochloblicher Gedachtnuß confirmiert vnnndt
 bestettigt worden, So were doch derselb auß//
 vrsachen das der Landtgrevisch Fleckh Gronberg, eben umb dieselb Zeit
 auch ainen Jarmarkht angericht, widerumb in abganngh khome,
 vndt vnns darauf diemetigelig angerueffen, vnnndt //
 gebeten, Das wir Ime, in Ansehung, das er Jetzund in gemeltem seinem
 Fleckhen Laupach Hauß hielte (.da vormals von seinen vorfarn khain
 Haußhaltung gewesen.) vnnndt sich seine vnnnderthanen das sy//
 khainen jar, oder Wochenmarkht, auch sonst nit vill narung heten Zum
 höchsten beclagten, In gemeltem seinem Fleckhen Laupach Zwen
 Jarmarkht des Jars, den ainen auf den Achten tag vor Jo//
 hanniß Baptiste vnnnd den andern auf den achten tag nach michaelis , auf
 der Hellen (also genannt.) vor dem Fleckhen, auch alle Freytags ainen
 Wochenmarckh, Im Fleckhen Zu halten, vnd aufzu//
 richten genädigelig Zu vergonnen vnd Zu erlauben geruechten, Des
 haben wir angesehen solch gemelts Grave Friedrichen Magnuß diemueticg
 Zimblich bit auch die annenere getrewen, vnd//
 Nutzlichen diennst, so seine vordern vnnnd er weillend vnnsern vorfarn,
 vnns vnnnd dem heilligen Reich willigelig erzaigt vnnnd bewisen, Er auch
 hinfüro vnns, vnnnd dem Heilligen Reich//
 noch ferrer Zu thuen, vnnnd zu laisten, sich gehorsamblich erpeut, auch
 woll thuen mag vnnnd solle,
 Vnnnd darumb mit wolbedachtem muet, guetem Rat, vnnnd Rechter wissen
 gedachte[r] Grave Fridrichen Magnuß, bey vnnnd in beruertem seinem
 Fleckhen Laupach, nun hinfüro ewigelig auf obbestimpte Zeit Zwen Jar,
 vnnnd ainen wochenmarkht, an vnnnd aufzurichten ge//
 nädigelig gegont, vnnnd erlaubt, vnnnd darzue demselben Fleckhen, auch
 allen denen die soliche Jar vnnnd Wochenmarkht mit Iren Gewerben,
 wahren, haab vnnnd guettern besuchen, vnd sonst//
 dahin khomen, so lanng sy auf gemeltem Jar vnnnd wochenmarkhtern sein
 werden, alle, vnnnd yegelige gnad, Freyhait, sicherhait, glait, Recht, vnnnd
 gerechtighait gegeben vnnnd mitgetailt, Wie//
 andere Jar vnnnd wochenmerkht im Heiligen Reich haben, sich der
 gebrauchen vnnnd geniessen, Geben, vergonnen vnnnd erlauben Ime auch
 das alles auß Römischer Kaiserlicher Macht voll//
 khomenhait, wissentlich in craft dits Brieffs,
 Vnnnd mainen setzen vnnnd wellen, das obbemelter Graue Fridrich Magnuß,

vnd seine nachkhomen, bey vnd in beruertem seinem Fleckhen//
Laupach, Obbestimbte Jar vnd wochenmarkht halten, vben, gebrauchen,
auch alle die Jhenigen, so solche Jar vnd Wochenmerkht besuechen, für
sich, Ire whar, hab vnd guetter, alle gnad Frey-//
hait, sicherhait, glait, Recht vnd gerechtikhait haben, gebrauchen, vnd
geniessen, sollen vnd mögen wie anndere Jar vnd wochenmerkht im
heiligen Reich haben, von recht, oder gewon//
hait, von allermenniglich vnuerhindert, Doch vnns vnd dem heilligen
Reich an vnnsrer oberkhait vnd sonst menniglich an seinen Rechten
vnd gerechtikhaiten auch allen andern //
jarmerkhten, so auf vier meill wegs vmb gemelten Fleckhen Laupach sein,
vnuergriffen vnd vnschedlich.
Vnd gebietten darauf allen vnd yeden Chur-//
fursten, Fürsten, Geistlichen vnd weltlichen, Prelaten, Grauen, Freyen,
Herrn, Rittern, Khnechten, Hauptleuten, Lanndvogten, vitzdomben,
vogten, Phlegern, verwesern, ambleuten, Schuld//
haïßen, Burgermaistern, Richtern, Reten, Burgern gemeinden, vnd sonst
allen andern vnnsren vnd des Reichs vnnderthonen vnd getrewen in
was wurden Stats oder wesens//
die sein Ernntlich mit diessem Brieffe vnd wellen das sy vilgenannten
Graf Fridrich Magnuß vnd seine nachkhomen, vnd den beruerten
Fleckhen Laupach, auch alle die Jhenigen//
so beruerten Jare vnd wochenmarkht besuechen, sambt Iren hab vnd
Guettern, wie obsteet, bey diser vnnsrer erlaubnuß, gnaden vnd Freyhaiten
geruehiglich Bleiben sy deren gebrauch[en]//
vnd geniessen lassen, Vnd daran nit hindern, Irren, belaidigen oder be-
schwären, noch des Jemand anderm Zu thuen gestatten in khain weise als
lieb ainem Jeden sey vnnsrer vnd//
des Reichs schwäre vngnad vnd straff
Vnd darzue ain pennemblich Dreissig Markh lottigs Goldes Zu uermei-
den, die ain yeder so offt Er frauentlich hie wider thedte//
vnns halb in unnsrer vnd des Reichs Camer, vnd den andern halben taill
offt gedachten Graue Fridrich Magnußen Zu Solms, vnd seinen nach-
khomen vnnachleßlich Zu bezahlen ver-//
fallen sein solle,
Mit Vrkhundt dits Brieffs, Besigelt mit unnsrem Kaiserlichen anhangen-
den Insigel[1]
Geben in vnnsrer vnd des Reichs Stat Augspurg am Siebend//
zehenden Tag des Monats Augustj, Nach Christj vnnsres lieben Herrn
geburt, Funffzehenhundert vnd im Neunvndfunffzigisten vnnsrerer
Reiche, des Römischen im Neunundzwainzigist[en]//
Vnd der andern im Dreiunddreissigisten Jaren

Ferdinand

V. Seld

[Vizekanzler]

Ad mandatum sacrae caesareae (Auf Befehl des Heiligen Kaisers)

Manum Eis propriam (Mit seiner eigenen Hand)

Haller [Kanzleibeamter]

[Von anderer Hand:] Jar marckt vnnnd wochenmarkts Freyhait Zu dem Flecken Laupach fur Grauv Fridrich Magnus zu Solms Jo: [unleserliche Unterschrift]

Anlage 5: Wiedererrichtung des Laubacher Wochenmarktes 1633 durch den Grafen Albrecht Otto II. zu Solms-Laubach. Zeilenende: //; unleserlich: ... FN 25

Wir Albrecht Otto, Groeve Zu Solmß, Herr Zu Müntzenberg, // Wildenfelß vnnndt Sonnenwaldt, Endtbithen vnnßern Befehl[s]habern, // Amptsverwesern, Kellnern, Vögten, Bürgermeistern, Gemeindten vnnndt innßgemeine, Allen vnnndt Jeden Vnnßern Vnnderthanen, vnnnd lieben Getreuwen vnnserer // gnadt vnnndt Alleß guths. Vnnndt fügen hiereine Zu wißen, Alß weylant der Wohlgeborne Albrecht Otto Graff Zu Solms Herr Zu Müntzenberg, Wildenfelß, vnnndt Sonnenwaldt // Vnnßer in Gott ruhender Herr vatter Christlöchen ahndenckens Zu hießiger vnnserer Hoffstatt, auch Zu deß ganzen Landts auffathmes vnnndt beförderung, vermög[e] hierüber von der Rö//mischen Kayserlichen Majestet allergnedigst verliehene K[a]yßerliche privilegien, vnnndt freyheiden den gewöhnliche Wochenmarckt, welcher in Abgang gerathen, unndt nicht Zu[m] geringsten // gedeyen auff ... hießiger Stadt vnnndt des Landts außgeschlagen wiederumb renovirt, vnnndt ... weiteren ahngestellt geh ... vnnndt des kriges i Ziger ohnrühiger Zeit // solcher abermahls ..lich jahr hero ver ... vnnndt vnnderlaßen worden. Wir aber Zeit vnnßerer ahngetrettener Regierung, **eintzig vnnndt allein vnnß haben ahngelegen** sein // laßen, Insonderheit Zu auffnehmung vnnndt ersprießlichkeit vnnßerer Vnnderthanen, Alleß vnnndt J[e]des wiederumb **in vigorem**, unndt vorigen Standt vnnndt gute Ordnung Zue // Pringen. Also haben Wir auch vnnder andern eine hohe ... Zu sein erachtet vorige wohl ahngestellte Ordnung deß Wochenmarckts von neuem? vffZurichten vnnndt sowohl Allen vnnndt Jeden vnnßerer Vnnderthanen alß auch den Benachbarthen welche sich dieses wochenmarckts gebrauchen wöllen solches vnnder vnnßern freyen vnnndt ... glaydt Zu // notificiren. Alßo vnnndt dergestaltt daß vff **Alle** vnnndt **Jeden Freytag** in vnnßer Hoffstatt Laubach **Eyn freyer öffentlicher Wochenmarckt** gehalten vnnndt Alleß vnnndt Jedes // waß ahn Victualien vnnndt Andere Commerciën in vnnßern

Landt vnnndt gebieth Zu Kaufen vnnndt verkaufen anhero gebracht daselben öffentlich vff hierZu bestimmptem Marckt// dergestalt feyl gebotten vnnndt verkauff[t] werd, ehe aber solches geschehe, soll keinem nicht erlaubt sein ahn frembte auß vnnserm Landt Zutragen so vnnßerm ahn itzo ... wiederumb vffgerichten Wochenmarckt einige Abtrag oder Schmälerung gebären könnte. Darbey wir das ... bey bey ordentlichem recht auch? Alles vnnndt jedes privilegien vnnndt freyheiten so dieser vnnßer Wochenmarckt von? Recht vnnndt gewonheitt hat oder haben kann, handthaben vnnndt schützen auch die ver.. Zu thun daß alles ahn vnns billicher wirth möge ichzuschlagen? vnnndt sonst alleß verhandelt werden wie solches Wochenmarckts recht vnnndt gewonheitt ist Gebiethen dauff Allen vnnndt Jeden Befehl, habens? Amptsverwalter, Kellner, Bürgermeister, Schöffen, vnnnderthanen vndt Alle Vnnserer lieben Getrewen, dießem allen alßo festiglich nachZukommen. Insonderheit ge-//biethen Wir bey vhn vmbgenglicher Straff Allen vnnndt Jeden Hanndwercksleuthen, so wohl in hiesiger Stadt alß auff dem Landt, solchen Wochenmarckt Zubesuchen vnnndt sich deßen // rühiglich vnnndt ohne irrung Zu gebrauchen, darweder niemand dringe beschweren noch deßen Jemandt solche Zu thun gestatte. In keiner weis noch wege bey vnnßer höchster straff vndt// vngnadt Zu vhrkundt haben Wier vnnßer Secret hierfür trucken laßen vnnndt vnnß mit eygener hande Vnnder

Zeichnet, So geschrieben? vnnndt Geschehn// den **Sechsten Tag Monats Augusti Im Jahr Christi Vnnßers Erlöbers vnnndt Seeligmacherß Geburth, Eintausent, Sechshundert, Dreyßig vnnndt drey**

Siegel

Albert Otto Graf Solms

Ein spätlatènezeitliches Siedlungsareal im Umfeld des „Dünsberg-Oppidum“

- Ein Beitrag zu einem Fundort in Wettengel, OT. Krotendorf-Gleiberg, Krs. Gießen -

Hans Reeh

Obwohl die Heuneburg bei Hebertingen in Baden-Württemberg die derzeit am besten erforschte Keltensiedlung in Mitteleuropa ist, wurden dort erst im Herbst 2005 auf einem abgeernteten Maisfeld wertvolle Grabbeigaben entdeckt. Der dort gefundene Schmuck stammt aus der Zeit um 500 v.u.Z., als auch der Glauberg in der Wetterau von Kelten besiedelt war.¹

Der auf dem Glauberg befindliche frühkeltische Fürstengrabhügel wurde im Jahr 1987 durch die Luftbildarchäologie entdeckt, obwohl die Bedeutung des Glaubergs auch für die Besiedlungsgeschichte seines Umlandes seit langem bekannt war.²

Auch das römische Militärlager in Dorlar wurde durch die Luftbildarchäologie aufgespürt.

Die Entdeckung der römischen Stadtgründung im heutigen Waldgirmes haben wir Frau Gerda Weller aus Waldgirmes zu verdanken, die jahrelang die Oberflächen der Felder und Äcker beobachtet hat und eines Tages beieinander liegende römische und germanische Keramikscherben auf der Ackeroberfläche bemerkte. Ihr Hinweis an die zuständige Behörde führte dann zur Auffindung eines riesigen Areals, auf dem die seit 1994 durchgeführten Ausgrabungen zu einem völlig neuen Geschichtsverständnis über unsere Gegend zur Zeitenwende geführt haben.³

Alle vorgenannten Relikte aus vorgeschichtlicher Zeit waren weitgehend eingeebnet und deswegen nicht mehr ohne weiteres erkennbar.

1 Abenteuer Archäologie, 1/2006, S. 8, Spektrum der Wissenschaft Verlagsges.m.b.H., Heidelberg.

2 Fritz-Rudolf Herrmann, Der Fürstengrabhügel und seine Erforschung, Archäologische Denkmäler in Hessen 128/129, Wiesbaden 1996.

3 Armin Becker, Heinz-Jürgen Köhler u. Gabriele Rasbach, Der römische Stützpunkt von Waldgirmes. Archäologische Denkmäler in Hessen 148, Wiesbaden 1999.

Einen solchen Glücksfall für die Archäologie bedeutete auch die Entdeckung eines spätkeltischen Siedlungsplatzes in Krofdorf. (siehe Zeichnung I)

Als sich 1954 der junge Gärtner Karl-Heinz Leib selbständig machte und sein erstes Treibhaus errichten wollte, stieß er beim Ausschachten auf Bodenverfärbungen und viele Scherben. Gewohnt mit Erde umzugehen und mit einem für Unregelmäßigkeiten geschulten Blick erkannte er sofort, dass er auf eine archäologische Besonderheit gestoßen war.

Er war sich auch bewusst, dass eine Meldung an die zuständige Behörde für ihn zunächst einen Aufschub seines Bauvorhabens auf unbestimmte Zeit bedeutete und mit einem entsprechenden materiellen Verlust verbunden sein konnte.

Trotzdem meldete er seine Entdeckung und die Denkmalpflege wurde tätig (Landesamt für kulturgeschichtliche Bodenaltertümer in Wiesbaden).

Der ebenfalls informierte, inzwischen verstorbene Krofdorfer Lehrer Ernst Prass, der ein passionierter Heimatkundler war, zeichnete die Situation auf. Die Funde selbst wurden geborgen und nach Aussage von Herrn K.-H. Leib in ein Museum in Wiesbaden gebracht.

Die damals involvierten Fachwissenschaftler stellten eine Übereinstimmung der Keramik mit der spätlatènezeitlichen Keramik des Dünsberg-Oppidums fest, „Dünsberg-Manufaktur“ genannt. Deswegen wurde der gesamte Befund als spätlatènezeitliche Siedlung angesprochen, die mit dem Oppidum auf dem Dünsberg in direktem Zusammenhang steht.

Der Dünsberg ist für seine teilweise an der Oberfläche liegenden Funde schon seit etwa 100 Jahren bekannt und leider seit etwa 30 Jahren, durch die strafbare Benutzung von Metallsonden in unfachmännischen Händen, zusätzlich stark gefährdet.

Die im Sommer 1999 unter Leitung von Dr. K.-F. Rittershofer im Bereich von Tor IV am Dünsberg begonnenen Grabungen konnten bis zum Jahr 2004 fortgeführt werden, wobei die Grabungsleitung von

2003 an von Frau Dr. C. Nickel wahrgenommen wurde.^{4/5} Bereits bei den ersten Grabungsetappen wurde die Konstruktion der unteren Ringmauer bei Tor IV und eine größere Fläche in diesem Bereich untersucht. Die weiteren Jahre waren der Erforschung von Hausgrundrissen mit Hausrat, Getreidereservoirs, einer spätlatènezeitlichen Quelleneinfassung und vielem anderen gewidmet.

Diese Grabungen waren bis jetzt sehr erfolgreich, vieles ist aber noch zu erforschen, um das geschichtliche Gesamtbild, das wir von der Zeit vor mehr als 2000 Jahren haben, zu erweitern und abzurunden.

Das nähere Einflussgebiet der in der Latènezeit auf dem Dünsberg angelegten Großstadt war der Bereich innerhalb des Lahnbogens zwischen Marburg, Gießen und Wetzlar.

Dieses Gebiet wurde von zwei Fernstraßen gekreuzt: Die „Alte Weinstraße“ verlief in N-S-Richtung und der „Rennweg“ in O-W-Richtung. Die Straßenkreuzung lag ca. 5 km nordöstlich des Oppidums. Der „Rennweg“ führte 3 km nördlich am höchsten Punkt desselben vorbei.

In diesem ganzen Bereich müssen sich damals offene Siedlungen befunden haben, die u. a. die Ernährung der Bevölkerung im Oppidum sicherstellten. Die im Oppidum wohnenden Bergleute, Köhler, Glaswerker, Eisenschmelzer, Schmiede, Wagenbauer, Zimmerleute, Färber und andere Handwerker, sowie auch Händler, waren nicht autark. Wegen der dichten Bebauung, die fast auf der ganzen Fläche innerhalb der Ummauerung in Form von Wohnpodien nachzuweisen ist, blieb wenig Raum für landwirtschaftlich genutzte Flächen. Der unterhalb der unteren Mauer liegende „Schimmelhain“ wird als Weidefläche gedient haben. Auch die landwirtschaftliche Nutzung des terrassierten Südwesthangs dürfte nicht ausgereicht haben.

Der Großteil der landwirtschaftlichen Produkte hingegen wird von außerhalb gelegenen Bauernhöfen gekommen sein.

Zu einem solchen Hof gehörte mit großer Wahrscheinlichkeit auch das hier behandelte Areal östlich von Krofdorf.

4 Karl-F. Rittershofer, Ausgrabungen 1999 bis 2003 am keltischen Oppidum auf dem Diinsberg bei Gießen, Sonderdruck aus Bericht der Römisch-Germanischen Kommission, Band 85, 2004.

5 Claudia Nickel, Die Ausgrabungen 2004 am keltischen Oppidum auf dem Dünsberg bei Gießen. Ein Vorbericht.

Die zeichnerischen Unterlagen von Lehrer Prass sind im Besitz von K.-H. Leib, der sie mir zwecks Anfertigung einer Kopie zur Verfügung stellte. Hierbei handelt es sich um zwei Übersichtspläne im Maßstab 1:333,33, sowie zwei Detailzeichnungen im Maßstab 1:125. In den Zeichnungen von Prass sind zudem Bemerkungen zu den einzelnen Fundstellen eingetragen. Die Texte sind in Sütterlin geschrieben. In einem Zeitungsartikel (Gießener Anzeiger - 05.09.55) ist von „Spuren metallischer Schmelzreste“ die Rede, womit wohl Schlacken gemeint sind. In den Zeichnungen von Prass steht: Eisenschmelzreste (siehe Zeichnung II)

In Zeichnung I - Lageplan wurde nach diesen Unterlagen das Hauptfundgebiet dargestellt. Zudem wurden in dieser Zeichnung, die weit außerhalb dieses Platzes liegenden Fundstellen 1 und 2 eingezeichnet. Die Fundstelle 1 liegt nach Prass ca. 150 m vom Hauptfundgebiet entfernt. Am ausführlichsten wird diese beim Ausschachten eines Wohnhauses (Kattenbachstr. 81) 1957 entdeckte Grube in einem Zeitungsartikel (Gießener Anzeiger 24.05.1957) von Prass wie folgt beschrieben (Fundstelle 1): „Eingebettet in festen tonigen Lehm befand sich eine ovale Grube 1,5 m lang und 1,2 m breit in ca. 1,3 m Tiefe. Von unten nach oben verengte sich der Raum bis auf die Hälfte des genannten Außenmaßes. Die Sohle wird von einer 5 cm dicken Brandschicht bedeckt. Auf dieser lagern massenweise dünn- und dickwandige Scherben verschiedener Größe und Form die sich teilweise zu Flaschen, Töpfen und Schalen aneinander passen lassen. Die meisten sind unverziert, ein Teil trägt Strichmuster, Fingertupfen und Wulste. Sie sind in die spätlatènezeitliche Siedlungskeramik einzuordnen und decken sich mit dem Fundmaterial der Dünsberg-Ringwälle. Was der Entdeckung noch eine besondere Bedeutung verleiht, sind die dabei aufgefundenen Bruchstücke von zwei Mahlsteinen; der eine ist rund, der andere länglich (ein sogen. Napoleonshut).“

Vorratsgruben gemäß dieser Beschreibung waren in eisenzeitlichen keltischen Siedlungsgebieten allgemein üblich.

Die Einlagerung von Getreide in feuchten Erdlöchern mag wirklichkeitsfremd erscheinen. Experimente haben jedoch ergeben, dass diese Technik für die Haltbarmachung sehr wohl geeignet ist.

Wird die in Lehm eingetiefte Grube nämlich oben ebenfalls mit Lehm luftdicht abgeschlossen, so keimt das mit den Wänden in Kontakt befindliche Getreide, verbraucht dabei den vorhandenen Luftsauerstoff

und setzt CO₂ (Kohlendioxid) frei, das wiederum die Lebensvorgänge in der Restmasse zum Erliegen bringt (eine Photosynthese ist wegen vollkommenem Lichtmangel nicht möglich). Der verbleibende Stickstoff aus der Luft wirkt ebenfalls konservierend (Inertgas). Das Getreide bleibt auf diese Weise monatelang erhalten.⁶

Prass schreibt in obengenanntem Zeitungsartikel weiter:

„...dass in diesem Geländegebiet weitere aufschlussreiche Beobachtungen gemacht werden können, die zur Aufhellung der vorgeschichtlichen Siedlungen im Dünsberg-Bereich beitragen, die bereits gewonnenen Erkenntnisse vertiefen und auch der Ringwallforschung zustatten kommen.“

In den Nassauischen Heimatblättern wurde über die Hauptfundstelle und die Fundstelle 1 nur ganz kurz berichtet:

Zur Fundstelle 1 wird gesagt, dass bei Ausschachtungsarbeiten für ein Haus ein Latènekeller angeschnitten wurde. Boden und Ansatz der Wände waren durch Feuereinwirkung stark gebrannt, die rotverzierte Schicht erreichte eine Stärke von 0,05 m. Die Scherben sind der frühen Latènezzeit zuzuweisen (im Zeitungsartikel steht: spätlatènezzeitlich).⁷

Zu der Hauptfundstelle wird folgendes berichtet:

Bei Anlage eines Gewächshauses in der Gärtnerei Leib wurden latènezzeitliche Siedlungsreste von Lehrer Prass beobachtet, die zu einem größeren Pfostenhaus gehören. Aus diesem Gebiet wurde eine Anzahl Scherben gesammelt.⁸

Auch bei der Entdeckung der Fundstelle 1 hat „Kommissar Zufall“ eine ausschlaggebende Rolle gespielt, denn Herr Leib hatte in dieser Zeit mit dem Aufbau seiner Gärtnerei zu tun und konnte sich nur sporadisch um sein Hobby kümmern.

1960 fand er dann im damaligen Neubaugebiet die Fundstelle 2.

In Zeichnung II wird der Hauptfundbereich in dem damals für die Errichtung eines Treibhauses ausgehobenen Boden dargestellt. Außerhalb des vorgenannten Aushubs wurden noch die Funde 8 bis 11 gemacht,

6 Simon James, Das Zeitalter der Kelten, übersetzt von Hermann Kusterer, S. 56, Weltbildverlag GmbH, Stuttgart 1998.

7 Nassauische Heimatblätter, 46. Jahrgang 1958, Heft 1, Seite 50.

8 Nassauische Heimatblätter, 44. Jahrgang 1956, Heft 1, Seite 65.

wie aus Zeichnung II ebenfalls ersichtlich ist. Auch die von Prass eingetragenen Texte wurden übernommen.

Bei diesen Grabungen wurde von Lehrer Prass die zuständige Behörde - Landesamt für Denkmalpflege, Abt. Archäologie in Wiesbaden-Biebrich - eingeschaltet. Die Fundberichte liegen vor.

Die erste Seite gibt eine Übersicht über die von 1953 bis 1960 gemachten Funde, wie folgt:

„Kreis: Gießen

Gemeinde: Krofdorf-Gleiberg (Wettenberg)

Messtischblatt: 5317 Rodheim

Fundstellennummer: 5

Verbleib: LM. Wiesbaden

Fundstelle: Gärtnerei Leib, östlich des Ortes

Fundumstände: Bei Bauarbeiten

Literatur: H. Janke, Vor- und frühgeschichtliche Bodenfunde im Kreis Wetzlar 1965, 48. - Nass. Heimatbl. (Bodenaltert. in Nassau 4) 1954, 46. - Nass. Heimatbl. (Bodenaltert. in Nassau 6) 1956, 65. - Nass. Heimatbl. (Bodenaltert. in Nassau 8) 1958, 50. - Fundber. aus Hessen 1, 1981, 163. - Janke, Die Ur- und Vorgeschichte von Stadt und Land Wetzlar in: A. Schoenwerk, Geschichte von Stadt und Land Wetzlar 2 (1975) 12. -

1953 wurde 150 m östlich des Ortes eine Grube angetroffen, aus der eine Reihe Scherben geborgen wurden. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 9.

1955 wurde beim Bau eines Gewächshauses der Gärtnerei Leib ein Pfostenhaus angeschnitten; etliche Scherben wurden aufgesammelt. Anmerkung vom Verfasser: Hauptfundstelle.

1957 fand man in der Nähe der Gärtnerei eine trichterförmige Grube, die auf dem Boden einer Anzahl Scherben enthielt. Die Sohle lag 1,30 m unter der Oberfläche, der Bodendurchmesser betrug 1,50 m, der Mündungsdurchmesser 1 m. Die Innenwände der Grube waren stark verziegelt.

[Anmerkung vom Verfasser: Richtig ist: ca. 150 m NW der Gärtnerei. (Fundstelle 1)].

1960 wurden bei Abräumarbeiten weitere Gruben angetroffen. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 2

(Nass. Heimathefte 5). A. O. Landesamt Wiesbaden“

Die zweite Seite zeigt eine Übersicht über die einzelnen Fundstellen mit Angabe der Veröffentlichungen wie folgt:

„Krofdorf (Wetzlar). Etwa 150 m östlich des Ortes wurde eine vorgeschichtliche, wahrscheinlich latènezeitliche Grube angetroffen, aus deren Inhalt Scherben eingeliefert wurden. (F.M. Prass; A.O.L.f.k.B.). Bodenalt. in Nassau 4, 1954, 46. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 9.

Krofdorf (Wetzlar). Bei Anlage eines Gewächshauses in der Gärtnerei Leib wurden latènezeitliche Siedlungsreste von Lehrer Prass beobachtet, die zu einem größeren Pfostenhaus gehören. Aus dem Gebiet wurde eine Anzahl Scherben gesammelt. (F. M. Leib; A. O. L. f. k. B.). Bodenalt. in Nassau 6, 1956, 65. Anmerkung vom Verfasser: Hauptfundstelle - Zeichnung II.

Krofdorf (Wetzlar). In der Nähe der latènezeitlichen Fundstelle (vgl. Bodenaltertümer in Nassau VI, 65) wurde bei Ausschachtungsarbeiten für ein Haus ein Latènekeller angeschnitten. Die Grube war trichterförmig in den Boden eingetieft, ihre Sohle lag 1,30 m unter der Oberfläche. Der Durchmesser des Bodens betrug 1,50 m, der der Mündung wahrscheinlich 1 m. Boden und Ansatz der Wände waren durch Feuerwirkung stark gebrannt, die rotverzierte Schicht erreichte eine Stärke von 0,05 m. In der Füllung befand sich direkt über dem Boden eine große Anzahl von Scherben, die der frühen Latènezeit zuzuweisen sind. (F. M. Lehrer Prass; A. O. L. f. k. B.) Bodenalt. in Nassau 8, 1958, 50. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 1.

Krofdorf (Wetzlar). In der Nähe der bereits bekannten latènezeitlichen Siedlung (vgl. Bodenaltertümer in Nassau IV, 46; VI, 65; VIII, 50) wurden bei Abraumarbeiten weitere Gruben zerstört. F. M. Lehrer Prass. Fundberichte aus Hessen 1, 1961, 163.“

Bemerkung: ca. 40 m westlich von der Hauptfundstelle entfernt. (Fundstelle 2).

Die angegebenen Nummern der Fundstellen wurden den Zeichnungen I - III entnommen.

Die restlichen Seiten bestehen im Wesentlichen aus den abgehefteten Mitteilungen von Lehrer Prass.

Von ganz besonderem Interesse sind die Hinweise auf die von H. Janke bearbeiteten Keramikscherben, die an zwei Stellen erwähnt sind. Leider sind die Seiten nicht nummeriert, sie tragen auch kein Datum; deswegen wird der Originaltext hier wiedergegeben:

„1. Krofdorf-Gleiberg/Lahn 1

1953 wurde etwa 150 m östlich des Ortes eine wahrscheinlich latènezeitliche Grube angeschnitten, aus der Scherben geborgen wurden. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 9.

Scherben von etwa fünf größeren, ziegelroten Vorratsgefäßen mit steiler Wandung und leicht ausgestelltem Rand, teils mit Schlickrauhung; ein Gefäß mit gekerbtem Rand, eins mit Fingertupfenverzierung auf dem Hals.

Anmerkungen:

H. Janke, Vorgesch. Kr. Wetzlar H. 6 (1977) 29 f. Taf. 11, 8. 15

H. Janke, Vor- und frühgeschichtliche Bodenfunde im Kreis Wetzlar, 1965, S. 48

Nass. Heimatblätter, 44. J. , 1954, H. 1, S. 46

2. In der Nähe o. g. Fundstelle (Fundstelle nicht bezeichnet) wurde in einer Baugrube eine konische Grube von 1,30 m Tiefe und 1.50 m Dm. angetroffen, deren Wände stark verziegelt waren. Direkt über dem Boden fanden sich zahlreiche Scherben. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 1

Funde:

1. Einige Scherben von einem ziegelroten Vorratsgefäß mit horizontaler, dreieckiger Leiste verziert (Taf. 11,16).
2. Einige Wandscherben mit Kammstrichverzierung.
3. Drei Scherben eines kleinen, grauen Bechers mit eingezogenem Rand (Taf. 11, 20).
4. Scherben von zwei großen, grauen Schalen mit eingezogenem Rand. (Taf. 11, 17. 19).
5. Einige Scherben von zwei ziegelroten, steilen Schalen mit schräg gekerbtem Rand (Taf. 11, 22.23).
6. Scherben von acht größeren, ziegelroten und grauen Vorratsgefäßen mit leicht ausgestelltem Rand, teils Schlickrauhung; drei Gefäße mit gekerbtem Rand, drei mit Fingertupfenverzierung auf dem Hals (Taf. 11, 9-14).

Verbleib: Mus. Wiesbaden

Anmerkungen:

H. Janke, in Heimatkalender des Kreises Wetzlar, 1970

H. Janke, in Geschichte von Stadt und Kreis Wetzlar, 1975

Nass. Heimatblätter, 48. J. , 1958, H. 1, S. 50“

Bemerkung: Tafel 11 ist in oben genannter Literatur enthalten.

Inzwischen wurden tausende Scherben bei den Ausgrabungen am Dünsberg in den Jahren 1999 bis 2005 geborgen. Von großem Interesse wäre es nun, die Keramik von Krofdorf und die vom Dünsberg wissenschaftlich zu vergleichen.

Der Rest der Fundberichtsammlung, die den Zeitraum von 1953 bis 1961 umfasst, besteht aus abgehefteten Briefen und Postkarten von Prass an das Landesamt, in denen er um Besuche bat. Ob diesen Bitten stattgegeben und welche Ergebnisse erzielt wurden, ist nicht ersichtlich.

Die Lage der Fundstellen wurde in einer verfeinerten Zeichnung von Prass dargestellt. Diese Zeichnung stimmt mit der mir vorliegenden Übersichtszeichnung überein, auch die Texte sind in etwa die gleichen.

Aus den Fundberichten gehen zwei Fundstellenbeschreibungen hervor, die in den mir vorliegenden Unterlagen von Prass nicht erwähnt sind.

1. Am Südennde von Krofdorf wurde rechts der Straße nach Gießen in einer heute nicht mehr vorhandenen Lehmgrube eine lt. Prass latènezeitliche Vorratsgrube beim Abbau des Lehms angeschnitten. Das Landesamt wurde von ihm informiert. Nachdem durch den Lehmabbau nur noch 1/3 der Grube vorhanden war, bat Prass um einen Besuch. Ein Bericht des Amtes ist nicht vorhanden.

2. In der Umgebung der 1960 entdeckten Grube - ca. 40 m westlich der Hauptfundstelle - wurden mehrere Gruben durch Aushubarbeiten zerstört. Überall war reichliche Schwarzfärbung des Lehms mit Holzkohlebröckchen und roten Lehmklümpchen festzustellen. (Fundstelle 2)

In den folgenden Jahren hat Herr K-H. Leib „seine Keltensiedlung“ nie ganz aus den Augen verloren und nördlich sowie östlich seiner Gärtnerei noch einige Entdeckungen machen können, so z. B. Bodenverfärbungen - Fundst. 12, ein Mahlsteinfragment - Fundst. 13 und nach seiner Meinung keltische Keramikscherben - Fundst. 14. (siehe Zeichnung III).

Als im Jahr 1999 die nächste Bauphase nordöstlich der Gärtnerei Leib anstand, wurde die Denkmalpflege wieder eingeschaltet.

Die wissenschaftlichen Arbeiten wurden ausgeführt von:
Historische Bauforschung
Frank - M. Saltenberger & Markus Grossbach
Löberstraße 33, 99096 Erfurt.

Der Fundbericht besteht aus den Teilen: (Übersicht)

„Projekt:

Wettenberg, OT Krofdorf-Gleiberg
Neubaugebiet, Kronzenborner Weg
Archäologische Voruntersuchung
Auftraggeber: Gemeinde Wettenberg

1. Anlaß und formale Grundlagen
2. Topographische Situation
3. Frühere Siedlungsbefunde
4. Ziel, Methode und Verlauf der Untersuchung
5. Befundsituation und Ergebnisse
 - 5.1. Fläche 1 Anmerkung vom Verfasser: Die Flächen 1 und 2 wurden in Zeichnung I eingetragen.
 - 5.2. Fläche 2.
 - 5.3. Resümee

Anhänge

- I Grabungspläne
- II Grabungstagebuch
- III Verzeichnis der Diapositive
- IV Diapositive (nur Originaldokumentation)“

Für diesen Beitrag von Interesse sind die Punkte 3. Frühere Siedlungsbefunde und 5.3. Resümee.

Wegen ihrer Wichtigkeit werden diese Stellen im Originaltext wie folgt zitiert:

„3. Frühere Siedlungsbefunde

Auf dem Gelände der westlich der Untersuchungsfläche gelegenen Gärtnerei Leib (Kronzenborner Weg 90 a) wurden im Zusammenhang mit dem Bau von Gewächshäusern bereits in den 50er Jahren Spuren einer als keltisch angesprochenen Besiedlung aufgeschlossen. Dabei soll es sich um Pfostenspuren eines Hauses sowie um eine konische Grube von 1,3 m Tiefe und 1,5 m Dm. mit verziegelter Wandung gehandelt haben. (Heinrich Janke, Vorgeschichte des Kreises Wetzlar, 1977, 9; Jürgen Leib. 1200 Jahre Krofdorf-Gleiberg. 45;

NASS.HEIMATBLÄTTER, 46. J. 1956 H. 2, 65). Nach Angabe von Herrn Leib (Karl-Heinz) sollen diese Befunde im Bereich der heute teilweise brachliegenden Parzelle 354/67, also unmittelbar südlich des Wohnhauses der Gärtnerei zutage getreten sein. Weitere Gruben sollen ebenfalls auf dem Gelände der Gärtnerei Leib 1960 beobachtet worden sein, wobei jedoch keine näheren Angaben zur Lokalisierung vorliegen. Anmerkung vom Verfasser: Fundstelle 2

(FUNDBERICHTE AUS HESSEN, 1. J. , 1961, 163).

Das im Besitz von Herrn Leib befindliche Bruchstück eines Reibsteines aus Basaltlava wurde nach seiner Aussage bei Anlage des Radweges parallel zur Wißmarer Straße, d. h. am nordwestlichen Rand des geplanten Neubaugebietes geborgen.

5.3. Resümee

Entgegen der durch die Altbefunde in unmittelbarer Nachbarschaft zu erwartenden Situation zeigten sich die untersuchten Flächen als archäologisch praktisch völlig befundfrei. Dies manifestiert sich sowohl im Fehlen von konkreten Siedlungsbefunden, wie etwa Gruben oder Pfostenstellungen, als auch in der gänzlichen Fundleere im Bereich des Pflughorizonts und des darunter abgetragenen Erdreichs.

Da eine Überlagerung von fundführenden Schichten ebenso auszuschließen ist wie deren vollständiger Verlust in Folge der modernen Überprägung, kann davon ausgegangen werden, dass die benachbarten Altbefunde zumindest in keinem Zusammenhang mit einer intensiveren Siedlungstätigkeit im Bereich des jetzt untersuchten Geländes stehen. Für einen Ausschluss des hangabwärts liegenden Areals spricht jedoch nicht nur die jetzt festgestellte Fundleere, sondern auch die starke Staunässe, die dieses Areal möglicherweise bereits in vorgeschichtlicher Zeit geprägt hat und die noch bis in die jüngste Vergangenheit Anlass zu künstlichen Trainagemaßnahmen gab.

Hinsichtlich der in den 50er Jahren aufgeschlossenen Gruben und Pfostenlöchern ergibt sich daraus die Annahme, dass es sich entweder um Reste eines einzelstehenden Hofes handelt, oder aber, dass sich ein ggf. doch größeres Siedlungsareal nach Norden oder Nordwesten erstreckt haben muss. Gegen diese Möglichkeit spricht lediglich die Tatsache, dass bei früheren Baumaßnahmen in diesem Bereich keine entsprechenden Befunde gemacht wurden, was jedoch auch auf seinerzeit fehlende Beobachtungen zurückzuführen sein kann.“

Bemerkung: Diese Meinung wird von mir nicht geteilt. Offensichtlich lag den Herren die Zeichnung von Prass nicht vor, in der die wichtigste, weil am besten erhaltene Grube (1) ca. 150 m NW von der Hauptfundstelle entfernt, eingetragen worden ist (Wißmarer Straße). Desweiteren wurde in vorgenannter Zeichnung eine Grube (2) ca. 40 m westlich von der Hauptfundstelle eingezeichnet.

„Ob und in welchem Umfang eine möglicherweise auf der Anhöhe zur Wißmarer Straße hin sich ausdehnende Siedlungsfläche durch den B-Plan betroffen sein kann, muss an dieser Stelle offen bleiben. Eine Begehung des nördlich vom Kronzenborner Weg gelegenen Areals durch den Berichtersteller erbrachte zumindest oberflächlich keine Hinweise, so dass der Altfund eines Reibsteines beim Bau des Radweges (s. o.) als bislang einziger Hinweis angesprochen werden kann. Inwieweit die kurz vor Durchführung der archäologischen Untersuchung zwischen Kronzenborner Weg und Wißmarer Straße durchgeführte geomagnetische Prospektion hier weitere Erkenntnisse liefert, kann erst nach Auswertung der Messergebnisse durch die Denkmalfachbehörde diskutiert werden.“

Bemerkung: Die Grube (1) kann sehr wohl mit dem Mahlsteinfragment in Zusammenhang gebracht werden, da beide nahe der Wißmarer Straße entdeckt wurden. Das unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten von mir vermutete latènezeitlich besiedelte Areal wurde in Zeichnung IV dargestellt.

Wie bereits erwähnt, gehört die Grube 1 nicht zu dem Siedelplatz an der Hauptfundstelle. In der Nähe dieser Grube muss ebenfalls ein Wohngebiet gelegen haben. Die Fundstelle 2, ebenfalls eine Grube, liegt zwischen beiden. So kann mit einiger Sicherheit eine Siedelfläche angenommen werden, die sich von der Hauptfundstelle ca. 105 m nach Norden u. ca. 105 m nach Westen ausdehnte. (Zeichnung IV)

Bei der Diskussion dieser Unterlagen ist immer die Querverbindung zu den spätlatènezeitlichen Funden vom Dünsberg zu beachten, denn man kann davon ausgehen, dass alle Dinge des täglichen Lebens gleich waren. Die Leute trugen die gleiche Kleidung und die gleichen Schmuckstücke. Sie betrieben die gleiche Art von Landwirtschaft. Ihre Häuser hatten das gleiche Aussehen und die gleiche Inneneinrichtung.

Sie hatten die gleichen religiösen Vorstellungen und sprachen das gleiche keltische Idiom. Hierzu siehe auch Fußnote 9.⁹

Bei dem in Zeichnung II dargestellten Hauptfundgebiet fallen besonders die damals in einem Planum in 1,5 m Tiefe geschnittenen Pfostenstandlöcher auf.

In Britannien und Irland waren die Häuser der Latènezeit meist rund, in Gallien und in Süddeutschland hingegen grob rechteckig und mit einem Satteldach versehen.¹⁰ Bereits die ersten Bauern, die sogen. Bandkeramiker, bauten in unserer Gegend Häuser in Pfostenbauweise, die Wohnung, Ställe und Scheune unter einem Dach vereinten. Als Beispiel kann die bandkeramische Siedlung in Wetzlar dienen.¹¹

Ein Beispiel für eine spätkeltische Siedlung auf einem Berg ist die Altburg bei Bundenbach im Hunsrück. Die Siedlung wurde anhand durchgeführter archäologischer Grabungen an Ort und Stelle vollständig rekonstruiert.

Ein Beispiel für den Hausbau am nördlichen Rand spätkeltischen Siedlungsraumes sind die archäologisch untersuchten Wohnhäuser auf der „Kalteiche“ bei Haiger. Hier wurden Wohnpodien entdeckt, wie sie auch am Dünsberg in großer Anzahl vorhanden sind. Auch die gefundene Keramik ähnelt der vom Dünsberg. Desweiteren wurde eine auf dem Dünsberg geprägte Silbermünze „Tanzendes Männlein“ gefunden, die in die erste Hälfte des 1. Jh. v.u.Z. datiert wird. Sechs der Podien sind groß genug um darauf ein Wohnhaus zu errichten. Das gesamte Areal hat einschließlich Ackerrainen eine Längenausdehnung von über 500 m und bedeckt eine Fläche von mehreren Hektar. Dieser Siedelplatz stellt keinen Sonderfall dar, sondern in der Umgebung von Haiger befinden sich noch mehrere solcher spätlatènezeitlicher Siedlungen.

9 Hans Reeh, Der Name Dünsberg, Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Gießen 2005.

10 Siehe Fußnote 6.

11 Andreas Schäfer, Die Entdeckung einer bandkeramischen Siedlung mit Erdwerk im Lahntal bei Wetzlar, hessen Archäologie 2002, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2003.

Als Zentrum dieser Siedlungen wird der „Hennstein“ bei Dillenburg angesehen. Der gesamte Siedlungsbereich wird allerdings dem erweiterten Umfeld des Oppidums auf dem Dünsberg zugerechnet.¹²

Im Vergleich mit dem Siedlungsplatz in Krofdorf ist vor allem auch hier die Lage an einem alten Fernweg interessant.

Auch aus dem Umfeld der Amöneburg sind zahlreiche Kleinsiedlungen ähnlicher Art bekannt.

Die ersten mauerumringten Städte entstanden etwa 4000 v. u. Z. aus Bauerndörfern im südlichen mesopotamischen Schwemmland, heute Irak. Von hier aus verbreiteten sich die Stadtkulturen zunächst nach Norden und dann nach Westen zu den Mittelmeeranrainern, wo sie die Kelten auf ihren ausgedehnten Wanderungen kennen und schätzen lernten. Am Ende dieser keltischen Expansion beginnt dann um 220 v. u. Z. (LT C2) die Oppidakultur, mit der sich auch das Münzwesen im keltischen Kulturraum Mitteleuropas durchsetzt.¹³

Die urbane Bauweise von mauerumringten Hügelfestungen bedingte nun auch eine effektivere Aufteilung der zur Verfügung stehenden Fläche. Der für Felder und Weiden erforderliche Raum kann nicht mehr um die Wohnhäuser herum bereitgestellt werden. Die grundsätzliche Ausführung der Wohnhäuser dürfte aber bestehen geblieben sein. Die oben angeführten Siedlungen bestanden aus Häusern in Pfostenbauweise.

Am Dünsberg ist auch bei einem der wenigen Hausgrundrisse, die bis jetzt untersucht werden konnten eine Schwellbalkenkonstruktion zu vermuten,¹⁴ die in der Spätlatènezeit immer häufiger wird.

Die Bauweise der Wände eines spätkeltischen Hauses kann man aus den archäologischen Befunden rekonstruieren. Bei der hier vorliegenden Pfostenbauweise wurden Löcher mit annähernd rundem Querschnitt in den Boden eingetieft. Da im vorliegenden Fall die Pfostenlöcher nicht senkrecht geschnitten wurden, kann über die Tiefe keine Aussage gemacht werden. Die Holzpfeiler wurden in die Löcher gestellt, mit Erde umgeben und mit Steinen verkeilt. Zwischen den

12 Frank Verse, *Keltische Siedlungstätigkeit im peripheren Mittelgebirgsraum*, hessen Archäologie 2003, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2004.

13 Karfunkel Nr. 2, 2004, *Die Kelten*, Herausgeber Michael E. Wolf, Karfunkel Verlag, Waldmichelbach.

14 Siehe Fußnote 4.

Pfosten wurden Balken fachwerkartig angeordnet. Die so entstandenen Gefache wurden mit senkrecht stehenden Holzstaken ausgestellt, die in die waagerechten Balken eingetieft wurden. Zwischen diesen Staken wurde ein Flechtwerk aus Weidenruten, Ginster und ähnlich geeignetem Material angebracht, in das dann angefeuchteter Lehm von beiden Seiten eingedrückt wurde.

Lehm ist ein Gemisch aus Ton, Schluff (Feinsand) und Sand, das Beimengungen von größeren Gesteinspartikeln sowie von organischem Material enthalten kann. Der Ton wirkt dabei als Bindemittel. Abhängig davon, welcher der genannten Bestandteile überwiegt, spricht man von einem tonigen, schluffigen oder sandigen Lehm. Je nach angewandeter Technik muss das Rohprodukt eventuell angereichert oder abgemagert werden.

Diese Wandbauweise ist wärmedämmend, elastisch und durch die Verankerung in den Gefachen auch sehr stabil.

Die Wärmedämmung kann durch das Beimengen von gehäckseltem Stroh noch wesentlich erhöht werden. Diese Ausfachung darf allerdings nicht bei Regen oder bei Frost erfolgen. Der einzige Nachteil der Lehmbauweise ist die Feuchtigkeitsempfindlichkeit. Deswegen wird man die Hausdächer so weit wie möglich nach unten gezogen haben. Der so erhaltene Dachüberstand konnte zudem noch als Stauraum benutzt werden. Vor allem die für den Winter erforderlichen großen Vorräte an Brennholz konnten hier einen guten Platz finden.

Die im Hauptfundgebiet in Krofdorf entdeckten Rotlehmstücke weisen auf diese Wandbauweise mit Lehmausfachung hin. Bei den Ausgrabungen am Dünsberg wurden Stücke von Hüttenlehm (Rotlehm) gefunden, an denen noch die Abdrücke von Weidenruten sichtbar sind.

Abschließend wurden die Wände innen und außen mit Lehm verputzt, um eine möglichst glatte und optisch ansprechende Oberfläche zu erhalten. Bei manchen Ausgrabungen gefundene Kalkreste (z.B. in Manching) deuten darauf hin, dass die Wände in diesem Fall einen Kalkanstrich hatten. Die Ausführung und die Größe der Häuser dürfte auch damals schon vom Prestige des Besitzers abhängig gewesen sein. So würde man die meisten der damaligen Häuser heute wohl eher als Hütten bezeichnen, während die Häuser eines Stammesfürsten und die seiner engsten Vertrauten von der Kuppe des Berges in strahlendem Weiß ins Land leuchteten. Das Fachwerk wird bei diesen „Herrenhäusern“ aus fluchtenden Stützbalken und exakt behauenen Querbalken

errichtet worden sein. Verzierungen in Form von Schnitzereien sind denkbar.

Die Laufflächen der Fußböden wurden oft mit gestampftem Lehm versehen. Diese Herstellung von Fußböden in Bauernhäusern hat sich bis ins 19. Jh. erhalten. Eine Auslegung mit Bodendielen ist auch denkbar, kann aber leider genau wie die übrigen Holzkonstruktionen wegen ihrer Vergänglichkeit nicht mehr nachgewiesen werden. Von den Materialien für die Dachkonstruktion ist im Laufe von über 2000 Jahren ebenfalls nichts mehr erhalten.

Kelten und Germanen gründeten ihre Holz-Lehmhäuser nicht auf Bruchsteinmauern und deckten auch die Dächer nicht mit Lehmziegeln. Das älteste Grundmauerwerk nördlich der Alpen wurde um die Zeitenwende von den Römern für den Bau des Forums im heutigen Waldgirmes errichtet.

Die Dacheindeckung mit gebrannten Lehmziegeln wurde ebenfalls von den Römern in Nord- und Mitteleuropa eingeführt.

Die Worte für Mauer und Ziegel gelangten erst mit den betreffenden Gegenständen in die römische Einflussphäre der Siedlungsräume der Kelten und Germanen. So entstand „Mauer“ aus dem lat. Wort murus über ahd. mura und mhd. mure und Ziegel entstand über ahd. Ziagal und mhd. Ziegel, aus lat. tegula, vom Verb tegere = decken abgeleitet. (engl. tue = Dachziegel, franz. la tuile).

Das Wort Wand hingegen blieb für die aus Flechtwerk hergestellten Wände bestehen : mhd. u. ahd. want von winden zur indoeur. Wurzel * uendh = flechten, drehen.¹⁵

Bei einer Frucht- und Heuscheune in Norddeutschland wurden die einzelnen Gefache nicht mit Lehm ausgefüllt sondern „gezäunt“, d.h. die in den Gefachen senkrecht stehenden Holzstaken wurden nur mit Weidenruten, Ginster und Heidekraut umwunden. So konnte der Wind das Heu und die Frucht nachtrocknen um eine Selbstentzündung zu verhindern.¹⁶ Es ist vorstellbar, dass diese Wandtechnik vor mehr als 2000 Jahren schon bei Scheunen und frei stehenden Getreidespeichern angewendet wurde.

15 Lutz Mackensen, Ursprung der Wörter, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Südwest Verlag GmbH, München 1985.

16 Hermann Kaiser und Helmut Ottenjann, Museumsdorf Cloppenburg Neu Stalling GmbH, Oldenburg 1988.

Aus dem vorliegenden Grundriss (Zeichnung II) ist eine exakte Rekonstruktion des oder der Gebäude nicht möglich. Die nicht fluchtende Pfostenreihe von ca. 17 m Länge deutet darauf hin, dass es sich eventuell um mehrere Gebäude handelt. Wenn man die östlich davon aufgefundenen drei Pfostenlöcher der vorgenannten Pfostenreihe zuordnet, ergibt sich eine Breite an dieser Stelle von ca. 5 bis 6 m was den Abmessungen eines spätlatènezeitlichen Hauses entspricht. Auch die 4 Pfosten im oberen, westlichen Bereich (über der Messlinie A - B) ergeben mit ihren Abmessungen von ca. 2,5 m Breite und ca. 4 m Länge den Grundriss eines Wirtschaftsgebäudes. Wie aus Zeichnung I ersichtlich ist, war die nördliche und östliche Fortsetzung bei der Entdeckung bereits durch moderne Bebauung gestört, so dass aus diesem Grund keine Angaben über den Gesamtkomplex möglich sind.

Das verwendete Holz wird von Eichen stammen. Eichenholz ist wegen seines hohen Gerbsäuregehaltes als Baumaterial für diese Zwecke besonders geeignet. Die Gerbsäure verhindert weitgehend den Befall mit Fäulnisbakterien. Um die Lebensdauer durch Kohlenstoff zu erhöhen, können die Pfosten im erdberührten Bereich angesengt worden sein.

Beim Bau der Ringmauer des Oppidums wurden aus diesem Grund Eichen verwendet. Das manchmal noch härtere Buchenholz hingegen ist mehr für die Anfertigung von Gebrauchsgegenständen, zur Herstellung von Holzkohle und vor allem auch als Brennmaterial geeignet.

Die gesamte Wandkonstruktion musste natürlich den Gesetzen der Statik genügen, d.h. es waren entsprechende Aussteifungen vorzusehen.

Die Dachsparren wurden auf den oberen waagrechten Wandbalken aufgelegt. Bei größeren Häusern wurde der Dachfirst mit einer mittleren Pfostenreihe unterstützt.

Die in den Zeichnungen von Prass möglicherweise als Nägel angesprochenen länglichen Eisenteile könnten zur Befestigung gedient haben. Allerdings waren die vom Zimmermannshandwerk heute noch ausgeübten Verbindungen ohne Nägel auch damals schon bekannt. Die hierfür erforderlichen Werkzeuge aus Eisen waren ebenfalls vorhanden.

Der von den Außenwänden umschlossene Raum war nach oben offen, d.h. Zimmerdecken waren nicht vorhanden, weil der im Herdfeuer entstehende Rauch nach oben abziehen musste.

Damit die Wärme nach oben hin möglichst zurückgehalten wurde, musste der Dachraum gut isoliert sein. Der beste Isolator gegen

Wärmedurchgang ist das Vakuum, der zweitbeste ist ruhende Luft. Diese Eigenschaft haben besonders verschiedene Süßgräser mit hohlem Stängel oder auch die Rohrkolben deren Stängel mit einem schwammigen Mark, das an Styropor erinnert, gefüllt ist. Zur Dacheindeckung hervorragend geeignet ist zum Beispiel die zu den Riedgräsern gehörende Binsen-Schneide (*cladium mariscus*), die bis in unsere Zeit noch für diesen Zweck verwendet wird. Dieses Ried wächst an Flussufern überall auf der Nordhalbkugel. Es wird bis zu 2 m hoch, hat einen kräftigen hohlen Stängel und ist mit starken Blättern versehen, die ebenfalls bis zu 2 m lang werden können.

Ein weiteres Süßgras ist das Schilfrohr (*Phragmites australis*), das ebenfalls bis heute regional als Bedachungsmaterial verwendet wird. Schilfrohr wird 1,5 bis 3 m hoch und seine mit Knoten versehenen Stängel werden bis 2,5 cm dick. Gerade die zwischen den Knoten im hohlen Stängel eingeschlossene Luft isoliert hervorragend gegen Kälte. Die Halme sind zudem sehr verwitterungsbeständig. Schilfrohr wächst mit Vorliebe in stehendem oder mäßig bewegtem Wasser und ist ein Kosmopolit.

Ebenfalls für die Dacheindeckung geeignet ist der Rohrkolben (*Typha latifolia*), der 1 bis 3 m hoch wird und auf der Nordhalbkugel überall an Flussufern vorkommt.¹⁷

Die Dacheindeckung mit Stroh wurde früher und wird auch heute noch mancherorts praktiziert.

Getreideerzeugung war in Kombination mit der Tierhaltung eine der Voraussetzungen dafür, dass größere Menschengruppen ernährt werden konnten.

Bei den Ausgrabungen am Dünsberg wurden große Mengen von verkohltem Getreide gefunden. Der Grad der Verkohlung deutet darauf hin, dass die Getreidekörner offenem Feuer ausgesetzt waren. Die Verkohlung bewirkt eine sehr lange Haltbarkeit, da das Getreide andernfalls im Boden ganz schnell der Fäulnis anheim fällt. In den bisher ausgewerteten Proben dominiert die Gerste gegenüber Emmer und Dinkel.¹⁸

17 Gunter Steinbach, Gräser, Mosaik Verlag, München 1990.

18 Siehe Fußnote 4.

Stroh war also vorhanden. Ob es nun zumindest teilweise auch zur Dacheindeckung oder ausschließlich als Stallstreu benutzt wurde, sei dahingestellt.

Die seit der Bandkeramik zur Dacheindeckung verwendeten Süßgräser wie Ried und Schilf kamen in großen Mengen im Bereich der Lahn und vor allem im Gießener Becken vor. Das Gießener Becken war damals eine Sumpflandschaft. Die Lahn bildete in diesem verhältnismäßig ebenen Bereich viele Flussschlingen aus, deren Lage sich in größeren Zeitabständen veränderte.¹⁹

Die Ernte des Materials zur Dacheindeckung konnte besonders im Winter leicht erfolgen, wenn die seichten Stellen zugefroren waren. Das Erntegut konnte mit Wagen, die mit eisenbereiften Speichenrädern versehen waren, an den Bestimmungsort transportiert werden.

Die einzelnen Bündel wurden überlappt auf die Dachkonstruktion aufgebracht und geklopft um das Material möglichst zu verdichten. Die hierdurch fest ineinander verkeilten Stängel und Blätter bewirkten dann die gute Wärmedämmung. Durch die Überlappung der einzelnen Reihen waren ein guter Wasserabfluss und eine entsprechende Dichtigkeit gewährleistet. Die Lebensdauer eines solchen Daches kann bis zu 100 Jahre betragen.

Eine Dacheindeckung mit dünnen Steinplatten oder großen Holzschindeln ist bei Häusern ohne Zimmerdecken wärmetechnisch ungünstig und deswegen nur für Gegenden denkbar, in denen kein besser geeignetes Material vorhanden war, z.B. im Gebirge.

Der wichtigste Teil der Inneneinrichtung eines Wohnhauses bestand aus einer Feuerstelle, die von einer kleinen Lehmkuppel überwölbt sein konnte. Kamine kannte man nicht, der Rauch zog durch das Dach ab, wodurch das Ungeziefer vertrieben wurde und eine gewisse Konservierung des Holzes und der Dacheindeckung stattfand. Um Rauchvergiftungen zu verhindern, werden aber an den Stirnseiten des Hauses, im oberen Dreieck, Öffnungen vorhanden gewesen sein, die durch einen entsprechenden Dachüberstand gegen Regen und Schnee geschützt werden konnten.

Wie kam Tageslicht in die Häuser?

19 Karl Reeh, *Der Dünsberg und seine Umgebung, Forschungen zum Dünsberg Bd. 1*, Seite 17, editions monique mergoil, montagnac 2001.

Die keltischen Glaswerker konnten zwar Perlen und Armreifen aus Buntglas anfertigen, die noch heute unsere Bewunderung finden, aber die Herstellung von Fensterglas war mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich.

Lediglich transparente Tierhäute wie z.B. Blasen von Schweinen und Rindern konnten Verwendung finden. Ob allerdings mit Tierhaut gespannte Fenster eingebaut wurden, kann wegen ihrer Vergänglichkeit nicht mehr festgestellt werden.

Der Hauseingang wurde mit einer meist abschließbaren Holztür versehen.

Die für die täglichen Arbeiten in Haus und Feld benötigten Geräte waren vorhanden. Die Landwirtschaft wurde durch die Einführung der eisernen Pflugschar und der Sense, die das bodennahe Abmähen des Getreides ermöglichte, erleichtert.

Als Haustiere herrschten in der hier besprochenen Zeit Schweine und Rinder vor, gefolgt von Schafen und Ziegen sowie Pferden und Hunden.

Die Verarbeitung der höheren Getreideerträge wurde durch eine neue Mühlenart beschleunigt und erleichtert: die Hand-Drehmühle. Die vorher benutzten Handmühlen werden wegen ihrer Form auch „Napoleonshüte“ genannt. Fragmente beider Mühlsteinarten wurden in Grube 1 gefunden. Der bevorzugte Werkstoff für solche Mühlsteine war grobporiges vulkanisches Gestein aus der Eifel.

In der Zeit der Oppidakultur erhielten fast sämtliche noch heute üblichen Geräte zum Schmieden und zur Holz- und Lederbearbeitung ihre ausgereifte Form, die sich bis heute nur unwesentlich veränderte.

Keltische Schwerter, Helme und Kettenpanzer wurden in die römische Bewaffnung übernommen und trugen so ungewollt zur Eroberung eines Weltreiches durch die Römer bei.²⁰

Besonders die Noriker hatten diese neuen Kenntnisse der Schmiedekunst (bekannt als *ferrum noricum*), die dann, wie zuvor erwähnt, zu der Überlegenheit der römischen Waffentechnik führten.

20 Uta von Freeden u. Siegmund von Schnurbein, Herausgeber, *Alteuropa tritt ins Licht der Geschichte, Spuren der Jahrtausende*, Seite 230/231, Theiss, Stuttgart.

Ein besonderes Handwerk war die Schmelze und die Verarbeitung von Glas zu Schmuckgegenständen, besonders zu Perlen und Armringen, die sich ebenfalls am Dünsberg finden.²¹ Wandhaken und auch die am Dünsberg gefundenen Messer mit Ringgriffen deuten darauf hin, dass viele Utensilien griffbereit an der Wand bzw. an Pfosten und Balken hingen. Das irdene Geschirr, dessen Scherben auch in der hier behandelten Siedlung in Krofdorf in großer Zahl gefunden wurden, wird man in hölzernen Regalen aufbewahrt haben.

Die meisten Relikte, die uns Aufschluss über die Kleidung und den Schmuck der Menschen der spätkeltischen Oppidazivilisation geben können, stammen aus Gräbern, die wenigsten aus Wohnsiedlungen.

Die äußere Erscheinung der Kelten und Germanen war ähnlich und Unterschiede für Fremde kaum zu erkennen. Von zeitgenössischen Schriftstellern, die selbst den Mittelmeervölkern angehörten, wurden vor allem die Gegensätze zu ihnen selbst, wie die blonde bis rötliche Haarfarbe, die Körpergröße, die blauen Augen und das Tragen von Hosen bei den Männern, besonders hervorgehoben. Die Schrift war beiden Völkerstämmen nicht bekannt. Der Unterschied lag lediglich im kulturellen Bereich, d.h. vor allem in der Sprache und in den religiösen Vorstellungen.

Ein Hauptmerkmal der keltischen Kultur hingegen ist das Prägen von Münzen und die damit verbundene Geldwirtschaft. Die Münzen wurden mit Symbolen aus der Welt ihrer Mythen versehen und aus Gold, Silber, Bronze oder Potin (eine Messinglegierung) hergestellt.

Gold wurde wegen seiner Unvergänglichkeit und seines sonnenähnlich strahlenden Glanzes an sich als heilig empfunden. Goldmünzen findet man deswegen besonders häufig in sakralen Niederlegungen.²²

Anhand von Münzen, Keramik und Schmuck ist wegen der Abhängigkeit von der jeweiligen Mode eine verhältnismäßig genaue Datierung möglich.

Die im hier betrachteten Siedelplatz Krofdorf gefundenen rötlichen Einlagerungen und braunen Klümpchen sowie die bei Stelle 10 (Zeichnung II) gefundenen Eisensteine könnten ein Hinweis auf Eisenverarbeitung sein.

21 Siehe Fußnoten 4 u. 5.

22 Siehe Fußnote 5.

Die schwarzgefärbte Erde in den mit „b“ gekennzeichneten Pfostenlöchern lässt auf die Beimengung von Kohlenstoff schließen.

Die gefundene Holzkohle kann vom Herdfeuer oder von der Eisenverarbeitung stammen, sie kann aber auch auf einen Brand hindeuten.

Die Gruben entstanden oft durch Materialentnahme (z.B. Lehm), wurden aber anschließend auch zur Lagerung von Nahrungsmitteln, vorwiegend Getreide, genutzt. Erst nach Auflassung der Siedlung wurden sie mit dem für die Archäologie so wertvollen Abfall gefüllt. Solche Gruben stellten mit Sicherheit die bei Stelle 1 und 2 gefundenen dar.

Zur Zeit der Oppidakultur bestand ein enormer Bedarf an Holz für den Hausbau, für die Mauern aus Holz, Steine und Erde, sowie in Form von Holzkohle für die Roheisenschmelze in sogen. Rennöfen und die Weiterverarbeitung des Eisens wie z.B. zur Erzeugung des Schmiedefeuers.

Zudem war Holz das einzige Heizmittel für die Wohnhäuser in der kalten Jahreszeit und es wurde zudem ganzjährig zum Kochen benötigt.

Die durch die Abholzung frei werdenden Flächen wurden zur landwirtschaftlichen Nutzung dringend benötigt, um die Ernährung der im Oppidum lebenden mehreren tausend Menschen sicherzustellen.

So wird bereits 200 Jahre vor der Zeitenwende der Wald im Einflussgebiet des Dünsbergs auf die weniger fruchtbaren Böden zurückgedrängt worden sein. Hinzu kommt noch, dass die damals übliche Eichelmast der Schweine und die Waldweide der Rinder in den Randbereichen keinen neuen Waldbestand mehr aufkommen ließen.

Anhand der Pollenanalyse konnte nachgewiesen werden, dass sich die Buche vor etwa 3000 Jahren (Urnenfelderzeit) in unserer Gegend großflächig ausbreitete. Es wird angenommen, dass die heutige Vorherrschaft der Buche in den hessischen Wäldern mit Wirtschaftsmaßnahmen des Menschen in Zusammenhang steht. Zum Beginn der Eisenzeit (ca. 750 v.u.Z.) war dann durch die intensive Landwirtschaft selbst im fruchtbaren Lössgebiet der Wetterau der Wald nicht mehr der dominante Vegetationstyp. Die verbliebenen Restwälder hatten mit der natürlichen Vegetation keine große Ähnlichkeit mehr, es waren vor allem lichte Eichenwirtschaftswälder.

In der Eisenzeit wurden selbst im Vogelsberg die Buchenwälder gelichtet, obwohl dort keine prähistorische Verhüttung der vorhandenen

Brauneisensteine nachzuweisen ist. Bei anhaltend starker Waldweide löst sich der Wald parkartig auf und es entstehen offene Triftflächen. Offenbar wurden in der Eisenzeit, neben den bereits großflächig genutzten Lössböden zusätzlich die Mittelgebirge und die feuchten Auenbereiche intensiv erschlossen.²³

So wird auch im Machtbereich des Dünsbergs der Wald zur Zeit der Oppidakultur am weitesten zurückgedrängt gewesen sein.

So unangenehm die Vorstellung auch sein mag, wir werden uns die ganze Gegend ohne Hochwald denken müssen.

Bei Aushub des Kabelgrabens für den Sendeturm auf dem Dünsberg wurden 1965 Bodenproben entnommen, die 1997 abschließend untersucht werden konnten. Neben den untersuchten Pflanzenresten wurde spätlatènezeitliche Keramik geborgen. Es war ein Vorratsfund der vor allem vierzeilige Spelzgerste enthielt, der geringe Mengen von Echter Hirse, Emmer- und Dinkelweizen sowie Linse und Erbse beigemischt waren.²⁴

Der gleiche Befund ergab sich bei den 2003 durchgeführten Ausgrabungen am Ostsporn.²⁵ In beiden Fällen handelt es sich offensichtlich um Speicher für Gerste, während die genannten Beimengungen als Verunreinigungen angesehen werden können, die zwar auch zur Ernährung beitrugen, aber in der Masse anderweitig gelagert wurden.

Man kann also davon ausgehen, dass diese Nutzpflanzen im Krofdorfer Siedlungsraum angebaut wurden. An den Waldrändern werden Himbeeren und Brombeeren gewachsen sein und die sich etwas weiter im lichten Wald mit ihren Früchten befindlichen Haselnusssträucher werden ebenfalls zur Bereicherung des Speisezettels in der Spätlatènezeit beigetragen haben. Ferner ergänzten Walderdbeeren, Schlehen, Holzäpfel und Speisepilze die Nahrung.

Straßen im heutigen Sinne gab es damals nicht. Die Altwege führten immer über die Höhen, weil die Täler zu feucht und oft versumpft

23 Astrid Stobbe u. Arie J. Kalis, *Vegetation und Landschaft der Wetterau zu Lebzeiten des Glaubergfürsten*, studia honoraria, Archäologie in Hessen, Festschrift für Fritz-Rudolf Herrmann, Verlag Marie Leidorf GmbH, Rhaden 2001.

24 Angela Kreuz u. Maria Hopf, *Ein Gerstenfund vom keltischen Oppidum Dünsberg bei Gießen*, Festschrift wie Fußnote 23.

25 Siehe Fußnote 24, S. 165 - 169.

waren. Die Wege selbst waren unbefestigte Fahrschneisen, die sich bei weicherem Untergrund mit der Zeit eintiefen.

Wie oben bereits erwähnt, war die „Alte Weinstraße“ eine uralte Nord-Südverbindung, die die hessischen Senken miteinander verband. Eine der Trassen führte über die „Wolfsfurt“ durch die Lahn und über die „Haardt“ westlich am Gleiberg vorbei. Nördlich von Krofdorf bezeugt heute noch der Name „Rinnweg“ - Rennweg diesen Altweg. Spuren dieser „Straße“ findet man noch im Krofdorfer Forst in Nähe des Frauenkreuzes. Näheres über Altwege siehe auch unter Fußnote 26.²⁶

Warum eigentlich westlich am Gleiberg vorbei ?

Am Osthang des Gleibergs besteht der Untergrund meistens aus Lehm, während der Anstieg bis zum westlich gelegenen Hainweg auf steinigem Boden (Flurbezeichnung: Steinrücken) verlief.

Warum findet man heute kaum noch Spuren von diesen Altwegen im Gelände?

Spuren von Wagen haben sich nur dort erhalten, wo der Boden weniger fruchtbar war und deswegen die Landwirtschaft nicht intensiv betrieben werden konnte. In diesen Bereichen war die Forstwirtschaft dominierend, welche die Bodendenkmäler wie z.B. auch die Hügelgräber nicht so nachhaltig schädigte.

In landwirtschaftlich genutzten Flächen hingegen verschwanden Altwege und meist auch die Hügelgräber vollkommen.

Ein gutes Beispiel ist das römische Verwaltungszentrum im heutigen Waldgirmes. Wo Tore sind, ist normalerweise auch ein Weg. Zwei Tore hat man hier bisher ausgegraben, die Verbindungsstraße zwischen den Toren ist an ihrem überdeckten Abwassergraben noch kenntlich. Von den Wegen außerhalb der Tore fehlt hingegen jede Spur. 2000 Jahre intensive Landwirtschaft haben alle Spuren verwischt. Die leichte Hanglage hat das ihre dazu getan.²⁷

Es wird wohl kein Zufall sein, dass sich die spätlatènezeitliche Siedlung in Krofdorf in einer für die Landwirtschaft günstigen Lage und zudem noch ganz in der Nähe der „Alten Weinstraße“ befand.

26 Hans Reeh, Altwege im Bereich des vom Dünsberg beherrschten Lahn Bogens zwischen Marburg, Gießen und Wetzlar, Mitteilungen des OHG Gießen, 89. Band, Gießen 2004.

27 Siehe Fußnote 3.

Denkbar ist auch, dass die ab dem 6. Jh. vermutete fränkische Siedlung, aus der dann das heutige Krofdorf entstand,²⁸ aus diesen Gründen einige hundert Meter westlich der „Alten Weinstraße“ angelegt wurde. Für die Gründung dieser fränkischen Siedlung könnte auch die Lage an der Einmündung „Fränkische Straße“ - „Alte Weinstraße“ von Bedeutung gewesen sein. (Zeichnung IV).

Für die Gründung der spätlatènezeitlichen und der fränkischen Siedlungen waren natürlich auch die guten Bodenverhältnisse und die Nähe zu den Bächen ausschlaggebend.

Im Krofdorfer Forst verläuft ein alter Höhenweg, der als solcher durch die Nähe einiger Hügelgräber gekennzeichnet ist. Diese Hügelgräber werden als hallstattzeitlich angesehen.²⁹ Dieser Altweg, die „Buchenstraße“, verläuft auf der Höhe zwischen Fohnbach und Hammersbach. Er wird heute noch als Wanderweg von Krofdorf zum Dünsberg benutzt.

Wenn die zeitliche Einschätzung für die Hügelgräber zutrifft, war dieser Altweg schon vor der spätlatènezeitlichen Siedlung in Krofdorf vorhanden und er könnte so die Verkehrsverbindung zwischen dem Altsiedelplatz und dem Oppidum gewesen sein. Siehe Zeichnung V. Der Zugang zum Oppidum wäre dann über den sogen. Osthof erfolgt, wie ebenfalls in Zeichnung V dargestellt.

Gleiberg, Vetzberg und Wettenberg kann man aus gutem Grund als Vorburgen des Oppidums auf dem Dünsberg ansehen.^{30/31}

Auf Gleiberg und Wettenberg werden Befestigungen in Form von Ringwällen oder -mauern vermutet.

Die spätlatènezeitliche Siedlung in Krofdorf lag demnach nicht nur verkehrstechnisch günstig, sondern sie genoss auch noch den Schutz dieser Vorburgen, die darüber hinaus auch die Verkehrswege im Gleiberger Land kontrollierten.³²

28 Jürgen Leib, Krofdorf-Gleiberg zwischen Tradition und Fortschritt 1974.

29 Siehe Fußnote 28.

30 Alfred Deubel, Der Dünsberg und seine Vorburgen, Frauenkreuze sind Friedenskreuze, Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft Lahntal e. V., 1986.

31 Karl Reeh, Der Dünsberg und seine Umgebung, Forschungen zum Dünsberg, Bd. 1, Seite 332 ff., éditions monique mergoil, montagnac 2000.

32 Siehe Fußnote 26.

Da eine kontinuierliche Besiedlung aus der Keltenezeit für die Gründungsstelle von Krofdorf (Zeichnung III) nicht anzunehmen ist, wird die Vorsilbe „Krof-“ aus dem Germanischen kommen.

Das Wort Dünsberg leitet sich vom keltischen Wort „dunum“ = Höhenfestung ab, was ursprünglich auf das indoeuropäische Wort „duno“ = umzäuntes Terrain zurückgeführt wird.³³

Die in der Spätlatènezeit im Lahnbogen lebenden Menschen haben nicht nur die gleiche Keramik hergestellt, den gleichen Schmuck getragen und ähnlich aussehende Häuser gebaut, sondern sie haben auch dasselbe Idiom gesprochen. In ihrer Sprache hätten sie dann den Dünsberg als Höhenfestung und den Gleiberg vielleicht als vorgelagertes Hindernis bezeichnet.

Wie diese Siedlung selbst von ihren Bewohnern genannt wurde, ist nicht mehr zu ergründen.

Jedes archäologische Forschungsprojekt im Bereich des östlichen Randes des Rheinischen Schiefergebirges bringt das Oppidum Dünsberg als Verwaltungszentrum dieses ganzen Gebietes immer mehr ins Bewusstsein. Vor allem als das am nördlichsten gelegene keltische Gebiet, in dem der Abbau und die Weiterverarbeitung von Eisen betrieben wurde, erlangt dieses immer mehr an Bedeutung. Es ist dies ein Raum, der im Westen durch die Linie Weilburg - Dillenburg - Bad Berleburg und im Osten durch die Linie Gladenbach - Battenberg begrenzt ist. In dieser Region sind bis heute zwölf jüngereisenzeitliche Höhensiedlungen bzw. Ringwallanlagen bekannt.³⁴

Welches Ziel verfolgte der römische Kaiser Augustus als er am Beginn unserer Zeitrechnung ein Verwaltungszentrum im heutigen Waldgirmes errichten ließ, nachdem durch den Niedergang des keltischen Machtzentrums Dünsberg im ganzen Einflussgebiet ein Machtvakuum entstanden war? Wollte er die Schätze der „Kornkammer Wetterau“ und des „Lahn/Dill-Eisenlandes“ von Waldgirmes aus vermarkten? Wollte er die Lahn zu diesem Zweck als Wasserweg ausbauen und für Transporte zum Rhein hin nutzen?

33 Siehe Fußnote 9.

34 Claus Dobiak, Michael Schefzik, Ringwallanlagen bei Dautphetal-Hommerlshausen, Früher Eisenland - heute „Hinterland“, hessen Archäologie 2002, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2003.

Mit den Chatten ein wenig Handel mit Fellen und blondem Frauenhaar zu treiben, wird wohl nicht seine Absicht gewesen sein.

Wie wichtig zumindest die Wetterau für Rom war, zeigte sich etwa 100 Jahre später, als diese mit der Errichtung des Limes in das Imperium Romanum integriert wurde. Auch die Salzgewinnung in Bad Nauheim dürfte dabei eine Rolle gespielt haben.

Die Frage, ob die Bewohner der keltischen Siedlung Krofdorf noch von dem Ruf „die Römer kommen!“ aufgeschreckt wurden, muss offen bleiben.

Jedenfalls begann mit dem Feldzug des Drusus in den Jahren 10/9 v.u.Z. gegen die Chatten auch im Lahnbogen ein neues Zeitalter. Die spätkeltische Oppidazivilisation war bereits etwa 10 Jahre vorher zu Ende gegangen und mit ihr auch das an der nördlichen Peripherie der keltischen Welt befindliche Oppidum auf dem Dünsberg. Allerdings war diese keltische Stadt von allen vergleichbaren am längsten bewohnt.

Vorher waren die Ubier von den Römern in die Gegend von Köln umgesiedelt worden, was auch für den Dünsberg und Umgebung numismatisch nachzuweisen ist.³⁵

Im engeren Kölner Raum gab es keine Eisenerzvorkommen und so wird in erster Linie die Landbevölkerung umgesiedelt worden sein. Eine Besiedlung mit Handwerkern, die ihr angestammtes Handwerk nicht ausüben können, macht wenig Sinn.

Seit etwa 50 v.u.Z. drangen bereits die ersten germanischen Bauern in das Einflussgebiet des Oppidums vor. Mit den durch die Umsiedlung der keltischen Bevölkerung frei werdenden Siedlungsflächen wird sich diese Zuwanderung verstärkt haben, denn um die Zeitenwende war die Bevölkerung im Dünsbergland bereits überwiegend germanisch, wie dies die Funde im römischen Verwaltungszentrum Waldgirmes verdeutlichen.

Die verbliebenen keltischen Eisenwerker werden sehr schnell von dieser germanischen Bevölkerung aufgesogen worden sein.

35 Jens Schulze-Forster, Der Dünsberg bei Gießen - keltisches Oppidum oder germanischer Ringwall? Neue Ergebnisse zur historischen Rolle des Dünsbergs, hessen Archäologie 2002, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2003.

Eine keltische Restbevölkerung muss beim Vordringen der Germanen allerdings vorhanden gewesen sein, sonst hätten die keltischen Worte für markante Landschaftselemente nicht bis zum heutigen Tag bewahrt werden können.

Diese ethnische Vermischung dürfte friedlich verlaufen sein, weil eher eine Ergänzung von Handwerkskunst und Landwirtschaft als eine Konfrontation vorausgesetzt werden kann. Die Prosperität des Gemeinwesens dürfte durch diese Verschmelzung erhöht worden sein.

Aus guten Gründen kann angenommen werden, dass das augusteische Militärlager in Dorlar von Drusus in seinen Feldzügen gegen die im Edergebiet lebenden Chatten in den Jahren 10 u. 9 v.u.Z. zur Zerstörung des Oppidums angelegt wurde, weil er dieses gewaltige Bollwerk mit seinen Vorburgen nicht bestehen lassen konnte, ohne seinen Rückzug zu gefährden. Ein späterer Zeitpunkt kann wohl ausgeschlossen werden, weil kein Objekt mehr vorhanden war, das den militärischen Aufwand von 1,5 bis 2 Legionen erfordert hätte.

Im Jahr 9 u.Z. fanden alle römischen Anlagen, die östlich des Rheins gelegen waren, mit dem Aufstand germanischer Stämme unter Führung des Cheruskers Arminius ein jähes Ende. Beim römischen Militär zum Führer einer Auxiliareinheit ausgebildet, gelang es ihm, drei römische Legionen samt Tross zwischen dem nördlichen Rand des Wiehengebirges und dem angrenzenden großen Moor zu vernichten.

Wie die römischen Münzen in Waldgirmes zeigen, endet auch diese Stadtgründung im Jahr 9 u.Z.

Der Sohn des Drusus, genannt Germanicus, wagte im Jahr 15 u.Z. unter anderem noch einen Rachefeldzug gegen die Chatten, um die 6 Jahre zuvor erlittene Schmach des Varus zu tilgen. Germanicus benutzte dabei die gleichen Vormarschwege wie Drusus etwa 25 Jahre früher.

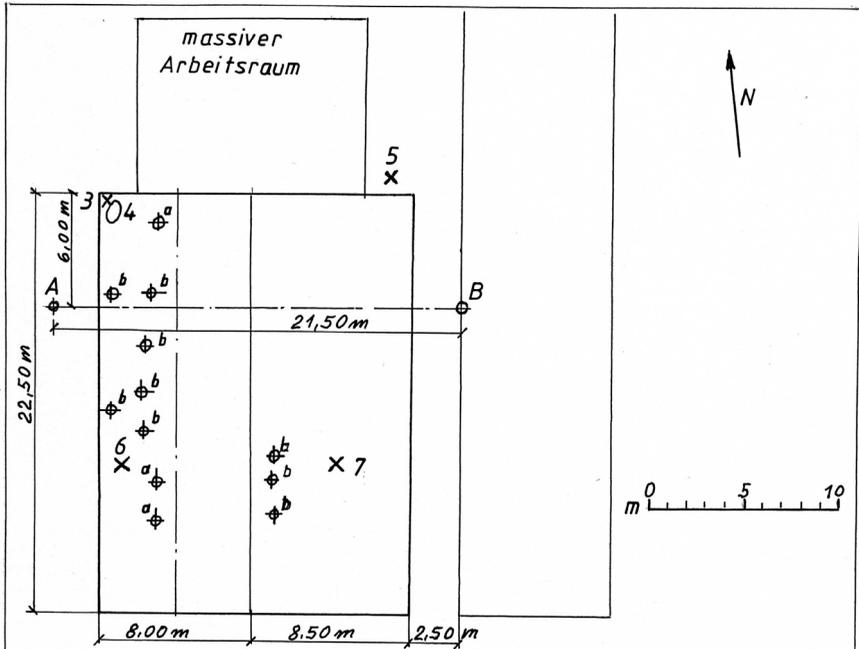
Mit dem Chattenkrieg unter Kaiser Domitian in den Jahren 83 - 85 u.Z. wurde Rom in unserer Gegend wieder aktiv und legte danach den Wetteraulimes als Grenze zum freien Germanien (Germania Superior) an. Bei Grüningen begann damals das Imperium Romanum. Die Landschaft im Lahnbogen wurde so zum Grenzgebiet, bis der Limes um das Jahr 260 u.Z. von Chatten und ihren Verbündeten, vor allem Alemannen, überrannt wurde.

Die römischen Kriegszüge gegen die Chatten gingen wieder vom heutigen Mainz (Mogontiacum) aus und bewegten sich durch die Main-

ebene und am Taunus entlang nach Norden. Die römischen Legionen folgten also der „Alten Weinstraße“,³⁶ an der auch die Keltensiedlung in Krofdorf lag. Diese Siedlung könnte theoretisch bis zum Vormarsch des Drusus bestanden haben. Mit größerer Wahrscheinlichkeit dürfte das Ende aber mit dem Exodus der Ubier in Zusammenhang stehen.

Um 20 v.u.Z. ist keltisches Leben auf dem Dünsberg nicht mehr feststellbar. Spätestens um diese Zeit wird auch die Siedlung in Krofdorf erloschen sein.

36 Siehe Fußnote 26.



$\oplus^a + \oplus^b =$

Pfostenlöcher: 0,25 – 0,35 Dm - 1955

- \oplus^a = schwarz – rötliche Einlagerungen. (Eisenschmelzreste)
- \oplus^b = schwarzgefärbte Erde mit braunen Klümpchen
- a und b: Inhalt: außer Scherben kleine, stark oxidierte, längliche Eisenteile
- 3 = Henkelreste - 1,20 m Tiefe, - 1955
- 4 = Bodenverfärbung und Funde wie bei \oplus^a jedoch Fläche = 1,00 x 1,50 m - 1955
- 5 = einzelne Scherben mit Hüttenlehm - 1954
- 6 = im ganzen Bereich Pfostenlöcher: 1 Kiste Scherben und Eisenteile ($\oplus^a + \oplus^b$)
- 7 = einzelne Scherben - 1954
- 8 = einige Scherben - 1953
- 9 = Scherbenhaufen - Fläche 0,50 x 0,60 m - 0,30 bis 0,70 m tief (Abfallgrube) - 1953
- 10 = einige Scherben und einige Eisensteine - Fläche: 0.60 m Dm. - 1953
- 11 = sitzförmig angeordnete Grauwackesteine - 1953

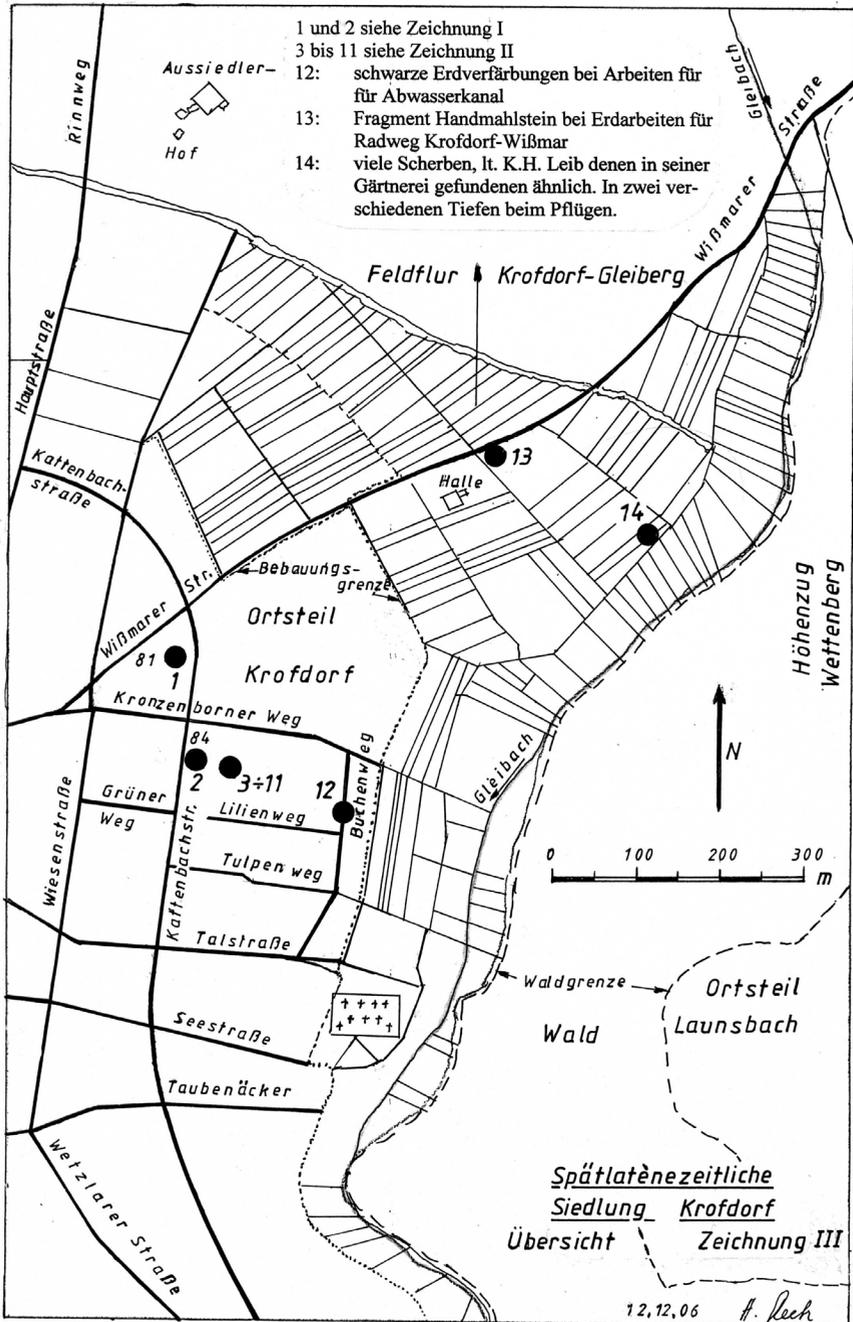
Pos. 1 und 2 siehe Zeichnung I

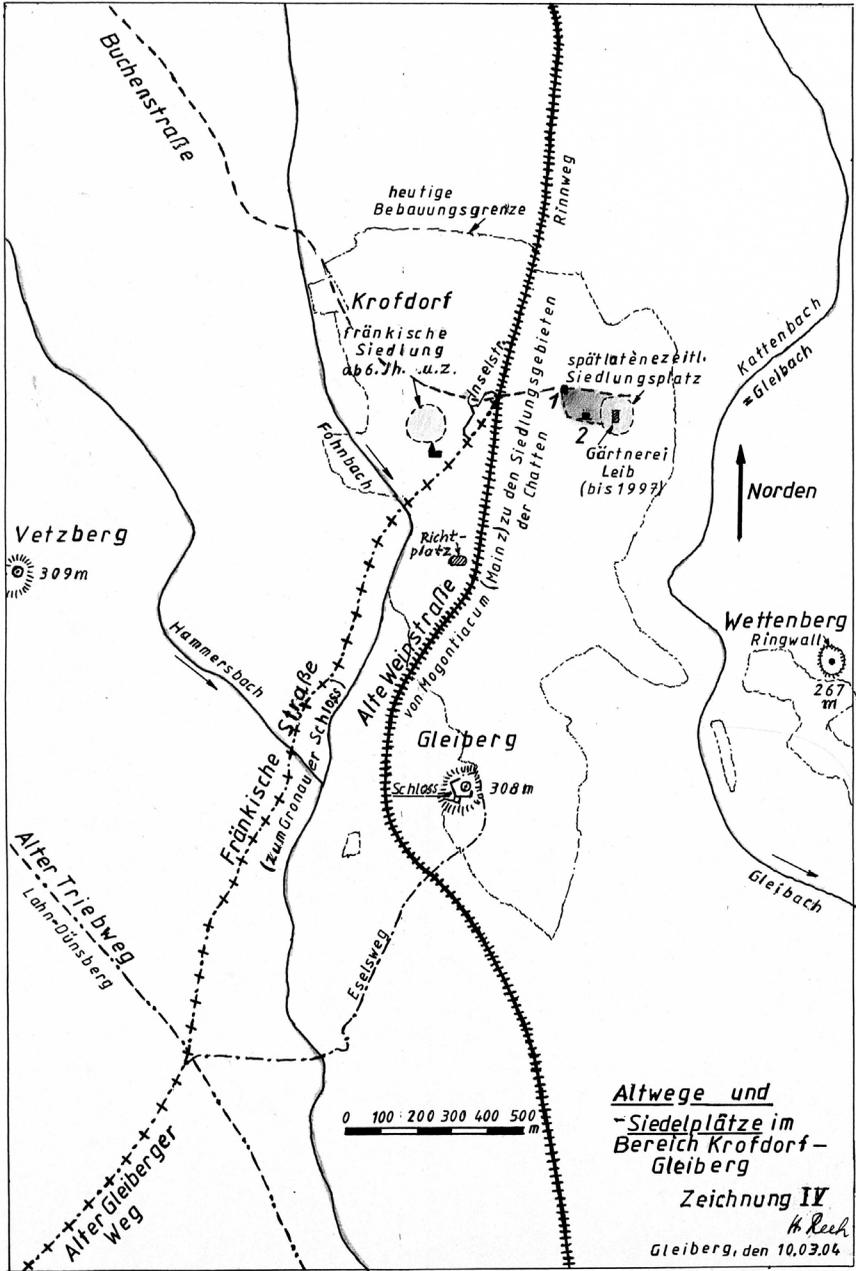
Bemerkung:
Der Text und die Jahreszahlen wurden den Zeichnungen von Prass entnommen.

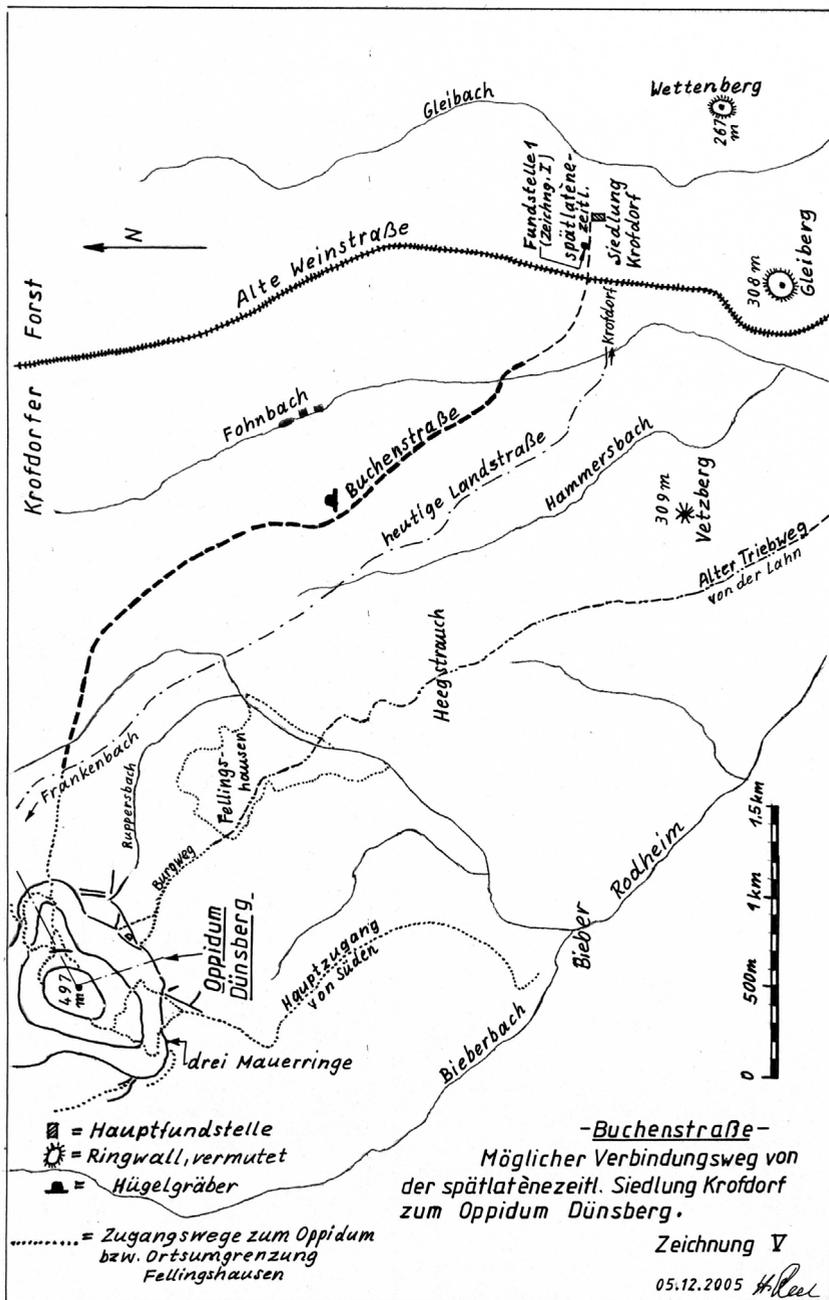
Spätlatènezeitliche
Siedlung_Krofdorf

Zeichnung II

29.11.2005 H. Reel







Kasseler Apoll und Dresdener Schauspielerrelief

Margarete Bieber und die Gießener Antikensammlung

Matthias Recke

Vor 100 Jahren wurde Margarete Bieber 1907 in Bonn mit einer Arbeit über „Das Dresdner Schauspielerrelief“ im Fach Klassische Archäologie promoviert. Besaß dieser Schritt als Frau an den preußischen Universitäten zu dieser Zeit noch eine hohe Seltenheit (und hatte erheblicher Anstrengungen bedurft), so war ihre Habilitation 1919 an der Landesuniversität in Gießen eine Sensation; Margarete Biebers Rolle für die Geschichte des Frauenstudiums und ihre Vorreiterrolle in der Klassischen Archäologie, aber auch ihre Bedeutung für die Universität Gießen ist daher in jüngerer Zeit auch vielfach gewürdigt worden.¹

Das Gießener Wirken von 1919 bis 1933 empfand sie bis zu ihrem Tod als die glücklichste und fruchtbarste Zeit ihres Lebens, und die Geschichte des Archäologischen Instituts ist seither untrennbar mit der ihren verbunden. Dies betrifft nicht nur die Zeit, die Bieber von der Habilitation 1919 bis zu ihrer Entlassung im Jahre 1933, die als „politische Unzuverlässigkeit“ verbrämt wurde, tatsächlich aber wegen ihrer jüdischen Abstammung erfolgte, in Gießen verbrachte, sondern auch die Zeiten danach, als sie im Exil in Großbritannien und in den USA lebte, ein Exil, das sie spätestens 1940, als sie die amerikanische Staatsangehörigkeit erwarb, in eine zweite Heimat umwandelte. Bis zu ihrem Tod 1978 im hohen Alter von 98 Jahren hielt sie jedoch Kontakt zu befreundeten Gießener Kollegen und deren Familien, half mit Paketen, Geldspenden und Empfehlungsschreiben, und als sie 1957, fast achtzigjährig, die Ehrensensatorenwürde der Justus Liebig-Universität erhielt, war dies nicht nur für sie eine bedeutende und wichtige Geste.

1 Zuletzt M. Recke, „... besonders schauerlich war die Anwesenheit von Frl. Bieber“, in: J. E. Fries u.a. (Hrsg.), *Science oder Fiction? Geschlechterrollen in archäologischen Lebensbildern* (2007) 209–231 (mit ausführlicher Bibliographie); E.-M. Felschow, *Das Schicksal der Margarete Bieber*, in: *Panorama. 400 Jahre Universität Gießen* (2007), S. 278–283. Lediglich im Internet publiziert ist bislang die ausführliche Biographie „Margarete Bieber: Two Worlds“ von Larissa Bonfante und Matthias Recke, vgl. www.brown.edu/Research/Breaking_Ground/bios/Bieber_Margarete.pdf.

In ihrer Gießener Zeit von 1919 bis 1933 verfasste Bieber mehrere wegweisende und bis heute grundlegende wissenschaftliche Arbeiten, baute den Lehrstuhl auf und konnte ihn klar gegenüber dem benachbarten Marburg profilieren, so dass ihr sogar das Ordinariat in Aussicht gestellt wurde – letzteres war seit der Berufung Richard Delbruecks 1928 nach Bonn unbesetzt. Als Vertreterin des Lehrstuhls war Bieber damit auch für die Antikensammlung des Instituts verantwortlich, die sie bereits vorher intensiv für ihre Lehre genutzt und erweitert hatte. Da aber die Archivunterlagen der Sammlung bei der Bombardierung Gießens im Dezember 1944 komplett zerstört worden sind, lässt sich im Einzelnen nicht mehr feststellen, welche Ankäufe und Erwerbungen ihr zu verdanken sind. Lediglich bei zwei Objekten kann klar nachgewiesen werden, dass sie durch Margarete Bieber in die Sammlung gekommen sind. Diese beiden Objekte sind stellvertretend für die beiden großen Schritte in ihrer Karriere aus der Zeit vor der Habilitation in Gießen und markieren zum einen die Dissertation von 1907, zum anderen die Arbeiten zu dem gewaltigen Bestandskatalog der Kasseler Antikensammlungen von 1915, der bis heute nicht überholt ist und Gültigkeit besitzt. Beide Arbeiten haben Bieber ein hohes Ansehen in der Fachwelt verschafft und waren daher mit ausschlaggebend für die Habilitation in Gießen.

Dass gerade zwei Objekte der Gießener Antikensammlung die Kriegszerstörungen von 1944 überstanden haben, die mit diesen Schritten verbunden sind, ist daher als ausgesprochener Glücksfall zu bezeichnen. Da sie aber auch als Einzelstücke wissenschaftlich von hoher Bedeutung sind, sollen sie im Folgenden ausführlich vorgestellt werden. In beiden Fällen handelt es sich um Gipsabgüsse. Das mag auf den ersten Blick den Eindruck von minderer Wichtigkeit erwecken, da es sich eben nicht um antike Originale handelt, sondern um Reproduktionen, denen das Flair der Authentizität fehlt. Tatsächlich sind die beiden Gipse aber wissenschaftlich höchst interessant, da sie einen Zustand der antiken Originale festhalten, der heute nicht mehr erhalten ist. Das zuerst zu besprechende Relief ist im Original in der Dresdener Antikensammlung weniger vollständig zu sehen als in dem Zustand, den der Gießener Gips dokumentiert, und die als zweites zu besprechende Bronzestatuetten in Berlin ist seit dem 2. Weltkrieg verschollen und heute, abgesehen von einem unbefriedigenden Schwarzweiß-Photo, nur mehr durch den Gießener Gips fassbar, der weltweit der einzig überlieferte ist. Und zuletzt stehen diese beiden Gipse stellvertretend für die

1944 weitgehend zerstörte Gießener Abguss-Sammlung, die einen erheblichen Umfang besessen haben muss, da für sie zeitweilig nahezu das gesamte Erdgeschoß des Universitätshauptgebäudes zur Verfügung stand.²

A. Das Dresdener Schauspielerrelief



Abb. 1

2 Vgl. den um 1879 entstandenen Plan des Universitätshauptgebäudes bei L. Kalok, Wilhelm Conrad Röntgen in Gießen. 1879–1888 (1979), S. 18–19. Demnach sind die Räume der Front völlig dem Münz- und Antikenkabinett zugesprochen, nur der Raum ganz rechts (Nr. 6) ist das „Physic. Laboratorium des Directors“, das später aber offenbar auch der Antikensammlung zugeschlagen wurde.

Der Gips zeigt das so genannte Dresdener Schauspielerrelief, ein Marmorwerk aus den letzten Jahren des 1. Jahrhunderts v. Chr., also eine Arbeit der frühen römischen Kaiserzeit, das sich heute im Dresdener Albertinum³ befindet. Es zeigt in der Mitte einen sitzenden Mann, dessen Ausstattung mit Efeukranz, Tierfell über der Brust und (zum Teil weggebrochenem) Thyrsosstab in der rechten Hand an den Weingott Dionysos denken lässt. Die hohen Plateauschuhe (Kothurne) und das Gewand, der lange Ärmelchiton (Abb. 2–3), zeigen jedoch, dass es sich um einen Schauspieler handelt, der den Gott Dionysos lediglich verkörpert. Links ist die Gestalt eines Knaben zu sehen, dessen Haltung die Deutung als Flötenspieler nahe legt (Abb. 2), und rechts eine tänzerisch bewegte Frauengestalt, die unterschiedliche Deutungen erfahren hat.



Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4

Der Felsboden, der links im Hintergrund zu sehende Vorhang und der rechts am Bildrand befindliche Pfeiler mit Ansatz eines dreigestaltigen Hekateions (Abb. 4) charakterisieren einen heiligen Bezirk. Es wird sich aber nicht um die szenische Darstellung aus dem Leben des Dionysos handeln, sondern vielmehr um die Ehrung eines Künstlers, „der wahrscheinlich für einen Sieg in einem der Schauspielerwettbewerbe geehrt wird, wie sie über Jahrhunderte bei großen Dionysien ausgetragen wurden. Der schräg um den Körper hängende Blütenkranz (Abb. 3) könnte Zeichen eines solchen Sieges sein. Man hat in der Figur auch

3 Dresden, Albertinum ZV 1914; vgl. K. Knoll u.a., Die Antiken im Albertinum. Staatliche Kunstsammlungen Dresden (1993), S. 45 f. Nr. 24; älterer Literatur auch bei M. Bieber, The History of Greek and Roman Theater (1961), S. 84 Abb. 307.

den Vorsteher einer Schauspielergilde sehen wollen, der immer zugleich auch Dionysospriester war.⁴

Das Relief wurde 1901 aus der Sammlung Pourtalès für Dresden erworben, seine Geschichte lässt sich aber bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen. So ging es aus der Sammlung des Kardinals Gaspare di Carpegna noch „vor 1698 in den Vatikan, nach 1784 in die Sammlung Malmaison und ging aus dieser in den Besitz des Grafen Pourtalès über“.⁵

Über den genauen Fundort und das Funddatum gibt es keine Informationen, doch spricht alles dafür, dass es aus Rom selbst stammt. Das Relief ist nicht vollständig erhalten, wurde aber, wie dies bei Skulpturen und Reliefs seit der Renaissance üblich war, vervollständigt, indem die Bruchflächen begradigt und mit Ergänzungen angestückt wurde. Wann genau dies geschah, ist nicht bekannt. Der Zustand, in dem es 1901 aus der Sammlung Pourtalès erworben wurde, zeigt die Abb. 5:

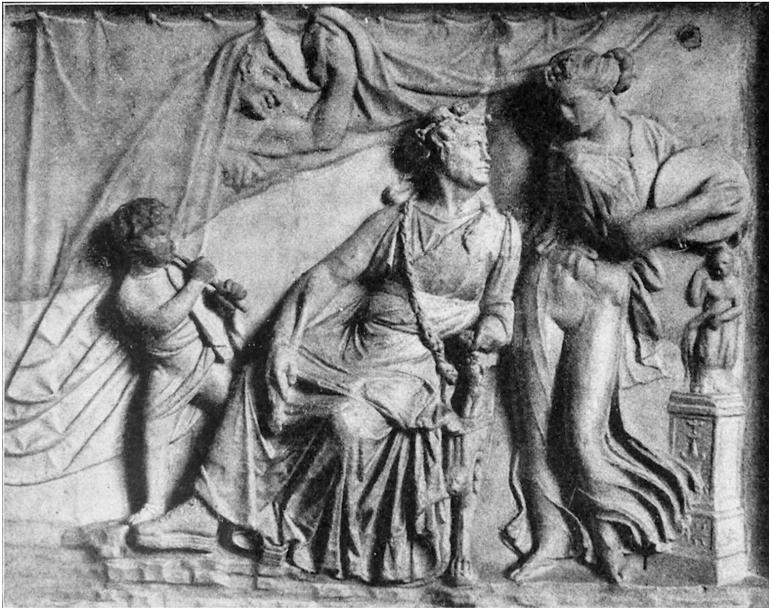


Abb. 5

4 I. Raumschüssel, in: K. Knoll u.a., Die Antiken im Albertinum (1993), S. 46.

5 M. Bieber, Das Dresdner Schauspielerrelief. Ein Beitrag zur Geschichte des tragischen Costüms und der griechischen Kunst (1907), S. 1.

Deutlich geben sich die Anstückungen, die das Relief zu einer rechteckigen Platte ergänzen, durch ihre unterschiedliche Färbung zu erkennen, denn „der Marmor, den der Restaurator benutzte, ist bedeutend heller und grobkörniger als der des Originals“.⁶

In Dresden wurden die neuzeitlichen Ergänzungen abgenommen und an einen Gipsabguss des antiken Teils angefügt. Diese konsequente Ent-Restauration ist ein ganz charakteristischer Zug der Archäologie des frühen 20. Jahrhunderts. Ein bezeichnendes Beispiel für diese puristische Vorgehensweise ist etwa die Arbeit des damaligen Gießener Archäologen Bruno Sauer, der den berühmten Weber-Laborde'schen Kopf, heute im Pariser Louvre (Abb. 6), in seiner Universitätschrift von 1903 den Parthenongiebeln auf der Athener Akropolis zuwies und, um nur original Antikes zu zeigen, kurzerhand die Ergänzungen aus dem Gießener Gips meißelte (Abb. 7).



Abb. 6

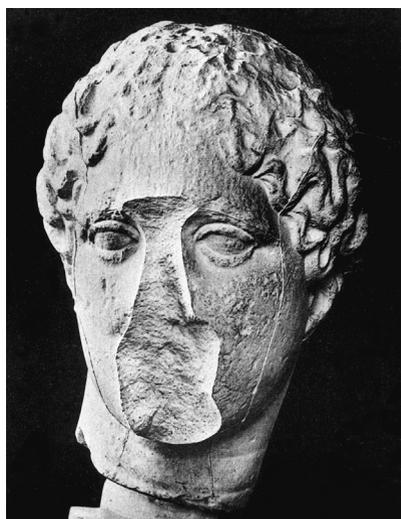


Abb. 7

„Zugegeben, dass die Vorderansicht des Kopfes durch Beseitigung der Zutaten nicht gewinnen konnte, so bedeuteten diese keine Verbesserung des schönen Werkes und störten überdies mehr als jene Lücke, über die man hinwegzusehen sich gewöhnen muss und kann, das Studium der echt antiken Formen. Auf Grund dieser Erwägungen habe ich kein

6 M. Bieber, Das Dresdner Schauspielerrelief (1907), S. 6.

*Bedenken getragen, jene Ergänzungen bis zu der Grenze des antiken Teils einschließlich des nicht sicher rechten Mundwinkels am Gips abzumeiseln, und gebe in den Lichtdrucken nach diesem berichtigten Abguss [...] nur zweifellos Antikes“.*⁷

Der damalige Eigentümer des Kopfs, Graf Laborde, hatte sich zuvor dem Ansinnen Sauers („aufgrund eines Gefühls kindlicher Pietät“) widersetzt, die Ergänzungen zu entfernen, weil diese durch den berühmten französischen Bildhauer Pierre-Charles Simart (1808-1857) erfolgt war. Tatsächlich ist der Kopf, der sich seit 1928 im Louvre befindet, erst vor kurzem von der das klassische Erscheinungsbild erheblich störenden „Vollendung“ Simarts befreit worden.⁸

Diese ehrfürchtige Achtung der Ergänzung fragmentarischer Antiken durch angesehene Künstler und die Bewertung dieser Arbeit als schöpferische Leistung eines Gesamtkunstwerks lässt sich bis heute feststellen. So sind etwa die Anstückungen, die der dänische Bildhauer Bertel Thorvaldsen an den Giebelfiguren des Aphaia-Tempels von Ägina kurz nach ihrer Entdeckung vornahm, erst Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts abgenommen worden, als man an die Neuaufstellung der Giebelgruppen in der Münchner Glyptothek ging. Thorvaldsens Ergänzungen der Ägineten werden heute, sorgfältig separat gesockelt, im Depot der Glyptothek aufbewahrt, da auch sie als wichtiges Zeitzeugnis verstanden werden.

Ein anderes Beispiel ist das Porträt der „Livia“ in Kopenhagen (Abb. 8): Hier haben sorgfältige Untersuchungen in den 80er Jahren gezeigt, dass die Schädeldecke antik, aber nicht zugehörig, und die Nase neuzeitlich ergänzt ist. Mit Abnahme der Ergänzungen (Abb. 9) fiel auch die Benennung als Gattin des Kaisers Augustus.⁹ Die Ausstellung der separat gesockelten Ergänzungen wiederum wirkt selbst wie ein avantgardistisches Kunstwerk (Abb. 10).

7 B. Sauer, Der Weber-Laborde'sche Kopf und die Giebelgruppen des Parthenon (1903), S. 11.

8 Bis heute (August 2007) ist auf der Homepage des Louvre der Kopf mit den Ergänzungen Simart zu sehen; eine kleine Notiz erwähnt allerdings, dass diese Ergänzungen inzwischen abgenommen sind (http://cartelfr.louvre.fr/cartelfr/visite?srv=car_not_frame&idNotice=948).

9 M. Moltessen, Nye naser, nye navne. Meddelelser fra Ny Carlsberg Glyptotek 1989, S. 88–196.



Abb. 8

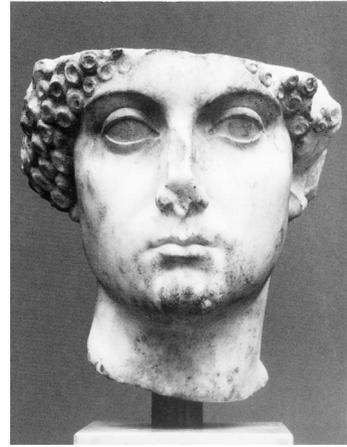


Abb. 9



Abb. 10

Nun ist aber beim Dresdener Schauspielerrelief nicht alles, was nach der Erwerbung 1901 als Ergänzung abgenommen wurde, tatsächlich neuzeitlich. Als Margarete Bieber das Relief in Dresden für ihre Dissertation genauestens untersuchte (und in verdeckten Falten des Gewandes sogar noch antike Farbspuren der ehemals bunten Fassung entdeckte), fiel ihr rechts des Kopfes der zentralen sitzenden Gestalt ein dreieckiges Stück auf, das „sich von der modernen Ergänzung durch stärkere Verwitterung und schmalere obere Randleiste“ abhebt.¹⁰ Auch die naturwissenschaftliche Untersuchung, die daraufhin durch den Direktor des Mineralogischen Museums in Dresden, Kalkowsky, unternommen wurde, bestätigte die Annahme Biebers, dass dieses Fragment ebenfalls zum originalen Relief gehört.

10 M. Bieber, *Das Dresdner Schauspielerrelief* (1907), S. 7.



Abb. 11

Diese Entdeckung ist aber nun entscheidend. Denn es sind mehrere Zeichnungen und ein Stich des Reliefs aus dem 17. und 18. Jahrhundert bekannt, die deutlich von dem Zustand abweichen, in dem das Relief aus der Sammlung Pourtalès erworben wurde. Beispielhaft dafür steht hier ein Stich des Pietro Santi Bartoli aus dem Jahre 1698 (Abb. 11), bei dem allerdings der linke Rand etwas beschnitten ist, vollständiger, aber motivisch identisch zeigt diesen Zustand eine Zeichnung von Visconti, die 1784 publiziert worden ist.¹¹ Das von Bieber als antik erkannte, dreieckige Fragment (Abb. 12) legt nun nahe, dass auch der nur zeichnerisch überlieferte Teil des Reliefs, also die obere linke Ecke mit dem Vorhang und dem Pfeiler, antik ist und erst nachträglich verloren ging.

Der Gießener Gips (Abb. 1) zeigt nun den heutigen Bestand des überlieferten antiken Materials, ohne die neuzeitlichen Ergänzungen, aber eben mit jenem dreieckigen Fragment, das in Dresden selbst nicht gezeigt wird (Abb. 13), weil es den Konturverlauf des Objekts stört – das Fragment, dessen Form ja dem Erhaltungszufall geschuldet ist, wird absolut gesehen – der Torso als Kunstwerk verstanden. Diese rein ästhetische Betrachtungsweise hat wenig mit dem gemein, wie ein

11 Folio-Ausgabe von 1784, 107. Octav-Ausgabe 1819 ii Taf. B IV Nr. 7.

Archäologe an das Material herangeht, und insofern vertritt der Gießener Gips des Dresdener Schauspielerreliefs in der Form, wie ihn Margarete Bieber dem Institut geschenkt hat, archäologische Denk- und Arbeitsweisen auf ganz charakteristische Art und Weise.



Abb. 12



Abb. 13

B. Bronzestatuette des Kasseler Apolls

Das zweite hier zu besprechende Stück ist ein 13,9 cm hoher, gesockelter Gipsabguss einer Bronzestatuette (Abb. 15–18). Die Figur gibt einen in der Antike hochberühmten Statuentypus der Klassik wieder, der den jugendlichen Gott Apollon zeigt und dessen Original allgemein als Meisterwerk des jungen Phidias gilt.¹² Nach der besten und vollständigsten Replik in Kassel (Abb. 14) ist der Typus als „Kasseler Apoll“ bekannt. Mit dem namengebenden Stück, einer mit 1,97 m leicht überlebensgroßen Marmorstatue, die aus dem frühen 2. Jahrhundert n. Chr. stammt und ganz charakteristische Züge römischer Kopien (wie etwa die Statuenstütze am linken Bein) zeigt, hatte sich Margarete Bieber im Zuge ihrer Bearbeitung der Kasseler Skulpturensammlung 1912/13 intensiv beschäftigt und darüber bereits 1914 im Archäologischen Anzeiger Bericht erstattet.¹³

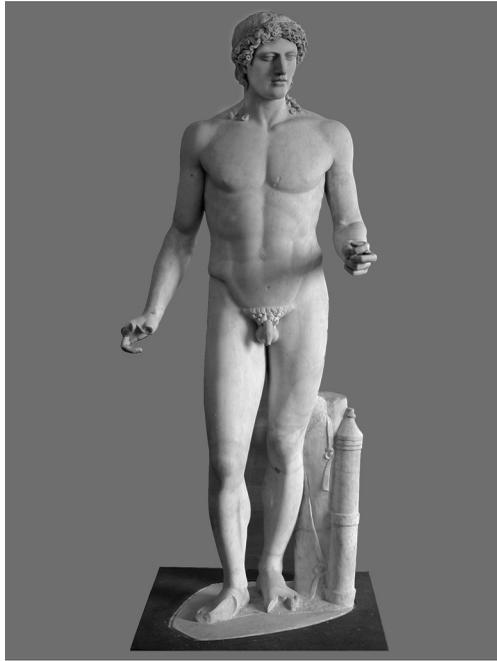


Abb. 14

12 E. Schmidt, Der Kasseler Apollon und seine Repliken. *AntPl* 5 (1966), S. 7.

13 M. Bieber, *AA* 1914, S. 3 ff. zum Kasseler Apoll.



Abb. 15



Abb. 16



Abb. 17



Abb. 18

In dem stattlichen Katalog, der im Frühjahr 1914 abgeschlossen wurde und 1915 gedruckt erschienen ist, listete sie weitere maßgleiche größenreduzierte Statuetten in Athen und Korfu auf.¹⁴ Offenbar erst nach Drucklegung wurde ihr durch den Hinweis des befreundeten Archäologen Paul Arndt eine weitere Statuette bekannt, die sich damals im Pariser Kunsthandel befand. In einer weiteren Abhandlung zum Kasseler Apoll, die im Rahmen des Tafelwerks „Brunn-Bruckmann’s Denkmäler griechischer und römischer Sculptur“ ebenfalls 1915 erschien, konnte sie diese Statuette nachtragen und in vier Ansichten abbilden. *„Von Statuetten-Repliken gibt es außer je einem Torso in Athen und Corfu eine schlechte, kleine, im Kopfe leider in neuerer Zeit gänzlich übergangene Bronzestatuette [...], die sich im Pariser Kunsthandel befindet. Sie ist ähnlich vollständig wie die Casseler Statue. Selbstverständlich fehlt ihr, wie dem Original, der Baumstamm mit Köcher“*.¹⁵

Damit sind in wenigen Worten die wichtigsten Merkmale der Statuette umrissen: Sie kann aufgrund der geringen Größe und vor allem wegen des Materials Bronze auf die stabilisierende Statuenstütze am linken Bein verzichten, die die römischen Kopien in Form eines Baumstamms benötigen, um die dünne Knöchelzone zu stabilisieren – ein Umstand, der bei dem verloren gegangenen griechischen Original aus Bronze nicht notwendig war. Die Statuette ist in diesem Zug dem Original also näher als die berühmte großformatige Kasseler Kopie.

Was Margarete Bieber in dem Brunn-Bruckmann-Text von 1915 nicht andeutet, ist das weitere Schicksal der kleinen Bronzestatuette. Darüber informiert ein Eintrag im Inventarbuch des Winckelmann-Instituts der Berliner Humboldt-Universität, demzufolge die Statuette in die dortige Antikensammlungen gelangt ist: „Geschenk Herr Bieber-Schönau. Erworben von griechischem Kunsthändler“.¹⁶ Bei Herrn Bieber-Schönau handelt es sich um Margarete Biebers Vater, den Mühlenbesitzer Heinrich Bieber, der im westpreußischen Schönau wohnte, dem heutigen Preshowo in Polen, wo Margarete Bieber auch geboren worden ist. Seine gesicherte finanzielle Situation hatte es Margarete Bieber nicht nur ermöglicht, in Berlin und in Bonn zu studieren, sondern ihr auch

14 M. Bieber, Die antiken Skulpturen und Bronzen des Königl. Museum Fridericianum in Cassel (1915), S. 1–5.

15 M. Bieber, in Brunn-Bruckmann’s Denkmäler Griechischer und römischer Sculptur, Text zu Tafeln 676-677 (1915), S. 7.

16 P. Gercke, Apollon und Athena. Ausstellungs-Katalog Kassel (1991), S. 148.

ein ungebundenes und relativ selbständiges Leben seit der Promotion 1907 erlaubt.¹⁷ So war auch die unentgeltliche Vertretung der Assistentenstelle in Berlin, die sie 1915 erst für Gerhart Rodenwaldt, dann für Valentin Müller übernahm, nur durch die Unterstützung ihres Vaters möglich. Hier in Berlin war sie ihrem Doktorvater, Georg Loeschcke, zur Hand und vertrat ihn auch in seinen Lehrveranstaltungen, als Loeschcke nach einem Schlaganfall massive gesundheitliche Probleme hatte und noch im selben Jahr starb. In dieser Zeit muss Margarete Bieber die Statuette des Kasseler Apolls im Namen ihres Vaters dem Berliner Institut und seiner Antikensammlung gestiftet haben. Welch ein herber Schlag, als Loeschckes Nachfolger, der Archäologe Ferdinand Noack, unmittelbar nach seiner Berufung an den Berliner Lehrstuhl 1916 Margarete Bieber nicht nur die Lehrtätigkeit verbot, sondern sogar den Gebrauch des Seminars und seiner Sammlung untersagte.¹⁸

Immerhin besaß Bieber noch den Gipsabguss dieser väterlichen Stiftung, den sie nun mit nach Gießen nahm und der dortigen Antikensammlung schenkte. Hier hat er den Zweiten Weltkrieg überdauert – anders als das Original in Berlin, das heute verschollen ist. Somit hat der Gießener Gipsabguß eine enorme Bedeutung: Bislang war nämlich nur die von Bieber in Brunn-Bruckmann's publizierte Aufnahme der Bronzestatuette bekannt, und grundlegende Arbeiten zum Kasseler Apoll, wie etwa die umfangreiche Monographie von Evamaria Schmidt,¹⁹ müssen wichtige Fragen offenlassen, da sie anhand der Photos nicht beantwortet werden können. So konstatiert Schmidt: *„Maße: fehlen. ... Genauere Angaben der Beschädigungen oder Ergänzungen lassen die Photos nicht zu. ... Die Schulterlocken waren nicht gedreht. Nach dem Photo lässt sich nicht entscheiden, ob die Flechten genau ausgearbeitet waren. ... Eine verbindliche Einschätzung der Kleinbronze ist nach den Photos nicht möglich, doch scheinen Zweifel an seiner Echtheit nicht begründet.“*²⁰

17 Nach dem Reisestipendium 1909/10, das sie als zweite Frau in der Geschichte des Deutschen Archäologischen Instituts und als erste Klassische Archäologin überhaupt erhalten hatte, arbeitete sie während der Sommer 1912 und 1913 in Kassel, wo sie den wissenschaftlichen Katalog der Skulpturensammlung erstellte, während sie die Winter in den Mittelmeerländern verbrachte und in den lokalen Museen Material studierte.

18 M. Recke, Die Klassische Archäologie in Gießen. *Studia Giessensia* 9 (2000), S. 67.

19 E. Schmidt, Der Kasseler Apollon und seine Repliken. *AntPl* 5 (1966).

20 E. Schmidt, ebenda, S. 35–36.

Mit der jetzt gelungenen Identifizierung des namenlosen Gießener Gipses mit der verschollenen Bronzestatue des Kasseler Apolls, die mit Mitteln von Margarete Biebers Vater erworben und dem Berliner Winckelmann-Institut gestiftet worden ist,²¹ lassen sich weiterführende Fragen und Ergänzungen leicht vornehmen, angefangen von den Maßen (Höhe ohne Sockel 13,9 cm) bis zur Feststellung, dass die Schulterlocken, wie bei den übrigen Repliken des Typus auch, sehr wohl gedreht sind.

Auf dem Sockel des Gießener Gipses ist in roter Farbe die Nummer A 366 vermerkt, mit dieser Nummer erscheint der Gips auch in dem „Vorläufigen Verzeichnis“ der Gießener Antikensammlung, das Willy Zschietzschmann 1950 maschinenschriftlich angelegt hatte und das unsere einzige Quelle für die unmittelbare Nachkriegszeit darstellt. Das Kürzel „A“ bezeichnet zweifellos den Abguss. Ob man jedoch die Nummer 366 so verstehen darf, dass es sich hierbei um den 366. Abguss der Sammlung handelt, ob es also eine fortlaufende Nummerierung der Gipse nach Erwerb gegeben hat, kann bezweifelt werden. Denn aus den wenigen Akten des Gießener Universitätsarchivs, in denen sich Hinweise zur Antikensammlung finden lassen, geht deutlich hervor, dass die Erstellung eines neuen Verzeichnisses der Abgussammlung zu den ersten Aufgaben der jeweils neuen Sammlungsleiter gehörte.²² Über den genauen Bestand und den Aufbau der Gipsammlung ist noch zu wenig bekannt, als dass sich diese Frage zurzeit beantworten ließe. Da aber bereits 1835, kurz nach der Gründung des „Kunst-, Münzen- und Antikenkabinetts“ im Jahre 1825, Abgüsse von sämtlichen antiken Marmorwerken der Erbach'schen Sammlung durch Schenkung der Gräfin Sophie von Erbach nach Gießen gelangten,²³

21 M. Recke, „...besonders schauerlich war die Anwesenheit von Frl. Bieber“, in: J. E. Fries u.a. (Hrsg.), *Science oder Fiction? Geschlechterrollen in archäologischen Lebensbildern* (2007), S. 216–217, mit Abb. 6.

22 Belegt ist ein Inventar der Gipsabguss-Sammlung von Adolf Philippi 1884, ein weiteres von Bruno Sauer 1897, eine völlige Neuordnung und Neuaufstellung der Abgüsse durch Carl Watzinger 1910, ein Verzeichnis von Margarete Bieber (zwischen 1930 und 1932) und eine Neuordnung 1938 durch Willy Zschietzschmann, vgl. M. Recke, *Die Klassische Archäologie in Gießen*. *Studia Giessensia* 9 (2000), S. 14, 23, 50, 80, 96.

23 B. Sauer, *Kunst und Kunstwissenschaft an der Universität Gießen*. In: Festnummer der Darmstädter Zeitung zur 3. Jahrhundertfeier der Universität Gießen, 1. August 1907. – Zur Erbach'schen Sammlung vgl. K. Fittschen, *Katalog der antiken Skulpturen in Schloß Erbach* (1977).

dürfte die Zahl der Gipsabgüsse, die Margarete Bieber 1919 in Gießen vorfand, die Zahl von 365 weit überstiegen haben.²⁴

Eine weitere Schenkung Biebers an die Gießener Antikensammlung, ebenfalls ein Gipsabguss eines Originals, das sie 1915 in ihrem Katalog der Kasseler Antiken selbst publiziert hatte,²⁵ ist nicht erhalten: Der Kopf der berühmten Victoria von Fossombrone, hat die Kriegswirren nicht überstanden.²⁶



Abb. 19

Erhalten, aber völlig ungesichtet und ungeordnet, ist eine Schenkung Biebers aus dem Jahr 1928, die ein etwa halbes Tausend Gipsabgüsse antiker Münzen umfasst (Abb. 19). Margarete Bieber hatte sie vom damaligen Direktor des Münzkabinetts der Staatlichen Museen in Ber-

24 Eine Studie zur Geschichte der Abguss-Sammlung und Rekonstruktion des im Zweiten Weltkrieg weitgehend verlorenen Bestands ist in Vorbereitung.

25 M. Bieber, Die antiken Skulpturen und Bronzen des königlichen Museum Fridericianum in Cassel (1915) Nr. 153, Taf. 41; vgl. U. Höckmann, Antike Bronzen, Staatliche Kunstsammlungen Kassel (o.J.), S. 31 Nr. 61, Taf. 18.

26 Vgl. M. Recke, Die Klassische Archäologie in Gießen (2000), S. 79, Anm. 298.

lin, Kurt Regling, erhalten;²⁷ sie wurden jedoch von Richard Delbrueck, als er den Ruf von Gießen nach Bonn annahm, mitgenommen,²⁸ was Bieber sehr erbost hatte. Sie bekam jedoch umgehend von Regling kostenlos Ersatz.²⁹ Eine Dokumentation dieser Gipse steht noch aus; ihre Auswertung wird, so steht zu erwarten, manche Überraschung bringen.

Margarete Bieber hat die Gießener Antikensammlung in den 14 Jahren, in denen sie in Gießen lehrte, um viele Stücke bereichert, nicht nur mit Gipsen, sondern auch mit originalen Antiken. Die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und die Wirren der Nachkriegszeit haben die meisten Informationen, die uns detailliert Auskunft darüber geben könnten, allerdings getilgt. Dass ausgerechnet die beiden Stücke des heutigen Bestands der Sammlung, die sich Margarete Bieber zuweisen lassen, derart signifikante Marksteine in ihrer Biographie darstellen und entscheidende Etappen ihrer wissenschaftlichen Karriere markieren, ist ausgesprochen glücklich. Da diese beiden Stücke darüber hinaus aber auch für aktuelle und kommende archäologische Forschungen von großer Bedeutung sind, wird das Andenken an Margarete Bieber auch an dem Ort wach und lebendig gehalten, der ihr so sehr am Herzen lag, nämlich in der Gießener Antikensammlung.

27 E. Schmidt, Johann Heinrich May der Jüngere und die Gießener Münzsammlung. Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 48, 1964, S. 112.

28 H. G. Gundel, Die Münzsammlung der Universität Gießen (1984), S. 17, so auch Bieber in ihrer bislang unpublizierten Autobiographie, S. 45.

29 Brief Biebers an Rudolf Herzog vom 12.4.1930, UAG Nachlaß R. Herzog. Nach A. Brüggemann (Chronik der Hessischen Ludwigs-Universität [1930], S. 12) handelte es sich um 326 Abdrücke griechischer Münzen.

Die Jubiläumsmedaillen der Universität Gießen 1707 - 2007*

Herbert Keller

Die Justus Liebig-Universität Gießen feiert im Jahr 2007 ihr 400-jähriges Jubiläum. Gegründet wurde sie 1607 von dem Landgrafen Ludwig V. von Hessen-Darmstadt (1596-1626). Ihr vorausgegangen waren die Einrichtungen des Pädagogiums und des Gymnasiums illustre. Beide Institutionen bildeten sozusagen das Fundament für die neue Universität.¹ Am 19. Mai 1607 stellte Kaiser Rudolf II. (1576-1612) das Privileg für die Hochschule aus. Auf einem Taler des gleichen Jahres befindet sich sein Portrait (Abb. 1).



*Abb. 1: Habsburg, Rudolf II., Taler 1607, Davenport 3006,
Originalgröße 41 mm Ø*

Auf kaiserliche Anordnung wurde die Universität 1624 suspendiert und nach Marburg verlagert. Die - konfessionspolitischen - Gründe für dieses merkwürdige Hin und Her wurden von anderer Seite erläutert.² Unter dem Landgrafen Georg II. von Hessen-Darmstadt (1626-1661) fand 1650 wieder die Erneuerung in Gießen statt.³ Bis zu ihrer Zerstörung bei Kriegsende 1944/1945 führte sie den Namen Ludwigs-Universität. Während der Zeit des Überganges verwendete man bereits den

* Anregungen und Erläuterungen zu diesem Thema gaben mir Herr Prof. Dr. H.-D. Kahl. Ich bin ihm sehr zu Dank verpflichtet.

1 Felschow, Eva-Marie, a.a.O., S. 1 ff.

2 Moraw, Peter, a.a.O., S. 24.

3 375 Jahre Universität Gießen, S. 45.

Namen „Justus von Liebig“ als Bezeichnung für die verbliebene „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“. Nach der Wiederherstellung 1957 wurde zur 350-Jahrfeier der Name auch für die Universität übernommen.⁴

1707⁵ und 1907 wurden zu den jeweiligen Jubelfeiern Medaillen geprägt, und zwar in Silber, Bronze und Zinn, die meisten 1707 unter dem Landgrafen Ernst Ludwig (1678-1739). Eine sehr detaillierte Beschreibung der Jahrhundertfeier vom 17.-21. Oktober 1707 liegt von Sauer vor.⁶ Die Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum 1807 blieben ohne Medaillen, vermutlich wegen des Sparzwanges in den damaligen kriegerischen Zeiten.⁷ Auch lässt sich die Präsenz des Großherzogs in dieser Zeit in der Umgebung Napoleons vermuten. Als Mitglied im Rheinbund war er dessen Bündnispartner in den militärischen Auseinandersetzungen mit Preußen (14. Oktober 1806, Schlacht bei Jena und Auerstedt, 7.-8. Februar 1807, dito bei Pr. Eylau, 14.7.1807, dito bei Friedland, 7.-9.7.1807 Friede von Tilsit).

Seine Abwesenheit könnten etwaige Jubiläumsfeierlichkeiten und somit auch Medaillenprägungen negativ beeinflusst haben.

1812 brachte die Universität eine weitere, von Goetze geschaffene Medaille, sowohl in Gold, Silber als auch Zinn, heraus, sie war als Prämienmedaille den Absolventen des Philologischen Seminars gewidmet und gehört somit nicht zu den Jubiläumsmedaillen. (Abb. 10) Trotzdem soll auf eine Beschreibung nicht verzichtet werden (siehe unter 9).

Großherzog Ernst Ludwig beließ es 1907 zum 300-jährigen Jubiläum bei einer Bronzemedaille in quadratischer Ausführung. 1982 gab die Universität zur 375-jährigen Jubelfeier ebenfalls eine Medaille heraus.⁸ Außer den beiden letztgenannten Medaillen verfügt die Gießener Universität nach Anfrage (Stand: Anfang Mai 2007) über keine Jubiläumsmedaillen aus dem Jahr 1707. Unklar ist, ob Stücke 1944 durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sind.

4 Moraw, Peter, a.a.O, S. 229 u. 241.

5 Wermuth, Christian, a.a.O.

6 Sauer, a.a.O., S. 17-32.

7 Siehe auch bei Hoffmeister 3563.

8 Gießener Allgemeine vom 12.12.1981, Nr. 288, S. 19.

Von den 1707 geprägten Jubiläumsmedaillen sind fünf Stück von Christian Wermuth, (1661 oder 1666 - 1739)⁹ und zwar die Nummern 1, 4, 5, 6 und 8, zwei Stück, die Nummern 2 und 3, von Johann Christian Roth, Stempelschneider in Darmstadt (um 1696 bis 1707, siehe hierzu auch unter Nummer 2), und ein Stück, die Nummer 7, von einem unbekanntem Medailleur geschaffen worden.

Das 400-jährige Jubiläum gibt Anlass, die bisher geprägten Medaillen nochmals in Erinnerung zu rufen und zu beschreiben.

1. Medaille, 1707

Silber, 28,88 g, ca. 44 mm Ø, Abb. 2

Wermuth 1, Laverrenz 145, Hoffmeister 3556.

Diese Medaille ist von der Gestaltung her die interessanteste aller Jubiläumsmedaillen. Auf beiden Seiten wird in Sprache und Zeichnung auf das Aufgabengebiet der Universität - Lehre und Forschung - eindrucksvoll hingewiesen.

Vs.: Innerhalb eines Kreises sind ein Quadrat und ein gleichschenkliges Dreieck derart angeordnet, dass die jeweiligen Ecken an die Kreislinie stoßen. In der Mitte befindet sich eine strahlende Sonnenscheibe. Von den Winkeln des Dreiecks in Richtung Mittelpunkt sind Worte angeordnet, und zwar von oben RELIGIO (Religiosität), von links unten SOCIALITAS (Geselligkeit) und von rechts unten SANITAS (Gesundheit). In den vier Winkeln des Quadrates steht oben links LEX (Gesetz), oben rechts NATVRA (Naturgesetz), unten links RATIO (Vernunft) und unten rechts SENSVS (Empfindung). Auf der Sonnenscheibe steht der Name Gott, durch ein dreifaches hebräisches J angedeutet. Im Strahlenbereich der Sonne liest man SACER SEPTENARIVS - die heilige Siebenzahl.

Die zweizeilige Umschrift lautet:

QVAM BENE MISCENTVR TRINA QVADRATA ROTVNDIS+
HIS ERO PERPETVVM TERQVE QVATERQVE BEATA+

Übersetzung bei Laverrenz:

Wie da sich drey und vier gar wol zum runden schicket;

So wahr bleib ich hinfort drey- und viermal beglücket.

9 Wermuth, a.a.O.



Abb. 2: Medaille 1707, Wermuth 1, Laverrenz 145, Hoffmeister 3556,
Originalgröße 44 mm Ø

Rs.: Als Fundament eines tempelartigen Gebäudes sind perspektivisch ein Dreieck und ein Quadrat angeordnet. Von den jeweiligen Winkeln ragen senkrecht sieben Säulen empor, die eine Kuppel tragen. Oben auf der Frontseite steht im ovalen Kranz die Zahl 7, darüber ein Stern. Auf einem Band darunter PHILO -- SOPHIA. Die Säulen sind mit Inschriften versehen: Auf der mittleren Säule steht THEOLOGICA, links daneben JVRIDICA, rechts MEDICA. Diese Säulen tragen einen Bogen, auf dem FACVLITAS steht. Auf den vier äußeren Säulen steht vorn links RATIONALIS, vorn rechts EXPERIMENTALIS, links hinten MORALIS und hinten rechts NATVRALIS. Zwischen den beiden äußeren Säulen ist SEPTEM-SAPIENTIAE-COLVMINA - die sieben Säulen der Weisheit - zu lesen.

Im Abschnitt unterhalb des Tempelgebäudes steht

SERVET MIHI DEVS HAEC COLVMINA
IN PERPETVVM AC FELICISSIMVM
DOMICILII MEI
FVLCIMENTVM
PROV. IX. V.I.

Martin Luther hat in seiner Bibel Sprüche 9, Vers 1 in „Die Weisheit baute ihr Haus und hieb sieben Säulen“ übersetzt.¹⁰ Bei den „sieben Säulen“ hat man an die sieben Gaben des heiligen Geistes gedacht

10 Laverrenz, Anmerkung S. 84.

(nach Jesaja 11,2 und 1. Korinther 12, 4-11), die im Alten Bund durch die sieben Arme des goldenen Leuchters vorgebildet seien.¹¹

Die ebenfalls zweizeilige Umschrift lautet:

Außen: PRIMO ACADEMIAE GISSENAE IVBILAEO AN(no). MDCCVII. D(ie) XIIX. OCT.ST.N. (St.N. = Styli Novi, steht für den neuen gregorianischen Kalender). Deutsch: Erste Gießener Universitätsfeier, Jahr 1707,

Tag 18. Oktober, Neuen Stils.

Der von Julius Caesar eingeführte julianische Kalender wurde 1582 von Papst Gregor XIII. durch ein genaueres Verfahren ersetzt. Dieser gregorianische Kalender (neuer Stil) wurde sehr bald in katholischen Gegenden, in evangelischen nur sehr zögernd, teilweise erst im 18. Jahrhundert, eingeführt.

Innen: SVB DN. (= DOMINO) ERNESTO LVDOVICO HASS(iae). L(and)G(ravio). CELEBRATO SACRVM. Deutsch: Unter dem Herrn Ernst Ludwig, hessischen Landgrafen, festlich begangene Feier.

Die Buchstaben C und W neben den äußeren Säulen bedeuten die Initialen des Medailleurs Christian Wermuth.

Die Medaille ist außerdem noch mit einer Randschrift versehen: SABBATICI IVBARIS SIT SEPTENARIUS OMEN. Übersetzt könnte es heißen: „Das Siebenfältige möge eine Wahrzeichen des sabbatischen Glanzes sein“.¹²

Zur Erklärung dieser Medaille schreibt Hoffmeister¹³:

„Mit Recht tadelt Duysing bei Beschreibung dieser Münze ihren allzuschwülstigen und gesuchten Inhalt, welcher Nichts als Freimaurerei athmet und dem Geschmack des armen Medailleurs Wermuth nicht zugeschrieben werden darf, da ihr Gepräge sicherlich nur von einem allzugelehrten Manne erfunden sein kann.“

Der zitierte Wilhelm Duysing war kurhessischer Geheimer Oberfinanzrat in Kassel, stammte aus Marburg und hat die Dresdner Münzkonvention vom 30. Juli 1838 für Kurhessen unterzeichnet. 1855 ist er in

11 Illustrierte Familien-Bibel nach der deutschen Übersetzung Dr. Martin Luther's. Anmerkung von Prof. Dr. Otto Delitsch zu Sprüche 9,1.

12 Die Übersetzung lateinischer Texte verdanke ich den Herren G. Becker, F.K. Donau, R. Högy, Prof. Dr. H.-D. Kahl und Prof. Dr. H. H. Kaminsky.

13 Hoffmeister, Band II, S. 315 Nr. 3556 und S. 530 Nr. 67.

Rs.: Unter einer Verzierung steht:

IN MEMORIAM
FESTI SECULARIS
IN ACADEMIA GISSENSI
AUSPICIIS.
IMPERAT(oris): RUDOLPHI II.
A LUDOVICO.V.HASS(iae). LANDGRAV(io).
A(nno): MDCVII. D(ie). VII.OCT(obris). PIE FUNDATA
A. GEORGIO II.
A(nno).MDCL. D(ie).V.MAI(o). MAGNIFICE INSTAURATA
PER SECLUM DEI GRATIA OPTIME CONSERVATA
TUTANTE FELICITER PATRIAE PATRE
CLEMENTISSIMO
ERNESTO LUDIVICO.
FASCES ACAD(emiae): AUSPICATO TENENTE
LANDGRAVIATUS HAEREDE.
LUDOVICO
D(ie). XIIX OCT(obris): EM(endati): STYLi A(nno): MDCCVII.
CELEBRATI.

Unterhalb des Textes eine weitere Verzierung.

Der deutsche Text hierzu lautet:

Zur Erinnerung an die Jahrhundertfeier in der Akademie Gießen unter der Oberherrschaft des Kaisers Rudolfs II. von Ludwig V., Landgrafen von Hessen im Jahr 1607 am 17. Oktober rechtmäßig gegründet, von Georg II. (Landgraf von Hessen-Darmstadt 1626-1661) 1650 am 5. Mai hochherzig wiederhergestellt, durch das Jahrhundert von Gottes Gnaden großartig erhalten unter dem erfolgreich schützenden höchst sanftmütigen Vater des Vaterlandes Ernst Ludwig, während das Rektorat unter günstigen Vorzeichen Ludwig, Erbe der Landgrafschaft, innehat. Am 18. Oktober 1707 verbesserten Stils gefeiert.

Durch die Bezeichnung „EM(endati): STYL(i): A(NNO) auch hier wieder der Hinweis auf den erst kürzlich aufgenommenen Gregorianischen Kalender.

3. Schautaler (Medaille?) 1707

(die Jahreszahl 1707 ist aus einem Chronogramm der Umschrift der Rückseite lesbar), Silber, 40,8 mm Ø, 28,86 g, Abb. 4.
Laverrenz 147, Hoffmeister 3684 var.

Vs.: Brustbild des Erbprinzen mit großer Lockenperücke nach rechts in Harnisch und Mantel, unterhalb der Achsel der Buchstabe R (= Johann Christian Roth).

Umschrift:

LUDOVICUS.D(ei).G(ratia): PRINCEPS HAERED(itarius):
HAS(siae).DARMS(tadensis).

Deutsch: Ludwig von Gottes Gnaden, Erbprinz von Hessen-Darmstadt.

Geboren wurde er am 5. April 1691 in Darmstadt und verstarb dort als Landgraf am 17. Oktober 1768. Die Bezeichnung „von Gottes Gnaden“ als Zusatz zum Titel eines Erbprinzen ist ungewöhnlich. Sie blieb in der Regel nur Regierenden vorbehalten.



Abb. 4: Medaille 1707, Laverrenz, 147, Hoffmeister 3684,
Originalgröße 40,8 mm Ø

Rs.: Zwölfzeilige Inschrift:

SERENITAS
LUDOVICI,
PRINCIPIS HASS(iae): HEREDIT(arii).
RECTORIS MAGNIFICENTIS.
FLORENTI ACADEMIAM,
ET DUO EIUS SECLA,
PRIMUM FINIENDO
ILLUSTRAT.
GLORIA REI GESTAE
CUNCTA SECLA
ILLUSTRATURA.

Unterhalb der Inschrift eine Verzierung.

Die deutsche Übersetzung der Inschrift lautet:

Die Herrlichkeit Ludwigs, Erbprinzen von Hessen, des „Rector magnificus“ erleuchtet die blühende Universität und zwei ihrer Jahrhunderte, das erste beendend, das zweite beginnend, indem der Ruhm des Geschehenen alle Jahrhunderte umglänzt.

Der „Ehrenrektor“ Ludwig VIII. zählte 16 Jahre und behielt diesen Titel bis 1709.¹⁵

Umschrift:

+ANNO+SECVLARI+ALMAE+GISSENAE+NOTANDO

Übersetzung: „Im bemerkenswerten Sekularjahr der Gießener Hochschule.“

Die Buchstaben des Chronogramms sind erhaben dargestellt.

Auflösung des Chronogramms:

| | |
|-----|-------|
| C = | 100 |
| V = | 5 |
| L = | 50 |
| I = | 1 |
| L = | 50 |
| M = | 1000 |
| I = | 1 |
| D = | 500 |
| | ----- |
| | 1707 |

Über die Biographie Ludwigs VIII. ist merkwürdigerweise recht wenig bekannt, außer über seine Vorliebe zur Münz- und Medaillenprägung. Diese begann bereits im jugendlichen Alter und bis zu seinem Lebensende hat er an Zahlungsmittel und Medaillen eine Menge herausgebracht, wie sie vielleicht nur von wenigen Münzherren erreicht wurde.

4. Medaille, 1707

Silber, 35 mm Ø, 14,65 g, Kupfer, 35 mm Ø, 14,18 g, Abb. 5
Wermuth 2, Laverrenz 148, Hoffmeister 3560.

¹⁵ Academia Gissensis, S. 245.

Vs.: Drei in runde Kränze gefasste und pyramidenförmig aufeinander gesetzte kleine Portraitbilder. Das oberste ist mit zwei Palmenzweigen umschlungen und enthält die Umschrift

ERN(estus).LVD(ovicus).D(ei).G(ratia).H(assiae).L(andgravius).
PAR(ens).

darüber

PROTEGIT

das Bildnis unten links zeigt die Umschrift

LVDOVIC(vs).D(ei).G(ratia).H(assiae).L(andgraviatvs).HAER(es),.

darüber

REGIT;

dasjenige unten rechts weist die Umschrift

FRANC(iscvs).ERNEST(vs).H(aeredis).L(andgraviatvs).FRATER.

auf und darüber steht

ORNAT.

Zwischen den Bildnissen befindet sich ein sechszackiger Stern, darunter eine Verzierung aus drei gezackten Blättern, im Kreis um das Ensemble

OMNE TRINVM PERFECTVM,

im Abschnitt darunter

ACADEMIAM LVDOVICIANAM

mit einer Rosette zwischen zwei Sternen.

Der Text zu den drei Medaillons könnte zusammengefasst in Deutsch lauten:

Ernst Ludwig von Gottes Gnaden Landgraf von Hessen, Vater, schirmt
- Ludwig von Gottes Gnaden der hessischen Landgrafschaft Erbprinz,
leitet - Franz Ernst, des Erben der Landgrafschaft Bruder, zielt die Uni-
versität Ludoviciana. Alles Dreifache (ist) vollkommen.

Umschrift:

ANNO ACADEMIAE SAECVLARI MDCCVII.SEPTEN(arivm).
NVM(ervm).TER CONTINENTE.

Deutsch: Im hundertsten Jahr der Universität 1707, welches einen sieben teiligen Rang dreimal beinhaltet.

Einen Sinn dieser Übersetzung ist schwerlich zu begreifen. Die Zahl 7, die hier offensichtlich gemeint ist, erscheint in der Jahreszahl 1707 nur zweimal. Wermuth bringt eine Fassung, die ebenfalls nicht erklärbar ist:

M D C C V I I

„Numerus Romanus 1 2 3 4 5 6 7

hält die siebende Zahl 3-mal in sich.“¹⁶

Hier stellt sich die Frage, ob sich im vorliegenden Text ein Hinweis auf die sieben Säulen verbirgt, die auf der Medaille Nr. 1 dargestellt sind.



Abb. 5: Medaille 1707, Originalgröße 35 mm Ø,
Wermuth 2, Laverrenz 148, Hoffmeister 3580

Der im Text der Vorderseite der Medaille erwähnte Franz Ernst ist der zweite Sohn des Landgrafen Ernst Ludwigs. Er wurde am 25.1.1695 in Gießen geboren und verstarb am 8.1.1717 in Darmstadt. Er trat an die Stelle seines Bruders Karl Wilhelm als Regimentsinhaber des Hessen-Darmstädtischen Kreisregiments, nachdem dieser im Spanischen Erbfolgekrieg verstarb.¹⁷ 1709 wurde er Ehrenrektor der Gießener Universität.¹⁸

16 Wermuth, a.a.O. „Die andere“.

17 Mitteilung von Herrn Dieter Raab, c/o Fa. Dr. Busso Peus Nachf., Frankfurt, Quelle: Wikipedia, freie Enzyklopädie.

18 Academia Gissensis, S. 245.

Rs.: In der Bildmitte ein Granatapfelbaum mit Blüten und Früchten. Im Halbkreis oben

AVTVMNVS VERE DECORVS
(deutsch: Ein wahrhaft schmuckvoller Herbst)

im Abschnitt unten die Buchstaben

C.W.F.C.PR.
(Christian Wermuth fecit cum privilegio)
(von Christian Wermuth mit (kaiserlichem) Privileg hergestellt)

darunter drei Sterne.

Umschrift:

D(ie).XVIII.OCT(obris).SECVLVM PRIM(vm).DESINIT,
ACAD(emiae).SECVND(vm).FLORERE.INCIPIT.

(deutsch: Am 18. Oktober hört das erste Jahrhundert auf, das zweite der Universität beginnt zu blühen.)

Randschrift:

DET DEVS VT PORRO SIT TERQVE QVATERQVE BEATA anschließend drei Sterne.

(deutsch: Gebe Gott, daß sie weiterhin drei- und viermal glücklich sei.)

5. Medaille, 1707

Silber 14,40 g Kupfer, 15,18 g, beide 34 mm Ø Abb. 6.

Wermuth 3, Laverrenz 149, Hoffmeister 3558.

Ähnlich wie bei der Nr. 1 ist auf der Vorderseite dieser Medaille eine symbolische Darstellung zu sehen. Ganz offensichtlich weist sie aber im Gegensatz zu jener auf die „Himmelskunde“ hin. Bekanntlich befand sich auf dem Dach des alten Kollegiengebäudes am Brandplatz eine Sternwarte, wie auch auf der Medaille Nr. 6 zu sehen ist.¹⁹

Vs.: In der Mitte einer Armillarsphäre eine Kugel mit der Aufschrift

VNIVERS(vm)

Von einer oben befindlichen strahlenden Sonne zieht sich ein Band mit den Tierkreiszeichen Skorpion, Schütze, Steinbock, Wassermann und

19 375 Jahre Universität Gießen, S. 117.

Fische nach unten. Durch die Kugel geht eine fast waagrechte Achse mit der Inschrift

DVO SVSTENTANT (= zwei halten aufrecht)

Zwei zu beiden Enden der Achse führende bogenartigen Linien (= Längenkreise) vereinen sich zu sechsstrahlenden Polsternen. Inschrift und Polsterne sollen auf die beiden Prinzen Ludwig und Franz Ernst hinweisen. Vier weitere Bogen (= Breitenkreise) schneiden die Achse. Oberhalb der Achse wirft die Sonne ihre Strahlen herab, unterhalb leuchten fünfstrahlige Sterne. Auf der durch die Kugel gehenden senkrechten Achse stehen die Zahlen in Abschnitten

100 90 30 20 10

Oberhalb der Sonne stehen die Worte

VNVS AGIT (= einer treibt an)

und unten gegenüber

IN SECLA MOVETVR (= bewegt sich durch die Jahrhunderte).

Beide Schriftzüge sind von zwei Reihen ineinander gesteckten Blüten getrennt. Sonnenstrahlen und „VNVS AGIT“ deuten auf das segensreiche Regiment des Landgrafen hin.

Die Bedeutung der auf der Achse stehenden Zahlen ist unklar. Weder Wermuth, Hoffmeister noch Laverrenz nehmen auf sie Bezug. Es könnte sich um Längen- (oder Breiten-) angaben handeln. Breiten werden vom Äquator zu den Polen von 0° bis +/-90° gezählt. Längen entweder in Stunden (Rektaszension 0-12 Std. = 0-360°), oder in Graden (°) gezählt. Bei der Gradzählung gibt es zwei Systeme: entweder von 0 - (-/+ = westl./öst.) 180° oder von 0-360°. Nimmt man die Achse mit den Zahlen als Äquator - und also die Zahlen als Längenangabe -, so entspricht immerhin die Richtung einer astronomischen Zählrichtung (bei 10 ist Osten, bei 100 ist Westen). Der abgebildete Ausschnitt einer halben Sphäre lässt sich aber nicht mit der Zählung von 0 - 100 vereinbaren.

Die Sonnenstrahlen auf dem Tierkreiszeichenband haben eine andere Richtung als auf der restlichen Halbfläche. Auf dem Band entspringen die Strahlen bei der Sonne, auf der Halbfläche - besonders jene über dem „DVO SV“- ist das nicht so. Hier ist die Richtung der Strahlen gegenüber der Sonne in einem spitzen Winkel versetzt. Von den Tier-

kreiszeichen sind Fische und Wassermann drehsymmetrisch/ spiegelbildlich abgebildet, Skorpion, Schütze und Steinbock hingegen nicht. Das Skorpion-Zeichen ist um 180° gedreht gegenüber Schütze und Steinbock.²⁰



Abb. 6: Medaille 1707, Originalgröße 34 mm Ø
Wermuth 3, Laverrenz 149, Hoffmeister 3558

Rs.: Eine Inschrift in 16 Zeilen, beginnend mit drei Sternen

PATRE PATRIAE
 ERN(esto).LVDOVI(co).I.
 REGIMEN PROVINCIAE
 HABENTE FILIIS
 LVDOVICO VIII.
 SCEPTRA VNIVERSITATIS
 ET
 FRANCISCO ERNESTO
 FLOREM IVENTVTIS
 SVSTENTANTIBVS
 HASSIAE LANDGRAVIIS.
 ACADEMIA GISSENA
 IVBILAEDIT
 PRIMA
 ANNO MDCCVII
 D(ie) OCT(obris)
 XVIII

20 Auskünfte zur Bildseite der Medaille verdanke ich Herrn Dr. Gernot Burkhardt vom Astronomischen Rechen-Institut - Zentrum für Astronomie - Mönchhofstr. 12-14, 69120 Heidelberg.

beiderseits im Bogen

C.W. F.C.PR.
(Christian Wermuth fecit cum privilegio)

Deutsche Übersetzung:

Während der Vater des Vaterlandes Ernst Ludwig die Regierungsgewalt über das Land innehatte, und die Söhne Ludwig VIII. das Zepter der Universität und Franz Ernst die Blüte der Jugend als Landgrafen Hessens empor hielten, begehrt die Gießener Universität das erste Jubiläumsfest im Jahr 1707, am 7./18. Oktober.

Im obigen Text fällt auf, dass - ganz unüblich - beide Prinzen bereits als Landgrafen bezeichnet sind und für Ludwig die spätere Zählung hinzugefügt wird, obwohl noch niemand wusste, wie weit er je zum Regierungsantritt kommen würde.

6. Medaille 1707

Silber, 14,37 g, Zinn, 13,86 g, beide 34,5 mm Ø, Abb. 7.
Wermuth 4, Laverrenz 150, Hoffmeister 3686.

Vs.: Unter einer strahlenden Sonne steht ein Gebäude mit zwei seitlichen Giebeln auf Wolken. Auf dem Dach des Zwischenteils befinden sich zwei Aufbauten. Vor dem Gebäude ist ein parkähnlicher Garten angelegt. Oben zu beiden Seiten der Sonne steht

NON ANNO --- SED ANNIS
deutsch: Nicht für ein Jahr, sondern für Jahre.

Das Medaillenbild stellt das damalige Kollegiengebäude mit seiner Sternwarte auf dem Gießener Brandplatz dar. Davor die Anlage eines barocken Gartens mit Springbrunnen, Beeten und Bäumen. Im Vordergrund steht auf einer Säule eine Vase mit Blumen. Bei der Gartenanlage könnte es sich um den künstlerisch aufgewerteten Botanischen Garten handeln, der 1609 als „hortus medicus“ (Heilpflanzengarten) aus der Überlassung eines Parkteils entstand. Er ist der älteste botanische Universitätsgarten Deutschlands, der an ursprünglicher Stelle steht. Zeitgleich mit der Gründung der Universität ist mit dem Bau des Kollegiengebäudes begonnen worden, 1611 wurde es fertig gestellt. 1839 musste es abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden, der dann 1944 einem Bombenangriff zum Opfer fiel.²¹

21 375 Jahre Universität Gießen, S. 275 ff.

Die Inschrift „NON ANNO - SED ANNIS“ erläutert Wermuth wie folgt:²² „Soll soviel heissen / daß / gleichwie man einen wohlangelegten Garten nicht auf ein Jahr geniessen will / sondern denselben denen Nachkommen auch zu Nutz auszubauen suchet: Eben so auch ist es mit einer Universität atque seminati bonarum artium & scienriarum (= und der Pflanzenschule der schönen Künste und Wissenschaften) beschaffen / diese erlanget erst ihren Splendor (= Glanz) mit der Zeit x.x.“



Abb. 7: Medaille 1707, Originalgröße 34,5 mm Ø, Wermuth 5, Laverrenz 150, Hoffmeister 3686

Rs.: Unter einem Stern steht in 14 Zeilen

ACADEMIA
GISSENA
A LVDOVICO V.F(i)D(eli).
A.MDCVII.FVNDATA
ERNESTI LVDOVICII.
PRONEPOTIS
LITTERARVM STATORIS
FILIO LVDOVICO VIII.
RECTORE MAGNIFICENT(issimo)
PRIMVM
IVBILAEVM
CELEBRAT

²² Wermuth, a.a.O., „Die Vierde“.

A.MDCCVII
D(ie).XVIII.OCT(obris).
C.W.F.C.PR.

(Zeichen des Medailleurs Wermuth)

Die Übersetzung lautet etwa:

Die Gießener Hochschule, von Ludwig V., dem Getreuen, im Jahre 1607 gegründet, begeht unter dem erhabenen Rektorat Ludwigs VIII. des Sohnes seines Urenkels Ernst Ludwig I. des Erhalters der Wissenschaften ihr erstes Jubelfest im Jahr 1707 am 18. Oktober.

Der Beiname Ludwigs V., „der Getreue“, resultiert aus seinen guten Beziehungen zum Habsburger Kaiserhaus, insbesondere auch während des 30-jährigen Krieges, obwohl er Protestant war. Das kaiserliche Privileg vom 19. Mai 1607, Gießen zu einer Universität zu erheben, basiert u.a. auch auf diesen Kontakten.

7. *Medaille 1707*

Silber, 35 mm Ø, 14,4,g, Abb. 8.

Laverrenz 151, Hoffmeister 3561, Prinz Alexander 1765.



*Abb. 8: Medaille 1707, Originalgröße 35 mm Ø,
Laverrenz 151, Hoffmeister 3561, Pr. Alexander 1765*

Vs.: Zwei sich anblickende weibliche Symbolfiguren, die in der Legende benannt werden, stehen sich auf einem schmalen quadrierten Fußboden gegenüber. Die linke Figur hält ein Opfergefäß, die rechte Schwert und Waage. Oben im Bogen stehen die Worte

PIETATE.ET.IVSTITIA.
(Mit Milde und Gerechtigkeit)

Rs.: In 10 Zeilen steht

IN.
MEMORIAM
FESTI SECU-
LARIS
ACAD(emiae):GISENSIS
IN ANNO MDCCVII
D(ie):XIIII.OCT(obris):
FELICITER INCI-
DENTIS PRI-
MI.

Frei übersetzt könnte es deutsch lauten:

In Erinnerung an die glücklich beendete Jahrhundertfeier der Gießener Akademie am 18. Oktober 1707.

Ein Hinweis, dass diese Medaille zum Abschluss der Feierlichkeiten geprägt worden ist. Sie gibt keinen Hinweis, wer sie gestaltet hat. Die Medailleure Roth und Wermuth waren es offenbar nicht. Beide hätten zu dem gegebenen Anlass ganz sicherlich nicht auf ihr Signum verzichtet.

Zu dieser Medaille ergeben sich einige Ungereimtheiten. Während bei dem vorliegenden Stück Abb. 8 im Abschnitt der Vorderseite keinerlei Angaben zu ersehen sind, weist Laverrenz auf seiner Abb. 151 auf die im Abschnitt stehende Jahreszahl 1699 hin, obwohl auf der Rückseite unübersehbar das Datum der Jubiläumsfeier aufgeführt ist. (Abb. 8a). Auch die unterschiedliche stilistische Darstellung der weiblichen Figuren auf den Vorderseiten der beiden Medaillen ist auffallend. Stempel mit dem Vorderseitenmotiv sind bereits früher in Verbindung mit anderen Medaillen angefertigt worden, die mit der Jubiläumsfeier nichts zu tun haben. So hat der Medailleur Johann Linck (Stempelschneider in Heidelberg, 1659-1711)²³ 1691 eine von ihm mit .I.LINCK signierte „Dedikationsmedaille“ geprägt, die auf der Vorderseite das Portrait des Landgrafen Ernst Ludwig zeigt, auf der Rückseite aber das oben angezeigte Motiv „PIETATE ET IUSTITIA“ mit den beiden weiblichen Figuren.²⁴

23 Schlickeysen-Pallmann, a.a.O., S. 277.

24 Schütz, a.a.O., 2792.



Abb. 8a: Medaille 1707, Originalgröße 35 mm Ø
Laverrenz 151, Hoffmeister 3561, Pr. Alexander 1765

1699 wird eine weitere Medaille, diesmal von Johann Christian Roth mit denselben Motiven auf beiden Seiten gefertigt. Sein Signum R befindet sich am Armabschnitt der Portraitseite.²⁵ Derartig mehrfache Verwendung von Stempeln kommen immer wieder vor.

8. Medaille 1707

ohne Metall- und Gewichtsangabe, Abb. 9. Mit 21 mm Ø ist sie in der Reihe der Jubiläumsmedaillen von 1707 die kleinste, sie weist auf beiden Seiten Inschriften auf der ganzen Fläche auf.

Wermuth 5, Laverrenz 152, Hoffmeister 3563.

Vs.:

ACADEMIA
LVDVICIANA
AVTORE
LVDIVICO V. FVNDATA
& ERNESTO LVDIVICO
EI9 (= eius) Q FILIO LVDVICO
RECTORE MAGNIF(ico).
CONSERVATORIBVS
LAETISSIMAE
FLORENS
PRIM(vm). IVBILAEVM
CELEBRAT.

²⁵ Hoffmeister, a.a.O. 3517.

A.MDCCVII.
D(ie).XVIII:OCT(obris).

Deutsche Übersetzung:

Die Ludwigsuniversität, begründet durch den Stifter Ludwig V., und unter den Bewahrern Ernst Ludwig und dessen Sohn Ludwig, Rector magnificus, aufs Freudigste blühend, feiert ihr erstes Jubiläum im Jahr 1707, am 18. Oktober.



Abb. 9: Medaille 1707, Originalgröße 21 mm Ø
Wermuth 5, Laverrenz 152, Hoffmeister 3563

Rs.:

TEMPORA
LABVNTVR
FLOS
PRIMVS
PERSTAT
HONORQVE.
+++
C.W.F.C.PR.

Deutsch: Zeiten vergehen, die erste Blume überdauert und die Ehre.

Randschrift:

GISSIACAE GAVDETE CAMONAE.
(Übersetzung: Musen aus Gießen freut euch)

Im Text der Randschrift befindet sich wiederum ein Chronogramm für die Jahreszahl 1707.

Die Reihe der Jubiläumsmedaillen von 1707 ist hiermit abgeschlossen. Wie eingangs erwähnt, wurden 1807 zum 200-jährigen Jubiläum keine Erinnerungsstücke herausgegeben. Erst 1907 kam es unter dem Großherzog Ernst Ludwig (1892-1918) zu einer weiteren Medaillenprägung zum 300-sten Jahrestag der Universitätsgründung.

9. Prämienmedaille 1812

Zinn, 24,15 g, 36 mm Ø, Abb. 10,

Laverrenz 154, Schütz 3277 Sn, Hoffmeister 4164 für Gold, 4165 für Silber.

Dies ist keine Jubiläumsmedaille. Sie war den Absolventen des 1812 gegründeten, mit entsprechenden Statuten versehenen Philologischen Seminars gewidmet und wurde im Nachhinein immer wieder verliehen. Um aber eine Vorstellung von dem damaligen Stil zu geben und wie er sich innerhalb von hundert Jahren verändert hat, soll sie als Ersatz für die 1807 ausgefallene Medaille eingereicht werden.



Abb. 10: Prämienmedaille 1812, Originalgröße 36 mm Ø, Laverrenz 154, Schütz 3277 Sn., Hoffmeister 4164 u. 4165

So wurde die Ausführung in Gold nach Hoffmeister 4164 alljährlich dreimal vergeben, und zwar Medaillen im Wert zu je 5, 7 und 9 Dukaten. Außerdem wurden die Namen der Empfänger im Regierungsblatt veröffentlicht.

Vs.: Kopf des Großherzogs nach rechts.

Umschrift: (letztmals lateinisch)

LVDVICVS M(agnus).D(ux).HASS(iae). ET RHENVM

anschließend in kleineren Druckbuchstaben GOETZE F.
Deutsch: Ludwig Großherzog von Hessen und bei Rhein.

Rs.: Minerva sitzt auf einer Sella mit Antoniterkreuz nach links. Das Antoniterkreuz stellt zweifellos die Beziehung zur Universität dar.

Die Umschrift lautet:

SEMINARII PHIL(ologici). GIESS(ensis). CONDITOR BENE
MERENTI

Deutsch: Des Giessener Philologischen Seminars Gründer den Wohl-
verdienten

Im Abschnitt

COND. A. MDCCCXII
(gegründet 1812)

10. Bronzeplakette 1907

auf die 300-Jahrfeier der Gießener Universität, 49 x 49 mm, 53,79 g.
Entwurf Heinrich Jobst (1874-1943),²⁶ Abb. 11.

Vs.: Innerhalb eines Kreises der Kopf des Großherzogs nach links. Im
Bogen die Umschrift

ERNST.LUDWIG.GROSZHERZOG.von.HESSEN.
und bei. RHEIN

In den Ecken der Plakette

LUDAE- REKTR
MAGNF- TSSMS
(Ludovicianae Rector Magnifentissimus)

26 Numismatisches Nachrichtenblatt, 9/1996, Heinrich Jobst gehörte seit Januar 1907 der Künstlerkolonie Darmstadt nach Berufung durch den Großherzog Ernst Ludwig an.



Abb. 11: Medaille 1907, Originalgröße 49 x 49 mm

Rs.: Ein nackter Jüngling steht auf einem Drachen, in dessen Rachen er mit der Rechten eine Lanze stößt. Mit der linken Hand hält er eine Fackel. Oben links ein Lorbeerkranz, oben rechts in einem Wappenschild das Antoniterkreuz, das Wappenzeichen der Universität Gießen, darunter die Jahreszahl 1907. Auf der linken Seite steht parallel zur Figur

ZUR III. JAHRHUNDERT-
FEIER DER LUDOVICIANA IN GIESSEN.

Entsprechend hierzu auf der rechten Seite

.ARMIS.ET.LITTERIS
.AD.UTRUMQUE
.PARATI

Deutsch: Mit Waffen und Wissenschaften zu beidem bereit.²⁷

Die Plakette weist in ihrer Gestaltung typische Elemente des Jugendstils auf, einer Stilrichtung, die nach der seit 1896 in München erscheinenden Zeitschrift „Jugend“ benannt wurde und eine Reaktion auf die historisierenden Stile des ausgehenden 19. Jahrhunderts war.²⁸ Vom Großherzog wurde der Jugendstil besonders gepflegt.

27 Reulecke, Jürgen, „Litteris et armis utrumque parati“, in: PANORAMA 400 Jahre Universität Gießen, S. 256 ff.

28 Brockhaus in einem Band, Leipzig 2000, S. 435.

11. Anstecknadel, Abb. 12.

Neben der vorstehenden Plakette wurde von der Firma Lindner Vereinszeichenfabrik, München, eine Anstecknadel anlässlich des 300-jährigen Jubiläums angefertigt. Sie zeigt auf einem unregelmäßigen, vergoldeten Bronzeabzeichen das Antoniterkreuz

innerhalb eines Kranzes, beiderseits dazu je eine Kugel, sowie unterhalb in einem verjüngten Teil die Jahreszahlen

1607

1907

mit einer abschließenden Verzierung.



Abb. 12: Anstecknadel 1907, vergrößert

12. Medaille, Silber

zum 375-jährigen Jubiläum der Universität, 40 mm Ø, 28,98 g, Abb. 13.

Vs.: Darstellung des Universitätsgebäudes im Zustand vor der Zerstörung im 2. Weltkrieg.

Darüber im Bogen

ACADEMIA LUDIVICIANA

darunter

375 Jahre

unterhalb des Gebäudes steht

UNIVERSITÄT GIESSEN
1607 - 1982

darunter ein Monogramm aus M und C mit der Zahl 1000. Die Bedeutung des Monogramms, das vermutlich auf den Künstler hinweisen soll, konnte nicht geklärt werden.

Im unteren Bogen steht

JUSTUS LIEBIG - UNIVERSITÄT

Die beiden Namensnennungen für die Universität verweisen zum einen auf die Zeit von der Gründung bis zur Zerstörung 1944 und zum anderen auf den Wiederaufbau bis zur Gegenwart.



Abb. 13: Medaille 1982, Originalgröße 40 mm Ø

Rs.: Bildliche Übernahme des Universitätsiegels von 1607. Innerhalb zweier Umschriften ist das Brustbild des Landgrafen Ludwig V. im Profil nach rechts dargestellt. Die beiden Umschriften lauten jeweils von unten links

:LVDOVICO.-D(ei).G(ratia).HASSIAE.-LANDGRAVIO.-AVSPICE.
.SIGILLUM.- ACADEMIAE - GISSENAE - ANNO.1607.

(deutsche Übersetzung:

Von Ludwig von Gottes Gnaden hessischen Landgrafen glücklich begonnen

Siegel der Universität Gießen im Jahr 1607)

Die Umschriften sind von fünf Wappenschildchen unterbrochen:

links Katzenelnbogen, oben Hessen, rechts Dietz und unten gegeneinander gestellt Ziegenhain und Nidda, zwischen den beiden letzteren eine Verzierung.

Bemerkenswert ist, dass diese Jubiläumsfeier im Zeichen der Republik stand. Ein Landesherr war nicht mehr beteiligt, der sich auf die Gründung als Leistung seines Hauses und seiner Vorfahren berufen konnte. Anlass für die 375-jährige Jubiläumsfeier, in der auch die neuerstandene Justus-Liebig-Universität auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblicken konnte, ist „sich auf die ältere und jüngere Vergangenheit der Universität zu besinnen und sie in Bild und Text lebendig vor Augen zu führen“.²⁹ Die Universität benutzte die Gelegenheit zum 25. Jahrestag der Neugründung nach dem gravierenden Kontinuitätsbruch der ersten Nachkriegszeit öffentlich auf sich und ihre Leistungen aufmerksam zu machen, um möglichst Mittel für weiteren Ausbau zu erhalten. Die Rechnung ging auf und rechtfertigt die Prägung einer Jubiläumsmedaille.

13. Mit der Ausgabe einer Medaille zum 400-jährigen Jubiläum der Universität am 19. Mai 2007 wird die Reihe deren Jubiläumsmedaillen zum jetzigen Zeitpunkt abgeschlossen. Rechtzeitig zu den Universitätsfeierlichkeiten konnte sie der Öffentlichkeit vorgestellt werden.³⁰

Der Designer und Medailleur Victor Huster aus Baden-Baden hat sie entworfen und geprägt. Sie wurde in zwei Versionen mit dem gleichen Motiv gefertigt:

- a. Silber, 30 mm Ø, 27 g, Auflage 200 Stück, Abb. 14a
- b. Kupfer, 54 mm Ø, 160 g, ca. 11 mm stark, Auflage 500 Stück. Abb. 14b.

Beschreibung:

Die Medaille ist hochreliefiert geprägt. Sie folgt einem ausgeklügelten Programm, das sich nicht leicht erschließt. Ein Beiblatt des Künstlers gibt Hilfen zum Verständnis. Die Gestaltung weist auf der einen Seite mit Symbolen einen Bezug auf das Internationale Forschungszentrum - IFZ - und auf der anderen Seite auf zwei beherrschende Portraits hin.

29 Prof. Dr. K. Alewell, Grußwort zum Ausstellungskatalog 375 Jahre Universität Gießen.

30 Mitteilungen in den Gießener Tageszeitungen v. 16.5.2007.



Abb. 14a: Medaille 2007, Huster, Originalgröße 30 mm Ø



Abb. 14b: Medaille 2007, Huster, Originalgröße 54 mm Ø

Vorder- bzw. IFZ-Seite:

Huster schreibt hierzu:³¹ „Die Lesbarkeit der Bildnisse der Vorder- und Rückseite startet auf der IFZ-Seite JUSTUS LIEBIG UNIVERSITÄT GIESSEN. Vom Mikro- bis zum Makrokosmos sind auf Spiegelquadranten des IFZ Informationen zu Forschungsaktivitäten zitiert: Vom Atom bis zum Menschen reicht das Spektrum. Visualisiert sind Palme/Botanischer Garten, Huhn/Veterinärmedizin, Eibefruchtung,

31 Huster, a.a.O.

Chromosom, Kopf/Humanmedizin, Quadrate/Mathematik, keimender Samen/Agrarwissenschaft. In der Fassade spiegelt sich auch die des historischen Gebäudes von 1880 wieder.“

Der Schriftzug JUSTUS LIEBIG UNIVERSITÄT GIESSEN ist säulenartig angeordnet. Hierbei hat der Künstler an die Pfeiler gedacht, die sich im Eingangsbereich des Universitätshauptgebäudes befinden

Keimender Spross und Quadrate sind mit einer kugelartigen Erhöhung verbunden. Antoniterkreuz und Sonne unterhalb des Gebäudes bzw. seitlich des keimenden Sprosses vervollständigen das Bild. Die Sonne mit ihren Strahlen übt Einfluss auf das Wachstum jeglichen Lebens aus.

Weiter führt Huster aus: „Das oben dargestellte Chromosom bildet sich aus der so skizzierten Lebensvielfalt und steht in Verbindung mit der Inschrift, „den Säulen des Gebäudes“, somit dem Beginn und Kreislauf der Natur und deren Untersuchung.“

Die unterbrochene Linienführung auf dem rechten Rand der Medaille weist auf die Aufgaben der Universität hin, Wissen nach außen zu bringen, aber auch von außen Themenbereiche aufzunehmen. Mit dem Bild der Erde, der Mondsichel und einem Planeten finden die Symbole der IFZ-Seite auf der Portraitseite ihren Abschluss.

Rück- bzw. Portraitseite:

Auch hier wie auf der Vorderseite ein reliefiertes Bild. Im Zentrum steht die Erdkugel mit Bezug zur Klimaforschung: Im unteren Bereich ist die Versteppung mit einem pflanzlichen Spross angedeutet, oben wird das Wachstum, dargestellt durch einen Baum, durch Regengüsse und Überflutung beeinträchtigt, seitlich links weist eine Gradeinteilung auf die Probleme von Temperaturschwankungen hin. Angedeutet sind also Naturvorgänge, denen die „Lebenswissenschaften“ der jubilierenden Universität entgegenzuwirken suchen. Dominant auf dieser Seite sind jedoch die Portraits von Ludwig V., dem Gründer der Universität, und von Justus Liebig, der der Universität nach dem Krieg seinen Namen gab. Die Jahreszahlen 1607 - 2007 und das Motto „NON ANNO - SED ANNIS“ - nicht ein Jahr, sondern viele Jahre - übernommen von einer Medaille aus dem Jahr 1707 (siehe Nr. 6, Abb. 7) - vervollständigen das Bild. Das Ganze ist mit einer Linienführung innerhalb eines zeitbildenden Sonnensystems aufgebaut und leitet zu den Jahreszahlen und Motto über.

Seitlich rechts unten stehen geprägt die Buchstaben V.H für Victor Huster.

Die Randschrift der Silbermedaille lautet eingraviert:

V. HUSTER
825 BADEN BADEN

Auf dem breiten Rand der Kupfermedaille steht, ebenfalls eingraviert,

V. HUSTER
BADEN BADEN

Eine Variante der Medaille in Kupfer wird in einem Gipsmodell mit einer veränderten Vorder- bzw. IFZ-Seite vorgestellt. (Abb. 14c) Die Ausprägung ist derzeit noch ungewiss. Anstelle der Bezeichnung JUSTUS LIEBIG wird auf der Medaille der Schriftzug

HUMAN LIFE AND ITS RESOURCES

säulenartig eingefügt, heißt frei übersetzt: Menschliches Leben und seine Existenzgrundlagen.



Abb. 14c: Gipsabdruck 2007, Huster

So wie 1707 beim 100-jährigen Jubiläum auf der Medaille Nr. 6 für die damals relativ junge Universität der Wahlspruch

NON ANNO --- SED ANNIS

zukunftsweisend sein soll, wird nun 300 Jahre später die moderne Zielsetzung mit „Human life and its resources“ vorgegeben.

Seinerzeit war im universitären Bereich der lateinische Sprachgebrauch dominant. Heute soll auf die Zielsetzung in ihrer weltumgreifenden Bedeutung in englischer Sprache hingewiesen werden.

In einem Papier der Liebig-Universität wird der Begriff der „Ressource“ als das Bindeglied dargestellt, das aus vielfältiger Perspektive in enger Verbindung geisteswissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher und medizinischer Projekte erforscht wird.³²

14. Zusammen mit der Justus-Liebig-Universität feiert auch deren Medizinischer Fachbereich seine 400-jährige Jubelfeier mit der Herausgabe einer Medaille. Die Darstellung darauf geht auf das Siegel der Fakultät aus dem Jahre 1607 zurück. 1737 wurde es in einem Holzschnitt überarbeitet.³³

Victor Huster, der Gestalter der Jubiläumsmedaille der Universität, hat auch sie geprägt und dabei das Siegelbild übernommen. Mit einer Auflage von zehn Stück wird sie als Ehrenmedaille ausschließlich an Persönlichkeiten dezidiert, die sich um die Medizin verdient gemacht haben. Die erste dieser Medaillen wurde anlässlich eines Festaktes am 5. Oktober 2007 an Professor Dr. Horst-Eberhard Richter, früherer Inhaber des Lehrstuhls für Psychosomatische Medizin in Gießen, verliehen.³⁴ Sie besteht aus Feinsilber 999, hat ein Gewicht von 196g und einen Durchmesser von 55 mm, 9mm ist sie stark (Abb. 15).³⁵

Vs.: Drachenähnliches, geflügeltes Tier mit gewundenem Schwanz als traditionelles Wappentier der Medizinischen Fakultät nach links. Im Schnabel wird ein Zweig mit einem Apfel gehalten. Er soll an den biblischen Sündenfall erinnern, durch den die Krankheiten in die Welt gelangt sind. An der linken Vorderklaue steht das Stundenglas mit

32 Justus-Liebig-Universität Giessen, a.a.O. S. 3.

33 Hinweis aus: Zur Ehrenmedaille des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen.

34 Gießener Allgemeine vom 20.9. und 6.10.2007.

35 Angaben Victor Huster.

Hinweis auf die Kürze des Lebens.³⁶ Unten stehen die griechischen Buchstaben

Ν Η Φ Ε³⁷

Umschrift: INSIGNIA + FACVLTATIS + MEDICAE mit anschließender Verzierung. (Übersetzt: Kennzeichen der Medizinischen Fakultät).



*Abb.15: Ehrenmedaille des Fachbereichs Medizin,
Originalgröße 55 mm Ø, Foto Huster*

Rs.: Innerhalb eines oben offenen Ringes stehen die Worte

VERO
AMICO
FACULTATIS
MEDICAE
GISSENSIS
+

36 Hinweis aus: Zur Ehrenmedaille des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen.

37 Das griechische Wort ΝΗΦΕ (bleibe nüchtern, bleibe kritisch), abgeleitet aus dem Dorischen in das Attische, geht als Anfangswort auf einen Text des Griechen Epicharmos (etwa 488/85 v. Chr.) zurück. Übersetzt lautet der als Fragment enthaltene Text: „Bleibe nüchtern und vergiss nicht, misstrauisch zu bleiben. Das sind die Gelenke des Geistes“. Dankenswerter Hinweis von Herrn Dr. Siemer Oppermann, Gießen.

Deutsch: Dem wahren Freund der Gießener Medizinischen Fakultät.

Der eine Schenkel des Buchstaben V ragt in die Öffnung des Ringes hinein. Unterhalb der Inschrift ist noch Raum für die Namensgravur des Geehrten.

Auf dem Rand steht in vier Zeilen

999
V. Huster
Baden-Baden
2007

Fazit der Ausgabe der diesjährigen Universitätsmedaillen ist, dass sie mit ihren Symbolen und Schriftzügen ein Gegenwarts- und Zukunftsbild über die Aufgaben dieser Universität erstellen will. Darüber hinaus sind sie aber auch geeignete Auszeichnungen für verdiente Wissenschaftler.

Literaturverzeichnis

Academia Gissensis, Beiträge zur älteren Gießener Universitäts-geschichte, Herausgegeben von Peter Moraw und Volker Press. Hier: Jäger, Berthold, Die Ehrenrektoren der Universität Gießen 1609-1723.

Felschow, Eva-Marie, Die Gründung des Pädagogiums im Jahr 1605 als Vorbereitung für die Universität, in Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 2006, 91. Band.

„Gießener Allgemeine Zeitung“ vom 20.9. und 6.10.2007.

„Gießener Anzeiger“ und „Gießener Allgemeine Zeitung“ vom 16.5.2007.

Hessen, Prinz Alexander von, Hessisches Münzkabinett. 2. unveränderte Auflage 1974, Numismatischer Verlag Wolfgang Winkel, Bielefeld der Ausgabe Darmstadt 1877.

Hoffmeister, Jacob C.C., Historisch-Kritische Beschreibung aller bis jetzt bekannt gewordenen Hessischen Münzen, Medaillen und Marken, Zweiter Band, Leipzig, 1862.

Huster, Victor, Die Medaille zum 400. Jubiläum der Justus Liebig Universität Gießen 2007.

Illustrierte Familien-Bibel nach der deutschen Übersetzung Dr. Martin Luther's. Verlag von A.H. Payne in Reudnitz bei Leipzig, ohne Jahreszahl.

Justus-Liebig-Universität Gießen, Human Life and its Resources Entwurf eines Zukunftskonzeptes der Justus Liebig Universität, Gießen 2007.

Katalog „375 Jahre Universität Gießen“ Gießen 1982.

Keller, Herbert, Vor dreihundert Jahren: Silbermünzen aus Gießen. Die landgräfliche Münzstätte in der Zeit von 1693 bis 1707 und ihr Münzmeister Johann Adam Rebhun.

Laverrenz, C., Die Medaillen und Gedächtniszeichen der deutschen Hochschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der Universitäten Deutschlands. Teil II. Berlin 1887.

Moraw, Peter, Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Gießen 1990.

Numismatisches Nachrichtenblatt Nr. 9/1996.

PANORAMA 400 Jahre Universität Gießen, Societätsverlag Frankfurt 2007.

Sauer, Bemerkungen über die Jubiläumsmedaillen von 1707 in: „Festzeitung zur dritten Jahrhundertfeier der Universität Gießen“, Gießen 1907.

Schlickeysen-Pallmann, Erklärungen der Abkürzungen auf Münzen, Photomechanischer Abdruck, Graz 1961, der 1896 im Verlag W. Spemann, Berlin und Stuttgart erschienenen dritten und verbesserten Auflage.

Schrötter, Friedrich Freiherr von, Wörterbuch der Münzkunde, Berlin 1970.

Schütz, Artur, Die Hessischen Münzen Des Hauses Brabant, Teil V, Frankfurt 2000.

UBS A.G. (Union de Banc Swiss A.G.), „Spezialsammlung Universität“ in: Katalog, Auction 75 vom 5.-7.9.2007.

Wermuth, Christian, Medailles, oder Schau- und Gedächtnis-Pfennige etc., Gotha o.D. [1707].

Zur Ehrenmedaille des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Die Hirschmedaillen Landgraf Ludwigs VIII. von Hessen-Darmstadt

Numismatische Fragen an eine vernachlässigte Fürstenbiografie

Hans-Dietrich Kahl

Ludwig VIII. von Hessen-Darmstadt, geboren 1690, kam mit 48 zur Regierung, für fast drei Jahrzehnte (1739-1768). Die Zeit war alles andere als friedlich. Kriege um die Nachfolge des letzten Habsburgers, in die wechselnd auch Frankreich, England und Russland eingriffen, erschütterten Mitteleuropa jahrzehntelang mit weit reichenden Auswirkungen in Übersee; sie nötigten die Reichsstände zur Stellungnahme. Übernommene Lande unversehrt zu behaupten, war ein Problem. Schon allein zu verfolgen, ob und wie weit ein Fürst dem gerecht wurde, hätte Bedeutung. Trotzdem hat dieser Landgraf bisher keine wissenschaftliche Biografie gefunden.

Erwähnt wird er eher beiläufig, etwa als Vater des gleichnamigen Nachfolgers oder einer Tochter, die als Malerin Beachtung fand, damit womöglich wichtige Aspekte des Hofes andeuten könnte, an dem sie aufwuchs - Aspekte, die sonst zurücktreten. Deutlich wird, dass dieser Ludwig zu den deutschen Duodezfürsten gehörte, die dem prunkvollen Lebensstil von Versailles nachzueifern suchten, obwohl die vom Vater ererbte Schuldenlast dafür eigentlich keinerlei Raum ließ. Was sonst hervorgehoben wird, ist einmal seine Kaiserstreue, andererseits seine Jagdleidenschaft, die die Felder seiner Bauern verheerte und ihm entsprechenden Hass zuzog. Seine bevorzugte Residenz war das Jagd- schloss Kranichstein bei Darmstadt, das er großzügig ausbauen ließ, eine Anlage mit einem „Hirschgarten“ von 400 Morgen und Fasanerie; er liebte es, von dort im Wagen, mit sechs Hirschen bespannt, zur Oper nach Darmstadt zu fahren. Dort traf ihn auch in seiner Loge der tödliche Schlaganfall. Wie weit er sich in Regierungsgeschäfte einmischte, gehört anscheinend zu den offenen Fragen.¹

1 Maßgebliche biografische Nachschlagewerke zur deutschen Geschichte wie ADB und NDB widmen ihm keinen eigenen Artikel, sondern nennen ihn lediglich zu Ludwig IX. und zu Karoline Luise, Markgräfin von Baden-Durlach, als Vater. Persönliche Details bietet Alfred Börckel, *Hessens Fürstenfrauen*, Gießen o.J. (1895), S. 75-81, um das wenig substanzreiche Kapitel über seine Gemahlin aufzuwerten. Unbelegt, dürfen sie als authentisch gelten, da die Publikation der damaligen Großherzogin gewidmet war,

Weniger beachtet wird eine Leidenschaft, in der Ludwig mindestens sehr viele andere Fürsten nicht nur seiner Zeit übertraf: Er brachte eine Unzahl mehr oder weniger kunstvoller Medaillen heraus, vielfach, wo nicht stets, nach eigenen Entwürfen, eingeschlossen die oft reichlich primitiven Texte.² Gelegentlich werden sie von der Darstellung eines Wildschweins beherrscht.



Abbildung: Ludwig VIII., Landgraf von Hessen-Darmstadt (1739-1768), sog. Hirschgulden (Schütz 3126,1), Vorder- und Rückseite, Originalgröße 3,5 cm Ø. Die Aufnahmen wurden freundlicherweise von privater Seite zur Verfügung gestellt.

Die Mehrzahl zeigt Hirschmotive, meist ein kapitäles Tier, stehend mit aufgerecktem Geweih, gelegentlich mit einer Kampfscene zweier anderer rückwärtig vor dem Hintergrund, den meist ein Jagdschloss einnimmt (Kranichstein?). Eine Teilgruppe setzt in den Ausschnitt ein ungewöhnliches Wort: CONFRATERNITAS - „Mitbruderschaft“. Die Kehrseite nimmt eine ausgespannte Hirschhaut ein, mit überhängendem Kopf, und auf ihr erscheint in zeitentsprechender Schreibung der Reimspruch:

O WIR ARME
HOERNERTRAEGER
HABEN (auch: FINDEN) WIEDER
WILLEN
SCHWAEGER

was Sorgfalt empfahl. - Über Kranichstein: DEHIO, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler/Hessen, Darmstadt 1966, S. 135 f., dazu Handbuch der historischen Stätten Deutschlands IV.: Hessen, Stuttgart, 3. Aufl. 1976, S. 178.

2 A. Schütz, Die hessischen Münzen des Hauses Brabant V, Frankfurt/Main 2000, S. 146-149: Medaillengepräge als Erbprinze (zuerst für den Elfjährigen, 1702!). Landgräfliche Emissionen im Folgenden, soweit datiert, nach Jahrgang eingereiht; undatierte S. 198-228. Lücken in den Abbildungen beleuchten die Schwierigkeit, von besonderen Raritäten Vorlagen zu beschaffen.

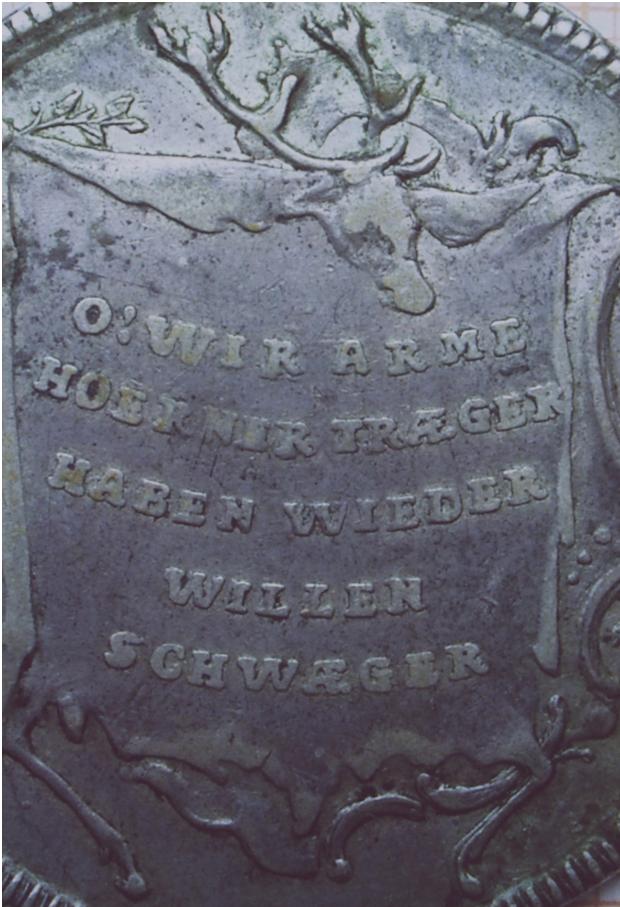


Abbildung: Rückseite des Hirschguldens, Ausschnittsvergrößerung. Die Aufnahme wurde freundlicherweise von privater Seite zur Verfügung gestellt.

Es gibt mehrere Ausführungen, Abschläge in Silber und Kupfer, gelegentlich auch Gold. Auch Gewicht und Durchmesser wechseln; zusätzlich deuten Stempelverschiedenheiten, auch Schreibvarianten, auf mehrfache Wiederholung der Emission.³ Die Größenunterschiede bewirken, dass man von „Hirschtalern“, „-gulden“, „-dukaten“ spricht, obwohl es keine wirklichen Zahlungsmittel waren. Sämtliche Gepräge dieser Art sind außerordentlich selten; offenbar wurden jeweils nur wenige Stücke zu persönlicher Verwendung des Münzherrn herausge-

3 Schütz Nr. 2987 (S. 179), 3032 (S. 189), Nr. 3123-30 (S. 221-224) u. 3134 (S. 226); Stücke mit gleich zu besprechender Rückseiteninschrift Nr. 3124-3127 (S. 222 f.).

bracht. Was wollte Ludwig mit diesem offenbar bevorzugten Motiv zum Ausdruck bringen?

„Hörnerträger“, mehr schlecht als recht an das Geweih des abgebildeten Tieres anknüpfend, spielt auf eine Redensart an, die inzwischen wohl ziemlich vergessen ist: „Jemandem die Hörner aufsetzen“. Merkwürdigerweise nimmt sie ihr Bild von einer Sondererscheinung der Hühnerzucht, die zu den Zierden fürstlicher Tafeln gehörte: dem Masthahn, vielfach „Kapaun“ oder „Hahnrei“ genannt. Die armen Tiere wurden, damit die Mast umso besser gelänge, so zugerichtet, dass ihre körperliche Betätigung sich möglichst einschränken sollte. Man nahm ihnen deshalb die Fortpflanzungsfähigkeit, ebenso aber, um sie untauglich zum Kampf mit Rivalen zu machen, die Sporen. Diese wurden als Kennzeichen in den Kamm eingepflanzt und verwuchsen dort als eine Art Hörner. „Kapaun“ oder „Hahnrei“ aber übertrug der Sprachgebrauch auch auf den Ehemann, dessen Gattin sich mit anderen einließ. Der makabre Vergleich unterstellt offenbar, der Betreffende sei nicht mehr imstande, sie sexuell zu befriedigen, so dass sie, wie die eigentlich zum Masthahn gehörigen Hennen, auf Ersatz angewiesen blieb - andere, etwa seelische Gründe für ein Ausbrechen aus „ehelicher Treue“ lagen, mentalitätsgeschichtlich bemerkenswert, offenbar außerhalb des Horizonts. Diese Vorstellung jedoch mit dem Bild eines Hirschs zu verbinden, lag insofern nahe, als verschnittene Tiere der Gattung ihr Geweih nicht mehr abzuwerfen pflegten, also gleichsam „Hörnerträger“ auf Dauer waren.⁴ Der Reimspruch auf jenen Medaillen heißt also in nüchterner Prosa: „Wir“ - ein Kreis, wie immer zu umschreiben, in den der Prägeherr sich offensichtlich einbezog -, „Wir sind betrogene Ehemänner und müssen, ob wir wollen oder nicht, mit Rivalen leben“, ein Eingeständnis von verblüffender Offenheit. Es wird auch die Grundlage der „Schwägerschaft“ andeuten, die der gleiche Spruch in offenbar ungewöhnlicher Anwendung des Wortes herausstellt, und ebenso die der „Mitbruderschaft“ auf der Hauptseite der Gepräge. Das aber bringt Überraschung.

Vermählt war der Landgraf nur einmal, mit der Mutter der genannten und vier weiterer Kinder, einer gebürtigen Gräfin von Hanau. Der Tod entriss sie ihm früh, erst 26jährig, als er noch lediglich Erbprinz war

4 F. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin, 22. Aufl. 1989, S. 287 s.v. *Hahnrei*; vgl. K. Krüger-Lorenzen, Deutsche Redensarten - und was dahinter steckt, Wiesbaden o.J., S. 140 f.

(1726).⁵ Später warf er zeitweise ein Auge auf die 27 Jahre jüngere Erzherzogin Maria Theresia, die nachmalige Kaiserin, die er in Wien kennen lernte. Es scheint, dass sie trotz des bedeutenden Altersabstandes einer Verbindung nicht abgeneigt gewesen wäre, doch ein Landgraf von Hessen-Darmstadt, noch dazu Lutheraner, war keine angemessene Partie für die Erbin von Ungarn, Böhmen und Österreich, und sie selbst, fast noch ein Kind, besaß noch nicht das Durchsetzungsvermögen, mit dem sie sich später gegen alles politische Kalkül ihren Franz, den Großherzog von Toskana, ertrotzte. Eine Verbundenheit zwischen ihr und Ludwig blieb bestehen.⁶ Der Landgraf wurde sehr bald nach dem Regierungsantritt der Habsburgerin, noch 1741, zum Feldmarschall ihrer Königreiche erhoben; er selbst hat sich sein ganzes weiteres Leben lang immer neu zu ihr bekannt, in der ihm eigenen Weise, durch Medaillenprägung - man ist geradezu versucht, seine vielgerühmte Kaisertreue für eine Treue zum Hause Habsburg-Lothringen zu halten, mit diesem besonderen Hintergrund (ein Gepräge, das Beziehung zu Karl VII. verrät, liegt nicht vor!),⁷ doch muss das dahingestellt bleiben. Keinesfalls aber bestand hier eine Beziehung, in der es möglich war, dem Landgrafen „Hörner aufzusetzen“.

Geheiratet hat er nicht wieder, so unentbehrlich eine Landgräfin an seiner Seite zur fürstlichen Repräsentation eigentlich gewesen wäre. Nach den Unterlagen des Darmstädter Staatsarchivs lassen sich lediglich drei Konkubinen namhaft machen, die man zögert, Mätressen zu nennen, denn sie waren sämtlich bürgerlicher Herkunft und nicht einmal aus dem Großbürgertum: eine französische Sängerin, die der Landgraf 1736 in Paris kennen gelernt hatte, Jahre nach dem Tod der Gemahlin und wohl auch nach dem Scheitern der Wiener Pläne - sie

5 Börckel, wie Anm. 1.

6 Ebd.

7 Schütz 2951 (S. 156) von 1744 und 3052-55 (S. 299 f.), undatiert, doch zweimal mit dem 1741 verliehenen Marschallstitel, zeigen auf der Rückseite im Felde einen Altar mit den Initialen MT, auf dem ein Herz mit Ludwigs charakteristischem Spiegelmonogramm aus zwei gegenständigen L in Flammen steht. Schütz 3051 (S. 198 f.), undatiert, doch die Kaisererhebung Franz I. voraussetzend, bringt deutliche Huldigung an den Herrscher, stellt aber neben dessen Initialen FS nochmals MT, obwohl zu der Österreicherin niemals eine Lehnbindung bestand. Die Medaillen zum Treffen Ludwigs 1764 mit Franz I. und Joseph (II.), Schütz 3024-25 (S. 184-186), finden eine Möglichkeit, auch THERESIA zu erwähnen, obwohl sie an dieser Zusammenkunft gar nicht beteiligt war. Die letzte datierte Medaille des gealterten Landgrafen, aus dem Jahr vor seinem Tode, 1767, gilt dem Dank für die Genesung Maria Theresias von den Pocken dank seiner (und anderer?) Gebete: Schütz 3045 (S. 195).

wandte sich allerdings bald nach Kassel, wo sich ihre Spuren verlieren; dann die Tochter eines Amtmanns von Butzbach, die gleichfalls früh starb (1743), und schließlich eine Soldatentochter aus Groß-Gerau, die als landgräfliche Silberwärerin begann und Ludwig lange überlebte; sie konnte sich in Darmstadt halten, wurde also durch keinen von Ludwigs Nachfolgern aus der Residenzstadt entfernt.⁸ Man wird diese Frauen als Hofdamen ansprechen dürfen, doch Chancen, in damaliger Adelsgesellschaft so ernst genommen zu werden, dass sie bei entsprechenden Gelegenheiten eine fürstliche Gemahlin zu vertreten vermochten, wird man keiner von ihnen zutrauen. Der Landgraf wird gewusst haben, warum er ihnen den Ehestand versagte.

Wie reihen sich nun die Hirschmedaillen ein in dieses Fürstenleben? Jahreszahlen verschweigen sie uns; insofern könnten sie neben diejenigen treten, hinter denen schon der Erbprinz stand, Ludwig als Ehegemaahl. Doch einige sind mit der Signatur des Medailleurs Anton Schäfer versehen, der auch andere, datierte Gepräge gezeichnet hat. Danach war er von 1746-1767 für den Landgrafen tätig, den längst regierenden Fürsten. Stilistische oder andere Gründe, ihm unsignierte Stücke dieser Gruppe abzusprechen, sind nicht gegeben. Die Prägung aller geschah mithin, so überraschend dies klingen mag, für den Witwer, in dessen Auftrag. Und trotzdem zählt er sich, wie wir zur Kenntnis nehmen müssen, einer Gemeinschaft potentieller „Hörnerträger“ zu - sogar mehrfach, wenn die Indizien für wiederholte Auflagen solcher Stücke nicht trügen! Er hätte sich damit eine zweite eigenwillige Abweichung von üblichem Sprachgebrauch geleistet neben derjenigen für seine „Schwäger“. Verständlich allerdings müssen beide, die eine wie die andere, denen gewesen sein, denen solche Gaben gewidmet wurden, sonst hätten sie ihren Sinn verfehlen müssen.

8 Das Hessische Staatsarchiv Darmstadt weist in brieflicher Auskunft vom 23.5.07 hin auf:

- a) Mademoiselle Richard, genannt La Badine („die Schäkerin“), dem Landgrafen 1736 in Paris begegnet und 1737 nach Darmstadt gereist. Das Staatsarchiv in Marburg schließt nicht aus, dass sich weitere Hinweise im Lebensrückblick „Mespensées“ Landgraf Friedrichs II. (Best. 4 a 90, 21) finden könnten, die noch ungeachtet sind.
- b) Friederike Clotz (Klotz, 1713-1743); vgl. Hess. Geschlechterbuch 15 (1960), S. 11 (mit unrichtigem Verweis auf Ludwig IX.).
- c) Helene Martini (1728-1803), über welche die Akte D 4 391/7 des Großherzoglichen Hausarchivs.

Nachkommenschaft Ludwigs VIII. ist von keiner dieser Damen bekannt. Den beteiligten Archiven sei für freundliche Auskünfte herzlich gedankt.

Was fangen wir damit an? Wollte (und konnte!) Ludwig auf diese Weise ausdrücken, dass es außer seinen festen Konkubinen auch in der höfischen Gesellschaft Frauen gab, auf die er mindestens für eine gewisse Zeit Ansprüche erhob, wie immer geartet? Frauen, die trotz allem keinen Eingang in die Darmstädter Akten fanden wie die drei Genannten - die sich dabei, zumindest für das persönliche Empfinden des Landes- und Jagdherren, auch anderen nicht versagten? Deutet die offenbar mehrfache Erneuerung solcher Gepräge an, dass es nicht nur einmal zu entsprechenden Situationen kam? Dann die „Schwäger“: Wer verbirgt sich hinter ihnen? Sind damit womöglich Rivalen bei unverheirateten Damen zusammengefasst mit Ehemännern, die dem Landgrafen anderweitig im Wege waren? Sah er sich selbst unter diesen Begriff einbezogen, wenn er solche Gaben verteilte, im Wert abgestuft je nach Rang - den einen als Zeichen von Verdacht und Warnung, den anderen als Hinweis, sie hätten nun den Geber gefälligst in dieser Eigenschaft zu tolerieren? Fragen, die sich schwer abweisen lassen, wenn man das Fehlen einer fürstlichen Gemahlin danebenhält. Sie berühren nicht nur Ludwig persönlich und das Treiben an seinem Hofe, sondern auch die damalige Kultur der höfischen Kreise, zu der er mitgestaltend seinen vielleicht sehr spezifischen Beitrag leistete.

Eine Sonderausfertigung, die in Silber und in Kupfer vorliegt, also gleichsam in zwei Rangklassen, unterstreicht diese Fragen und lenkt wohl die Antwort in die letztskizzierte Richtung. Die CONFRATER-NITAS im Abschnitt der Vorderseite ist dort ersetzt durch: DIFFERENTIA INTER MINUS ET MAIUS - „Der Unterschied zwischen geringer und größer“.⁹ Ist dies hier anders deutbar als: Ein Mächtiger meldet Vorrechte an, und ein Abhängiger hat sie zu akzeptieren, sei es auch „wider Willen“? Im Ganzen aber bleibt es bei der Aussage: „Wir“ in unserer Hofgesellschaft, der Landesfürst nicht ausgenommen, haben in einer Hinsicht alle gleiche Probleme - sind, ohne es zu wollen, einer wie der andere bedroht, Betrogene und Betrüger in einer Person. Die „Jagd“ auf Kranichstein zielte nicht allein auf Hirsche, und Ludwig VIII. stand auch dazu.

9 Schütz, Nr. 3127, S. 223.

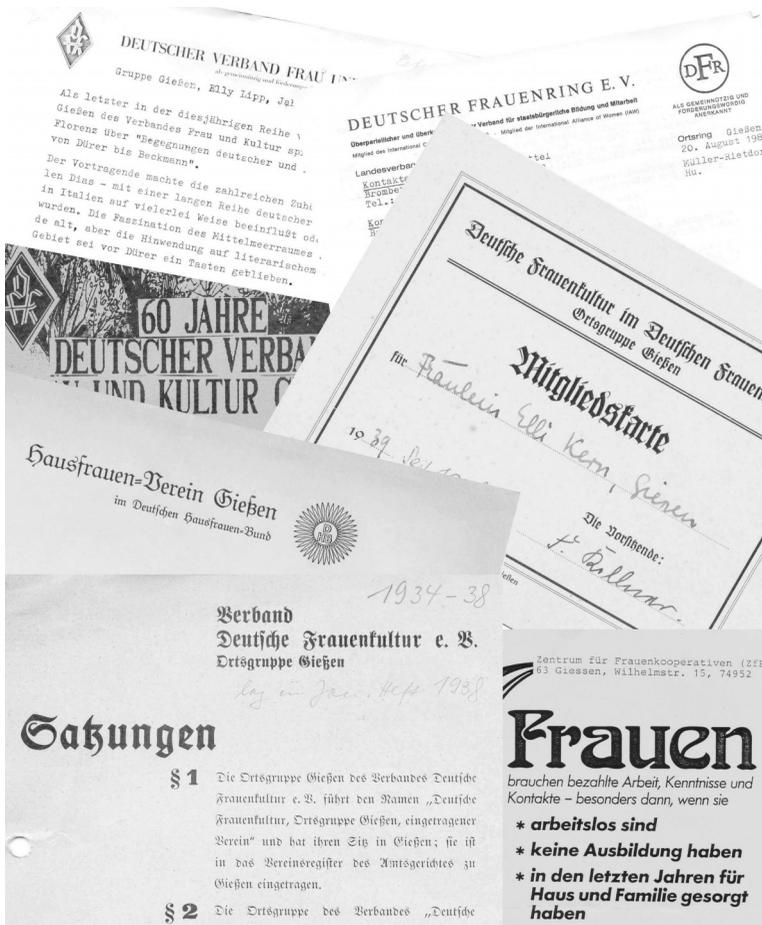
II. Miscellen

Neue Quellen zur örtlichen Frauenvereinsgeschichte im Stadtarchiv Gießen:

Auf den Spuren Gießener Frauenaktivitäten

Von Kornelia Claes M.A., Stadtarchiv Gießen

Bislang waren eigenständige Überlieferungen von Frauenvereinen im Stadtarchiv Gießen nicht vorhanden. Umso erfreulicher ist es, dass es nun gelungen ist, die Bestände durch Unterlagen von drei ortsansässigen Vereinen zu erweitern.



Die mittlerweile abgeschlossene detaillierte Verzeichnung im Augias-Archivprogramm wird in Zukunft eine intensivere Erforschung frauengeschichtlicher Themen ermöglichen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Sammlung von Dokumenten zur Frauengeschichte oftmals erschwert wird, weil Frauen nicht selten ein historisches Bewusstsein für ihr (archivwürdiges) Tun fehlt. Es ist deshalb wichtig, die „potentiellen Aktengeberinnen“ gezielt darauf aufmerksam zu machen, dass sie durch ihre (Vereins-)Aktivitäten einen wesentlichen Teil zur örtlichen Frauengeschichte einerseits und andererseits aber auch zur örtlichen Stadtgeschichte beitragen. Hilfreich waren in diesem Zusammenhang verschiedene frauenspezifische Projekte, zu denen im Stadtarchiv Gießen recherchiert worden ist. Dadurch konnten Kontakte zu Vereinsfrauen geknüpft und die Bereitschaft geweckt werden, ihre Vereinsunterlagen, die zum Teil seit Jahrzehnten in Kisten auf Speichern oder in Kellern vor sich hingestaubt sind, an das Stadtarchiv abzugeben und archivisch aufbereiten zu lassen.

Für Forschungen zur Gießener Frauenvereinsgeschichte stehen ab sofort folgende Quellen zur Verfügung:

Deutscher Frauenring Ortsgruppe Gießen - Sign. 7/11 1-34

Laufzeit: 1961 - 2004

Enthält: u.a. Unterlagen der Schatzmeisterin, Aktivitäten, Rundschreiben.

Bemerkung: Gründung der Ortsgruppe: 1958; Auflösung 2003/2004. Vereinsarchiv noch unvollständig.

Deutscher Verband Frau und Kultur e.V. (vormals Verband Deutsche Frauenkultur e.V.), Ortsgruppe Gießen - Sign. 7/12 1-82

Laufzeit: 1962 - 2000

Enthält: u.a. Protokolle, Rundschreiben, Berichte über Veranstaltungen, Aktivitäten Frauenbeauftragte, AGF und zugehörige Frauenvereine.

Bemerkung: Gründung der Ortsgruppe: 1926. Vereinsarchiv noch unvollständig.

Arbeitsgemeinschaft Gießener Frauenverbände - Sign. 7/13 1-6

Laufzeit: 1961 - 1972

Enthält: u.a. Rundschreiben, Protokolle, Einladungen und Berichte über Veranstaltungen und Aktivitäten der AGGF.

Bemerkung: Gründung 1961.
Vereinsarchiv noch unvollständig.
Diese Vereinsunterlagen sind besonders aussagekräftig
deswegen, weil sich darin die Aktivitäten der meisten
Gießener Frauenvereine widerspiegeln. Dies insofern,
da ein Großteil der ortsansässigen Frauenvereine im
AGGF durch Mitgliedschaft zusammengefasst ist.

Neue Quellen im Stadtarchiv Gießen: Stadtverordnete digital

Von Dr. Ludwig Brake, Stadtarchiv Gießen

Umzüge von Verwaltungen bringen für Archive oft Zugänge in rauen Mengen. Da sich die Gießener Stadtverwaltung seit einigen Jahren in einem Umzugsprozess befindet, kommt dies auch hier immer wieder vor. Unter den letzten größeren Ablieferungen befanden sich die Protokollniederschriften der Gießener Stadtverordnetenversammlung aus der Zeit seit 1946 bis zum Ende der Stadt Lahn.

Da die frühen Bände einen schlechten Erhaltungszustand aufwiesen, wurden Überlegungen angestellt, wie eine Benutzung sichergestellt werden könnte. Der Wunsch des Stadtverordnetenbüros ging dahin, auch für die abgegebenen Protokolle einen raschen Zugriff sicherzustellen. Deswegen wurde entschieden, die Protokolle zu verfilmen und von den Filmen Digitalisate (pdf) für die Benutzung herstellen zu lassen. Zusätzlich wurde die Benutzung dadurch erleichtert, dass sowohl von Benutzerseite als auch von der Verwaltung mit Volltextrecherche auf die Protokolle zugegriffen werden kann.

Gleichzeitig mit den Protokollniederschriften kamen Tonbandaufzeichnungen der Stadtverordnetenversammlung aus den fünfziger bis siebziger Jahren, die sich in den Kellern der Stadtverwaltung fanden, ebenfalls ins Stadtarchiv. Da kein Abspielgerät mehr existierte, warf dies zunächst die Frage auf, wie eine Bewertung der Bandinhalte stattfinden könnte. Glücklicherweise existierte die Firma noch, welche die frühesten Aufnahmen im Auftrag der Stadtverwaltung gemacht hatte. Durch ihre Hilfe wurden die Texte nun hörbar und es konnte zumindest festgestellt werden, dass die Inhalte der Bänder noch vorhanden waren. Dabei zeigte sich, dass die Trägerschicht der Bänder stark geschädigt war und alle Aufnahmen eine durchdringende Rauschüberlagerung

aufwiesen. Anhand ausgewählter Sitzungsmitschnitte wurden einzelne Bänder digitalisiert. Dies bot nun die Möglichkeit, in weiteren aufwändigen Arbeitsschritten die Aufnahmen zu restaurieren, d. h. das Rauschen nach und nach vollständig zu entfernen.

Aus Kostengründen konnten bisher nur einzelne Sitzungsprotokolle auf diese Weise behandelt werden. Doch damit können nun die Debatten um die erste Abwahl eines Gießener Oberbürgermeisters durch das Stadtparlament im Jahre 1956 und die parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Störung des Hessentages 1969 durch Studierende, auch akustisch wieder aufleben.

Gemeinschaftsausstellung der Kommunalarchive im Landkreis Gießen:

„Wohl bekomm’s - Vom Gerstensaft als Wirtschaftskraft. Brau- und Biergeschichte im Gießener Land“

Von Dr. Sabine Raßner, Kreisarchiv Gießen

„Wohl bekomm’s - Vom Gerstensaft als Wirtschaftskraft. Brau- und Biergeschichte im Gießener Land“ lautet der Titel der Wanderausstellung der Kommunalarchiven im Landkreis Gießen. Konzipiert und erarbeitet wurde die Ausstellung vom Kreisarchiv Gießen und den Archiven der Städte und Gemeinden Biebertal, Buseck, Freienseen, Gießen, Grünberg, Heuchelheim, Hüttenberg, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Pohlheim und Staufenberg. Auf insgesamt 24 Ausstellungstafeln können sich Besucher über die Geschichte des Bierbrauens im Gießener Land informieren.

Ursprünglich gehörte die Bierbereitung wie das Kochen und Backen zu den häuslichen Aufgaben der Frauen. Im frühen Mittelalter wurde Bier dann zunächst in den Klöstern und mit dem Aufkommen der Zünfte auch außerhalb der Haushalte in Brauhäusern hergestellt. Kommunale Brauhäuser konnten von den Bürgern zur Herstellung des Eigenbedarfs an Bier genutzt werden, jedoch war auch gewerbliches Brauen möglich. Die Obrigkeit nutzte die Möglichkeit, Steuern und Abgaben zu erheben. Probleme gab es immer wieder mit der Qualität des Bieres, was nicht zuletzt auf den Einsatz von Wasser mit zweifelhafter Güte zurückzuführen war. Brauordnungen waren darauf bedacht, Standards festzusetzen, die eine gleichmäßige Qualität des Bieres sicherstellen sollten.

Der technische Fortschritt im 19. Jahrhundert führte dazu, dass gewerbliche Brauer ihre Geschäftstätigkeit nach Möglichkeit ausweiteten. Nach und nach entwickelte sich eine industrielle Bierproduktion. Die kleineren gewerblichen Brauhäuser, die oft zusammen mit einer Schankwirtschaft betrieben wurden, konnten mit größeren Betrieben im Wettbewerb nicht mehr mithalten und verschwanden nach und nach.

Das Bierbrauen hat auch im Gießener Land eine lange Tradition.

Einem kurzen Überblick über die Herstellung des Bieres aus den Rohstoffen Malz, Hopfen, Hefe und Wasser folgen zahlreiche Aspekte rund um das Brauwesen und die Geschichte des Bieres. Die Ausstellung beschäftigt sich sowohl mit adligem und bürgerlichem als auch mit gewerblichen und industriellen Brauen. Die Entwicklung des lokalen Brauwesens wird an einigen ausgewählten Beispielen gezeigt. Wirtschaftliches Umfeld und Werbestrategien spielen ebenso eine Rolle wie Maßnahmen gegen den Alkoholmissbrauch.

Die Ausstellung ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit kommunaler Archive im Landkreis Gießen. In Eigenregie wurden Texte, Fotos und Bilder digitalisiert und mittels des Graphikprogramms Corel Draw zu Plakaten zusammengestellt. Der Ausdruck der Plakate im DIN A 0 Format erfolgte über einen Plotter innerhalb der Kreisverwaltung. Die Kosten für die Ausstellung waren somit überschaubar.

Seit dem 23. April 2006 befindet sich die Ausstellung „Wohl bekomm’s - Vom Gerstensaft als Wirtschaftskraft. Brau- und Biergeschichte im Gießener Land“ auf Wanderschaft durch die Kommunen des Landkreises Gießen und angrenzende Gemeinden. Die Ausstellung selbst, Ausstellungsorte und -termine sind auf den Internetseiten der Kreisverwaltung Gießen unter www.lkgi.de zu finden.

Berichte aus der Antikensammlung

Von Dr. Matthias Recke, Klassische Archäologie, Universität Gießen



Abb. 1: Blick in die neu gestaltete Ausstellung.

1. Aktivitäten und Ausstellungen in der Antikensammlung

Im Rahmen eines museumsdidaktischen Seminars unter Leitung von Dr. Matthias Recke wurde im Sommersemester 2005 die Ausstellung der Antikensammlung im Wallenfels'schen Haus neu konzipiert. Dabei wurde neben einer didaktisch durchdachten Aufstellung (Abb. 1), die den Besucher eine geographische Rundreise um das Mittelmeer erleben lässt und die von Ägypten über die Levante, Zypern und Kleinasien bis nach Griechenland und Italien führt, vor allem auf eine korrekte und prägnante Beschriftung der ausgestellten Objekte Wert gelegt. Mehrere großformatige Schautafeln informieren den Besucher nun über Themen wie „Alltagsleben“, „Bestattungssitten und Totenkult“ oder „Herstellung und Gebrauch antiker Keramik“. Eine von Philipp Kobusch entworfene Karte des Mittelmeerraumes verzeichnet neben den wichtigsten antiken Städten und Landschaften auch die Fundplätze der ausgestellten Antiken.

Bei dieser Neukonzeption wurde eine Vitrine gleich am Eingang zur Ausstellung ausgespart und reserviert, um hier den Studenten die Möglichkeit zu geben, die Gestaltung und Präsentation kleiner Sonder- und Wechselausstellungen zu üben. Als erstes Projekt wurde hierfür im Wintersemester 2005/06 eine Sonderausstellung mit dem Titel „Monster, Menschen, Abenteuer“ konzipiert, die sich den Mischwesen der griechischen Mythologie widmete. Die Neukonzeption der Antikensammlung und die Sondervitrine wurden am 21. Juni 2006 in einer sehr gut besuchten Eröffnungsfeier der Gießener Öffentlichkeit vorgestellt.

In dieser Sondervitrine waren seitdem mehrere Ausstellungen zu sehen, die zum Teil aus bislang niemals öffentlich gezeigten Objekten der Antikensammlung zusammengestellt worden sind. So hat die Ausstellung „Aus Lehm gebrannt“ erstmals die Gesamtheit der rund 100 antiken Statuetten aus Terrakotten präsentiert. Anlässlich der Schenkung einer Formschüssel zur Herstellung so genannter megarischer Becher durch das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz (s.u.) wurde in der Ausstellung „Hellenismus“ namentlich Keramik dieser Epoche gezeigt. Die Ausstellung „Edle Tropfen“, die seit April 2007 zu sehen ist, widmet sich (erstmal weltweit!) einer besonderen Gefäßform, dem Guttus. Ausgangspunkt für diese Ausstellung ist ein 1907 durch den Gießener Archäologen Bruno Sauer in Köln erworbenes Gefäß aus der Sammlung des Freiherrn Ferdinand von Leesen, zu dem es exakte Repliken im akademischen Kunstmuseum Bonn und in einer süddeutschen Privatsammlung gibt, die beide als Leihgaben in Gießen zu sehen sind. Neben einer geschickt didaktisch aufbereiteten Sequenz zur Entwicklung griechischer Parfümölgeläße seit dem 7. Jh. v. Chr., die formtypologisch in den unteritalischen Gutti des frühen Hellenismus mündet, sind rund 30 Gutti zu sehen, deren Reliefmedaillon der besseren Sichtbarkeit zusätzlich in vergrößerten Fotoaufnahmen zu sehen sind und zeigen, dass viele der Darstellungen von fein ziselierten Bronzereliefs abgeformt worden sind.

Anlässlich des 400-jährigen Jubiläums der Universität Gießen wurde am 25. April 2007 die Sonderausstellung „Wahre Helden? Daumier und die Antike“ eröffnet. Darin werden 32 originale Lithographien des französischen Künstlers Honoré Daumier (1808-1879) aus Schweizer Privatbesitz gezeigt, die mit feiner Beobachtungsgabe und teils derbem Spott die bürgerliche Antikenbegeisterung des 19. Jahrhunderts karikieren und die Verherrlichung des Altertums generell in Frage stellen.

Gleichzeitig benutzt Daumier die antiken Vorbilder, um auf politische, gesellschaftliche und soziale Missstände hinzuweisen; Themen, die zum Teil bis heute aktuell sind. Seine mythischen Helden sind allesamt sehr bodenständig und stehen weit von dem hehren Sockel entfernt, auf den das Bürgertum die klassische Antike gestellt hat. Ihren besonderen Reiz erhält die Ausstellung dadurch, dass diese graphischen Meisterwerke, geschickt platziert, im spannungsreichen Wechselspiel mit den griechischen und römischen Originalen der Antikesammlung stehen (Abb. 2). Zur Ausstellung ist ein 120-seitiger Katalog erschienen, der im Museum, über den Buchhandel oder über das Archäologische Institut erworben werden kann. Die Ausstellung findet seit ihrer Eröffnung großen Anklang, hat ein überaus reiches Echo in der Presse gefunden – der Gießener Anzeiger begleitet die Ausstellung sogar mit einer eigenen, auf 14 Wochen angelegten Kolumne – und wird auch in der Fachwelt sehr gelobt. Es ist geplant, die Ausstellung nach ihrem Ende an andere Museen weiterzureichen.



Abb. 2: Die Lithographien Daumiers zwischen den Originalantiken.

2. Schenkungen und Neuerwerbungen

Seit der Wiedereröffnung der Antikensammlung nach ihrer Neukonzeption (s.o.) konnte die Sammlung durch zahlreiche Schenkungen erweitert werden.

Aus der Sammlung von Dr. Rolf Prahmann (Uslar) kam ein korinthischer Trinkbecher (Inv. K III-114/06) in die Sammlung, der eine schlichte Alltags-Variante eines der Meisterwerke der Sammlung darstellt, der Kotyle des Gießener Malers (Abb. 3). Außerdem schenkte Dr. Prahmann dem Institut eine archaische Tonlampe (Inv. L-17/06), die die kleine Lampensammlung um einen bislang nicht vertretenen, frühen Typus ergänzt, nämlich den der scheibengedrehten Stocklampe.



Abb. 3: Pracht-Kotyle des Gießener Malers (links) und entsprechendes „Alltagsgeschirr“, Schenkung Dr. Prahmann (rechts).

Durch Vermittlung von Prof. Dr. Hans-Günter Buchholz, emeritierter Professor der Klassischen Archäologie in Gießen, erhielt die Sammlung von Dr. Wolfgang Strack (Buseck) eine ganze Reihe römischer Funde: kaiserzeitliche Terra-Sigilata-Gefäße, antikes Fensterglas und bemalten Wandverputz aus dem Bereich des römischen Limes-Kastells von Inheiden bei Hungen. Ein weiterer Fundkomplex umfasst Keramik der Urnenfelderzeit (1300-950 v. Chr.) aus Gießen selbst. Acht geschliffene und polierte Steinbeile aus der Jungsteinzeit (5500-2200 v. Chr.) stammen aus Ruppertenrod. (Abb. 4)



Abb. 4: Dr. Wolfgang Strack und seine Gattin präsentieren die reiche Schenkung, rechts Altmeister Prof. Buchholz

Vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz, mit dem die Gießener Antikensammlung durch eine lange Tradition der gegenseitigen Schenkungen und Leihgaben seit dem frühen 20. Jahrhundert verbunden ist, kam die Reproduktion einer hellenistischen Formschüssel in die Sammlung. Diese Schenkung ergänzt den vorhandenen Bestand von etlichen sogenannten Megarischen Bechern, die 1908 aus der Sammlung Vogell / Karlsruhe erworben wurden, so dass nun auch der Fertigungsprozess dieser Keramikgattung detailliert nachvollzogen und demonstriert werden kann. Die Mainzer Schüssel war Mittelpunkt der Sondervitrine „Hellenismus“, s.o.

Die bedeutendste Neuerwerbung ist aber zweifellos eine etrusko-korinthisch Oinochoe (Inv. K IV-2306), die anlässlich der Abschiedsvorlesung von Prof. Dr. Wolfram Martini präsentiert und der Sammlung übergeben wurde (Abb. 5). Martini, der seit 1985 in Gießen als Archäologe tätig war, hat sich um die Sammlung hohe Verdienste erworben hat, nicht zuletzt dadurch, dass er die öffentliche Ausstellung im Oberhessischen Museum 1987 initiierte und seither auch durch zahlreiche Sonderausstellungen die Antike und das Fach Klassische Archäologie in die Gießener Öffentlichkeit getragen hat. Er wurde mit

dieser Schenkung von seinen Kollegen am Institut, Fachvertretern anderer Universitäten und seinen Schülern und Mitarbeitern geehrt. Die Vase ergänzt die Sammlung um eine bislang nicht vertretene Gefäßform; mehrere Eigentümlichkeiten, wie die Adaption griechischer Stilformen, die Übernahme der damit verbundenen Sitten in fremdem Umfeld und die etruskische Herkunft sind mit Bedacht bei der Auswahl des Stückes, das aus einer amerikanischen Privatsammlung stammt, berücksichtigt worden und nehmen gezielt auf die wissenschaftliche Persönlichkeit Martinis Rücksicht: Seine Promotion 1967/8 erfolgte über etruskische Ringsteine, seine seit 1994 laufenden Forschungen im pamphyliischen Perge (Türkei) stehen ganz unter der Fragestellung der Akkulturation. Eine ausführlichere Publikation der Vase ist an anderer Stelle vorgesehen.



Abb. 5: Etrusko-korinthische Weinkanne, Schenkung zum Abschied von Prof. Martini.

Von Prof. Dr. W. Martini selbst erhielt die Sammlung eine attisch-rotfigurige Scherbe überreicht (Inv. S-581/07), die mit einem eigenen kleinen Beitrag in diesem Band der Mitteilungen vorgestellt wird.

3. Projekte

In Zusammenarbeit mit der Akademie der Bildenden Künste Stuttgart wurde 2005/6 ein fruchtbares Kooperationsprojekt durchgeführt. Für

die Aufnahmeprüfung zum Diplom-Studiengang „Konservierung und Restaurierung von archäologischen, ethnologischen und kunsthandwerklichen Objekten“ erhielt die Akademie rund 40 stark restaurierungsbedürftige Objekte als Leihgabe, zu denen ein schriftliches Schadensbild und Konzepte für eine erforderliche Restaurierung anzufertigen waren. Im Rahmen eines Seminars wurden dann von fortgeschrittenen Studenten, die bereits ein mehrjähriges Praktikum absolviert hatten, ausgewählte Objekte der Antikensammlung untersucht und restauriert. Neben der erfreulichen Tatsache, dass hier unentgeltlich hochwertige Arbeit geleistet wurde, ist auch die Dokumentation der verschiedenen methodischen und technologischen Vorgehensweisen, die als kleine Ausstellung in den Räumen des Instituts zu sehen ist, zu erwähnen. Ein ausführlicher Bericht ist in Vorbereitung.

Die umfangreiche Sammlung etruskischer Votivterrakotten, die 1913 als Schenkung des Königsberger Anatoms Ludwig Stieda in die Sammlung kam, wird derzeit im Rahmen des geplanten Gesamtkatalogs der Gießener Terrakotten von Dr. W. Wamser-Krasznai bearbeitet. In Zusammenarbeit mit Dr. Matthias Recke ist die Publikation der medizinhistorisch, archäologisch und religionswissenschaftlich höchst interessanten anatomischen Votive als Monographie in der Reihe AKAMAS (Arbeiten zur Klassischen Archäologie – Mitteilungen aus der Antikensammlung Gießen) vorgesehen. Diese Publikation dient zugleich als Vorarbeit für eine Sonderausstellung, die im Frühsommer 2008 im Medizinhistorischen Museum Ingolstadt geplant ist. Eine Sondervitrine in den Räumen des Gießener Instituts bietet erste Einblicke in diese Arbeit.

In den Räumen der Antikensammlung im Wallenfels'schen Haus findet im Winter 2007/08 eine Sonderausstellung mit dem Namen „Gönner, Geber und Gelehrte – Stifter und Sponsoren der Gießener Antikensammlung“ statt, die die Entstehung und Förderung der Originalsammlung im Umfeld des kunstsinnigen und humanistisch geprägten Bürgertums in Gießen seit dem frühen 20. Jh. bis heute aufzeichnet; dazu erscheint ein reich bebildeter Katalog. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe der Mitteilungen.

Skythen beim Symposion

Ein neues Fragment des Pithos-Malers

Von Dr. Matthias Recke, Klassische Archäologie, Universität Gießen

Als Schenkung des im September 2006 in den Ruhestand getretenen Archäologen und vormaligen Gießener Lehrstuhlinhabers, Professor Dr. Wolfram Martini, ist eine kleine, figürlich bemalte Scherbe in die Antikensammlung der Justus Liebig-Universität gelangt, die auf den ersten Blick unbedeutend und wenig interessant zu sein scheint, sich bei näherer Betrachtung aber als sehr instruktiv erweist und den bisherigen Bestand antiker Keramik trotz ihrer geringen Größe und Erhaltung unter verschiedenen Aspekten vortrefflich ergänzt, weshalb sie im Folgenden ausführlicher vorgestellt werden soll.



Abb. 1: Fragment einer attisch rotfigurigen Trinkschale des Pithos-Malers, um 500 v. Chr. [Gießen, Antikensammlung S 581/07]

Das kleine, unscheinbare Fragment¹ stammt von einer attisch-rotfigurigen Trinkschale. Auf der Unterseite ist der hohl getöpferte Stiel der Schale erhalten, dessen schwarz gehaltene Außenseite durch eine umlaufende Ritzlinie gegliedert ist.

¹ Inv. S-581/07. Maße 6,4 x 4,2 cm, Höhe 2,9 cm.



Abb. 2: Ansicht des Fragments von der Seite.



Abb. 3: Ansicht von unten.

Kurz vor der unteren Bruchkante, die durch eine zweite umlaufende Ritzlinie 5 Millimeter unterhalb der ersten verläuft, schwingt das Profil leicht aus und zeigt, dass hier bereits der scheibenförmige Fuß ansaß; die Schale besaß also nur einen relativ niederen, stämmigen Stiel. Eine ganz vergleichbare Form weist eine attisch schwarzgefirniste Schale auf, die als Schenkung der Sammlung Lerch kürzlich in das Oberhessische Museum gelangt und derzeit in der Antikensammlung zu sehen ist. (Abb. 4)



Abb. 4: Attisch schwarzgefirniste Trinkschale der Sammlung Lerch, Oberhessisches Museum Gießen.

Die Oberseite, die die Reste der rotfigurigen Bemalung trägt, ist folglich aus dem Zentrum des Schalen-Innenbildes gebrochen. Die mit dicken Strichen gezogenen Linien aus schwarzem Glanzton sind größtenteils abgeplatzt und nur noch als (im Photo heller erscheinende) Spur zu erkennen.



Abb. 5: Rekonstruktion der ursprünglichen Bemalung aufgrund der abgeplatzen Relieflinien.

Eine ergänzte Umzeichnung soll den erhaltenen Bestand verdeutlichen. Aber auch damit bleibt die Darstellung selbst zunächst rätselhaft. Sie auf Anhieb zu verstehen bedarf eines jahrelang geübten Auges, einer großen Denkmälerkenntnis attischer Keramik und geradezu kriminalistischen Spürsinn. Denn so leicht die Scherbe durch ihre erhaltene Form sofort als Fragment einer Trinkschale zu erkennen ist, so schwer macht gerade dieser Umstand die Ausrichtung des erhaltenen Bildausschnittes. Geben bei Bruchstücken getöpfter Tongefäße üblicherweise die durch den Herstellungsprozess bedingten Spuren, die so genannten Drehrillen, die Orientierung vor, so dass die vertikale Achse leicht bestimmt werden kann und lediglich die Frage des Obens und Untens geklärt werden muss, so ist dies bei einem Schalen-Innenbild, das üblicherweise in Form eines Medaillons gestaltet ist, nicht möglich: Das Fragment kann also, da keine offensichtliche Standlinie erhalten ist, theoretisch jeden Winkel des Vollkreises von 360° eingenommen haben. Die erhaltenen Reste der Innenbemalung zeigen aber, auch ohne dass man die Darstellung verstanden haben muss, dass es sich um eine recht flüchtige Zeichenweise handelt. In Verbindung mit der Fußform legt dies nahe, dass wir es mit einer Schale (Typ C) der spätarchaischen Zeit kurz nach 500 v. Chr. zu tun haben, die dem produktiven Atelier des so genannten Pithos-Malers zugeschrieben werden kann. Aus seinem Oeuvre ist eine ganze Reihe von ähnlichen Trinkschalen erhalten, die nicht nur in der Form, sondern auch in der Bemalung dem Gießener Fragment sehr nahe stehen.

Doch selbst wenn man das Gießener Fragment mit einem vollständig erhaltenen Vasenbild von Hand des Pithos-Malers vergleicht, fällt das Verständnis der Darstellung zunächst schwer. Als enge Parallele sind hier eine Schale aus dem Benaki Museum in Athen² und eine Schale aus Rhodos gewählt³, die beide alle wesentlichen Merkmale zeigen, die auch auf dem Ausschnitt unseres Fragments zu erkennen sind.

2 Inv. 35422. Publiziert: V. Sabetai, *Corpus Vasorum Antiquorum Greece* 9, Athens, Benaki Museum 1 (2006) 54 f., Taf. 54.

3 Aus einem Grab in Fikellura. Publiziert: G. Jacobi, *Clara Rhodos VI-VII* (1932-33) 184, Abb. 214.



Abb. 6: Innenbild einer attisch rotfigurigen Schale des Pithos-Malers [Athen, Benaki-Museum]: Gelagerter Skythe beim Symposion.

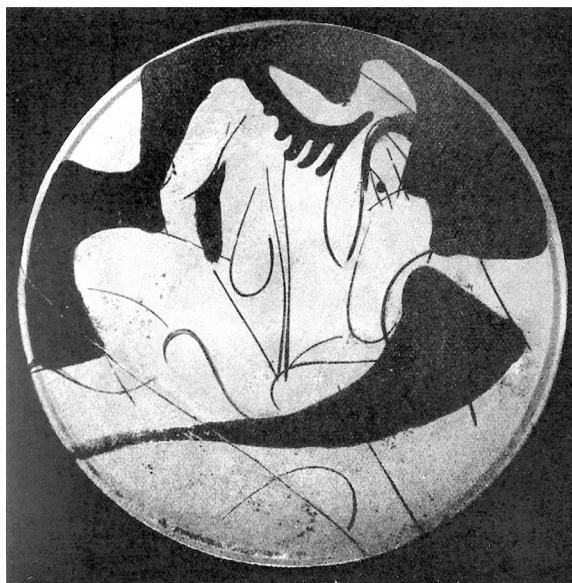


Abb. 7: Innenbild einer attisch rotfigurigen Schale des Pithos-Malers [Rhodos, Museum]: Gelagerter Skythe beim Symposion.

In sehr kursorischer Zeichenweise ist hier ein nach links gelagerter Jüngling von hinten zu sehen, der auf seinem (nach rechts gedrehten) Kopf eine skythische Mütze trägt, unter deren lappenartigen Enden sein lockiges Haar hervorquillt. Im Vordergrund des Bildes liegt ein großes Trinkhorn – hiervon ist bei dem Gießener Fragment der obere linke Rand erhalten. Der Jüngling ist also als Zecher gezeigt, als Teilnehmer am griechischen Symposion, dem gepflegten Weingelage der griechischen Bürger. Durch seine Tracht – die als *Kidaris* bezeichnete Kopfbedeckung – und durch das Trinkhorn ist aber deutlich gemacht, dass es sich hierbei nicht um einen Griechen handelt. Griechische Zecher sind üblicherweise barhäuptig oder festlich bekränzt, und sie trinken den Wein, sorgfältig mit Wasser vermischt, aus Trinkschalen, dem Symposionsgeschirr *par excellence*, niemals aus Trinkhörnern. Andererseits ist die Sitte, beim Trinkgelage zu liegen (sic!) eine rein griechische (oder später von den Griechen übernommene) Sitte; Skythen oder andere Barbaren, die aus Hörnern zu trinken pflegen, sitzen üblicherweise. (Dass der Jüngling alleine dargestellt ist, während Symposiasten normalerweise in geselliger Runde gezeigt werden, muss nicht auf seine nichtgriechische Herkunft hinweisen; solche Einzeldarstellungen kommen als Exzerpte größerer Kompositionen gerade auf Schalen-Innenbildern häufig vor.)



Abb. 8: Griechische Jünglinge beim Symposion. Attisch rotfigurige Trinkschale des Malers der Pariser Gigantomachie, um 480 v. Chr.

Die Thematik des gelagerten jugendlichen Skythen mit Trinkhorn – und es sind allein aus dem Werk des Pithos-Malers rund 50 vergleichbare Szenen erhalten – hat in der Wissenschaft für Verwirrung gesorgt, wie Sabetai bei der Vorlage des Athener Stücks eindrücklich dargelegt

hat: Ein Teil der Forschung will die Charakterisierung des gelagerten Jünglings ganz wörtlich verstehen und hat ihn als ausländischen Teilnehmer am griechischen Symposion zu deuten versucht. Historisch kann nämlich die Anwesenheit von skythischen Söldnern im spätarchaischen Athen wahrscheinlich gemacht werden. In der Vasenmalerei findet dies vor allem durch eine enorme Verbreitung von Skythendarstellungen ihren Niederschlag, die hauptsächlich in der Zeit zwischen 530 und 500 v. Chr. stark verbreitet sind. Andere Forscher fassen den gelagerten Jüngling mit skythischer Mütze metaphorisch auf und verstehen ihn als Verkörperung des exzessiven, unkontrollierten Weingenusses, wobei das Trinkhorn auf den (unter zivilisierten Leuten verpönten) unverdünnten Einsatz des Weines hinweisen soll. Dies wird für das Volk der Skythen von den antiken Schriftstellern ausdrücklich überliefert. Andere Wissenschaftler wiederum sehen in den Ausstattungsstücken des Jünglings – Mütze und Trinkhorn – orientalische Luxusgüter, die zu dieser Zeit bei der betuchten Oberschicht Athens in Mode waren. Für all diese Interpretationen gibt es gute Argumente, und es ist hier nicht der Ort und der Platz, dieses Problem zu lösen⁴.

Ein weiteres Zeugnis für die attische „Skythomanie“ der spätarchaischen Zeit befindet sich bereits seit geraumer Zeit in Gießen. Auf einer kleinen Kanne, die bereits unter Bruno Sauer 1899 in die Antikensammlung gelangt ist und die ein etwas begnadeterer Vasenmaler um 510 v. Chr. in Athen bemalt hat, sind zwei nackte junge Männer in geduckter Haltung abgebildet, auch sie durch ihre Attribute – Mütze und halbmondförmiger Schild (*Pelta*) – „skythisch“ gekennzeichnet⁵. Beide Jünglinge sind, wie der „Skythe“ des Pithos-Malers, von hinten gesehen, so dass sich Rückgrat und Schulterblätter prominent abzeichnen. Hier sind die beiden Jünglinge tatsächlich im Kampfeinsatz gezeigt und verweisen so auf den oben bereits erwähnten Umstand, dass skythische Söldner in Athen anwesend waren – wie dies auch für andere griechische Stadtstaaten, etwas für Lesbos, durch den Historiker Thukydides bezeugt ist. Die meisten dieser skythischen Hilfstruppen waren wohl Bogenschützen, aber auch Leichtbewaffnete, wie sie auf

4 Zum Problem vgl. W. Raeck, Zum Barbarenbild in der Kunst Athens im 6. und 5. Jahrhundert v. Chr. (1981); F. Lissarrague, L'auter guerrier (1990); B. Bäbler, Fleißige Thrakerinnen und wehrhafte Skythen (1998).

5 Gießen, K III-50. Publ.: M. Recke, Die Gießener Antikensammlung (1998) 12 Abb. 37, 34 (mit älterer Literatur); Corpus Vasorum Antiquorum Gießen 1, Taf. 35.1-4; M. Recke, Die Klassische Archäologie in Gießen. *Studia Giessensia* 9 (2000) 29 f., Abb. 16 (aus Theben, ehemals Sammlung Margaritis).

der Gießener Kanne zu sehen sind. Dass die beiden Jünglinge nicht die übliche Tracht der skythischen Krieger tragen, Hose und Ärmeljacke, sondern unbekleidet dargestellt sind, ist keineswegs wörtlich zu verstehen, sondern entspricht dem allgemeinen Trend dieser Zeit des späten 6. Jhs. – auch griechische Krieger werden unbekleidet gezeigt, um so ihre sportliche Durchtrainiertheit, ihre moralische Schönheit zu zeigen. Gleichzeitig kommt bei den Darstellungen auch der Stolz der Vasenmaler zum Vorschein, komplizierte Bewegungsabläufe und verdrehte Haltungen anatomisch korrekt und verständlich darzustellen – wobei diese Fähigkeit bei den Werken des Pithos-Malers allerdings angezweifelt werden darf.



Abb. 9/10: Attisch rotfigurige Kanne (Oinochoe der Form 8A) des Malers von Berlin 2833, um 510 v. Chr. [Gießen, Antikensammlung Inv. K III-50].

Der Ort, an den die Scherbe gekommen ist, nämlich die Sammlung des Archäologischen Instituts unserer Gießener Universität, ist glücklich gewählt: Das kleine Fragment bietet eine Fülle von Denkanstößen und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Beschäftigung, Ansatzpunkte für lehrreiche und belehrende Auseinandersetzungen im unmittelbaren Umgang mit dem Objekt, wie sie eine lebendige universitäre Lehrsammlung braucht.

Aus der Arbeit des Gleiberg-Vereins 2006/07

Von Dr. Jürgen Leib, Wettenberg-Krofdorf

Nach mehr als dreizehn Jahren hat zum 1. Juli 2006 ein Pächterwechsel auf Burg Gleiberg stattgefunden. Die Unterpächter des Gießener Brauhauses, die bisher die Gastronomie geführt hatten, sind ausgeschieden. Der Gleiberg-Verein hat einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit der Friedrich-Gastronomie GmbH, Geschäftsführer Theo Friedrich, abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit dem Pächterwechsel waren erhebliche Investitionen im Albertus- und Nassauer-Bau erforderlich, a) um Auflagen für die Erteilung einer neuen Gaststätten-Konzession zu erfüllen, b) um die Attraktivität der Gastronomie zu steigern und c) um die Wirtwohnung zu sanieren. Dafür hat der Gleiberg-Verein 185.000,00 Euro aufgebracht.

Darüber hinaus wurde vom Gleiberg-Verein den Albertusgarten vor dem Eingang zur Unterburg wieder hergerichtet; diese Maßnahme kostete rd. 20.000,00 Euro. Der Garten wird sehr gut angenommen. Auch die Albertusklausen erfreuen sich eines großen Zuspruchs.

Neben diesen Maßnahmen wurden Sanierungsarbeiten an der Fassade des mittelalterlichen Bergfrieds durch gewerbliche Kletterer – das sind seilunterstützte Höhenarbeiten - durchgeführt. Gleichzeitig erfolgte eine Kontrolle der gesamten Turmfassade auf Schadstellen, lose Steine, Steinteile und Fugen. Lose Steine wurden mit historischem Spezialmörtel befestigt. Die Kosten betragen ca. 10.000,00 Euro.

Der rund 400 qm des Burghofes wurde mit Natursteinpflaster befestigt und neu gestaltet. Die Kosten dafür beliefen sich auf 50.000,00 Euro. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen der Einfachen Stadterneuerung.

Eine weitere große Sanierungsmaßnahme konnte inzwischen ebenfalls abgeschlossen werden, nämlich die Sanierung der Nordmauer. Sie war durch Efeubewuchs teilweise sehr stark zerstört. Die Kosten dafür betragen rd. 85.000,00 Euro. Bisher hat der Gleiberg-Verein als Anlauf-finanzierung dafür vom Landesamt für Denkmalpflege einen Betrag von 2.000,00 Euro erhalten, hofft jedoch auf die baldige Bewilligung eines deutlich höheren Zuschusses. Die Gesamtinvestitionen des Gleiberg-Vereins für alle vorgenannten Maßnahmen betragen 300.000,00 Euro. Diese Kosten waren ohne Darlehensaufnahme nicht aufzubringen.

Der Gleiberg-Verein hat neue Ansichtskarten und einen neuen Flyer über die Burg und den Verein gedruckt. Sie sind auf der Burg erhältlich. Burgführungen für interessierte Gruppen werden nach telefonischer Absprache angeboten (Dr. J. Leib, Tel.: 0641-82586). Unter www.Burg-Gleiberg.de gibt es weitere Informationen über die Burg, den Gleiberg-Verein (450 Mitglieder, Vorsitzender: Günter Feußner, Tel: 0641-83428) und die Burg-Gastronomie.

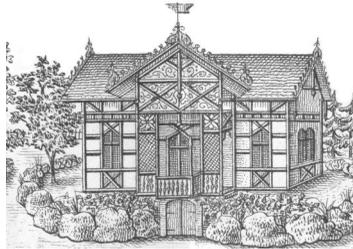
Neues vom Freundeskreis Gail'scher Park in Rodheim: Hugo von Ritgen - Architekt des Schweizerhauses im Gail'schen Park

Von Dr. Hans-Joachim Weimann, Biebental-Rodheim

Das zum alten Teil des Gail'schen Parks zu Rodheim gehörige Gartenhaus im „Schweizer Stil“ ist eine Morgengabe. Kommerzienrat Georg Carl Gail (1819-1882) hat am 13.5.1880 in Chicago seine Schwägerin Marie Wirth (1843-1923) geheiratet. Beide hatten im Jahre 1875 an den Gräbern ihrer ersten Ehepartner gestanden. Kürzlich ist im Gail'schen Firmen- und Familienarchiv der Name des Architekten entdeckt worden. Am 23.8.1880 bat Georg Carl Gail den „Herrn Geheimen Baurath Professor Dr. v. Ritgen“ um die Honorarforderung für Entwurf und Bauleitung. So ist das schöne Gartenhaus der einzige unzweifelhaft von Ritgen gestaltete Neubau in Gießen und Umgebung, dessen Zustand im Wesentlichen unverfälscht geblieben ist.

Das Samenkorn des schönen Gedankens, dieses Haus für kurze Ausstellungszeit mit ausgewählten Ritgen'schen Aquarellen zu schmücken, hat leider in der Gießener Museumsdirektion fruchtbaren Boden noch nicht gefunden. Vielleicht hilft künstliche Düngung, war doch der

Kommerzienrat Georg Carl Gail als Chemiker ein Schüler Justus von Liebig's. Die für die hiesige Heimatgeschichte sehr wichtigen Aquarelle wurden übrigens im Jahre 1917 durch den Oberhessischen Kunstverein für einen dankenswert niedrigen Kaufpreis erworben. Damals hat Oberbürgermeister Mecum als Vereinsvorsitzender dem Geheimrat Otto von Ritgen versprochen, „dass der Oberhessische Kunstverein den kostbaren Schatz als würdiges Denkmal Ihres Herrn Vaters mit aller Sorgfalt hüten ... und durch periodische Ausstellungen die Sammlung zu einer fortdauernden Quelle künstlerischer Erhebung für weiteste Kreise werden lassen wird.“



Lithographie von Martin Loos für ein 1884 gedrucktes Reklameplakat

Entdeckungen auf Gießener Friedhöfen

Alter Friedhof: Mosaikengel auf der Grabstätte Noll

Von Dagmar Klein, Gießen

In der Stadtführungssaison 1998 starteten meine Kollegin Jutta Failing und ich den thematischen Friedhofsrundgang: „Anmuth ist trügerisch, Schönheit vergänglich“ - Frauengräber und Frauengestalten auf dem Alten Friedhof in Gießen. Unsere besondere Aufmerksamkeit galt den „geflügelten Wesen“, von denen einige auch unter künstlerischen Gesichtspunkten bemerkenswert sind. Verwunderung rief die ungewöhnliche Machart des Mosaikengels auf der Grabstätte Noll (Ostmauer) hervor, weil uns vergleichbare Werke bis dahin nicht begegnet waren. Auch diskutierten wir die Herkunft der Mosaikplatte: Jugendstil à la Mathildenhöhe oder byzantinisch-christliche Kirchenkunst?

Gertrud Noll wusste aus der Familiengeschichte zu berichten, dass Zigarrenfabrikant Adolph Noll (1832-1890) dieses Mosaik direkt in einer venezianischen Werkstatt in Auftrag gegeben habe; offenbar zum

Entsetzen der Familie, weil es recht kostspielig gewesen sei. Die Ankunft am Gießener Bahnhof und der Transport der schweren Platte zum Friedhof an der Licher Straße habe große Aufmerksamkeit erregt. Leider sind keine Unterlagen erhalten, da das Familienhaus an der Moltkestraße von den Bomben des Zweiten Weltkriegs zerstört wurde.

Recherchen zu Adolph Nolls Tochter Carlotta,¹ die den aus Mainz stammenden Juristen Dr. Karl Usinger geheiratet hatte, förderten über das Stadtarchiv Mainz unerwartet neue Hinweise zutage. In der Denkmaltopographie² ist nachzulesen: „Ädikula mit Mosaikbild eines Engels, wohl 1879, Sandsteinbalustrade“. Der erste Teil der Beschreibung hätte genauso für den Gießener Mosaikengel gelten können. Eine Fahrt zum Mainzer Hauptfriedhof und das fotografische Dokumentieren folgten alsbald.

Der Bildvergleich zeigt die verblüffende Ähnlichkeit der beiden Mosaikengel, die dennoch nicht identisch sind. In zahlreichen kleinen Details weichen sie voneinander ab: Frisur und Kopfschmuck, Kopf- und Handhaltung, Gürtelraffung, Zierborten und Fall des Gewandes, Üppigkeit der Wolke, die Wahl des Bildausschnitts. Genauso wie für das Mainzer sind auch für das Gießener Grabmal die exakten Daten von Herstellung und Aufbau nicht bekannt. Die Gießener Grabstätte ist vermutlich 1888 errichtet worden, vor dem Tod von Adolph Noll 1890.

Zwischen dem Mainzer und dem Gießener Mosaikengel liegen etwa zehn Jahre. Der Gießener Fabrikant Noll hat demzufolge die Grabstätte der angeheirateten Mainzer Verwandtschaft nachgeahmt, auch im architektonischen Aufbau, und damit einen bemerkenswerten Beitrag zu Variationen der künstlerischen Grabmalgestaltung auf den Alten Friedhof nach Gießen geholt.

1 Recherche für mein Buch „Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement - Die Gießener Frauenvereine 1850-1933“ (Gießen 2006); im biografischen Verzeichnis ist Carlotta Usinger, geb. Noll, und ihr Engagement für wohltätige Zwecke aufgeführt, S. 119. Besprechung siehe Rezensionen in diesem OHG-Mitteilungsband.

2 Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz, Band 2.1, Düsseldorf 1986, S. 222.



Abb. 1: Mosaikengel auf der Grabstätte Noll, Alter Friedhof in Gießen



Abb. 2: Mosaikengel auf der Grabstätte Usinger, Mainzer Hauptfriedhof

Auf dem Mainzer Hauptfriedhof gibt es übrigens drei weitere Grabstätten mit Mosaiktafeln, mit je unterschiedlichen Motiven. Eine Pietà-Skulptur vor einem goldgrundigen Mosaik, auf dem sich Engel in Wolken tummeln, verweist auf die Herkunft dieser Art der Darstellung: venezianische Altäre.

Über die Werkstatt des Herstellers wissen die Mainzer Quellen nichts zu berichten; die Aussage des Gießener Familienmitglieds Noll ist bislang der einzige Hinweis auf Venedig. Offenbar sind Grabmalgestaltungen in Mosaik eher selten, auf deutschen wie auf italienischen Friedhöfen. Die Autorin ist für weiterführende Hinweise dankbar.

Die inschriftlose, frühgotische Kreuzplatte außen im Westen der Marien-Stiftskirche in Lich, nahe 1250 - Die Grabplatte eines der letzten Hagen-Münzenberger?

Von Friedrich Karl Azzola, Trebur

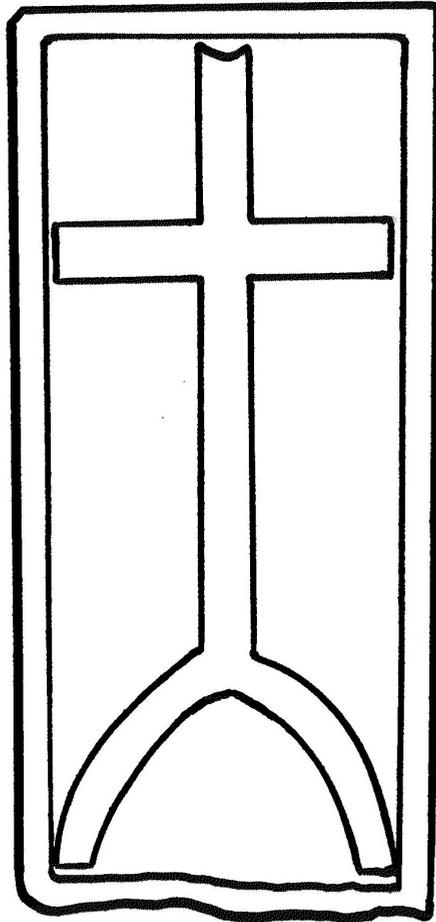
Abmessungen: Die rechteckige Kreuzplatte ist 1,89 m lang, 83 cm breit und um 21 cm dick; ihr Kreuz ist 1,67 cm lang.

Material: Lungstein (Basaltpuff).

Außen vor die Westfront der Stiftskirche zu Lich ist einst eine aus Lungstein (Basaltpuff) gehauene Kreuzplatte - leider auf dem Kopf stehend - aufgestellt worden. Sie fällt durch einen Rahmen in erhabenem Flachrelief auf. (Abb. 1). Die Bearbeitung dieser Kreuzplatte bereitet insofern Schwierigkeiten, da man - wie die beigegebene Abbildung 1 zeigt - über dem Bogensockel lediglich einen ebenfalls in erhabenem Flachrelief ausgeführten, vertikal angeordneten Stab erkennt. Es ist dies der untere Teil des Längsbalkens eines lateinischen Kreuzes, während der obere Teil des Längsbalkens sowie der Querbalken abgeschlagen und verloren sind. Glücklicherweise zeichnen sich die Konturen der verlorenen Partien des Kreuzes zumindest teilweise ab, so daß man das Kreuz der Grabplatte mit Vorbehalten zeichnerisch kompletieren kann (Abb. 2).



Abb. 1: Die außen vor die Westfront der Marien-Stiftskirche zu Lich aus einem Lungstein gefertigte und auf dem Kopf stehend aufgestellte frühgotische Kreuzplatte, nahe 1250, mit einem oben teilweise abgeschlagenen Kreuz über einem schwach spitzbogigen Sockel. Foto: Azzola



*Abb. 2. Eine Skizze der Licher Kreuzplatte laut Abbildung 1. Ob die Arme des Querbalkens beiderseits rechtwinklig-gerade enden, ist nicht mehr sicher feststellbar.
Skizze: Azzola*

Wichtig ist bei schlichten Kreuzplatten die Ausführung der drei Balkenenden oben. Sind diese Enden gerade ausgeführt, so darf man die Kreuzplatte als romanisch bezeichnen. Verlaufen jedoch die drei Enden konkav eingezogen, handelt es sich um eine frühgotische Kreuzplatte. So lassen sich die Balkenenden zur Zuordnung einer Kreuzplatte an eine der beiden großen Epochen des Mittelalters - Romanik oder Gotik - heranziehen. Leider kann man bei der vorliegenden Licher Grabplatte die Ausführung der beiden Querbalkenenden links und rechts oben nicht mehr erkennen! Es scheint, als seien die beiden Querbalkenenden beiderseits bis an den erhabenen Rahmen herangeführt worden, wobei

diese Enden vom Rahmen nur durch eine Rille getrennt sind und demnach parallel zum Rahmen, also gerade, verlaufen.

Es wären somit die beiden Querbalkenenden als romanisch zu bezeichnen. Im Gegensatz dazu endet der Längsbalken oben zuverlässig erkennbar konkav eingezogen! Dies eingezogene Balkenende tritt bei mittelalterlichen Kreuzplatten unmittelbar vor 1250 auf und ist zugleich das erste Merkmal der beginnenden Frühgotik solch kreuzverzierter Grabplatten. Mit dieser Beobachtung stimmt der Bogensockel des Kreuzes (Abb. 1 und 2) überein, denn er ist nicht mehr - wie in der Romanik - exakt halbkreisförmig sondern im Sinne der Frühgotik etwas spitzbogig ausgeführt. Demnach darf man die Licher Kreuzplatte der beiden Abbildungen 1 und 2 der beginnenden Gotik, einem eng begrenzten Zeitraum um 1250, vorzugsweise den Jahren vor 1250, zuordnen, zumal weitere, später hinzukommende reiche und vielfältige Elemente einer gotischen Auszier fehlen. So seien als Beispiele die gotischen Nasen zahlreicher spätmittelalterlicher Kreuzplatten genannt; sie setzten erst gegen 1280 ein. Würden auch die beiden Arme des Querbalkens konkav eingezogen enden, so wäre die Platte etwas jünger und um 1260/70 anzusetzen. Da die erste, gotische Marienstiftskirche in Lich in den Jahren nach 1300 errichtet wurde,¹ stammt die hier besprochene und abgebildete frühgotische Kreuzplatte (Abb. 1 und 2) aus deren Vorgängerbau, über den allerdings nichts vorzuliegen scheint. Darin deckte sie einst das Grab eines/einer Angehörigen der Grundherrschaft, der die Kirche als Grabstätte diente. Da die Hagen-Münzenberger im Jahre 1255 ausstarben,² die Kreuzplatte jedoch einem eng begrenzten Zeitraum um 1250, vornehmlich den Jahren vor 1250 zuzuordnen ist, darf man die in Lich erhaltene inschriftlose frühgotische Kreuzplatte einem/einer der letzten Angehörigen der Hagen-Münzenberger zuordnen.

Als man einst die Grabplatte außen vor die Westfront der Kirche aufstellte, erkannte man das beseitigte Kreuz nicht sondern hielt den

1 Waldemar Küther: Das Marienstift Lich im Mittelalter, Lich 1977. - Ein ehemaliger Eckstein der ersten Licher Marien-Stiftskirche mit einem Scheibenkreuz als Christussymbol hat sich offensichtlich wiederverwendet im Sockel des Licher Hauses Kirchgasse 10 erhalten. Siehe dazu bei Friedrich Karl Azzola: „Ein frühgotischer Eckstein in Lich. Rest der ersten Marien-Stiftskirche?“ In: Hessische Heimat Jg. 44 (1994), Heft 2, S. 68-69.

2 Georg Wilhelm Sante (Hrsg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Vierter Band: Hessen. Stuttgart 1960, S. 268-269.

Bogensockel für das bestimmende Element der Auszier, so dass die Kreuzplatte seither leider auf dem Kopf steht.

„Salzburger Frühstück“ auf dem Kirchberg

Von Jürgen Schroeter, Gießen

Am 12. Mai 007 stand der Kirchberg im Zeichen einer besonderen Veranstaltung: In diesem Jahr jährt sich zum 275. Mal der Tag, an dem Salzburger Emigranten nach ihrem Abmarsch aus Gießen vor dem Grenzübertritt nach Hessen-Kassel in Kirchberg zum Abschied mit einem „Frühstück“ bewirtet wurden.

1732 war das Jahr der großen Vertreibung von Evangelischen aus dem Fürstbistum Salzburg. Seit der lutherischen Reformation, die ihren Ausgang im Thesenanschlag von Wittenberg 1517 nahm, fanden sich im Laufe zweier Jahrhunderte im Erzstift Salzburg mehr und mehr, vor allem bäuerliche Bewohner, die entgegen der dort weiter gültigen katholischen Konfession im Geheimen den evangelischen Glauben praktizierten.

Nach einigen gegenreformatorischen Vorstößen verschiedener Vorgänger entschloss sich Fürstbischof von Firmian 1731, den „evangelischen Umtrieben“ in seinem Lande mit dem Erlass eines Ausweisungspatents ein für alle Mal ein Ende zu setzen. Seit dem Westfälischen Frieden galt die Regel, dass die Konfession des Landesherrn auch die Konfession der Untertanen bestimmt. Allerdings war es möglich, sich dauerhaft anders Bekenkende nach Ablauf einer Frist von drei Jahren des Landes zu verweisen. Um diesem Rechtssatz nicht folgen zu müssen, wurden die Evangelischen im Fürstbistum Salzburg unter vielen Vorwänden zusätzlich zu Unruhestiftern und gewalttätigen Rebellen erklärt, um sie fristlos ausweisen zu können.

Die Tragödie nahm ab Winter 1731 ihren Lauf, als vier- bis fünftausend „Unangesessene“ (Knechte, Mägde, Gesellen) unter unmenschlichen Umständen von Militär über die Grenze nach Bayern und weiter nach Württemberg abgeschoben wurden. Im Laufe des Jahres 1732 mussten, unter dann schon geordneteren Bedingungen, ca. 16.000 weitere Protestanten folgen; sie gaben lieber Haus, Hof und Werkstatt auf, als zum katholischen Glauben zurückzukehren.

Nach anfänglicher Irrzeit der Erstvertriebenen erklärte sich der König von Preußen, Friedrich Wilhelm I. („Soldatenkönig“), mit einem Einladungs-patent bereit, alle Salzburger Emigranten aufzunehmen und sie im nördlichen Ostpreußen, das teilweise von der Pest entvölkert und verwüstet war, anzusiedeln. Daraufhin zogen die Vertriebenen in vielen verschiedenen Marschzügen unter Leitung preußischer Kommissare zu Fuß oder mit Pferd und Wagen durch die deutschen evangelischen Lande nach Berlin. Von dort wurden sie - teils auf dem Wasserweg über die Oder nach Stettin und die Ostsee nach Königsberg, teils auf dem Landweg durch Pommern - nach Königsberg gebracht.

Die Vertreibung von über 20.000 Evangelischen aus dem Land Salzburg war damals ein religionspolitisches Ereignis von reichsweiter Bedeutung. Die Marschzüge der Salzburger wurden in der damaligen Publizistik als „Triumphzug des Protestantismus“ gefeiert.

Durch Hessen führte der Weg des so genannten „westlichsten Zugs“. Aus Württemberg kommend, verlief die hessen-darmstädtische Marschroute über Weinheim, Darmstadt, die freie Reichsstadt Frankfurt am Main, Friedberg, Butzbach und Gießen bis nach Kirchberg. Nach dem Grenzübertritt nach Hessen-Kassel, dessen Herrscher damals zugleich die schwedische Krone trug, ging es über Marburg und Kassel weiter in die Preußenresidenz Berlin und schließlich ins nordöstliche Ostpreußen.

Dem westlichsten Zug gehörten 249 Personen - Männer und Frauen aller Jahrgänge sowie Kinder - an. Die Aufenthalte in den Durchzugstationen sind in zeitgenössischen Chroniken anschaulich beschrieben worden. So auch der Aufenthalt in Gießen vom Nachmittag des 8. bis zum Morgen des 10. Mai 1732. Am 10. Mai ging es weiter Richtung Marburg. Vor der „diplomatischen“ Übergabe der Salzburger an der hessisch-hessischen Grenze wurde Rast in Kirchberg gemacht und zu ihrem Abschied ein „Frühstück“ als kräftigende Wegzehrung gereicht.

Dieses lokale historische Ereignis hat die Landesgruppe Hessen/Thüringen des „Salzburger Vereins“, der Vereinigung der Nachkommen Salzburger Emigranten, zum Anlass genommen, des Aufenthalts der Vertriebenen in Kirchberg/Ruttershausen mit einer Veranstaltung „275 Jahre Salzburger Frühstück“ zu gedenken.

III. Rezensionen

Bader, Bernd: Mäzene - Künstler - Büchersammler. Exlibris der Universitätsbibliothek Gießen, Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek und dem Universitätsarchiv Gießen, Band 57, Gießen 2007, Paperback, 216 S., zahlr. Abb., 15 Euro, ISBN 978-3-9808042-6-4

Seit annähernd 20 Jahren sammelt Dr. Bernd Bader, Leiter der Handschriftenabteilung in der Universitätsbibliothek (UB), Informationen über Bücher mit Exlibris im Bestand der UB. Nebenher recherchierte er zu den Künstlern, die die Exlibris geschaffen, und zu den Mäzenen, die die Bücher gestiftet haben. Textbeiträge zu ihm interessant erscheinenden Stücken entstanden nach und nach. Zum Universitätsjubiläum 2007 hatte er damit eine Ausstellung inklusive Publikation parat. Exlibris und Buch werden „zum Sprechen gebracht“, die Herkunftsgeschichten sind höchst unterschiedlich. Vorgestellt werden, soweit rekonstruierbar, die Person des Sammlers, des Stifters und des Künstlers. Dass noch vieles ergänzbar wäre, gesteht Bader zu.

Wer mit der Gießener Geschichte vertraut ist, dem begegnen viele bekannte Namen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: der Schriftsteller und Tabakfabrikanten Alfred Bock, der Schriftsteller Georg Edward und seine Nichte Gustel Wagner, Trägerin der Hedwig-Burgheim-Medaille der Stadt Gießen, der

Theologie-Professor Gustav Krüger, dessen Tochter Helene Bibliothekarin in der Gießener UB war, der Bibliothekar, Philologe und Volkskundler Hugo Hepding und seine Frau Aenne Quentell. Aus dem 18. Jahrhundert wird das Exlibris des Orientalisten Johann Heinrich May junior vorgestellt, in der Gegenüberstellung mit dem Maiglöckchen-Wappen von seinem Grabstein auf dem Alten Friedhof.

Aus diversen Nachlässen, auch von Wetzlarern, sind ungewöhnliche Bücher in den Besitz der UB gelangt, etwa das dickleibige Buch des Richters am Reichskammergericht Wetzlar von Nettelbla oder die Schrift des Göttinger Rabbiners Anton Tänzer. Besonders faszinierend ist die Gegenüberstellung von Originalzeichnungen mit gedruckten Exlibris aus der Feder der bislang wenig bekannten Marian H. Mülberger, die für das Physiologische Institut der Uni Gießen botanische und zoologische Zeichnungen machte. Dass es auch humorige Exlibris gibt, wird über die Karikatur eines Balneologen in einem Buch von Adolf Scholz deutlich.

Ein anschauliches Beispiel für die komplizierten Wege, die einzelne Bücher oder auch Sammlungen nahmen bevor sie in Gießen ankamen, ist das des Wiener Jugendstil-Künstlers Karl Alexander Wilke (Leipzig und Wien). Seine Tochter Hertha heiratete 1942 in Berlin einen Wetzlarer (Anton Bausch),

der wiederum Richter am Amtsgericht Gießen wurde. Und so gelangte mit dem Nachlass des Ehepaars Bausch eine Fülle an zauberhaften Exlibris an die Gießener UB. Da die Sammlung weiter wächst durch die Rara aus den dezentralen Bibliotheken, die seit einiger Zeit alle in der UB versammelt werden, wird es künftig wohl noch weitere interessante und überraschende Funde geben.

Dagmar Klein, Gießen

Eva-Marie Felschow, Carsten Lind, *Ein hochnutz, nötig und christlich Werck. Die Anfänge der Universität Gießen vor 400 Jahren. Ausstellungsband der Justus-Liebig-Universität zum 400jährigen Jubiläum, hg. vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen 2007, 120 S., 8,00 €, ISBN 978-3-87707-697-2.*

Das 400jährige Jubiläum der Universität Gießen im Jahr 2007 war Anlaß, eine Ausstellung zu den Anfängen der Universität zu konzipieren, im Begleitband wird in vier Kapiteln der Bogen vom Entstehungsprozess im 16. Jahrhundert bis zum Neubeginn in Gießen nach dem Dreißigjährigen Krieg geschlagen. Die Geschichte der Universität Gießen ist aufs Engste mit der Geschichte Oberhessens verbunden, das nach der Landesteilung durch Landgraf Philipp den Großmütigen an seinen Sohn Ludwig IV. von Hessen-Marburg fiel und nach dessen Tod 1604 - er hinterließ keine Kinder - zum Zankapfel zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt wurde. Ludwig V. von Hessen-

Darmstadt akzeptierte nicht die in der Folge getroffene Entscheidung des Austrägalgerichts, dass zur Klärung strittiger Angelegenheiten zwischen den hessischen Linien eingesetzt worden war, welches die Universität Marburg, die erste protestantische Landesuniversität, Hessen-Kassel zusprach. Nach diesem Spruch hatte Hessen-Darmstadt keine eigene Universität, hinzu kam, dass Landgraf Moritz von Hessen-Kassel eine Mitverwaltung der Universität Marburg verweigerte.

Mit der Oktroyierung der Verbesserungspunkte, mithin der Einführung des calvinistischen Glaubensbekenntnisses, brachte Landgraf Moritz nicht nur seine Untertanen gegen sich auf, auch Hessen-Darmstadt nahm jetzt die Errichtung einer Hohen Schule in Gießen in Angriff. Im Jahr 1607 erteilte der Kaiser das erforderliche Privileg, allerdings mit der Maßgabe, dass, wenn Marburg zum Luthertum zurückkehren würde, die Universität in Gießen aufgehoben werden sollte.

Schon 1624 geriet Oberhessen aufgrund eines Urteils des Reichshofrats im Marburger Erbschaftsstreit an Hessen-Darmstadt, Landgraf Moritz stand vor den Trümmern seiner Politik und dankte 1627 ab. Die unter Moritz bestellten Professoren wurden ihrer Ämter enthoben, aber auch die Universität Gießen wurde 1624 durch Landgraf Ludwig V. von Hessen-Darmstadt suspendiert. Allerdings war die Furcht vor einem Eklat bei der Wiedereröffnung der Marburger Universität unter Darmstädter Ägide so groß,

dass man erst die Uhren vorstellte und schließlich heimlich den Termin vom 26. Mai auf den 24. Mai 1625 verlegte. Der Dreißigjährige Krieg, insbesondere der Hessenkrieg zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt verhinderte ein erneutes Aufblühen der Universität Marburg, Pestepidemien und feindliche Kriegstruppen rafften die Bevölkerung dahin.

Schließlich gelang Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel die Wiedergewinnung des Marburger Erbes, 1645 wurde Marburg besetzt. Mit der Einigung im Friedensvertrag von Münster und Osnabrück 1648 wurde auch der Keim für die Errichtung eigener Universitäten durch die hessischen Landgrafschaften gelegt, denn Marburg fiel wieder an Hessen-Kassel und obwohl eine gemeinsame Verwaltung der Universität vereinbart wurde, war die *mixtura Marpurgensi* die Grundlage weiterer Streitigkeiten. Im Jahr 1650 wurde die Universität in Gießen wiedereröffnet, damit waren zwar die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit Hessen-Kassel beendet, aber eine gesamthessische Universität, auch als Klammer für ein geteiltes Hessen, war nun nicht mehr möglich.

Der Begleitband beschäftigt sich in zwei weiteren Kapiteln mit den Professoren und dem studentischen Leben an der Universität Gießen. Der gesamte Band ist durchzogen von interessanten kulturgeschichtlichen Exkursen, zum Beispiel wird die Frage geklärt, warum die Uni-

versität Gießen drei Zepter besitzt oder welche finanziellen Kosten der Erwerb eines akademischen Grades, das heißt allein die Ausrichtung entsprechender Festessen, um 1600 verursachte.

Angesichts der informativen Texte sowie der ansprechenden Gestaltung des Bandes, nicht zuletzt der reichhaltigen und gelungenen Bebilderung, kann der Titel der Ausstellung auch für dieses Buch gelten: Ein hochnutz, nötig und christlich Werck.

Steffen Arndt, Marburg

Klein, Dagmar: Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement. Die Gießener Frauenvereine 1850-1933, 237 S., Broschiert, A4-Format, zahlreiche SW-Abb., 15,80 Euro, ISBN 978-3-930489-43-5;

„Es ist der Rede wert.“ Lebenswege Gießener Frauen im 20. Jahrhundert, Einführung von Dagmar Klein, 266 S., Broschiert, zahlreiche SW-Abb., 12,80 Euro, ISBN 3-930489-42-2;

Hinterlang, Dagmar: „Was könnt’ man schreiben ..., Buch und Bibel!“ Auf den Spuren der Kleinlindener Frauengeschichte, 133 S., Broschiert, zahlreiche SW-Abb., 9,80 Euro, ISBN 3-930489-44-9;

Alle herausgegeben vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Frauenbeauftragte Ursula Passarge, Gießen 2006

Lokalgeschichte erweist sich immer wieder als ein fruchtbares Feld der

Frauengeschichtsforschung, das interessante Beiträge zur Alltags- und Sozialgeschichte aus Frauentracht, zur Frauenbewegungsgeschichte vor Ort oder auch zum politischen wie gesellschaftlichen Engagement von Frauen erbringen kann. So ist es denn auch sehr erfreulich, dass im Jahr 2006 gleich drei unterschiedliche Veröffentlichungen zur lokalen Frauengeschichte der Stadt Gießen vorgelegt wurden.

In der historischen Frauenbewegungsforschung sind die organisierten Aktivitäten der Frauen im lokalen Bereich seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt in den Blick genommen worden, allerdings in der Regel bezogen auf den großstädtischen Raum. Lokalstudien über die organisatorische wie personelle Verankerung der alten Frauenbewegung gerade in kleineren Städten und damit der Peripherie sind aber noch immer rar. In diese Lücke stößt die erste der neuen Gießener Veröffentlichungen: Die Lokalhistorikerin und Journalistin Dagmar Klein, eine durch mehrere Bücher und Stadtrundgänge zur Frauengeschichte in Gießen ausgewiesene Expertin, hat eine materialreiche Dokumentation zu den Gießener Frauenvereinen von 1850 bis 1933 vorgelegt, die deren Weg **„Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement“** nachzeichnet. In zehnjährigen systematischen Recherchen ist es ihr gelungen, die Spuren von 32 Vereinen aufzufinden - eine erstaunlich große Zahl für eine kleine Provinzstadt.

Die Dokumentation belegt, dass es in Gießen bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein organisiertes Engagement von Frauen gab - anfangs ausschließlich der Wohltätigkeit gewidmet, ab ca. 1880 auch der beruflichen Ausbildung von Mädchen und Frauen. Der Schwerpunkt der Dokumentation liegt aber in der Zeit des beginnenden 20. Jahrhunderts, in der die bürgerliche Frauenbewegung insgesamt ihre Hochphase erlebte und in der sich auch in Gießen die Zahl und das inhaltliche Spektrum der Frauenvereine deutlich erweiterte: Neben berufsspezifischen Zusammenschlüssen entstanden nun u.a. auch neue Vereine (meist Ortsgruppen überregionaler Organisationen) mit explizit frauenemanzipatorischen und frauenrechtlerischen Zielsetzungen, so z.B. ein Frauenstimmrechtsverein, ein Frauenrechtsschutzverein inkl. einer Frauenrechtsschutzstelle und insbesondere eine Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, die im Zentrum der Darstellung steht. Für die Weimarer Republik wird dokumentiert wie die Frauenvereinsaktivitäten nach der Erlangung des Frauenwahlrechtes zugunsten eines Engagements in Parteien wieder abnahmen, und folgerichtig werden auch die ersten weiblichen Stadtverordneten mit einbezogen. Die Dokumentation endet mit dem erzwungenen Abbruch aller bisherigen Frauen-Vereinsaktivitäten im Jahr 1933.

Dieser Beitrag zur Frauenbewegungsgeschichte bietet eine beeindruckende Materialfülle zu den ein-

zelen Vereinen und ihren Protagonistinnen, beschränkt sich aber keineswegs darauf, sondern beschreibt in einem umfangreichen einführenden Teil die Entstehung und Entwicklung der Gießener Frauenvereine vor dem Hintergrund der lokalen wie der überregionalen Geschichte. Dabei werden besonders die eng gewobenen Netzwerke unter den organisierten Frauen, die zum großen Teil aus Familienangehörigen, Nachbarinnen und Schulkameradinnen bestanden, hervorgehoben - ein Ergebnis, das sich mit dem anderer Lokalstudien deckt.

Wie wichtig und notwendig solche Frauen-Netzwerke bis heute sind, zeigt auch das zweite Buch zur Gießener Frauengeschichte auf, das redaktionell ebenfalls von Dagmar Klein verantwortet wird. Es trägt den demonstrativen Titel **„Es ist der Rede wert!“**, denn es will Wertschätzung und Achtung insbesondere für das scheinbar Selbstverständliche, für das Unsichtbare der Lebensleistung von Zeitgenossinnen zum Ausdruck bringen und damit weibliche Vorbilder aufzeigen. 14 Autorinnen - größtenteils aus dem Journalismus, einige aus der Wissenschaft - porträtieren auf der Basis persönlicher Gespräche 31 ‚ganz normale Frauen‘, auch weniger Bekannte, die Gießener Alltag und Frauengeschichte gestaltet, die beruflich Herausragendes geleistet, die ehrenamtlich Außerordentliches auf die Beine gestellt haben. Sie sind zwischen 1916 und 1940 geboren, gehören also zu den Generationen, deren Lebenswege geprägt sind von

den politischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts: von der nationalsozialistischen Politik und vom Krieg sowie von den gesellschaftlichen Veränderungen der Nachkriegszeit. Ihr Spektrum ist sehr breit, so finden sich unter ihnen während des Nationalsozialismus verfolgte Jüdinnen genauso wie so genannte Vertriebene, Parteipolitikerinnen wie friedensbewegte Frauen, Professorinnen wie Schauspielerinnen oder Opernsängerinnen.

Handelt es sich bei diesen Porträtierten um Frauen, die größtenteils auf der „Unterseite der Geschichte“ (Elise Boulding) wirkten, so geht die dritte Gießener Publikation **„Was könnt’ man schreiben..., Buch und Bibel!“** noch einen Schritt weiter und lässt die „Anonymen der Geschichte“ (Gerda Lerner) zu Wort kommen. Es handelt sich um ein Lesebuch zur Frauengeschichte des Gießener Ortsteils Kleinlinden, das sich als „Frauen-Orts-Geschichtsschreibung von unten“ versteht und Ergebnis ist eines kollektiven Erinnerungsprozesses von Kleinlindener Frauen verschiedenen Alters, die sich zwei Jahre lang unter Leitung der Journalistin und Redakteurin Dagmar Hinterlang trafen, um Erinnerungen zur Familien- und Ortsgeschichte, aus der Frauenerbeitswelt und der Vereins- und örtlichen Kirchengeschichte zusammenzutragen. Themen des häuslichen und gemeindlichen Alltagslebens wie die aufwändige Hausarbeit, der Waschtage oder Hochzeitsfeiern werden genauso behandelt wie die

Arbeit in der Kleinlindener Zigarrenfabrik, einem über Jahre hinweg wichtigen Baustein im Erwerbsleben der Frauen des Ortes. Die Darstellung konzentriert sich dabei auf die Zeit vor dem Nationalsozialismus.

„Sich erinnern ist Arbeit“, mussten die beteiligten Frauen feststellen, aber diese Arbeit ermöglichte ihnen, ihr eigenes Leben in einen neuen Zusammenhang zu stellen und aus einer anderen Perspektive zu betrachten und so zu der Erkenntnis zu gelangen, dass scheinbar Unbedeutendes des Frauenlebens eben doch Bedeutung erlangt. Sichtbar wird durch ihre Erinnerungsarbeit der beachtliche Anteil der Frauen an der Gestaltung des Alltags, der hohe Stellenwert solidarischer Frauenhilfe in der Gemeinde und zugleich die Veränderung der Rollen in Haushalt und Beruf.

Alle drei Publikationen sind anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Frauenbüros der Stadt Gießen erschienen und setzen die Reihe entsprechender früherer Veröffentlichungen fort. Gießen kann sich damit insgesamt sieben Publikationen zur Frauengeschichte und dem großen Anteil von Frauen an seiner Stadtgeschichte rühmen - alle herausgegeben, teilweise auch initiiert von der kommunalen Frauenbeauftragten, die das Sichtbarmachen von Frauen in der Gießener Geschichte zu einem festen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht hat. Dieses außergewöhnliche Engagement für die lokale Frauengeschichtsforschung verdient es als vorbildlich

hervorgehoben und ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen zu werden.

Dr. Elke Schüller, Frankfurt

Müller, Hanno: Familienbuch Butzbach, Band V, Judenfamilien in Butzbach und seinen Stadtteilen, 275 S., broschiert, Butzbach 2007, ISBN 3-9809778-4-6

Der Fernwald/Steinbacher Familienbuchautor Hanno Müller hat alle Butzbacher Judenfamilien (mit Ortsteilen!) von den ersten Matrikelaufzeichnungen bis zur Vertreibung und Ermordung erforscht und stadtteilweise aufgelistet. Das Werk ist durch Ortsregister, Personenregister, Berufe, Ämter und Varia, Häuser- u. Wohnungsregister, NS-Opferlisten und sogar ein Register über das Sterbealter ab dem 75. Lebensjahr erschlossen. Ein umfangreicher Quellen- und Literaturnachweis schließt sich an.

Der Butzbacher Museums- und Archivleiter Dr. Dieter Wolf hat eine in langen Jahren zusammengetragene fundierte historische Abhandlung von der ersten Erwähnung eines Butzbacher Juden im Jahre 1332 bis zum Holocaust beigezeichnet. Als Glücksfall kann auch bezeichnet werden, dass mit Pfarrer i.R. Dieter Betram (Griedel) und Oberstudienrat i.R. Friedrich Damrath (Lich) zwei Hebräischkundige gewonnen werden konnten, welche die hebräischen Grabsteininschriften bearbeiteten.

Letztendlich ist die Herausgabe dieses Bandes Werner Wagner, dem ersten Vorsitzenden des Geschichtsvereins für Butzbach und Umge-

bung, zu verdanken, der das Geld für den Druck zusammenbrachte und in seinem Vorwort zu Recht bemerkt: „Mit dem vorliegenden umfangreichen, zunächst personen- und familiengeschichtlich ausgerichteten Band wird eine detaillierte Darstellung zur Geschichte der Juden unseres Raumes vorgelegt, die bisher ihresgleichen sucht.“

Bei Durchsicht des familienkundlichen Teils des Buches fällt dem Genealogen sicher der Unterschied in der Bevölkerungszusammensetzung der umliegenden dörflichen Traditionsgemeinden, mit ihren schon lange ortsansässigen „großen“ Familien, und der um das Revolutionsjahr 1848 sehr liberalen Zugzugsgemeinde Butzbach auf, wo erst im August 1848 wieder eine eigene Religionsgemeinde gegründet werden konnte.

In Griedel: Familien Bär 17 mal, Bendheim 9 mal. Kirch-Göns: Familien Mayer/Meier 16 mal. Pohl-Göns: Familien Simon 16 mal. Ebersgöns: Familien Mendel 5 mal. Hoch-Weisel: Familien Gold und Strauß je sechs mal. Nieder-Weisel: Familien Krämer 11 mal, Strauß 10 mal, Oppenheimer und Rothschild je 5 mal. Ostheim: Familie Rothschild 6 mal. Fauerbach: Familien Fröhlich 7 mal, Stern 5 mal.

Die Begründer der Butzbacher Religionsgemeinde waren:

1) Gerson Lindheimer (BJ 73). Dieser Friedberger wurde im Jahre 1836 als erster Jude Ortsbürger in Butzbach und verzog im Alter nach Frankfurt.

2) Mayer Mayer (BJ 82). Dieser jüdische Handelsmann aus der Traditionsgemeinde Münzenberg wurde 1844 Butzbacher Ortsbürger, zog aber später nach Frankfurt weiter. Er war Mitglied der Butzbacher Turngemeinde, stiftete im Jahre 1848 einen Gulden für das Weidig-Denkmal und war die Nummer 69 der höchstbesteuerten Butzbacher.

3) Nathan Simon (BJ 125). Er war u.a. Drechslermeister und bei ihm arbeitete im Jahre 1860 August Bebel, der Mitbegründer der SPD. Simon war Mitglied der Butzbacher Turngemeinde und der Bürgerwehr.

4) Löb Kaufann (BJ 56). Er war Mitglied der Butzbacher Bürgerwehr. Zudem waren er und seine Frau (!) Mitglieder der Butzbacher Turngemeinde.

5) Moses Meyer (BJ 85) Handelsmann aus Münzenberg, der nach dem Jahre 1858 nach Darmstadt verzog, erhielt 1847 das Butzbacher Ortsbürgerrecht, war Mitglied in der Butzbacher Turngemeinde und war in der Bürgerwehr. Er spendete 1848 einen Gulden für das Weidig-Denkmal.

Schließlich ist noch David Gerson Sundheimer (BJ 147) aus Friedberg-Fauerbach zu nennen, der im Jahre 1848 das Privileg erhielt, als „Fremder“ in die sich damals sehr revolutionär gebärdende Butzbacher Bürgerwehr eintreten zu dürfen. Er wurde aber nachträglich, am 30.10.1849, Ortsbürger in Butzbach.

In der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“ (21 Jg., Nr. 25, 15.06.1857, S. 337-338) erfahren

wir in einem Leserbrief, dass die Butzbacher Juden im Jahre 1848 „nicht den alten Gottesdienst, wie er leider noch in den meisten Gemeinden unserer Provinz besteht, wünschten ...“. Man war also damals in Butzbach tatsächlich beiderseits meist fortschrittlich-liberal eingestellt und die Reformgemeinden sowie die Butzbacher Weidig-Schüler maßen dem Judentum den Charakter einer „Konfession“ bei und der einflussreiche Butzbacher Druckereibesitzer Moritz Kuhl sprach von „den Brüdern jüdischen Glaubens“. Das führte im revolutionären Fortschrittsglauben der Jahre 1848/49 in Butzbach zu gut gemeinten Angeboten, wie sie von Herrn Dr. Wolf im Familienbuch beschrieben werden (S. 15-17) und wirkte bis zur Reichstagswahl (das Norddeutschen Bundes) im Jahre 1868 nach, als nur die Butzbacher im Wahlkreis zwei mit überwältigender Mehrheit einen nationalliberalen Juden als Reichstagskandidaten wählten. Erst viel später wirkt sich die angebliche wirtschaftliche Überlegenheit der Juden auch in Butzbach sichtbar negativ aus, wie wir auf Seite 14 nachlesen können.

Wenn man den familienkundlichen Teil dieses jüdischen Familienbuches aufmerksam liest, erkennt man schnell, dass die vielen Händlerfamilien doch sehr oft berufsbedingt den Wohnort auch innerhalb der heutigen Großgemeinde Butzbach wechselten, was mit den in einem Band vereinten jüdischen Familienbüchern der Butzbacher Ortsteile leicht nachzuvollziehen ist

und dieser Arbeit einen zusätzlichen Wert verleiht. Dem verdienstvollen Werk ist eine Verbreitung nicht nur bei Genealogen, sondern auch in Schulbibliotheken zu wünschen, zumal beispielsweise in den Häuser/Wohnungslisten teilweise sogar zu ersehen ist, wer Hauseigentümer und wer Mieter war.

Leider erfahren wir nicht, welche Häuser von den heutigen Eigentümern zu einem fairen Preis erworben wurden und somit den betroffenen Judenfamilien eine rechtzeitige Auswanderung ermöglichten und welche Objekte weit unter Verkehrswert erworben wurden. Diese allgegenwärtige Schwierigkeit erklärt auch, dass erst in 190 Städten vor früheren Wohnhäusern der NS-Opfer die Messingtafeln des Kölner Künstlers Gunter Demnig als so genannte „Stolpersteine“ verlegt werden konnten.

Bodo Heil, Butzbach

Losse, Michael: Die Lahn - Burgen und Schlösser. Von Biedenkopf und Marburg über Gießen, Wetzlar und Weilburg bis Limburg Nassau und Lahnstein; Petersberg 2007 (Michael-Imhoff-Verlag), broschiert, 224 Seiten, 421 farbige Abb., 16,80 Euro, ISBN 978-3-86568-070-9

Schon Goethes Auge schwelgte anno 1772 über die „bebuschten Felsen, die feuchten Gründe und die thronenden Schlösser“ an der Lahn und folgte dem „schönen, durch seine Krümmungen lieblichen, in seinen Ufern so mannigfaltigen Fluss“. Eine Zeitschrift charakteri-

sierte das Lahntal 1912 „unstreitig als eines der schönsten Nebentäler des Rheins, (...) wo die stolzen Zeugen der ruhmreichen Vergangenheit dieses alten deutschen Gaus, die Schlösser und Burgen“ so zahlreich sind. Die Dichte an Schlösser- und Burgenbauten wird nur noch vom Elsaß übertroffen, wie ein Burgenkundler konstatiert. Mit dem Bau der Eisenbahn 1857-1863 war das Lahntal auch für Touristen erschlossen, der erste Lahn-Führer erschien sogleich; 1891 folgte ein weiterer von dem Gießener Otto Buchner. Die heutige touristische Erschließung liegt eher auf dem Wasser: unter Kanuten gilt vor allem der Unterlauf der Lahn als „eines der schönsten und erlebniswertesten Gewässer Westeuropas“.

Das jetzt vorgelegte Buch „Die Lahn - Burgen und Schlösser“ bietet einen Überblick über die zahlreichen Adelssitze und Wehrbauten im Lahngebiet, ist durchaus touristisch orientiert und füllt dennoch eine Lücke in der historischen Hessen-Literatur. Dieser Mammutaufgabe gestellt hat sich der Burgenforscher Michael Losse, der 1999 mit der Erfassung begann. Der zeitliche Umfang reicht von der Ur- und Frühgeschichte bis zum 19. Jahrhundert. Während in seinem 2001 publizierten Buch „Die schönsten Schlösser und Burgen im Lahntal“ vorgestellt wurden, erweitert er im aktuellen Buch den Blick auf das Lahngebiet, bezieht also auch die Ortschaften in Flussnähe ein.

Losse wählte neben historisch und architektonisch bedeutenden Ob-

jekten auch weniger bekannte aus, die aber als „typische“ Bauten für ihre Zeit gelten. Ein Schwerpunkt liegt in der Betrachtung des Großraums Marburg, dessen Burgen, Schlösser und Wehrkirchen bislang noch in keinem Burgenführer behandelt wurden. Als Grundlage dienten zahlreiche Objektbegehungen, Quellenstudien und die Auswertung der Literatur. Letztere ist auf einem höchst unterschiedlichen Niveau, wie der Autor anmerkt: Während einige Objekte wissenschaftlich gut dokumentiert sind, harren andere noch der Bearbeitung.

Den einzelnen Objektbeschreibungen vorangestellt sind die Geschichte und die Burgenkunde des Lahngebiets. Die Geschichte Hessens ist bekanntlich höchst kompliziert und von politischen Machtbestrebungen ebenso geprägt wie von religiös motivierten Auseinandersetzungen, und das nicht erst seit Einführung der Reformation unter Philipp dem Großmütigen. Schon die Auseinandersetzungen zwischen dem Mainzer Erzbischof und den Landgrafen von Thüringen (in der Nachfolge: von Hessen) zeitigte diverse lokale Auswirkungen, wenn etwa auf eine landgräfliche Stadtgründung (Marburg) eine Gegengründung des Mainzer Erzbischofs folgte (Stadt Amöneburg), die wiederum von landgräflichen Stützpunkten umgeben wurde (Kirchhain).

Es ist ein Verdienst des Buches lokale Geschichte im landesgeschichtlichen Zusammenhang vorzustellen, was jeweils den Blick

über den eigenen lokalpatriotischen Tellerrand erlauben. So wird deutlich, dass in fränkischer Zeit (um 700) in Mittelhessen drei stadtartige Höhenburgen gebaut wurden: Amöneburg, Kesterburg/Christenberg und Schiffenberg. Eine große Burgenbauaktivität ist für das Mittelalter nachgewiesen, doch bereits im 15. Jahrhundert setzte das Burgensterben ein, bedingt durch die Verlagerung wirtschaftlicher und politischer Aktivitäten in die Städte. Nun wurden in den Städten Befestigungen und Schlösser gebaut (beides in Gießen), vereinzelt auch auf Dörfern, wenn sie im Zentrum kriegerischer Handlungen standen.

Der Autor verweist darauf, dass auch frühmittelalterliche Burgen schon Wohn- und Verwaltungssitze waren. Der in der früheren Forschung vorwiegend beleuchtete Aspekt der militärischen Verteidigung wurde offenbar weit überschätzt. Außerdem stellt Losse klar, dass der Verfall der Burgen in den wenigsten Fällen militärische Aktionen zur Ursache hatte, sondern durch Verlassen und Vernachlässigung entstand. In vielen Fällen dienten die Burgen (wie auch Klöster nach der Säkularisation, die Rez.) als Materialfundus für Neubauten. So fanden etwa die Stufen des Treppenturms der Burg Staufenberg im Gießener Entbindungshaus Verwendung. Zeitgleich setzte ein neues Geschichtsbewusstsein ein, das den Erhalt und Pflege der Kulturdenkmäler zur gesellschaftlichen Aufgabe erklärte.

Noch 1894 sah der hessische Staatshaushalt den Abriss des Gießener

Alten Schlosses vor; der Oberhessische Geschichtsverein intervenierte erfolgreich. Die Burgenromantik war vom Rhein die Lahn aufwärts gewandert, so gründete sich beispielsweise in Krofdorf-Gleiberg 1837 der „Geselligkeitsverein zur Erbauung einer Treppe im Turm der Schlossruine von Gleiberg“. Nicht nur Altertumsforscher und Gelehrte wandelten auf den Spuren der als ruhmreich betrachteten Vergangenheit, auch Künstler entdeckten das Lahntal und seine Burgen: Friedrich Christian Reinermann (1764-1835) zu Anfang, Hugo von Ritgen (1811-1889) in der Mitte und Otto Uebelohde (1867-1922) am Ende des 19. Jahrhunderts.

Der Autor geht dankenswerterweise in der Zeit noch weiter voran und zeigt die Auswirkungen der Burgenromantik auf die Bautätigkeiten der Gründerzeit, die sich ausgiebig in architektonischen Zitate vergangener Stilepochen erging und daher Historismus genannt wird. Unternehmer bauten ihre Villen mit Burgen-Versatzstücken (Buderus-Villa in Lollar) und ahmten sogar Schlossanlagen nach (Rauischholzhäuser). Die größte Dichte an bürgerlichen Villen befindet sich an der mittleren Lahn in Gießen, besonders bemerkenswert dabei die Bauten der Studentenverbindungen. Burgenromantik findet sich ebenso in Kliniken und Hotels, Industriebauten (Grube Fortuna bei Oberbiel, Gießener Schlachthof), Wasserhochbehältern und Traföhäuschen, Brücken (Weilburg) und Bahnhöfen

(Gießen), an Aussichtstürmen und Denkmälern.

Der einzige Wermutstropfen ist das Findverzeichnis des Buchs. Zwar ist nachvollziehbar, dass Gleiberg, Vetzberg und Dünsberg in der Reihenfolge des Alphabets behandelt werden (die Badenburger dagegen nicht!), doch geht darüber die Vorstellung verloren, dass alle drei Hügel nebeneinander liegen, Vetzberg und Gleiberg gar eine historische Verbindung haben. Warum einige Vororte unter ihrem Gemeindefamennamen zu finden sind (Lahnau-Atzbach), während dieser bei den meisten kleinen Orten (Rödgen) nicht vorkommt, erschließt sich kaum. Zudem sind in der Inhaltsübersicht die Zuordnungen zu heutigen Gemeindefamennamen nicht vereinheitlicht, manche fehlen, andere sind schlicht falsch. Da wäre mehr Systematik und Sorgfalt angebracht gewesen, schließlich soll dieses Buch auch den touristischen Zugriff, sprich die Anreise ermöglichen. Bleibt die Hoffnung auf eine zweite, überarbeitete Auflage, für die der Autor gern noch Hinweise auf Ergänzungen entgegen nimmt.

Dagmar Klein, Gießen

Reber, Gabriele: „Lasst meine Bilder nicht sterben ...“ Amalie Seckbach. Bruchstücke einer Biografie, Memento 3, Schriftenreihe der Ernst-Ludwig Chambré-Stiftung Lich und der Arbeitsstelle für Holocaustliteratur, herausgegeben von Klaus Konrad-Leder und Sascha Feuchert, Frankfurt am Main 2006 (Bergauf-Verlag), ISBN-13: 978-3-00-019382-8

Dieses Buch ist keine Biografie wie man sie gemeinhin kennt. Es ist das Dokument einer Spurensuche nach dem Leben und Wirken von Amalie Seckbach, geb. Buch, die in Hungen aufwuchs, lange Jahre in Frankfurt am Main lebte und im Alter von 71 Jahren nach Theresienstadt verschleppt wurde, wo sie nach zwei Jahren starb. Es ist ein sehr persönlich gehaltener Bericht der Autorin Gabriele Reber über ihre häufig vergebliche Suche nach Dokumenten zum Leben der Malerin und Kunstsammlerin Seckbach, aber auch über ihre diversen Kontakte und Gespräche. Vieles bleibt letztlich ein vorsichtiger Arrondieren und im Status von Vermutungen stecken, dennoch entsteht das interessante Lebensbild einer eigenständigen Frau.

Rebers Interesse war geweckt worden durch einen Briefumschlag mit vielen Zeitungsartikeln aus den 1920er und 1930er Jahren, Berichte über eine bemerkenswerte Sammlung chinesischer Farbholzschnitte des 17. bis 19. Jahrhunderts. Deren Besitzerin Amalie Seckbach war selbst künstlerisch tätig; Besprechungen von Gemeinschaftsausstellungen, an denen sie beteiligt war, lagen dem Umschlag ebenfalls bei. Doch obwohl sie eine Persönlichkeit des öffentlichen Frankfurter Lebens war, schweigen die Archive der Stadt. Immerhin fand sich auf dem Grabstein (Jüdischer Friedhof, Rat-Beil-Straße) des Ehemanns Max Seckbach die Inschrift: Amalie Seckbach, Malerin und Plastikerin,

1870-1944, gestorben in Theresienstadt.

Für dieses Gedenken hatte ihr Bruder Sally Buch gesorgt, der als einziger noch lebender Verwandter zum Alleinerben ihres konfiszierten Vermögens wurde. Die Wiedergutmachungsakte im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden gab weiteren Informationen preis. Und obwohl der Neffe Arnaldo Buch meinte, nicht viel über seine Tante zu wissen, fiel ihm doch im Laufe des zehnjährigen Briefaustauschs immer mehr ein. Vor allem wusste er, dass die in Theresienstadt entstandenen Arbeiten gerettet wurden und sich in israelischen Museen und Archiven befinden. Schließlich findet er auch Fotografien und eine eigenhändige Porträtzeichnung. Die Autorin nähert sich der Malerin über deren Lebensorte: sie beschreibt das Städtchen Hungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, wo der Vater einen Landmaschinenhandel führte, und die Großstadt Frankfurt, wo ihr Ehemann Architekt war. Er starb bereits 1922, vier Jahre nach ihrer Mutter.

Erst danach trat sie mit ihrer Sammlung chinesischer Farbholzschnitte an die Öffentlichkeit. Die renommiertesten Kunsthistoriker Deutschlands trafen sich 1926 zur 1. Tagung des neu gegründeten China-Instituts in Frankfurt und waren begeistert von Amalie Seckbachs Sammlung, die in den folgenden Jahren durch ganz Deutschland tourte. Den Zeitungsberichten zufolge wurden Seckbachs eigene Arbeiten (Plastiken und Köpfe) an-

fangs in einer kleinen Auswahl parallel dazu gezeigt.

Ihre Begeisterung für den belgischen Maler James Ensor führte 1929 zu einem Atelierbesuch bei ihm und er forderte die Unbekannte auf, ihre Plastiken neben seinen Gemälden in Oostende zu zeigen. Eine große Ehre für die mittlerweile 60-jährige Autodidaktin. Auch die Ermunterung zum Malen darf hier, laut Reber, vermutet werden. Er ebnete ihr den Weg in internationale Ausstellungen, zuletzt 1933 in der Kunsthalle Düsseldorf. Dann begann die Diskriminierung der Juden. Innerhalb der jüdischen Künstlerkreise suchte sie weiter nach Ausstellungsmöglichkeiten. Den Antrag zur Auswanderung stellte sie zu spät, am 15. September 1942 wurde sie deportiert.

Im zweiten Teil des Buchs werden zunächst die chinesischen Farbholzschnitte und ihre Bedeutung vorgestellt, dann die wenigen übrig gebliebenen Arbeiten von Amalie Seckbach. Ihr Stil liegt zwischen expressiv und naiv, ihre Motive sind stilisierte Köpfe und Gesichter, manchmal Landschaften. Die Zeichnungen aus Theresienstadt sind fast dokumentarisch, die Farben erdig, die maskenhaften Gesichter mit den übergroßen Augen sind öfter von Blumen gerahmt. In jedem Fall sind es berührende Bilder. Weitere Information:

www.holocaustliteratur.de

Dagmar Klein, Gießen

Mutgard Kuschke: Vom Landkind zur Lehrerin. Lina Flörke, geb. Bindewald 1889 - 1976. Beiträge zur Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung in Hessen vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Schriftenreihe „Damals und Heute“, Bd. IX., 136 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Bad Nauheim 2006.

In ihrem Vorwort schreibt die Autorin: „Im vorliegenden Buch wird die Entwicklung der Mädchen- und Frauenbildung vom Mittelalter bis in die Gegenwart skizziert mit dem Teilaspekt der weiblichen Lehrerbildung und ihren spezifischen Problemen“. Man muss aber gleich zu Anfang anmerken, es wird weit mehr geboten als nur der Werdegang vom Landkind zur Lehrerin, weit mehr als nur eine Biographie von Lina Flörke. An ihrem Beispiel wird eine Fülle von Materialien ausgebreitet, z. B. zur historischen Entwicklung von Volksschule und Lehrerinnenausbildung. Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf Kaiserzeit und Weimarer Republik. Die Autorin erklärt auch den Grund: „Das Jahr 1902 war für die hessische Frauenbildungsgeschichte denkwürdig und ein Meilenstein der Lehrerinnenbildung. Die Eröffnung des ersten und einzigen staatlichen Seminars für Volksschullehrerinnen ermöglichte auch Mädchen aus der unteren sozialen Schicht den Aufstieg in den Berufsstand der beamteten Volksschullehrerin.“ Um dieses für die damalige Zeit Aufsehen erregende Faktum werden geschildert Erlebnisse der Kindheit in

Rainrod im Vogelsberg (1889 - 1904), die Seminarzeit in Darmstadt (1905 - 1910), die Lehrtätigkeit in Offenbach und Gießen (1910 - 1919) und das Studium in der Universitätsstadt ohne Abitur auf großherzogliche Genehmigung hin, für eine Frau damals ein außerordentlicher Erfolg. In diese Kapitel werden eingebettet z. B. Gedanken zur „neuen Wohnkultur“, „Erlebnisse im Offenbacher Wandervogel“ und vieles andere mehr, so dass etwas entsteht, was man als ein Insgesamt von privater und öffentlicher Frauen- und Kulturgeschichte bezeichnen könnte, bei der auch die Zeitereignisse ausreichend Berücksichtigung finden. So erhält man z. B. Aufschluss über den 1. Weltkrieg und seine Folgen für das Leben der Menschen in Gießen. Freundschaft und Verlobung mit Wilhelm Flörke, dem späteren Direktor der Liebigsschule „auf zünftiger Wandervogelfahrt“ werden ebenso dargestellt wie die Entlassung aus dem Schuldienst wegen Eheschließung. Eine große Zahl von ehrenamtlichen Tätigkeiten von Frau Flörke nimmt hier in den 20er Jahren ihren Anfang (z. B. Engagement im Guttemplerorden, dessen Hauptanliegen die Trinkerfürsorge war) und sollte nach dem 2. Weltkrieg an Bedeutung und Intensität noch zunehmen. Dabei kam die Familie nicht zu kurz, für die Kinder wollte sich das Ehepaar immer Zeit nehmen.

Interessant ist auch das Kapitel „Leben unter der NS-Diktatur“, wo persönliche Kontakte der Flörkes zur befreundeten jüdischen Familie

Jakobi noch lange aufrechterhalten wurden. Lucie Jakobi konnte der Nazidiktatur gerade noch entkommen und wurde nach dem 2. Weltkrieg als Direktorin der höheren Mädchenschule auf Vermittlung Wilhelm Flörkes eingesetzt. Wichtig war auch in der NS-Zeit die Auftragsvergabe für Portraits an den Maler Heinrich Will, so dass mit den Einnahmen die Wills für kurze Zeit die ärgste materielle Not lindern konnten. Lina Flörke engagierte sich auch in dieser dunklen Zeit ehrenamtlich in der Bekennenden Luthergemeinde, die in Opposition zum nazitreuen Landesbischof stand. Nachkriegsereignisse mit Tätigkeit Lina Flörkes in vielen Organisationen, z. B. der „Deutschen Frauenkultur“, werden dargestellt und vermitteln das Bild einer bis ins hohe Alter von 87 Jahren rastlos tätigen Frau. Ein ausführliches Literaturverzeichnis beschließt das lebendig geschriebene Buch, da dürfen auch die Fußnoten fehlen, da der erzählerische Schwung sie einfach hinwegfegt. Es ist manchmal schwierig, so stöhnt der Rezensent, den vielfältigen Verzweigungen der Gedanken immer zu folgen. Dafür bekommt man aber eine Vielfalt von Informationen aus den Bereichen Frauengeschichte, Pädagogik, Literatur, Kunst und Kulturgeschichte. Eine große Zahl von Abbildungen belebt die Darstellung.

Kurt Heyne, Gießen

IV. Aus dem Vereinsleben

Zusammen gestellt von Dagmar Klein (Schriftführung)

Die Exkursionen und Vorträge der Jahre 1991-1999 sind in MOHG 84/1999 publiziert, zusammengestellt vom damaligen Schriftführer Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky; die von 1999/2000-2004 sind in MOHG 89/2004 publiziert, seitdem fortlaufend in den Jahressbänden.

1. OHG-Vorträge 2006/07

2006

- | | | |
|------------------|---|---|
| 25. Okt. 2006 | 200. Geburtstag des Gießener Rabbiners Dr. Benedikt Levi | Dr. Carsten Wilke, Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte Duisburg |
| | <i>In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Gießen-Wetzlar e.V.</i> | |
| 01. Nov. 2006 | Landgraf, Kurfürst, Großherzog, vielleicht auch König? Die Hessen im territorialen Umbruch der Rheinbund-Zeit | Prof. Dr. Eckhart Franz, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt |
| 15. Nov. 2006 | Der Rheinbund 1806 - Die Gründung des Großherzogtums Nassau | Dr. Klaus Eiler, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden |
| 29. Nov. 2006 | Arme Bauern und wüste Dörfer in Mittelhessen | Prof. Dr. Alfred Pletsch, Universität Marburg |
| 06. Dez. 2006 | Die Anfänge der Demokratie und die Entstehung der Verfassung in Hessen nach 1945 | Prof. Dr. Helmut Berding, Universität Gießen |
| 13. Dez. 2006 | Der obergermanisch-raetische Limes als Weltkulturerbe. Aussehen und neue Forschungen | Prof. Dr. Egon Schallmayer, Landesamt für Denkmalpflege Wiesbaden |

2007

- | | | |
|------------------|---|--|
| 10. Jan. 2007 | Bürgerkultur in Gießen - 100 Jahre Stadttheater | Prof. Dr. Helmut Berding, Universität Gießen |
|------------------|---|--|

- | | | |
|---------------------|---|--|
| 17. Jan. 2007 | Die aufbaufreudige Stadt - Gießen an der Lahn | Peter Schlagetter-Bayertz, Kulturwissenschaftler, Gießen |
| 31. Jan. 2007 | Gab es um 1600 in den Wetterauer Grafschaften einen protestantischen Fundamen- talismus? | Dr. Holger Gräf, Universität Marburg |
| 07. Febr. 2007 | Die vergessene Seuche - Die spanische Grippe von 1918/19 | Utz Thimm, Wissenschafts- journalist Gießen |
| 28. Febr. 2007 | Die Geschichte psychiatrischer Gartenanlagen in Gießen - Kultivierte Natur als Thera- peutikum | PD Dr. Christina Vanja, Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel |
| 14. März 2007 | Altes und Neues zu den Glau- bergforschungen | Dr. Fritz-Rudolf Herrmann, Landesarchäologe i. R., Bockenu |

2. OHG-Exkursionen 2007

H = Halbtags, G = Ganztags, T = Tage

- | | | |
|----------------------|---|--|
| 15. Mai 2007 | Führung durch die Ausstellung „Ein hochnutz, nötig und christlich Werck“ - Die Anfänge der Universität Gießen vor 400 Jahren. | Dr. Eva-Marie Felschow |
| 09. Juni 2007 (H) | Kirchen im Ebsdorfergrund | Susanne Gerschauer |
| 23. Juni 2007 (G) | Trier: Ausstellung Konstantin der Große, Porta Nigra, Amphitheater und Thermen | Manfred Blechschmidt, Dagmar Klein |
| 19. Aug. 2007 (G) | Frankfurt: Hauptfriedhof und Goethe-Museum | Dagmar Klein, Dr. Brigitte Cornelius (Freundeskreis Alter Fried- hof) |

3. Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft

Seit der Mitgliederversammlung 2003 wird die langjährige Mitgliedschaft mit einer Urkunde gewürdigt. Am 09. Mai 2007 wurden geehrt für:

30 Jahre Mitgliedschaft (11)

Herta L. Ertel, Dr. Philipp Katz, Hans-Werner Riebel, Dieter u. Irmgard Schellenberg, Lore Sommer (alle Gießen), Jutta Luh (Ettingshausen), Dr. Hans Fornfeist (Heuchelheim), Dr. Franz Giesel (Frankfurt), Friedrich und Karen Damrath (Lich)

25 Jahre Mitgliedschaft (13)

Waltraud Gozdz, Hans-Klaus Mewes, Brigitte Becker, Heinrich Caspar, Barbara Dauernheim, Jörg Jatho, Dieter u. Gisela Leinweber, Karl-Hugo Reichert (alle Gießen), Gerhard Steinl (Hungen), Dr. Georg Dieter (Pohlheim), Joachim Besier (Lahnau)

4. Besondere Ehrung

Am 28. April 2007 ehrte der Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins seinen Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Erwin Knauß mit einem Empfang im Netanya-Saal des Alten Schlosses. Siehe Pressemitteilung im Folgenden:

Oberhessischer Geschichtsverein ehrte seinen Ehrenvorsitzenden Prof. Erwin Knauß aus Anlass seines 85. Geburtstags

Es war eine höchst lebendige Gesellschaft, die sich am Samstagvormittag im Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle traf, um Prof. Erwin Knauß anlässlich seines 85. Geburtstags zu ehren. Eingeladen hatte der Oberhessische Geschichtsverein (OHG), dessen langjähriger Vorsitzender Knauß war und an dessen Vorstandssitzungen er als Ehrenvorsitzender nach wie vor teilnimmt. Und das „in bewundernswürdiger Vitalität“, wie der erste Vorsitzende Dr. Michael Breitbach in seiner Ansprache sagte. Begrüßen konnte er neben den Vorstandsmitgliedern die Familie des Jubilars und zahlreiche Weggefährten.

Dem OHG gehört Knauß seit 55 Jahren an, unter seinem Vorsitz (1977-91) wuchs der Verein von knapp 300 auf über 800 Mitglieder an. Zum 70. Geburtstag wurde der 77. Band der Mitteilungen des OHG als Festschrift für Erwin Knauß herausgegeben, zum aktuellen Jubiläum

wurden ihm drei bislang noch nicht publizierte Vorträge als Vorab-Sonderdruck der MOHG 2007 in gebundener Form überreicht. Sie zeigen „den politischen Knauß“, der sich einmischte, wenn es etwa um angemessene Form des Gedenkens für NS-Opfer ging. Der Ehrengabe vorangestellt ist ein Beitrag von Breitbach zum Thema „Zeitgeschichte aus der Sicht eines historischen Vereins“ am Beispiel des OHG. Daraus geht hervor, dass es ein wesentliches Charakteristikum der Knauß'schen Vereinspolitik ist, „mit Beharrlichkeit und Behutsamkeit dem Honoratiorenverein mit dem Unrechtsgeschehen des NS-Regimes konfrontiert“ zu haben; und das schon seit den 60er Jahren als lokale Geschichtsvereine in der Regel noch ‚Altertumsvereine‘ hießen und die Zeitgeschichte ausblendeten.

Neben zahlreichen Publikationen zur Lokalgeschichte engagierte sich Knauß auch für die Aussöhnung von Juden und Christen und war aktiv beteiligt bei der Gründung der Städtepartnerschaft Gießen-Netanya. Beim Aufbau des Gießener Stadtarchivs leistete er Pionierarbeit, Heimatvereinigungen ermunterte er zu eigenen Aktivitäten. Dass er auch in anderen Vereinen seine Spuren hinterließ, zeigten die Dankesworte der Sportfreunde Gießen, ausgerichtet von Prof. Norbert Fischer-Schlemm, der auch für Knauß' einstige Arbeitsstätte, die Fachhochschule sprach. Der Gesamtvorsitzende der 50er Vereinigung, Peter Gömmer, erinnerte an Knauß' Engagement im Deutschen Jugendherbergswerk, dem er viele Anregungen gab. Da der Jubilar selbst gern Gedichte rezitiert, bekam er auch einige Grüße in dieser Form: OHG-Schatzmeister Günther Kern erinnerte in Mundart an ihr Kennenlernen im Sparkassenambiente, Vorstandsmitglied Siemer Oppermann schloss Gattin Lilo als treue und liebevolle Gefährtin in seine Verse ein, Familienforscher Heinrich Henkel dichtete rund um das Thema Älterwerden. Der Dank einer Schülerin von einst erinnerte an seine Verdienste im Lehrerberuf.

Erwin Knauß selbst erweiterte seinen Dank, indem er an seine persönlichen Vorbilder erinnerte, die auch den Geschichtsverein prägten. Das sind Karl Glöckner, der umfassend gebildete Herausgeber des Lorscher Urkundenkodex, Museumsdirektor Herbert Krüger, der Verfasser des Gießener Familienbuchs Otto Stumpf, Hermann Otto Vaubel, der einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Vereinsgeschichte geleistet hat, und Hans Szczech, der von 1954 bis 1990 das Exkursionsprogramm des OHG leitete, für Knauß im übrigen ein unentbehrlicher „Ko-Pilot“ in der Vorstandsarbeit war und zum Freund wurde.

OHG-Pressemitteilung (Dagmar Klein); erschienen am 4. Mai 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Rückschau mit offenen Fragen

Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins besuchte C.A.R.E.-Museum im US-Depot

Das C.A.R.E.-Museum im US-Depot Gießen ist von der einzigen Ruhestandsvereinigung der US-Armee in Deutschland seit 1988 aufgebaut und gepflegt worden (C.A.R.E. = Civilian Association of Retired Employees). Die Mitglieder sind mittlerweile alle um die 80 Jahre alt, doch einige von ihnen halten sich nach wie vor jeden Donnerstag zwischen 10 und 15 für Besucher bereit. Kürzlich war der Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gast und ließ sich von Hans Köhler, Helmut Schulz und Karl-Heinz Schroth durch die umfangreiche Sammlung führen.

Die Ausstellungsräume befinden sich im Keller des einstigen Wachhauses am Fliegerhorst (Rödgener Straße), das noch aus Wehrmachtzeiten stammt. In den ehemaligen Arrestzellen, in denen die Wände voll gehängt sind mit Dokumenten und Fotografien, werden die nach Zeiten, Orten und Themen geordnet vielfältige Aspekte zum Gießener Militär erzählt. Das beginnt schon in Kaisers Zeiten, zeigt alte Ansichten von Gießen und Umgebung, die Kriegszerstörung Gießens und den Einmarsch der amerikanischen Truppen. Dokumente aus der Anfangszeit der US-Army in Gießen sind besonders interessant, zeigen sie doch das Bemühen auf beiden Seiten, einander besser kennen zu lernen. Sogar Rezepte von Gießenerinnen für amerikanische Frauen sind dabei. Das US-Depot wurde im Laufe der Jahre zum zentralen Auslieferungslager für Europa, von hier wurden Soldaten abgezogen in die Krisengebiete der Welt.

Erstaunt nahmen die Vorstandsmitglieder zur Kenntnis, dass es innerhalb des Areals nicht nur Autowerkstätten gab, sondern auch Möbel selbst hergestellt wurden. Die Zahl der zivilen Mitarbeiter war groß, viele kamen in der direkten Nachkriegszeit hier in Lohn und Arbeit. Aber auch in den Jahrzehnten danach waren (sind) viele Deutsche bei der Army beschäftigt bis zum Beginn des langen Abschieds, der schon vor einigen Jahren begann. Die US-Armee wird Gießen bald endgültig verlassen. Was dann mit der umfangreichen C.A.R.E.-Sammlung geschieht, steht in den Sternen.

Das einfachste wäre, alles in dem denkmalgeschützten Haus zu belassen, denn einen Umzug können die alten Herren nicht mehr bewerkstelligen. Aber dafür müsste die Stadt oder ein anderer Träger das Haus vom Bundesliegenschaftsamt erwerben. Und wer kümmert sich dann weiter darum? Viele offene Fragen, die hoffentlich eine gute Lösung finden, so OHG-Vorsitzender Dr. Michael Breitbach. Denn nachdem kürzlich auch die Bundeswehr abgezogen ist, geht eine wichtige und Jahrhunderte währende Phase Gießens als Garnisonsstadt zu Ende. Die Erinnerung in Form dieser Sammlung sollte unbedingt bewahrt werden, wozu der OHG seinen Beitrag leisten will.

OHG-Pressemitteilung (Dagmar Klein); erschienen am 14. Februar 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung und im Gießener Anzeiger

Wo Elvis auf den Präsidenten trifft

Das C.A.R.E.-Museum zeigt die Geschichte der amerikanischen Truppen in Gießen

Elvis Presley ist hier. Der ehemalige US-Außenminister Colin Powell ebenfalls. Und jawohl, auch Theodore Roosevelt, der 26. Präsident der Vereinigten Staaten. Fotos von ihnen hängen im C.A.R.E.-Museum im US-Depot in Gießen. C.A.R.E. steht für „Civilian Association of Retired Employees“, übersetzt: Ruhestandsvereinigung ehemaliger Beschäftigter der US-Armee in Gießen. Die Ruheständler haben das Museum eingerichtet und öffnen es einmal wöchentlich für Besucher. Was mit dem Museum geschieht, wenn die Amerikaner im Oktober Gießen verlassen, ist ungewiss. Eisengitter befanden sich früher vor den Türen der neun Museumsräume. „Dort in der Zelle musste ich mal eine Nacht einsitzen“, sagt Walter Schuster und deutet auf einen Raum am Ende des Ganges. Die Amerikaner hatten ihn fälschlicherweise kurz nach dem Krieg im Verdacht, Bettlaken gestohlen zu haben.

„Wir hatten alle nichts. Und wir haben damals bei den Amerikanern angefangen, weil es hier etwas zu essen gab“, sagt Heinrich Schroth, den seine Mitstreiter von der Museums-Gruppe auch heute noch „Henry“ rufen, wie es die Amerikaner immer taten. Die Nacht in der Zelle, die sich im Keller des Wachgebäudes befindet, ist lange her. 45 Jahre lang hat Walter Schuster für die US-Army gearbeitet, war als ziviler Beschäftigter zuletzt Leiter der Automobilwerkstatt. Später, als er schon im Ruhestand war, hat er gemeinsam mit anderen ehemaligen Beschäftigten auf Wunsch der Standortleitung das Museum eingerich-

tet. Die Wände des ehemaligen Zellentraktes hängen nun voll mit Bildern, Landkarten, Briefen, Militärabzeichen und anderen Dokumenten.

Ein Stück Militärgeschichte befindet sich in den ehemaligen Zellen - aber nicht nur das. Fotos zeigen beispielsweise die Stadt Gießen während des Zweiten Weltkrieges - vor und nach der Bombardierung im Dezember 1944. Mit den Worten „liebe Tanten, liebe Onkels“ beginnt ein Brief, den Kinder des Gießener Kinderheimes Zuflucht im Jahr 1951 an die amerikanischen Soldaten schickten - als Dank für Geschenkpakete.

Bilder zeigen die letzte Militärparade, die anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages durch Gießen zog. Begleitet wurde die Parade im Jahr 1982 von Protestlern, die Steine warfen. 5000 Stunden Arbeit steckten die Ruheständler in den Aufbau des Museums. Und an einer Wand hängt ein Bild von Colin Powell, der während seiner Stationierung in Frankfurt auch den Standort Gießen besuchte, am 5. September 1986 war das. Ein anderes Bild zeigt Theodor Roosevelt als Kind. Der spätere Präsident der Vereinigten Staaten besuchte Bad Nauheim, seine Eltern machten dort eine Kur.

Das Museum zeigt außerdem, wie vielfältig die US-Army Zivilisten beschäftigte. So gab es unter anderem einen Möbel-Reparaturdienst, eine Schreinerei und eine Schlosserei. „Als ich 1988 in den Ruhestand gegangen bin, waren es noch 1500 zivile Beschäftigte“, erinnert sich Heinrich „Henry“ Schroth. Nach dem Krieg seien es jedoch mehrere Tausend Menschen gewesen, die bei der US-Army in Gießen Arbeit fanden. Einige der ehemaligen Beschäftigten haben sich zu C.A.R.E. zusammengeschlossen. „Wir sind die einzige Ruhestandsvereinigung ehemaliger Bediensteter der US-Army in Deutschland“, sagt Helmut Schulz. Etwa 70 Mitglieder hat die Vereinigung. Zu Hoch-Zeiten seien es etwa 140 gewesen. Eine Gruppe von 15 C.A.R.E.-Mitgliedern hat den Betrieb des Museums übernommen. Jeden Donnerstag sind zwei von ihnen für den Museumsbetrieb verantwortlich. „Das Museum war ursprünglich für die Amerikaner gedacht“, sagt Schroth. Die hier stationierten Soldaten sollten die Geschichte des Standortes kennen lernen. „Es kommen aber auch viele Deutsche, darunter Schulgruppen und Geschichtsvereine“, sagt Schroth.

Was aus dem kleinen Museum wird, wenn die Amerikaner den Standort Gießen aufgeben - die Ruheständler von C.A.R.E. wissen es nicht. Die Aktiven sind um die 80 Jahre alt. „Einen Umzug können wir nicht

stemmen“, sagt Helmut Schulz, der 25 Jahre in der Transportabteilung der US-Army gearbeitet hat und heute 81 Jahre alt ist. Viel Zeit habe es in Anspruch genommen, das Material für das Museum zusammenzutragen. Etwa 5000 ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden stecken darin. „Und jetzt soll das alles“, sagt Schuster und lässt den Satz unvollendet. Sein Kollege Schulz drückt es so aus: „Wenn die Amerikaner weggehen, ist das ein Abschied von einem Teil unseres Lebens.“

Das C.A.R.E.-Museum (Rödgener Straße 61-93) in Gießen ist donnerstags von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Führungen sind nach Anmeldung möglich. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen gibt es jeweils donnerstags unter Tel. (0641) 4027164.

Carmen Schmidt; erschienen am 4. März 2007 in der Wetzlarer Neuen Zeitung.

V. Presseberichterstattung

Über die OHG-Vorträge im Winterhalbjahr 2006/07

Rabbiner Benedikt Levi lebte für Humanitätsideal

Dr. Carsten Wilke vor Oberhessischem Geschichtsverein und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Zur Eröffnung der neuen Vortragsreihe des Winterhalbjahres 2006/2007 konnte Dr. Michael Breitbach als Vorsitzender des Oberhessischen Geschichtsvereins, auch im Namen der als Mitveranstalter fungierenden Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, am Mittwochabend etwa 50 Besucher im Netanyasaal des Alten Schlosses begrüßen. Breitbach stellte den Referenten Dr. Carsten Wilke (Duisburg), der zum Thema »Humanität als Priesterschaft. Zum 200. Geburtstag des Gießener Rabbiners Dr. Benedikt Levi« sprach und der am Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte tätig ist, als Kenner der Geschichte des deutschen Judentums und seiner Beziehungen zum christlichen Umfeld vor.

Wilke erinnerte daran, dass Zeitungsberichte im 19. Jahrhundert in Gießen fast nur in Verbindung mit jüdischen Festtagen erschienen, und dann zu meist in Beziehung auf den Rabbiner Dr. Benedikt Levi, dessen Biografie immer wieder Anlass zu Feiern bot, wurde er doch schon 1829 Provinzialrabbiner für Oberhessen und blieb dies für die lange Zeit von 68 Jahren. So entspreche die Würdigung von Levis 200. Geburtstag am 14. Oktober durch die Veranstalter durchaus Gießener Tradition.

Wie der Referent ausführte, müsse die Person des Rabbiners aus Quellen

rekonstruiert werden, da Levi keine Bücher veröffentlicht habe und in der Literatur nur einige religiöse Gutachten sowie in Büchern veröffentlichte Predigten erhalten blieben. Seine Papiere wurden nach seinem Tod geteilt, das Tagebuch ging in den Kriegswirren verloren, erhalten blieb lediglich die Korrespondenz mit seinem Sohn Hermann, der, Ironie der Levischen Familiengeschichte, ausgerechnet als Wagner-Dirigent in Bayreuth Karriere machte. Dennoch blieb er nie vor antisemitischen Anfeindungen sicher. Ausführlich ging der Referent auf die Familiengeschichte der Levis ein, die die beste Möglichkeit biete, sich dem Gießener Rabbiner anzunähern, der einer der bedeutendsten jüdischen Gelehrtenfamilien entstammte. Benedikt bekam seine Ausbildung an der Talmud-Akademie in Mainz und zählte zu den ersten rabbinischen Gelehrten mit akademischer Bildung, zeitlebens um eine Anpassung der jüdischen Theologie und Glaubenspraxis an das bürgerliche Zeitalter bemüht.

Schon in seiner Dissertation spürte Levi dem nach, »was allen Verehrern eines höchsten Wesens gemein ist«, und wies frühe Begegnungen östlichen und westlichen Denkens nach. Benedikt Levis schnellem Aufstieg standen Tiefschläge im Privatleben gegenüber. Seine als Klaviervirtuosin und Mensch sehr geschätzte erste

Frau Henriette verstarb 1842 im Kindbett, seine zweite Frau bereits 1845, dann blieb er Witwer.

Getreu seiner Auffassung, wonach das wahre Priestertum im wahren Menschentum zu finden sei, engagierte er sich auf verschiedenen Ebenen für seinen Glauben, wobei eines seiner Hauptanliegen war, für die ästhetische Verschönerung des Gottesdienstes durch Einsatz von Orgel und Chorgesang einzutreten, weshalb er in Gießen bereits 1833 die Orgel einführte, was bei orthodoxen Juden Anstoß erregte. So sei 1832 Levis »Beweis der Zulässigkeit des jüdischen Chorgesangs mit Orgel im jüdischen Gottesdienst« in einer christlichen Zeitschrift veröffentlicht worden. Benedikt Levi war, wie der

Referent an vielen Beispielen belegte, Vertreter einer gemäßigt konservativen Position im Lager der Reformen.

Trotz aller persönlichen Erfolge musste er zur Kenntnis nehmen, dass seine Vorstellung, dass der Fortschritt der Menschheit immer mit einem Fortschritt in der Menschlichkeit einhergehe, durch zunehmenden Antisemitismus widerlegt wurde, wie er etwa beim Einbruch in die Gießener Synagoge und deren Schändung 1879 zum Ausdruck kam. So wich sein Optimismus im Greisenalter großem Kummer über den auch in Oberhessen fußfassenden Antisemitismus.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 27. Oktober 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Auch der Rheinbund machte aus Hessen kein Königreich

Nach sieben Jahren wieder still in der Versenkung verschwunden - Prof. Eckhart Franz referierte vor dem Oberhessischen Geschichtsverein

Zum zweiten Vortrag dieses Winterhalbjahres konnte Dr. Michael Breibach als Vorsitzender des Oberhessischen Geschichtsvereins am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses zahlreiche Besucher begrüßen, die gekommen waren, um sich von Prof. Eckhart G. Franz, von 1971 bis 1996 Direktor des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt, über »Die Hessen im territorialen Umbruch der Rheinbundzeit« informieren zu lassen. Dabei ging Franz mit dem Titel »Landgraf, Kurfürst, Großherzog, vielleicht auch König?« bereits auf Hoffnungen ein, die in Hessen vom Rheinbund geweckt wurden. In Anlehnung an die Wanderausstellung zum Thema »Hessen im Rheinbund« ging der Referent ausführlich auf die Vorgeschichte des Bundes ein, der

nach kaum sieben Jahren sang- und klanglos aus der Geschichte verschwand, und würdigte die dennoch bedeutenden Auswirkungen dieses Bündnisses, das Napoleon angeblich nur »Geld und Soldaten« bringen sollte, Hessen aber das Großherzogtum Hessen-Darmstadt und das Kurfürstentum Hessen-Kassel bescherte.

Schwer zu bestimmen ist, wie Franz sagte, der eigentliche Gedenktag des Rheinbundes, denn an dessen offiziellem Gründungsdatum, am 12. Juli 1806, sei im Gegensatz zu dem oft abgebildeten Kupferstich keiner der 16 neuen Bundesfürsten zur Unterzeichnung in Paris gewesen. Unbestritten aber sei 1806 zum Brennpunkt einer epochalen Umwälzung geworden, denn auch in Hessen kam es nicht nur zu einer territorialen

Neuordnung, sondern auch zum Übergang vom »Ancien Regime« zum modernen Verfassungsstaat.

Lebhaft diskutiert wurde bereits in den 1780er Jahren unter den von der Aufklärung geprägten Intellektuellen und Fürsten der jungen Generation die Notwendigkeit von Reformen, sodass viele die Nachrichten aus Frankreich anfänglich mit Begeisterung aufnahmen. Ganz anders, nämlich als spätabolutistischer Autokrat und geschworener Gegner der Aufklärung, reagierte Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel. Doch auch in Darmstadt schlug die Stimmung um, sodass nach dem Frieden von Basel, den sich 1795 Preußen unter Verzicht auf seine linksrheinischen Gebiete von Frankreich erkaufte, der Darmstädter Landgraf »eine in jetzigen Zeiten unpassende Macchiavellische, Jesuitische und Jacobinische« Politik verurteilte, der Vetter Wilhelm in Kassel im Gefolge Preußens zugestimmt hatte. Neue Voraussetzungen schufen Napoleons militärische Erfolge, bis schließlich im Frühjahr 1798 auch Darmstadt, das zuvor noch die Nachbarn Baden und Württemberg wegen ihres »hundsvöttischen Friedens« mit Frankreich verurteilt hatte, das Steuer herumriss und mit dem Obristen August von Pappenheim einen erfahrenen Diplomaten nach Paris schickte.

Trotz der nur teilweise erfüllten hochgespannten Erwartungen habe die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt zu den Hauptgewinnern gehört, bekam sie doch etwa das Herzogtum Westfalen um Arnsberg, die kurmainzischen Ämter an der Bergstraße nebst Dieburg, die rechtsrheinischen Besitzungen des Bistums Worms, die Klöster und Stifte Seligenstadt,

Marienschloss und Wimpfen, die kurpfälzischen Exklaven im Odenwald und die Reichsstadt Friedberg.

Der Referent wies darauf hin, dass sich in dieser »ersten Stufe der großen territorialen Flurbereinigung« bereits umfassende Reformen anbahnten, die zum Teil weiterwirkten. Napoleon, seit 18. Mai 1804 Kaiser der Franzosen, schloss Ende August 1805 zuerst mit Bayern, dann mit Baden und Württemberg Verträge zum Bündnis, während beide Hessen zunächst abwarteten, was Darmstadt Anfang 1806 eine französische Zwangseinquartierung unter Marschall Augereau einbrachte. Hessen-Kassel, dem Außenminister Talleyrand die Errichtung eines »Königreichs der Katten« in Aussicht gestellt hatte, ließ diese Chance durch diplomatisches Ungeschick ungenützt. Wesentlich geschickter habe sich, wie Franz darstellte, auch diesmal Pappenheim in Darmstädter Diensten geschlagen, wobei es auch für Darmstadt nicht zur Königswürde gereicht habe, sondern letztlich zum neu geschaffenen Titel des »Großherzogs«.

Für das Ende der Rheinbundzeit treffe für Kurhessen der Begriff »Restauration« bedingt zu, doch sei hier der »westphälische« Einfluss wirksam geblieben. Im Herzogtum Nassau seien die Reformen noch deutlicher zu erkennen, und an der »Verfassungs-Urkunde des Großherzogtums« hätten die aus Gießen berufenen Minister Karl von Grolman und sein Kollege Staatsrat Jaup, Mitglieder der Code Napoleon-Konferenzen, entscheidenden Anteil gehabt.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 3. November 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Nassau wurde Herzogtum von Napoleons Gnaden

Klaus Eiler sprach am Mittwochabend beim Oberhessischen Gesichtsverein im Netanyasaal des Alten Schlosses

Zum zweiten Vortrag, der den 200. Jahrestag der Gründung des Rheinbunds würdigte, hatte sich ein halbes Hundert interessierte Besucher am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses eingefunden, um den Ausführungen des Referenten Dr. Klaus Eiler auf Einladung des Oberhessischen Gesichtsvereins zu folgen. Begrüßt wurden die Gäste und der Referent des Abends, Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden, vom Vorstandsmitglied Dr. Eva-Marie Felschow, die Eiler als »überaus kompetenten Bearbeiter der nassauischen Geschichte« vorstellte, was dieser im Verlauf seines illustrierten Vortrags nachdrücklich unterstrich.

Eiler wies zunächst auf die unterschiedliche Einschätzung der Rheinbundmitgliedschaft generell hin, die von Treitschke als »Verrat am Vaterland« gedeutet wurde, und erinnerte an die enge Verbindung der Rheinbundidee mit der Französischen Revolution.

Als Preußen 1795 seinen Sonderfrieden mit Frankreich schloss, sei dies ein Schock für alle Fürsten gewesen, sodass dieses Jahr zum Schicksalsjahr geworden sei, mit der Einsicht, jetzt um jeden Preis um die Erhaltung der eigenen Herrschaft kämpfen zu müssen. Während sich das Schicksal Nassau-Oraniens auf höchster europäischer Ebene entschied, sahen sich die seit 1783 durch einen Erbvertrag verbundenen Häuser Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg dazu gezwungen, ihre bedrohte Existenz

durch geschickte Diplomatie zu sichern.

Wie Eiler darstellte, hatten sich die Nassauer im Sommer 1802, als der Entschädigungsplan für den späteren Reichsdeputationshauptschluss weitgehend fertig war, bereits gut positioniert und besetzten im Oktober 1802 die Stadt Nassau und das Territorium des Freiherrn von Stein, was ihnen dieser lange nachtrug. Dabei konnten die durch ein Netzwerk persönlicher Beziehungen aufgebauten Annäherungen an Frankreich nur durch eine Abkühlung der Beziehung zu den Habsburgern erkaufte werden, die seit 1804 spürbar wurde. Zu dieser Zeit feilte Napoleon bereits an seinen Plänen für das neue Imperium mit deutschen Verbündeten, wobei gerade die Staaten, die im letzten Moment an seine Seite traten, keine Skrupel zeigten, auf Kosten Schwächerer großen Träumen über die Erweiterungen ihrer Macht nachzuhängen. Dazu gehörten auch die Nassauer, denen Napoleon den Übertritt mit der Erhebung zum Herzogtum belohnte.

Die von den Nassauern verfolgte Schaukelpolitik hatte sich also zunächst ausgezahlt, zumal ihnen der Gebietsverlust links des Rheines das Doppelte bis Dreifache an Gebietszuwachs bescherte. Die Kehrseite habe sich für die Nassauer insbesondere bei der Stellung der Frankreich zugesagten Truppenkontingente gezeigt, machte Eiler klar. Er würdigte insbesondere auch das diplomatische Geschick des nassauischen Staatsministers Ernst Freiherr Marschall von

Bieberstein und seines kompetenten Mitarbeiters Karl Ibell sowie bis 1811 des nassau-weilburgischen Staatsministers Hans Christoph Freiherr von Gagern. Obwohl man sich in Nassau die eigene Ohnmacht nicht eingestehen wollte, sei spätestens seit Austerlitz klar geworden, dass Nassaus Schicksal ganz in Napoleons Hand lag. Mit dem Eintritt in den Rheinbund am 12. Juli 1806 bildeten Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg einen neuen Staat.

Ausführlich ging der Referent auf die Reformpolitik ein, die im September 1806 einsetzte und einen Staat mit eigener Identität schaffen sollte. Die Verwaltung an der Spitze wurde zentralisiert, die französische Ordnung in Departments wurde nicht übernommen. Besonders die Reform der direkten Steuern sei sehr drastisch gewesen, wie das Reformedikt von 1809 verdeutlichte. Von vorher fast 1 000 Abgaben bleiben im Grunde nur zwei übrig: die Gewerbesteuer und die neue Grundsteuer. Sehr zögerlich

Mensch entscheidender Faktor der Veränderung

Prof. Alfred Pletsch sprach beim Geschichtsverein über »Arme Bauern und wüste Dörfer in Mittelhessen«

Einmal mehr erwies es sich am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses bei dem Vortrag über »Wüste Dörfer und arme Leute in Mittelhessen«, dass Themen mit archäologischen Aspekten die meisten Besucher anziehen, denn Schriftführerin Dagmar Klein konnte zu dem Vortrag von Professor Alfred Pletsch aus Marburg über 100 Besucher im Namen des gastgebenden Oberhessischen Geschichtsvereins begrüßen. Der Referent, bekennender Marburger, räumte zunächst ein, dass das

sei man bei der Einführung des code civil vorgegangen, während die Aufhebung der Leibeigenschaft 1806 und das Edikt über die Freizügigkeit von 1810 schnell neue Rechtsgrundlagen schufen.

Neu aufgebaut werden musste auch das Rekrutierungswesen, wobei das Los bestimmte, wer eingezogen wurde. Als mit dem Niedergang Napoleons ein erneuter Frontenwechsel angesagt war, erwies sich einmal mehr Bayern als besonders schnell, aber auch die Nassauer wurden am 31. Oktober 1813 bei den neuen Bündnispartnern Bayern-Österreich vorstellig und ließen sich den Fortbestand ihrer Herrschaft garantieren. Am 16. November folgte der Austritt aus dem Rheinbund, am 23. November die Aufnahme ins antifranzösische Bündnis.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 17. November 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

zentrale Thema die Wüstungen seien, zu den armen Leuten werde er sich nicht ausführlicher äußern.

Der Einstieg in die Materie war allerdings davon ausgenommen, denn mit Zitaten aus Musäus' »Rübezahl« und Büchners »Hessischem Landboten« streifte Pletsch diesen Aspekt, um anschließend auf die naturräumliche Gliederung Hessens einzugehen, wobei das durch das Rheinische Schiefergebirge geprägte Westhessen und das Buntsandsteingebiet Ost Hessens

durch fruchtbare Beckenlandschaften getrennt werde. Die Besiedlung des heimischen Raums erfolgte nach dem Ende der Eiszeit ab 5 000 v. Chr.

Der Referent verwies in Zusammenhang mit der vorderasiatischen Kulturdrift auf die agrargeschichtliche Forschung Janssens, der eine Kongruenz von Lössverbreitung und Bandkeramikersiedlungen nachgewiesen habe. Mit der Sesshaftwerdung seien dann zum Schutz auch Fliehburgen wie am Glauburg, Dünsberg oder Christenberg entstanden. Hessen liege dabei, wie das Steinkammergrab von Züschen oder der Menir von Langenstein bei Kirchhain zeige, an der Schnittstelle des mittelmeeischen und westeuropäischen Kulturkreises.

Vor- und frühgeschichtliche Siedlungen fanden sich in vielen Teilen Hessens, wobei deren Häufung im Fritzlarer und Kasseler Becken vermutlich dem Stamm der Chatten zu verdanken sei. Der Dünsberg als eine der bedeutendsten Höhensiedlungen Hessens überhaupt wird, wie Pletsch unterstrich, zu Recht mit den Kelten verbunden, die sich auch als Verbreiter des Eisens von ihrem alpinen Ursprungsraum im 5./4. Jahrtausend v. Chr. weit ausdehnten, was sprachlich gut nachweisbar sei. Mit dem Kampf um Germanien durch das Vordringen der Römer wurde das große Wirtschaftsgebiet der Kelten überlagert.

Es folgte eine ausführliche Darstellung der Methodik der Wüstungsforschung. Kernpunkt war die Frage, ob die Entwicklung linear verlief und somit von Kontinuität gezeichnet, wie es der streitbare Pfarrer Robert Gradmann sah, oder in Phasen, wie es Otto Schlüter sah. Letztlich habe sich Schlüter mit seiner Folge von Land-

nahme- und Wüstungsphasen gegenüber Gradmanns Steppenheidetheorie durchgesetzt. Hiernach sei der Mensch entscheidender Faktor der Veränderung, der aus der Naturlandschaft durch die Landnahme die Kulturlandschaft machte. Als besonders ergiebige Methode nannte der eloquente Gast, der seine Ausführungen mit hervorragendem Bildmaterial untermauerte, die Ortsnamensmethode, eine »Marburger Erfindung« des Rechtshistorikers Wilhelm Arnold, wonach sich an der Verbreitung der Ortsnamen die Wanderungen der germanischen Stämme ablesen lassen. Hier wird zwischen den Ansiedlungen der Urzeit (4. Jh. v. bis 4. Jh n. Chr.) mit Endungen wie -affa, -lar, -mar, -ingen, -loh und andere sowie der Zeit der fränkischen Landnahme (5. bis 8. Jahrhundert) mit Endungen wie -dorf, -bach, -burg, -berg, -hausen, -tal, -weil und andere unterschieden. Hinzu treten die Namen der hochmittelalterlichen Rodungsphase vom 9. bis 12. Jahrhundert, die mit -wald, -rode, -schlag, -münster, -zell, -kirchen, -haus am leichtesten zuzuordnen seien.

Die eigentliche Wüstungsforschung beschäftige sich mit Dorf und Flur und unterscheide zwischen temporärer und dauerhafter sowie partieller und totaler Wüstung. Aus der »Gießener Schule« nannte Pletsch die Namen Klute, Uhlig und Lienau, von der »Marburger Schule« Born, Scharlau sowie Kern und Eisel, die für das Amöneburger Becken 111 Wüstungen nachwiesen. Bei der Vorstellung einzelner Beispiele aus dem Raum Amöneburg erinnerte der Redner daran, dass Bonifatius sein Missionswerk in Hessen nicht vom Büraberg, sondern

von der Amöneburg aus begonnen habe.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 1. Dezember 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Zum Entwurf einer Verfassung gehörte viel Mut

Ehrenmitglied Prof. Helmut Berding sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über die Anfänge der Demokratie

Mit einem Vortrag seines Ehrenmitglieds Prof. Helmut Berding erwies der Oberhessische Geschichtsverein am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses der hessischen Verfassung, die am 1. Dezember ihren 60. Geburtstag feierte, seine Reverenz. Wie Vorsitzender Dr. Michael Breitbach in seiner Einführung hervorhob, konnte mit dem Referenten einer der wichtigsten Experten für dieses Thema gefunden werden, das »Die Anfänge der Demokratie und die Entstehung der Verfassung in Hessen nach 1945« darstellte. Prof. Berding, der bis zur Emeritierung 1998 an der JLU neuere Geschichte lehrte, sei ein herausragender Kenner der hessischen Verfassung und als solcher auch am Festbuch der Landesregierung als Autor beteiligt.

Der Referent eröffnete seinen übersichtlich in zehn Abschnitte gegliederten Vortrag mit einem Zitat Adolf Arndts vom 8. August 1946, wonach es bei einer Ration von sechs Gramm Fett am Tag wenig sinnvoll sei, über Demokratie zu reden, da Hunger Kannibalen mache, aber keine Demokraten. Bei der Frage, ob es richtig sei, gleich 1946 mit dem Neuaufbau zu beginnen, setzten sich dessen Befürworter durch, wohl wissend, dass zum Entwurf einer Verfassung viel Mut gehörte. Einig seien sich die Politiker der ersten Stunde darin gewesen, dass man möglichst schnell aus der herrschenden Not herauskommen wollte.

So hätten die Politiker unter enormem Zeitdruck aus dieser Not heraus statt eines Provisoriums etwas von Dauer geschaffen.

Im Sommer 1946 schlugen die Amerikaner unter Lucius D. Clay einen neuen Kurs in ihrer Besatzungspolitik ein, wobei sie schon kurz nach dem Einmarsch begonnen hatten, deutsche Behörden wieder aufzubauen, besetzt mit politisch Unbescholtenen, die zugleich fähig waren, wie etwa Ludwig Bergsträsser. Unter verschiedenen Alternativen entschied man sich für »Großhessen« aus Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau, amputiert um das an Rheinland-Pfalz gefallene Rheinhessen. General Eisenhowers Verkündung der Gründung des Staates Großhessen am 19. 9. 1945 habe die Zustimmung der meisten Hessen gefunden.

Erste Anstöße zur politischen Betätigung kamen zunächst aus Antifa-Gruppen, die sich aber schnell auflösten; schon im Sommer 1945 wurden politische Parteien wieder zugelassen, zunächst auf Kreis-, dann auf Länder- und schließlich auf Zonenebene. Dabei wurden entweder alte Parteien zu neuem Leben erweckt oder neue gegründet. Auch wenn viele Emigranten die Abhaltung von Wahlen für zu früh hielten, kam es 1946, wiederum auf Gemeindeebene beginnend, zu fünf Wahlen, deren Ausgang und Verlauf die Demokrati-

sierung ebenso rechtfertigten wie die Wahlbeteiligung von 75 Prozent.

Bereits am 4. Februar 1946 hatte eine Direktive der US-Besatzungsmacht das Ziel der Etablierung eines demokratischen Verfassungsstaats in drei Etappen vorgegeben. Schon aus dem ersten Entwurf vom Juni 1946 wurde viel unverändert in die Verfassung übernommen. In der verfassungsgebenden Versammlung stellte die SPD die Mehrheit der 90 Sitze, die CDU war zur Kooperation mit ihr gezwungen, da man davon ausgehen konnte, dass Beschlüsse von SPD und KPD von den Amerikanern nicht akzeptiert würden. Der kurz vor Terminalschluss gefundene Verfassungskompromiss fand die Unterstützung von über 90 Prozent, nur die Liberalen waren dagegen. Dieser breite Konsens begünstigte, wie Berding unterstrich, trotz großer Unzufriedenheit der Amerikaner die Genehmigung durch die US-Militärbehörde.

Berding schloss seine prägnanten Ausführungen mit einer Bewertung

der Gründung aus historischer Perspektive ab. Die konsequente Wendung zum Sozialstaat sei der Verbindung der christlichen Soziallehre mit dem demokratischen Sozialismus geschuldet. Die weitere Entwicklung sei durch den Satz »Bundesrecht bricht Landesrecht« etwas relativiert worden, aber Georg August Zinns Slogan »Hessen vorn« habe durchaus Sinn gemacht.

Tatsächlich gaben nach Berdings Ansicht die Politiker der ersten Stunde den Ausschlag für diese Verfassung, die nicht nur, wie gewünscht, länger währte als die Not und das Elend der hessischen Bevölkerung. Sie erwies sich letztlich gerade nicht als Notbehelf, sondern legte insbesondere mit den ersten beiden Artikeln das Fundament für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 8. Dezember 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Das Weltkulturerbe Limes bringt Chancen und Verpflichtungen

Landesarchäologe Prof. Schallmayer berichtete im Oberhessischen Geschichtsverein - Erhaltung des Erbes, Stärkung des Denkmalschutzes und Information

Über den bei archäologischer Thematik regelmäßig registrierten guten Besuch konnte sich Dagmar Klein, Schriftführerin des Oberhessischen Geschichtsvereins, am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses freuen, als sie im Namen des Vorstands die Besucher zum letzten Vortragsabend 2006 begrüßte. Sie waren gekommen, um sich aus berufenem Munde, nämlich vom Landesarchäologen Prof. Egon Schallmayer (Wiesbaden) über das Thema »Der obergermanisch-raeti-

sche Limes als Weltkulturerbe« informieren zu lassen. Schallmayer, Spezialist für provinzialrömische Archäologie und seit 2001 oberster hessischer Archäologe, leitete zeitweise das Saalburg-Museum und war Mitglied der Kommission, die der UNESCO den Antrag auf Aufnahme des obergermanisch-rätischen Limes ins Weltkulturerbe präsentierte.

Der Referent definierte den Limes als die einstige römische Reichsgrenze, der in seinem obergermanisch-räti-

schen Verlauf die heutigen Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen betrifft. Dabei stellte er klar, dass auch in anderen Teilen des römischen Reiches wie im heutigen Rumänien (dakischer), der Türkei (pontischer) oder auch in Palästina, Ägypten und Nordafrika Limesreste erhalten blieben, sodass es ein Desiderat der Forschung sei, in allen betroffenen Ländern die Reste der einst trennenden Grenze gemeinsam zu bewahren und erforschen, was aber noch seine Zeit brauchen werde.

Als im Juli 2006 der Antrag auf Anerkennung des obergermanisch-rätischen Limes als Weltkulturerbe genehmigt wurde, habe dies für die beteiligten Bundesländer eine Reihe von Chancen und Verpflichtungen mit sich gebracht, die man ebenso gemeinsam nutzen werde, wie man schon bei der Antragstellung zusammengearbeitet habe. Schallmayer stellte klar, dass unter Domitian zwar erstmals der Begriff »limes« verwendet worden sei, aber noch nicht in der umfassenden Bedeutung »Reichsgrenze«, wie man ihn heute verstehe. Trajan (98-117), Hadrian (117-138) und Antoninus Pius (138-161) waren es, die für Errichtung und Erhalt des Limes Sorge trugen, wobei es insbesondere Hadrian gewesen sei, »der das römische Reich praktisch eingezäunt hat, wo keine natürliche Flussgrenze war«. Anhand dendrochronologischer Untersuchungen könne man heute Teile des Wetterau-Limes auf 119/120 genau datieren. Dieser Ausbau des Limes wurde nun als Weltkulturerbe anerkannt - anschließend an das bereits bestehende Weltkulturerbe wie den Hadrianswall-, wobei die Zustimmung der Engländer nötig war

und die Internationalisierung unter »frontiers of Roman Empire« zu einer »Markenbezeichnung« (engl. brand) wurde - mit der gigantischen Aufgabe, alle Abschnitte unter dieser Marke zu vereinigen.

Schallmayer zog umfangreiches Bildmaterial heran und erlaubte dem Publikum so auch Einblicke in die Präsentationsunterlagen. Er stellte Forschungsmethoden vor, wie geophysikalische Untersuchungen oder Luftbildarchäologie und beschäftigte sich kritisch mit der Praxis der Rekonstruktionen, die seiner Meinung nach ausschließlich mit Originalmaterialien errichtet werden sollten. Man könne aber heute aus Sicherheits- und Brandschutzgründen etwa den Eingang in einen Wachturm nicht in den ersten Stock verlegen, was zum Improvisieren zwingt, wodurch das Bauwerk nicht mehr authentisch sei. Am Beispiel des »offenen archäologischen Experiments« des Römerkastells Saalburg, erläuterte der Vortragende die verschiedenen historischen Ebenen von der antiken über die wilhelminische bis zur modernen.

Intensiv setzte sich Schallmayer mit der Arbeit der Reichs-Limes-Kommission und der Vorarbeit des Fabricius mit seiner 15-bändigen Abhandlung auseinander. Wie sich Reichsgeschichte und Regionalgeschichte verbanden, erläuterte der Redner an Fabricius, Enkel eines Arnburger Rentamtmeisters, der sich von Kloster Arnburg überschwänglich begeistert zeigte. Die Reichs-Limes-Kommission habe eine Unmenge von Material gefördert, das aber heute kaum noch zuzuordnen sei. Ihr Hauptverdienst liege bei der Festlegung des Verlaufs bis in einzelne

Parzellen und im Entwurf eines Funktionsschemas.

Am Beispiel des Augsburger Siegesaltars von 260 erfuhr das Auditorium die merkwürdige Geschichte vom Limesdurchbruch der Jutungen, der Jugend der Semnonen, die erst bei Mailand vom aus dem heutigen Ungarn herbeigerufenen römischen Militär gestellt und zurück nach Augsburg gedrängt wurden.

Heute könne man sich, ausgehend vom Kartenwerk, das dem UNESCO-Antrag beigelegt ist, auf jede einzelne Parzelle herunterzoomen. Das Weltkulturerbe habe keinen neuen Rechtsstatus geschaffen, aber erfordere eine 30 Meter breite Tabuzone um die erhaltenen Reste. Die Aufnahme ins Weltkulturerbe heiße also nicht, primär den Tourismus anzukurbeln, sondern das Erbe zu erhalten, den Denkmalschutz zu stärken und die Bevölkerung zu informieren und mit-einzubeziehen. Es gebe nun wieder eine Limes-Kommission, deren Sitz in Kampfabstimmung auf die hessische

Saalburg geholt wurde, die als Limes-Lenkungsgruppe umfassende Agenda erstellt habe. Die besondere Vermittlung laufe über ein Zentrum pro Land, ein regionales Vermittlungszentrum pro Kreis, örtliche Informationspavillons und Tafeln vor Ort. Besonders erfreut sei man in Hessen über den Ankauf eines acht Hektar großen Geländes bei Arnburg als »archäologisches Reservat«. Schon heute gelte es, Abschied von vertrauten Vorstellungen zu nehmen, die lange auch die Schulbücher vermittelten. Weder wurde der Limes für Stellungskriege errichtet, noch lasse sich das Bild einer Konstruktion aus Palisade, Graben, Wall, Patrouillengang und Turm weiter aufrecht halten. Ein Blick auf den römischen Alltag am Limes und der Stellenwert der Archäologen für die Gesellschaft waren abschließende Themen.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 15. Dezember 2006 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Bei der Eröffnung hatte das Haus 823 Plätze

Prof. Helmut Berding sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über »100 Jahre Stadttheater«

Dem Oberhessischen Geschichtsverein widerfuhr, worüber sich das Stadttheater auch stets freut: Die Veranstaltung war ausverkauft, soweit man dies bei freiem Eintritt so formulieren darf. Im Netanyasaal blieb am Mittwochabend kein Platz unbesetzt, als der Historiker Prof. Helmut Berding, Emeritus der Justus-Liebig-Universität und Geschichtsvereins-Ehrenmitglied, seinen Vortrag »Bürgerkultur in Gießen - 100 Jahre Stadttheater« hielt. Prof. Erwin Knauß konnte bei seinen einführenden Wor-

ten nur spekulieren, ob das große Interesse mit der Attraktivität des Referenten oder der des Themas zu tun hatte.

Berding wies zunächst auf das anstehende Doppeljubiläum hin - 400 Jahre Universität, 100 Jahre Stadttheater - und erklärte, dass sich die 3000 Einwohner des Jahres 1607 an fürstliche Entscheidungen zu halten hatten. Dies änderte sich, wie der Referent sagte, durch den mit der industriellen Revolution verbundenen

gesellschaftlichen Wandel, der im Zuge der Urbanisierung aus Ackerbürgern ein selbstbewusstes Bürgertum werden ließ.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 begann eine von Optimismus geprägte gedeihliche Entwicklung; speziell in Gießen expandierte die Universität, es entstanden prächtige Bauten, etwa für Schulen. Handel, Gewerbe und Industrie befanden sich im Aufschwung. Mit Straßenbau, der Einführung von Gas, der Wasserversorgung, Elektrizität und Kanalisation fanden die aktiv gestaltenden Bürger Anschluss an die Moderne. Was fehlte, war ein Theater.

Die Verhältnisse im Leib'schen Saal in der Walltorstraße waren unbefriedigend - zu nahe lagen die Schweineställe bei der Bühne. Als 1890 Erbgroßherzog Ernst Ludwig in der Stadt studierte, entstand die Idee, »bessernde Hände« wirken zu lassen und einen Verein zu gründen, der 1897 unter dem Vorsitz von Prof. Carl Fromme, unterstützt von den Herren Heichelheim, Heyligenstaedt und Schaffstaedt, auf einen neuen Kurs kam: Statt ausschließlich Gastspiele zu bieten, sollte eine eigene Truppe in einer Union mit den Städten Marburg und Bad Nauheim Aufführungen gestalten, das erste Städtebundtheater entstand.

In Gießen blieb das Interesse gering, und so wurde der Ruf nach einem Neubau laut, auch unter Hinweis auf das Universitätsjubiläum des Jahres 1907. Zunächst war neben einem Schauspielhaus auch an einen Konzertsaal gedacht worden, doch fiel die Entscheidung zugunsten eines Theaters; hierfür flossen die meisten Spen-

den von rund 600 Einwohnern aus allen Schichten, Berufen und Milieus, und so sah sich die Stadt - wie Jahre zuvor beim Volksbad - im Zugzwang und stellte das Terrain des Schüler'schen Gartens, den heutigen Standort, zur Verfügung.

Eine Theaterbaukommission bildete sich. Mittlerweile war Eile geboten, denn der Termin des Uni-Festes rückte näher. Die Theater in Dortmund und Bielefeld wurden inspiziert, ein Wettbewerb wurde ausgeschrieben, den schließlich das Spezialistenbüro Fellner-Helmer gewann. Dieses Duo hatte den Plan eines Jugendstilbaus eingereicht, der aber auch in Gablonz und Klagenfurt realisiert wurde, was in Gießen aber nicht bekannt war. Erst als später Schauspieler mühelos ihre Garderoben fanden, wurde das klar, denn diese kannten die Wege aus den anderen Städten.

Die Bauarbeiten gestalteten sich zunächst wegen der Bodenverhältnisse schwierig, alles andere funktionierte reibungslos, sodass Intendant Hermann Steingoetter am 23. Juli 1907 - eine Woche vor den Universitätsfeierlichkeiten - die Festvorstellung zur Eröffnung anberaumen konnte. Auf den damals 823 Plätzen saßen nur die betuchteren Spender, da die ärmeren sich Frack und Abendkleid nicht leisten konnten. Auf dem Programm standen neben dem Vorspiel auf dem Theater aus »Faust« noch Kleists »Zerbrochener Krug« und »Wallensteins Lager« von Schiller. (Glaubt man dem Plakat in der Festschrift von 1982, dann war in der Zeit von 8 bis 11 Uhr auch noch Zeit für einen von Alfred Bock gedichteten Prolog, Beethovens »Weihe des Hauses« und Wagners Vorspiel zum dritten Akt des

»Lohengrin«!). Auch die überregionale Presse würdigte das Ereignis, und in der Stadt war man stolz auf das hinzugewonnene Renommee.

Hans-Peter Guntz (hpg); erschienen am 12. Januar 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Gleichschaltung schlug sich in der Sprache nieder

Peter Schlagetter-Bayertz hielt beim Oberhessischen Geschichtsverein den Vortrag »Stadtmarketing unterm Hakenkreuz«

Obwohl der Oberhessische Geschichtsverein am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses mit dem Thema »Stadtmarketing unterm Hakenkreuz« einen Vortrag mit lokalem Bezug präsentierte, konnte Dr. Ludwig Brake für den OHG-Vorstand nicht allzu viele Besucher willkommen heißen. Den Referenten Peter Schlagetter-Bayertz stellte er als echten Gießener vor, der seiner Heimatstadt mit einer ebenso tiefen wie kritischen Sympathie gegenüberstehe.

Schlagetter-Bayertz analysierte in einer Powerpoint-Präsentation die in den Jahren 1935 bis 1939 und dann noch einmal 1941 erschienene Zeitschrift »Die aufbaufreudige Stadt«, die am Leitgedanken »Kraft durch Freude« orientiert war und von Verkehrsverein und -amt herausgegeben wurde. Die Zeitschrift trug den Untertitel »Monatsblätter für die Universitäts- und Garnisonsstadt«.

Der Referent erläuterte die inhaltliche Strukturierung der Zeitschrift, wobei er nachwies, dass die Universität eher einen bescheidenen Raum in der Berichterstattung einnahm und die Zahl der Anzeigen stark rückläufig war. Da die Erstausgabe im Jahr der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte, waren militärische Themen besonders dominant, und der Aufstellung eines Ergänzungsbataillons war die dritte Ausgabe als

Sondernummer gewidmet. Hier erhielten Soldaten eine Grundausbildung und wurden in einer Vereidigungsfeier auf dem Schiffsberg auf Hitler eingeschworen.

Detailliert ging der Referent auch auf die Ritterdarstellung auf der Titelseite ein, die in Anlehnung an die Stadtsiegel von 1243 und 1311 das »traditionsreiche Wappen wieder von seinem Recht kommen lasse«, inklusive einer unhistorischen Verwendung des Antoniterwappens. Die totale Gleichschaltung schlug sich auch in der Sprache nieder und in der kultischen Propagierung von Mythen wie etwa dem »Blutbanner«, dem NS-Mythos Langemarck oder der Erinnerung an die Seeschlacht im Skagerrak.

Ein lokaler Mythos war, wie Schlagetter-Bayertz erläuterte, das 116er-Regiment, das selbstverständlich mit einer Sonderausgabe gefeiert wurde. In Zusammenhang mit dem Theater-Spielplan ging er auch auf den Schauspieler Wolfgang Kühne ein, der, weil er mit einer Jüdin verheiratet war, seine letzte Vorstellung in Gießen gab. Ein anderes tragisches Einzelschicksal betraf das Ehepaar Steiner, Schöpfer des Gleiberg-Liedes. Ursprünglich waren beide begeisterte Anhänger der Nazis, was sich bald änderte, so dass der Ehemann von Helene Steiner »unter ungeklärten Umständen« 1942 in Gestapo-Haft

starb. Ein Luftbild befindet sich in einem Stadtprospekt von 1938 mit Stadttheater und Synagoge. Nach Einschätzung des Vortragenden könnte es sich um eine der letzten Aufnahmen in unzerstörtem Zustand handeln.

Das Jahr 1939 brachte nicht nur den Überfall auf Polen, sondern der Stadt Gießen die Goethe-Festwochen, von Dr. Otto Henning, Vereinsleiter des Gießener Goethe-Bundes, gewürdigt,

»um deutsches Heldentum und mutigen Frontgeist zu ehren«. 1941 lebte die Zeitschrift noch einmal kurzfristig auf, wobei sich offensichtlich Themen wie »Meister des deutschen Humors« ideal mit dem »unerschütterlichen Glauben an den Endsieg« durch »Bomben auf England« kombinieren ließen.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 19. Januar 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Soldleistung als Dienst an der wahren christlichen Religion

Dr. Alexander Jendorff sprach im Oberhessischen Geschichtsverein über protestantischen Fundamentalismus um 1600 in der Wetterau

Obwohl mit Dr. Holger Gräf (Marburg) der für den Vortragsabend des Oberhessischen Geschichtsvereins vorgesehene Referent aufgrund eines Trauerfalls kurzfristig verhindert war, konnte Manfred Blechschmidt am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses eine beachtliche Anzahl von Besuchern und doch noch einen Referenten zum Thema »Gab es um 1600 in den Wetterauer Grafschaften einen protestantischen Fundamentalismus?« begrüßen. Willkommen hieß er Dr. Alexander Jendorff, der von seinen Forschungen mit der Materie vertraut war und sich bereit erklärt hatte, den Text und das Bildmaterial Gräfs zu präsentieren.

Jendorff ging zunächst auf den Begriff des religiösen Fundamentalismus ein, der in der Gegenwart sofort mit einem radikalen Islamismus assoziiert (werde) und dessen Tauglichkeit als geschichtswissenschaftliches Paradigma häufig angezweifelt werde. Während man im heutigen Sprachgebrauch unter Fundamentalismus insbesondere nach der Revolution der

Ayatollas im Iran und der Taliban-Herrschaft in Afghanistan ein der westlichen Werteordnung widersprechendes Festhalten an rückwärtsgewandten Ansichten des Islam verstehe, bedeute Fundamentalismus im theologischen Sprachgebrauch ein Festhalten an der Lehre von der absoluten Irrtumslosigkeit der Bibel, so insbesondere in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgeprägt. Der Vortrag gehe von zwei Prämissen aus, zum einen von der Verwendbarkeit dieses Begriffes in der Geschichte und der Verstärkung seines Gegenwartsbezuges, zum anderen von der Verdeutlichung durch Untersuchung der Konfessionsgeschichte in den Wetterauer Grafschaften um 1600. Zu dieser Zeit hätten zunehmend apokalyptische und eschatologische Vorstellungen vom Lauf der Geschichte das Denken bestimmt, wobei der Kampf zwischen alter und reformierter Religion verstärkt als endzeitlicher und der Gegner jeweils als das Böse an sich verstanden wurde.

Seit den 1590er-Jahren sei in den Wetterauer Grafschaften nicht nur eine konjunkturelle Krise zu beobachten gewesen, sondern auch eine »Naivität massiven religiösen Kurzschließens«, die selbst bei naturwissenschaftlich gebildeten Fürsten zu beobachten gewesen sei. Die Wetterauer Grafenfamilien seien insgesamt als Modernisierungsverlierer zu sehen, sie seien in die machtpolitische Bedeutungslosigkeit abgerutscht.

Ein standesgemäßes Leben sei den Wetterauer Grafenfamilien aufgrund ihrer politischen wie ökonomischen Minderwertigkeit kaum mehr möglich gewesen. Um ihr Gebiet überhaupt halten zu können, habe sich als Ausweg vor allem der angeboten, Soldunternehmen zu werden, was sich in der Mitwirkung an militärischen Auseinandersetzungen manifestierte. Wie der Referent hervorhob, scheint hier die Konfession nicht vorrangig gewesen zu sein. Vielmehr habe zur Legitimation des Solddienstes ein hoher Rechtfertigungsdruck bestanden, denn Söldner töteten gegen Bezahlung, sodass es wichtig werde, den Kampf für die gerechte Sache in den Vordergrund zu stellen.

Ausführlich ging der Referent auf Albrecht Otto I. von Solms-Laubach

ein, der nach dem Tod Johann Georgs im August 1600 faktisch die Herrschaft über den gesamten Familienbesitz übernahm und sich verpflichtet sah, nicht nur ein gottgefälliges Regiment zu führen, sondern auch dem allmächtigen Gott eine christliche Kirche und sein Reich zu übergeben. Seine Bestallung als Obrist lasse vermuten, dass seine Bautätigkeit in Laubach und Hungen wohl größtenteils mit Soldgeldern finanziert worden sei. Seinem Epitaph lassen sich wichtige realkundliche und historische Aussagen entnehmen.

Das Laubacher Epitaph werde mit seiner Aufnahme der Ezechielprophezie ins Gedächtnismal zum Trendsetter und lasse insgesamt die Solddienste des Grafen als Dienst an der wahren christlichen Religion erscheinen. Das Schicksal der Grafschaft werde in heilgeschichtliche Bezüge gestellt, Laubach werde zum Ort der Heilsgemeinschaft und des Heilsgeschehens stilisiert, was die Anwendung des Begriffs Konfessionsfundamentalismus völlig berechtigt erscheinen lasse.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 3. Februar 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Nicht nur Gießener starben 1918 an der Spanischen Grippe

Utz Thimm sprach im Oberhessischen Geschichtsverein - Etwa 325 000

Menschen fielen im Verlauf des Ersten Weltkriegs der Krankheit zum Opfer

Man musste nicht einmal sonderlich an Medizin interessiert sein, um am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses vom jüngsten Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins gefesselt zu werden: Der Gießener Wissenschaftsjournalist Utz Thimm sprach über das Thema »Die verges-

sene Seuche - Die Spanische Grippe von 1918/19«. Dr. Ludwig Brake verwies darauf, dass der studierte Biologe Thimm schon recht früh auf die Problematik der spanischen Grippe gestoßen sei und dieses Thema ihn nicht wieder losgelassen habe.

Thimm stellte zunächst klar, dass Gießen im Jahr 1918 gerade einmal 33 000 Einwohner hatte, in der Provinz Oberhessen des Großherzogtums Hessen lag und wie eine Insel umgeben war von einem »preußischen Meer«. Die Feier zum 300. Geburtstag der Universität war dem damaligen Zeitungsleser noch gut im Gedächtnis, die achte Kriegsanleihe konnte gezeichnet werden, der Krieg im Osten war mit einem »Siegfrieden« beendet, der Krieg an der Westfront festgefahren; die englische Hungerblockade zeigte Wirkung, die Ernährungslage war schlecht, und Steckrüben konnte kein Gießener mehr sehen. Da mochte eine kleine Zeitungsmeldung vom 27. Mai über die Erkrankung des spanischen Königs an einer »rätselhaften Epidemie« noch keine allzu große Besorgnis ausgelöst haben. Auch die Meldung, dass die Zahl der Todesfälle durch Krankheit in der amerikanischen Armee die der im Felde Gefallenen um das Dreifache übertraf, wobei meist »Lungenentzündung« als Ursache galt, war nicht beunruhigend, solange die Zeitung nichts über die Lage in der Stadt brachte.

Zu dieser Zeit war das Hygiene-Institut bereits mit Untersuchung des Materials von 23 Erkrankten befasst. Typisch schien der Ausbruch der Krankheit beim Militär zu sein, sie flammte überall gleichmäßig auf, hatte also nicht, wie Thimm betonte, den Verlauf einer Welle. Obwohl in Frankfurt in den Großbetrieben bereits ein Drittel bis zur Hälfte der Belegschaft krankheitsbedingt ausfiel, fand sich die erste Meldung erst am 1. Juli in der Marburger »Oberhessischen Zeitung«. Während bei einer Influenza wie im Jahr 1917 vor allem

Kleinkinder und Senioren starben, traf diese Form der Krankheit gerade Menschen in den besten Jahren. Die »spanische Krankheit«, von der der »Gießener Anzeiger« sprach, verteilte sich etwa gleichmäßig über das ganze Reich und begann völlig unvermittelt. So brach der Münchner Erzbischof während einer Firmung in Freising zusammen, eine Schaffnerin während des Dienstes. In Gießen empfahl die Heimatzeitung den Lesern, Mund und Nase frei zu halten - und als bestes Mittel Sonnenschein.

In Gießen setzte ein neuer Beginn der Epidemie im Juni/Juli 1918 ein und hatte ihren Höhepunkt im November/Dezember. Sie begann mit Schüttelfrost, die schwerste Form setzte blitzartig ein, führte zu einem Umhertaumeln und zum Zusammenbruch. Bettruhe war wohl die einzige Gegenmaßnahme, machte der Referent klar. Extrem gefährlich wurde es, wenn eine Lungenentzündung hinzukam, dann schnellte die Mortalitätsrate deutlich in die Höhe. Gerüchten, dass es sich um Lungenpest oder schwarze Pest handele, trat die »Oberhessische Zeitung« am 19. 10. entgegen. Theater, Kino und Konzerte wurden aufgrund der Ansteckungsgefahr abgesagt, nicht jedoch Gottesdienste. In Gießen wurden am 18. 10. alle Volksschulen geschlossen.

Was die Zensurausübung anbelangte, nannte der Referent fast 2000 Zensurverfügungen seit Kriegsbeginn und darauf, dass sich viele Journalisten im Gegensatz zu ihrer eigentlichen Aufgabe als ultrapatriotische Erfüllungsgehilfen verstanden, so dass sich selbst Frontsoldaten über die zu positive Berichterstattung beklagten. Als zunehmend interessant für den auf-

merksamen Zeitungsleser habe sich besonders die Lektüre des amtlichen Teils, der Todesanzeigen und der Werbung erwiesen. Hochkonjunktur hatte die Werbung für Zahncreme, Inhalationsgeräte und Lebensversicherungen.

Thimm verwies darauf, dass im ländlichen Bereich einzelne Dörfer einen starken Rückgang der Bevölkerung verzeichneten, ganze Familien fast ausstarben. Im Interesse der Volksgesundheit wurden Stimmen laut, den auf Beerdigungen folgenden Leichenschmaus abzuschaffen. Besonders grausam wütete die Seuche in Heubach bei Schlüchtern, insbesondere unter Kriegsgefangenen. Viele Gefangene fanden, wie die Sterbestatistik für den Monat Dezember 1918 ausweist, auch in Gießen aufgrund der spanischen Grippe ihre letzte Ruhestätte, insbesondere Russen, die eigentlich nach dem Frieden von Brest-Litowsk längst hätten in die

Heimat zurückgeschickt werden müssen. Diese traurige Berühmtheit des Gießener Lagers sei nicht zuletzt durch die Erwähnung im Weltgesundheitsbericht von 1921 dokumentiert.

Man könne davon ausgehen, so Thimm, dass der Erste Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten das Leben kostete, dazu 420 000 Zivilisten an der Heimatfront; die Opfer der spanischen Grippe könnten etwa mit 325 000 veranschlagt werden. Auf Gießens Einwohnerzahl hochgerechnet müsste es etwa 170 Tote gegeben haben. Vermutlich aber seien es aufgrund der Kriegsgefangenen viel mehr. Es spreche vieles dafür, dass die meisten der auf dem Neuen Friedhof bestatteten Kriegsgefangenen aus dem Ersten Weltkrieg Opfer der spanischen Grippe seien.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 10. Februar 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Für Liegekuren, Spaziergänge, Morgensport und Leibesübungen

Dr. Christine Vanja sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über Gießens psychiatrische Gartenanlagen und ihre Geschichte

Einige dutzend Besucher waren am Mittwochabend in den Netanyasaal des Alten Schlosses gekommen, um sich beim Oberhessischen Geschichtsverein von Dr. Christine Vanja über das Thema »Kultivierte Natur als Therapeutikum - Die Geschichte psychiatrischer Gartenanlagen in Gießen« in einem mit reichlich Bildmaterial versehenen Vortrag informieren zu lassen.

Dr. Vanja erinnerte zu Beginn ihrer Ausführungen daran, dass Gießen über eine Reihe schöner Garten- und Parkanlagen verfüge, die aber hier wie anderswo, soweit es sich um Kran-

kenhausgärten handele, in Reiseliteratur und Stadtführern noch zu wenig Beachtung fänden. Sie begründete dies mit der immer noch verbreiteten Tabuisierung des Themas »Krankheit« und damit, dass ein Besuch eines Krankenhausgartens wohl kaum erholsam erscheine. Ihr virtueller Abendspaziergang durch die Geschichte der Gießener psychiatrischen Gartenanlagen in Wort und Bild nahm immer wieder Bezug auf die Geschichte der zu Therapie Zwecken genutzten Natur im Allgemeinen und Hessens im Besonderen.

Die Geschichte des heilsamen Gartens beginne mit dem legendären Garten Eden, wobei der Paradiesgarten als Topos in Literatur und Kunst eine feste Rolle spielte und schön früh versucht wurde, auch auf Erden Vergleichbares zu schaffen. Die Vorstellung des durch hohe Hecken nach außen abgeschirmten Gartens vermittelte Bilder von Ruhe und Frieden, Glück und harmonischem Zusammenleben von Mensch, Tier und Pflanze, wobei Wasser als unverzichtbares Element galt. Diese Vorstellungen spielten nicht zuletzt bei der Anlage von Klostergärten eine Rolle. Hospitäler seien offenkundig von Anfang an mit heilsamen Gärten ausgestattet gewesen, hätten aber in diesen über Jahrhunderte hinweg ausschließlich kirchlichen Institutionen spezifische medizinische Funktionen im »regimen sanitas« übernommen.

Im 19. Jahrhundert fehle der Hinweis auf Garten- und Parkanlagen nie, wenn es um Psychiatrie gehe, wobei die Referentin am Beispiel des Klosters Eberbach sowie der Musteranlage im badischen Illenau bei Achern verdeutlichte, dass es nicht um das Wegsperrn der Kranken ging, sondern darum, ihre Sehnsucht zu wecken, möglichst bald in die »normale« Welt zurückkehren zu können. Hatte man bisher mehr auf Heilanstalten in ländlicher Umgebung gesetzt, forderte jetzt etwa der Berliner Psychiater Wilhelm Griesinger »Stadtasyle«, und die Zahl psychiatrischer Einrichtungen in Universitätsstädten nahm, wie Dr. Vanja unterstrich, deutlich zu. Bevorzugt wurden zu dieser Zeit Anlagen im Pavillonstil, wie zunächst in Marburg. Gießens Psychiatriegeschichte reihe sich ohne Brüche in die Geschichte

des Großherzogtums Hessen und seiner Medizinalgeschichte ein.

Die Diskussion um die Anbindung einer »Irrenanstalt« an die Universität begann 1835, die Pläne konnten aber erst 1886 mit der Errichtung einer psychiatrischen Anstalt im Grenzbereich des neuen Klinikgeländes umgesetzt werden, die ab 1906 in Neurologische Klinik umbenannt wurde. Die Referentin erinnerte daran, dass die Lage in der damaligen Butzbacher Allee ausgesprochen ruhig gewesen sei, ganz im Unterschied zur heutigen Frankfurter Straße. Nach dem Vorbild der Landes-Irrenanstalt Heppenheim und unter Federführung eines Berliner Architektenbüros entstand auf einer Fläche von 3700 Quadratmetern ein in der Grundstruktur heute noch vorhandener Komplex mit großen Gartenanlagen für Liegekuren, Spaziergänge, Morgensport und leichte Leibesübungen sowie Gebäude, die einen freundlichen Charakter tragen sollten.

Intensiv ging die Referentin auf die 1911 eröffnete Landesheil- und Pflegeanstalt ein, die Gießen vor dem Konkurrenten Grünberg für sich reklamieren konnte, wobei die Anlage komplett in den Stadtwald hineingebaut wurde und ursprünglich den Namen »Waldhof« tragen sollte. Dieser Komplex Licher Straße 106 war für 430 Personen gedacht, hatte im Zentrum die Kapelle, setzte auf den Landhaus-Stil und wies die typische Geschlechterachse auf, also Anlage der Gebäude separat für Männer und Frauen. Der Park wurde auch als Arbeitsgelände genutzt, landwirtschaftliche Arbeitskolonnen beschäftigten sich etwa mit dem Kartoffelanbau, Hühnerhaltung gehörte dazu. Man wollte um 1900, wie Dr. Vanja

abschließend hervorhob, eine Psychiatrie mit möglichst vielen Freiheiten für die Patienten - ausgenommen kriminelle Kranke, für die es das

»feste Haus« mit einer 4,20 Meter hohen Mauer gab.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 3. März 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Der Keltenfürst bewahrt noch einige Geheimnisse

Dr. Fritz-Rudolf Herrmann berichtete im Oberhessischen Geschichtsverein über neue Glauberg-Forschungen

Mit einem ausgesprochenen Glanzlicht beendete der Oberhessische Geschichtsverein am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses seine Vortragsreihe im Winterhalbjahr 2006/07, denn Dagmar Klein konnte im Namen des Vorstandes mit dem ehemaligen Landesarchäologen Dr. Fritz Rudolf-Herrmann einen Referenten begrüßen, der schon einige Vorträge in diesem Rahmen hielt und als herausragender Kenner der Kelten und ihrer Siedlungen im hessischen Raum geradezu prädestiniert war, über »Altes und Neues zu den Glauberg-Forschungen« in Wort und Bild zu berichten. Klein erinnerte im Namen des verhinderten Kreisarchäologen Manfred Blechschmidt daran, dass Herrmann auch an einer Reihe von Grabungen im Gießener Raum beteiligt war, so etwa bei Holzheim, Grüningen, Kloster Arnsburg und am Schiffenberg. Zudem führte er die Besuchergruppe des OHG im Jahr 2002 durch die große Glauberg-Ausstellung in der Frankfurter Schirn.

Herrmann erklärte, dass der Überblick von 2002 wesentliche Bereiche erfasst habe, andere aber überhaupt nicht, so dass es durchaus neue Erkenntnisse gebe. Zunächst stellte er das Verbreitungsgebiet der Kelten vor, dessen Schwerpunkt in Mitteleuropa lag, auch wenn einzelne Ansiedlungen bis

in den Balkanraum und Kleinasien reichten. Gerade in den auch für den Glauberg relevanten 6. und 5. Jh. v. Chr. ragten im Kerngebiet der Kelten einige Plätze im Sinne des Wortes hervor, Berge mit Ringwällen, die einst feste Fürstensitze mit reich ausgestatteten Grabanlagen darstellten. Hierzu gehöre zweifellos der Glauberg, ein letzter Basaltausläufer des Vogelsberges, der sicher ein Fürstensitz gewesen sei, wobei der Referent betonte, dass dies nicht im Sinne der mittelalterlichen Bedeutung von »Fürst« gemeint sei. Die Anlage auf dem Berg mit dem Annex zur Wasserversorgung und ihren vorgelagerten Wällen und Gräben sei erst durch die Grabungen sichtbar geworden, wobei gerade die Bedeutung der Wälle und Gräben noch nicht geklärt sei, die aber wohl kaum Verteidigungszwecken dienten.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Referent daran, dass es von den Kelten selbst keine schriftlichen Zeugnisse gebe, alles Wissen also auf archäologischen Funden und Befunden beruhe. Durch antike Autoren wie Caesar in seinem »De bello Gallico« wisse man von zentralen Heiligtümern der Kelten wie im Carnutenwald oder eines von den Galatern in Kleinasien. Diese Heiligtümer würden nur genannt, aber nicht beschrieben.

Man gehe heute davon aus, dass ein solches Heiligtum wohl auch die Anlage auf dem Glauberg darstellte, man könne, so Herrmann, dort eine Art »Olympia des Nordens« vermuten, selbst Festspiele oder Orakel wie im antiken Olympia seien vorstellbar.

Keinen Zweifel ließ der Vortragende daran, dass man nichts von der Bebauung am Glauberg wisse, auch wenn die Befestigungen als Holz-Stein-Erde-Mauern untersucht seien und die Trockenmauern wie am Altkönig durch Holzgerüste gestützt wurden. Untersuchungen von Honigresten in einem Grabgefäß ermöglichten eine Pollenanalyse, wobei anhand der Pflanzen auf ein Herrschaftsgebiet geschlossen werden konnte, das etwa 80 bis 100 km rund um den Glauberg reichte. Das mögliche Herrschaftsgebiet des Glaubergfürsten könne damit sogar größer als das heutige Hessen gewesen sein. Allerdings habe diese Ausdehnung wohl nur zwei, maximal drei Generationen lang im 6./5. Jh. v. Chr. existiert.

Neu sei die Deutung der Pfostenanlagen und der »Prozessionsstraße«, die nach den Forschungen eines Frankfurter Astrophysikers auf die große südliche Mondwende zielen, die nur alle 18,6 Jahre eintrete. Dann könnten die Pfostensetzungen Peilpunkte darstellen und das ganze Bauwerk ein »Kalenderbauwerk« darstellen, mit Bedeutung für Ernte und Aussaat. Herrmann billigte dieser Theorie eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu, sie sei aber nicht zu beweisen.

Ausführlich stellte der ehemalige Landesarchäologe die Gräber und Grabfunde vor, wobei im Hauptgrab

zwei vermutlich miteinander verwandte Krieger beigesetzt waren, beide 1,69 m groß und zwischen 30 und 40 Jahre alt. Als besonders interessant erwiesen sich die Verzierungen der in den Gräbern gefundenen Kannen, einmal eine Schnabel-, im anderen Fall eine Röhrenkanne, mit nicht genau zu deutenden Fabeltieren, die zwar einen Einblick in die Mythenwelt der Kelten erlaubten, aber keine Deutung. Von beiden Kannentypen gibt es (kelten-)weltweit jeweils nur fünf bis sechs Exemplare. Das Grab im kleineren Hügel, der aber die eindeutig bessere Fernwirkung hatte, enthielt die sterblichen Überreste eines jugendlichen Kriegers zwischen 16 und 18 Jahren, wobei Goldfunde auch hier belegten, dass er zu den Fürsten gehörte.

Interessante Details, die auch hilfreich bei einer Rekonstruktion waren, stellte Herrmann vom Schuhbesatz vor, waren doch die auch aus Bildern bekannten Schnabelschuhe mit 5 Bronzebuckeln, Ösenstäbchen und Häkchen verziert. Neu ist auch der vom Referenten ebenfalls im Bild vorgestellte Teil der Unterkonstruktion einer Blattkrone, wie sie die mittlerweile weltweit bekannte, 1996 gefundene Statue des Keltenfürsten trägt. Sie erinnere an den heutigen Hutmacherdraht. Deutungen, die dieses auffallende Merkmal des Keltenfürsten in den abstrakten Bereich etwa in der Art eines Heiligenscheines rücken wollten, seien damit nicht mehr haltbar.

Zum Abschluss vertrat Herrmann die Auffassung, dass ähnlich wie Statuen im antiken Griechenland auch die des Keltenfürsten »wahrscheinlich bemalt war«. Aus diesem Grund habe man

die Statue auch nicht komplett gereinigt, um für den Fall eines wissenschaftlichen Fortschritts keine Spuren zu vernichten. Noch gibt der Keltenfürst lange nicht alle Geheimnisse preis, so dass sich die über 100 Besucher sicher auf weitere archäologi-

sche Vorträge in den nächsten Jahren freuen können.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 17. März 2007 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Der OHG dankt der
- **Gießener Allgemeinen Zeitung**
www.giessener-allgemeine.de
für die Möglichkeit der Onlinepublikation.

Autorinnen und Autoren dieses Bandes:

Prof. Dr. Friedrich Karl Azzola, Fichtenstraße 2, 65468 Trebur

Prof. Dr. Helmut Berding, Auf der Heide 5, 35435 Wettenberg,
Helmut.Berding@geschichte.uni-giessen.de

Dr. Ludwig Brake, Rosenpfad 8, 35396 Gießen

Dr. Michael Breitbach, Posener Straße 17, 35394 Gießen

Kornelia Claes, Stadtarchiv Gießen, Rodheimer Straße 33, 35398
Gießen, Stadtarchiv@giessen.de

Dr. Holger Th. Gräf, Rittergasse 9, 35305 Grünberg-Queckborn

Prof. Dr. Hans-Dietrich Kahl, Sandfeld 13, 35396 Gießen

Dr. des. Thomas Kailer, Walltorstraße 1, 35390 Gießen
thomas.kailer@geschichte.uni-giessen.de

Herbert Keller, Steinkaute 2, 35396 Gießen

Dagmar Klein, Talstraße 10, 35435 Wettenberg, dkl35435@web.de

Prof. Dr. Erwin Knauß, Georg-Philipp-Gail-Straße 14, 35394 Gießen

Dr. Johannes Koenig, Schornstraße 7, 65553 Limburg,
koenig_jp@hotmail.com

Dagmar Kuhle, Dipl.Ing. Landschafts- und Freiraumplanung
Friedenstraße 22, 34121 Kassel, dagmar.kuhle@t-online.de

Dr. Jürgen Leib, Löwenweg 8, 35435 Wettenberg

G. Heinrich Melchior, Christian-Rinck-Straße 11, 35392 Gießen

Hanno Müller, Röntgenstraße 29, 35463 Fernwald
hanno.mueller@fambu-oberhessen.de

Sabine Raßner, Kreisarchiv, Ostanlage 33-45, 35390 Gießen,
sabine.rassner@lkgi.de

Dr. Matthias Recke, Professur für Klassische Archäologie an der
Justus-Liebig-Universität, Otto-Behaghel-Straße 10 D, 35394 Gießen,
Matthias.Recke@archaeologie.uni-giessen.de

Hans Reeh, Lindenstraße 5, 35435 Wettenberg

Jürgen Schroeter, Diebweg 5, 35396 Gießen, JSchroeter44@aol.com

Christian Schwöbel, Marburger Straße 32, 35390 Gießen,
C.Schwoebel@web.de

Utz Thimm, Ringallee 100, 35390 Gießen

Prof. Dr. Hans-Joachim Weimann, Friedlandstraße 5, 35444 Biebertal

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15,00 € jährlich für Einzelmitglieder
20,00 € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Porto-kosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasser verantwortlich. Manuskripte werden in folgender Form erbeten: unformatierte Texte als Word-Datei auf CD (oder Diskette) abgespeichert und ein Ausdruck. Sofern Abbildungen vorgesehen sind, bitte diese nummerieren und die entsprechende Stelle im Text markieren. Die Abbildungen möglichst gescannt (300 dpi) und auf CD.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
Adresse: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e. V.,
Stadtarchiv, Rodheimer Straße 33, 35398 Gießen
Telefon: 0641/6940661, Fax: 0641/6940663
eMail: stadtarchiv@giessen.de
Redaktion: Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschauer
und Dagmar Klein

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behagel-Straße 8, durchgeführt.

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über die Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen, bezogen werden:

| | |
|--|---------|
| Nr. 40/1955 | 2,50 € |
| Nr. 41/1956 | 2,50 € |
| Nr. 43/1959 | 2,50 € |
| Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch | 2,50 € |
| Nr. 46/1962 | 2,50 € |
| Nr. 47/1963 | 2,50 € |
| Nr. 48/1964 | 2,50 € |
| Nr. 49/50/1965 | 2,50 € |
| Nr. 51/1966 | 2,50 € |
| Nr. 52/1967 | 2,50 € |
| Nr. 53/54/1969 | 2,50 € |
| Nr. 55/1970 | 2,50 € |
| Nr. 56/1971 | 2,50 € |
| Nr. 57/1972 | 2,50 € |
| Nr. 60/1975 | 2,50 € |
| Nr. 62/1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger | 2,50 € |
| Nr. 63/1978 Festschrift 100 Jahre OHG | 2,50 € |
| Nr. 65/1980 | 2,50 € |
| Nr. 66/1981 | 2,50 € |
| Nr. 67/1982 | 2,50 € |
| Nr. 76/1991 | 2,50 € |
| Nr. 79/1994 | 2,50 € |
| Nr. 80/1995 | 2,50 € |
| Nr. 81/1996 | 2,50 € |
| Nr. 82/1997 | 2,50 € |
| Nr. 83/1998 | 13,00 € |
| Nr. 84/1999 | 17,40 € |
| Nr. 85/2000 | 13,20 € |
| Nr. 86/2001 | 10,30 € |
| Nr. 87/2002 | 14,00 € |
| Nr. 88/2003 | 9,30 € |
| Nr. 89/2004 | 14,50 € |
| Nr. 90/2005 | 14,00 € |
| Nr. B1 Beiheft „Amerika-Haus“ | 10,00 € |
| Nr. 91/2006 | 17,00 € |
| Nr. 92/2007 | 14,50 € |

Ältere Jahresbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-79.

